Sitzungsunterlagen

Bau-Umwelt BUA - 8/2023-2027

06.02.2025, 16:00

Stadt Bremerhaven

SEESTADT BREMERHAVEN **Der Magistrat**

Tagesordnung für die 8. öffentliche Sitzung des Bau- und Umweltausschusses in der Wahlperiode 2023/2027 am 06.02.2025 (öffentlicher Teil)

Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung	Vorlage-Nr.
1	Einwohnerfragestunde	
1.1	Einwohnerfrage von Herrn Hero Lang zum Thema: Stadtplanung - Bebauungsplan Nr. 493 Poggenbruch-straße/Weg 89	VI 12/2025
1.2	Einwohnerfrage von Herrn Hero Lang zum Thema: Magistrats-Umgang mit den Bürgern der Seestadt Bremerhaven, Artikel NZ vom 17.01.2025: Kritik an Entschädigung aus Hilfsfonds	VI 13/2025
1.3	Einwohnerfrage von Frau Dr. Sabine Hanisch zum Thema: Deponie Grauer Wall	VI 14/2025
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der 7. öffentlichen Sitzung des Bau- und Umweltausschusses in der Wahlperiode 2023-2027 am 07.11.2024	VI 1/2025
3	Sachstandsbericht	
3.1	Sachstandsbericht gemäß § 49 Abs. 2 GOStVV	VI 3/2025
4	Vorträge	
4.1	Vortrag von Herrn Rößler (Stadtplanungsamt) zum Thema: Förderprojekt zur Erarbeitung eines strategischen Mobilitäts-planes für Bremerhaven (Dauer ca. 10 Minuten)	

5	Vorlagen des Dezernats II	
5.1	22. Änderung des Flächennutzungsplanes "Poggenbruchstraße / Weg 89" Feststellungsbeschluss	II 1/2025
5.2	Bebauungsplan Nr. 493 „Poggenbruchstraße / Weg 89“ Satzungsbeschluss	II 3/2025
5.3	16. Änderung des Flächennutzungsplanes "Sachlicher Teilflächennutzungsplan Windkraft" Änderung der Planungsgrundlagen	II 2/2025
6	Vorlagen des Dezernates V	
6.1	Hitzeaktionsplan Bremen – Bremerhaven	V 5/2024
6.2	Strategische Wärmeplanung Bremerhaven | EU Interreg Ostsee-Programm Projekt Plan-Heat – Senatsbeschluss zur Finanzierung 2025 bis 2028	V 1/2025 - 1
6.3	Antrag auf Änderung des Stellenplans für das Projekt-management Klimaanpassung	V 3/2025
7	Vorlagen des Dezernates VI	
7.1	BremÖPNVG: Verwendung der Zuwendungen 2025	VI 6/2025 - 1
7.2	Mobilitätsstation Große Kirche – Überdachung der Mobilitäts-station	VI 7/2025
7.3	Betriebsführung der öffentlichen Straßenbeleuchtung in der Stadt Bremerhaven durch die enercity Contracting GmbH, Hannover Bericht zur Umsetzung des Straßenbenutzungsvertrages, Berichtszeitraum 2023 (01.01.2023 – 31.12.2023)	VI 8/2025
7.4	Technische Erneuerung von „Senkelektranten“ im Bereich der Innenstadt zur Sicherstellung der Stromversorgung in der Bürgermeister-Smidt-Straße, Bereich Große Kirche.	VI 10/2025
8	Vorlagen des Dezernates VII Keine.	
9	Vorlagen des Dezernats IX Keine.	
10	Verschiedenes	
10.1	Anträge	

10.2	Anfragen	
10.3	Mitteilungen	
10.3.1	Sachstandsbericht des Bauordnungsamtes zum Thema Problemimmobilien	VI 11/2025
10.3.2	Sachstandsmitteilung des Umweltschutzamtes zum Antrag der SPD-, CDU-, FDP-Fraktion zum Thema: Nachhaltige Energie für Bremerhaven (Vorlage Nr. VI 32/2024)	VI 9/2025

Dezernat II	Dezernat VI	Dezernat V	Dezernat VII	Dezernat IX
gez.	gez.	gez.	gez.	gez.
Neuhoff Bürgermeister	Schomaker Stadtrat	Toense Stadträtin	Kathe-Heppner Stadträtin	Busch Stadtrat

SEESTADT BREMERHAVEN
Der Magistrat

Dezernat VI
Baureferat
Frau Braun, Tel. 3204
Bremerhaven, 04.02.2025

Einwohnerfragestunde – Vorlage-Nr. VI 12/2025 (§ 43 GOStVV)		
für die Sitzung des Bau- und Umweltausschusses		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	**ja**	Anzahl Anlagen: 0

Einwohnerfrage von Herrn Hero Lang zum Thema: Stadtplanung - Bebauungsplan Nr. 493 Poggenbruchstraße/Weg 89

Name des Fragestellers:	Herr Hero Lang
Datum der Anfrage:	04.02.2025
Angefragt:	Herr BM Neuhoff
Thema der Anfrage:	Stadtplanung – Bebauungsplan Nr. 493 Poggenbruchstraße/Weg 89

Moin, Herr Bürgermeister Neuhoff

Frage: Haben Sie Kenntnis von der Baugrund/Voruntersuchung OWS Gutachten vom 31.01.2020? Erkenntnis: geringe Tragfähigkeit des Bodens, Grundwasser bei ca, 0,0-0,3 NHN. Ist Ihnen bekannt, dass der Grundwasserstand im Süden der Stadt Bremerhaven, ermittelt 2022 vom GDfB GeologischerDienst.fürBremen, nach Beendigung der Wasserentnahme durch die SWB/Wesernetz, bis zu 1,36 m (2024 Eigenermittlung ca.1,70 m) gestiegen ist ? Erwartet waren mal 80 cm durch Gutachter?

SEESTADT BREMERHAVEN
Der Magistrat

Dezernat VI
Baureferat
Frau Braun, Tel. 3204
Bremerhaven, 04.02.2025

Einwohnerfragestunde – Vorlage-Nr. VI 13/2025 (§ 43 GOStVV)		
für die Sitzung des Bau- und Umweltausschusses		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	**ja**	Anzahl Anlagen: 0

Einwohnerfrage von Herrn Hero Lang zum Thema: Magistrats-Umgang mit den Bürgern der Seestadt Bremerhaven, Artikel NZ vom 17.01.2025: Kritik an Entschädigung aus Hilfsfonds

Name des Fragestellers:	Herr Hero Lang
Datum der Anfrage:	04.02.2025
Angefragt:	Frau STR Toense
Thema der Anfrage:	Umgang des Magistrats mit Bürgern bezüglich Artikel in der NZ zum Hilfsfond Wulsdorf

Moin, Frau Toense

meine Frage : Ist es ab 2025 die neue Vorgehensweise des Magistrates den Bürger der Stadt Bremerhaven vor vollendete Tatsachen zu stellen und nicht wie mündlich vereinbart (letzte Sitzung im Umweltamt am 21.10.2024) vorab Mitgliedern der IG WasserWerkWulsdorf zu informieren ? Am 15.Jan.2025 wurde ein handverlesenes Schreiben des Hilfsfonds Wulsdorf zum Versand gebracht. Warum sind nicht alle informiert worden , die ein Gutachten zum Kellerzustands ihres Hauses haben durchführen lassen ?

SEESTADT BREMERHAVEN
Der Magistrat

Dezernat VI
Baureferat
Frau Braun, Tel. 3204
Bremerhaven, 05.02.2025

Einwohnerfragestunde – Vorlage-Nr. VI 14/2025 (§ 43 GOStVV)		
für die Sitzung des Bau- und Umweltausschusses		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	**ja**	Anzahl Anlagen: 0

Einwohnerfrage von Frau Dr. Sabine Hanisch zum Thema: Deponie Grauer Wall

Name der Fragestellerin:	Frau Dr. Sabine Hanisch
Datum der Anfrage:	04.02.2025
Angefragt:	Frau STR Toense
Thema der Anfrage:	Deponie Grauer Wall

Der Magistrat hat am 6.11.2024 auf Vorschlag des Umweltschutzamtes die Abschaffung des Deponiebeirates beschlossen und als Vorlage in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht. In der Begründung steht:

"Wie den Protokollen der 9 Sitzungen zu entnehmen ist, konnten keine Rechtsverstöße festgestellt werden. Überschreitungen von Grenzwerten wurden untersucht und konnten plausibel erklärt werden. Ein behördliches Handeln wurde nicht notwendig."

In der 9. Deponiebeiratssitzung (2022) hat die BIKEG Gesetzesverstöße und Grundwasserverunreinigungen durch die Deponie mit Fakten aus Gutachten und Messungen beleuchtet. Diese Vorwürfe wurden bis heute vom zuständigen Bremerhavener Umweltschutzamt und der Bremer Genehmigungsbehörde nicht widerlegt. Das Umweltschutzamt als Protokollführer hat diese Argumente in der Protokollierung ausgelassen. Das Protokoll ist bis heute nicht genehmigt worden, weil der Deponiebeirat seitdem nicht mehr getagt hat.

Frage: Wie erklärt der Magistrat sein Vorgehen, auf Grundlage eines nicht genehmigten Protokolls unbewiesene Behauptungen zum Deponiebetrieb aufzustellen und dies den Stadtverordneten als Entscheidungsgrundlage vorzulegen?

1. Zusatzfrage: Warum wird behauptet, ein "behördliches Handeln wurde nicht notwendig", wenn die Gesetzeslage vorschreibt, dass das Umweltschutzamt bei Hinweisen auf Umweltverschmutzungen trotz eines Planfeststellungsbeschlusses tätig werden muss und jegliche Grundwasserverunreinigung zu unterbinden hat?

2. Zusatzfrage: Wie lange noch will der Magistrat die Deponie, deren Genehmigung gegen geltendes Recht verstößt und damit als illegal angesehen werden kann, verteidigen und Gegengutachten mit Methoden unterdrücken, die eher an diktatorische Allüren denn an einen Rechtstaat erinnern?

SEESTADT BREMERHAVEN
Der Magistrat

Dezernat VI
Baureferat
Frau Imrie, Tel. 3229
Bremerhaven, 20.01.2025

Vorlage Nr. VI 1/2025		
für die Sitzung des Bau- und Umweltausschusses.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	**ja**	Anzahl Anlagen: 1

Genehmigung der Niederschrift der 7. öffentlichen Sitzung des Bau- und Umweltausschusses in der Wahlperiode 2023-2027 am 07.11.2024

G Beschlussvorschlag

Der Bau- und Umweltausschuss genehmigt die Niederschrift der 7. öffentlichen Sitzung am 07.11.2024 in der vorgelegten Fassung.

gez.

Schomaker
Stadtrat

Anlage: Entwurf Niederschrift

N i e d e r s c h r i f t

über die 7. öffentliche Sitzung des Bau- und Umweltausschusses in der Wahlperiode 2023/2027 am 07.11.2024

Sitzungsraum:	Ella Kappenberg Saal, Friedrich-Schiller-Haus
Beginn:	16:00 Uhr
Ende:	17:40 Uhr

Teilnehmer/innen:

Vorsitzende
Herr Stadtrat Schomaker
Herr Bürgermeister Neuhoff bis 18.20 Uhr
Frau Stadträtin Toense
Frau Stadträtin Kathe-Heppner
Herr Stadtrat Busch bis 17.40 Uhr

SPD-Fraktion
Herr Stadtverordneter Allers
Herr Stadtverordneter Dr. Hammann
Frau Stadtverordnete Kirschstein-Klingner
Herr Stadtverordneter Ofcarek

CDU-Fraktion
Frau Stadtverordnete Milch
Herr Stadtverordneter Önal
Herr Stadtverordneter Raschen

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P
Herr Stadtverordneter Kaminiarz

Fraktion Bündnis Deutschland
Herr Stadtverordneter Stark

Fraktion Wir für Bremerhaven
Frau Stadtverordnete Ax

Fraktion DIE LINKE
Herr Stadtverordneter Secci

FDP-Fraktion
Herr Stadtverordneter Miholic

AfD-Gruppe
Herr Stadtverordneter Koch

Einzelstadtverordnete Marnie Knorr
Frau Stadtverordnete Knorr

Einzelstadtverordneter Class Schott
Herr Stadtverordneter Schott

Entschuldigt:
Herr Stadtverordneter Schäfer

ENTWURF

Weitere Teilnehmer:

Baureferat:	Frau Imrie, Frau Braun, Frau Neumann-Gaida, Frau Gaab, Herr Jahnke
Stadtplanungsamt:	Frau Kountchev, Herr Rößler
Vermessungs- und Katasteramt:	Herr Kewes
Bauordnungsamt:	Herr Geywitz
Amt für Straßen- und Brückenbau:	Herr Wagener
Umweltschutzamt:	Herr Tecer
Entsorgungsbetriebe:	Herr Kamps
Gartenbauamt:	Frau Rößler
Rechnungsprüfungsamt:	Frau Noormann
Personalrat Bauverwaltung und Gartenbauamt:	Herr Saß
Gesamtpersonalrat	Frau Bremer
Vertrauensperson der Schwerbehinderten:	./.
Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte Bereich Bauverwaltung:	Frau Rogge
Jugendklimarat:	./.
Jugendparlament:	./.
Migrationsrat:	Herr Demir

Herr Stadrat Schomaker eröffnet auch im Namen von Herrn Bürgermeister Neuhoff, Frau Stadträtin Toense, Frau Stadträtin Kathe-Heppner und Herrn Stadtrat Busch die Sitzung und erklärt, dass die Einladung, Tagesordnung und Vorlagen fristgerecht versandt wurden.

STR Schomaker teilt mit, dass der STV Schäfer nicht an der Sitzung teilnimmt und durch die STV Ax vertreten wird.

Des Weiteren gibt er bekannt, dass der Antrag der SPD-, CDU- und FDP-Fraktion unter dem TOP 10.1.3 „Gefahrenfrüherkennung in Problemimmobilien“ zurückgezogen wurde.

1. Einwohnerfragestunde

1.1. Einwohnerfrage von Herrn Hero Lang zum Thema: Stadtplanung, Immobilienpreise und Grundsteuer **VI 75/2024**

BM Neuhoff beantwortet die Einwohnerfrage wie folgt:

Grundsätzlich werden hier unterschiedliche Sachverhalte miteinander vermengt. Daher ist es wichtig, die angesprochenen Immobilien in ihrem jeweiligen Kontext zu betrachten.

Nach der Aufgabe von Karstadt lag dieses exponierte innerstädtische Grundstück mitten im Zentrum brach und führte dazu, dass die Bremerhavener Innenstadt weiter an Attraktivität verlor. Insofern war es nur konsequent und zeugt von großem Verantwortungsbewusstsein seitens der Stadt, die Karstadt-Immobilie zu erwerben. Nur so hat es die Stadt in der Hand, dieses wichtige innerstädtische Areal einer werthaltigen und zentrumsadäquaten Nachnutzung zuzuführen und hier einen neuen Impuls zu setzen mit Strahlkraft über die Stadtgrenzen hinaus. Der an dieser Stelle in zentralen Gebäudeteilen beabsichtigte dritte Ort stellt solch eine zukunftsgewandte Inwertsetzung dar mit der Intention, analog den Vorbildern in Groningen und Aarhus ein Forum für alle zu bieten.

ENTWURF

Im Süden der Stadt handelt es sich um eine komplett andere Thematik. Hier sind zahlreiche private Immobilien von der Einstellung der Grundwasserförderung durch wesernetz Bremerhaven betroffen. Die Stadt und wesernetz Bremerhaven haben hierfür seinerzeit einen Hilfsfonds ins Leben gerufen mit der Intention, den Betroffenen finanziell zu helfen. In einem ersten Schritt wurde im Hilfsfonds-Gebiet rund um den Wasserwerkswald Wulsdorf die Zustandsdokumentation durchgeführt. Die öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen stellten bei 69 Gebäuden Schäden in unterschiedlichem Ausmaß fest. Zusätzlich wurde ein hydrogeologisches Gutachten zum Ausmaß des Hilfsfonds-Gebiets erstellt und den Betroffenen Stromkostenerstattungen gewährt. Insofern hat sich hier die Stadt eingebracht in einen Prozess, um den Eigentümer:innen Unterstützung und Hilfestellung zu bieten. Diese komplexe Thematik ist Gegenstand diverser weiterer Gutachten, die seitens der Stadt beauftragt wurden. Hierzu wurde bereits in der letzten Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 05.09.2024 ausführlich vorgetragen.

Die Frage zur Ablehnung von Finanzierungen durch ein Kreditinstitut kann von hier aus nicht beantwortet werden. Die Immobilienbewertung und –veräußerung richten sich nach den jeweiligen Objekten und der Marktlage. Hierfür sind Angebot und Nachfrage entscheidend.

2. Genehmigung der Niederschrift

2.1. Genehmigung der Niederschrift der 6. öffentlichen Sitzung des Bau- und Umweltausschusses in der Wahlperiode 2023-2027 am 05.09.2024 — VI 65/2024

Wortmeldungen: Keine.

Beschluss:
Der Bau- und Umweltausschuss genehmigt die Niederschrift der 6. öffentlichen Sitzung am 05.09.2024 in der vorgelegten Fassung.

Der Beschluss ergeht bei 1 Enthaltung (STV Kaminiarz).

3. Sachstandsbericht

3.1. Sachstandsbericht gemäß § 49 Abs. 2 GOStVV — VI 63/2024

Wortmeldungen: STV Kaminiarz, STV Raschen, Herr Tecer, Herr Wagener.

STV Raschen bittet, unter der laufenden Nummer 15 des Amtes für Straßen- und Brückenbau den Sachstand in Sachen E-Mobilität mitzuteilen. Herr Wagener teilt mit, dass ein Rechtsanwaltsbüro zur Beratung eines Vertrages zum Aufbau einer Ladeinfrastruktur beauftragt wurde. Ein diesbezüglicher Workshop findet am 08.11.2024 statt.

Bezüglich der Nachfrage von STV Kaminiarz zur laufenden Nr. 6 des Umweltschutzamtes teilt Herr Tecer mit, dass die Stellenbeschreibung der 1,0 Stelle „Sachbearbeitung Waldbehörde“ derzeit erarbeitet und im Anschluss mit dem Personalamt abgestimmt wird.

Der Bau- und Umweltausschuss nimmt den anliegenden Sachstandsbericht der letzten Sitzung zur Kenntnis.

ENTWURF

4. Vorträge

4.1. Vortrag von Herrn Michael Much, Autobahn GmbH, zum Thema: Brücken in Bremerhaven (Dauer ca. 20 Minuten)

Wortmeldungen: STR Schomaker, STV Raschen, Allers, Kaminiarz.

Herr Much von der Autobahn GmbH erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation das weitere Vorgehen bezüglich der Erneuerung der Brücken der A 27 im Bereich Bremerhaven.

4.2. Vortrag des Planungsbüros Claussen-Seggelke und Partner zum Thema: Aktueller Verfahrensstand „Erhaltungssatzung Goethequartier und Hafenstraße“ (Dauer ca. 20 Minuten)

Wortmeldungen: STR Schomaker, STV Raschen, Kaminiarz, Schott.

Herr Wild vom Planungsbüro Claussen-Seggelke & Partner erläutert ebenfalls mit Unterstützung einer Power-Point-Präsentation das Vorgehen zur Erstellung der Erhaltungssatzung Goethequartier einschließlich Hafenstraße.

BM Neuhoff übernimmt den Vorsitz.

Frau Kountchev stellt die neuen Mitarbeitenden Christie Wilmes und Felix Liebig des Stadtplanungsamtes vor.

5. Vorlagen des Dezernats II

5.1. Bebauungsplan Nr. 497 „Erhaltungssatzung Goethequartier einschließlich Hafenstraße“ Auslegungsbeschluss — II 13/2024

Wortmeldungen: Keine.

Beschluss:

1) Der Bau- und Umweltausschuss nimmt die Stellungnahme zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB und die Beschlussempfehlung zur Kenntnis.

2) Der Bau- und Umweltausschuss beschließt die öffentliche Auslegung gem. 3 Abs. 2 BauGB im Parallelverfahren mit der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB.

3) Der Bau- und Umweltausschuss stimmt einer Informationsveranstaltung im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB zu.

Der Beschluss ergeht einstimmig

5.2. Allgemeines Programm Stadtumbau West - Stadtumbaugebiet Lehe Förderprojekt Sanierung Goethestraße 32 – 34, Bereitstellung weiterer Fördermittel — II 3/2024 - 1

Wortmeldungen: STV Kaminiarz.

STV Kaminiarz bittet um Aufgabe der Höhe der Rücklagen beim Kapitel 6625 „Städtebauforderung“.

ENTWURF

Seitens des Amtes 61 wird diesbezüglich erklärt, dass der Bestand in der Drittmittelrücklage für verschiedene Projekte und Maßnahmen gebunden bzw. reserviert ist. Der exakte Bestand ist wenig aussagekräftig, da es zum Haushaltsabschluss sowohl zu einer Zuführung zur Drittmittelrücklage als auch zu Rücklagenentnahmen für den Kapitelausgleich kommen kann. Das Projekt Goethestraße 32/34 ist hiervon nicht betroffen, da es im normalen Haushaltsvollzug des Kapitels 6625 bearbeitet wird.

Beschluss:
Der Bau- und Umweltausschuss beschließt die zusätzliche Förderung des Sanierungsprojektes Goethestraße 32 - 34 im Rahmen des Allgemeinen Programms Stadtumbau West mit einer Fördersumme von 480.000 €.

Bei zukünftigen Förderungen von Sanierungsmaßnahmen im Rahmen des Allgemeinen Programms Stadtumbau West ist bei Mehrkosten der Bremerhavener Anteil vom Bauträger zu maximal 50 % nach dem Verursacherprinzip zu tragen.

Der Beschluss ergeht bei 2 Enthaltungen (STV Stark, Koch).

5.3. Städtisches Energiekonzept zur Steuerung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen im Außenbereich der Seestadt Bremerhaven Festlegung eines städtischen Energiekonzeptes als Standortkonzept **II 7/2024**

Wortmeldungen: Keine.

Beschluss:
Der Bau- und Umweltausschuss beschließt:

1. Das vorgelegte Städtische Energiekonzept dient zur Steuerung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen im Außenbereich der Seestadt Bremerhaven als verbindliches Standortkonzept.

2. Anpassungen des Konzeptes sind dem Bau- und Umweltausschuss anzuzeigen.

Der Beschluss ergeht bei 1 Gegenstimme (STV Ax).

5.4. Fortschreibung Lärmaktionsplan Bremerhaven Ergebnis der Bürgerbeteiligung gemäß § 47d Abs. 3 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) **II 11/2024**

Wortmeldungen: Keine.

Beschluss:
Die zur Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 47d Abs.3 BImSchG eingegangenen Stellungnahmen werden für den Entwurf des Lärmaktionsplans so berücksichtigt, wie in **Anlage 1** dargestellt.

Der Beschluss ergeht einstimmig

ENTWURF

STR Toense übernimmt den Vorsitz.

6. Vorlagen des Dezernates V

6.1. Beschlüsse des Beirates für Landschaftspflege und Naturschutz (kurz: Naturschutzbeirat) auf der 119. Sitzung am 18.09.2024 — V 4/2024

Wortmeldungen: STV Kaminiarz.

STV Kaminiarz bittet um Mitteilung, in welchem Umfang die Baumfällung bei dem Bauvorhaben Pestalozzischule nunmehr vorgesehen ist. STR Schomaker sichert eine Beantwortung in der nächsten Sitzung des Bau- und Umweltausschusses zu.

Der Bau- und Umweltausschuss nimmt die Beschlüsse des Naturschutzbeirats zur Kenntnis.

STR Schomaker übernimmt den Vorsitz.

7. Vorlagen des Dezernates VI

7.1. Freigabe der kapitelbezogenen Rücklagen — VI 68/2024

Wortmeldungen: STV Kaminiarz.

Beschluss:
Der Bau- und Umweltausschuss empfiehlt dem Finanz- und Wirtschaftsausschuss, dem Amt für Straßen und Brückenbau bei den Haushaltsstellen 6651/526 01 „Sachverständigen-, Gerichts-, Anwalts-, Dolmetscher- und ähnliche Kosten“ (200.000 €) sowie 6651/730 10 „Ausbau Cherbourger Straße/Hafentunnel“ (196.000 €) die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von gesamt 396.000 € für die Finanzierungen der o. g. Maßnahmen zur Verfügung zu stellen. Zur Deckung sollen Mittel in Höhe von 396.000 € aus der kapitelbezogenen Rücklage 8666/066 01 „Amt für Straßen- und Brückenbau“ über die Haushaltsstelle 6651/359 06 „Entnahme aus der kapitelbezogenen Rücklage“ herangezogen werden.

Der Beschluss ergeht einstimmig.

7.2. Tunnelbauwerk unter der Stresemannstraße (Industriegleis) Planungsauftrag zur Variantenbewertung und Kostenkalkulation — VI 69/2024

Wortmeldungen: Keine.

Beschluss:
Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, die Querung unterhalb der Stresemannstraße in Höhe der Eisarena zu erhalten und in das Radverkehrsnetz der Nord-Süd-Route zu integrieren und damit zukünftig die Eisarena über einem gesicherten Zugang an der östlichen und westlichen gelegenen Bushaltestelle anzubinden. Das Amt 66 wird beauftragt, die möglichen Varianten für die Herstellung eines Ersatzneubaus bis zur Entwurfsreife durchzuplanen und belastbare Kostenberechnungen vorzulegen, die eine Entscheidung über die zu wählende Variante ermöglicht.

Der Beschluss ergeht einstimmig.

ENTWURF

STR Kathe-Heppner übernimmt den Vorsitz.

8. Vorlagen des Dezernates VII

8.1. Förderungsmittel für das Kleingartenwesen 2024 — VII 6/2024

Wortmeldungen: Keine.

Beschluss:
Der Bau- und Umweltausschuss stimmt der vorgeschlagenen Verteilung der Mittel zu.

Der Beschluss ergeht bei 1 Gegenstimme (STV Koch).

8.2. Vorgesehene Fällungen von Einzelbäumen im Winter 2024/2025 — VII 7/2024

Wortmeldungen: STR Kathe-Heppner, STV Stark, Frau Rößler.

Beschluss:
Der Bau- und Umweltausschuss stimmt den Fällarbeiten zu.

Der Beschluss ergeht einstimmig.

STR Busch übernimmt den Vorsitz.

9. Vorlagen des Dezernats IX

9.1. Ortsgesetz zur Änderung der Gebührenordnung zum Entwässerungsortsgesetz der Stadt Bremerhaven — IX 1/2024

Wortmeldungen: STV Kaminiarz.

Beschluss:
Der Bau- und Umweltausschuss fasst folgenden Beschluss:
Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, den als Anlage 1 beigefügten Entwurf des Ortsgesetzes zur Änderung der Gebührenordnung zum Entwässerungsortsgesetz der Stadt Bremerhaven als Ortsgesetz zu beschließen.

Der Beschluss ergeht bei 4 Enthaltungen (STV Secci, Kaminiarz, Ax, Koch).

STR Schomaker übernimmt den Vorsitz.

10. Verschiedenes

10.1. Anträge

10.1.1. Antrag der Fraktion Bündnis Deutschland zum Thema: Öffentliche Obstbäume für die Stadt — VI 62/2024

Wortmeldungen: Keine.

Beschluss:
Der Ausschuss möge daher beschließen:

1. Künftig beim Pflanzen von Bäumen die Option von heimischen Obstbäumen zu überprüfen und wenn sinnvoll zu priorisieren.

ENTWURF

2. Die auszuwählenden Arten sind möglichst zu mischen, um eine Vielzahl unterschiedlichster Pflanzen bereitzustellen.

3. Die Umsetzung steht unter dem Vorbehalt der Finanzierungsfähigkeit. Die Einwerbung von Drittmitteln als finanzielle Unterstützung des Projektes ist obligatorisch.

Der Antrag wird mit 11 Nein-Stimmen (STV Allers, Dr. Hammann, Kirschstein-Klingner, Ofczarek, Raschen, Önal, Milch, Kaminiarz, Secci, Miholic, Ax) abgelehnt.

10.1.2. Antrag der Fraktion Bündnis Deutschland zum Thema: Friedhof Wulsdorf - Ein verkanntes Denkmalschutzobjekt **VI 67/2024**

Wortmeldungen: Keine.

Beschluss:
Der Ausschuss möge daher beschließen:

1. Die Garten- und Landschaftspflege auf dem Bremerhavener Friedhof in Wulsdorf zu erhöhen, mit dem Ziel das Denkmalschutzobjekt für Besucher wieder attraktiver zu gestalten.
2. Den Schaukasten im Eingangsbereich des Friedhofes zu reinigen und neu zu bestücken.
3. Aktiv auf eine Spendenmöglichkeit zur Unterstützung der Denkmalpflege hinzuweisen und gegebenenfalls neu einzurichten, falls noch nicht vorhanden.
4. Aktive Bewerbung des Friedhofs als Ausflugsziel für Touristen auf der Tourismusseite Bremerhavens.
5. Erstellung eines Informationsblattes für Touristen zu den denkmalgeschützten Objekten auf Bremerhavener Stadtgebiet.

Der Antrag wird mit 10 Nein-Stimmen (STV Allers, Dr. Hammann, Kirschstein-Klingner, Ofczarek, Raschen, Önal, Milch, Kaminiarz, Secci, Miholic) abgelehnt.

10.1.3. Antrag der SPD-, CDU- und FDP-Fraktion zum Thema: Gefahrenfrüherkennung in Problemimmobilien **VI 73/2024**

Der Antrag wurde zurückgezogen.

10.2. Anfragen

10.2.1. Anfrage der CDU-Fraktion, STV Raschen, zum Thema: Baustelleneinrichtungsfläche Cherbourger Straße

STV Raschen bittet um Mitteilung, wann mit der Flächenherrichtung bei der DB-Brücke Cherbourger Straße seitens der Deutschen Bahn zu rechnen ist.

Herr Wagener erläutert diesbezüglich, dass die genannte Fläche der Bahn am 12.04.2021 als Baustelleneinrichtungsfläche übergeben wurde. Seitdem liegt die Fläche im Bewirtschaftungsbereich der Bahn. Die Bahn hat die Fläche zum Teil neu befestigt und als Vormontagefläche für den westlichen Brückenüberbau nachgenutzt.

Dass die Herrichtung der ehemaligen Baustelleneinrichtungsfläche als Grünfläche durch die Bahn zu erfolgen hat, ist Bestandteil des Planfeststellungsbeschlusses für die Eisenbahnüberführung Cherbourger Straße. Hinsichtlich der baulichen Umsetzung enthält der Planfeststellungsbeschluss allerdings keine zeitliche Vorgabe.

ENTWURF

Nach unserem Wissen hat die Bahn ein entsprechendes Landschaftsbauunternehmen zur endgültigen Herstellung der Fläche gebunden.

Das Amt für Straßen- und Brückenbau wird weiterhin auf die Bahn einwirken, damit die freigegebene Planung schnellstmöglich umgesetzt wird.

10.2.2. Anfrage der CDU-Fraktion, STV Raschen, zum Thema: Straßenbeleuchtung

STV Raschen bittet um Mitteilung über den Stand des Beleuchtungsvertrages.

Herr Wagener erläutert diesbezüglich, dass eine Vorlage in der nächsten Sitzung des Bau- und Umweltausschusses eingebracht wird.

10.3. Mitteilungen

10.3.1. Sachstandsbericht des Bauordnungsamtes zum Thema Problemimmobilien **VI 72/2024**

Wortmeldungen: Keine.

Der Bau- und Umweltausschuss nimmt den als Anlage beigefügten Sachstands-Bericht (Stand 25.10.2024) des Bauordnungsamtes zum Thema Problemimmobilien zur Kenntnis.

10.3.2. Sachstandsbericht des Umweltschutzamtes zum Antrag Nr. VI 33/2023 "Insektenlehrpfad für Bremerhaven" **VI 71/2024**

Wortmeldungen: Keine.

Der Bau- und Umweltausschuss nimmt den Sachstandsbericht des Umwelt-schutzamtes zur Kenntnis.

10.3.3. Berichterstattung zur Umsetzung von Maßnahmen für den Radverkehr **VI 74/2024**

Wortmeldungen: STR Schomaker, STV Schott.

Der Bau- und Umweltausschuss nimmt die Berichterstattung zur Umsetzung von Maßnahmen für den Radverkehr 2024 zur Kenntnis.

STR Schomaker teilt mit, dass die Vorlage Nr. VI 70/2024 nur eine Kenntnisnahme für den Bau- und Umweltausschuss ist.

10.3.4. Verlegung des Sitzungstermins des Bau- und Umweltausschusses am 02.09.2025 **VI 70/2024**

Wortmeldungen: Keine.

Der Bau- und Umweltausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

ENTWURF

10.3.5. Neuaufstellung des Landesraumordnungsplanes der Freien Hansestadt Bremen (LROP FHB)

Wortmeldungen: Keine.

Frau Kountchev erläutert die Neuaufstellung des Landesraumordnungsplanes der Freien Hansestadt Bremen wie folgt:

Als Landesplanungsbehörde im Land Bremen und Trägerin der Landesplanung ist die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung für den Vollzug des Raumordnungsrechts auf Landesebene zuständig. Dazu gehört die Aufstellung eines zusammenfassenden, überörtlichen und überfachlichen Landesraumordnungsplans.

Das ursprüngliche Landesraumordnungsprogramm (LROP) des Landes Bremen von 1981 ist nach der Entscheidung des Bremischen Staatsgerichtshof vom 22.08.1983 unwirksam. Nachdem sowohl das OVG Bremen (2007) als auch das BVerG (2010) die Verletzung der Planungspflicht aus § 13 Abs. 1 ROG festgestellt haben und gutachterlich nachgewiesen wurde, dass anders als in Hamburg und Berlin in Bremen die Stadtstaatenklausel keine Anwendung finden kann, da hierfür die Kongruenz von Staat und Kommune bestehen muss, hat die Landesplanungsbehörde das Verfahren zur Neuaufstellung des Landesraumordnungsplans eingeleitet. Dieses erfolgt in festgelegten formellen Schritten. Dabei werden die Kommunen Bremen und Bremerhaven beteiligt.

Aktuell befindet sich das Verfahren im Verfahrensschritt 1. Hier werden die allgemeinen Planungsabsichten bekannt gegeben. In diesem Zuge werden die Öffentlichkeit sowie in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen über die geplante Neuaufstellung informiert. Gleichzeitig erhalten die öffentlichen Stellen Gelegenheit, frühzeitig Auskunft zu beabsichtigten oder bereits eingeleiteten Planungen und Maßnahmen zu geben, welche für die Planaufstellung bedeutsam sein könnten. Zu diesem Zweck fand am 30. September 2024 eine erste verwaltungsinterne Informationsveranstaltung in der Seestadt Bremerhaven statt. Weitere Informationen zur Neuaufstellung des Landesraumordnungsplanes der Freien Hansestadt Bremen finden sich auf der Webseite:
https://bau.bremen.de/stadtentwicklung/raumordnung-und-landesplanung-2156232

Der Bau- und Umweltausschuss wird fortlaufend über die weiteren Verfahrensschritte informiert.

STR Busch verlässt die Sitzung mit Beendigung des öffentlichen Teils um 17.40 Uhr.

Vorsitzender Dezernat II	Vorsitzender Dezernat VI	Vorsitzende Dezernat V	Vorsitzende Dezernat VII	Vorsitzender Dezernat IX
gez.	gez.	gez.	gez.	gez.
Neuhoff Bürgermeister	Schomaker Stadtrat	Toense Stadträtin	Kathe-Heppner Stadträtin	Busch Stadtrat

Schriftführerin

gez.

Imrie
Oberamtsrätin

ENTWURF

SEESTADT BREMERHAVEN
Der Magistrat

Dezernat VI
Baureferat
Frau Imrie, Tel. 3229
Bremerhaven, 28.01.2025

Vorlage Nr. VI 3/2025		
für die Sitzung des Bau- und Umweltausschusses.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	**ja**	Anzahl Anlagen: 2

Sachstandsbericht gemäß § 49 Abs. 2 GOStVV

Ab dem 01.01.2020 ist gemäß § 49 Abs. 2 GOStVV von der, dem oder den Ausschussvorsitzenden zu jeder ordentlichen Ausschusssitzung eine schriftliche Auflistung der umzusetzenden Beschlüsse und des jeweiligen Bearbeitungsstandes vorzulegen.

G Beschlussvorschlag

Der Bau- und Umweltausschuss nimmt den anliegenden Sachstandsbericht der letzten Sitzung zur Kenntnis.

gez.

Schomaker
Stadtrat

Anlagen:
Sachstandsbericht
Anlage zum Sachstandsbericht

Sachstandsbericht gemäß § 49 Abs. 2 GOStVV – öffentlicher Teil

61 - Stadtplanungsamt:

Lfd. Nr.	Beschluss-datum	Nr. der Vorlage	Beschlusslage (ggf. Frist)	Amt	Bearbeitungsstand	Bemerkungen
1.	23.11.2023	**II 14/2023-1** Verkehrsentwicklungsplan (VEP) Bremerhaven 2040 Sachstand und weiteres Vorgehen	1. Der Bau- und Umweltausschuss beschließt eine Beauftragung der Leistungen (Variante B - Komplettvergabe) an einen externen Gutachter. 2. Eine EU-weite Ausschreibung ist nachfolgend gemeinsam zwischen Stadtplanungs-amt und der BIS vorzubereiten. Grundlage bildet ein detaillierter und abgestimmter Leistungskatalog, der dem Bau- und Umweltausschuss möglichst in der kommenden Sitzung zur Beschlussfassung vorgestellt wird. 3. Das Dezernat II wird gebeten, die zusätzlichen Mehraufwendungen in Höhe von 400.000 € aus nicht benötigten kapitelbezogenen Rücklagen bzw. aus den laufenden Haushalten sicherzustellen.	61	Das Stadtplanungsamt ist einem Förderaufruf des Bundes zur Erstellung von „sustainable urban mobility plans“ (kurz SUMP) gefolgt. Ein Bewilligungsbescheid für das Projekt liegt seit 18.12.2024 vor. Weitere Informationen erfolgen in einem Kurzvortrag.	
2.	19.01.2021	**II 13/2020-1** Stadtumbaugebiet Geestemünde „Geestemünde geht zum Wasser“ – Umbau der Kaistraße – Änderung der Vorzugsvariante (Vorlage I 8/2018-1)	1. Der Vorentwurf mit der neuen Vorzugsvariante wird zur Kenntnis genommen. Die Ent-wurfsplanung soll auf Grund-lage der neuen Vorzugs-variante erarbeitet werden (Anlage 3). Die beschluss-gefasste Vorzugsvariante aus Vorlage I 8/2018-1 wird somit ersetzt. 2. Die in der Beschlussfassung zur Vorlage I 8/2018-1 genannten zu berücksichtigen Grundlagen bleiben auch für die neue Vorzugsvariante bestehen.	61, 66	Eine Kinder- und Jugendbeteiligung wurde seitens des SPA mit einer Gruppe von Kindern aus der Gorch Fock-Schule im Oktober 2024 begleitet. Die Ergebnisse befinden sich in der Bearbeitung. Der aktuelle vorläufige Planungsablauf und die zeitliche Abfolge sind folgendermaßen: <u>I. Quartal 2024 – II. Quartal 2025:</u> Erstellung und Abstimmung Entwurfsplanung der Kaistraße. <u>ab II. / III. Quartal 2025:</u> Ausführungsplanung Kaistraße	

			3. Nach Abschluss der Entwurfsplanung wird diese mit detaillierter Kostenberechnung dem Magistrat und anschließend dem Bau- und Umweltausschuss vorgelegt, um zu diesem Zeitpunkt über die Durchführung der Maßnahme zu entscheiden.		Januar 2024 – Januar 2025: Genehmigungsverfahren / Planung der Kaje. Die wasserrechtliche Genehmigung wurde beantragt. Der vorgesehene Fertigstellungstermin der Kaje hat weiterhin Bestand (Auskunft EBB). Januar 2025 – Mai 2025: Ausschreibung / Vergabe der Baumaßnahme / Planung der Kaje Juni 2025 – Juni 2026: Ausführung Baumaßnahme / Ausführung der Kaje IV. Quartal 2025 / I. Quartal 2026: Ausschreibung und Vergabe der Kaistraße II. Quartal 2026: Baubeginn der Kaistraße Für die Umsetzung der Kaje ist die EBB, für die Kaistraße das Amt 66 verantwortlich. Die Leitung des Gesamtprojektes verbleibt beim Amt 61.	
3.	23.11.2023	**II 17/2023** Stadtumbaugebiet Geestemünde Fortsetzung „Standortmanagement Geestemünde“ für die Jahre 2024/2025	Der Bau- und Umweltausschuss beschließt die Weiterführung des „Standortmanagement Geestemünde“ über weitere zwei Jahre bis zum 31.12.2025. Die Finanzierung soll vorbehaltlich der Haushaltsberatungen für den Doppelhaushalt 2024/2025 in der Höhe von insgesamt 433.600,00 Euro aus dem Städtebauförderungs-programm „Wachstum und nachhaltige Erneuerung“ erfolgen. Da die Personalkosten nicht förderfähig sind, sind insgesamt 315.840,00 Euro aus kommunalen Haushaltsmitteln zu erbringen, der Fördermittel-anteil beträgt 117.760,00 Euro.	61	Bezugnehmend auf den Antrag vom 06.12.2023 wurde am 18.12.2023 einem vorzeitigen Maßnahmenbeginn zugestimmt. Ein gesonderter Bescheid mit Einzelbestimmungen und Auflagen wurde versendet.	
4.	23.11.2021	**II 9/2021-1** 16. Flächennutzungsplanänderung „Sachlicher Teilflächennutzungsplan Windkraft“ Ergebnis der frühen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Träger der Umweltbelange gem. § 4 Abs. 1 BauGB	1. Der Bau- und Umweltausschuss nimmt das Ergebnis der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 (1) BauGB (**Anlage 1**) und das Ergebnis der Beteiligung von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gem. § 4	61	Die Abstimmungen mit dem Land Bremen zur Umsetzung des sog. Wind-an-Land-Gesetzes sind abgeschlossen. Die weitere inhaltliche Arbeit ist von diesen Ergebnissen abhängig, so dass für daraus resultierenden Veränderungen der Planungsgrundlage eine Vorlage zur Beschlussfassung im BUA erstellt wurde. Für die anstehenden Verfahrensschritte (Öffentliche	

		Auslegungsbeschluss	(1) BauGB (**Anlage 2**) zur Kenntnis. 2. Der Bau- und Umweltausschuss stimmt der weiteren Bearbeitung der 16. Änderung des Flächennutzungsplanes auf Grundlage des Planungsvorschlages zu (**Anlage 4** und **Anlage 5** zuzüglich der Flächen der Gemarkung Schiffdorferdamm, Flur 44, Flurstücke 2, 3 und 4) 3. Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, dass die Verfahrensschritte „Öffentliche Auslegung gem. § 3 (2) BauGB“ und „Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB“ zeitgleich durchgeführt werden.		Auslegung gem. § 3 (2) BauGB“ und „Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB) werden die weiteren inhaltlichen Bearbeitungen durchgeführt. Hierzu wurde ein externes Planungsbüro beauftragt.	
5.	07.02.2023	**II 1/2023** 23. Flächennutzungsplanänderung "Werftquartier" Auslegungsbeschluss	1. Der Bau- und Umweltausschuss nimmt das Ergebnis der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB (**Anlage 1**) und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (**Anlage 2**) zur Kenntnis. 2. Der Bau- und Umweltausschuss stimmt der weiteren Bearbeitung der 23. Änderung des Flächennutzungsplanes auf Grundlage des Planungsvorschlages zu (**Anlage 4** und **Anlage 5**). 3. Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, dass die Verfahrensschritte „Öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB“ und „Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB“ zeitgleich durchgeführt werden.	61	Für die anstehenden Verfahrensschritte – Öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB – werden die inhaltlichen Bearbeitungen durchgeführt.	
6.	07.02.2023	**II 2/2023** Bebauungsplan Nr. 500 „Die Werft“ Auslegungsbeschluss	1. Der Bau- und Umweltausschuss nimmt die Stellungnahmen zum Vorentwurf (Planungsvorschlag)	61	Für die anstehenden Verfahrensschritte – Öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB – werden die	

			im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB und zur Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 1 BauGB einschließlich Scoping-Termin und die Beschlussempfehlungen zur Kenntnis (Anlagen 1 bis 3). 2. Der Bau- und Umweltausschuss stimmt dem vorliegenden Bebauungskonzept als Grundlage des Entwurfs zum Bebauungsplan Nr. 500 „Die Werft“ zu und beschließt die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB im Parallelverfahren mit der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB.		inhaltlichen Bearbeitungen durchgeführt. Die für das Areal durch Cobe entwickelte städtebauliche Rahmenplanung wurde für den Bereich des B-Planes Nr. 500 durch die Petram Group wiederholt geändert. Nunmehr soll das Bestandsgebäude ZAW durch einen Neubau ersetzt werden. Die letzte – nunmehr finale Fassung – wird mit der neuen städtebaulichen Figuration dem B-Plan zu Grunde gelegt. Im Rahmen eines Jour Fixe erfolgt eine intensive und permanente Abstimmung zwischen der Seebeck Werftquartier GmbH, dem beauftragten Planungsbüro, dem Bürgermeister und dem Stadtplanungsamt.	
7.	10.11.2022	**TOP 9.3.7 Mitteilung** Bebauungsplan Nr. 504 „Werfthafen/Ostrampe/Riedemannstraße“ Kenntnisgabe zum Aufstellungsbeschluss	Am 05. Juli 2022 hat die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, dass die vom Architekturbüro Cobe für das Werftquartier entwickelte städtebauliche Rahmenplanung (Endfassung, März 2022) als Grundlage der Bauleitplanungen gilt. Um diese Zielsetzung abzusichern bedarf es der Aufstellung eines Bebauungsplanes im Gebiet zwischen Werfthafen und Riedemannstraße bzw. Ostrampe (siehe Anlage zur Niederschrift). Der Bebauungsplan soll die planungsrechtlichen Voraussetzungen schaffen, um die hier nach dem Rahmenplan vorgesehenen Quartiersstrukturen – Wohnen, nicht wesentlich störendes Gewerbe, Mobilitäts-Hub, Kultur, Dienstleistungen und ggf. Einzelhandel – als Urbanes bzw. Sondergebiet mit entsprechender Zweckbestimmung und Art der Nutzung festzusetzen. Ferner sollen die zugehörigen Grün-, Frei- und Verkehrsflächen fixiert werden.	61	Der Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 504 „Werfthafen / Ostrampe / Riedemannstraße“ wurde von der Stadtverordnetenversammlung am 01. Dezember 2022 gefasst und mit der ortsüblichen Bekanntmachung am 03. Dezember 2022 in der Nordsee-Zeitung rechtskräftig. Das Baugesuch für das Boardinghouse mit hotelähnlichen Leistungen Ostrampe 16a wurde nunmehr zurückgestellt. Gespräche mit den Eigentümern haben ergeben, dass deren Verkaufspreis deutlich über dem ermittelten Verkehrswert liegt. Aktuell ruht das Bebauungsplanverfahren. Die für das beantragte Bauvorhaben Ostrampe 16a vorbereitete Veränderungssperre (Vorlage Nr. II 8/2024 des Bau- und Umweltausschusses vom 07.05.2024) fand keine politische Zustimmung.	

			Dieser Aufstellungsbeschluss soll in der Stadtverordnetensammlung am 01. Dezember 2022 beschlossen werden. Für den Magistrat wird kurzfristig eine entsprechende Vorlage gefertigt. Aus zeitlichen Gründen (nicht erreichbarer Vorversand am 21. Oktober 2022) wird der Bau- und Umweltausschuss hiermit in Kenntnis gesetzt, dass für den in der Anlage befindlichen Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 504 ein kurzfristiger Aufstellungsbeschluss herbeigeführt werden soll.			
	04.06.2024	**II 4/2024** Bebauungsplan Nr. 510 „Am Werfthafen“ Aufstellungsbeschluss	Der Bau- und Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordneten-versammlung folgenden Beschluss zu fassen: „Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gem. § 2 Abs. 1 BauGB für das im Übersichtsplan gekennzeichnete Gebiet den Bebauungsplan Nr. 510 „Am Werfthafen“ aufzustellen“.	61	Der Bau- und Umweltausschuss hat in seiner Sitzung am 04.06.2024 beschlossen, der Stadtverordnetenversammlung die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 510 „Am Werfthafen“ zu empfehlen. Der Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 510 „Am Werfthafen“ wurde am 29. August 2024 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen.	
8.	14.09.2023	**II 13/2023** Standardisierte Bewertung Straßenbahn – Sachstand und weiteres Vorgehen	1. Der Sachstand zur Standardisierten Bewertung und der vorzuschaltenden Aktualisierung der Machbarkeitsstudie Straßenbahn wird zur Kenntnis genommen. 2. Das Dezernat II wird gebeten, die Machbarkeitsstudie aus dem Jahr 2000 zu aktualisieren und auf dieser Basis das Bewertungsverfahren in Zusammenarbeit mit der BIS und den weiteren Akteuren im begleitenden Arbeitskreis vorzubereiten. 3. Das Dezernat II wird gebeten, das Leistungsbild für die zu vergebenen Bausteine *Aktualisierung Machbarkeits-studie*	61	Das Vergabeverfahren wurde Ende 2024 ausgelöst. Die Einreichungsfrist ist abgelaufen. Die vorliegenden Angebote werden aktuell geprüft und bewertet. Nach durchzuführenden Bietergesprächen im Februar ist eine Beauftragung im März avisiert.	

			und *Standardisierte Bewertung Straßenbahn* möglichst in der nächsten Sitzung des Bau- und Umweltausschusses vorzustellen.			
	05.09.2024	**II 14/2024** Standardisierte Straßenbahn – Sachstand und weiteres Vorgehen	Der Bau- und Umweltausschuss beschließt wie folgt: 1. Der Sachstand zur Standardisierten Bewertung und der vorzuschaltenden Aktualisierung der Machbarkeitsstudie Straßenbahn wird zur Kenntnis genommen. 2. Das Dezernat II wird gebeten, mit der BIS als zuständige Stelle für die beiden dargestellten Bausteine das Vergabeverfahren voranzubringen. 3. Das Dezernat II wird gebeten, dem Bau- und Umweltausschuss das Ergebnis des Vergabeverfahrens mit der Vergabeempfehlung vor der Beauftragung an Externe zur Kenntnis zu geben.	61		
9.	02.06.2022	**II 10/2022** 20. Flächennutzungsplanänderung „Wilhelm-Leuschner-Straße“	1. Der Bau- und Umwelt-ausschuss nimmt das Ergebnis der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB (**Anlage 1**) und der Beteiligung von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (Anlage 2) zur Kenntnis. 2. Der Bau- und Umwelt-ausschuss stimmt der weiteren Bearbeitung der 20. Änderung des Flächennutzungsplanes auf Grundlage des Planungs-vorschlages zu (Anlage 4 und Anlage 5). 3. Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, dass die Verfahrensschritte „Öffentliche	61	Für die anstehenden Verfahrensschritte (Öffentliche Auslegung gem. § 3 (2) BauGB“ und „Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB) werden die inhaltlichen Bearbeitungen durchgeführt. Durch sich veränderte Rahmenbedingungen wird sich die für Ende 2024 vorgesehene öffentliche Auslegung ins Jahr 2025 verschieben.	

			Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB“ und „Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB“ zeitgleich durchgeführt werden.			
	13.09.2022	**II 22/2022** Bebauungsplan Nr. 481 "Wilhelm-Leuschner-Straße" - Auslegungsbeschluss Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) und Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB Auslegungsbeschluss	1. Der Bau- und Umweltausschuss nimmt das Ergebnis der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB (**Anlage 1**) und das Ergebnis der Beteiligung von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (**Anlage 2**) zur Kenntnis. 2. Der Bau- und Umweltausschuss stimmt der weiteren Bearbeitung des Bebauungsplans Nr.481 „Wilhelm-Leuschner-Straße“ auf Grundlage des überarbeiteten städtebaulichen Entwurfs zu (**Anlage 5**). 3. Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, dass die Verfahrensschritte „Öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB“ und „Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB“ zeitgleich durchgeführt werden.		Für die anstehenden Verfahrensschritte - Öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und „Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB - werden die inhaltlichen Bearbeitungen durchgeführt. Ergänzend erforderliche umweltfachliche Untersuchungen sowie eine Bestandsaufnahme der Altlasten wurden beauftragt. Durch sich veränderte Rahmenbedingungen wird sich die öffentliche Auslegung in das Jahr 2025 verschieben.	
10.	13.09.2022	**II 28/2022** 21. Flächennutzungsplanänderung "Carsten-Lücken-Straße/ Poristraße" Auslegungsbeschluss	1. Der Bau- und Umweltausschuss nimmt das Ergebnis der frühzeitigen Öffentlichkeits-beteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB (**Anlage 1**) und der Beteiligung von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (**Anlage 2**) zur Kenntnis. 2. Der Bau- und Umweltausschuss stimmt der weiteren Bearbeitung der 21. Änderung des Flächennutzungsplanes auf Grundlage des Planungsvorschlages zu (**Anlage 4** und **Anlage 5**).	61	Für die anstehenden Verfahrensschritte (Öffentliche Auslegung gem. § 3 (2) BauGB“ und „Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB) werden die inhaltlichen Bearbeitungen in Zusammenarbeit mit der BIS durchgeführt. Nach den durchgeführten Abstimmungen zur verkehrlichen Erschließung des Plangebietes soll nunmehr eine Anbindung über den Kreisverkehrsplatz (KVP) an der Poristraße erfolgen. Dazu muss der KVP in Form eines sogenannten Turbokreisverkehrs angepasst werden. Die Umbauten werden auf das notwendige Maß begrenzt, so dass kein Komplettumbau erfolgen muss. Die Fertigstellung der Entwurfsplanung wird für Ende November 2024 seitens der BIS angestrebt, so dass anschließend die bautechnische Zuwendungsprüfung erfolgen kann. Anschließend folgen	

			3. Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, dass die Verfahrensschritte „Öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB“ und „Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB“ zeitgleich durchgeführt werden.		Ausführungsplanung/Genehmigungsplanung und Erstellung der Ausschreibungsunterlagen. Parallel werden die Bauleitplanverfahren bearbeitet mit der Zielsetzung im Herbst 2025 den Feststellungsbeschluss bzw. Satzungsbeschluss zu erreichen. Der Baubeginn wird Anfang 2026 angestrebt. Geprüft wird aktuell, ob der Baumbestand in der derzeitig geplanten Erschließungsachse erhalten werden und die Erschließung und Parzellierung in Lage und Höhe entsprechend angepasst werden kann.“ Ziel ist, den Baumbestand möglichst zu erhalten. Im Rahmen der Eingriffe in die Gräben wird ein wasserrechtliches Genehmigungsverfahren notwendig. Dieses wird im Zuge der Genehmigungsplanung abgearbeitet und bereits im B-Plan-Verfahren vorbereitet, so dass die Genehmigungsreife der Planung in Aussicht gestellt werden kann.	
	16.03.2023	**TOP 9.3.6 Mitteilung** B-Plan Nr. 490 „Carsten-Lücken-Straße“	BM Neuhoff gibt bekannt, dass seitens des Stadtplanungsamtes eine Prüfung der Erschließungs-varianten vorgenommen wird. Für die verschiedenen Erschließungsoptionen des geplanten Gewerbegebietes „Carsten-Lücken-Straße“ (über Kreisverkehr Poristraße, Schiffdorfer Chaussee, Carsten-Lücken-Straße) wurde eine Bewertungsmatrix erstellt. Die Kriterien werden derzeit auf Vollständigkeit überprüft und inhaltlich beschrieben. Zudem sind die konkreten Erschließungs-optionen zu definieren (Varianten-anzahl). Anschließend erfolgt eine fachliche Bewertung, aus der Empfehlungen für eine Vorzugs-variante abgeleitet werden sollen.		Der Geltungsbereich des Bebauungsplans soll um einige Meter nach Süden erweitert werden und damit die Fläche des Kreisverkehres einschließen. In diesem Zuge wird das wasserrechtliche Verfahren inkludiert.	
	13.09.2022	**II 29/2022** Bebauungsplan Nr. 490 "Gewerbegebiet Carsten-Lücken-Straße" Auslegungsbeschluss	1. Der Bau- und Umwelt-ausschuss nimmt das Ergebnis der frühzeitigen Öffentlichkeits-beteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB (**Anlage 1**) und der Beteiligung von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (**Anlage 2**) zur Kenntnis. 2. Der Bau- und Umwelt-			

			ausschuss stimmt der weiteren Bearbeitung zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 490 auf Grundlage des Planungsvorschlages zu (**Anlage 3** und **Anlage 4**). 3. Der Bau- und Umwelt-ausschuss beschließt, dass die Verfahrensschritte „Öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB“ und „Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB“ zeitgleich durchgeführt werden.			
11.	13.09.2022	**II 11/2022** 19. Flächennutzungsplanänderung "Thebushelmde" Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB Auslegungsbeschluss	1. Der Bau- und Umweltausschuss nimmt das Ergebnis der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB (**Anlage 1**) und das Ergebnis der Beteiligung von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (**Anlage 2**) zur Kenntnis. 2. Der Bau- und Umweltausschuss stimmt der weiteren Bearbeitung der 19. Änderung des Flächennutzungsplanes auf Grundlage des Planungsvorschlages zu (**Anlage 4** und **Anlage 5**). 3. Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, dass die Verfahrensschritte „Öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB“ und „Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB“ zeitgleich durchgeführt werden.	61	Das Verfahren ist aufgrund der politischen Vorgaben ausgesetzt	
12.	13.09.2022	**II 25/2022** Bebauungsplan Nr. 325 „Schierholz Nordwest“ Bildung von 16 Baugrundstücken und Vermarktung	Der Bau- und Umweltausschuss nimmt zur Kenntnis, dass das Stadtplanungsamt für die Stadt Bremerhaven die im Zuge der Planungen vorgesehenen 16 Bau-grundstücke im Bereich Langmirjen / Lotjeweg mit einer Größe zwischen ca. 514 m ² und ca. 1.041 m² zu	61	Alle 16 Baugrundstücke sind mittlerweile veräußert.	

			einem Kaufpreis von 120 € / m² erschließungsbeitragspflichtig bzw. 170 € / m² erschließungsbeitragsfrei veräußert.			
13.	13.09.2022	**II 27/2022** Bebauungsplan Nr. S 183 „Bundesautobahnzubringer Mitte / Ost“Gemarkung Geestendorf Flur 43 Flurstücke 57/4 (6.806 m²), belegen Wiesenstraße Gemarkung Geestendorf Flur 43 Flurstück 122 (9.410 m²), belegen Wiesenstraße Bildung von 18 Baugrundstücken und Vermarktung	Der Bau- und Umweltausschuss nimmt zur Kenntnis, dass das Stadtplanungsamt für die Stadt Bremerhaven die im Zuge der Planungen vorgesehenen 18 Baugrundstücke im Bereich Wiesenstraße mit einer Größe zwischen ca. 638 m² und ca. 1.150 m² zu einem Kaufpreis von 150 € / m² erschließungsbeitragspflichtig veräußert.	61	Von den 18 Baugrundstücken sind derzeit 14 Grundstücke fest reserviert. Verkaufsgespräche werden weiterhin geführt. Die Rodungsarbeiten und Sondierung nach Kampfmitteln beginnt in Kürze.	
14.	10.11.2022	**II 6/2022** 22. Flächennutzungsplanänderung „Poggenbruchstraße/Weg 89“ Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB Auslegungsbeschluss	1. Der Bau- und Umweltausschuss nimmt das Ergebnis der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB (**Anlage 1**) und das Ergebnis der Beteiligung von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (**Anlage 2**) zur Kenntnis. 2. Der Bau- und Umweltausschuss stimmt der weiteren Bearbeitung der 22. Änderung des Flächennutzungsplanes auf Grundlage des Planungsvorschlages zu (**Anlage 4a + 4b** und **Anlage 5**). 3. Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, dass die Verfahrensschritte „Öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB“ und „Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB“ zeitgleich durchgeführt werden.	61	Eine Vorlage für den Feststellungsbeschluss wurde für die politische Befassung gefertigt.	
	10.11.2022	**II 23/2022-1** Bebauungsplan Nr. 493 „Poggenbruchstraße/Weg 89“ Auslegungsbeschluss	1. Der Bau- und Umweltausschuss nimmt das Ergebnis der frühzeitigen Öffentlichkeits-beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB (Anlage 1) und das	61	Die Verfahrensschritte – Öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB und „Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB – wurden vom 08.05.23 bis zum 09.06.23 durchgeführt. Die inhaltlichen Bearbeitungen der Abwägung wurden	

			Ergebnis der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB (Anlage 2) zur Kenntnis. 2. Der Bau- und Umweltausschuss stimmt der weiteren Bearbeitung des Bebauungsplans Nr. 493 „Poggenbruchstraße / Weg 89“ auf Grundlage des überarbeiteten städtebaulichen Konzeptes, Stand Entwurf vom Oktober 2022 zu (Anlage 5). Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, dass die Verfahrensschritte „Öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB“ und „Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB“ zeitgleich durchgeführt werden.		durchgeführt. Analog zum v. g. Feststellungsbeschluss wurde eine Vorlage für den Satzungsbeschluss für die politische Befassung erstellt.	
15.	10.11.2022	**II 33/2022** Einleitung eines Verfahrens zur Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 506 „Lotjeweg/Tarnowitzer Straße/Rybniker Straße“ Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 406 „Lotjeweg/Tarnowitzer Straße“ Aufstellungsbeschluss	Der Bau- und Umweltausschuss beschließt für das im Übersichtsplan (vgl. Anlage 1) gekennzeichnete Gebiet den Bebauungsplan Nr. 506 „Lotjeweg/Tarnowitzer Straße/Rybniker Straße“ .im beschleunigten Verfahren nach § 13a Abs. 1 Nr. 1 BauGB aufzustellen und empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung einen gleichlautenden Beschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB zu fassen.	61	Die Stadtverordnetenversammlung hat am 1. Dezember 2022 den Aufstellungs-beschluss gefasst. Die frühzeitige öffentliche Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB wurde – wie in der Bau- und Umweltausschuss-Sitzung am 01.02.2024 zur Kenntnis gegeben - vom 26.02.2024 bis einschließlich 08.03.2024 durchgeführt. Am 06.03.2024 ist im Büro der Stadtverordnetenversammlung eine Petition zum Stopp der Rodung des Waldes Tarnowitzer Str. / Rybniker Str. / Lotjeweg eingegangen. In Folge wurde in der Sitzung vom 28.05.2024 dem Petitionsausschuss der Stadtverordnetenversammlung das Thema vorgetragen. Der Petitionsausschuss hat in seiner Sitzung am 24.09.2024 den Bericht der Berichterstattenden Schiller und Viebrock sowie die weitere Stellungnahme des Stadtplanungsamtes zur Kenntnis genommen. Der Petitionsausschuss hat die Stadtverordnetenversammlung gebeten, die Petition als erledigt zu erklären. Einzuhaltende Fristen des Kaufvertrages wurden im Rahmen	

					für aufschiebende Bedingungen verlängert und auf den 31.03.2026 datiert. Vorzunehmende Kartierungen der artenschutzrechtlichen Begutachtung, erfolgen im Zeitraum Februar bis Oktober 2025. Unmittelbar anschließend wird die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB angestrebt.	
16.	10.11.2022	**II 35/2022** Bebauungsplan Nr. 494 „Green Economy-Gebiet Lune Delta“ Auslegungsbeschluss	1. Der Bau- und Umweltausschuss nimmt das Ergebnis der frühzeitigen Öffentlichkeits-beteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB und das Ergebnis der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (Anlage 2) sowie das Ergebnis des Scopingtermins (Anlage 3) zur Kenntnis. 2. Der Bau- und Umweltausschuss stimmt der weiteren Bearbeitung des Bebauungsplans Nr. 494 „Green Economy-Gebiet Lune Delta“ auf Grundlage der Kurzbegründung samt Planungs-vorschlag/städtebaulichem Konzept (Vorentwurf) (Anlage 1) zu und beschließt zeitgleich die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB mit der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB.	61	abgeschlossen	Erledigt.
	05.09.2024	**TOP 10.3.6** Bebauungsplan Nr. 494 „Green Economy – Gebiet Lune Delta“ Satzungsbeschluss	Frau Kountchev setzt den Bau- und Umweltausschuss darüber in Kenntnis, dass aufgrund der Notwendigkeit, noch in diesem Jahr mit Maßnahmen im Green Economy-Gebiet Lune Delta zu beginnen und damit den für 2024 befristeten Fördermitteleinsatz nicht zu gefährden, konnte ausnahmsweise für den Satzungsbeschluss des B-Planes Nr. 494 die Sitzungsabfolge nicht eingehalten werden.		abgeschlossen	Erledigt.

			Insofern hat nach dem Magistrat am 14. August 2024 bereits die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 29. August 2024 den Bebauungsplan Nr. 494 „Green Economy-Gebiet Lune Delta“ als Satzung beschlossen.			
17.	10.11.2022	**II 31/2022-1** Veränderungssperre Nr. 446 für den nördlichen Teilbereich des Bebauungsplanes Nr. 446 „Berberitzenweg/ Plätternweg“	Der Bau- und Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgenden Beschluss zu fassen: Die Stadtverordnetenversammlung beschließt aufgrund der §§ 14, 15, 16 und 17 Baugesetzbuch (BauGB) die Satzung zur Veränderungssperre Nr. 446 zum nördlichen Teilbereich des Bebauungsplanes Nr. 446 „Berberitzenweg/Plätternweg“.	61	Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 01. Dezember 2022 die Satzung zur Veränderungssperre beschlossen. Die inhaltliche Bearbeitung des B-Planes wird unter Berücksichtigung der schwierigen personellen Ressourcen bis zum 2. Halbjahr dieses Jahres aufgenommen. Für die anstehenden Verfahrensschritte (Öffentliche Auslegung gem. § 3 (2) BauGB“ und „Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB) werden die inhaltlichen Bearbeitungen durchgeführt. Der bisher ausgewiesene Geltungsbereich für den neuen Bebauungsplan Nr. 446 „Berberitzenweg/Plätternweg“ wird reduziert und bezieht sich nur noch auf den Abschnitt des Plätternweges und das nördlich des Weges gelegene Areal, das bislang im Bebauungsplan Nr. 245 als Allgemeines Wohngebiet festgesetzt ist. Letzteres soll nunmehr als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen werden.	
	05.09.2024	**II 12/2024** Bebauungsplan Nr. 446 „Berberitzenweg/Plätternweg“ Auslegungsbeschluss	1. Der Bau- und Umweltausschuss stimmt der Reduzierung des Geltungsbereichs entsprechend der Anlage 3 zu. 2. Der Bau- und Umweltausschuss stimmt dem vorliegenden Planungskonzept als Grundlage des Entwurfs zum Bebauungsplan Nr. 446 „Berberitzenweg / Plätternweg“ zu und beschließt die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB im Parallelverfahren mit der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB.	61	Der Bau- und Umweltausschuss hat in seiner Sitzung am 05.09.2024 der Reduzierung des Geltungsbereiches zugestimmt. Ebenfalls am 05.09.2024 hat der Bau- und Umweltausschuss die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB im Parallelverfahren mit der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB zugestimmt. Die vorzunehmenden Kartierungen im Rahmen der Umweltprüfung sind ab Mai 2025 vorgesehen.	
18.	07.02.2023	**II 3/2023**	1. Der Bau- und	61	Die Vorbereitungen für den Erwerb / Zwischenerwerb der	

		Stadtumbaugebiet Lehe Sicherung von Altbauten im Programm „Wachstum und nachhaltige Erneuerung“ im Goethequartier	Umweltausschuss beschließt, dass für den Erwerb bzw. Zwischenerwerb, die Sicherung der Immobilien Uhlandstraße 29, Heinrichstraße 30 und 32, Eupener Straße 11 und 28, Lutherstraße 15 und Hafenstraße 62 bzw. den Abriss der Gebäude Heinrichstraße 32 und Eupener Straße 11 erstmalig Städtebauförderungsmittel aus dem Jahr 2022 zur Sicherung von Altbauten in Höhe von 2,28 Mio. € eingesetzt werden. 2. Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, dass die städtische Kofinanzierung in Höhe von 22 %, d.h. 501.600 €, aus dem Kapitel 6625 erfolgt.		Immobilien laufen. Die Immobilien Eupener Straße 28 und Heinrichstraße 30 wurden zwischenzeitlich erworben. Weitere Verhandlungen laufen.	
19.	14.09.2023	**II 5/2023** 24. Änderung des Flächennutzungsplanes „Debstedter Weg/Fehrmoorweg“ Aufstellungsbeschluss	Der Bau- und Umweltausschzuss beschließt für das im Übersichtsplan (vgl. Anlage) gekennzeichnete Gebiet die 24. Änderung des Flächennutzungsplanes und empfiehlt der STVV einen gleichlautenden Beschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB zu fassen.	61	Die Aufstellung des Bebauungsplanes wurde am 30.11.2023 seitens der Stadtverordnetenversammlung beschlossen.	
	14.09.2023	**II 4/2023** B-Plan Nr. 507 „Debstedter Weg/ Fehrmoorweg Aufstellungsbeschluss	Der Bau- und Umweltausschuss beschließt für das im Übersichtsplan (vgl. Anlage) gekennzeichnete Gebiet den Bebauungsplan Nr. 507 „Debstedter Weg/Fehrmoorweg“ aufzustellen und empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung einen gleichlautenden Beschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB zu fassen.		Die Aufstellung des Bebauungsplanes wurde am 30.11.2023 seitens der Stadtverordnetenversammlung beschlossen. Das zwischenzeitlich vorgelegte überarbeitete städtebauliche Konzept wird aktuell geprüft.	
20.	14.09.2023	**II 11/2023** Einleitung eines Verfahrens zur Aufstellung des B-Planes Nr. 508 „Gärtnerstraße“ Aufstellungsbeschluss	Der Bau- und Umweltausschuss beschließt für das im Übersichtsplan (vgl. Anlage) gekennzeichnete Gebiet den Bebauungsplan Nr. 508 „Gärtnerstraße“ im beschleunigten Verfahren nach § 13a Abs. 1 Nr. 1 BauGB aufzustellen und empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung	61	Die Aufstellung des Bebauungsplanes wurde am 30.11.2023 seitens der Stadtverordnetenversammlung beschlossen. Dem Vorhabenträger wurden detaillierte Informationen zur Ausschreibung an die Hand gegeben.	

			einen gleichlautenden Beschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB zu fassen.			
21.	14.09.2023	**II 15/2023** Einleitung eines Verfahrens zur Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich Karlsbader Straße – 25. Flächennutzungs-planänderung Aufstellungsbeschluss	Der Bau- und Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordneten-versammlung folgenden Beschluss zu fassen: „Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gem. § 2 Abs. 1 BauGB für das im Übersichtsplan vom 22.08.2023 gekennzeichnete Gebiet das Verfahren zur 25. Änderung des Flächennutzungsplanes ‚Karlsbader Straße' einzuleiten."	61	Die Einleitung eines Verfahrens zur Änderung des Flächennutzungsplanes wurde am 30.11.2023 seitens der Stadtverordnetenversammlung beschlossen. Die inhaltlichen Bearbeitungen für die Verfahrensschritte– Frühzeitige öffentliche Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und frühzeitige Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB - werden zu gegebener Zeit durchgeführt.	
	14.09.2023	**II 12/2023** B-Plan Nr. 479 „Karlsbader Str." Aufstellungsbeschluss	Der Stadtverordnetenversammlung wird folgender Beschluss empfohlen: Der Bebauungsplan Nr. 479 „Karlsbader Straße" für das im Übersichtsplan gekennzeichnete Gebiet zwischen Clausewitzstraße und Karlsbader Straße einschließlich angrenzender vom Siedlungsgebiet umgebener Freiflächen wird aufgestellt.	61	Die Aufstellung des Bebauungsplanes wurde am 30.11.2023 seitens der Stadtverordnetenversammlung beschlossen. . Die inhaltlichen Bearbeitungen für die Verfahrensschritte– Frühzeitige öffentliche Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und frühzeitige Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB - werden zu gegebener Zeit entsprechend der personellen Ressourcen durchgeführt.	
22.	23.11.2023	**II 18/2023** Bebauungsplan Nr. 509 „Knotenpunkt B6/Zur Siedewurt" Aufstellungsbeschluss	Der Stadtverordnetenversammlung wird folgender Beschluss empfohlen: Der Bebauungsplan Nr. 509 "Knotenpunkt B 6/Zur Siedewurt" wird für das im Übersichtsplan gekennzeichnete Gebiet aufgestellt.	61	Die Aufstellung des Bebauungsplanes wurde am 30.11.2023 seitens der Stadtverordnetenversammlung beschlossen. Entsprechend der Kenntnisgabe im Bau- und Umweltausschuss am 01.02.2024 wurden die frühzeitigen Beteiligungsverfahren nach §§ 3 und 4 Abs. 1 BauGB vom 26.02.2024 bis einschließlich 08.03.2024 durchgeführt. Die Stellungnahmen wurden einer Abwägung unterzogen. Für die anstehenden Verfahrensschritte (Öffentliche Auslegung gem. § 3 (2) BauGB" und „Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB) werden die inhaltlichen Bearbeitungen durchgeführt.	
	05.09.2024	**II 17/2024** Bebauungsplan Nr. 509 „Knotenpunkt B6/Zur Siedewurth" Auslegungsbeschluss	1. Der Bau- und Umweltausschuss nimmt das Ergebnis der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung gemäß §§ 3 und 4 Abs. 1 BauGB zur Kenntnis.		Der Bau- und Umweltausschuss hat in seiner Sitzung am 05.09.2024 das Ergebnis der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung gem. §§ 3 und 4 Abs. 1 BauGB zur Kenntnis genommen und der Reduzierung des Geltungsbereiches zugestimmt. Ebenfalls am 05.09.2024 hat der Bau- und Umweltausschuss die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB im	

			2. Der Bau- und Umweltausschuss stimmt der Reduzierung des Geltungsbereichs entsprechend der Anlage 4 zu. 3. Der Bau- und Umweltausschuss stimmt dem vorliegenden Planungskonzept als Grundlage des Entwurfs zum Bebauungsplan Nr. 509 „Knotenpunkt B6 / Zur Siedewurt“ zu und beschließt, dass die Verfahrensschritte „Öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB“ und „Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB“ zeitgleich durchgeführt werden.		Parallelverfahren mit der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB zugestimmt. Die öffentliche Auslegung wurde vom 02.12.2024 bis einschließlich 15.01.2025 durchgeführt. Die Beteiligung Träger öffentlicher Belange läuft vom 10.12.2024 bis 27.01.2025.	
23.	23.11.2023	**II 21/2023-1** Veränderungssperre Nr. 469 für den Bereich des Bebauungsplanes Nr. 469 „Entwicklungsgebiet Rudloffstraße“	Der Stadtverordnetenversammlung werden folgende Beschlüsse empfohlen: 1) Die Stadtverordneten-versammlung beschließt aufgrund der §§ 14, 15, 16 und 17 Baugesetzbuch (BauGB) die Satzung zur Veränderungssperre Nr. 469 zum Bebauungsplan Nr. 469 „Entwicklungsgebiet Rudloffstraße“. 2) Die Stadtverordneten-versammlung beschließt den erweiterten Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 469 „Entwicklungsgebiet Rudloffstraße“ entsprechend der Anlage 2.	61	Die Veränderungssperre Nr. 469 zum Bebauungsplan Nr. 469 „Entwicklungsgebiet Rudloffstraße“ wurde am 30.11.2023 seitens der Stadtverordnetenversammlung beschlossen. Die Veränderungssperre ist am 04.01.2024 in Kraft getreten. Der Auftrag zur Erstellung des B-Planes wurde erteilt. Zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB wurde zu einem Scoping-Termin am 10. September 2024 eingeladen. Auf Grundlage des erfolgten Scoping-Termins sind die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange an das beauftragte Planungsbüro zur weiteren Bearbeitung versendet worden. Eine Vorlage zur Verlängerung der Veränderungssperre wurde für die Bau- und Umweltausschuss-Sitzung am 07. November vorbereitet. Die Verlängerung der Veränderungssperre wurde nicht beschlossen. Vorliegende und künftige Bauanträge, auch die, die der beschlossenen städtebaulichen Rahmenplanung widersprechen, müssen somit zugelassen werden.	

24.	23.11.2023	**VI 85/2023** Antrag der SPD-, CDU- und FDP-Fraktion zum Thema: Verkehrsberuhigende Maßnahmen Goethequartier - Umgestaltung der Eupener Straße	1. Das Dezernat VI wird beauftragt, eine Umgestaltung der Einmündung Eupener Straße/Hafenstraße vorzunehmen. Der Straßenbereich Eupener Straße zwischen Hafenstraße und Stormstraße ist für den Fußgänger- und Radverkehr neu auszurichten und baulich zu verändern. Die Straßenführung wird im Bereich der Freizeitstätte Lehe-Treff unterbrochen. Der Abschnitt Eupener Straße zwischen Gnesener Straße und Stormstraße wird umgestaltet zur ausschließlichen Nutzung durch den Rad- und Fußgängerverkehr. Der Bereich vor der Freizeitstätte Lehe-Treff ist außerdem für eine mögliche Querung der neuen Aue vorgesehen. Dementsprechend sind die Planungen auszurichten. 2. Die Verkehrsführung ist anzupassen. Dem Individualverkehr steht zur Nutzung nun ausschließlich die Fahrtrichtung Abschnitt Eupener Straße/Stormstraße zur Verfügung. Die neue Straßenführung ist zu kennzeichnen. Die Beleuchtung des Straßenabschnitts Einmündung Eupener Straße/Hafenstraße bis zur Gnesener Straße ist dahingehend anzupassen, dass eine bessere Verkehrssicherheit für alle Verkehrsteil-nehmer:innen gewährleistet wird. 3. Die Planungen sind der Stadtteilkonferenz Lehe und der ESG Lehe vorab vor-zustellen. Die Umsetzung der Maßnahme ist bis Ende 2025	61, 66	Die Planungen zur Umgestaltung der Eupener Straße werden nach der Konzepterstellung zum Leher Pausenhof öffentlich ausgeschrieben.	

			abzuschließen.			
25.	23.11.2023	**VI 87/2023** Antrag der SPD-, CDU- und FDP-Fraktion zum Thema: Klimaschutz Bremerhaven Nahverkehr - Aufwertung Bahnhof Lehe	1. Das Dezernat VI wird beauftragt, Gespräche mit der Bahn zu führen, bezüglich der weiteren Umsetzung des kommunal finanzierten Lärmschutzes. Außerdem ist mit dem Senat über die Verbesserung der Nah- und Fernverbindungen in das Hinterland in Verhandlungen einzutreten, dass ein drittes Gleis zwischen Bremerhaven und Bremen benötigt wird. 2. Weiterhin ist die Umsetzung einer barrierefreien WC-Anlage durch die Bahn im Bereich des Bahnhofs Lehe in den Gesprächen voranzubringen. Zusätzlich ist ein Konzept aufzusetzen, um die Sauberkeit im Bahnhofsbereich Lehe zu verbessern. 4. Das Dezernat VI wird beauftragt, auf verantwortlicher Entscheidungsebene bei der Bahn und dem Land Bremen Gespräche zu führen, dass die Nahverkehrstickets zwischen Bremerhaven und Bremen in den Fernverkehrs-zügen anerkannt werden. Ebenso ist die Einführung eines 10-Euro-Tagestickes für den gesamten Stadtbereich Bremen und Bremerhaven und Fahrten zwischen den Städten in die Gespräche mit aufzunehmen. Der verlässliche Halbstundentakt auf der Schiene zwischen Bremen und Bremerhaven ist sicherzustellen. Die Finanzierung ist über Landeshaushalt abzudecken.	61	Zu 1.) und 4.) In einem Schreiben des OB an SBMS – inhaltliche Zulieferung durch Amt 61 – sind die genannten Themen angesprochen worden. Gleichzeitig ist hier auch die Einbindung von Nahverkehrstarifierung im Fernverkehr angesprochen worden. Eine Rückmeldung liegt derzeit noch nicht vor. Zum Thema 10€-Ticket wird auf die BUA-Vorlage II 7/2022 verwiesen. Unter Federführung der Deutschen Bahn wurde aktuell ein Arbeitskreis zum Fernverkehrsanbindung Bremerhavens eingerichtet. Beteiligt sind hier neben dem Land Bremen auch die LNVG. Die Interessen der Stadt werden seitens des Stadtplanungsamtes in Rückkopplung mit dem OB vertreten. Zu 2.) Die DB hat bereits vor Jahren eine WC-Anlage abgelehnt. Es wird auf die Vorlage II/15/2024 verwiesen. <u>Hinweis:</u> Der Punkt 3 des Antrages wird durch das Amt 66 bearbeitet.	

	04.06.2024	**VI 26/2024** Sachstandsbericht gemäß § 49 Abs. 2 GOStVV	STV Milch bittet darum, dass bezüglich Nr. 28/Seite 17 des Sachstandsberichtes (Amt 61, VI 87/2023 Aufwertung Bahnhof Lehe) speziell hinsichtlich der Umsetzung zu Punkt 2 (barrierefreie WC-Anlage) ein Sachstand zur nächsten Sitzung des Bau- und Umweltausschusses vorgelegt wird.	61		Erledigt.
26.	23.11.2023	**VI 91/2023** Antrag der SPD-, CDU- und FDP-Fraktion zum Thema: Klimaschutz Bremerhaven Radverkehr - Sanierungskonzept für Fahrradwege und Aktualisierung des Radverkehrskonzeptes Bremerhaven	1. Das Dezernat II wird beauftragt, das Radverkehrskonzept 2014 zügig zu aktualisieren und den heutigen Anforderungen anzupassen. Die Haushaltsmittel sind dementsprechend einzusetzen, um flächendeckend zielgerichtet Maßnahmen zu ergreifen. 2. Weiterhin ist das niedersächsische Umland konzeptionell mit einzubeziehen. Hier sind in Verhandlungen mit den Umlandgemeinden die Grundlage für Planungen und Finanzierungen zu erarbeiten.	61	Zu 1.) und 2.) Eine Prüfung und Abstimmung zu Inhalten sowie zum Verfahren/Vorgehen befindet sich in der Bearbeitung. Abhängigkeiten bestehen hinsichtlich der Bearbeitung eines VEP bzw. SUMP indem ein RVK als Teilkonzept mitbearbeitet werden kann. <u>Hinweis:</u> Die Punkte 3 und 4 des Antrages werden durch das Amt 66 bearbeitet.	
27.	23.11.2023	**VI 94/2023** Antrag der SPD-, CDU- und FDP-Fraktion zum Thema: Gestaltung Hochschule Campus Innenstadt	1. Der Bau- und Umweltausschuss befürwortet die Erweiterung des Campus der Hochschule zur Stärkung der Innenstadt. 2. Das Dezernat II wird beauftragt, zur Entwicklung eines innerstädtischen Campus der Hochschule entsprechende Planungen zu entwickeln und dem Bau- und	61	Dem Stadtplanungsamt obliegt die Federführung für das Förderprojekt ZIZ (Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren). Hier sind immense personelle Ressourcen gebunden. Die Finanzierung läuft ausschließlich über Bundesmittel und komplementierend über Mittel des Referates für Wirtschaft. Das Stadtplanungsamt hat für weitere innerstädtische Planungen – wie hier – Erweiterung des Campus der Hochschule aktuell weder personelle noch finanzielle Ressourcen.	

			Umweltausschuss zum September 2024 vorzulegen.			
29.	04.06.2024	**VI 32/2024** Antrag der SPD-, CDU- und FDP-Fraktion zum Thema: Nachhaltige Energie für Bremerhaven	5. Der Magistrat wird gebeten, zügig die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit das „Wind an Land Gesetz“ bis 2032 umgesetzt ist.	61	Die Punkte 1-4 und 6 des Antrages werden durch das Amt 58 erarbeitet. Zu 5.: Die rechtlichen Voraussetzungen werden durch die Landesgesetzgebung geschaffen. Die 16. FNP-Änderung wird die relevanten Themen aufgreifen und berücksichtigen.	
30.	04.06.2024	**VI 34/2024** Antrag der SPD-, CDU- und FDP-Fraktion zum Thema: Autonome CO2-freie Fähranbindung Werftquartier	1. Der Magistrat wird gebeten, das Projekt zu unterstützen und mögliche Standorte für Anleger im Fischereihafen zu prüfen und einen Standort für ein Pilotprojekt vorzulegen. Hierzu sind Punkt-zu-Punkt Verbindungen mit einem Übergang an den ÖPNV sowie touristische Belange zu berücksichtigen. 2. Die Standorte müssen uneingeschränkt zugangsfähig sein und die Anleger barrierefrei ausgestattet sein.	61, 58	Die Einbringung einer Fähranbindung im Werftquartier wird aktuell durch die BIS im Rahmen der Planung der Promenade auf dem Külkengelände berücksichtigt.	
31.	05.09.2024	**VI 50/2024** Sachstandsbericht gemäß § 49 Abs. 2 GOStVV	STV Raschen bittet das Stadtplanungsamt darum, zur nächsten Sitzung des Bau- und Umweltausschusses zum Tagesordnungspunkt 10 des Sachstandsberichtes eine Termin-schiene darzulegen. Zur laufenden Nr. 15 des Stadtplanungsamtes wird darum gebeten, das Ergebnis der Kümmerer aus dem Petitionsausschuss vorzustellen.	61	Die gewünschten Angaben zu Nr. 10 finden sich auf den Seiten 7 und 8. Die gewünschten Angaben zu Nr. 15 finden sich auf den Seiten 11 und 12.	
32.	05.09.2024	**II 10/2024** Bebauungsplan Nr. 512 „Louise-Schröder-Straße“ Aufstellungsbeschluss	Der Bau- und Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgenden Beschluss zu fassen: “Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB	61	Der Aufstellungsbeschluss wurde am 29.10.2024 von der Stadtverordnetenversammlung gefasst.	

			für das im Übersichts-plan gekennzeichnete Gebiet den Bebauungsplan Nr. 511 „Louise-Schröder-Straße“ im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB aufzustellen“.			
33.	07.11.2024	**II 13/2024** Bebauungsplan Nr. 497 „Erhaltungs-satzung Goethequartier einschließlich Hafenstraße	1) Der Bau- und Umweltausschuss nimmt die Stellungnahme zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB und die Beschlussempfehlung zur Kenntnis. 2) Der Bau- und Umweltausschuss beschließt die öffentliche Auslegung gem. 3 Abs. 2 BauGB im Parallelverfahren mit der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB. 3) Der Bau- und Umweltausschuss stimmt einer Informationsveranstaltung im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB zu.	61	Die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB sind vom 24.02.2025 bis zum 04.04.2025 vorgesehen. Die Informationsveranstaltung wird aktuell für den 06.03.2025 geplant.	
34.	07.11.2024	**II 3/2024-1** Allgemeines Programm Stadtumbau West – Stadtumbaugebiet Lehe Förderprojekt Sanierung Goethestraße 32-34, Bereitstellung weiterer Förder-mittel	Der Bau- und Umweltausschuss beschließt die zusätzliche Förderung des Sanierungsprojektes Goethestraße 32 - 34 im Rahmen des Allgemeinen Programms Stadtumbau West mit einer Fördersumme von 480.000 €.	61	STV Kaminiarz bittet um Aufgabe der Höhe der Rücklagen beim Kapitel 6625 „Städtebauförderung“ Seitens des Amtes 61 wird diesbezüglich erklärt, dass der Bestand in der Drittmittelrücklage für verschiedene Projekte und Maßnahmen gebunden bzw. reserviert ist. Der exakte Bestand ist wenig aussagekräftig, da es zum Haushaltsabschluss sowohl zu einer Zuführung zur Drittmittelrücklage als auch zu Rücklagenentnahmen für den Kapitelausgleich kommen kann. Das Projekt Goethestraße 32/34 ist hiervon nicht betroffen, da es im normalen Haushaltsvollzug des Kapitels 6625 bearbeitet wird.	
35.	07.11.2024	**II 7/2024** Städtisches Energiekonzept zur Steuerung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen im Außenbereich der Seestadt Bremerhaven Festlegung eines städtischen Energie-	Der Bau- und Umweltausschuss beschließt: 1. Das vorgelegte Städtische Energiekonzept dient zur Steuerung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen im	61	Abgeschlossen.	Erledigt.

		konzeptes als Standortkonzept	Außenbereich der Seestadt Bremerhaven als verbindliches Standortkonzept. 2. Anpassungen des Konzeptes sind dem Bau- und Umweltausschuss anzuzeigen.			
36.	07.11.2024	**II 11/2024** Fortschreibung Lärmaktionsplan Bremerhaven Ergebnis der Bürgerbeteiligung gem. § 47d Abs. 3 Bundes-Immiss	Die zur Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 47d Abs.3 BImSchG eingegangenen Stellungnahmen werden für den Entwurf des Lärmaktionsplans so berücksichtigt, wie in **Anlage 1** dargestellt.	61	Abgeschlossen.	Erledigt.
37.	07.11.2024	**TOP 10.3.5** Neuaufstellung des Landesraum-ordnungsplanes der Freien Hansestadt Bremen (LROP FHB)	Weitere Informationen zur Neuaufstellung des Landesraum-ordnungsplanes der Freien Hansestadt Bremen finden sich auf der Webseite: https://bau.bremen.de/stadtentwicklung/raumordnung-und-landesplanung-2156232 Der Bau- und Umweltausschuss wird fortlaufend über die weiteren Verfahrensschritte informiert.	61	In inhaltlicher Bearbeitung. Der Bau- und Umweltausschuss wird fortlaufend informiert.	

62 – Vermessungs- und Katasteramt:

Lfd. Nr.	Beschluss-datum	Nr. der Vorlage	Beschlusslage (ggf. Frist)	Amt	Bearbeitungsstand	Bemerkungen

./.

63 – Bauordnungsamt:

Lfd. Nr.	Beschluss-datum	Nr. der Vorlage	Beschlusslage (ggf. Frist)	Amt	Bearbeitungsstand	Bemerkungen
1.	23.11.2023	**VI 82/2023** Antrag der SPD-, CDU- und FDP-Fraktion zum Thema: Restaurierung des historischen Handkrans von 1872	1. Das Dezernat VI wird gebeten, sich beim DSM dafür einzusetzen, dass die Maßnahmen zur Restaurierung des Handkurbelkrans unverzüglich vorgenommen werden. Die Planung soll bis zum Sommer 2024 vorliegen. 2. Der Bau- und Umweltausschuss erwartet vom DSM, dass der Handkurbelkran komplett restauriert und seine technische Funktion wiederhergestellt wird, damit die Funktion der Ladetechnik präsentiert werden kann. 3. Der Kran ist in die Planungen zum Außenareal des DSM mit dem schwimmenden Museum „Najade“ und dem historischen Hafenschuppen zu integrieren. Laden und löschen kann in Kombination mit dem Oder-Haff-Kran „Emma“ der Öffentlichkeit vorgeführt werden, um mit dieser Präsentation historischen Umschlag von Waren und Gütern im maritimen Gewerbe zu vermitteln. 4. Die Finanzierung ist über das DSM zu gewährleisten.	63	Die Untere Denkmalschutzbehörde hat die Thematik an das DSM am 19.12.2023 herangetragen. Für die Umsetzung sollen Mittel umgewidmet und ins Geschäftsjahr 2024 übertragen werden. Zurzeit wird der Kran in statisch-konstruktiver Hinsicht geprüft, dem vorläufigen Untersuchungsergebnis zu Folge ist ein Aufstellen nach erfolgter Sanierung möglich. Hierfür wird derzeit ein Konzept erstellt Start der Sanierung durch die BBU ist für Herbst 2024 vorgesehen, das Leistungsverzeichnis steht, die Aufstellung soll spätestens 2026 erfolgen. Kein neuer Sachstand.	

66 – Amt für Straßen- und Brückenbau:

Lfd. Nr.	Beschluss-datum	Nr. der Vorlage	Beschlusslage (ggf. Frist)	Amt	Bearbeitungsstand	Bemerkungen
1.	02.07.2020 18.05.2021	**VI 39/2020** Antrag SPD-, CDU-, FDP-Fraktion zum Thema: Verbesserung des Fahrradparkens in der Bremerhavener Innenstadt **VI 40/2021** Verbesserung des Fahrradparkens in der Bremerhavener Innenstadt	1. Die Darstellungen (Konzept) zum Fahrradparken in der Bremerhavener Innenstadt werden zur Kenntnis genommen. 2. Die Anlehnbügel und mobilen Abstellanlagen sollen angeschafft und installiert sowie über das Sonderförderprogramm „Stadt und Land“ finanziert werden (vgl. Anhang 2). 3. Eine Entwurfsplanung für die Mobilitätsstation soll in Auftrag gegeben und über das Sonderförderprogramm „Stadt und Land“ finanziert werden. Nach Abschluss der Entwurfsplanung wird diese mit detaillierter Kostenabrechnung dem Bau- und Umweltausschuss vorgelegt, um zu diesem Zeitpunkt über die Durchführung der Maßnahme zu entscheiden.	66	Bearbeitung durch das federführende Amt 66. Eine Arbeitsgruppe (ADFC, Erlebnis Bremerhaven, Amt 61, Amt 66, Stäpark, City Skipper) wurde gebildet. Stand 12/2021: Das Aufstellen der Fahrrad-bügel ist abgeschlossen. Stand 10/2022: Die Planungsleistung wurden ausgeschrieben. Submission hat stattgefunden. Stand 01/2023: Der Auftrag für die Planungs-leistung wurde an das Architekturbüro Anke Deeken aus Bremen vergeben. Der Planungsprozess befindet sich in der Leistungsphase der Grundlagenermittlung. Stand 09/2023: Ausbauvarianten in Bürgerinformation vorgestellt Stand 11/2023: Es liegen 2 Entwurfsvarianten vor, welche derzeit nochmals hinsichtlich der Vereinbarkeit mit anderen Planungen im Bereich der „Großen Kirche“ überprüft werden. <u>Stand 03/2024:</u> siehe Vorlage VI 3/2024-1 „Mobilitätsstation Große Kirche – Vorzugsvariante“. Abstimmungen mit Amt 67 bzgl. Parkanlage ebenfalls.	

	11.04.2024	**VI 3/2024-1** Mobilitätsstation Große Kirche - Vorzugsvariante	Der Bau- und Umweltausschuss beschließt die Vorplanung der Variante 6 als Vorzugsvariante und beauftragt das Amt für Straßen- und Brückenbau mit der Durchführung einer Anlieger- und Bürgerinformation sowie den weiteren Planungsschritten.	66	<u>Stand 05/2024:</u> Erste Abstimmungen zwischen den Ämtern 67 und 66 haben stattgefunden. Für den Übergangsbereich zwischen Mobilitätsstation und Parkanlage wird eine gemeinsame Konzeption erarbeitet. <u>Stand 08/2024:</u> Die Planungen für die Parkanlage und die Ausgestaltung der Mobilitätsstation widersprechen sich in ihrer Konzeption. Die Planungen zur Mobilitätsstation werden dementsprechend angepasst und in einer der nächsten Sitzungen des Bau- und Umweltschusses vorgestellt. <u>Stand 10/2024:</u> Die Anpassung der Planung an die Planung der Parkanlage ist noch nicht abgeschlossen und kann deshalb noch nicht vorgestellt werden. Als erster Schritt werden die Nebenanlagen der Prager Straße und der Mühlenstraße an die spätere Nutzung zurzeit baulich angepasst um den Weihnachtsmarkt nicht zu beeinträchtigen. <u>Stand 01/2025</u> Auf die Vorlage Nr. VI 07/2025 „Mobilitätsstation Große Kirche – Überdachung der Mobilitätsstation“ für den BUA am 06.02.2025 wird hingewiesen.	
2.	15.09.2020	**VI 63/2020** Vorstaufläche Cherbourger Straße – Fortsetzung des Planungsprozesses	Der Bau- und Umweltausschuss nimmt die beigefügte Vorlage des Ausschusses für öffentliche Sicherheit Nr. I 18/2020 zur Kenntnis und beauftragt das Amt für Straßen- u. Brückenbau mit der Fortführung d. Planungsprozesses.	66	Der Planungsprozess wird fortgeführt: Da Flächen der planfestgestellten Maßnahme „Hafentunnel“ überplant werden, wäre hier eine Planänderung erforderlich. Nach Abstimmung mit der Naturschutzbehörde: Die Eingriffsregelung nach Bundesnaturschutzgesetz ist zu beachten: • Die Unvermeidbarkeit und Alternativlosigkeit des Eingriffs muss nachgewiesen werden. • Unvermeidbare Beeinträchtigungen sind auszugleichen (Ausgleichsmaßnahmen) oder zu ersetzen. Hinsichtlich Unvermeidbarkeit und Alternativlosigkeit wurde um entsprechende Zuarbeit über die Straßenverkehrsbehörde gebeten. Diese hat die Senatorin für Wissenschaft und Häfen eigebunden. Die diesbezügliche Zuarbeit steht noch aus. <u>Stand 11/2021</u> Die Straßenverkehrsbehörde hat einen Entwurf	

					vorgelegt. Zur weiteren Abstimmungen wurde zu einem Termin eingeladen. Stand 01/2022 Ein Abstimmungstermin mit Straßenverkehrsbehörde, Ortspolizeibehörde und Naturschutzbehörde hat stattgefunden. Weiterhin ist SWH einzubinden. Stand 01/2023: SWH ist eingebunden worden. Unklar ist noch die Finanzierung der erforderlichen Planungsmittel. Stand 09/2023 Die zur Fortsetzung der Planung erforderlichen Mittelbedarfe werden in der anstehenden Haushaltsaufstellung berücksichtigt. Stand 10/2024 Aufgrund der derzeitigen Haushaltssituation konnten bisher keine Haushaltsmittel beantragt werden. Der Sachstand ist somit unverändert. Stand: 01/2025 Auch in den derzeit laufenden Haushaltsberatungen für das Jahr 2025 sind keine kommunalen Mittel für die Fortführung der Planung zu erwarten. Insofern können die Planungen für die Vorstaufläche Cherbourger Straße durch das Amt für Straßen- und Brückenbau derzeit nicht fortgeführt werden.	
3.	02.06.2022	**VI 41/2022** Fahrradachse nach Norden ausbauen – Abschnitt Dwarsweg – Friedhof Lehe Variantenvorstellung und Finanzierung	Der Bau- und Umweltausschuss beschließt den Entwurf der Variante 1 als Vorzugsvariante und beauftragt das Amt für Straßen- und Brückenbau mit den weiteren Planungsschritten. Der Bau- und Umweltausschuss stimmt der zweigeteilten Finanzierung aus zu beantragenden Fördermitteln aus dem Sonderprogramm „Stadt und Land“ und aus den Einnahmen aus der Ablösung für nicht nachgewiesene Einstellplätze bzw. aus der entsprechenden Spezialrücklage für die Schaffung von Park- und Einstellplätzen des Amtes für Straßen- und Brückenbau zu. Der Baubeginn ist für das 2. Quartal 2023 geplant.	66, 61	Stand 11/2023: II. BA Dwarsweg – Bereich Friedhof Lehe: Die Baumaßnahme wurde ausgeschrieben, die Submission hat am 01.11.2023 stattgefunden. Die Angebote befinden sich in der Prüfung. Stand 04/2024: Baubeginn war am 11.03.2024. Stand 05/2024: Das Projekt befindet sich in der Bauausführung. Der Baubeginn war am 11.03.2024. Das Ende der Bauarbeiten ist voraussichtlich Anfang des III. Quartals 2024. Stand 08/2024: Das Projekt befindet sich weiterhin in der Bauausführung. Der Baubeginn war am 11.03.2024. Das Ende der Bauarbeiten wird sich auf Grund einer Notmaßnahme im Knotenpunkt Cherbourger Straße / Langener Landstraße sowie eines durch eine Spezialfirma zu entsorgenden im	

					Baustellenbereich vorgefundenen Asbestrohres einer Hochdruckleitung voraussichtlich auf Ende des III. Quartals 2024 verschieben.	
	14.09.2023	**II 16/2023** Fahrradachse nach Norden – Ergebnis der Variantenprüfung des Teilabschnitts nördlich der Spadener Straße	1. Die vorgestellten Aus- und Umbaumaßnahmen zur Kenntnis genommen. 2. Die Varianten A und C sind als Teil der ‚Fahrradachse nach Norden' für den Radverkehr aus- und umzubauen. Die Variante A soll prioritär ausgebaut werden. 3. Beide Varianten werden in das städtische Wegweisungsnetz für den Radverkehr aufgenommen und entsprechend beschildert.	66, 61	<u>Stand 10/2024:</u> Die Bauarbeiten werden in der 44. KW abgeschlossen <u>Stand 01/2025:</u> Die Aufgabenstellung der Vorlage Nr. VI 41/2022 ist erledigt.	
	01.02.2024	**VI 2/2024-1** Fahrradachse nach Norden ausbauen – Am Wischacker II. Bauabschnitt – Spiekaer Weg bis Schlachthofstraße Vorzugsvariante	Der Bau- und Umweltausschuss beschließt die Vorplanung der Variante 1-1 als Vorzugsvariante und beauftragt das Amt für Straßen- und Brückenbau mit der Durchführung einer Anlieger- und Bürgerinformation sowie den weiteren Planungsschritten.	66	II. BA Am Wischacker – Spiekaer Weg bis Schlachthofstraße: Die Planung wurde an das Ingenieurbüro Hiller + Begemann (HBI) vergeben. Stand 01/2024: II. BA Dwarsweg – Bereich Friedhof Lehe: Kein neuer Sachstand. II. BA Am Wischacker – Spiekaer Weg bis Schlachthofstraße: Das Ingenieurbüro Hiller + Begemann (HBI) hat in der Vorplanung 3 Varianten entwickelt, siehe BUA-Vorlage VI 2/2024. <u>Stand 08/2024:</u> Die Entwurfsplanung wurde den Ämtern zur Stellungnahme übersandt. <u>Stand 10/2024:</u> Die Anhörung der Träger öffentlicher Belange wurde durchgeführt. Die Stellungnahmen werden zurzeit ausgewertet und in die Planung eingearbeitet. Nächster Schritt ist die Ausführungsplanung.	

	04.06.2024	**VI 29/2024** Am Wischacker II. Bauabschnitt Spiekaer Weg bis Schlachthofstraße Vergabeermächtigung	Der Bau- und Umweltausschuss ermächtigt den Dezernenten VI zur Vergabe der Bauarbeiten in der Straße Am Wischacker. Das Vergabeergebnis ist dem Bau- und Umweltausschuss in einer der folgenden Sitzungen mitzuteilen.	66	Stand 01/2025: Die Ausführungsplanung steht kurz vor dem Abschluss. Nächster Schritt ist die Erstellung der Ausschreibungsunterlagen.	
4.	23.11.2021	**VI 66/2021-2** Bauprogramm für Wohnstraßen 2021 bis 2025	Der Bau- und Umweltausschuss beschließt die folgenden Straßen ohne Rangfolge in ein Bauprogramm für Wohnstraßen für die Jahre 2021 bis 2025 aufzunehmen: Siehe Anlage. Aus den aufgelisteten Straßen werden je nach vorhandenem Budget und der zur Verfügung stehenden Bauzeit eine oder mehrere Straßen für einen Ausbau in den Jahren 2021 bis 2025 ausgewählt.	66	Stand 01/2024: Marschbrookweg: Das Ingenieurbüro HBI Hiller + Begemann Ingenieure GmbH wurde auf Grundlage des § 5 TtVG Abs. 2 Buchstabe d mit den Planungsleistungen der Leistungsphasen 3 sowie 5 und 6 beauftragt.	
	23.11.2023	**VI 54/2023** Marschbrookweg – Varianten und Finanzierung	Der Bau- und Umweltausschuss beschließt das Amt für Straßen- und Brückenbau zu beauftragen die Planungen zum Marschbrookweg auf Grundlage der Kombination des I. Bauabschnitts mit der Variante A des II. Bauschnitts fortzusetzen. Der Bau- und Umweltausschuss nimmt die vorgesehene Finanzierung zur Kenntnis.	66	Stand 05/2024: Die Entwurfsplanung liegt vor und wird demnächst den Ämtern zur Stellungnahme übersandt. Stand 08/2024: Am 11.07.2024 fand eine Informationsveranstaltung zur Umgestaltung des Marschbrookweg statt, in deren Nachgang ein Antrag auf Herstellung von Kfz-Stellplätzen vor den Sportanlagen des BSC Grünhöfe gestellt wurde, siehe Vorlage Nr. VI 56/2024.	
	04.06.2024	**VI 30/2024** Marschbrookweg – Ausbau zur Fahrradstraße Vergabeermächtigung	Der Bau- und Umweltausschuss ermächtigt den Dezernenten VI zur Vergabe der Bauarbeiten im Marschbrookweg. Das Vergabeergebnis ist dem Bau- und Umweltausschuss in einer der folgenden Sitzungen mitzuteilen.	66	Stand 08/2024: Ein Bewilligungsbescheid der beantragten Fördermittel aus dem Sonderprogramm „Stadt und Land“ liegt noch nicht vor. Stand 10/2024: Der Bewilligungsbescheid liegt jetzt vor. Die Anhörung der Träger öffentlicher Belange wurde durchgeführt. Die Stellungnahmen werden zurzeit ausgewertet und in die Planung eingearbeitet. Nächster Schritt ist die Ausführungsplanung.	

	05.09.2024	**VI 56/2024** Marschbrookweg – Erweiterung des Planungsumfanges	Der Bau- und Umweltausschuss beauftragt das Amt für Straßen- und Brückenbau, die Planungen zum Marschbrookweg um die Planung zur Herstellung von 24 Kfz-Stellplätzen einschließlich 2 Behindertenstellplätzen vor der Sportanlage des BSC Grünhöfe zu erweitern.	66	Stand 01/2025: Die Ausführungsplanung ist noch nicht abgeschlossen. Das Ingenieurbüro HBI wurde gebeten die Vorhaben „Am Wischacker – Umbau zur Fahrradstraße“ und das Projekt „Stadtteilzentrum Wulsdorf“ mit Priorität zu behandeln.	
5.	03.02.2022	**II 2/2022** Verknüpfungsanlage am Bahnhof Bremerhaven-Wulsdorf – Westseite	Der Bau- und Umweltausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis. Dezernat VI wird gebeten, für die Verknüpfungsanlage westlich der Bahnstation auf Grundlage der Variante 1 (Anlage 2) eine Entwurfs- sowie Ausführungsplanung zu erstellen. Die Ergebnisse sind dem Bau- und Umweltausschuss anschließend zur weiteren Beschlussfassung vorzulegen (Umsetzung).	66, 61	Stand 08/2024: Auf Grund nicht vorhandener Personalkapazitäten kann derzeit die Planung nicht aufgenommen werden. Stand 01/2025: kein neuer Sachstand	
6.	13.09.2022	**VI 59/2022** Abbau und Ersatz des dynamischen Verkehrsleitplanes in Bremerhaven	Der Bau- u. Umweltausschuss nimmt die beigefügte Vorlage des Magistrats VI/38/2022 zur Kenntnis und bittet das Amt für Straßen- und Brückenbau um weitere Veranlassung.	66	Stand 08/2023: Der Abbau von Masten und Fundamenten ist für 2024 eingeplant. Jedoch zum Abbau des Parkleitsystems muss an den jeweiligen Anlagen Spannungsfreiheit herrschen. Die Stromverträge wurden durch die StäPark gegenüber Wesernetz gekündigt. Eine Freigabe durch Wesernetz steht noch aus. Stand 10/2023: Das Konzept und die Ausschreibung sind erstellt. Die finale Abstimmung findet noch im November 2023 statt. Die Ausschreibung/Veröffentlichung erfolgt voraussichtlich noch im Dezember 2023 Stand 01/2024: Die aktuelle Kalkulation auf Grundlage des Leistungsverzeichnisses hat erhebliche Mehrkosten ergeben. Es werden derzeit Alternativen geprüft. Stand 03/2024: Es werden weiterhin Alternativen geprüft. Stand 05/2024: Es werden zu den Alternativen zurzeit kalkulatorische Preise ermittelt um in eine qualifizierte Auswertung zu kommen.	

					Stand 10/2024: Aufgrund eines längerfristigen Personalausfalles kommt es zu Verzögerungen. Stand 01/2025: Die Baukosten und technischen Möglichkeiten wurden ermittelt und eine BUA Vorlage ist in Vorbereitung.	
7.	07.02.2023	**VI 62/2023** Hamburger Straße – Planungsauftrag	Der Bau- und Umweltausschuss beauftragt das Dezernat VI für den Ausbau der Hamburger Straße einen Planungsauftrag für die Leistungsphasen 1 bis 3 gem. *HOAI § 47 Verkehrsanlagen* auszuschreiben. Dieser beinhaltet unter anderem die Erstellung von Ausbauvarianten für die Hamburger Straße sowie eine Konkretisierung der Kosten. Die Ausbauvarianten sowie die Konkretisierung der Kosten sind dem Bau- und Umweltaus-schuss vorzustellen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass mindestens der Teilabschnitt zwischen Ibbrigstraße und Georgstraße nur als Geh- und Radweg hergestellt wird.	66	Stand 03/2023: Die Beauftragung eines Ingenieurbüros bedingt hinreichende Zielvorgaben, diese werden derzeit noch entwickelt. Stand 08/2024: Auf Grund fehlender personeller Ressourcen ruht die Planung. Stand 10/2024: Die Planung wurde wieder aufgenommen. Nächster Schritt ist die Erarbeitung von Varianten, welche dem Bau- und Umweltausschuss in einer der nächsten Sitzungen vorgestellt wird. Die Finanzierung der Baumaßnahme bleibt weiterhin ungeklärt. Stand 01/2025: Die Varianten befinden sich noch in der Ausarbeitung	
8.	16.03.2023	**VI 23/2023** Instandsetzung der Melchior-Schwoon-Straße im Zuge der Sanierung von Schmutz- und Regenleitungen durch die EBB/BEG	Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, dass das Amt für Straßen- und Brückenbau sich an der Fahrbahnsanierung in der Melchior-Schwoon-Straße im Bereich vom Ernst-Reuter-Platz bis zur Zufahrt des Wilhelm-Kaisen-Platz auf kompletter Breite einschließlich der Neben-anlangen, an der Ausschreibung der Baumaßnahme der EBB/BEG beteiligt. Der Fahr- und Radweg wird in seiner Breite ausgebaut. Die Melchior-Schwoon-Straße wird auf eine zweispurige Fahrbahn zurückgebaut. Der Fahrradweg wird beidseitig mit einer Asphaltdecke von der Zufahrt Wilhelm-Kaisen-Platz bis zum Ernst-Reuter-Platz	66	Stand 03/2024: Die EBB/BEG plant den Beginn im zweiten Quartal 2024. Ausschreibungsunterlagen für den Straßenbau wurden vom Amt 66 übergeben, die Ausschreibung durch die EBB/BEG läuft zurzeit. Stand 08/2024: Die EBB/BEG plant den Beginn am 11.09.2024. Stand 10/2024 Mit der Baumaßnahme wurde von Seiten der EBB/BEG begonnen.	

			versehen. Der städtische Kostenanteil für die Melchior-Schwoon-Straße wird derzeit auf 750.000 € geschätzt.		Stand 01/2025 Kein neuer Sachstand	
9.	14.09.2023	**VI 59/2023** Verwendung von GVFG-Mitteln 2023 Vergabeermächtigung	Der Bau- und Umweltausschuss beauftragt das Dezernat VI für folgende Straßenerhaltungsmaßnahmen: • Eckernfeldstraße zwischen Gaußstraße und Wurster Straße • Nordstraße zwischen Atlantic Hotel und Bernhard-Krause-Straße die Ausschreibung bzw. die Vergabe der Bauarbeiten durchzuführen. Der Bau- und Umweltausschuss ermächtigt den Dezernenten VI zur Ausschreibung bzw. Vergabe der Bauarbeiten für die oben genannten Straßenerhaltungsmaßnahmen. Die Straßenerhaltungsmaßnahmen werden aus der Haushaltsstelle 6651/730 66 „Pauschale Investitionsmittel (GVFG)“ finanziert.	66	Stand 10/2023: Maßnahme Eckernfeldstraße abgeschlossen. Stand 01/2024: Auf Grund der haushaltslosen Zeit ruht die Veröffentlichung. Stand 05/2024 Die Ausschreibung „Nordstraße“ wird aufgrund der Förderung durch das Sonderprogramm Stadt und Land voraussichtlich noch in diesem Jahr erfolgen. Stand 08/2024 Die Ausschreibung „Nordstraße“ hat sich aufgrund der Personalsituation und der umfangreichen Baumaßnahmen (Wurster Straße, Melchior-Schwoon-Str.) verzögert. Eine Ausschreibung ist derzeit noch für 2024 vorgesehen. Stand 01/2025 Aufgrund der Personalsituation, ist die Planung nach Abstimmung mit dem Fördergeber auf 2025 verschoben.	
10.	23.11.2023	**VI 67/2023** Baugebiet Wiesenstraße – Teilherstellung von 2 Stichwegen Vergabeermächtigung	Der Bau- und Umweltausschuss ermächtigt den Dezernenten VI zur Vergabe der Bauarbeiten im Baugebiet Wiesenstraße. Das Vergabeergebnis ist dem Bau- und Umweltausschuss in einer der folgenden Sitzungen mitzuteilen.	66	Stand 05/2024: Die Ausschreibung der Bauarbeiten wird voraussichtlich im Juni 2024 veröffentlicht. Stand 08/2024: Ein Start der Bauarbeiten bedingt eine vorherige Rodung der Flächen sowie eine dazugehörige Genehmigung. Diese Genehmigung ist mit der Ausweisung von Kompensationsflächen verknüpft. Die entsprechenden Kompensationsflächen liegen noch nicht vor (Amt 61). Der in einer öffentlichen Ausschreibung zu benennende Baubeginn kann somit nicht genannt werden. Die Bauarbeiten wurden dementsprechend bisher nicht öffentlich ausgeschrieben. Stand 10/2024: Der Sachstand ist weiterhin unverändert.	

					Stand 01/2025: Die Bauarbeiten wurden öffentlich ausgeschrieben Die Auftragserteilung zur Teilherstellung der Stichwege ist in Vorbereitung. Der Baubeginn soll zu Beginn des II. Quartals 2025 erfolgen.	
11.	23.11.2023	**VI 70/2023** Förderprogramm „Klimaanpassung in urbanen Räumen“, Leitprojekt 1: Pflanzung von 262 Bäumen im Stadtgebiet – Vergabeermächtigung	Der Bau- und Umweltausschuss ermächtigt den Dezernenten VI zur Vergabe der Bauarbeiten zur Herstellung von 262 Bauminseln im Stadtgebiet. Das Vergabeergebnis ist dem Bau- und Umweltausschuss in einer der folgenden Sitzungen mitzuteilen.	66	Stand 01/2024: Die Herstellung der Bauminseln wurde ausgeschrieben, die Submission hat am 16.01.2024 stattgefunden. Die Angebote befinden sich in der Prüfung. Stand 05/2024: Die Herstellung der Bauminseln wurde vergeben. Das Projekt ist in der Bauausführung. Stand 10/2024: Das Projekt ist weiterhin in der Bauausführung. Stand 01/2025: Der Bau der restlichen Bauminseln wird im I. Quartal 2025 abgeschlossen.	
12.	23.11.2023	**VI 78/2023** Antrag der SPD-, CDU-, FDP-Fraktion zum Thema: Sicherheit auf Wegen und Straßen durch mehr Licht	Das Dezernat VI wird aufgefordert, Straßen und Wege im Stadtgebiet zu identifizieren, die z. B. durch bessere Ausleuchtung oder starken Rückschnitt von Bäumen/Büschen/Sträuchern die Sicherheit für die Nutzer:innen deutlich erhöhen. Dem Fachausschuss ist, ggf. in Zusammenarbeit mit der für die Beleuchtung zuständigen Enercity Contracting GmbH, ein Maßnahmenkatalog vorzulegen, aus dem hervorgeht, welche Maßnahmen unmittelbar, z. B. durch das Gartenbauamt, vorgenommen werden können und welche einen längeren Vorlauf benötigen, bspw. Bei notwendiger Installation neuer Beleuchtung. Für Neu-Installationen, die nicht direkt in das Straßenbeleuchtungsnetz eingebunden werden können, sollen vorrangig solarbetriebene Laternen eingesetzt werden.	66, 67	Stand 05/2024: Es sind derzeit im 1. Schritt 22 Dunkelzonen ermittelt. Verbesserung nur durch zusätzliche Beleuchtung beseitigt werden. Ein Rückschnitt erbringt keine Verbesserung. Die Kosten belaufen sich nach derzeitiger Kostenermittlung auf mind. 700.000€. Haushaltsmittel stehen für eine Umsetzung derzeit nicht zur Verfügung. Der Rückschnitt von Bäumen, Sträuchern etc. wird grundsätzlich und regelmäßig nach Bedarf erledigt. Stand 08/2024: Siehe hierzu den Sachstandsbericht in der Vorlage BUA VI 58/2024 Stand 10/2024: kein neuer Sachstand Stand 01/2025: kein neuer Sachstand	
	04.06.2024	**VI 26/2024**	Hinsichtlich Nr. 15/Seite 29 des Sach-	66	Stand 10/2024:	

		Sachstandsbericht gemäß § 49 Abs. 2 GOStVV	standsberichtes (Amt 66, VI 78/2023) bittet STV Milch um Auflistung zur nächsten Sitzung des Bau- und Umweltausschusses, um welche 22 Dunkelzonen es sich handelt und wie die Kostenermittlung für die Beseitigung der Dunkelzonen zustande gekommen ist.		erledigt	
13.	23.11.2023	**VI 83/2023** Antrag der SPD-, CDU- und FDP-Fraktion zum Thema: Umgestaltung der Straßeneinmündung Lutherstraße	1. Das Dezernat VI wird gebeten, eine Umgestaltung der Einmündung Lutherstraße/ Hafenstraße vorzunehmen. Der Straßenbereich Lutherstraße zwischen Hafenstraße und Stormstraße ist für den Fußgänger- und Radverkehr neu auszurichten und bau- lich zu verändern. Damit der Eingangsbereich des Geburtshauses besser wahrnehmbar und zur Geltung kommt, ist hier eine räumliche Neuordnung notwendig. Die Pkw-Stellflächen sind dementsprechend vor dem Gebäude Lutherstraße 3 anzupassen. 2. Die „Lale-Andersen-Laterne“ ist an der Straßenecke von einem Schilderwald umgeben. Die Wahrnehmung ist für Tourist:innen und Bürger:innen äußerst schwierig. Die Laterne ist umzusetzen auf die Straßenecke Hafenstraße 121. Ein Parkplatz vor der Hafenstraße 121 ist aus der Parkraumbewirtschaftung dafür zu entnehmen. Der Bürgersteig ist so zu gestalten, dass Mülltonnen zukünftig nicht mehr das Umfeld der Laterne visuell beeinträchtigen. Parkplatz-flächen sind umfangreich nutzbar auf dem Parkplatz „Ernst-Reuter-Platz“. 3. Die Planungen sind der Stadtteilkonferenz Lehe und der	66, 61	**zu Pkt. 1:** <u>Stand 03/2024:</u> Aufgrund von zu geringen Personalkapazitäten ist das Projekt noch nicht begonnen worden. <u>Stand 08/2024:</u> kein neuer Sachstand <u>Stand 10/2024:</u> Entwurfsplanung zur Punkt 1 wird erstellt. <u>Stand 01/2025:</u> kein neuer Sachstand **zu Pkt. 2.** <u>Stand 03/2024:</u> Derzeit wird mit einer Planung begonnen und im Anschluss die Kosten ermittelt. <u>Stand 05/2024:</u> Es werden die Kosten für die Baumaßnahme ermittelt <u>Stand 10/2024:</u> Aufgrund eines längerfristigen Personalausfalles kommt es zu Verzögerungen. <u>Stand 01/2025:</u> kein neuer Sachstand	

			ESG Lehe vorab vorzustellen. Die Umsetzung der Maßnahme ist bis Dezember 2024 abzuschließen.			
14.	23.11.2023	**VI 89/2023** Antrag der SPD-, CDU- und FDP-Fraktion zum Thema: Historische Straßenlampen in Stadtteilen mit umfangreichen historischen Gebäudefassaden	1 Das Dezernat VI wird beauftragt, in der Goethestraße und rund um das Polizeirevier Geestemünde (Klußmann-straße, Kaistraße, Bartelstraße, Arndtstraße) Planungen zur Installierung von historischen Straßenbeleuchtungen – mit moderner LED-Ausstattung – vorzunehmen. Für den Bereich des Polizeireviers Geestemünde erfolgt die Aufstellung auf der Fußgänger-seite des Polizeireviers. 2 Der Stadtteilkonferenz Lehe, der ESG Lehe und der Stadteilkonferenz Geestemünde sind passende Laternentypen vorzustellen. Hierzu sind für die Straßenlaternen historische Abbildungen aus dem benannten Areal vorab zu prüfen, um gleiche oder ähnliche Laternen anzu-schaffen. Die oben benannten Stadtteilkonferenzen und die ESG können in einer öffentlichen Sitzung hierzu ihr Votum abgeben, welcher Straßenlaternentyp aufgestellt werden soll. 3 Die Planung, Präsentation und Auswahl sowie Aufstellung der Laternen ist bis Ende 2024 abzuschließen. 4 Zum Schutz von Kleinstlebewesen ist eine insekten-freundliche Beleuchtung auszuwählen. Dieses dient dem Klimaschutz und dem Erhalt der Artenvielfalt.	66	<u>Stand 03/2024:</u> Das Stadtarchiv wurde angeschrieben und Fotos sind übermittelt worden. Ein passender Leuchtentyp (analog Theodor-Heuss-Platz) ist gefunden. Ein Angebot von enercity für die Klußmannstraße, Kaistraße, Bartelstraße, Arndtstraße wurde abgefordert. Es beläuft sich einschließlich der historischen Masten und Anleuchtung des historischen Gebäudes auf rd. 300.000 € (brutto). Ein Angebot von enercity für die Goethestraße ist abgefordert worden. Es beläuft sich einschließlich der historischen Masten auf rd. 660.000 € (brutto). Haushaltsmittel stehen derzeit nicht zur Verfügung. Voraussichtlich keine Umsetzung in 2024. <u>Stand 08/2024:</u> Kein neuer Sachstand <u>Stand 10/2024:</u> Kein neuer Sachstand <u>Stand 01/2025:</u> Kein neuer Sachstand Wird grundsätzlich beachtet.	
15.	23.11.2023	**II 20/2023** Bedarfsanalyse und –prognose für elektrische Ladeinfrastruktur im öffentlichen Raum - Ergebnisse	Das Konzept zum Aufbau einer bedarfsorientierten Ladeinfrastruktur in Bremerhaven wird zur Kenntnis genommen. Das Dezernat II wird gebeten, das	66	Stand 05/2024: Grundsätzlich ist eine Übergabe erfolgt. Genauere Standorte für E-Ladesäulen werden derzeit gemeinsam mit dem Stadtplanungsamt ermittelt. Ein Angebot für die juristische Beratung, Ausschreibung und Vergabe für eine Konzession im	

			Konzept mit dem Auftragnehmer abzuschließen und an das Dezernat VI zu übergeben. Das Dezernat VI wird gebeten, die notwendigen Schritte zum Aufbau und zum Betrieb der Ladeinfrastruktur im öffentlichen und halböffentlichen Raum zu ergreifen. Das Dezernat VI wird gebeten, von Zeit zu Zeit über den Fortgang der Umsetzung der Maßnahmen zu berichten.		Stadtgebiet wurde eingeholt und belaufen sich auf rd. 50.000 €. Eine Finanzierung sollte über das Fastlane-Programm erfolgen. Diese Finanzierungsmöglichkeit ist entfallen. Alternativen werden derzeit geprüft. <u>Stand 01/2025:</u> Die juristische Beratung wurde beauftragt. Derzeit werden die genaueren Standorte von Ladesäulen zusammengestellt. Im Anschluss daran, soll die Ausschreibung erfolgen. Im Zuge des Aufbaus des Deutschlandnetzes wird eine Schnellladeinfrastruktur am Hauptbahnhof und in der Bülkenstraße von EWE Go GmbH und Hochtief errichtet.	
16.	23.11.2023	**VI 91/2023** Antrag der SPD-, CDU- und FDP-Fraktion zum Thema: Klimaschutz Bremerhaven Radverkehr – Sanierungskonzept für Fahrradwege und Aktualisierung des Radverkehrskonzeptes Bremerhaven	3. Das Dezernat II wird beauftragt, ein Sanierungskonzept für Fahrradwege in den einzelnen Stadtteilen mit festen Zeitachsen für die Jahre 2023 bis 2027 aufzusetzen. 4. Die Beschilderung der Radwege ist flächendeckend auszuführen. Hierzu sind auch Grünpfeile speziell für Radfahrende miteinzubinden.	66	Die Punkte 1 und 2 des Antrages werden durch das Amt 61 erarbeitet. **zu Pkt. 3:** <u>Stand 05/2024:</u> Ein Sanierungskonzept ist in Bearbeitung. <u>Stand 08/2024</u>: kein neuer Sachstand <u>Stand 01/2025:</u> Aufgrund der Bearbeitung der neuen Radwegbeschilderung erfolgt eine Befahrung der Radwege. Die Ergebnisse sind im Sanierungs-konzept zu berücksichtigen. Daher ruht derzeit die Bearbeitung. **zu Pkt. 4:** <u>Stand 05/2024:</u> Die Ausschreibungsunterlagen sind mit den beteiligten Ämtern/Institutionen abgestimmt. Die Änderungswünsche sind eingearbeitet. Die Ausschreibung wird kurzfristig veröffentlicht werden. <u>Stand 08/2024:</u> Die Ausschreibung ist erfolgt. Es liegt nur ein Angebot vor, welches sich derzeit in der Prüfung befindet.	

					Stand 10/2024: Der Auftrag für die Planungsleistung wurde an das Büro „Plan A Verkehrsplanung“ aus Bremen vergeben. Der Planungsprozess befindet sich in der Leistungsphase der Grundlagenermittlung. Stand 01/2025: Der Planungsprozess befindet sich in der Leistungsphase der Grundlagenermittlung. Es wird zurzeit eine qualifizierte Zustandserfassung der vorhandenen Beschilderung erstellt.	
17.	23.11.2023	**VI 87/2023** Antrag der SPD-, CDU- und FDP-Fraktion zum Thema: Klimaschutz Bremerhaven Nahverkehr - Aufwertung Bahnhof Lehe	3. Es ist durch das Dezernat VI zu prüfen, inwieweit der Park-und-Ride-Parkplatz am Bahnhof Lehe erweitert werden kann. Das Ergebnis ist zum Frühjahr 2024 dem Bau- und Umweltausschuss vorzustellen	66	Nr. 1 – 2 und 4 des Antrages werden durch das Amt 61 beantwortet. Stand 10/2024 Die DB wurde angefragt. Eine Antwort steht aus.	
18.	11.04.2024	**VI 20/2024** Instandsetzung der Pestalozzistr. (zwischen Rickmersstraße und Kistnerstraße/Dresdener Straße) im Zuge der Sanierung von Schmutz- und Regenleitungen durch die EBB/BEG	Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, dass das Amt für Straßen- und Brückenbau die Instandsetzungsarbeiten der Fahrbahn Pestalozzistraße gemeinsam mit der BEG logistics GmbH umsetzt. Der Bau- und Umweltausschuss nimmt die vorgesehene Finanzierung der Maßnahme in Höhe von ca. 630.000 € aus der zweckgebundenen Drittmittelrücklage des Amtes für Straßen- und Brückenbau zur Umsetzung der Maßnahmen aus den Landesfinanzhilfen nach dem GVFG zur Kenntnis.	66	Stand 01/2025: Die Baumaßnahme ist zu ca. 70 % fertiggestellt.	
19.	04.06.2024	**VI 35/2024** Voßstraße/Am Oberhamm – Sanierung im Zuge der Kanal-baumaßnahme Vergabeermächtigung	Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, dass das Amt für Straßen- und Brückenbau und die BEG logistics GmbH die Kanal- und Straßenbauarbeiten unter Federführung der BEG logistics GmbH gemeinsam öffentlich ausschreiben.	66	Stand 01/2025: Die Ausführungsplanung ist noch in Bearbeitung.	
20.	04.06.2024	**VI 36/2024** Klimaschutzstrategie 2038 der Freien Hansestadt Bremen in Bremerhaven Fortsetzung der ehemaligen Fastlane-Maßnahmen „Mobilität“ im Rahmen der	Der Bau und Umweltausschuss nimmt von der beabsichtigten Fortsetzung der Umstellung der Lichtsignalanlagen und Straßenbeleuchtung auf LED im Rahmen der Notlagenfinanzierung	66	Stand 01/2025 Die Maßnahmen sind abgeschlossen.	

		Notlagenfinanzierung zum Haushalt 2024	Kenntnis. Die Maßnahmen sind unter dem Vorbehalt des Inkrafttretens des Landeshaushaltes aus den Einnahmen bei der Haushaltsstelle 6651/385 09 „Umstellung LED (EFLM)“ in Höhe von 1.090 Mio. € gedeckt. Hierdurch wird die zwingend erforderliche Anschlussfinanzierung für die folgenden Maßnahmen in Bremerhaven sichergestellt: 1) Umstellung von mind. 4 Lichtsignalanlagen 2) Umstellung von 280 Straßenbeleuchtungen 3) Installation von 15 Solarpaneelen			
21.	04.06.2024	**TOP 10.3.4** Mitteilung Sachstand E-Lade-infrastruktur	Ein aktueller Sachstand zu dem Thema findet sich im öffentlichen Sachstandsbericht zum kommenden BUA unter dem Amt 66. Weitere detaillierte Fragen müssen seitens Amt 66 beantwortet werden, da das weitere Verfahren in deren Federführung liegt.	66	<u>Stand 10/2024</u> Die juristische Beratung wurde beauftragt zur Vorbereitung eines Vertrages und des Vergabeverfahrens.	
22.	07.11.2024	**VI 69/2024** Tunnelbauwerk unter der Stresemann-straße (Industriegleis) Planungsauftrag zur Variantenbewertung und Kosten-kalkulation	Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, die Querung unterhalb der Stresemannstraße in Höhe der Eisarena zu erhalten und in das Radverkehrsnetz der Nord-Süd-Route zu integrieren und damit zukünftig die Eisarena über einem gesicherten Zugang an der östlichen und westlichen gelegenen Bushaltestelle anzubinden. Das Amt 66 wird beauftragt, die möglichen Varianten für die Herstellung eines Ersatzneubaus bis zur Entwurfsreife durchzuplanen und belastbare Kostenberechnungen vorzulegen, die eine Entscheidung über die zu wählende Variante ermöglicht.	66	<u>Stand 01/2025</u> Die erforderlichen Untersuchungen zu Biotoptypen und Artenvielfalt für die Bilanzierung der Schwere des Eingriffes und der notwendigen Kompensation im betroffenen Gebiet sind ausgeschrieben worden. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen werden frühestens Ende des Jahres vorliegen. Alle Planenden, hier hauptsächlich die Versorgungs-unternehmen, benötigen die Ergebnisse für die Fortführung der eigenen Planungen. Der geplante Baubeginn wurde daraufhin auf frühestens 2027 verschoben. Die Notunterstützung im Tunnel wird aktuell verstärkt um die Verkehrssicherheit weiterhin gewährleisten zu können. Die weiteren Planungen des eigentlichen Tunnelbauwerkes werden im Laufe des Jahres ausgeschrieben und vergeben.	

67 – Gartenbauamt:

Lfd. Nr.	Beschluss-datum	Nr. der Vorlage	Beschlusslage (ggf. Frist)	Amt	Bearbeitungsstand	Bemerkungen
1.	16.03.2023	**VI 34/2023** Antrag der SPD-, CDU-, FDP-Fraktion zum Thema: Wassermanagements für die Parks	Das Gartenbauamt wird gebeten, ein Wassermanagement für die Städtischen Parkanlagen zu entwickeln, die Kosten für so ein Konzept abzuschätzen und innerhalb eines Jahres nach Beschlussfassung dem Ausschuss zu berichten.	67	Aktuell wird eine Bestandsaufnahme der Problemlagen durch das Gartenbauamt erstellt. Eine Abstimmung mit Amt 58 hat im 1. Quartal 2024 stattgefunden. Kontakt zu Büros für eine Konzepterstellung wird hergestellt.	
2.	14.09.2023	**VII 5/2023** Prioritäre Maßnahmen des kommunalen Klimaschutzaktionsplans	Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, dass im Rahmen des Haushaltsaufstellungs-verfahrens für die Bereitstellung der finanziellen Mittel zur Komplementierung der Fördermittel aus dem Bundesförderprogramm „Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz“ für die Vergabe von Honorarleistungen für Planungen und Gutachten sowie zur Vergabe der Bauleistungen zur Herstellung der Pflanzflächen und Pflanzungen, entsprechende Haushaltsmittel für den Haushalt 2024/2025 einzuwerben sind. Das Gartenbauamt wird aufgefordert, sämtliche Teilnahmebeiträge gemäß den Anforderungen der Förderprogramme zu erstellen und eine Bewerbung sicherzustellen.	67	Im Bundes-Förderprogramm „Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz - ANK“ wurden im April 2024 folgende drei Projektskizzen in der 1. Phase zur weiteren Bearbeitung ausgewählt. 1. Sanierung der Baumstandorte auf dem Konrad-Adenauer-Platz; 2. Sanierung der Baumstandorte in der Bgm.-Smidt-Str. v. Martin-Donandt-Platz bis Rickmersstr.; 3. Zusätzliche Bäume (etwa 110) im Stadtgebiet. Formelle Zuwendungsanträge für die Bewilligung der 2. Phase wurden im Juni 2024 gestellt. 1. Eine Mittelzusage „Sanierung Baumstandorte Konrad-Adenauer-Platz“ steht noch aus. 2. Der Fördermittelantrag „Sanierung Baumstandorte Bürgermeister-Smidt-Straße“ wurde im Dezember 2024 bewilligt Das Gesamtvolumen der Maßnahme beträgt € 1.795.000,00, davon werden 90% d. h. 1.615.500,00 € vom Bund gefördert, der Eigenanteil von 10% beläuft sich auf € 179.500,00. Diese Mittel müssen von der Stadt Bremerhaven in den Jahren 2025-2029 wie folgt bereitgestellt werden: 3. Der Fördermittelantrag wurde auf Anraten der Zuwendungsstelle zurückgezogen, da er keine Aussicht auf Bewilligung hatte. Für neue Baumpflanzungen im Stadtgebiet an Straßen und weiteren Standorten sind zeitgleich Mittel aus einem	

					anderen Bundes-Förderprogramm „natürlicher Klimaschutz in Kommunen - NKK“ beantragt und bereits bewilligt worden. Die Förderquote beträgt analog zu ANK 90 %. Es stehen ca. € 1,7 Mio. zur Verfügung. Der Eigenanteil von ca. € 196.000,00 muss von der Stadt Bremerhaven zur Verfügung gestellt werden.	
3.	23.11.2023	**VI 88/2023** Antrag der SPD-, CDU- und FDP-Fraktion zum Thema: Konzept zur Ertüchtigung und Erhaltung der Grünanlagen in Bremerhaven durch das Gartenbauamt	1. Das Dezernat VII wird beauftragt, ein umfassendes Konzept zur Stärkung und Erhaltung der Grünanlagen in Bremerhaven, insbesondere hinsichtlich Wege, Versorgungs-leitungen, Gemeinschafts-grünflächen und Gräben, zu erarbeiten. Dieses Konzept soll dem Bau- und Umweltausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt werden. 2. Das Dezernat VII wird beauftragt, dem Bau- und Umweltausschuss innerhalb eines Jahres nach Beschlussfassung über den Stand der Konzept-entwicklung Bericht zu erstatten.	67	Zurzeit läuft eine Bedarfsermittlung der zu sanierenden wassergebundene Wegen. Nach Zustand und Nutzungsfrequenz wird eine Priorisierung erfolgen Eine umfangreiche Konzepterstellung mit textlicher und zeichnerischer Darstellung soll demnächst begonnen werden.	
4.	23.11.2023	**VI 93/2023** Antrag der SPD-, CDU- und FDP-Fraktion zum Thema: Wiederherstellung der Parkanlage an der Parkstraße nach historischem Vorbild	1. Das Dezernat VII wird beauftragt, eine Planung zu entwickeln, dass die Parkanlage an der Parkstraße nach historischem Vorbild wiederhergestellt wird und damit der Bezug zum Freilichtmuseum Speckenbüttel sichtbar wird. 2. Die Planungen sind dem Bau- und Umweltausschuss zum Sommer 2024 zur Beschlussfassung vorzulegen. 3. Die Aufenthaltsqualität ist durch passende Bänke mit Lehnen, die dem historischen Charakter der Anlage entsprechen, zu ergänzen. Eine angemessene Anzahl von Abfallbehältern sind aufzustellen.	67, 61	Zur Ermittlung des historischen Vorbildes hat das Amt 67 im Stadtarchiv um Informationen angefragt. Aus personellen Kapazitätsgründen noch nicht weiter bearbeitet.	

5.	23.11.2023	**VI 95/2023** Antrag der SPD-, CDU- und FDP-Fraktion zum Thema: „Smarte“ Bänke in den Bremerhavener Parks und Grünflächen	1. Das Dezernat VII wird beauftragt, Standorte und die Anzahl der „smarten“ Bänke zu planen und zu ermitteln. 2. Das Dezernat VII wird beauftragt, Fördermittel für die Errichtung der „smarten“ Bänke einzuwerben. 3. Das Dezernat VII berichtet dem Bau- und Umweltausschuss innerhalb von sechs Monaten nach Beschlussfassung über den Umsetzungsstand der „smarten“ Bänke in Parks und auf Grünflächen in Bremerhaven.	67	Es wurden im Dezember 2024 drei smarte Bänke in Grünflächen an folgenden Standorten aufgestellt: • Bewegungspark an der Geeste • Walther-Rathenau-Platz • Grünfläche bei den Stadthäusern, Hinrich-Schmalfeldt,-Straße	Erledigt.
6.	04.06.2024	**VI 31/2024** Antrag der SPD-, CDU und FDP-Fraktion zum Thema: Neue Parks in der Innenstadt – Mehr Stadtgrün zur Erholung	1. Der Ausschuss Bau und Umwelt befürwortet die Umgestaltung der ehemaligen Fläche Finanzamt Schifferstraße zu einer Parkanlage. 2. Der Magistrat (Gartenbauamt) wird gebeten, mehrere Gartenbauunternehmen zu beauftragen, die Fläche mit den inhaltlichen Vorgaben des Antrags neu zu beplanen. Der Park wird anlässlich der Sail 2025 eingeweiht. 3. Der Magistrat wird beauftragt, einen Wettbewerb für Namensvorschläge für die Parkanlage durchzuführen und Patenschaften für einzelne Bäume und Parkbänke, analog wie in anderen Städten, durch Bürgerinnen und Bürgern zu ermöglichen. 4. Die Fläche an der Großen Kirche (Bereich Mühlenstraße/Pragerstraße) ist mit einem inklusiven Kinderspielplatz und einer kleinen klassischen Parkanlage zu beplanen. Das vorhandene Pflaster wird entfernt. Der Kinderspielplatz ist in seinem	67, 61, 66	1.-3. Das Gartenbauamt hat die Fläche des ehemaligen Finanzamtes Anfang August 2024 übergeben bekommen und beginnt nun mit der Planung. Fördergelder des Bundesprogramms Natürlicher Klimaschutz in Kommunen für einen dauerhaften Pikopark sind bereits bewilligt und mit bestimmten klimafreundlichen Auflagen verbunden. Der Eigenanteil von 10% muss in den kommenden Haushaltsjahren sichergestellt sein. Die Grundlagenermittlung, die Beteiligung der Bevölkerung, die Planungsphase, die Gremienzustimmung, die Vergabe der Baumaßnahme benötigen mehrere Monate Zeit. Der Umbau zu einem dauerhaften Pikopark wird nach der Sail 2025 starten. Bis zum Ende der Sail 2025 ist eine temporäre Bespielung geplant, die gesondert finanziert werden muss. 4.-8. Umfeld Große Kirche siehe Vorlage VII 3/2024, die im BUA am 5.9.2024 vorgestellt wurde. Der Baubeginn erfolgte im Dezember 2024. Die Fertigstellung bis Juli 2025 ist geplant. 9. Die Glasarkaden befinden sich in Zuständigkeit des Amtes für Straßen- und Brückenbau. Nach Rücksprache mit dem Amt wird aufgrund von erheblichen Schwierigkeiten in der Umsetzung von einer Begrünung der Glasarkaden abgeraten. 10. Cityskipper und Innenstadtmanagement gibt es nicht mehr.	

			Konzept (Spielgeräte und Spielfläche) entsprechend dem maritimen Charakter Bremerhavens und unter Klimaanpassungsmaßnahmen zu entwickeln. 5. Der Kinderspielplatz ist in eine kleine Parkanlage zu integrieren. Zur Umsetzung der Maßnahmen sind 50% der vorhandenen Parkplatzfläche (Bereich Mühlenstraße/Pragerstraße) hinter der Großen Kirche mitaufzunehmen. 6. Die anderen 50% der Parkplätze bleiben für Besucherinnen und Besucher der Kirche und Gewerbetreibende als Kurzzeitparkplätze bestehen. Die Interessen der ansässigen Gewerbetreibenden sind hierbei zu berücksichtigen. 7. Der Magistrat (Gartenbauamt) wird gebeten, mehrere Fachunternehmen zu beauftragen, die Fläche mit den inhaltlichen Vorgaben zum Kinderspielplatz und der kleinen Parkanlage zu beplanen. Für die kleine Parkanlage gelten die gleichen Vorgaben angepasst an die räumlichen Möglichkeiten wie bei der zu entwickelnden Parkanlage Grundstück Schifferstraße (ehem. Finanzamt). Unterhalt und Pflege erfolgt analog wie bei den grünen Glasarkaden und der Parkanlage Schifferstraße. 8. Der Spielplatz und die Parkanlage werden anlässlich der Sail 2025 eingeweiht. 9. Der Magistrat wird beauftragt, die Säulen der Glasarkaden in der Fußgängerzone mit Kletterpflanzen zu begrünen. Eine fachliche Begleitung ist zu gewährleisten bezüglich der Pflanzenauswahl und der			

			Baumaßnahme. Die Säulen sind mit demontierbaren Kletterhilfen zu versehen. Die Hege und Pflege der begrünten Säulen ist in Kooperation mit Arbeitsmarktträgern und kommerziellen Garten- und Landschafts-bauunternehmen durchzuführen in Zusammenarbeit mit dem Gartenbauamt. Die Fertigstellung der Maßnahme ist bis zur Sail 2025 auszuführen. 10. Der Magistrat wird beauftragt, einen jährlichen Blumenschmuck-wettbewerb mit heimischen Blumen- und Pflanzenarten in der Fußgängerzone und angrenzenden Straßenzügen über den Cityskipper oder das Innenstadtmanagement ab Frühjahr 2024 umzusetzen. 11. Der Magistrat wird beauftragt, dem Bau- und Umweltausschuss halbjährlich über die Fortschritte zu berichten.			
7.	05.09.2024	**VII 5/2024** Änderung der Friedhofsgebühren für die Stadt Bremerhaven	Der Bau- und Umweltausschuss fasst folgenden Beschluss: Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, den als **Anlage 1** vorgelegten Entwurf des Ortsgesetzes zur Änderung der Friedhofsgebührenordnung für die Stadt Bremerhaven als Ortsgesetz zu beschließen.	67	StVV - V 72/2024 Ortsgesetz zur Änderung der Friedhofsgebührenordnung für die Stadt Bremerhaven Die Anlage 1 wurde in der Stadtverordnetenversammlung am 29.10.2024 beschlossen.	Erledigt.

58 – Umweltschutzamt:

Lfd. Nr.	Beschluss-datum	Nr. der Vorlage	Beschlusslage (ggf. Frist)	Amt	Bearbeitungsstand	Bemerkungen
1.	16.03.2023	**VI 26/2023** Mehrweggebot bei öffentlichen Veranstaltungen und Märkten	Für die Umsetzung des Mehrweggebots über die Novellierung des Verpackungsgesetzes hinaus empfiehlt der Bau- und Umweltausschuss dem Magistrat eine enge Zusammenarbeit mit Bremen hinsichtlich einer einheitlichen Vorgehensweise bzgl. Des Mehrweggebots für Veranstaltungen aufzunehmen, um die in Bremen gewonnenen Erkenntnisse synergetisch zu nutzen.	58 Klimastadtbüro	Die bisherigen Erkenntnisse aus der Stadt Bremen im Rahmen eines Pilotprojektes bieten aktuell keinen synergetischen Erkenntnisgewinn für die Stadtgemeinde Bremerhaven. Sofern in Bremerhaven ein Mehrweggebot über die Novellierung des Verpackungsgesetzes hinaus durchgesetzt werden soll, setzt das die Verabschiedung eines entsprechenden Ortsgesetzes für die Stadt Bremerhaven voraus.	
2.	16.03.2023	**VI 33/2023** Antrag der SPD-, CDU-, FDP-Fraktion zum Thema: Insektenlehrpfad in Bremerhaven	Das Umweltschutzamt wird gebeten: 1. die Realisierung eines Insektenlehrpfades bzw. Erweiterung bestehender Naturlehrpfade in Hinblick auf Insekten mit erlebnispädagogischem Schwerpunkt zu prüfen. Hierbei soll anhand von Schautafeln über Wildbienen, Schmetterlinge und andere Insektenarten sowie deren Gefährdung informiert werden. Diese Inhalte sollen so aufbereitet werden, dass sie insbesondere Familien mit Kindern ansprechen und insbesondere die Hinweise zur Gefährdung laufend aktualisiert werden können. 2. die notwendigen Kosten für so einen Insektenpfad zu ermitteln. 3. dem Ausschuss Bau und Umwelt innerhalb von 6 Monaten nach Beschlussfassung zu berichten.	58	Ein aktueller und ausführlicher Sachstandsbericht ist per Mitteilung für den BUA am 07.11.2024 zum Antrag VI 33/2023 „Insektenlehrpfad für Bremerhaven“ erfolgt. In Abstimmung mit dem Gartenbauamt sollen für den Insektenlehrpfad Flächen am Geeste-Wanderweg vorgeschlagen werden.	
	04.06.2024	**V 2/2024** Sachstandsbericht Insektenlehrpfad für Bremerhaven	Der Bau- und Umweltausschuss erklärt sich mit dem vorgeschlagenen Vorgehen zur Realisierung eines Insektenlehrpfads in Bremerhaven einverstanden und bittet das Dezernat V in der letzten Sitzung des Bau- und Umweltausschusses in 2024	58		

			über den Fortgang zu informieren.			
3.	14.09.2023	**VI 49/2023** Anträge zum Stellenplan 2024/2025 Umweltschutzamtes (Amt 58)	Der Bau- und Umweltausschuss nimmt den folgenden zusätzlichen Personalbedarf des Umweltschutzamtes zur Realisierung der Maßnahmen im Zusammenhang mit den Beschlüssen zur Klimaschutzstrategie 2038 der Freien Hansestadt Bremen zur Kenntnis: • 1,0 Gewässerkoordinator:in (EG 13 TvöD/VKA), vorbehaltlich Bewertung • 1,0 Ingenieur:in in der Wasserbehörde (EG 12 TvöD/VKA), vorbehaltlich Bewertung • 1,0 Sachbearbeitung Waldbehörde (EG 12 TvöD/VKA), vorbehaltlich Bewertung • 1,0 Sachbearbeitung Kompensation/Schutzgebietmanagement (EG 12 TvöD/VKA), vorbehaltlich Bewertung • 1,0 Nachhaltigkeitsmanager:in (EG 11 TvöD/VKA), vorbehaltlich Bewertung • 1,0 Klimaneutralitätskoordinator:in (EG 12 TvöD/VKA), vorbehaltlich Bewertung • 1,0 Referent:in für kommunale Wärmeplanung (EG 13 TvöD/VKA), vorbehaltlich Bewertung Der Bau- und Umweltausschuss beschließt die Weiterleitung an den Personal- und Organisationsausschuss.	58	Die Stellen wurden im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2024 geschaffen. Die Stellenbewertungsanträge befinden sich derzeit in der Erarbeitung. Für die Stelle „Sachbearbeitung Kompensation/Schutzgebietsmanagement“ wurde der Stellenbewertungsantrag eingereicht. Stellenbewertungsinterviews mit der Bewertungsstelle des Personalamts haben im Dez. 2024 stattgefunden. Ergebnisse stehen noch aus. Zudem wurden für die Stellen „Gewässerkoordinator:in“ sowie „Ingenieur für die Wasserbehörde“ im Dezember 2024 die Stellenbeschreibungen zur Stellenbewertung eingereicht.	
4.	23.11.2023	**VI 84/2023** Antrag der SPD-, CDU- und FDP-Fraktion zum Thema: Ausweisung von Naturschutz- und Landschaftsschutzgebieten in Bremerhaven	1. Das Umweltdezernat wird beauftragt, gemeinsam mit den relevanten Expert:innen und Behörden die erforderlichen Schritte für die Ausweisung der Naturschutzgebiete (Rohrniederung & Fehrmoor) einzuleiten und umzusetzen. 2. Das Umweltdezernat wird beauftragt, die nötigen Planungen für einen Rundlauf und einen barrierefreien Moorerlebnispfad im Fehrmoor in die Wege zu leiten. 3. Das Umweltdezernat wird beauftragt, die erforderlichen Schritte für die Ausweisung der Flächen als Landschaftsschutzgebiete	58	Die Ausweisung von Schutzgebieten obliegt der senatorischen Dienststelle, die erst tätig werden kann, wenn die Voraussetzungen für eine Ausweisung erfüllt sind. Das Aufhebungsverfahren des Bebauungsplanes 245 durch das Stadtplanungsamt ist eingeleitet worden. Die Aufhebung des Bebauungsplanes 247 als planerische Grundvoraussetzung steht weiterhin aus. Im Anschluss erarbeitet das Umweltschutzamt Gremienvorlagen als Grundlage für die weiteren Planungen. Die Planungen für einen Moorerlebnispfad sollten sinnvollerweise erst erfolgen, wenn die Planungen	

			„In den Plättern“ in Leherheide sowie die Restmoorflächen in Surheide und Leherheide einzuleiten und umzusetzen. 4. Das Umweltdezernat berichtet dem Bau- und Umweltausschuss innerhalb von sechs Monaten über den Stand der Ausweisung der neuen Naturschutzgebiete und Landschaftsschutzgebiete.		für die Wiedervernässung abgeschlossen sind. Der Abgleich mit dem im Landschaftsprogramm Bremerhaven dargestellten Schutzgebieten im Schutzgebietskonzept (Plan 4) hat ergeben, dass ein größerer Digitalisierungsaufwand der geplanten Schutzgebietskulissen besteht.	
5.	23.11.2023	**VI 86/2023** Antrag der SPD-, CDU- und FDP-Fraktion zum Thema: Ökologische Aufwertung und Renaturierung der Neuen Aue in Bremerhaven	1. Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, das Gebiet der Neuen Aue ökologisch aufzuwerten und einer Freizeitnutzung zugänglich zu machen. 2. Das Umweltdezernat wird beauftragt, zeitnah ein umfassendes und effizientes Konzept zur Renaturierung und ökologischen Aufwertung der Neuen Aue vorzulegen. 3. Das Umweltdezernat berichtet dem Bau- und Umweltausschuss innerhalb von sechs Monaten über den Stand der Konzepterstellung zur Renaturierung der Neuen Aue.	58	Im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2025 wurden zunächst Veränderungsbedarfe in Höhe von **350.000 €** zur Erarbeitung einer Defizitanalyse angemeldet. Gegenstand der Defizitanalyse ist die Identifikation konkret notwendiger Maßnahmen zur ökologischen Aufwertung und Renaturierung der Neue Aue sowie ebenfalls Grauwallkanal, Geeste, Rohr, Alte Lune. Konzeption, Ausschreibung und Begleitung des Vorhabens soll wesentlich durch eine:n Gewässerkoordinator:in (vgl. lfd. Nr. 4.) erfolgen. Erst mit der Besetzung der Stelle kann mit der geforderten Konzeptionierung begonnen werden. Zum Stand der Stellenbewertungsanträge siehe Ziff. 3.	
	04.06.2024	**VI 33/2024** Antrag der SPD-, CDU- und FDP-Fraktion zum Thema: Wiederherstellung der Wasserführung entlang des ursprünglichen Verlaufs der Aue in Lehe	1. Der Magistrat wird beauftragt, ein Konzept für die Wiederherstellung der Wasserführung entlang des ursprünglichen Verlaufs der Aue in Lehe zu erstellen. 2. Der Magistrat berichtet dem Ausschuss für Bau und Umwelt innerhalb von sechs Monaten über den Stand der Wiederherstellung der Wasserführung entlang des ursprünglichen Verlaufs der Aue im Stadtteil Lehe.	58, 61, 67, EBB	Die Möglichkeiten und Grenzen des Vorhabens werden im Rahmen einer Ämterrunde im ersten Quartal 2025 besprochen. Zum thematischen Auftakt wird seitens 58/4 eine Präsentation vorbereitet.	
6.	23.11.2023	**VI 90/2023** Antrag der SPD-, CDU- und FDP-Fraktion zum Thema: Entwicklung eines waldwirtschaftlichen Konzepts für den städtischen Reinkenheider Forst als attraktives	1. Das Umweltdezernat wird beauftragt, ein waldwirtschaftliches Konzept für den städtischen Reinkenheider Forst als attraktives Naherholungsgebiet zu erarbeiten. 2. Das Konzept soll die nachhaltige Bewirtschaftung des Waldes, die	58, 67	In einem ersten Schritt ist beabsichtigt den Geologischen Landesdienst mit bodenkundlichen Untersuchungen zu beauftragen. Eine erste Kontaktaufnahme ist erfolgt. Ein Angebot liegt noch nicht vor. Erst mit der Besetzung der Stelle Sachbearbeitung	

		Naherholungsgebiet	Schaffung von Erholungsmöglichkeiten für die Bürger:innen von Bremerhaven, den Schutz der Artenvielfalt sowie mögliche Maßnahmen zur Förderung des Tourismus umfassen. 3. Das Umweltdezernat wird aufgefordert, innerhalb eines Jahres nach Beschluss-fassung über den Fortschritt der Konzeptentwicklung dem Bau- und Umweltausschuss Bericht zu erstatten.		Waldbehörde (vgl. lfd. Nr. 4) kann mit der geforderten Konzeptionierung begonnen werden. Stellenbewertungsinterviews bzgl. Waldstelle mit der Bewertungsstelle des Personalamtes haben im Dez. 2024 stattgefunden. Ergebnisse stehen noch aus.	
7.	04.06.2024	**VI 32/2024** Antrag der SPD-, CDU- und FDP-Fraktion zum Thema: Nachhaltige Energie für Bremerhaven	1. Der Ausschuss für Bau und Umwelt spricht sich für die Einrichtung eines schwarzstartfähigen Kraftwerkes aus. 2. Der Magistrat wird beauftragt, gemeinsam mit dem Betreiber der MBA und anderen Akteur:innen der Energieversorgung in unserer Stadt ein Konzept für die Einrichtung eines schwarzstartfähigen Kraftwerks zu erarbeiten. Hierbei ist auch die Finanzierung zu klären. 3. Der Magistrat wird beauftragt, den Nutzen für Bremerhaven und mögliche Standorte für eine Biogasanlage zu prüfen und einen Standort vorzulegen. 4. Weiterhin sind die Voraussetzungen zu schaffen, dass der erzeugte Strom aus der Biogasanlage vorrangig zur kommunalen Selbstversorgung genutzt werden kann. 6. Der Magistrat berichtet dem Ausschuss für Bau und Umwelt innerhalb von einem Jahr nach Beschlussfassung über den Stand der Umsetzung.	58, Feuerwehr	zu 1. und 2. Siehe unter Mitteilungen für den heutigen BUA die MV der Feuerwehr. zu 3. und 4. Im Rahmen der Potentialanalyse der strategischen kommunalen Wärmeplanung Bremerhaven werden Biomasse- und Biomethanpotenziale mit untersucht. Ein Angebot von Hamburg Institut Consulting liegt vor und befindet sich derzeit in der Prüfung.	

EBB – Entsorgungsbetriebe:

Lfd. Nr.	Beschluss-datum	Nr. der Vorlage	Beschlusslage (ggf. Frist)	Amt	Bearbeitungsstand	Bemerkungen

./.

VI/1 – Baureferat:

Lfd. Nr.	Beschluss-datum	Nr. der Vorlage	Beschlusslage (ggf. Frist)	Amt	Bearbeitungsstand	Bemerkungen

./.

SI - Seestadt Immobilien:

Lfd. Nr.	Beschluss-datum	Nr. der Vorlage	Beschlusslage (ggf. Frist)	Amt	Bearbeitungsstand	Bemerkungen
1.	23.11.2023	**VI 77/2023** Antrag der SPD-, CDU-, FDP-Fraktion zum Thema: Bürgerhaus Geestemünde Nachnutzung und Fassadenrekonstruktion Polizeirevier	1. Das Dezernat VI wird beauftragt, ein Konzept zu erarbeiten, um das Gebäude des Polizeireviers Geestemünde in seiner historischen Fassaden-gestaltung entsprechend der damaligen Fassade mit den Giebeln, Erkertürmen, der Haupteingangstreppe, Fenster, Türen und dem Treppenhausturm wieder-herzustellen. Ziel ist es, auch den Innenbereich des Gebäudes zurückzubauen und dem ehemaligen Zuschnitt der Räumlichkeiten anzupassen und zu rekonstruieren. Noch vorhandene Artefakte sind zu sichern und zu ergänzen. Die Umsetzung ist von Fach-unternehmen vorzunehmen, die umfangreiche Erfahrung im Bereich der Sicherung und Rekonstruktion von historischer Bausubstanz haben. Die Baumaßnahmen sind bis zum zweihundert-jährigen Stadtjubiläum 2027 abzuschließen. Die Umsetzung der Baumaß-nahmen hat den Vorgaben des Denkmalschutzes in enger Zusammenarbeit mit dem Fachamt soweit wie möglich zu folgen. 2. Das Dezernat VI wird beauftragt, parallel zur Sanierung ein Konzept für Nutzungsmöglichkeiten des Gebäudes vorzulegen. Ziel ist es, Räumlichkeiten für	SI	In Arbeit	

			Kultureinrichtungen, Bürgerversammlungen und Beratungsangebote im Stadtteil zu schaffen. 3. Die Bewirtschaftung des städtischen Gebäudes ist nach Fertigstellung der Baumaßnahmen von einem städtischen Träger analog der Einrichtung „die theo“ durchzuführen. 4. Das Dezernat VI wird beauftragt, dem Bau- und Umweltausschuss halbjährlich über die Fortschritte zu berichten. 5. Das Finanzierungskonzept soll bis Sommer 2024 vorgelegt werden.			
2.	23.11.2023	**VI 80/2023** Antrag der SPD-, CDU- und FDP-Fraktion zum Thema: Rekonstruktion der Fassade und Neunutzung des historischen Wartehäuschens "Alte Wache"	1. Das Dezernat VI wird beauftragt, die Rekonstruktion des Wartehäuschens an der „Alten Geestebrücke“ zu planen. Das Gebäude ist in seiner historischen Fassadengestaltung entsprechend den Entwürfen Hagedorns mit dem säulen-tragenden Giebel und anderen Bauelementen wie Fenster etc. zu rekonstruieren. Weiterhin sind entsprechende Sanierungsmaßnahmen vorzunehmen. Die Um-setzung ist von Fachunternehmen vorzunehmen, die umfangreiche Erfahrung haben im Bereich der Sicherung und Rekonstruktion von historischer Bau-substanz. Die Baumaßnahmen sind bis zum Stadtjubiläum 2027 abzuschließen. Parallel ist ein Konzept für Nutzungsmöglichkeiten des Gebäudes vorzulegen. 2. Das Baudezernat wird beauftragt, dem Bau- und Umweltausschuss halbjährlich über die Fortschritte zu berichten.	SI	In Arbeit	

3.	23.11.2023	**VI 81/2023** Antrag der SPD-, CDU- und FDP-Fraktion zum Thema: Machbarkeitsstudie für die Dach- und Fassadenbegrünung städtischer Gebäude in Bremerhaven	1. Das Dezernat VI wird beauftragt, eine Machbarkeitsstudie für die Dach- und Fassaden-begrünung städtischer Gebäude in Auftrag zu geben. 2. Die Machbarkeitsstudie sollen das Potenzial und die Umsetzungsmöglichkeiten für die Dach- und Fassadenbegrünung städtischer Gebäude prüfen und konkrete Vorschläge für mögliche Projekte und Maßnahmen vorlegen. 3. Das Dezernat VI berichtet dem Bau- und Umwelt-ausschuss innerhalb von 6 Monaten nach Beschlussfassung über den Umsetzungsstand der Machbarkeitsstudien.	SI	In Arbeit.	
4.	23.11.2023	**VI 92/2023** Antrag der SPD-, CDU- und FDP-Fraktion zum Thema: Erhalt historischer Bausubstanz für die Stadtentwicklung Sicherung der beiden historischen Hafenschuppen an der Rudloffstraße	Das Dezernat VI wird beauftragt, die Hafenschuppen zu sichern. Hier sind zuerst erforderliche Maßnahmen zur Sicherung der Dachkonstruktionen vorzunehmen, so dass die Schuppen für Stadtentwicklungsperspektiven gesichert sind.	SI, 63	In Arbeit.	

Anlage zu Nr. 4 (Beschlusslage) des Amtes für Straßen- und Brückenbau 66 – Vorlage Nr. VI 66/2021-2:

Nr.	Straße	Kostenannahme	Länge
1	Marschbrookweg *Sportanlage bis Greifswalder Straße*	630.000,- €	350 m
2	Auf den Wohden *Hohenfriedberger Straße bis Clausewitzstraße*	275.000,- €	160 m
3	Drosselweg *Schiffdorfer Chaussee bis Immenweg*	540.000,- €	225 m
4	Allersstraße *Farger Straße bis Boshämme*	300.000,- €	125 m
5	Fuhrenweg *Wacholderweg bis Brandenburger Weg*	560.000,- €	232 m
6	Grodenstraße *ab Heinrich-Kappelmann-Straße zur Anbindung Fischereihafen*	600.000,- €	250 m
7	Holzackerweg *Myslowitzer Straße bis Gleiwitzer Straße*	690.000,- €	352 m
8	Kattowitzer Straße *Glatzer Straße bis Bredenweg*	1.075.000,- €	550 m
9	Langmirjen *Schierholzweg bis Eichenweg*	1.200.000,- €	530 m
10	Neuemoorweg *Entenmoorweg bis Brombeerweg*	390.000,- €	200 m
11	Postbrookstraße *Brameler Weg bis Minna-Rattay-Weg*	550.000,- €	300 m
12a	Schierholzweg *Beuthener Straße bis Langmirjen*	840.000,- €	350 m
12b	Schierholzweg *Langmirjen bis Lotjeweg*	335.000,- €	170 m
13	Stoteler Straße *Mehlandstraße bis Hagener Weg*	350.000,- €	175 m
14	Tarnowitzer Straße *Lotjeweg bis Myslowitzer Straße*	750.000,- €	385 m
15	Verbindungsweg Fehrmoorweg – Maronenweg	325.000,- €	200 m
16	Weißdornweg *Otto-Oellerich-Straße bis Mecklenburger Weg*	345.000,- €	175 m
17	Berberitzenweg *Maronenweg bis Tamariskenweg*	400.000,- €	291 m
18a	Langener Grenzweg *Auf der Geest bis Im Gandersefeld*	720.000,- €	300 m
18b	Langener Grenzweg *Im Gandersefeld bis Haus-Nr. 52*	1.044.000,- €	435 m
	Summe	**11.919.000,- €**	**5.755 m**

SEESTADT BREMERHAVEN
Der Magistrat

Dezernat II
Stadtplanungsamt
Frau Wilmes, Tel. 3655
Bremerhaven, 14.01.2025

Vorlage Nr. II/ 1/2025		
für die Sitzung des Bau- und Umweltausschusses.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	**ja**	Anzahl Anlagen: 3

22. Änderung des Flächennutzungsplanes "Poggenbruchstraße / Weg 89"
Feststellungsbeschluss

A Problem
Entsprechend der unverminderten Nachfrage nach Wohnraum hat die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 12.09.2019 die Aufstellung der 22. Änderung des Flächennutzungsplanes „Poggenbruchstraße / Weg 89“ beschlossen. Im Parallelverfahren wird für das rd. 4,6 ha große Areal zwischen Poggenbruchstraße und Lindenallee der Bebauungsplan Nr. 493 „Poggenbruchstraße / Weg 89“ aufgestellt. Ziel der Planung ist am östlichen Rand von Wulsdorf eine Siedlungsarrondierung mit kleinteiliger Wohnbebauung zu initiieren und mit der Integration einer Kita und Krippe das Angebot zur Kinderbetreuung im Süden von Bremerhaven zu verbessern.

Demzufolge wird im Rahmen der 22. Änderung des Flächennutzungsplanes das Änderungsgebiet als Wohnbaufläche und im nördlichen Abschnitt zur Poggenbruchstraße als „Fläche für den Gemeinbedarf“ mit der Einrichtung und Anlage „Sozialen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen“ dargestellt. Im Hinblick auf die Lage des Gebietes nahe der Bahnstrecke Bremerhaven – Bremen wird das Gebiet als Fläche umgrenzt, für die Nutzungsbeschränkungen oder Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes zu treffen sind. Ferner ist das Änderungsgebiet als Fläche mit wasserrechtlichen Festsetzungen – Zweckbestimmung: Wasserschutzgebiet Wulsdorf IIIA umgrenzt.

In seiner Sitzung vom 10.11.2022 nahm der Bau- und Umweltausschuss den Entwurf der 22. Flächennutzungsplan-Änderung zur Kenntnis und stimmte der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 (2) BauGB und der Behördenbeteiligung gemäß § 4 (2) BauGB zu.

Die öffentliche Auslegung gemäß § 3 (2) BauGB wurde in der Zeit vom 08.05.2023 bis einschließlich 09.06.2023 durchgeführt. Die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB fand zeitgleich mit Schreiben vom 04.05.2023 statt.

In diesem Zeitraum wurde eine Stellungnahme aus der Bevölkerung vorgebracht, die gemeinsam mit den Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange in Anlage 3 beigefügt sind.

Für das parallel durchgeführte Bebauungsplanverfahren Nr. 493 „Poggenbruchstraße / Weg 89“ und für das Flächennutzungsplanänderungsverfahren sind nachfolgend aufgeführte Gutachten erstellt bzw. für die Verfahren herangezogen worden:

1. Orientierende Baugrunduntersuchung (Voruntersuchung), Wohnbebauung Weg 89 zwischen Poggenbruchstraße und Lindenallee, 2020
2. Bodenschutzkonzept Neubau Wohnbebauung und KiTa „Weg 89“ zwischen Poggenbruchstraße, 2021
3. Entwässerungsplanung, Erschließungsgebiet Weg 89, 2021
4. Schalltechnische Untersuchungen im Rahmen des B-Planverfahrens Nr. 493 der Stadt Bremerhaven, 2023
5. Faunistisches Gutachten Brutvögel, Fledermäuse & Amphibien 2020
6. Biotoptypenkarte, 2021
7. Verkehrsgutachten zum B-Plan Nr. 493 "Poggenbruchstraße / Weg 89, 2023

Die obigen Gutachten sind bis drei Monate nach Beschlussfassung unter folgendem Link zum Download bereitgestellt:
https://clouddrive.bit.bremerhaven.de/owncloud/index.php/s/SwNw88TSZPLWxJg

B Lösung
Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, nachstehende Beschlüsse zu fassen:

1. Die zum Entwurf der 22. Flächennutzungsplanänderung „Poggenbruchstraße / Weg 89“ eingegangenen Stellungnahmen und die daraus abgeleiteten Beschlussvorschläge werden so berücksichtigt, wie es in der **Anlage 3** dargestellt ist.

2. Die 22. Flächennutzungsplanänderung „Poggenbruchstraße / Weg 89“ wird gemäß § 5 BauGB als Feststellung beschlossen und die Begründung gebilligt.

C Alternativen
Keine.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags
Das Verfahren hat keine finanziellen und personalwirtschaftlichen Auswirkungen. Das Verfahren hat keine genderspezifischen Auswirkungen. Klimaschutzrelevante Auswirkungen sind zu diesem Verfahrenszeitpunkt nicht zu erkennen. Erhebliche Beeinträchtigungen sind im Wirkungsbereich des Vorhabens für das vorbelastete Stadtklima nicht zu erwarten. Für eine Gleichstellungsrelevanz gibt es keine Anhaltspunkte. Ausländische Mitbürger sind von diesem Beschlussvorschlag nicht in besonderer Weise betroffen. Die besonderen Belange von Menschen mit Behinderung werden in der Planung adäquat berücksichtigt. Die Beteiligung der Stadtteilkonferenzen – hier insbesondere Wulsdorf – erfolgte im Zuge der Öffentlichkeitsbeteiligung.

E Beteiligung / Abstimmung
Durch die Beteiligung der Öffentlichkeit und durch die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sachgerecht erfolgt.
Dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung werden gleichlautende Vorlagen vorgelegt.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG
Der Feststellungsbeschluss wird in der Nordsee-Zeitung öffentlich bekannt gemacht.
Es besteht eine Veröffentlichungspflicht nach dem BremIFG.

G Beschlussvorschlag
Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, nachstehende Beschlüsse zu fassen:

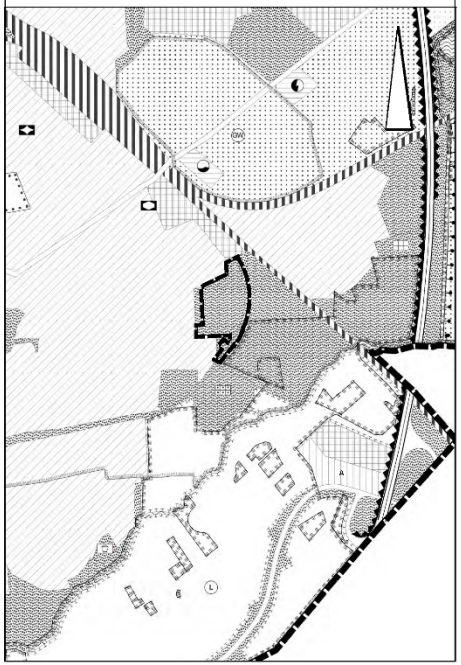
1. Die zum Entwurf der 22. Flächennutzungsplanänderung „Poggenbruchstraße / Weg 89“ eingegangenen Stellungnahmen und die daraus abgeleiteten Beschlussvorschläge werden so berücksichtigt, wie es in der **Anlage 3** dargestellt ist.

2. Die 22. Flächennutzungsplanänderung „Poggenbruchstraße / Weg 89“ wird gemäß § 5 BauGB als Feststellung beschlossen und die Begründung gebilligt.

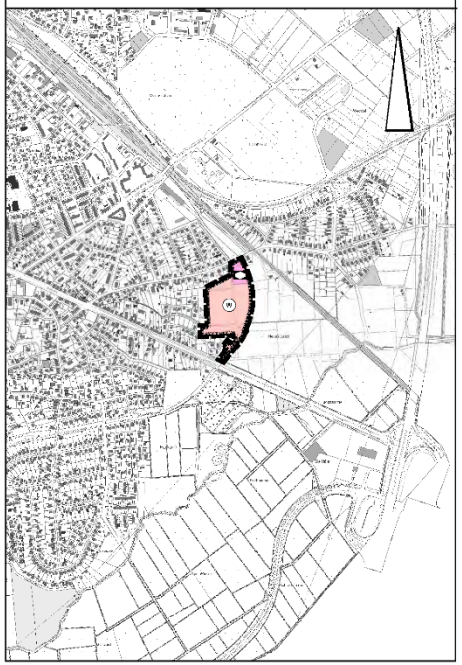
Neuhoff
Bürgermeister

Anlage 1: Planzeichnung (Stand: Feststellungsentwurf, Januar 2025)
Anlage 2: Begründung (Stand: Feststellungsentwurf, Januar 2025)
Anlage 3: Abwägung zu den Stellungnahmen der Beteiligung nach § 3 (2) und § 4 (2) BauGB

Ausschnitt Flächennutzungsplan 2006



22. Flächennutzungsplanänderung



Planzeichenerklärung

Grenze des Änderungsbereiches

Bauflächen

W Wohnbauflächen

Gemeinbedarfflächen

Flächen für den Gemeinbedarf

Sozialen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen

Freiflächen

Grünflächen

Nachrichtliche Übernahmen

Umgrenzung der Flächen mit wasserrechtlichen Festsetzungen Zweckbestimmung: Wasserschutzgebiet Wulsdorf III A

Umgrenzung der Flächen für Nutzungsbeschränkungen oder für Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes

Seestadt Bremerhaven

22. Änderung des Flächennutzungsplanes 2006
"Poggenbruchstraße/ Weg 89"
Maßstab 1:10.000

Für die Städtebauliche Planung
Bremerhaven, den 08.01.2025
Stadtplanungsamt -61-

im Auftrag

gez. Kountchev

Amtsleitung

Der Bau- und Umweltausschuss hat in seiner Sitzung vom 10.11.2022 dem Entwurf zugestimmt und seine öffentliche Auslegung beschlossen

Bremerhaven, den xx.xx.2xxx

Magistrat der Stadt Bremerhaven
Dezernat - II -

Bürgermeister

Dieser Plan mit Begründung hat als Entwurf
vom 17.04.2023 bis 19.05.2023
gemäß § 3 Abs. 2 BauGB
öffentlich ausgelegen

Dieser Entwurf wurde gemäß §§ 2 und 5 BauGB in der Stadtverordnetenversammlung am xx.xx.2xxx beschlossen

Amtliche Bekanntmachung in der Tagespresse gemäß § 6 Abs. 5 BauGB am xx.xx.xxxx

Bremerhaven, den xx.xx.2xxx
Magistrat der Stadt Bremerhaven

Magistrat der Stadt Bremerhaven
Dezernat - II -

Bürgermeister

Datum	23.11.2020	31.07.2023 04.07.2024 09.01.2025	08.01.2025	
Bearbeiter	Bre/ L.Bau	Bre	AE	

Rechtliche Grundlagen

Baugesetzbuch i.d.F.v. zuletzt geändert	03.11.2017 04.01.2023
Baunutzungsverordnung i.d.F.d.B.v. zuletzt geändert	21.11.2017 04.01.2023
Planzeichenverordnung v. zuletzt geändert	18.12.1990 14.06.2021
Raumordnungsgesetz vom zuletzt geändert	22.12.2008 20.07.2022



BREMERHAVEN
MEER ERLEBEN!

Begründung zur 22. Flächennutzungsplanänderung

„Poggenbruchstraße/Weg 89“

Verfahrensstand

Feststellungsentwurf

gem. § 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB i.V.m. § 1 Abs. 7 und § 1a BauGB, Januar 2025

SEESTADT BREMERHAVEN

STADTPLANUNGSAMT
Fährstraße 20, 27568 Bremerhaven

Bearbeitung durch
Annika Eller, Christie Wilmes

INHALTSVERZEICHNIS

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS 4

RECHTSVERZEICHNIS 4

ABBILDUNGSVERZEICHNIS 5

TABELLENVERZEICHNIS 5

1 Beschreibung der Planänderung 6

1.1 Geltungsbereich der Planänderung 6

1.2 Anlass und Ziele der Planänderung 7

1.3 Beschreibung des Änderungsgebiets 8

1.4 Beschreibung des Vorhabens 11

2 Formelle und informelle Rahmenbedingungen 12

2.1 Raumordnung 12

2.2 Vorbereitende Bauleitplanung 12

2.3 Verbindliche Bauleitplanung 13

2.4 Gesetzlich geschützte Landschaftsbestandteile 13

2.5 Landschaftsprogramm 14

2.6 Artenschutz 16

2.7 Immissionsschutz 16

2.8 Wasserschutzgebiet Wulsdorf 17

2.9 Weitere (planungs-)rechtliche Bindungen 17

3 Auswirkungen der Planung 17

3.1 Exkurs 17

3.2 Alternativen zur 22. FNP-Änderung 18

3.3 Raum- und Stadtverträglichkeit 21

3.4 Belange des Immissionsschutzes 23

3.5 Belange des Orts- und Landschaftsbilds 24

3.6 Umweltprüfung 24

3.7 Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung 25

4 Darstellungen der 22. FNP-Änderung 26

4.1 Einleitung 26
4.2 Wohnbauflächen 26
4.3 Flächen für den Gemeinbedarf 26
4.4 Nachrichtliche Übernahme 26

5 Hinweis auf die verbindliche Bauleitplanung 27

6 Verfahrenshinweise 27

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

Abkürzung	Bedeutung
B-Plan	Bebauungsplan
FNP	Flächennutzungsplan
LAPRO	Landschaftsprogramm
LSG	Landschaftsschutzgebiet
NSG	Naturschutzgebiet
WSG	Wasserschutzgebiet

RECHTSVERZEICHNIS

Abkürzung	Rechtsnorm
BauGB	Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 4. Januar 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 6) geändert worden ist.
BauNVO	Baunutzungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786), die durch Artikel 3 des Gesetzes vom 4. Januar 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 6) geändert worden ist.
BBodSchG	Bundes-Bodenschutzgesetz vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 25. Februar 20121 (BGBl. I S. 306) geändert worden ist.
BImSchG	Bundes-Immissionsschutzgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274; 2021 I S. 123), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 3 des Gesetzes vom 19. Oktober 2022 (BGBl. I S. 1792) geändert worden ist.
16. BImSchV	Sechzehnte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verkehrslärmschutzverordnung) vom 12.06.1990 (BGBl. S. 1036), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 04. November 2020 (BGBl. I S. 2334) geändert worden ist.
BNatSchG	Bundesnaturschutzgesetz vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 8. Dezember 2022 geändert worden ist.
PlanZV	Planzeichenverordnung vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I S. 58), die zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802) geändert worden ist.
ROG	Raumordnungsgesetz vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2986), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 88) geändert worden ist.

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1: Geltungsbereich der 22. FNP-Änderung "Poggenbruchstraße / Weg 89". 6

Abbildung 2: Geltungsbereich der 22. FNP-Änderung mit westlich angrenzender Kompensationsfläche und dem Landschaftsschutzgebiet (LSG) „Rohrniederung“ 9

Abbildung 3: Links: Blick auf den ehemaliger Bahndamm ab der Ecke Poggenbruchstraße. Rechts: Blick vom Bahndamm aus dem Geltungsbereich heraus in Richtung LSG.. 10

Abbildung 4: Links: Blick vom ehemaligen Bahndamm auf das Planungsgebiet. Rechts: Flurstück 38/1 mit der Kompensationsfläche und dem darin liegenden Regenrückhaltebecken.. 10

Abbildung 5: Ausschnitt aus dem Beiplan X zum FNP 2006. Quelle: Stadtplanungsamt Bremerhaven, 09/2020. 17

Abbildung 6: Alternativenprüfung in Wulsdorf 19

Abbildung 7: Geltungsbereich der FNP-Änderung mit vorhandenen Spielplätzen im Stadtteil und ihren fußläufigen Erreichbarkeitsradien (blau) gem. DIN 18034. 22

TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 1: Aktuelle Darstellung im Geltungsbereich der 22. FNP-Änderung. 8

Tabelle 2: Zukünftige Darstellungen im Geltungsbereich der 22. FNP-Änderung. 8

Tabelle 3: Einrichtungen der Daseinsvorsorge in nächster Entfernung zum Plangebiet. 21

1 Beschreibung der Planänderung

1.1 Geltungsbereich der Planänderung

Das Plangebiet der 22. Änderung des Flächennutzungsplans (FNP) „Poggenbruchstraße / Weg 89“ befindet sich räumlich im östlichen Bereich des Bremerhavener Stadtteils Wulsdorf im Ortsteil Jedutenberg (vgl. Abbildung 1).

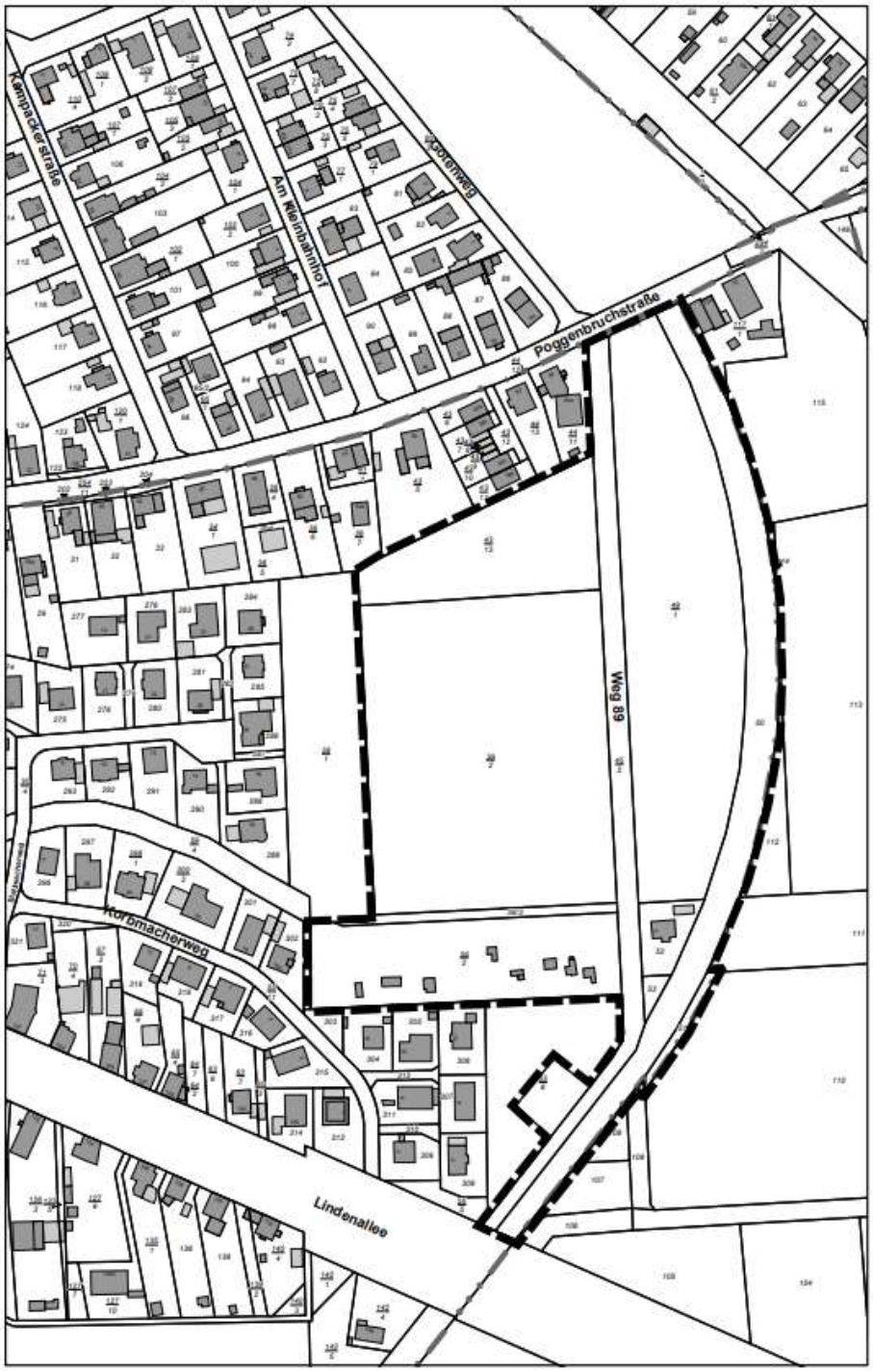


Abbildung 1: Geltungsbereich der 22. FNP-Änderung "Poggenbruchstraße / Weg 89".
Quelle: Stadtplanungsamt Bremerhaven, 03/2022.

1.2 Anlass und Ziele der Planänderung

Auf Grundlage des § 1 Abs. 3 BauGB hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bremerhaven als beschlussfassendes Gremium in ihrer Sitzung am 12.09.2019 das Verfahren zur 22. Änderung des FNPs „Poggenbruchstraße / Weg 89“ nebst paralleler Aufstellung des Bebauungsplans (B-Plan) Nr. 493 eingeleitet. Hierdurch sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die angestrebte Wohnbaulandentwicklung unter Berücksichtigung der vorhandenen bioklimatischen Funktionen geschaffen werden. Die beabsichtigte Wohnbaulandentwicklung soll die andauernde Nachfrage nach privatem Wohnraum decken. Dabei soll die forcierte Entwicklung von Bauplätzen für Einfamilienhäuser vorangetrieben werden. Gleichzeitig werden Bedarfe nach der Errichtung einer Kindertagesstätte (Kita) zur weiteren Versorgung des Stadtteils angenommen, welche in dem Plangebiet realisiert werden können. Die konkrete bauliche Entwicklung erfolgt durch die verbindliche Bauleitplanung, dem im Aufstellung befindlichen B-Plan Nr. 493. Durch die Darstellung einer Fläche für Gemeinbedarf mit der Zweckbestimmung „Sozialen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen“ im FNP, wird die Entwicklung einer Kita auf Ebene des B-Plans ermöglicht und dem wachsenden Bedarf an Betreuungsplätzen im Stadtteil begegnet.

Im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung sollen vorhandene integrierte Stadtquartiere, welche mit Erholungs- und Umweltqualitäten in Verbindung stehen, in ihrer weiteren Entwicklung gefördert werden. Die Flächen im Plangebiet werden in der Wohnbaulandentwicklung 2025 der Seestadt Bremerhaven als IIa-Priorität eingestuft. Die Charakteristik beschreibt die Fläche als Wohnen im Grünen, die auf vorhandene verkehrliche und soziale Infrastrukturen zurückgreifen kann. Dazu gehören sowohl Mobilitätsangebote als auch Kitas, Schulen oder andere familien- und seniorenspezifische Einrichtungen. Das Vorhandensein von Wohnraum bzw. die Verfügbarkeit von Baugrundstücken spielt darüber hinaus auch für das Halten von Fachkräften in der Region und damit für die Stärkung Bremerhavens als Wirtschaftsstandort eine wichtige Rolle.

Der geltende FNP von 2006 gibt die beschriebenen Rahmenbedingungen in Form der folgend aufgeführten Darstellungen wieder:

Aktuelle Darstellung im FNP 2006	Flächengröße in ha
Grünfläche	rd. 4,6 ha
Gesamtfläche	**rd. 4,6 ha**

Tabelle 1: Aktuelle Darstellung im Geltungsbereich der 22. FNP-Änderung.

Zukünftig sollen folgende Nutzungen im FNP dargestellt werden:

Zukünftige Darstellungen der 22. FNP-Änderung	Flächengröße in ha
Wohnbaufläche	rd. 4,3 ha
Fläche für Gemeinbedarf mit der Zweckbestimmung „Sozialen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen“	rd. 0,3 ha
Gesamtfläche	**rd. 4,6 ha**

Tabelle 2: Zukünftige Darstellungen im Geltungsbereich der 22. FNP-Änderung.

1.3 Beschreibung des Änderungsgebiets

Das Plangebiet liegt im östlichen Bereich des Stadtteils Wulsdorf im Ortsteil Jedutenberg. Die nördliche Grenze des Geltungsbereichs verläuft südlich der Poggenbruchstraße, während die südliche Grenze des Geltungsbereichs an der Lindenallee endet. Der in Nord-Süd-Richtung verlaufende Weg 89 stellt die zentrale Wegeverbindung innerhalb des Geltungsbereichs bzw. des Plangebiets dar. Westlich benachbart grenzt eine Kompensationsfläche mit einem darin liegenden Regenrückhaltebecken an (vgl. Abbildung 2). Die Kompensationsfläche ist Bestandteil des seit dem 22.10.2004 rechtskräftigen B-Plans Nr. 387 „Lindenallee/Bährkamp“, welcher zudem die vorhandene Bebauung des Wohngebiets Stellmacherweg / Korbmacherweg umfasst.



Abbildung 2: Geltungsbereich der 22. FNP-Änderung mit westlich angrenzender Kompensationsfläche und dem Landschaftsschutzgebiet (LSG) „Rohrniederung“.
Quelle: Stadtplanungsamt Bremerhaven, 03/23.

Der östliche Grenzverlauf des Geltungsbereichs verläuft entlang eines ehemaligen Bahndamms, welcher im südlichen Verlauf (außerhalb des Geltungsbereichs) in den Kleinbahnweg übergeht. Auf dem ehemaligen Bahndamm verläuft eine schmale Fuß- und Radwegeverbindung sowie eine beidseitige Altbaumallee. Daran angrenzend geht es östlich (außerhalb des Geltungsbereichs) in die freie Landschaft über (vgl. Abbildung 3). Südöstlich des Geltungsbereichs verläuft die Grenze des Landschaftsschutzgebiets (LSG) „Rohrniederung“, welches zukünftig als Naturschutzgebiet (NSG) ausgewiesen werden soll (vgl. hellgrüne Schraffur in Abbildung 2 und Abbildung 3). Die Unterschutzstellung als NSG erfolgt durch die Oberste Naturschutzbehörde des Landes Bremen, der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau und ist kein Bestandteil der hier vorliegenden Bauleitplanung.



Abbildung 3: Links: Blick auf den ehemaliger Bahndamm ab der Ecke Poggenbruchstraße. Rechts: Blick vom Bahndamm aus dem Geltungsbereich heraus in Richtung LSG.
Quelle: Stadtplanungsamt Bremerhaven, 02/2022.

Das gesamte Änderungsgebiet umfasst rd. 4,6 ha. Der Großteil des Geländes ist unbebaut, die vorwiegende Nutzung besteht aus Grünflächen (Dauergrünland und Beweidung) mit Baumbestand und Gebüschen (vgl. Abbildung 4). Das Gebiet wird von einem offenen Grabensystem geprägt, welches das eingeführte Wasser in zwei vorhandene Regenrückhaltebecken einleitet. Das derzeitige Entwässerungssystem soll in den Grundzügen beibehalten und nur bedarfsweise an den städtebaulichen Entwurf angepasst werden.



Abbildung 4: Links: Blick vom ehemaligen Bahndamm auf das Planungsgebiet. Rechts: Flurstück 38/1 mit der Kompensationsfläche und dem darin liegenden Regenrückhaltebecken.
Quelle: Stadtplanungsamt Bremerhaven, 2021.

Auf einer Teilfläche im Süden des Plangebiets befinden sich aufgegebene Kleingärten, welche mit Ruderalvegetation bewachsen sind. Nordöstlich der Kompensationsfläche und nordwestlich des Weges 89 befindet sich eine Fläche mit einzelnen kleinen Gebäudestrukturen und Gehölzbeständen.

1.4 Beschreibung des Vorhabens

Das städtebauliche Konzept verfolgt das Ziel der Entwicklung einer Wohnbau- und Gemeinbedarfsfläche am östlichen Siedlungsrand von Wulsdorf. Es wird angestrebt das Areal beidseitig des Weges 89 als neues Siedlungsgebiet zu erschließen und den bislang fragmentarisch abgebildeten Siedlungsrand bis auf die Höhe des Walls zu arrondieren. Der FNP soll zukünftig eine Wohnbaufläche und eine Fläche für Gemeinbedarf mit der Zweckbestimmung „Sozialen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen“ darstellen.

Das städtebauliche Konzept sieht die Errichtung von Wohngebäuden, einer Kita sowie eines zentralen und naturnahen Quartiersplatzes vor. Weitergehende Ausführungen zum städtebaulichen Konzept können der Begründung zum parallel im Aufstellung befindlichen B-Plan Nr. 493 entnommen werden, da die konkrete Bebauung des Plangebiets durch den B-Plan gesteuert wird. Die Gesamtfläche des Änderungsgebiets setzt sich aus den einzelnen Baugrundstücken, privaten und öffentlichen Straßen, sowie öffentlichen Grün- und Wasserflächen zusammen. Insgesamt umfasst das Gebiet eine Fläche von ca. 4,6 ha.

Das Gebiet wird von einem offenen Grabensystem geprägt, welches das eingeführte Wasser in zwei vorhandene Regenrückhaltebecken einleitet. Das derzeitige Entwässerungssystem soll im Grundzug beibehalten und nur bedarfsweise an den städtebaulichen Entwurf angepasst werden. Die äußere verkehrliche Erschließung des Änderungsgebiets ist durch die Poggenbruchstraße und die Lindenallee sichergestellt. Die Erschließung innerhalb des Wohngebiets wird auf Ebene der Bebauungsplanung festgelegt und ist dem städtebaulichen Konzept bzw. der Planzeichnung des B-Plan-Entwurfs Nr. 493 „Poggenbruchstraße / Weg 89“ zu entnehmen.

Östlich des Plangebiets verlaufen in ca. 100 m Entfernung die Bahngleisanlagen der Eisenbahnstrecke 1740 zwischen Bremerhaven und Bremen. Die Erschließung zum

Schienenpersonennahverkehr wird durch den etwa 700 m entfernten Bahnhof Bremerhaven-Wulsdorf durch die Linien RS2 und RB33 ermöglicht. An der Haltestelle „Bahnhofstraße“ werden die Linien 502 und 517, welche über den Innenstadtbereich bis Leherheide(-Ost) verkehren, erreicht. Eine weitere Haltestelle „Ringstraße“ befindet sich in einer Entfernung von ca. 350m, hier verkehrt die Stadtbuslinie 506 in Richtung Hauptbahnhof/Innenstadt und weiter Richtung Leherheide. Zudem verkehrt die Linie 519 als Anruf Linien Taxi. Entlang des ehemaligen Bahndamms führen mehrere Radrouten über einen schmalen Rad- und Fußweg (Kleinbahnweg).[1] Die Anschlussstelle Bremerhaven – Wulsdorf an die BAB 27 befindet sich ca. 1.150m in östlicher Richtung entfernt.

2 Formelle und informelle Rahmenbedingungen

2.1 Raumordnung

Ein rechtskräftiges Landesraumordnungsprogramm für das Land Bremen existiert zum aktuellen Zeitpunkt nicht, so dass auf der Landesebene keine Ziele und Grundsätze der Raumordnung in der Bauleitplanung zu beachten oder zu berücksichtigen sind.

Unabhängig hiervon ist am 01. September 2021 der länderübergreifende Bundesraumordnungsplan für den Hochwasserschutz in Kraft getreten. Dessen raumordnerischen Ziele und Grundsätze sind grundsätzlich im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung und insbesondere im Bereich der vorbereitenden Bauleitplanung zu beachten bzw. zu berücksichtigen. Mit der Erstellung und der Inkraftsetzung des Bundesraumordnungsplans soll das Thema des Hochwasserschutzes und des Hochwasserrisikos eine größere Bedeutung erfahren.

2.2 Vorbereitende Bauleitplanung

Der rechtskräftige FNP von 2006 stellt eine rd. 4,6 ha große Grünfläche dar.

[1] Radroute Grüner Weg, die Ostroute Bremerhaven und die „Wasser, Wind und Wiesen“-Route.

2.3 Verbindliche Bauleitplanung

Im überwiegenden Teil des hier betreffenden Geltungsbereichs befinden sich keine rechtskräftigen Bebauungspläne. Lediglich im südwestlichen und nordwestlichen Teil des Plangebiets befindet sich der B-Plan Nr. 249 „Poggenbruchstraße / Lindenallee“, welcher am 31. Januar 1989 in Kraft getreten ist. Für den Geltungsbereich der hier betreffenden 22. FNP-Änderung setzt dieser B-Plan im Nordwesten im Wesentlichen Straßenverkehrsflächen fest. Im südwestlichen Bereich des Planbereichs setzt der B-Plan sowohl Straßenverkehrsflächen als auch ein Allgemeines Wohngebiet fest. Die weiteren Festsetzungen des B-Plans befinden sich räumlich außerhalb des Geltungsbereiches der hier betreffenden 22. FNP-Änderung.

2.4 Gesetzlich geschützte Landschaftsbestandteile

Die Ziele des Natur- und Biotopschutzes ergeben sich aus den §§ 1 und 2 BNatSchG und den hieran anknüpfenden Schutzverordnungen nach §§ 20ff. BNatSchG.

Schutzgebiete

Das LSG „Rohrniederung“ grenzt südlich an den Geltungsbereich der 22. FNP-Änderung. Das Schutzgebiet wird durch das Gewässer II. Ordnung „Rohr“ durchflossen. Die Ziele des LSG „Rohrniederung“ sind zum einen der Erhalt und die Entwicklung der noch offenen, unverbauten Bremerhavener Niederungslandschaft, insbesondere das (Feucht-)Grünland und die Gräben als Lebensraum für seltene Pflanzen- und Tiergemeinschaften sowie –arten. Zum anderen soll die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes erhalten, entwickelt und wiederhergestellt sowie die Vielfalt, Eigenart und Schönheit des Landschaftsbildes gewährleistet werden. Aufgrund der bereits bestehenden Siedlungsstruktur zwischen der Poggenbruchstraße und der Lindenallee sowie der starken Einrahmung durch Wälle und Gehölze ist eine Eingliederung in die Siedlung möglich und die Einwirkungen auf das Landschaftsbild der „Rohrniederung“ gering.

Weitere Schutzgebiet nach § 20 Abs. 2 BNatSchG befinden sich in einer räumlichen Entfernung, bei der eine Betroffenheit durch die hier vorliegende Planung ausgeschlossen wird.

Gesetzlich geschützte Biotope

Im Plangebiet hat sich auf rd. 1.000 m² ein gemäß § 30 BNatSchG geschütztes Nassgrün entwickelt. Im Falle einer Beseitigung ist eine Ausnahme von den Verboten gemäß § 30 Abs. 2 BNatSchG gem. § 30 Abs. 4 BNatSchG von der zuständigen Naturschutzbehörde einzuholen.

Mit dem Genehmigungsbescheid vom 21.03.2023 hat die fachlich zuständige Untere Naturschutzbehörde der Beseitigung des Biotops zugestimmt. Der zeitnahe Ausgleich erfolgt im räumlichen Zusammenhang zur Eingriffsfläche in der Rohrniederung.

Baumschutzverordnung / BremWaldG

Wald i.S.d. BremWaldG liegt nach Prüfung durch die Untere Waldbehörde im Plangebiet nicht vor. Ungeachtet dessen ist im Rahmen der konkretisierenden verbindlichen Bauleitplanung zu beachten, dass im Plangebiet Bäume vorhanden sind, welche unter die Baumschutzverordnung des Landes Bremen fallen und dementsprechend eine gewisse Schutzwürdigkeit aufweisen, die im Falle einer Entnahme besonders zu würdigen ist.

2.5 Landschaftsprogramm

Eingangs wird darauf hingewiesen, dass das aktuell noch für die Stadtgemeinde Bremerhaven geltenden Landschaftsprogramm (LAPRO) aus dem Jahr 1991 stammt. Dieses wird jedoch zum aktuellen Zeitpunkt durch die oberste Naturschutzbehörde des Landes Bremen neu aufgestellt, so dass im Folgenden neben den Darstellungen aus 1991 die Darstellungen der aktuellen Entwurfsunterlagen erfolgen.

Das von der Bremischen Bürgerschaft am 11.09.1991 beschlossene LAPRO ordnet das Plangebiet der Rohrmarsch zu, wobei hohe Schutz- und Erhaltungspriorität für weiträumiges, extensiv zu nutzendes, von Gräben durchzogenes Feuchtgrünland besteht;

- hohe Erhaltungspriorität für die Bewahrung des Landschaftsbildes von Marsch und Niederung (Naturraumgrenze Rohr-Marsch) besteht;

- Entwicklungsmöglichkeiten für die naturnahe Ufervegetation zu schaffen sind und die Naturraumgrenze bei der Siedlungsentwicklung dringend einzuhalten ist (eindeutig bepflanzter Siedlungsrand);
- Wald- und Forstflächen Entwicklungspriorität genießen;
- der Weg 89 eine wichtige Grünverbindung für Erholung und Landschaftsbild ist.

Da das LAPRO derzeit neu aufgestellt wird, werden neue Ziele und Maßnahmen relevant, die im Rahmen zur Aufstellung, Änderung und Aufhebung von Bauleitplänen grundsätzlich zu berücksichtigen sind (§ 1 Abs. 6 Nr. 7 g) BauGB).

Das LAPRO Bremen, Teil Bremerhaven (Vorentwurf, Stand 2023) sieht vor, die innerstädtische Grünfläche des Plangebiets zu sichern und zu entwickeln, da ihre allgemeine Bedeutung für Natur und Landschaft als überwiegend hoch eingestuft wird, auch wenn Teilaspekte noch Verbesserungsbedarf haben.[2] Zusätzlich wird die Sicherung und Entwicklung des seltenen Bodens (Niedermoor)[3], der sehr günstigen bioklimatischen Funktion des Gebiets (angrenzende, überdurchschnittliche Kaltluftfunktion) und der Bedeutung für die Grünversorgung des Ortsteils (Landschaftserleben, Erholungseignung) genannt. Die Baumallee auf dem Wall wird als Bestandteil der innerstädtischen Biotopvernetzung dargestellt und soll erhalten und entwickelt werden.[4] Um die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts zu gewährleisten soll einer Verpachtung durch eine weitgehend extensive Grünlandbewirtschaftung entgegengewirkt werden. Es wird angestrebt ein strukturreiches Grünlandgebiet mit vielfältigen Vegetationsstrukturen zu entwickeln.[5] Die Funktion als Grünverbindung mit Zugänglichkeit für die Öffentlichkeit soll erhalten bleiben.

---

[2] Vgl.: Anhang B des Entwurfs zur Neuaufstellung des LAPROs Teil Stadtgemeinde Bremerhaven, Stand März 2023.

[3] Seltene Böden stellen Besonderheiten dar, weil sie anthropogene Bodentypen sind, die bezogen auf die landes- und regionale Verbreitung einen sehr geringen Flächenanteil einnehmen. In Bremerhaven kommen 40,6 ha Niedermore mit Kleimarschauflage vor. Beeinträchtigungen der Funktionen seltener Böden sollen nach Bodenschutzrecht vermieden werden (vgl. § 1 BBodSchG).

[4] Vgl. Karten B (Boden), E (Landschaftserleben), F (Grünversorgung) und Plan 2 (Erholung und Landschaftserleben) des Entwurfs zur Neuaufstellung des LAPROs Teil Stadtgemeinde Bremerhaven, Stand März 2023.

[5] Vgl.: Anhang B des Entwurfs zur Neuaufstellung des LAPROs Teil Stadtgemeinde Bremerhaven, Stand März 2023, S. 28.

2.6 Artenschutz

Der § 44 des BNatSchG beinhaltet Vorschriften für besonders geschützte und bestimmte andere Tier- und Pflanzenarten, die im Rahmen zur Aufstellung, Änderung und Aufhebung von Bauleitplänen zu beachten sind.

Zur Prüfung des artenschutzrechtlichen Sachverhalts und zur Eingriffsbeurteilung wurde in Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde das Plangebiet von März 2020 bis Juni 2020 auf Vorkommen von Brutvögeln, Fledermäusen und Amphibien geprüft.

Brutvögel

Im Plangebiet wurden 28 Brutvogelarten erfasst, dabei wurde mit dem Star eine Art festgestellt, die auf der Roten Liste für Niedersachsen und Bremen als gefährdete Art geführt wird.

Fledermäuse

Im Plangebiet konnten Breitflügelfledermaus, Abendsegler, Zwergfledermaus, Rauhhautfledermaus und die Geschwisterarten Braunes/Graues Langohr sowie nicht eindeutig bestimmbare Fledermäuse der Gattung Nyctalus nachgewiesen werden.
Quartiere in Gebäuden oder dem Baumbestand wurden nicht festgestellt. Im Juni 2020 konnten sehr ausgeprägte Funktionen als Jagdgebiet und als Flugroute über die Fläche östlich des Weges 89 ermittelt werden, wohingegen die Fledermausaktivität im Zeitraum Juli bis September 2020 deutlich geringer war.

Amphibien

Die im Plangebiet festgestellten Teichfrösche gelten nicht als streng geschützt und sind somit aus artenschutzrechtlicher Sicht nicht als relevant zu beurteilen.

2.7 Immissionsschutz

Die immissionsschutzrechtliche Raumordnungsklausel (§ 50 BImSchG) findet als grundlegendes Instrument des Städtebaurechts und des präventiven Umweltschutzes seine Anwendung.

2.8 Wasserschutzgebiet Wulsdorf

Das Plangebiet liegt innerhalb der „Verordnung über die Festsetzung eines Wasserschutzgebietes für das Wasserwerk Wulsdorf der Stadtwerke Bremerhaven AG vom 15. April 1975“ in der Schutzzone III A (vgl. Abbildung 5). Nach der Verordnung ist eine Neuanlage von Wohnbebauung oder Erdaufschlüsse nur bedingt zulässig und bedarf der Genehmigung der Wasserbehörde.

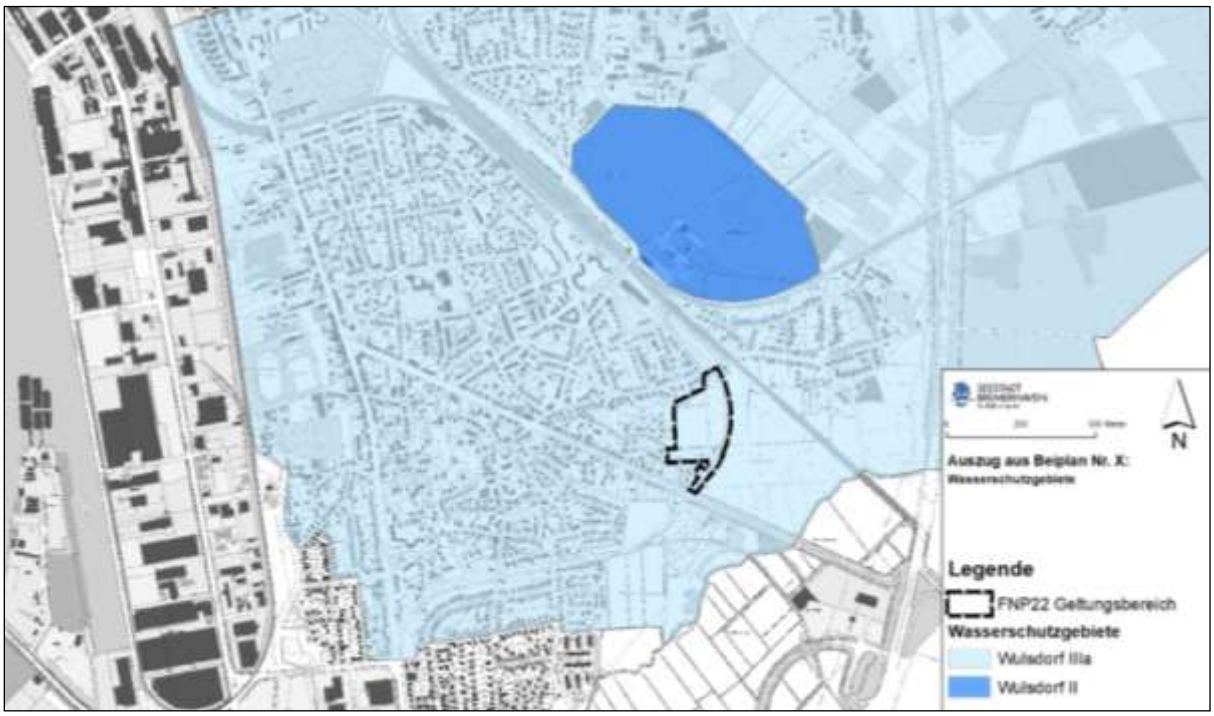


Abbildung 5: Ausschnitt aus dem Beiplan X zum FNP 2006.
Quelle: Stadtplanungsamt Bremerhaven, 09/2020.

2.9 Weitere (planungs-)rechtliche Bindungen

Das Ortsgesetz über die Gestaltung der Stellplätze für Pkw in der Stadt Bremerhaven ist zu berücksichtigen.

3 Auswirkungen der Planung

3.1 Exkurs

Die Trägerin der Bauleitplanung hat gem. § 2a BauGB dem Entwurf eines Bauleitplans eine Begründung beizulegen. In dieser sind neben den Zielen und Zwecken der Planung die wesentlichen Auswirkungen der Planung darzulegen. Diese sind in den folgenden Punkten aufgeführt.

3.2 Alternativen zur 22. FNP-Änderung

Im Aufstellungsbeschluss zur 22. FNP-Änderung wird die Planung des neuen Siedlungsgebiets u.a. durch die Nähe zu sozialen Einrichtungen im Stadtteil Wulsdorf begründet (Schulen, Kitas, Stadtteilzentrum). Der Stadtteil Wulsdorf wird im Osten durch die Bahntrasse begrenzt, im Süden durch den Grenzverlauf des Stadtgebiets und im Westen prioritär durch den Fischereihafen bestimmt (Gleisverlauf parallel zur Weserstraße).

Der Stadtteil Wulsdorf ist zu großen Teilen bereits mit rechtskräftigen B-Plänen belegt. Durch das südlich verlaufende LSG „Rohrniederung“ stehen nur wenige unbeplante Flächen potentiell für eine weitere Siedlungsentwicklung zur Verfügung. Abbildung 6 veranschaulicht die vorhandene Verfügbarkeit von Freiflächen in Wulsdorf und stellt vier Flächen dar, welche alternativ zum vorgeschlagenen Geltungsbereich der 22. FNP-Änderung in Hinblick auf eine mögliche Wohnbaulandentwicklung im Stadtteil betrachtet werden können.

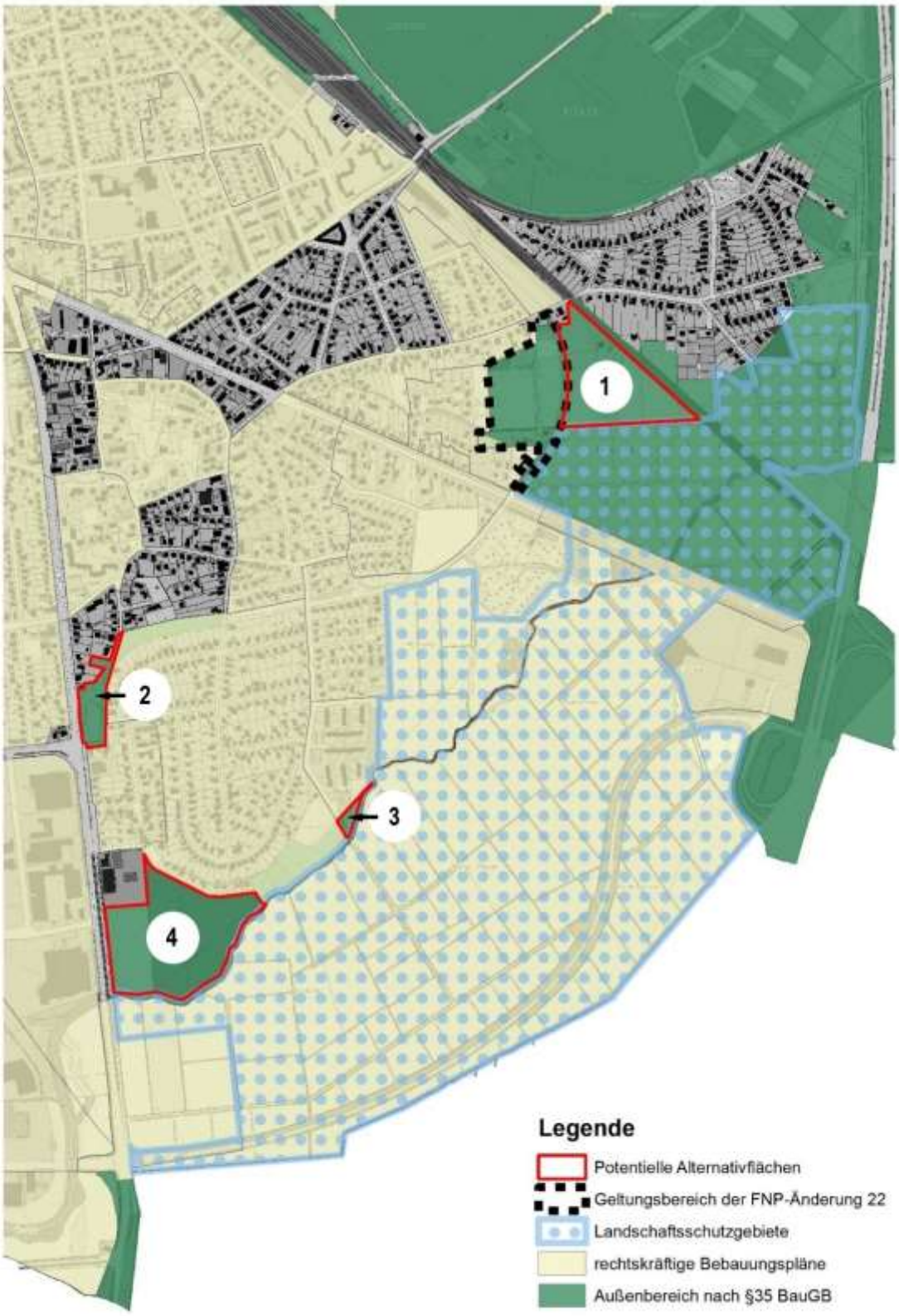


Abbildung 6: Alternativenprüfung in Wulsdorf.
Quelle: Stadtplanungsamt, 03/2023.

Fläche 1

Der Geltungsbereich der 22. FNP-Änderung „Poggenbruchstraße / Weg 89“ grenzt im südlichen Bereich an das LSG „Rohrniederung“. Im Gegensatz zur dargestellten Fläche 1 erfährt die hier betrachtete Fläche durch den vorhandenen Wall jedoch eine gewisse Abgrenzung zum Schutzgebiet.
Fläche 1 (ca. 4,4 ha) ist zum Großteil durch Kleingärten belegt. Die restliche Fläche fließt als offene Landschaft zum LSG „Rohrniederung“ und der Autobahn über. Fläche 1 ist durch die unmittelbare Nähe zur Autobahn stärkeren Lärmimmissionen ausgesetzt im Vergleich zum Plangebiet und erfährt im Gegensatz zum Plangebiet eine zum gewissen Grad abschirmende Wirkung des Bahndamms nicht. Es ist daher fraglich, ob eine Wohnbebauung aus immissionsschutzrechtlichen Gründen auf dieser Fläche realisierbar wäre.

Flächen 2 und 3

Die Flächen 2 und 3 sind mit etwa 0,2 ha nicht geeignet für eine Bebauung im geplanten Umfang.

Fläche 4

Fläche 4 könnte durch die zur Verfügung stehenden 6,9 ha eine Siedlungsentwicklung in der Größenordnung des Planvorhabens aufnehmen. Sie wird durch eine gewerbliche Nutzung im Norden und den Verlauf des Flusses „Rohr“ im Süden begrenzt. Der westliche Teil, welcher an die Bundesautobahn grenzt, wird landwirtschaftlich genutzt. Die übrige Fläche wird durch Gestrüpp, artenarmes Extensivgrünland trockener Mineralböden und Schilf-Landröhricht bedeckt. Die größte Beeinträchtigung für ein Wohngebiet ist durch den zu erwartenden Lärm gegeben, welcher nicht nur durch die stark frequentierte Weserstr., sondern ebenfalls vom nördlichen Gewerbestandort und der südlich gelegenen Fachmarktagglomeration Bohmsiel zu erwarten ist. Eine Erschließung könnte über den Loxstedter Weg erfolgen und die etwa 500 m entfernte Bushaltstelle „Deichhämme“ eine Anbindung an den ÖPNV sicherstellen. Es wird aufgrund der genannten Faktoren deshalb davon ausgegangen, dass Fläche 4 nicht besser geeignet ist, um eine attraktive Wohnbaufläche zu schaffen.

Eine nahezu innerstädtische Baulücke im Größenumfang des Planvorhabens für die hier vorgesehenen Wohntypologien ist nicht bekannt. Das vorhandene Flächenangebot im Innenstadtbereich wird im Rahmen der Strategischen Wohnbaulandentwicklung 2025 benötigt, um den bestehenden Bedarf zu decken.

3.3 Raum- und Stadtverträglichkeit

Die Fläche des Geltungsbereichs der FNP-Änderung liegt größtenteils im Außenbereich.

Verschiedene stadtinfrastrukturelle Angebote der Daseinsvorsorge (z.B. Straßen, Schulen, ÖPNV) sind bereits vorhanden. Die folgende Liste zeigt die Entfernung zu verschiedenen Einrichtungen der Daseinsvorsorge.

Nächstgelegene Einrichtung	**Entfernung**
Bushaltestelle Ringstraße (Stadtbuslinie 506)	rd. 350 m
Bahnhof Wulsdorf (Regionalverkehr, Stadtbuslinien 502 und 517)	rd. 700 m
Zentraler Versorgungsbereich Wulsdorf	rd. 1.200 m
Grundschule (Altwulsdorfer Schule in der Sandbredenstraße 11)	rd. 1.400 m
Fichteschule (in der Heidacker 13, gehört nicht zum Einzugsgebiet)	rd. 2.700 m
Spielplätze	
„Liethbreden“. Der Weg weist durch die kreuzende Eisenbahnstrecke ein Hindernis auf.	rd. 750 m
„An der Robinienallee“. Der Weg weist mit dem Vieländer Weg ein Hindernis auf.	rd. 900 m
„Zingelke“. Der Weg ist hindernisfrei, es muss allerdings die Lindenallee (für 564 m) passiert und gekreuzt werden.	rd. 750 m

Tabelle 3: Einrichtungen der Daseinsvorsorge in nächster Entfernung zum Plangebiet.

Die Altwulsdorfer Schule und die Fichteschule sind die einzigen Grundschulen im Stadtgebiet Wulsdorf. Aufgrund von einer Entfernung von rd. 2,7 km vom Planungsgebiet zur Fichteschule befindet sich nur die Altwulsdorfer Schule im Einzugsgebiet der geplanten Bebauung. Die Aufnahmekapazität der Altwulsdorfer Schule wird in den Schülerprognosen bis 2025 bereits überschritten, erst im Jahr 2025 wird nach derzeitigem Kenntnisstand auf Grund der aktuell erhobenen Zahlen eine leichte Entlastung

zu verzeichnen sein. In die Prognose sind die neuen Planungsgebiete nicht mit eingeflossen. Die geplante Wohntypologie des Plangebiets lässt erwarten, dass der Anteil junger Familien im Stadtteil Wulsdorf ansteigen wird. Durch weitere Planvorhaben im Stadtteil, wie das Warrings-Gelände, Hackfahrel oder die Industriesiedlung Allersstraße ist deshalb auch bis 2025 keine Entlastung der Altwulsdorfer Schule zu erwarten, deren Auslastung derzeit bereits im Grenzbereich bzw. darüber hinaus liegt.

Der nächstgelegene Spielplatz befindet sich in einer Entfernung von 750 m (siehe Tabelle 3 und Abbildung 7) zum Plangebiet. Im Plangebiet selbst soll auf dem zu schaffenden Platz Spielgeräte errichtet werden. Eine wichtige Versorgungslücke könnte dadurch geschlossen werden. Mit dem neuen Wohngebiet soll zudem ein Angebot insbesondere für jüngere Menschen geschaffen werden. Aus demographischer Sicht würde sich dies dazu positiv auf den Ortsteil Jedutenberg auswirken.[6]

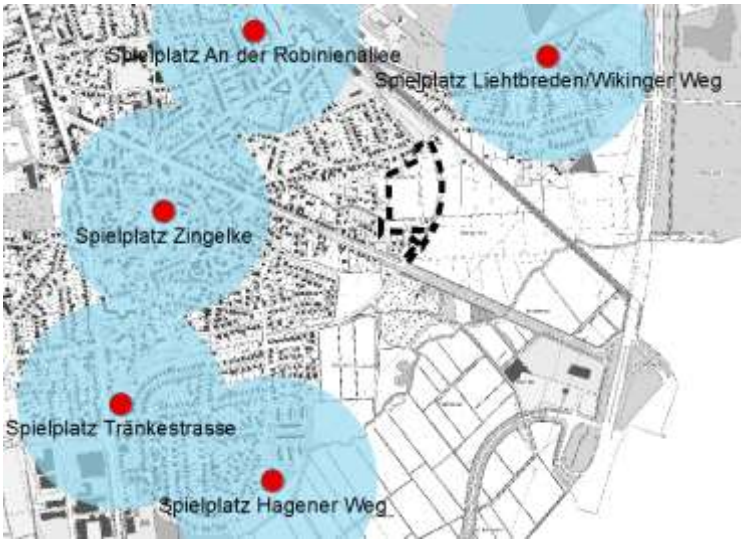


Abbildung 7: Geltungsbereich der FNP-Änderung mit vorhandenen Spielplätzen im Stadtteil und ihren fußläufigen Erreichbarkeitsradien (blau) gem. DIN 18034.[7]
Quelle: Stadtplanungsamt Stadtplanungsamt, 07/2021.

[6] Ein Angebot von mind. 40 Krippenplätzen und 20 Kitaplätzen ließe sich dadurch realisieren (siehe Stellungnahmen des Amtes 51/02 – Jugendhilfeplanung – vom 13.01.2021 und des Amtes V/1 – Sozialplanung – vom 15.01.2021).

[7] Quelle: Stadtplanungsamt Bremerhaven, Januar 2022.

3.4 Belange des Immissionsschutzes

Durch die angrenzenden Straßen, sowie die BAB A 27 und die westlich verlaufende Eisenbahnstrecke 1740 von Bremerhaven nach Bremen ist von Beeinträchtigungen durch Lärmimmissionen auszugehen.

Geräuschimmissionen

Um die Belange des Immissionsschutzes sachgerecht in die Planung und Abwägung einstellen zu können, wurde die immissionsschutzrechtliche Situation im Plangebiet und der Umgebung gutachterlich bewertet. Anhand des städtebaulichen Konzepts wurden die Beeinträchtigungen durch die westlich verlaufende Bahnstrecke auf das Plangebiet untersucht. Der Betrieb des Wartungsstützpunkts der Nordwestbahn wurde dabei mitberücksichtigt. Das Gutachten ergab maßgebliche, auf das Plangebiet einwirkende, Geräuschimmissionen durch die benachbarte Bahnstrecke und eine deutliche Überschreitung der schalltechnischen Orientierungswerte[8]. Innerhalb der Nachtzeit wurden die Orientierungswerte und der Grenzwerte der 16. BImSchV im gesamten Plangebiet deutlich überschritten. Während der Tageszeit kommt es zu einer Überschreitung der Orientierungswerte und der Grenzwerte der 16. BImSchV im überwiegenden Teil des Plangebiets. Lediglich im südwestlichen Randbereich kann mit einer Einhaltung der Orientierungs- bzw. Grenzwerte während des Tageszeit gerechnet werden. Auf Ebene der Bebauungsplanung sind demzufolge umfangreiche Festsetzungen im Bereich des Immissionsschutzes erforderlich. Die hieraus resultierenden passiven Schallschutzmaßnahmen sind Voraussetzung zur Ermöglichung einer Wohnbebauung.

Elektromagnetische Felder

Für Bereiche mit einer Entfernung von bis zu 100 m zur Bahnlinie sind die magnetische und elektrische Felder bei Vollauslastung der Bahnlinie darzustellen, da innerhalb dieser Entfernung Feldstärken von 0,3 µT (Mikrotesla) erreicht werden können.[9] Darunter fällt der nördliche Bereich des Gebiets (geplanter Standort der Gemeinbedarfsfläche).

---

[8] Nach Beiblatt 1 zur DIN 18005 für Geräusche aus öffentlichem Verkehr durch Schallimmissionen.

[9] Stellungnahmen des Gesundheitsamtes vom 28.01.2021, sowie dem 21.05.2021 mit Bezugnahme auf die „„Empfehlung zur Gesundheitsvorsorge bei Niederfrequenzanlagen in Planungsvorhaben. Ersetzen der Empfehlung vom 15.07.2014; Anpassung der Empfehlung vom 12.05.2016“ der Senatorin für Gesundheit.

Die Oberleitungen des Wartungsstützpunkts aus etwa 30 m Entfernung zum nördlichen Plangebiet können sich zusätzlich negativ auswirken.[10] Im Ergebnis des Beteiligungsverfahrens gemäß § 4 Abs. 1 BauGB hat sich ergeben, dass die Felder, welche von der Bahnlinie und dem Wartungsstützpunkt ausgehen, die Grenzwerte von 300 µT nicht ansatzweise erreicht. Die Bahnstromanlagen emittieren im Niederfrequenzbereich (16,7 Hz).[11] Gesundheitliche Beeinträchtigungen durch magnetische Felder sind insoweit nicht zu befürchten, da die aus dem Eisenbahnbetrieb resultierenden elektromagnetischen Immissionen erheblich unter den in der 26. Verordnung zum BImSchG festgelegten Vorsorgegrenzwerten liegen.

3.5 Belange des Orts- und Landschaftsbilds

Eine landschaftliche Einbindung des Plangebiets wird durch den Erhalt des Bahndamms als raumprägendes Element abgesichert. Mögliche Auswirkungen auf das Landschaftsbild beschränken sich zudem hauptsächlich auf das Plangebiet in der Form, als dass bisher unbebaute Flächen einer Siedlungsentwicklung zugeführt werden. Erhebliche Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes sind nicht zu erwarten, da konkretisierende Festlegungen auf Ebene der verbindlichen Bauleitplanung wesentliche Teile des Plangebiets als Grünfläche absichern.

3.6 Umweltprüfung

Im Hinblick auf den Regelungsinhalt des § 2 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 2a Satz 2 Nr. 2 BauGB besteht eine prinzipielle Verpflichtung zu einer förmlichen Umweltprüfung (Umweltbericht) bei der Aufstellung, Änderung, Ergänzung und Aufhebung von Bauleitplänen (FNP, B-Plan). In der Anlage zum BauGB wird der Umweltbericht inhaltlich definiert. Damit wird den Belangen des Umweltschutzes fach- und sachgerecht Rechnung getragen.

---

[10] Stellungnahme des Gesundheitsamtes vom 21.05.2021.

[11] Grenzwerte sind: 5 kV/m für das elektrische Feld und 300 Mikrotesla für die magnetische Flussdichte.

Der Umweltbericht besteht regelhaft aus drei übergeordneten Bestandteilen. Die Einleitung besteht u.a. aus einer Kurzdarstellung des Inhalts, den Beschreibungen hinsichtlich der beabsichtigten Darstellungen (FNP) und Festsetzungen (B-Plan) sowie der Nennung der einschlägigen Fachgesetze und geltenden Fachplänen mit den dahinterstehenden Zielen und Maßnahmen.
Den Hauptteil des Umweltberichts stellt die Beschreibung und Bewertung möglicher erheblicher Umweltauswirkungen dar. Zusammengefasst bedeutet dies, dass in einem ersten Schritt eine Bestandsaufnahme der vorhandenen umwelt- und naturschutzrechtlichen Rahmenbedingungen erfolgt. Neben der Darstellung zur Entwicklung der umwelt- und naturschutzrechtlichen Rahmenbedingungen bei Nicht-Durchführung der Planung wird in einem Schritt dargelegt, welche Auswirkungen auf Umwelt und Natur bei Umsetzung der Planung zu erwarten sind. Hierbei sind ebenfalls Vermeidungsmöglichkeiten oder Planungsalternativen zu benennen. Der dritte Teil des Umweltberichts umfasst i.d.R. zusätzliche Angaben, welche für das Planvorhaben zu berücksichtigen sind. Der Umweltbericht schließt mit einer allgemein verständlichen Zusammenfassung ab.

Der Umweltbericht stellt einen gesonderten Teil der Begründung dar. Mit der Erarbeitung eines Umweltberichts wird den Anforderungen des UVPG, welches das hier betreffende Bauleitplanverfahren als UVPG-pflichtig einstuft, Rechnung getragen.

3.7 Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung

Entsprechend der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung gem. § 1a BauGB i.V.m. § 13ff BNatSchG sind Eingriffe in Natur und Landschaft durch geeignete Maßnahmen zu kompensieren bzw. auszugleichen oder zu ersetzen. Nach derzeitigem Erkenntnisstand kann davon ausgegangen werden, dass durch das geplante Vorhaben ein Eingriff im Sinne des Gesetzes vorbereitet wird, so dass entsprechende Maßnahmen notwendig werden.

Die Darstellungen eines FNP stellen i.d.R. keine Eingriffe in Natur und Landschaft dar. In Verbindung mit den Festsetzungen eines parallel in Aufstellung befindlichen Bebauungsplan werden jedoch die planungsrechtlichen Rahmenbedingungen für mögliche Eingriffe in Natur und Landschaft ermöglicht. Aus diesem Grunde ist eine der Planungsebene des FNPs angemessene Vorklärung der Eingriffsregelung vorzunehmen

und gem. §1a Abs. 3 Satz 1 BauGB der Ausgleich in geeigneter Weise darzustellen. Die Bestimmung der Größe des Eingriffs und eine daraus resultierende Festlegung geeigneter Ausgleichsmaßnahmen erfolgt im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung (B-Plan). Die Eingriffsregelung wird im weiteren Verfahren abgearbeitet und die Ergebnisse werden in die Abwägung der Belange gem. § 1 Abs. 6 BauGB eingestellt.

4 Darstellungen der 22. FNP-Änderung

4.1 Einleitung

Die Überführung der städtebaulichen Rahmenplanung, die als Grundlage für die vorbereitende und verbindliche Bauleitplanung dient, wird durch die folgenden Darstellungen der 22. FNP-Änderung sichergestellt.

4.2 Wohnbauflächen

Das Plangebiet soll für die Nutzung als Wohngebiet gesichert werden. Hierfür wird nach § 5 Abs. 2 Nr.1 BauGB die rd. 4,3 ha große erforderliche Fläche als „Wohnbaufläche“ i.S.d. § 1 Abs. 1 Nr. 1 BauNVO dargestellt.

4.3 Flächen für den Gemeinbedarf

Im nördlichen Bereich soll eine rd. 0,3 ha große Fläche als Fläche für den Gemeinbedarf mit der Zweckbestimmung „Sozialen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen“ gemäß § 5 Abs. 2 Nr. 2a BauGB dargestellt werden. Diese Darstellung ermöglicht die Errichtung einer „Kindertagesstätte/sozialen Einrichtung“ auf nachgelagerter Planungsebene.

4.4 Nachrichtliche Übernahme

Nachrichtliche Übernahmen beziehen sich auf Planungen und sonstige Nutzungsregelungen, die nach anderen gesetzlichen Vorschriften festgesetzt sind.
Das Wasserschutzgebiet (WSG) Wulsdorf (Verordnung über die Festsetzung eines Wasserschutzgebietes für das Wasserwerk Wulsdorf der Stadtwerke Bremerhaven AG vom 15. April 1975) wird dementsprechend als nachrichtliche Übernahme in die

Planzeichnung der FNP-Änderung übernommen („Umgrenzung der Flächen mit wasserrechtlichen Festsetzungen, Zweckbestimmung: Wasserschutzgebiet Wulsdorf Zone III A“).
Zudem erfolgt eine Umgrenzung für Flächen für Nutzungsbeschränkungen oder für Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes. Auf die Ausführungen im Kapitel 3.4 auf Seite 23f. in Bezug auf die Notwendigkeit passiver Schallschutzmaßnahmen wird verwiesen.

5 Hinweis auf die verbindliche Bauleitplanung

Parallel zur 22. FNP-Änderung wird der B-Plan Nr. 493 „Poggenbruchstraße / Weg 89“ mit dem identischen räumlichen Geltungsbereich aufgestellt. Die Festsetzungen des B-Plans sind der entsprechenden Planzeichnung zu entnehmen.

6 Verfahrenshinweise

Der Beschluss zur 22. Änderung des FNP 2006 wurde am 12.09.2019 durch die Stadtverordnetenversammlung gefasst. Nach § 2 Abs. 1 BauGB wurden der Aufstellungsbeschluss am 28.11.2020 ortsüblich bekannt gemacht.

Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB war auf den Zeitraum vom 07.12.2020 bis einschließlich zum 18.12.2020 datiert. Die Entwurfsunterlagen lagen unter Berücksichtigung der damals festgestellten pandemischen Lage öffentlich im Technischen Rathaus (Fährstraße 20, 27568 Bremerhaven) aus und waren im Internet auf der Homepage des Stadtplanungsamts einsehbar.
Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB fand im identischen Zeitraum statt. Der Scoping-Termin zur Festlegung des Untersuchungsrahmens zum erstellenden Umweltbericht fand mit den entsprechenden Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange am 15.04.2021 in digitaler Form statt.

Die Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 2 BauGB nebst der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB ist für den

Zeitraum vom 08.05.2023 bis einschließlich zum 09.06.2023 datiert. Die Planunterlagen liegen öffentlich im Technischen Rathaus (Fährstraße 20, 27568 Bremerhaven) aus und sind im Internet auf der Homepage des Stadtplanungsamts einsehbar.

Bremerhaven, den 28.04.2023

Im Auftrag

gez. Annika Eller / Christie Wilmes
Stadtplanungsamt Bremerhaven

SEESTADT BREMERHAVEN

22. Änderung des Flächennutzungsplans „Poggenbruchstraße/Weg 89“

Stellungnahmen zu den vorgebrachten Anregungen und Hinweisen

☐ Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB

☐ Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB

■ **Öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB**

■ **Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB**

1. Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB vom 08.05.2023 bis einschließlich 09.06.2023

Keine Anregungen und Hinweise

- Amt 58 / Abfallbehörde, Stellungnahme vom 09.06.2023
- Handelskammer Bremen, Stellungnahme vom 08.05.2023
- Landkreis Cuxhaven, Stellungnahme vom 05.06.2023

Schriftliche Stellungnahmen

Nr.	Träger öffentl. Belange (alphabetisch geordnet)	Schreiben vom ...	Anregungen und Hinweise	Abwägungsvorschlag
1	Amt 40 Schulamt	05.06.2023	Geschaffen werden soll ein gemischtes Wohngebiet mit Ein- und Mehrfamilienhäusern für insgesamt ca. 47 Wohneinheiten (s. Begründung zum B-Plan Nr. 493 „Poggenbruchstraße/Weg 89“) im Ortsteil Jedutenberg. Dabei ist zu berücksichtigen, dass das zu erschließende Gebiet, als Einzugsgebiet für die Beschulung der dort wohnhaft werdenden Kinder, die Grundschule „Altwulsdorfer Schule“ betreffen wird. Die Grundschule „Fichteschule“ ist nicht betroffen, da die Entfernung des neuen Wohngebietes zur „Fichteschule“ 2,5 km überschreitet. ——— Der Bebauungsplan sieht die Errichtung einer Kindertagesstätte mit insgesamt 60 Plätzen vor. Das steigert die Attraktivität des Wohngebietes für Familien, wodurch zu erwarten ist, dass viele Kinder aus der Kindertagesstätte den Übergang in die „Altwulsdorfer Schule“ machen werden.	Die vorgetragene Anregung bzw. den vorgetragenen Hinweis nimmt der Bau- und Umweltausschuss zur Kenntnis. Eine weitergehende Prüfung und Berücksichtigung erfolgt auf der Ebene des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans Nr. 493 „Poggenbruchstraße/Weg 89“. ——— Die vorgetragene Anregung bzw. den vorgetragenen Hinweis nimmt der Bau- und Umweltausschuss zur Kenntnis.

			Vor dem Hintergrund des in 2021 auf Bundesebene beschlossenen „Gesetz zur ganztägigen Förderung von Kindern im Grundschulalter (Ganztagsförderungsgesetzt – GaFöG) und dem sich daraus ableitenden Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung ab 2026 ist die „Altwulsdorfer Schule“ bei diesem Bauvorhaben in besonderer Weise betroffen. Auch weil im Stadtteil Wulsdorf bislang nur 40 Hortplätze, als einziges Ganztagsangebot vorhanden sind. Durch Beschluss des Ausschusses für Schule und Kultur vom 18.04.2023 wird der Schulstandort „Altwulsdorfer Schule“ auf seine Erweiterungsmöglichkeiten durch Seestadt Immobilien geprüft. Hierbei muss durch die Schaffung neuen Wohnraums für das Einzugsgebiet der Grundschule berücksichtigt werden, dass die Schüler:innenzahl an diesem Schulstandort steigen wird und neue Klassenverbände zu errichten sind. Dies wird, neben personellen Auswirkungen, auch Auswirkungen auf den Flächenbedarf der Schule haben. —— Am Standort „Altwulsdorfer Schule“ sind zwei Kontaktpolizist:innen für den Stadtteil Wulsdorf ansässig. Um der zu erwartenden anwachsenden Schüler:innenschaft im Zusammenhang mit den gesetzlichen Vorgaben zum Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung ab 2026 Rechnung tragen zu können, weist das Schulamt darauf hin, dass auch vor dem Hintergrund der Erschließung eines neuen Wohngebietes diese Flächen in die schulische Nutzung zurückfließen müssen. Nur so lassen sich mögliche Erweiterungsbauten einschließlich der Bau einer Mensa realisieren. —— Das Schulamt begrüßt die Schaffung einer Quartiersmitte mit Spielplatz für alle Generationen, als zentralen Ort für das Wohngebiet, der Bewegungs- und Aufenthaltsmöglichkeiten schafft. Zu berücksichtigen wäre	Die vorgetragene Anregung bzw. den vorgetragenen Hinweis nimmt der Bau- und Umweltausschuss zur Kenntnis. —— Die vorgetragene Anregung bzw. den vorgetragenen Hinweis nimmt der Bau- und Umweltausschuss zur Kenntnis. Eine weitergehende Prüfung und Berücksichtigung erfolgt im Zuge der Umsetzungsplanung. —— Die vorgetragene Anregung bzw. den vorgetragenen Hinweis nimmt der Bau- und Umweltausschuss zur Kenntnis. Eine weitergehende Prüfung und Berücksichtigung erfolgt im Zuge der Umsetzungsplanung.

			aus Sicht des Schulamts jedoch, ob die Möglichkeit bestünde einen Aufenthaltsort mit Angeboten gezielt für Jugendliche in die Freiraumplanung zu integrieren, um dieser besonderen Altersgruppe gerecht werden zu können, da es im Stadtteil Wulsdorf bislang wenige Aufenthaltsmöglichkeiten für diese spezifische Altersgruppe gibt.	
2	Amt 51 Amt für Jugend, Familie und Frauen	19.05.2023	Geschaffen werden soll ein gemischtes Wohngebiet mit Mehr- und Einfamilienhäusern für insgesamt ca. 90 Wohneinheiten im Ortsteil Jedutenberg. Dabei ist zu berücksichtigen, dass das zu erschließende Gebiet ca. 1,5 bis 2 km Entfernung zu den nächst gelegenen Kindertagesstätten bzw. weiterer sozialer Infrastruktur wie Familienzentrum aufweist. ——— Die aktuelle Ausstattung mit Krippenplätzen ist deutlich zu niedrig, um die von Stadtverordnetenversammlung und Magistrat beschlossene Zielquote von 48 % zu erreichen, fehlen im Ortsteil rein rechnerisch mindestens 52 Krippenplätze. Insgesamt gibt es in Bremerhaven zu wenige Krippenplätze, daher kann die Versorgung für den Ortsteil Jedutenberg nur teilweise durch die Krippenplätze im benachbarten Fischereihafen aufgefangen werden. Zu berücksichtigen ist weiterhin, dass im Zuge der Neubebauung des Warringsgeländes im benachbarten Ortsteil Dreibergen laut Magistratsbeschluss vom 03.06.2020 eine Krippe mit 40 Plätzen entstehen werden. Der Betriebsbeginn ist Herbst 2023 vorgesehen [sic!]. Die Versorgung mit Hortplätzen bzw. Ganztagsschulangeboten in Vorbereitung auf den vom Bund angestrebten Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter (Zielquote 61 % laut Magistratsbeschluss) ist zu niedrig. Diese Plätze sollten im Zusammenhang mit vorhandenen Grundschulen geschaffen werden, daher	Die vorgetragene Anregung bzw. den vorgetragenen Hinweis nimmt der Bau- und Umweltausschuss zur Kenntnis. Eine weitergehende Prüfung und Berücksichtigung erfolgt auf der Ebene des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans Nr. 493 „Poggenbruchstraße/Weg 89“. ——— Die vorgetragene Anregung bzw. den vorgetragenen Hinweis nimmt der Bau- und Umweltausschuss zur Kenntnis.

			ergibt sich keine Notwendigkeit direkt im neuen Wohngebiet Poggenbruchstraße [sic!]. Die Planung für das neue Wohngebiet muss allerdings in Bezug auf die Altwulsdorfer Schule berücksichtigt werden, dort gibt es derzeit 40 Hortplätze als einziges Hortangebot im Stadtteil Wulsdorf. ——— Im B Planverfahren Nr. 493 Poggenbruchstraße/ Weg 89 wurde eine Fläche für eine Kindertagesstätte gemäß Stellungnahme Amt 51 vom 05.01.2021 im nördlichen Bereich des B Plans für mindestens 40 Plätze Krippe und 20 Plätze Kita vorgesehen. Die freigehaltene Fläche beträgt ca. 3500m^2 (siehe Konzept im Anhang). Wie bereits jüngst abgestimmt sind die baulichen Anpassungen in Puncto Optimierung Schall zum Betrieb einer Kindertagesstätte in dem Bereich möglich. Aus diesem Grund bitten bei den weiteren Verhandlungen zum Grundstücksverkauf der städtischen Flächen mit dem Investor den Bereich für die Kindertagesstätte auszusparen [sic!].	——— Die vorgetragene Anregung bzw. den vorgetragenen Hinweis nimmt der Bau- und Umweltausschuss zur Kenntnis. Eine weitergehende Prüfung und Berücksichtigung erfolgt im Zuge der Umsetzungsplanung.

				
3	Amt 53 Gesundheitsamt	08.06.2023	Aus Sicht des umweltbezogenen Gesundheitsschutzes ist festzustellen, dass das Gebiet davon geprägt ist, dass ca. alle 6 Minuten die Zugbewegungen der Bahnstrecke Bremen - Bremerhaven sowohl am Tag und in der Nacht mit Spitzenpegeln bis zur Sprachunverständlichkeit wahrzunehmen sind. Besonders im östlichen Teilgebiet sind neben dem bewerteten	Die vorgetragene Anregung bzw. den vorgetragenen Hinweis nimmt der Bau- und Umweltausschuss zur Kenntnis. Eine weitergehende Prüfung und Berücksichtigung erfolgt auf der Ebene des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans Nr. 493 „Poggenbruchstraße/Weg 89“.

			Schalldämmass der Gebäude mit entsprechender ausreichender Lüftung besondere Anforderungen an die Kühlung der Gebäude zu stellen. Die Anforderungen zum „sommerlichen Hitzeschutz“ des Gesetzes zur Einsparung von Energie und zur Nutzung erneuerbarer Energien zur Wärme- und Kälteerzeugung in Gebäuden (GEG) sind für ein gesundes Wohnen nicht ausreichend. ——— <u>Fläche Gemeinbedarf Soziale Einrichtung „Kindertagesstätte“:</u> Der ausgewählte nordöstliche Bereich für den Allgemein Bedarf/Kindertagesstätte im Plangebiet entspricht nicht der „Richtlinien für den Betrieb von Tageseinrichtungen für Kinder im Land Bremen – RiBTK“. Die Kinder sind zwingend vor entwicklungsphysiologischen Gefährdungen zu schützen. Die gesundheitliche Bewertung weist darüber hinaus auf ein langfristiges Risiko für die Prägung von Herzkreislauf Erkrankungen, akut neurokognitive Störungen, Konzentrationsschwächen und unbegründetes aggressives Verhalten von Kindern in diesem Bereich hin. Im südwestlichen Bereich des Plangebietes können zur Verwirklichung einer Kindertagesstätte die o.g. Anforderungen der RiBTK eingehhalten bzw. die gesundheitlichen Gefährdungen vermieden werden. Der B-Plan ist dahingehend anzupassen. ——— <u>Elektromagnetische Felder:</u> Bei der Abschätzung eines erhöhten Risikos für das Auftreten von frühkindlicher Leukämie im Gebiet, gehen wir davon aus, dass die Darstellung „der Wert von 300µT wird nicht ansatzweise erreicht“ beinhaltet, dass der 1000fach niedrigere Vorsorgewert der Empfehlung der Senatorin für Gesundheit von 0,3µT ebenfalls unterschritten wird.	——— Die vorgetragene Anregung bzw. den vorgetragenen Hinweis nimmt der Bau- und Umweltausschuss zur Kenntnis. Eine weitergehende Prüfung und Berücksichtigung erfolgt auf der Ebene des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans Nr. 493 „Poggenbruchstraße/Weg 89“. ——— Die vorgetragene Anregung bzw. den vorgetragenen Hinweis nimmt der Bau- und Umweltausschuss zur Kenntnis. Eine weitergehende Prüfung und Berücksichtigung erfolgt auf der Ebene des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans Nr. 493 „Poggenbruchstraße/Weg 89“.

4	Amt 58 Umweltschutzamt Bodenschutz- und Altlastebehörde	09.06.2023	Auf Basis des bestehenden Bodenschutzkonzeptes (OWS Ingenieurgeologen, vom 11.11.2021), das in Anlehnung an die weiteren Planungsschritte fortgeschrieben wird, ist das Bauvorhaben durch eine bodenkundliche Baubegleitung nach DIN 19639 zu begleiten und zu dokumentieren. Nach Fertigstellung der Erdarbeiten hat der unversiegelte Oberboden (0,0m – 0,4m) die Vorsorgewerte nach Bundesbodenschutz- und Altlastenverordnung einzuhalten. Die Einhaltung der Vorsorgewerte ist im Rahmen der Bodenkundlichen Baubegleitung zu dokumentieren. Die Dokumentation ist dem Umweltschutzamt nach Vorlage unaufgefordert zu übersenden.	Die vorgetragene Anregung bzw. den vorgetragenen Hinweis nimmt der Bau- und Umweltausschuss zur Kenntnis. Eine weitergehende Prüfung und Berücksichtigung erfolgt im Zuge der Umsetzungsplanung.
	Amt 58 Umweltschutzamt Klimastadtbüro	14.06.2023	Die ursprüngliche Freifläche ist ein wichtiger Luftaustauschbereich, durch den kalte Luft aus dem östlich und südlich angrenzenden Kaltluftentstehungsgebieten in die westlichen, angrenzenden Siedlungsgebiete strömt. Die vorgeschlagene Anordnung der Gebäudetypologien soll den Luftaustausch in benachbarte Siedlungsgebiete weiterhin ermöglichen. Die Ausweisung der überbaubaren Flächen im Nordwesten des Plangebietes widerspricht in Teilen dieser Anordnung und sollte entsprechend angepasst werden. Seite 6 von 6 Zur Vermeidung der Aufheizung von Dachflächen und Gebäuden sollten Dachbeläge mit Dachziegeln im schwarzen Farbton vermieden werden (Albedo-Effekt). Um anfallendes Niederschlagswasser vor Ort aufzunehmen und zu speichern (Schwammstadt-Prinzip) sowie ein Aufheizen des Bebauungsgebietes zu verringern sollte eine extensive Dachbegrünung der Gebäudeflächen erfolgen.	Die vorgetragene Anregung bzw. den vorgetragenen Hinweis nimmt der Bau- und Umweltausschuss zur Kenntnis. Eine weitergehende Prüfung und Berücksichtigung erfolgt auf der Ebene des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans Nr. 493 „Poggenbruchstraße/Weg 89“.

	Amt 58 Umweltschutzamt Untere Naturschutzbehörde	09.06.2023	*Entwässerungsplanung - Hinweis* Die Bedeutung der farbigen Linien (schwarz, blau, rot) erschließt sich fachfremden Personen nicht, da entsprechende Angaben in einer Legende fehlen. ———	Die vorgetragene Anregung bzw. den vorgetragenen Hinweis nimmt der Bau- und Umweltausschuss zur Kenntnis. Eine weitergehende Prüfung und Berücksichtigung erfolgt auf der Ebene des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans Nr. 493 „Poggenbruchstraße/Weg 89“. ———
			Flächen für das Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB) Eine derartige Festsetzung lehnen wir ab, da vergleichbare Festsetzung innerhalb anderer Bebauungsplangebiete in Bremerhaven nicht kontrolliert werden und auch nur schwer zu kontrollieren sind. Beispielhaft sei das Baugebiet „Auf den Wohden“ (B-Plan 333) genannt. Ein ökologischer Mehrwert ist in Frage zu stellen („Greenwashing“). Wir fordern stattdessen die Herstellung und Unterhaltung von straßenbegleitenden Baumreihen als öffentliches Grün. Wir weisen auf die Erfahrungen mit der Obstbaumwiese südlich der Kleingartenanlage Lindenallee (Kooperationsprojekt Ämter 58 und 67 mit BUND) hin. Der Standort mit vergleichbaren Bodenverhältnissen wie das Plangebiet ist für Obstbäume nicht geeignet. Dies gilt im Übrigen auch für aufgesandete Flächen. Insofern sind derartige Festsetzungen aus fachlicher Sicht zu streichen. ———	Die vorgetragene Anregung bzw. den vorgetragenen Hinweis nimmt der Bau- und Umweltausschuss zur Kenntnis. Eine weitergehende Prüfung und Berücksichtigung erfolgt auf der Ebene des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans Nr. 493 „Poggenbruchstraße/Weg 89“. ———
			Pflanzliste 2: Laubbäume Die Arten Amberbaum, Hopfenbuche, Zerr-Eiche, Schwedische Mehlbeere und Rebona Ulme sind allesamt keine heimischen Baumarten und stehen somit dem Anspruch der Verwendung „heimischer Laubbäume“ (vgl. S. 12 der Begründung) entgegen. Sofern die Festsetzung Bestand haben soll (s.o.), empfehlen	Die vorgetragene Anregung bzw. den vorgetragenen Hinweis nimmt der Bau- und Umweltausschuss zur Kenntnis. Eine weitergehende Prüfung und Berücksichtigung erfolgt auf der Ebene des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans Nr. 493 „Poggenbruchstraße/Weg 89“.

			folgende Formulierung: In den Allgemeinen Wohngebieten ist pro Grundstück ein standortgerechter, klimaangepasster und ökologisch wertvoller kleinkroniger Laubbaum […] Wir weisen auf die „Pflanzliste für Bäume und Sträucher in der Stadtgemeinde Bremen“ der SKUMS hin. —— *Baumschutz* Für die zu fällenden Bäume resultiert eine Ersatzpflanzung (großkronige Bäume) in folgendem Umfang: • Schwarzerle: 4 Neupflanzungen • Hainbuche: 4 Neupflanzungen • Stieleiche: 5 Neupflanzungen ➔ Alle zusammen: 13 Großbäume Zu- /Abschläge z.B. für das Ortsbild oder die Vitalität bleiben bei dieser überschlägigen Ermittlung unberücksichtigt und sind im Genehmigungsverfahren festzusetzen. Die Pflanzungen sind innerhalb des Plangebietes umzusetzen. Der Festsetzung von schutzwürdigen Bäumen auf Privatgrundstücken stimmen wir nicht zu. Erfahrungsgemäß resultiert aus einer derartigen Festsetzung ein Konflikt. Daher sind die im Plan dargestellten Baumstandorte als öffentliche Grünfläche festzusetzen. Aus naturschutzfachlicher Sicht bestehen aufgrund der Erfahrungen mit anderen entwickelten Baugebieten und den hier sehr wahrscheinlich erforderlichen Geländeaufhöhungen sowohl für den Straßenbau als auch für eine Wohnbaunutzung nur geringe Chancen auf einen dauerhaften Erhalt. Entweder wird Sand/Boden bis an den Stammfuß heran aufgetragen oder es bildet sich eine Kuhle gegenüber dem übrigen Geländeniveau, so dass nach Regenfällen der Stammfuß im Wasser steht. Beides ist dem dauerhaften Erhalt von Bäumen nicht zuträglich.	—— Die vorgetragene Anregung bzw. den vorgetragenen Hinweis nimmt der Bau- und Umweltausschuss zur Kenntnis. Eine weitergehende Prüfung und Berücksichtigung erfolgt auf der Ebene des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans Nr. 493 „Poggenbruchstraße/Weg 89“.

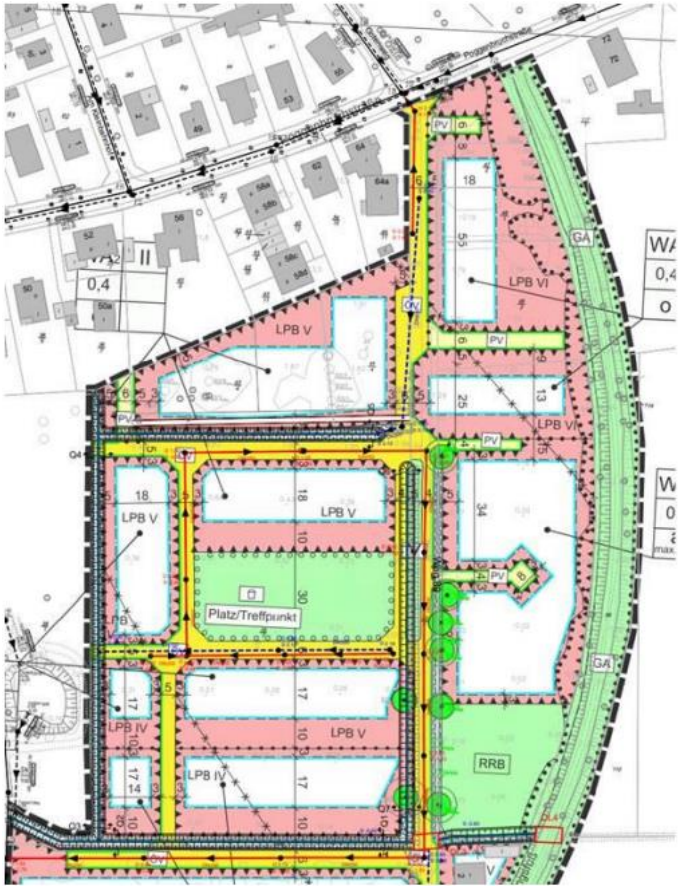
			Wir schlagen vor, zwischen dem ehemaligen Bahndamm und den Baugrundstücken eine Rudelflur als Abstandsfläche und öffentliche Grünfläche zu entwickeln. Als Vorlage sollte die entsprechende Festsetzung des Bebauungsplans 453 „Reinkenheider Forst II“ dienen. Sämtliche Ver- und Entsorgungsleitungen sind gebündelt zum Schutz des bestehenden und zu entwickelnden Baumbestandes im Straßenraum und nicht in Grünflächen zu verlegen. —— *Kompensationsmaßnahmen* Die Schaffung der Ausweichmöglichkeiten für den Star (vier Nistkästen) ist mit Beginn der Erschließungsarbeiten umzusetzen und der Unteren Naturschutzbehörde unaufgefordert nachzuweisen. Die Festlegung der Standorte hat fachgutachterlich zu erfolgen und ist zu begründen. **Die Nistkästen sind für die Dauer der Beeinträchtigung (also sehr wahrscheinlich dauerhaft) zu unterhalten und ggf. zu ersetzen. Verantwortlich für Ausführung, Unterhaltung und Sicherung der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen ist der Verursacher oder dessen Rechtsnachfolger (§ 15 Abs. 4 BNatSchG).** Der Umweltbericht enthält nur eine ungenaue Aussage zum vorhandenen Biotoptyp (GI). Für eine einwandfreie Bilanzierung und den Vollzug der Eingriffsregelung sind der Biotoptyp und dessen Wertigkeit sowie der angestrebte Biotoptyp zu benennen. Die Entwicklung der externen Kompensationsfläche ist über ein Monitoring über einen Zeitraum von mindestens 10 Jahren im Abstand von zwei Jahren zu dokumentieren. Hierzu sind der UNB bis 31.12. des jeweili-	—— Die vorgetragene Anregung bzw. den vorgetragenen Hinweis nimmt der Bau- und Umweltausschuss zur Kenntnis. Eine weitergehende Prüfung und Berücksichtigung erfolgt auf der Ebene des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans Nr. 493 „Poggenbruchstraße/Weg 89“.

			gen Jahres eine Biotoptypenkartierung inkl. Kurzbericht Seite 3 von 5 vorzulegen. Die Untersuchungspflicht beginnt mit der Feststellung des Ausgangsbiotoptyps vor Beginn der Extensivierungsmaßnahme. Sollte der gewünschte Erfolg nicht eintreten, kann die UNB weitere Maßnahmen und Bewirtschaftungsauflagen erteilen, um das Entwicklungsziel zu erreichen. Dies gilt auch für den Fall, dass sich invasive Pflanzenarten einstellen sollten. **Die Maßnahme ist für die Dauer der Beeinträchtigung (also sehr wahrscheinlich dauerhaft) durchzuführen. Verantwortlich für Ausführung, Unterhaltung und Sicherung der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen ist der Verursacher oder dessen Rechtsnachfolger (§ 15 Abs. 4 BNatSchG).** Da sich die Kompensationsfläche im Eigentum privater Dritter befindet, ist eine grundbuchrechtliche Sicherung der Maßnahme der UNB nachzuweisen. Auch die Kompensationsflächen gehören zum räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplanes. Wir empfehlen, das Vorhandensein und die Lage der Ausgleichsfläche in die zeichnerische Darstellung aufzunehmen. Die Ausgestaltung der externen Kompensationsflächen sind zusätzlich mit der UNB des Landkreises Cuxhaven abzustimmen: Bei der Festsetzung von Art und Umfang der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sind die Programme und Pläne nach den §§ 10 und 11 zu berücksichtigen (§ 15 Abs. 2 BNatSchG). Der Unteren Naturschutzbehörde der Stadt Bremerhaven ist eine shape-Datei (Koordinatensystem ETRS 1989 UTM Zone 32N) mit den Kompensationsflächen sowie den Eingriffsflächen (geschlossenes Polygon) zu übergeben. Standorte von neugepflanzten Bäumen sind als Punkt-Shape zur Verfügung zu stellen. Die	

			Daten werden von uns in das Naturschutzinformationssystem (NIS) des Landes Bremen einzupflegen. Der Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Cuxhaven ist die Kompensationsfläche auf Basis der ALKIS-Daten zu übermitteln. ——— *Insektenschutz* Zur Vermeidung von negativen Auswirkungen auf Nachtfalter-Populationen sind im Plangebiet insektenfreundliche Lampen wie z.B. Natrium-Hochdrucklampen oder LED-Beleuchtung sowie die Reduktion von Beleuchtungsstärke / Leuchtdichte (Halbnachtschaltung) und die Optimierung der Leuchten hinsichtlich Dichtigkeit, Abstrahlrichtung und Lichtpunkthöhe festzusetzen. Derartige Ausführungen zum Insektenschutz fehlen derzeit. Wir bitten, entsprechende Festsetzungen in den B-Plan einzuarbeiten.	——— Die vorgetragene Anregung bzw. den vorgetragenen Hinweis nimmt der Bau- und Umweltausschuss zur Kenntnis. Eine weitergehende Prüfung und Berücksichtigung erfolgt auf der Ebene des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans Nr. 493 „Poggenbruchstraße/Weg 89“.
	Amt 58 Umweltschutzamt Wasserbehörde - Grundwasserschutz	09.06.2023	Das Planungsgebiet liegt im Trinkwasserschutzgebiet IIIA der Wassergewinnung im Ahnthammsmoor (Verordnung über die Festsetzung eines Wasserschutzgebietes für das Wasserwerk Wulsdorf der Stadtwerke Bremerhaven AG vom 15. April 1975). Wie bereits in der Begründung zur 22. Flächennutzungsplanänderung vom April 2023 erläutert, ist die Ausweisung von Baugebieten gemäß Schutzgebietsverordnung nur bedingt zulässig und bedarf der Erlaubnis der Wasserbehörde. ——— Es soll bereits hier darauf hingewiesen werden, dass als Grundlage für einen Antrag für eine wasserbehördliche Erlaubnis zunächst frühzeitig ein gutachterliches Konzept für das gesamte Planungsgebiet zu erarbeiten und der Wasserbehörde vorzulegen ist, in dem darzustellen ist, inwieweit eine Schadlosigkeit für die	Die vorgetragene Anregung bzw. den vorgetragenen Hinweis nimmt der Bau- und Umweltausschuss zur Kenntnis. ——— Die vorgetragene Anregung bzw. den vorgetragenen Hinweis nimmt der Bau- und Umweltausschuss zur Kenntnis. Eine weitergehende Prüfung und Berücksichtigung erfolgt auf der Ebene des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans Nr. 493 „Poggenbruchstraße/Weg 89“.

			Trinkwassergewinnung durch die Baureifmachung, Bauausführung sowie die spätere Nutzung weiterhin gewährleistet ist. Hierbei ist insbesondere auch auf den sehr setzungsempfindlichen Untergrund, die sulfatsauren Böden und den sehr geringen Grundwasserflurabstand einzugehen. Entsprechende gutachterliche Empfehlungen zur schadlosen Bauausführung sind diesem Konzept ebenfalls beizulegen. Beispielsweise können folgende Gefährdungspotentiale für das Grundwasser aus der mit einer Aufstellung eines Bebauungsplanes (B-Plan) zugelassenen Nutzung genannt werden (siehe auch Leitfaden Wasserschutzgebiete Niedersachsen von 2013): a) Bauphase: - Verminderung, Veränderung oder auch Beseitigung der schützenden Grundwasserüberdeckung durch das Ausheben der Baugrube oder der Gräben für die Fundamente, beim Verlegen von Kabeln, Kanalisation und anderen Leitungen, - Beseitigung der gut reinigenden belebten Bodenzone auch außerhalb der Baugrube durch den Baustellenbetrieb, - Lagerung und Verwendung von wassergefährdenden Stoffen (Farben, Lacke, Bitumenanstriche, Verdünner, Reinigungsflüssigkeiten, Treib- und Schmierstoffe für Baumaschinen, Schalöle usw.). b) Nutzung: - erhöhtes Verkehrsaufkommen, insbesondere Transport und Umschlag einzelner wassergefährdender Stoffe wie Heizöl, Kfz-Abstellplätze, - Lagerung und Verwendung wassergefährdender Stoffe bei reiner Wohnbebauung (Heizöllagerung, Hobbybastler und -gärtner, private Kfz-Wartung und -reparatur, Autowäsche) und bei gewerblichen Nutzungen,	

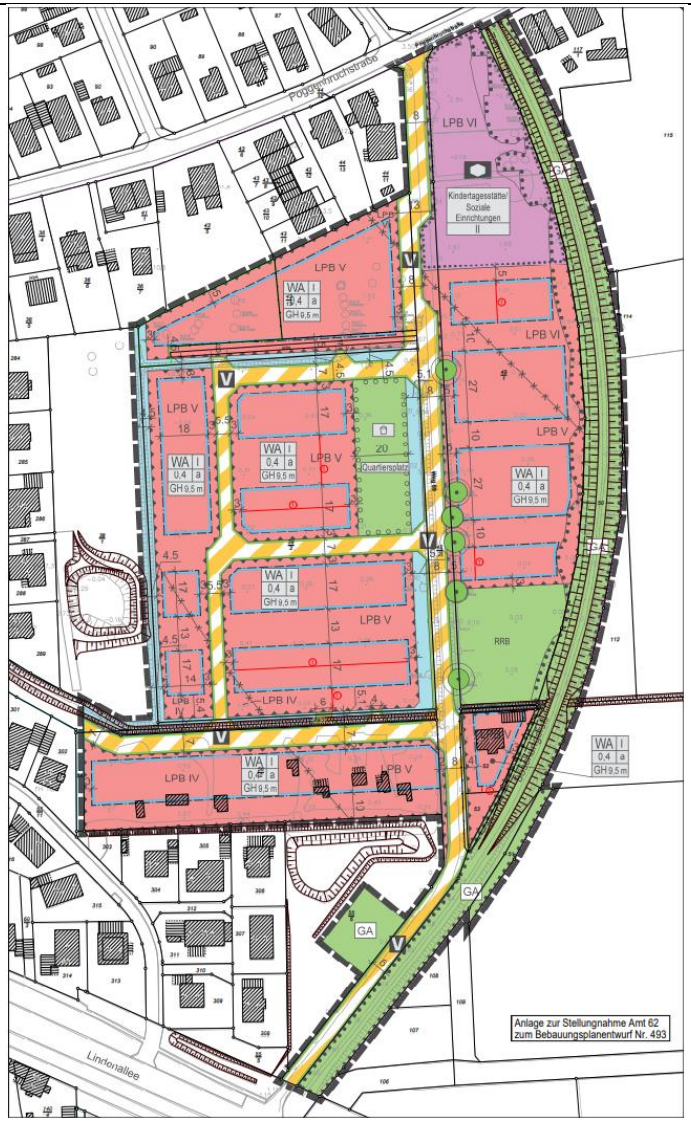
			- unsachgemäßer oder missbräuchlicher Umgang mit Düngemitteln und PSM in Haus- /Kleingärten, verbunden mit häufiger und intensiver Bewässerung (Überschreitung der Feldkapazität des Bodens), - Versickerung von schadstoffbelastetem Wasser durch defekte Abwasserleitungen (Verlustmenge 6 – 10% des Abwasseraufkommens nach Literatur), Hausanschlüsse und Grundstücksentwässerungen, - Versickern von Dachflächen- und Hofflächenabwässern, Verringerung der Grundwasserneubildung. Hinsichtlich der Gefahren für das Grundwasser wird ergänzend auf die Bewertung durch den DVGW verwiesen: Nach DVGW (2006), Tabelle 1, Nr. 4.2, geht von der Ausweisung neuer Baugebiete ein sehr hohes Gefährdungspotenzial in Zone II und ein hohes Gefährdungspotential in Zone III/III A aus. ——— Aufgrund der Lage in einem Trinkwasserschutzgebiet bestehen ferner Einschränkungen für zukünftige Nutzungen. So unterliegen beispielsweise Erdwärmeanlagen im Trinkwasserschutzgebiet Wulsdorf einer Tiefenbegrenzung, die eine wirtschaftliche Erstellung von Erdwärmesonden nach derzeitigem Kenntnisstand als nicht realisierbar erscheinen lassen. Ein Materialeinbau (u.a. Recyclingbaustoffe) beispielsweise für eine Geländeaufhöhung ist nur unter Einhaltung von entsprechenden Qualitätsanforderungen zulässig. Bei Tiefgründungen ist eine Grundwassergefährdung auszuschließen. Auch ist der Straßenbau unter Berücksichtigung der Richtlinie für bautechnische Maßnahmen an Straßen in Wasserschutzgebieten (RistWag) in der aktuellen Fassung zu planen. Bei der Planung des Regenrückhaltebeckens mit einem erforderliches Rückhaltevolumen von ca. 600 m³ sind die Untergrundverhältnisse zu berücksichtigen (u.a. Flurabstand, Setzungsempfindlichkeit).	——— Die vorgetragene Anregung bzw. den vorgetragenen Hinweis nimmt der Bau- und Umweltausschuss zur Kenntnis. Eine weitergehende Prüfung und Berücksichtigung erfolgt im Zuge der Umsetzungsplanung.

			Wir gehen davon aus, dass auch der Trinkwasserversorger wesernetz als Träger öffentlicher Belange an diesem Verfahren beteiligt worden ist.	Die Wesernetz Bremerhaven GmbH wurde im Zuge der Beteiligung der Behörden nach § 4 Abs.1 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB beteiligt.
	Amt 58 Umweltschutzamt Wasserbehörde - Oberflächengewässerschutz	09.06.2023	Wir sind in dem Verfahren bereits involviert. Zur Übersicht die von der BEGlog mit uns abgestimmte Vorzugsvariante der NSW-Entwässerung im Rahmen der Bauleitplanung:  	Die vorgetragene Anregung bzw. den vorgetragenen Hinweis nimmt der Bau- und Umweltausschuss zur Kenntnis. Eine weitergehende Prüfung und Berücksichtigung erfolgt auf der Ebene des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans Nr. 493 „Poggenbruchstraße/Weg 89“.

			Gemäß DWA- 102 ist eine Reinigungsstufe nicht erforderlich. Das Niederschlagwasser wird über ein RRB gedrosselt, 1,5 l/s*ha, in den Vorfluter geleitet. Somit wird eine natürliche Reinigung gewährleistet. Hierfür ist eine Retentionsfläche vorgesehen (siehe Lageplan). Das Becken soll naturnah konzipiert werden. Eine Einzäunung ist nicht notwendig.	
5	Amt 62 Vermessungs- und Katasteramt	09.06.2023	Zum o.g. Entwurf bestehen seitens des Amtes 62 folgende Bedenken und Hinweise: - Das bisher städtische Flurstück 51 der Flur 58 in der Gemarkung Wulsdorf wurde durch Kaufvertrag an den Eigentümer der anliegenden Flurstücke 107 bis 111 verkauft. Sobald die noch ausstehende Umschreibung erfolgt ist, sollen alle Flurstücke verschmolzen werden. Vor diesem Hintergrund sollte das Flurstück 51 eventuell aus dem Geltungsbereich des Bebauungsplanes herausgenommen werden bzw. die planerische Festsetzung geändert werden. - In der textlichen Begründung zum Bebauungsplan wird auf Seite 6 im zweiten Absatz von einer Aufweitung der Straße auf 10,0 m gesprochen. Dieses Maß findet sich im Planteil nicht wieder. Im Planteil gibt es im Bereich der Kindertagestätte eine Aufweitung auf 13 m, die sich auch zeichnerisch bestätigt. Vermutlich ist die Angabe in der textlichen Begründung redaktionell zu korrigieren. - Im Planteil sind identische Inhalte des Liegenschaftskatasters teilweise unterschiedlich dargestellt. Insbesondere die Flurstücksgrenzen sind innerhalb des überplanten Bereichs nur schwer erkennbar. Da teilweise Maßketten auf	Die vorgetragene Anregung bzw. den vorgetragenen Hinweis nimmt der Bau- und Umweltausschuss zur Kenntnis. Eine weitergehende Prüfung und Berücksichtigung erfolgt auf der Ebene des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans Nr. 493 „Poggenbruchstraße/Weg 89“.

			Flurstücksgrenzen aufbauen, sollten die Flurstücksgrenzen mehr hervorgehoben werden. - Im Bereich der Gewässer scheinen zwei zeitlich unterschiedliche Stände der Böschungen übereinander zu liegen. Es sollte die überholte Darstellung ausgeblendet werden. - Im Bereich der westlichen Bebauungsplangrenze verläuft ein Graben. Die Flurstücksgrenze verläuft in der Grabenmitte. Entlang dieser Flurstücksgrenze sollte vermutlich auch die Bebauungsplangrenze gemäß Aufstellungsbeschluß verlaufen. Somit wäre die westliche Grabenböschung nicht mehr Bestandteil des Bebauungsplangebietes. - Die Festlegungen der Straßenbegrenzungslinien sowie der darauf aufbauenden Baugrenzen, Baulinien und Einfahrtsbereiche sowie Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung sind zum Teil nur unter Zuhilfenahme von im Plan abgegriffenen Maßen in die Örtlichkeit übertragbar, da eine Maßangabe fehlt. - Die östliche Straßenbegrenzungslinie der Haupterschließung „Weg 89“ südlich der Fläche „Kindertagesstätte“ scheint in einem Bogen zu verlaufen. Bogenanfänge und- radius sind nicht angegeben. Sollte kein bogenförmiger Verlauf geplant sein, fehlen Maßangaben zur Festlegung des Straßenverlaufs. Eine Parallelität zu bestehenden Flurstücksgrenzen ist nicht erkennbar. - Ähnliches gilt für die nördliche Ringerschließung. Im Bereich der Maßkette scheint die in Nord-Süd-Richtung verlaufende Straße	

			schwach abzuknicken. Hierfür fehlt eine maßliche Festlegung, insbesondere da die Baufester davon abhängen. - Die geplante südliche Querstraße zum „Weg 89“ knickt im westlichen Teil dem Grabenverlauf folgend nach Norden ab. Hier fehlen Maßangaben zur eindeutigen Festlegung. - In sämtlichen Einmündungsbereichen fehlen Maßangaben zur eindeutigen Festlegung. - Es fehlt eine maßliche Festlegung für den Verlauf der Abgrenzungslinie zwischen der Fläche „Kindertagesstätte“ und der sich südlich anschließenden Wohnbaufläche. Sofern diese rechtwinklig zur Straßenbegrenzungslinie geplant ist, ist das Rechtwinkelzeichen und eine Maßangabe für den Linienfußpunkt zu ergänzen. - Zusätzlich zu den o.a. Anmerkungen wird empfohlen, die in der Anlage mit φ gekennzeichneten Maße zu ergänzen, um die planerischen Festsetzungen eindeutig festzulegen.	

			 Poggenbruchstraße LPB VI Kindertagesstätte/ Soziale Einrichtungen II LPB V WA I 0,4 a GH 9,5 m LPB V 18 WA I 0,4 a GH 9,5 m WA I 0,4 a GH 9,5 m LPB V 20 Quartiersplatz LPB VI 27 10 LPB V WA I 0,4 a GH 9,5 m 4,5 WA I 0,4 a GH 9,5 m LPB V RRB LPB IV WA I 0,4 a GH 9,5 m LPB IV WA I 0,4 a GH 9,5 m LPB V GA GA Anlage zur Stellungnahme Amt 62 zum Bebauungsplanentwurf Nr. 493 Lindenallee	

6	Amt 66 Amt für Straßen- und Brückenbau	02.06.2023	Einer Festsetzung der Verkehrsflächen gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 11 als Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung wird seitens des Amtes widersprochen. Die Einrichtung eines „Verkehrsberuhigten Bereiches“ erfolgt auf Anordnung durch die Straßenverkehrsbehörde inklusive der dazugehörigen Beschilderung, VZ 325. Sie ist nicht Bestandteil der Raumordnung. Erschwerend kommt hinzu, dass keine Aussage darüber getroffen wird, ob es sich zukünftig um eine öffentlich oder private Verkehrsfläche handelt. Die Festsetzung gem. § 9 Abs. Nr. 11 ist somit aus unserer Sicht unvollständig. Vor dem Hintergrund des abzuschließenden Erschließungsvertrages führt dies in Bezug auf die Übernahme der Straßenbaulast durch die Stadt Bremerhaven zu „Schlupflöchern“ welche der Stadt zum Nachteil gereichen. Darüber hinaus bestehen seitens des Amtes 66 keine Bedenken.	Die vorgetragene Anregung bzw. den vorgetragenen Hinweis nimmt der Bau- und Umweltausschuss zur Kenntnis. Eine weitergehende Prüfung und Berücksichtigung erfolgt auf der Ebene des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans Nr. 493 „Poggenbruchstraße/Weg 89“.
7	Amt 67 Gartenbauamt	05.06.2023	**Bebauungsplanentwurf Nr. 493 „Poggenbruchstraße/Weg 89“** Wir haben den Planentwurf geprüft und haben folgende Anmerkungen: <u>Verkehrsflächen:</u> Entlang der Straßen sind keine Vegetationsflächen bzw. Baumstandorte dargestellt. Die Funktionen von Bäumen zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung wie z.B. Beschattung, Verdunstung, Temperaturausgleich, Bindung von CO2 sind zu berücksichtigen. Daher müssen die Verkehrsflächen so dimensioniert sein,	Die vorgetragene Anregung bzw. den vorgetragenen Hinweis nimmt der Bau- und Umweltausschuss zur Kenntnis. Eine weitergehende Prüfung und Berücksichtigung erfolgt auf der Ebene des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans Nr. 493 „Poggenbruchstraße/Weg 89“.

			dass ausreichend Baumstandorte für hochstämmige und bevorzugt großkronige Bäume geschaffen werden. <u>Grünflächen:</u> In der festgesetzten öffentlichen Grünfläche (Quartiersplatz) soll die Anlage von Wegen in (ausschließlich?) wassergebundener Bauweise zulässig sein. Abhängig von der Nutzung muss es möglich sein, Wege mit einem festen Belag herzustellen. Die Festsetzung ist entsprechend zu ändern, d.h. „in wassergebundener Bauweise“ ist zu streichen. <u>Flächen für das Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen:</u> Mit einem Bepflanzungsgebot auf den privaten Grundstücken ist u.E. keine Durchgrünung und attraktive Gestaltung des Plangebietes zu erreichen, da die Einhaltung des Gebotes nicht sichergestellt werden kann. Ebenso halten wir dies als Teilkompensation für die zu erwartende Versiegelung für ungeeignet. Die Durchgrünung des Gebietes muss auf den öffentlichen Flächen ermöglicht werden und erfolgen. Die in der Pflanzenliste genannten Laubbäume sind nicht ausschließlich heimisch, es sind auch sog. „Klimabäume“ genannt, die an die sich verändernden klimatischen Bedingungen und die Anforderungen im Stadtraum angepasst sind. Zu pflanzende Gehölze und Laubbäume sollten als „standortgerecht, klimaangepasst, mit einer möglichst hohen ökologischen Wertigkeit“ bezeichnet werden. Statt der Formulierung „… dauerhaft zu erhalten …“ soll „… dauerhaft artgemäß zu entwickeln …“ verwendet werden. Dies beinhaltet, dass die Entwicklung der Pflanze zu ihrem artgemäßen Habitus gefördert wird.	

			<u>Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für den Erhalt von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen …:</u> Die im Plangebiet eingetragenen, zum Schutz festgesetzten Einzelgehölze befinden sich sehr nah an den Baugrenzen bzw. an der Verkehrsfläche. U.E. ist aufgrund der zukünftigen Bautätigkeiten ein dauerhafter Erhalt der Bäume nicht möglich. Zum Erhalt wäre hier eine konkrete Planung erforderlich, die die Lage der Bäume einschl. Höhe des Stammanlaufes berücksichtigt und die Baumstandorte in eine öffentliche Grünfläche einbezieht. Die Baugrenzen müssten von den Bäumen abrücken. Bei Verlust eines festgesetzten Baumes sollte eine Ersatzpflanzung mit einem Stammumfang von mind. 20cm in 1m Höhe durchgeführt werden, nicht in einem Stammumfang von 14-16cm. Wir empfehlen nicht eine artgleiche Pflanzung, sondern eine der Baumart entsprechende Pflanzung, in Abstimmung mit dem zuständigen Amt. Ebenso müssten die Baugrenzen von den am östlichen Rand gelegenen Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für den Erhalt von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen … abrücken, um den Erhalt der Flächen gewährleisten zu können. Zur Vermeidung von Höhenunterschieden und ggf. damit verbundener Verwendung von Stützwänden sollten Planungshöhen (Anschluss an öffentliche Flächen, Bäume) festgelegt werden. Für die Planung des Quartiersplatzes mit Kinderspielplatz ist eine Beteiligung von Kindern und Jugendlichen durchzuführen.	

		12.06.2023	**Flächennutzungsplanänderung Nr. 22 „Poggenbruchstraße/Weg 89“** Wir haben den Planentwurf geprüft und haben keine Anmerkungen.	Die vorgetragene Anregung bzw. den vorgetragenen Hinweis nimmt der Bau- und Umweltausschuss zur Kenntnis.
8	Amt V/1 Sozialreferat	02.06.2023	Geschaffen werden soll ein Wohngebiet mit Doppelhäusern und Einfamilienhäusern für insgesamt ca. 45 Wohneinheiten sowie einer Kindertageseinrichtung im Ortsteil Jedutenberg. Dabei ist zu berücksichtigen, dass das zu erschließende Gebiet am Siedlungsrand gelegen ist und ca. 1,5 bis 2 km Entfernung zu den nächst gelegenen Kindertagesstätten aufweist. Auch Versorgungsinfrastruktur (Einzelhandel) ist etwa 1 bis 1,5 km entfernt. Der Ortsteil ist geprägt durch Einfamilienhausbebauung. Im Sozialraummonitoring liegt der Ortsteil mit einem Statuswert von +1,29 erheblich über dem Bremerhavener Durchschnitt. Der Sozialraum Poggenbruchstraße, in dem sich das neue Wohngebiet befinden wird, weist mit 1,02 einen annähernd so hohen Statuswert auf. Das Wohngebiet wird somit in einem sozial stabilen Umfeld entstehen. Im städtischen Vergleich gibt es in Jedutenberg einen hohen Anteil älterer Menschen im Alter 65+ und weniger Kinder und Jugendliche. —— Der bisherige Planungsansatz sah neben Einfamilienhäusern und Doppelhäusern auch Reihenhäuser und kleinere Geschosswohnanlagen vor. Entsprechend ist die Entwicklung eines gemischten Wohngebietes mit differenzierten, bedarfsgerechten Wohnangeboten für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen in unserer Stellungnahme vom 15.01.2021 begrüßt worden. Aufgrund	Die vorgetragene Anregung bzw. den vorgetragenen Hinweis nimmt der Bau- und Umweltausschuss zur Kenntnis. —— Die vorgetragene Anregung bzw. den vorgetragenen Hinweis nimmt der Bau- und Umweltausschuss zur Kenntnis. Eine weitergehende Prüfung und Berücksichtigung erfolgt auf der Ebene des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans Nr. 493 „Poggenbruchstraße/Weg 89“.

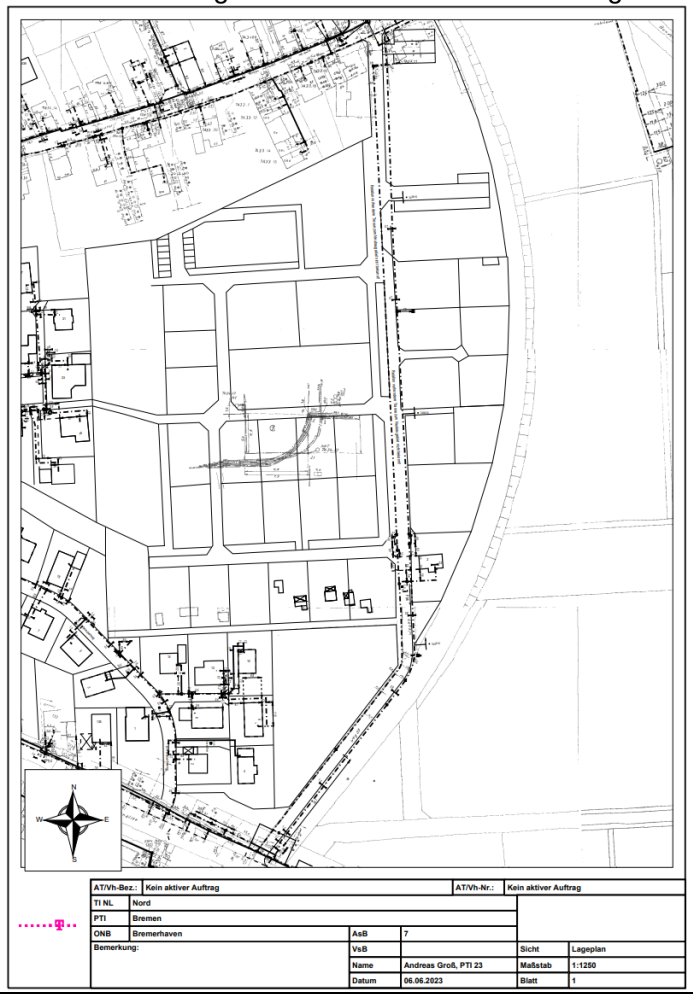
			des hohen Sozialstatus des Ortsteils und der Kleinteiligkeit des Gebietes ist davon ausgegangen worden, dass eine breitere soziale und demografische Mischung die Entwicklung eines lebendigen, lebenswerten und stabilen Quartiers fördern würde. Daher wird bedauert, dass die überarbeitete Planung mit einer Fokussierung auf Einfamilienhäusern und Doppelhäusern eine größere Homogenität der Bevölkerung erwarten lässt. Anstelle des ursprünglich für Geschosswohnungen vorgesehenen Areals ist nun eine Kindertageseinrichtung vorgesehen. Damit wird auf den hohen Entwicklungsbedarf im Hinblick auf Kindertagesbetreuung im Stadtgebiet insgesamt und auch im Ortsteil Dreibergen reagiert. Die Ansiedlung einer Kindertageseinrichtung wird daher ausdrücklich begrüßt. Gleichwohl wird angeregt, den Standort der Kindertageseinrichtung zu überdenken. Der aktuell gewählte Standort weist im Plangebiet die größte Nähe zu den Gleisanlagen (ca. 85 m) und somit auch die grundsätzlich höchste Außenlärmbelastung auf. Auch wenn davon ausgegangen wird, dass ggf. durch bauliche Maßnahmen des Lärmschutzes den Empfehlungen des Gesundheitsamts Bremen Umgebungslärm bei Planungsvorhaben von Schulen, Kindertagesheimen und Kindergruppen nachgekommen wird, ist u. a. für die Sprachentwicklung der Kinder eine möglichst niedrige Lärmbelastung anzustreben. Dies könnte durch einen Standort im westlichen Bereich des Plangebietes erreicht werden. Die vorgesehene Schaffung einer Quartiersmitte für alle Generationen durch einen zentral gelegenen, multifunktionalen Platz (einschließlich Spielplatz) wird ausdrücklich begrüßt. Angeregt wird die Prüfung, ob sich ggf. das Areal des Regenrückhaltebeckens ebenfalls für eine Freiraumnutzung (z.B. Bewegung und Aufenthalt für Jugendliche) erschließen lässt.	

9	Architektenkammer Bremen	09.06.2023	Bezug nehmend auf Ihr Schreiben vom 04.05.2023 nehmen wir zu o.g. Anliegen wie folgt Stellung. Der Ausschuss weist auf die Stellungnahme vom 09.06.2021 hin und bittet um weitere Beachtung der darin aufgeführten Punkte. —— Im überarbeiteten Planungskonzept wird jetzt von einer Bebauung mit Einfamilienhäusern und Doppelhaushälften ausgegangen. Dies orientiert sich zwar am Bedarf von fehlenden Neubaumöglichkeiten dieser Haustypen, gleichzeitig stellt dies aber einen höheren Flächen- und Materialbedarf gegenüber der ursprünglich auch möglichen Reihenhausbebauung dar. Wir schlagen vor, in den textlichen Festsetzungen unter Punkt 2.1 einen Reihenhaustyp durch eine höhere Gebäudelänge wieder zu ermöglichen. In den grünordnerischen Festsetzungen unter Punkt 8.3 wird eine Pflanzliste 2 erwähnt, welche im Plan nicht zu finden ist. Weiterhin fehlt eine Liste für die unter 8.4 erwähnte Bepflanzung mit Obstbäumen. Die Planung einer Kita im nördlichen Plangebiet wird vom Ausschuss positiv zur Kenntnis genommen. Die Lage und Größe des Quartiersplatzes werden dagegen kritisch gesehen. Direkt neben diesem Platz ist ein Graben geplant. Dadurch muss dieser Bereich entweder zusätzlich abgesichert werden oder es bedarf einer höheren Aufsicht der in diesem Bereich spielenden Kleinkinder. Ein Tausch des Quartiersplatzes mit dem daran anschließenden westlichen Wohngebiet würde dieser Problematik vorbeugen. Weiterhin sollte die Größe des Platzes nochmals mit der erwartbaren Nutzeranzahl verglichen werden.	Die vorgetragene Anregung bzw. den vorgetragenen Hinweis nimmt der Bau- und Umweltausschuss zur Kenntnis. —— Die vorgetragene Anregung bzw. den vorgetragenen Hinweis nimmt der Bau- und Umweltausschuss zur Kenntnis. Eine weitergehende Prüfung und Berücksichtigung erfolgt auf der Ebene des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans Nr. 493 „Poggenbruchstraße/Weg 89“.

			Die in den örtlichen Bauvorschriften unter Punkt 5 aufgeführte Nutzung von Photovoltaik kann unserer Ansicht nach entfallen. Mit der Einführung des BremSolarG am 21.03.2023 sind diese örtlichen Bauvorschriften generell schon auf Landesebene verpflichtend geregelt.	
10	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) Regionalgeschäftsstelle Weser-Elbe	29.06.2023 (Fristverlängerung bis zum 30.06.2023)	Die, im B-Planentwurf enthaltenen, Festsetzungen zur Nutzung von Photovoltaik bzw. Solarthermie werden unsererseits befürwortet. Darüber hinaus begrüßen wir auch die Vorgaben über Einfriedigungen mit standortgerechten und heimischen Gehölzen und deren Höhenbeschränkung auf 1,20 m sowie das Verbot von „Schottergärten“. Wobei wir davon ausgehen, dass sich dieses Verbot nicht nur auf Vorgartenflächen beschränkt. —— Kritisch sehen wir, dass die naturschutzrechtliche Kompensation nicht vermeidbarer Eingriffe extern erfolgen soll und somit die Möglichkeit der Aufwertung von Flächen im Umfeld des Landschaftsschutzgebietes „Rohrniederung“ versäumt wird.	Die vorgetragene Anregung bzw. den vorgetragenen Hinweis nimmt der Bau- und Umweltausschuss zur Kenntnis. Eine weitergehende Prüfung und Berücksichtigung erfolgt auf der Ebene des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans Nr. 493 „Poggenbruchstraße/Weg 89“. —— Die vorgetragene Anregung bzw. den vorgetragenen Hinweis nimmt der Bau- und Umweltausschuss zur Kenntnis. Die Darstellungen eines FNP stellen i.d.R. keine Eingriffe in Natur und Landschaft dar. In Verbindung mit den Festsetzungen des parallel in Aufstellung befindlichen Bebauungsplan werden jedoch die planungsrechtlichen Rahmenbedingungen für mögliche Eingriffe in Natur und Landschaft ermöglicht. Aus diesem Grunde ist eine der Planungsebene des FNPs angemessene Vorklärung der Eingriffsregelung vorzunehmen und gem. §1a Abs. 3 Satz 1 BauGB der Ausgleich in geeigneter Weise darzustellen. Die Bestimmung der Größe des Eingriffs und eine daraus resultierende Festlegung geeigneter Ausgleichsmaßnahmen erfolgt im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung (siehe Kapitel 3.7). Die Bestimmung der Größe des Eingriffs und eine daraus resultierende Festlegung geeigneter Ausgleichsmaßnahmen sind dem in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans Nr. 493 „Poggenbruchstraße/Weg 89“ zu entnehmen.

			—— Zum Maß der baulichen Nutzung der Flächen schlagen wir vor, die Grundflächenzahl auf 0,3 zu reduzieren und Baugrenzen so zu setzen, dass möglichst größere zusammenhängende Gartenflächen entstehen. Dadurch sollte sich die Wohnqualität in dem Gebiet erhöhen und sich die bioklimatischen Verhältnisse verbessern. Für den Bereich östlich des Weges 89, der weitgehend durch zu erhaltende Bäume eingefasst ist, schlagen wir vor, die Baugrenzen in einem Abstand von 3m vom Traufbereich der geschützten Bäume zu ziehen. Hinsichtlich der nachfolgenden Erschließungsplanung ist darauf zu achten, dass attraktive Wegeverbindungen für Fußgänger und Radfahrer entstehen. Abschließend möchten wir darauf hinweisen, dass die umweltbezogenen Vorgaben aus den Festsetzungen und Begründungen der Pläne, durch die zuständigen Behörden ausreichend und zielführend zu verfolgen sind.	—— Die vorgetragene Anregung bzw. den vorgetragenen Hinweis nimmt der Bau- und Umweltausschuss zur Kenntnis. Eine weitergehende Prüfung und Berücksichtigung erfolgt auf der Ebene des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans Nr. 493 „Poggenbruchstraße/Weg 89“.
11	Deutsche Telekom Technik GmbH	06.06.2023	Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 125 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Wir bedanken uns für die Zusendung Ihrer o. g. Planung und nehmen wie folgt Stellung: Im Planbereich befinden sich Telekommunikationslinien (TK-Linien) der Telekom. Ein Lageplan ist beigefügt. Detailpläne erhalten Sie über die kostenlose Trassenauskunft Kabel.	Die vorgetragene Anregung bzw. den vorgetragenen Hinweis nimmt der Bau- und Umweltausschuss zur Kenntnis.

			https://trassenauskunftkabel.telekom.de/start.html# —— Zur 22. Änderung des Flächennutzungsplanes Im Planbereich befinden sich TK-Linien der Telekom. Die Belange der Telekom - z. B. das Eigentum der Telekom, die ungestörte Nutzung ihres Netzes sowie ihre Vermögensinteressen – sind betroffen. Der Bestand und der Betrieb der vorhandenen TK-Linien müssen weiterhin gewährleistet bleiben.	—— Die vorgetragene Anregung bzw. den vorgetragenen Hinweis nimmt der Bau- und Umweltausschuss zur Kenntnis. Eine weitergehende Prüfung und Berücksichtigung erfolgt im Zuge der Erschließungsplanung.
			Zum Bebauungsplan Nr. 493 „Poggenbruchstraße / Weg 89“ Die im Planungsbereich liegenden TK-Linien der Telekom werden eventuell von den Baumaßnahmen berührt und müssen infolgedessen gesichert, verändert oder verlegt werden. Bei den laufend zu treffenden konkreten Entscheidungen zum Ausbau unserer TK-Netze vor Ort orientieren wir uns an der Markt- und Wettbewerbssituation, den vorhandenen Bau- und Planungskapazitäten, den Kooperationsmöglichkeiten, sowie generell an der Wirtschaftlichkeit. Als Ergebnis dieser Überprüfung teilen wir Ihnen mit, dass Ihr Neubaugebiet B-Plan Nr. 493 „Poggenbruchstraße / Weg 89“ nicht durch die Telekom Deutschland mit einem TK-Netz ausgebaut wird. Eine mögliche Alternative für eine Glasfaserversorgung in Ihrem Bereich könnte Ihnen unser Kooperationspartner Glasfaser Nordwest anbieten. Für die Kontaktaufnahme nutzen Sie bitte folgende Internetadresse: https://glasfaser-nordwest.de Bitte Informieren Sie uns über die Ausbauentscheidung der Glasfaser Nordwest. Hinsichtlich geplanter Baumpflanzungen ist das "Merkblatt über Baumstandorte und unterirdische Verund Entsorgungsanlagen"	Die vorgetragene Anregung bzw. den vorgetragenen Hinweis nimmt der Bau- und Umweltausschuss zur Kenntnis. Eine weitergehende Prüfung und Berücksichtigung erfolgt im Zuge der Erschließungsplanung.

			der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen, Ausgabe 2013; siehe insbesondere Abschnitt 6, zu beachten. Wir bitten sicherzustellen, dass durch die Baumpflanzungen der Bau, die Unterhaltung und Erweiterung der Telekommunikationslinien der Telekom nicht behindert werden. Bei Planänderung bitten wir uns erneut zu beteiligen.  	

12	Entsorgungs Betriebe Bremerhaven (EBB)	05.06.2023	Gegen den o.G. Planungsvorschlag bestehen aus Sicht der Abfallwirtschaft keine Bedenken, wenn folgende Auflagen berücksichtigt werden: - Die Verkehrsflächen werden von dreiachsigen Müllsammelfahrzeugen befahren. Hierzu ist am Ende jedes Stichweges eine geeignete Wendemöglichkeit gemäß Richtlinie für die Anlage von Stadtstraßen (RASt 06) zu schaffen. Sollte keine Wendemöglichkeit geschaffen werden, ist den Eigentümern bzw. Bewohnern der Stichstraßen mitzuteilen, dass die Bereitstellung der Abfallsammelbehälter zum Abfuhrtag an der Hauptverkehrsfläche erfolgen. Es sind geeignete Stellflächen am Rand der Fahrbahn der Hauptverkehrswege zu schaffen. - Die uneingeschränkte Durchfahrt von dreiachsigen Müllsammelfahrzeugen von der Poggenbruchstraße bis zur Lindenallee ist weiterhin zu gewährleisten.	Die vorgetragene Anregung bzw. den vorgetragenen Hinweis nimmt der Bau- und Umweltausschuss zur Kenntnis. Eine weitergehende Prüfung und Berücksichtigung erfolgt auf der Ebene des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans Nr. 493 „Poggenbruchstraße/Weg 89“.
13	EWE NETZ GmbH	16.05.2023	Im Plangebiet bzw. in unmittelbarer Nähe zum Plangebiet befinden sich Versorgungsleitungen und/oder Anlagen der EWE NETZ GmbH. Diese Leitungen und Anlagen sind in ihren Trassen (Lage) und Standorten (Bestand) grundsätzlich zu erhalten und dürfen weder beschädigt, überbaut, überpflanzt oder anderweitig gefährdet werden. Bitte stellen Sie sicher, dass diese Leitungen und Anlagen	Die vorgetragene Anregung bzw. den vorgetragenen Hinweis nimmt der Bau- und Umweltausschuss zur Kenntnis. Eine weitergehende Prüfung und Berücksichtigung erfolgt im Zuge der Erschließungsplanung.

			durch Ihr Vorhaben weder technisch noch rechtlich beeinträchtigt werden. Sollte sich durch Ihr Vorhaben die Notwendigkeit einer Anpassung unserer Anlagen, wie z.B. Änderungen, Beseitigung, Neuherstellung der Anlagen an anderem Ort (Versetzung) oder anderer Betriebsarbeiten ergeben, sollen dafür die gesetzlichen Vorgaben und die anerkannten Regeln der Technik gelten. Gleiches gilt auch für die gegebenenfalls notwendige Erschließung des Plangebietes mit Versorgungsleitungen und Anlagen durch EWE NETZ. Bitte planen Sie in diesem Fall Versorgungsstreifen bzw. -korridore für Telekommunikationslinien, Elektrizitäts- und Gasversorgungsleitungen gemäß DIN 1998 (von min. 2,2 m) mit ein. Weiterhin kann für die Stromversorgung von Baugebieten o. Ä. zusätzlich die Installation einer Trafostation erforderlich sein. Für die Auswahl eines geeigneten Stationsplatzes (ca. 6m x 4m) möchten wir Sie bitten, uns in weitere Planungen frühzeitig mit einzubinden. Bitte informieren Sie uns zudem, wenn ein wärmetechnisches Versorgungskonzept umgesetzt wird oder im Schwerpunkt auf den Einsatz von fossilen Brennstoffen (z.B. durch Einsatz von Wärmepumpen o. ä.) verzichtet werden soll. Die Kosten der Anpassungen bzw. der Betriebsarbeiten sind von dem Vorhabenträger vollständig zu tragen und der EWE NETZ GmbH zu erstatten, es sei denn der Vorhabenträger und die EWE NETZ GmbH haben eine anderslautende Kostentragung vertraglich geregelt. Die EWE NETZ GmbH hat keine weiteren Bedenken oder Anregungen vorzubringen. Wir bitten Sie, uns auch in die weiteren Planungen einzubeziehen und uns frühzeitig zu beteiligen. Dies gilt auch für den Fall der Erschließung des Plangebietes	

			mit Versorgungsleitungen durch EWE NETZ, denn hierfür sind beispielsweise Lage und Nutzung der Versorgungsleitung und die sich daraus ableitenden wirtschaftlichen Bedingungen wesentliche Faktoren. Unsere Netze werden täglich weiterentwickelt und verändern sich dabei. Dies kann im betreffenden Planbereich über die Laufzeit Ihres Verfahrens/Vorhabens zu Veränderungen im zu berücksichtigenden Leitungs- und Anlagenbestand führen. Wir freuen uns Ihnen eine stets aktuelle Anlagenauskunft über unser modernes Verfahren der Planauskunft zur Verfügung stellen zu können - damit es nicht zu Entscheidungen auf Grundlage veralteten Planwerkes kommt. Bitte informieren Sie sich deshalb gern jederzeit über die genaue Art und Lage unserer zu berücksichtigenden Anlagen über unsere Internetseite: https://www.ewe-netz.de/geschaeftskunden/service/leitungsplaene-abrufen	
14	Verkehrsbund Bremen/Niedersachsen GmbH (VBN)	08.05.2023	Wir haben keine Einwände bezüglich der oben genannten Planung. Die Belange des Öffentlichen Personennahverkehr werden nicht berührt. Wir begrüßen die Aussagen zur Erschließung des Plangebietes durch den Stadtbusverkehr, regen jedoch eine Harmonisierung der Aussagen zu den dort verkehrenden Linien in den beiden Planwerken an. Das Plangebiet wird durch Linien RS2 und RB33 am Bahnhof Wulsdorf sowie die Linien 506 an der Haltestelle Ringstraße erschlossen. An der Bahnhofstraße werden die Linien 502 und 517 erreicht. Die Linie 519 verkehrt zusätzlich als AnrufLinienTaxi.	Die vorgetragene Anregung bzw. den vorgetragenen Hinweis nimmt der Bau- und Umweltausschuss zur Kenntnis. Die Hinweise zur Erschließung werden in der Begründung ergänzt.
15	Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH	07.06.2023 15:32 Uhr	Wir teilen Ihnen mit, dass die Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH gegen die von Ihnen geplante Maßnahme keine Einwände geltend macht.	Die vorgetragene Anregung bzw. den vorgetragenen Hinweis nimmt der Bau- und Umweltausschuss zur

			In Ihrem Planbereich befinden sich Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens. Bei objektkonkreten Bauvorhaben im Plangebiet werden wir dazu eine Stellungnahme mit entsprechender Auskunft über unseren vorhandenen Leitungsbestand abgeben. Weiterführende Dokumente: • Kabelschutzanweisung Vodafone GmbH • Kabelschutzanweisung Vodafone Deutschland GmbH • Zeichenerklärung Vodafone GmbH • Zeichenerklärung Vodafone Deutschland GmbH	Kenntnis. Eine weitergehende Prüfung und Berücksichtigung erfolgt im Zuge der Erschließungsplanung.
		07.06.2023 15:32 Uhr	Im Planbereich befinden sich Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens, deren Lage auf den beiliegenden Bestandsplänen dargestellt ist. Wir weisen darauf hin, dass unsere Anlagen bei der Bauausführung zu schützen bzw. zu sichern sind, nicht überbaut und vorhandene Überdeckungen nicht verringert werden dürfen. Sollte eine Umverlegung oder Baufeldfreimachung unserer Telekommunikationsanlagen erforderlich werden, benötigen wir mindestens drei Monate vor Baubeginn Ihren Auftrag an TDRC-N.Bremen@vodafone.com, um eine Planung und Bauvorbereitung zu veranlassen sowie die notwendigen Arbeiten durchführen zu können. Wir weisen Sie ebenfalls darauf hin, dass uns ggf. (z.B. bei städtebaulichen Sanierungsmaßnahmen) die durch den Ersatz oder die Verlegung unserer Telekommunikationsanlagen entstehenden Kosten nach § 150 (1) BauGB zu erstatten sind. Anlagen:	Die vorgetragene Anregung bzw. den vorgetragenen Hinweis nimmt der Bau- und Umweltausschuss zur Kenntnis. Eine weitergehende Prüfung und Berücksichtigung erfolgt im Zuge der Erschließungsplanung.

			Lageplan(-pläne) Weiterführende Dokumente: • Kabelschutzanweisung Vodafone GmbH • Kabelschutzanweisung Vodafone Deutschland GmbH • Zeichenerklärung Vodafone GmbH • Zeichenerklärung Vodafone Deutschland GmbH	
		07.06.2023 15:33 Uhr	Im Planbereich befinden sich Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens, deren Lage auf den beiliegenden Bestandsplänen dargestellt ist. Wir weisen darauf hin, dass unsere Anlagen bei der Bauausführung zu schützen bzw. zu sichern sind, nicht überbaut und vorhandene Überdeckungen nicht verringert werden dürfen. Sollte eine Umverlegung oder Baufeldfreimachung unserer Telekommunikationsanlagen erforderlich werden, benötigen wir mindestens drei Monate vor Baubeginn Ihren Auftrag an TDRC-N.Bremen@vodafone.com, um eine Planung und Bauvorbereitung zu veranlassen sowie die notwendigen Arbeiten durchführen zu können. Wir weisen Sie ebenfalls darauf hin, dass uns ggf. (z.B. bei städtebaulichen Sanierungsmaßnahmen) die durch den Ersatz oder die Verlegung unserer Telekommunikationsanlagen entstehenden Kosten nach § 150 (1) BauGB zu erstatten sind. Anlagen: Lageplan(-pläne) Weiterführende Dokumente: • Kabelschutzanweisung Vodafone GmbH	Die vorgetragene Anregung bzw. den vorgetragenen Hinweis nimmt der Bau- und Umweltausschuss zur Kenntnis. Eine weitergehende Prüfung und Berücksichtigung erfolgt im Zuge der Erschließungsplanung.

			• Kabelschutzanweisung Vodafone Deutschland GmbH • Zeichenerklärung Vodafone GmbH • Zeichenerklärung Vodafone Deutschland GmbH 	

		07.06.2023 15:33 Uhr	Eine Ausbauentscheidung trifft Vodafone nach internen Wirtschaftlichkeitskriterien. Dazu erfolgt eine Bewertung entsprechend Ihrer Anfrage zu einem Neubaugebiet. Bei Interesse setzen Sie sich bitte mit dem Team Neubaugebiete in Verbindung: Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH Neubaugebiete KMU Südwestpark 15 90449 Nürnberg Neubaugebiete.de@vodafone.com Bitte legen Sie einen Erschließungsplan des Gebietes Ihrer Kostenanfrage bei. Weiterführende Dokumente: • Kabelschutzanweisung Vodafone GmbH • Kabelschutzanweisung Vodafone Deutschland GmbH • Zeichenerklärung Vodafone GmbH • Zeichenerklärung Vodafone Deutschland GmbH	Die vorgetragene Anregung bzw. den vorgetragenen Hinweis nimmt der Bau- und Umweltausschuss zur Kenntnis. Eine weitergehende Prüfung und Berücksichtigung erfolgt im Zuge der Erschließungsplanung.
16	Wesernetz Bremerhaven GmbH	10.05.2023	In Beantwortung Ihrer Anfrage vom 04.05.2023 teilen wir mit, dass gegen die von Ihnen geplante Maßnahme seitens der wesernetz Bremerhaven GmbH unter Beachtung der folgenden technischen Hinweise keine Bedenken bestehen. Unsere Stellungnahme vom 12.01.2021 in Bezug Ihrer frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB vom 30.11.2020 mit gleichem Zeichen behält auch weiterhin vollumfänglich ihre Gültigkeit, diese haben wir der Vollständigkeit halber noch einmal beigefügt.	Die vorgetragene Anregung bzw. den vorgetragenen Hinweis nimmt der Bau- und Umweltausschuss zur Kenntnis.

			Die Benachrichtigung über die Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB haben wir zur Kenntnis genommen.	

2. Öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB vom 08.05.2023 bis einschließlich 09.06.2023

Nr.	Bürger / Öffentlichkeit	Anregungen	Abwägungsvorschlag
1	Bürger:in 1	Am Ende unseres Grundstückes befindet sich ein Graben, der das Regenwasser von der Poggenbruchstraße und der Bahnhofsstraße aufnimmt. Der Wasserspiegel steigt bei starkem Regen auf die Höhe der Poggenbruchgrundstücke. Es muß daher für einen intakten Abfluß gesorgt werden, auch um ein Auswaschen des Grabenufers zu verhindern. Wir haben trotz des erhöhten Grundwasserstandes, der durch das Abschalten der Pumpen im Wasserwerkswald entstanden ist, noch kein Wasser im Keller und hoffen, daß dies trotz der Bebauung so bleibt.	Die vorgetragene Anregung bzw. den vorgetragenen Hinweis nimmt der Bau- und Umweltausschuss zur Kenntnis. Eine weitergehende Prüfung und Berücksichtigung erfolgt auf der Ebene des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans Nr. 493 „Poggenbruchstraße/Weg 89“.

SEESTADT BREMERHAVEN
Der Magistrat

Dezernat II
Stadtplanungsamt
Frau Kountchev, Tel. 3220
Bremerhaven, 15.01.2025

Vorlage Nr. II/3/2025		
für die Sitzung des Bau- und Umweltausschusses.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	**ja**	Anzahl Anlagen: 3

Bebauungsplan Nr. 493 „Poggenbruchstraße / Weg 89“
Satzungsbeschluss

A Problem

Planungsanlass und -ziel

Aufgrund der unverminderten Nachfrage nach Wohnraum hat die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 12. September 2019 die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 493 „Poggenbruchstraße / Weg 89“ beschlossen. Im Parallelverfahren wird für das rd. 4,6 ha große Areal zwischen Poggenbruchstraße und Lindenallee die 22. Änderung des Flächennutzungsplanes „Poggenbruchstraße / Weg 89“ aufgestellt. Ziel der Planung ist, am östlichen Rand von Wulsdorf eine Siedlungsarrondierung mit kleinteiliger Wohnbebauung zu initiieren und mit der Integration einer Kita und Krippe das Angebot zur Kinderbetreuung im Süden von Bremerhaven zu verbessern.

Demzufolge wurde in dem betreffenden Gebiet, das im Osten durch den exponiert gelegenen Kleinbahnweg und seinen wegbegleitenden ortsbildprägenden Gehölzbestand begrenzt ist, ein attraktives und kleinteiliges Quartier mit Quartiers- und Spielplatz, offenem Grabensystem und Rückhaltbecken sowie einem verkehrsberuhigten Erschließungssystem entwickelt. Komplettiert um eine Kita und Krippe am nördlichen Gebietsrand wird hier neuer Wohnraum entstehen, der sich insbesondere an den Bedürfnissen von Familien orientiert, mit dem Fokus auf Wohnen im Grünen.

Festsetzungen

Die zeichnerischen und textlichen Festsetzungen wie Allgemeines Wohngebiet, I Vollgeschoss, GRZ von 0,4, Gebäudehöhe von max. 9,5 m etc. tragen dem Planungsziel eines harmonischen Übergangs von Siedlung zum östlich angrenzenden Landschaftsraum adäquat Rechnung. Die festgesetzten überbaubaren Grundstücksflächen in Form von Baugrenzen sind so gewählt, dass die Kaltluft weiterhin möglichst ungehindert von Ost nach West passieren kann. Die am nördlichen Rand des Plangebietes an der Poggenbruchstraße vorgesehene Kita ist als Fläche für den Gemeinbedarf – Einrichtung und Anlage: Sozialen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen mit II Vollgeschossen festgesetzt. Auf der Nordseite sind in einem 25 m tiefen Streifen keine schutzwürdigen Räume anzuordnen. Aufgrund der Lärmvorbelastung des Plangebietes durch die nahegelegene Bahnstrecke Bremen – Bremerhaven werden zudem im Bebauungsplan Lärmpegelbereiche mit der Auflage passiver Schallschutzmaßnahmen ausgewiesen.

Planverfahren
Auf Grundlage des Beschlusses des Bau- und Umweltausschusses vom 10. November 2022 haben die Entwürfe der 22. Änderung des Flächennutzungsplanes und des Bebauungsplanes Nr. 493 „Poggenbruchstraße / Weg 89“ in der Zeit vom 08. Mai 2023 bis einschließlich 09. Juni 2023 öffentlich ausgelegen. Parallel wurden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB beteiligt.

Für beide Bauleitplanungen – 22. Änderung des Flächennutzungsplanes „Poggenbruchstraße / Weg 89“ und Bebauungsplan Nr. 493 „Poggenbruchstraße / Weg 89“ wurden nachfolgend aufgeführte Gutachten erstellt bzw. für die Verfahren herangezogen:

1. Orientierende Baugrunduntersuchung (Voruntersuchung), Wohnbebauung Weg 89 zwischen Poggenbruchstraße und Lindenallee, 2020
2. Bodenschutzkonzept Neubau Wohnbebauung und KiTa „Weg 89“ zwischen Poggenbruchstraße, 2021
3. Entwässerungsplanung, Erschließungsgebiet Weg 89, 2021
4. Schalltechnische Untersuchungen im Rahmen des B-Planverfahrens Nr. 493 der Stadt Bremerhaven, 2023
5. Faunistisches Gutachten Brutvögel, Fledermäuse & Amphibien 2020
6. Biotoptypenkarte, 2021
7. Verkehrsgutachten zum B-Plan Nr. 493 "Poggenbruchstraße / Weg 89, 2023

Die obigen Gutachten sind bis drei Monate nach Beschlussfassung unter folgendem Link zum Download bereitgestellt:
https://clouddrive.bit.bremerhaven.de/owncloud/index.php/s/SwNw88TSZPLWxJg

B Lösung
Zu den Stellungnahmen aus der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB wurden sachgerechte Abwägungsvorschläge erarbeitet und soweit erforderlich in Form redaktioneller Ergänzungen bzw. Korrekturen in den vorliegenden Satzungsentwurf übernommen. Die Beschlussvorschläge zu den einzelnen Stellungnahmen sind der beigefügten Anlage 3 zu entnehmen.

Der Bau- und Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, die Abwägung entsprechend der Anlage 3 zu beschließen und den Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 493 „Poggenbruchstraße / Weg 89“ zu fassen.

C Alternativen
Keine.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags
- Das Verfahren hat keine finanziellen und personalwirtschaftlichen Auswirkungen.
- Das Verfahren hat keine genderspezifischen Auswirkungen.
- Klimaschutzrelevante Auswirkungen sind zu diesem Verfahrenszeitpunkt nicht zu erkennen. Erhebliche Beeinträchtigungen sind im Wirkungsbereich des Vorhabens für das vorbelastete Stadtklima nicht zu erwarten.
- Für eine Gleichstellungsrelevanz gibt es keine Anhaltspunkte.
- Ausländische Mitbürger sind von diesem Beschlussvorschlag nicht in besonderer Weise betroffen.
- Die besonderen Belange von Menschen mit Behinderung werden im Rahmen der Umsetzung der Planung adäquat berücksichtigt.
- Sportliche Belange sind nicht betroffen.

- Die Belange von Kindern werden durch die Festsetzung eines Kinderspielplatzes und die nachfolgend vorgesehene Kinderbeteiligung sachgerecht berücksichtigt. Den Belangen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen soll durch eine außerhalb dieses Planverfahrens erfolgende Beteiligung Rechnung getragen werden in der Form, dass bestehende Standorte wie z.B. das TSV Sportgelände bedarfsgerecht für Jugendliche aufgewertet werden.
- Die Stadtteilkonferenz Wulsdorf wurde im Zuge der Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB und der öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB angemessen beteiligt.

E Beteiligung / Abstimmung

Der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung werden mit gleichlautenden Vorlagen befasst werden.
Die Öffentlichkeit sowie die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind im Zuge des Verfahrens sachgerecht beteiligt worden.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG

Der Satzungsbeschluss wird im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen öffentlich bekannt gemacht.
Es besteht eine Veröffentlichungspflicht nach dem BremIFG.

G Beschlussvorschlag

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, nachstehende Beschlüsse zu fassen:

1. Über die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs 2 BauGB und der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB zum Bebauungsplan Nr. 493 „Poggenbruchstraße „ Weg 89“ eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend der in dieser Vorlage beigefügten Aufstellung (Anlage 3) beschlossen.

2. Der Bebauungsplan Nr. 493 „Poggenbruchstraße / Weg 89“ wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen und die Begründung gebilligt.

Neuhoff
Bürgermeister

Anlage 1: Planzeichnung (Stand: Satzungsentwurf, Januar 2025)
Anlage 2: Begründung (Stand: Satzungsentwurf, Januar 2025)
Anlage 3: Abwägung zu den im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und der im Parallelverfahren durchgeführten Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen

PLANZEICHENERKLÄRUNG

1. Art der baulichen Nutzung

WA — Allgemeines Wohngebiet

2. Maß der baulichen Nutzung

0,4 — Grundflächenzahl

I — Zahl der Vollgeschosse als Höchstmaß

GH 9,50m — Höhe der baulichen Anlagen als Höchstmaß GH= Gebäudehöhe

3. Bauweise, Baulinien, Baugrenzen

a — Abweichende Bauweise – s. textliche Festsetzung Nr. 2

Baugrenze

überbaubare Fläche

nicht überbaubare Fläche

4. Einrichtungen und Anlagen zur Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des öffentlichen und privaten Bereichs, Flächen für den Gemeinbedarf, Flächen für Sport- und Spielanlagen

Flächen für den Gemeinbedarf

Kindertagesstätte/Soziale Einrichtungen — Einrichtungen und Anlagen: Kindertagesstätte/Sozialen Einrichtungen dienende Gebäude und Einrichtungen

6. Verkehrsflächen

Straßenbegrenzungslinie

Öffentliche Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung

V — Zweckbestimmung: Verkehrsberuhigter Bereich

9. Grünflächen

Öffentliche Grünflächen

RRB — Zweckbestimmung: Regenrückhaltebecken

Zweckbestimmung: Spielplatz

Quartiersplatz — Zweckbestimmung: Quartiersplatz

GA — Zweckbestimmung: Grünanlage/Wegeverbindung

10. Wasserflächen und Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses

Wasserflächen (Gräben)

13. Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen oder Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft

zu erhaltender Baum mit Kronentraufbereich

Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen

Umgrenzung von Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern

15. Sonstige Planzeichen

Umgrenzung der Flächen für besondere Anlagen und Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes- Immissionsschutzgesetzes

LPB — Lärmpegelbereich

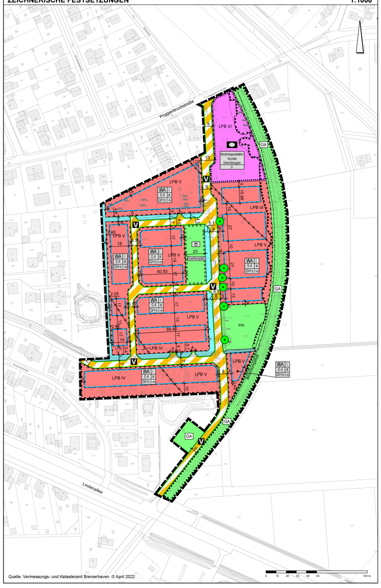
Kronentraufbereich – s. textliche Festsetzung Nr. 8.2

Böschungsfuß

Abgrenzung unterschiedlicher Lärmpegelbereiche

Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans

ZEICHNERISCHE FESTSETZUNGEN 1:1000



Quelle: Vermessungs- und Katasteramt Bremerhaven © April 2022

Textliche Festsetzungen

1. Art der baulichen Nutzung

1.1. In den Allgemeinen Wohngebieten wird gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauNVO festgesetzt, dass die nach § 4 Abs. 3 Nr. 1, 3 bis 5 BauNVO (Betriebe des Beherbergungsgewerbes, Anlagen für die Verwaltung, Gartenbaubetriebe, Tankstellen) ausnahmsweise zulässigen Nutzungen nicht Bestandteil des Bebauungsplanes werden.

1.2. Auf den gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 5 BauGB festgesetzten Flächen für den Gemeinbedarf mit der Zweckbestimmung „Kindertagesstätte/Soziale Einrichtungen" sind alle Gebäude und Nutzungen zulässig, die dem Nutzungszweck der besonderen Zweckbestimmungen entsprechen und diesen Nutzungen räumlich und funktional zuzuordnen sind.

2. Bauweise

Für die Allgemeinen Wohngebiete gilt grundsätzlich die offene Bauweise gemäß § 22 Abs. 2 BauNVO mit einem seitlichen Grenzabstand. Abweichend hiervon wird die abweichende Bauweise gemäß § 22 Abs. 4 BauNVO festgesetzt mit folgender Maßgabe:

- Gebäudelänge für Einzelgebäude = maximal 39,0 m.

3. Maß der baulichen Nutzung

3.1. Die Gebäudehöhe darf die festgesetzten Gesamthöhen nicht überschreiten. Der obere Bezugspunkt ist die Oberkante des Gebäudes, bezogen auf die der Erschließung des Grundstücks dienende öffentliche Verkehrsfläche, gemessen jeweils in der Fahrbahnmitte und der Gebäudemitte.

3.2. Der untere Bezugspunkt der Gebäudehöhe ist die Sohle des fertigen Erdgeschossfußbodens des ersten zum Wohnen genutzten Vollgeschosses (Oberkante), gemessen in der Mitte des Gebäudes. Dieser darf in den Allgemeinen Wohngebiet (WA) maximal 0,30 m über der zur Erschließung des jeweiligen Baugrundstückes dienenden öffentlichen Verkehrsfläche, gemessen in der Fahrbahnmitte, liegen.

3.3. Ausgenommen von dieser Bauhöhenbeschränkung sind untergeordnete Bauteile im Sinne des Bauordnungsrechts. Diese dürfen die festgesetzte Gebäudehöhe um maximal 2 m überschreiten.

4. Nicht überbaubare Grundstücksflächen

4.1. In den Allgemeinen Wohngebieten sind Garagen und Carports im Sinne des § 12 BauNVO sowie Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO in Form von Gebäuden zwischen der vorderen Baugrenze und der Straßenverkehrsfläche nicht zulässig. Nicht überdachte Stellplätze sind darüber hinaus auch innerhalb dieses Bereiches zulässig.

4.2. In den Allgemeinen Wohngebieten sind Nebenanlagen in Form von Gebäuden mit insgesamt bis zu 12 m² auch innerhalb der nicht überbaubaren Grundstücksflächen zulässig.

5. Wasserwirtschaftliche Festsetzungen

5.1. Die festgesetzten Wasserflächen und Gräben sind dauerhaft in ihrer Funktion zu erhalten. Eine Bebauung, Überbauung sowie die Ablagerungen von Materialien im Böschungsbereich sind mit Ausnahme der erforderlichen Grundstückserschließungen unzulässig.

6. Festsetzungen zum Klimaschutz

6.1. Im gesamten Geltungsbereich dieses Bebauungsplans sind die nutzbaren Dachflächen der Gebäude und baulichen Anlagen innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zu mindestens 50 % mit Photovoltaikmodulen zur Nutzung der einfallenden solaren Strahlungsenergie auszustatten (Solarmindestfläche).

6.2. Werden auf einem Dach Solarwärmekollektoren installiert, so kann die hiervon beanspruchte Fläche auf die zu realisierende Solarmindestfläche angerechnet werden.

7. Immissionsschutzrechtliche Festsetzungen

7.1. Die gebietstypischen Orientierungswerte nach Beiblatt 1 zur DIN 18005-1:1987-05 für Geräusche aus öffentlichem Verkehr werden von den angrenzenden Schienenverkehrswegen zum Teil relevant überschritten.

7.2. Für das Plangebiet wurden nach DIN 4109-1:2018-1 Lärmpegelbereiche ermittelt, aus denen sich die Anforderungen an die bewerteten Bau-Schalldämm-Maße R'w ges der Außenbauteile schutzbedürftiger Räume in Abhängigkeit der jeweiligen Raumart ableiten. Für den bebaubaren Bereich ergeben sich die Lärmpegelbereiche VI, V und IV. Beim Neubau oder bei baulichen Veränderungen ist die Anforderung einzuhalten.

Spalte	1	2
Zeile	Lärmpegelbereich	„Maßgeblicher Außenlärmpegel" dB(A)
1	I	55
2	II	60
3	III	65
4	IV	70
5	V	75
6	VI	80
7	VII	> 80[a]

a Für maßgebliche Außenlärmpegel La > 80 dB(A) sind die Anforderungen aufgrund der örtlichen Gegebenheiten festzulegen.

Die Anforderung an das bewertete Bau-Schalldämm-Maß $R'_{w,ges}$ in dB ermittelt sich wie folgt:

$R'_{w,ges} = L_a - K_{Raumart}$

L_a maßgebliche Außenlärmpegel in dB(A)

$K_{Raumart}$ = 25 dB für Bettenräume in Krankenanstalten und Sanatorien;

$K_{Raumart}$ = 30 dB für Aufenthaltsräume in Wohnungen, Übernachtungsräume in Beherbergungsstätten, Unterrichtsräume und Ähnliches;

$K_{Raumart}$ = 35 dB für Büroräume und Ähnliches;

Mindestens einzuhalten sind:

$R'_{w,ges}$ = 35 dB für Bettenräume in Krankenanstalten und Sanatorien;

$R'_{w,ges}$ = 30 dB für Aufenthaltsräume in Wohnungen, Übernachtungsräume in Beherbergungsstätten, Unterrichtsräume, Büroräume und Ähnliches;

Der Nachweis über die Einhaltung ist nach DIN 4109-2:2018-01 Abschnitt 4.4 zu führen.

7.3. Für die vom maßgeblichen Schienenverkehrsweg abgewandten Gebäudeseiten kann der maßgebliche Außenlärmpegel nach DIN 4109-2:2018-01, Abschnitt 4.4.5 ohne besonderen Nachweis

- bei offener Bebauung um 5 dB,

- bei geschlossener Bebauung bzw. bei Innenhöfen um 10 dB gemindert werden.

Weitere Verminderungen des maßgeblichen Außenlärmpegels, beispielsweise durch auftretende Abschirmeffekte vorgelagerter Bebauungen, können im Baugenehmigungsverfahren nachgewiesen werden.

Es ist zu berücksichtigen, dass die für eine ausreichende Lüftung der schutzbedürftigen Räume erforderliche Einrichtung die Mindestanforderungen an die resultierende Schalldämmung der Außenbauteile nicht unterschreitet (schallgedämmte Lüftungseinrichtung).

7.4. Grundrissgestaltung Kindertagesstätte:

Bei der Errichtung von Gebäuden an der nördlichen Plangebietsgrenze innerhalb eines 25 m tiefen Randstreifens entlang der Poggenbruchstraße dürfen an der zur Poggenbruchstraße ausgerichteten Gebäudefassade keine schutzbedürftigen Räume gemäß DIN 4109-2:2018-01, Abschnitt 3.1.6 angeordnet werden.

8. Grünordnerische Festsetzung

8.1. In der gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB festgesetzten öffentlichen Grünfläche mit der Zweckbestimmung „RRB" ist die Anlage eines Regenrückhaltebeckens nach Maßgabe eines Entwässerungskonzeptes zulässig. Die nicht für das Regenrückhaltebecken benötigten Flächen sind naturnah zu gestalten.

8.2. Die im Plangebiet eingetragenen schützenswerten Einzelgehölze sind inkl. ihrer Wurzelbereiche und Kronentraufbereiche zu erhalten. Dieser Bereich ist dauerhaft von jeglichen bodenverändernden Maßnahmen wie z.B. Auftrag, Erdabtrag, Verdichtung, Ablagerung von Gegenständen und Schadstoffeintrag zu schützen. Bei Verlust des Baumes ist eine der Baumart entsprechende Pflanzung durchzuführen. Als Pflanzqualität ist eine Mindestqualität als Hochstamm von ≥ (größer/gleich) 20 cm Stammumfang, 3xv, zu verwenden.

8.3. In der gemäß § 9 (1) Nr. 15 BauGB festgesetzten öffentlichen Grünfläche mit der Zweckbestimmung „Quartiersplatz" ist die Anlage eines Quartierplatzes mit Spielplatz umzusetzen. Innerhalb der Fläche sind mindestens 10 Laubbäume der Pflanzliste 2 in Gruppen und Einzelstellung zu pflanzen. Abgänge sind gleichwertig zu ersetzen.

8.4 In den Allgemeinen Wohngebieten ist pro Grundstück ein standortgerechter, klimaangepasster und ökologisch wertvoller kleinkroniger Laubbaum oder ein Obstbaum gem. Pflanzlisten als Hochstamm, Mindestqualität 12 – 14 cm, (10-12 cm Obstbäume) Stammumfang zu pflanzen und dauerhaft artgemäß zu entwickeln. Alle Maßnahmen, die zum Abgang der Gehölze führen, sind unzulässig. Ausfälle sind qualitativ zu ersetzen. Aufgesandete Flächen sind durch bodenverbessernde Maßnahmen für eine Pflanzung vorzubereiten.

Pflanzliste 1: Strauchhecke

Botanischer Name	Deutscher Name
Amelanchier lamarckii	Kanadische Felsenbirne
Berberis vulgaris	Berberitze
Carpinus betulus	Hainbuche
Cornus mas	Kornelkirsche
Cornus sanguinea	Roter Hartriegel
Corylus avellana	Hasel
Crataegus monogyna; Crataegus laevigata	Weißdorn
Euonymus europaeus	Pfaffenhütchen
Fagus sylvatica	Rotbuche
Ligustrum vulgare	Liguster
Lonicera xylosteum	Rote Heckenkirsche
Rhamnus frangula	Faulbaum
Rhamnus cathartica	Kreuzdorn
Rosa canina	Hundsrose
Prunus spinosa	Schlehe
Sambucus nigra	Schwarzer Holunder
Taxus baccata	Eibe
Viburnum opulus	Schneeball

Pflanzliste 2: Laubbäume / Klimabäume

Botanischer Name	Deutscher Name
Acer campestre	Feldahorn
Carpinus betulus	Hainbuche
Liquidambar styraciflua	Amberbaum
Ostrya carpinifolia	Hopfenbuche
Prunus avium	Vogelkirsche
Prunus padus	Traubenkirsche
Quercus cerris	Zerr-Eiche
Quercus robur	Stieleiche
Sorbus aucuparia	Eberesche
Sorbus intermedia	Schw. Mehlbeere
Ulmus „Rebona"	Rebona Ulme

Pflanzliste 3: Obstgehölze als Auswahl

Apfelsorten	Birnen	Pflaumen/Zwetschgen
Boikenapfel	Bunte Julibirne	Hauszwetsche
Danziger Kantapfel	Gute Graue	Große Grüne Reneklode
Dülmener Rosenapfel	Gute Luise	**Süßkirschen**
Grahams Jubiläumsapfel		Große Schwarze Knorpelkirsche
Landsberger Renette		Kassins Frühe
Ontario		
Prinzenapfel		
Schöner aus Lutten		

Örtliche Bauvorschriften

Um bestimmte baugestalterische Absichten zu verwirklichen, werden gemäß § 86 Abs. 1 Bremische Landesbauordnung (BremLBO) i.d.F. vom 04.09.2018, zuletzt geändert durch das Gesetz vom 22. September 2020 (Brem.GBl. 2018 S. 963) die folgenden örtlichen Bauvorschriften für den Geltungsbereich dieses Bebauungsplanes erlassen.

1. Dachgestaltung

1.1 Dachformen

Hauptgebäude sind mit geneigten Dächern zu errichten. Die Dachneigung muss mindestens 30° betragen. Ausgenommen von der Vorschrift zu 1.1 sind:

- Gebäudeteile mit untergeordneter optischer Wirkung, z.B. Vordächer, Terrassendächer
- Wintergärten
- abgewalmte Flächen von Walm- und Krüppelwalmdächern

An den Traufseiten der Hauptgebäude sind so genannte Friesengiebel (Frontspieße) und Zwerggiebel mit einer Dachneigung von maximal 68° zulässig, sofern deren Firsthöhe sich dem Hauptdach unterordnet und die Giebelbreite unter 50% der Länge des Hauptgebäudes beträgt.

Alle Flachdächer eingeschossiger Gebäudeteile sind extensiv zu begrünen.

Ebenfalls ausgenommen von den vorgenannten Festsetzungen sind Solar-, Photovoltaikanlagen, Wintergärten sowie untergeordnete Gebäudeteile z.B. Vordächer und technisch bedingte Aufbauten.

1.2 Dachdeckung / Dachfarbe

Für die Dachdeckungen von Hauptgebäuden dürfen ausschließlich nicht glänzende Materialien verwendet werden. Es sind nur Dachbeläge mit Dachziegeln in einem roten (rot- /, rotblau- /, rotbraun- / bzw. braunbunt) Farbton, Schiefereindeckung in roten und rotbraunen Farbtönen zulässig.

Im gesamten Plangebiet dürfen aus ökologischen Gründen keine ungeschützt bewitterten, metallischen Dachdeckungen verwendet werden.

Ausgenommen von den vorgenannten Festsetzungen sind Solar-, Photovoltaikanlagen, Wintergärten sowie untergeordnete Gebäudeteile z.B. Vordächer und technisch bedingte Aufbauten.

2. Fassadengestaltung

In den Allgemeinen Wohngebieten sind als Außenmaterial der Hauptbaukörper Klinker, Putz und Holz zulässig. Die Fassaden der Hauptbaukörper müssen zu mindestens 70 % aus Klinkermauerwerk bestehen. Fensterflächen bleiben bei der Berechnung unberücksichtigt.

Als Fassadenmaterial sind nur Verblend- und Klinkermauerwerk in rot- /, rotblau- /, rotbraun- / bzw. braunbunter und sand-beiger Farbe, sowie Putzfassaden in hellen abgetönten Farben (weiß, hellgrau, beige) mit einem Hellbezugswert von >75 sind zulässig.

Nebenanlagen in Form von Gebäuden und Garagen müssen sich hinsichtlich der Farb- und Materialgestaltung dem Hauptgebäude anpassen.

3. Einfriedungen/Vorgärten

Einfriedungen von Baugrundstücken zu öffentlichen Bereichen sind nur als Laubgehölzhecken aus standortgerechten und heimischen Arten zulässig, sh. Pflanzliste 1.

Grenzzäune, die einen geschlossenen Charakter aufweisen, sind im gesamten Geltungsbereich in allen Höhen unzulässig. Einfriedungen dürfen eine Höhe von 1,20 m nicht überschreiten.

Alle Höhenmaße beziehen sich auf die Oberkante der nächstgelegenen angrenzenden öffentlichen Verkehrsfläche bzw. der Erschließungswege, gemäß § 86 Abs. 1 Nr. 5 BremLBO.

Die Vorgartenflächen (straßenseitige Grundstücksbereiche bis zum Gebäude) sind gemäß § 86 Abs. 1 Nr. 6 BremLBO gärtnerisch zu gestalten und als Grünbeete/ Grünflächen anzulegen. Stein-, Kies-, Schotter-, Pflasterflächen sowie die Verwendung von Kunststoffvlies außerhalb der erforderlichen Erschließungsflächen sind unzulässig. Im Übrigen gilt § 8 Abs. I BremLBO.

4. Einstellplätze

Gemäß § 49 i.V.m. § 86 Abs. 1 Nr. 4 BremLBO ist die Anzahl der privaten Einstellplätze (1,0 Stück pro Wohneinheit) auf den privaten Grundstücken nachzuweisen.

Die Stellplatzflächen sind gemäß den Vorgaben des Bremerhavener Stellplatzortsgesetzes (6.12.2012) zu gestalten. Demnach ist je 6 Stellplätze ein großkroniger Laubbaum zu pflanzen. Die Pflanzorte sind so zu wählen, dass durch die Bäume der Eindruck der befestigten Flächen abgemildert wird.

Die zu pflanzenden Bäume müssen in 1,00 m Höhe einen Stammumfang von mindestens 20 cm haben. Für jeden Baum ist ein Wurzelraum von mindestens 12 m³ mit Baumsubstrat herzustellen. Um jeden Baum ist eine Fläche von mindestens der Größe eines Stellplatzes von jeder Befestigung mit Ausnahme von luft- und wasserdurchlässigen Abdeckungen freizuhalten und baulich gegen ein Be- und Überfahren zu sichern. Die Bäume sind fachgerecht zu pflanzen und zu unterhalten. Sie müssen bei Verlust durch gleichwertige Neupflanzungen ersetzt werden.

5. Maßnahmen zum Klimaschutz

Versickerung

Das auf den Dachflächen anfallende Niederschlagswasser, welches nicht als Brauchwasser genutzt wird, ist in das vorgesehene Grabensystem einzuleiten, soweit es nicht auf den Grundstücken zur Versickerung gebracht wird.

6. Bußgeldtatbestand

Ordnungswidrig im Sinne des § 83 Abs. 1 Nr. 1 Brem LBO handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig einer in örtlichen Bauvorschriften über die Gestaltung (Bauordnungsrechtliche Festsetzungen Nr. 1-5) zuwiderhandelt. Die Ordnungswidrigkeiten können gemäß § 83 Abs. 3 Brem LBO mit einer Geld-buße von bis zu 500.000 Euro geahndet werden.

Hinweise

1. Bodenschutz

Sollten bei geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde gemacht werden, wird darauf hingewiesen, dass diese Funde meldepflichtig sind. Es wird gebeten, die Funde unverzüglich einer Denkmalbehörde oder einem Beauftragten für die Archäologische Denkmalpflege zu melden. Der Beginn der Erdarbeiten ist dem Landesarchäologen rechtzeitig bekannt zu geben. Dem Landesarchäologen ist eine lückenlose und ungehinderte Beobachtung sämtlicher Erdarbeiten zu ermöglichen.

Auf Basis des bestehenden Bodenschutzkonzeptes (OWS Ingenieurgeologen, vom 11.11.2021) ist das Bauvorhaben durch eine bodenkundliche Baubegleitung nach DIN 19639 zu begleiten und zu dokumentieren.

2. Altlastenverdachtsflächen / Entsorgung/Kampfmittel

Sollten bei geplanten Bau- und Erdarbeiten Hinweise auf Altablagerungen bzw. Altstandorte und Bodenverunreinigungen zutage treten, so ist unverzüglich die zuständige Abfallbehörde zu benachrichtigen.

Sollten bei Erdarbeiten andere Kampfmittel (Granaten, Panzerfäuste, Minen etc.) gefunden werden, ist umgehend die zuständige Polizeidienststelle, das Ordnungsamt oder der Kampfmittelbeseitigungsdienst des Landes Bremen zu benachrichtigen.

3. Leitungstrassen Versorgungsunternehmen/Neubau

Bei geplanten Ausbaumaßnahmen unterliegen die Unternehmen einer Erkundungs- sowie einer Prüfungspflicht über die vorhandenen Leitungen. Die aktuelle Auskunft ist bei dem jeweiligen Versorgungsunternehmen einzuholen. Eine rechtzeitige Terminabsprache vor Baubeginn und ggfls. eine gemeinsame Trassenbegehung ist erforderlich. Die erforderlichen Sicherungsmaßnahmen sind rechtzeitig vor Baubeginn mit allen Beteiligten abzustimmen.

Neu errichtete Gebäude, die über Anschlüsse für Endnutzer von Telekommunikationsdienstleistungen verfügen sollen, sind gebäudeintern bis zu den Netzabschlusspunkten mit hochgeschwindigkeitsfähigen passiven Netzinfrastrukturen (Leerrohre, §3 Abs. 17b Telekommunikationsgesetz (TKG) sowie einem Zugangspunkt zu diesen passiven gebäudeinternen Netzkomponenten auszustatten.

4. Besonderer Artenschutz

Die Vorschriften über den besonderen Schutz bestimmter Tier- und Pflanzenarten gemäß § 44 Bundesnaturschutzgesetz (besonderer Artenschutz) sind unmittelbar gültig und auch auf den räumlichen Geltungsbereich des vorliegenden Bebauungsplans anzuwenden. Die im Zuge des Bauleitplanverfahrens vorgenommene vorausschauende Prüfung der artenschutzrechtlichen Verträglichkeit entbindet nicht von der Einhaltung der Vorschriften im konkreten Einzelfall.

Zur Vermeidung des Eintretens von Verbotstatbeständen ist der Bau bzw. die Baufeldfreimachung nur außerhalb der Brutzeit vorzunehmen. Eine Beseitigung von Gehölzen sowie der Abriss von Gebäuden ist nur außerhalb vom 01. Oktober bis zum 28/29. Februar vorzunehmen. Im Hinblick auf Fledermäuse ist dieser Zeitraum bis Mitte November vorsorglich auszudehnen, um sicherzustellen, dass keine Fledermäuse in potenziellen Quartierstrukturen vorhanden sind. Sollte die Fällung vor Mitte November erfolgen, ist unmittelbar davor eine Kontrolle der Bäume auf Höhlen und Spalten auf Fledermausbesatz erforderlich (ggf. mit Endoskop und Hubsteiger). Eine Durchführung dieser Kontrolle im Sommer ist nicht zielführend, da hierdurch keine Kenntnisse über die Quartiernutzung im Herbst erlangt werden können.

5. Kompensationsmaßnahme (CEF-Maßnahme)

Zur Schaffung von Ausweichmöglichkeiten für den möglichen Verlust von Brutplätzen für den Star sind in der näheren Umgebung (z.B. zwischen dem ehemaligen Bahndamm und den Baugrundstücken mit Entwicklung einer Ruderalflur als Abstandsfläche und öffentlicher Grünfläche oder / und z.B. in den Gehölzen entlang der ehemaligen Bahnlinie) mindestens vier Nistkästen zu installieren, dauerhaft zu pflegen und bei Abgang zu ersetzen. Verantwortlich für Ausführung, Unterhaltung und Sicherung der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen ist der Verursacher oder dessen Rechtsnachfolger (§ 15 Abs. 4 BNatSchG).

6. DIN Normen /Technische Regelwerke

Die in den Planunterlagen (Planzeichnung, Begründung) genannten DIN-Normen, Technischen Regelwerke oder Farbregister sind bei der Stadtverwaltung Bremerhaven zu den üblichen Dienststunden einzusehen.

7. Externe Ausgleichsflächen

Zum weiteren Ausgleich des Eingriffs in Natur und Landschaft aufgrund des Bebauungsplans Nr. 493 der Stadt Bremerhaven werden in der Gemeinde Schiffdorf, Gemarkung Wehdel, Flur 5, Flurstück 26 landschaftspflegerische Maßnahmen auf 68.763 m² durchgeführt und dem vorliegenden Bebauungsplan Nr. 493 der Stadt Bremerhaven als Ausgleich zugeordnet sowie vertraglich gesichert.

8. Insektenschutz

Zur Vermeidung von negativen Auswirkungen auf Nachtfalter-Populationen sind im Plangebiet insektenfreundliche Lampen wie z.B. Natrium-Hochdrucklampen oder LED-Beleuchtung sowie die Reduktion von Beleuchtungsstärke / Leuchtdichte (Halbnachtsschaltung) und die Optimierung der Leuchten hinsichtlich Dichtigkeit, Abstrahlrichtung und Lichtpunkthöhe zu verwenden.

9. Verfahrensschlussvermerk

Mit Inkrafttreten des Bebauungsplanes Nr. 493 „Poggenbruchstraße / Weg 89" mit örtlichen Bauvorschriften über die Gestaltung treten die Festsetzungen des rechtsverbindlichen Bebauungsplans Nr. 249 „Poggenbruchstraße / Lindenallee" im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 493 außer Kraft.

Nachrichtliche Übernahmen

Baumschutzsatzung

Im Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist die Verordnung zum Schutze des Baumbestandes im Lande Bremen (Baumschutzverordnung) vom 03.06.2014, zuletzt geändert durch Artikel 1 Abs. 9 des Gesetzes vom 27.05.2014 (BremGBl. S. 263), zu beachten.

Geschützt sind demzufolge:

1. Laubbäume einschließlich Schalenobst grundsätzlich mit einem Stammumfang von mindestens 120 cm,
2. Obstbäume, die keiner erwerbsgärtnerischen Nutzung unterliegen, sowie Bäume der Gehölzarten Ilex (Stechpalme), Taxus (Eibe) und Crataegus (Weiß- oder Rotdorn) mit einem Stammumfang von mindestens 80 cm,
3. Bäume der Gehölzarte Salix (Weide) mit einem Stammumfang von mindestens 300 cm sowie als Kopfweiden ausgebildete Bäume der Gehölzart Salix (Weide) mit einem Stammumfang von mindestens 120 cm,
4. Nadelbäume, außer Taxus (Eibe), mit einem Stammumfang von mindestens 300 cm.

Im Zuge der nachfolgenden Genehmigungsverfahren wird eine Prüfung auf der Grundlage der Bremischen Baumschutzverordnung vorgenommen und ein gesondertes Genehmigungsverfahren durchgeführt.

Zu erhaltende Bäume innerhalb und im Umfeld des Geltungsbereiches sind bauzeitlich gemäß DIN 18920 und RAS LP 4 zu schützen.

Flugsicherung

Bei Überschreitung der Höhe von 100 m über Grund durch bauliche Anlagen oder Teile solcher sowie durch alle anderen Hindernisse ist die Zustimmung bzw. Genehmigung der Luftfahrtbehörde gemäß § 14 bzw. 15 des Luftverkehrsgesetzes einzuholen.

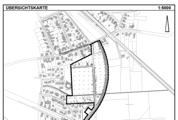
Bremerhavener Stellplatzortsgesetz

Im Plangebiet gilt das Ortsgesetz der Stadt Bremerhaven über Kraftfahrzeugstellplätze und Fahrradstellplätze, das Bremerhavener Stellplatzortsgesetz vom 06.12.2012.

Trinkwasserschutzgebiet

Das Planungsgebiet liegt im Trinkwasserschutzgebiet IIIA der Wassergewinnung im Ahnthammsmoor (Verordnung über die Festsetzung eines Wasserschutzgebietes für das Wasserwerk Wulsdorf der Stadtwerke Bremerhaven AG vom 15. April 1975).

ÜBERSICHTSKARTE 1:5000



SEESTADT BREMERHAVEN

Gemarkung Wulsdorf
Flur 58

Bebauungsplan Nr. 493

"Poggenbruchstraße/Weg 89"

Stand der Planunterlage: April 2022

Maßstab 1: 1.000

Planaufsteller:
NWP Planungsgesellschaft mbH
Escherweg 1, 26121 Oldenburg

Für die städtebauliche Planung
Bremerhaven, den 13.01.2025
Stadtplanungsamt
Im Auftrag

(Kountchev)
Amtsleiterin

Die Planunterlage sowie die Darstellung der Festsetzungen entsprechen den Anforderungen der §§ 1 und 2 der Planzeichenverordnung vom 18.12.1990.

Vermessungs- und Katasteramt - 62 -
Im Auftrag

(Kewes)
Vermessungsdirektor

Bremerhaven, den ....
MAGISTRAT DER STADT BREMERHAVEN

(Neuhoff)
Bürgermeister

Dieser Plan mit Begründung hat als Entwurf in in der Zeit vom .... bis einschließlich .... öffentlich ausgelegen und ist gemäß § 10 Baugesetzbuch, durch die Stadtverordnetenversammlung am .... als Satzung beschlossen worden und am .... in Kraft getreten.

Bremerhaven, den ....
MAGISTRAT DER STADT BREMERHAVEN

(Neuhoff)
Bürgermeister

Verfahrensstand:
Satzungsentwurf
Januar 2025

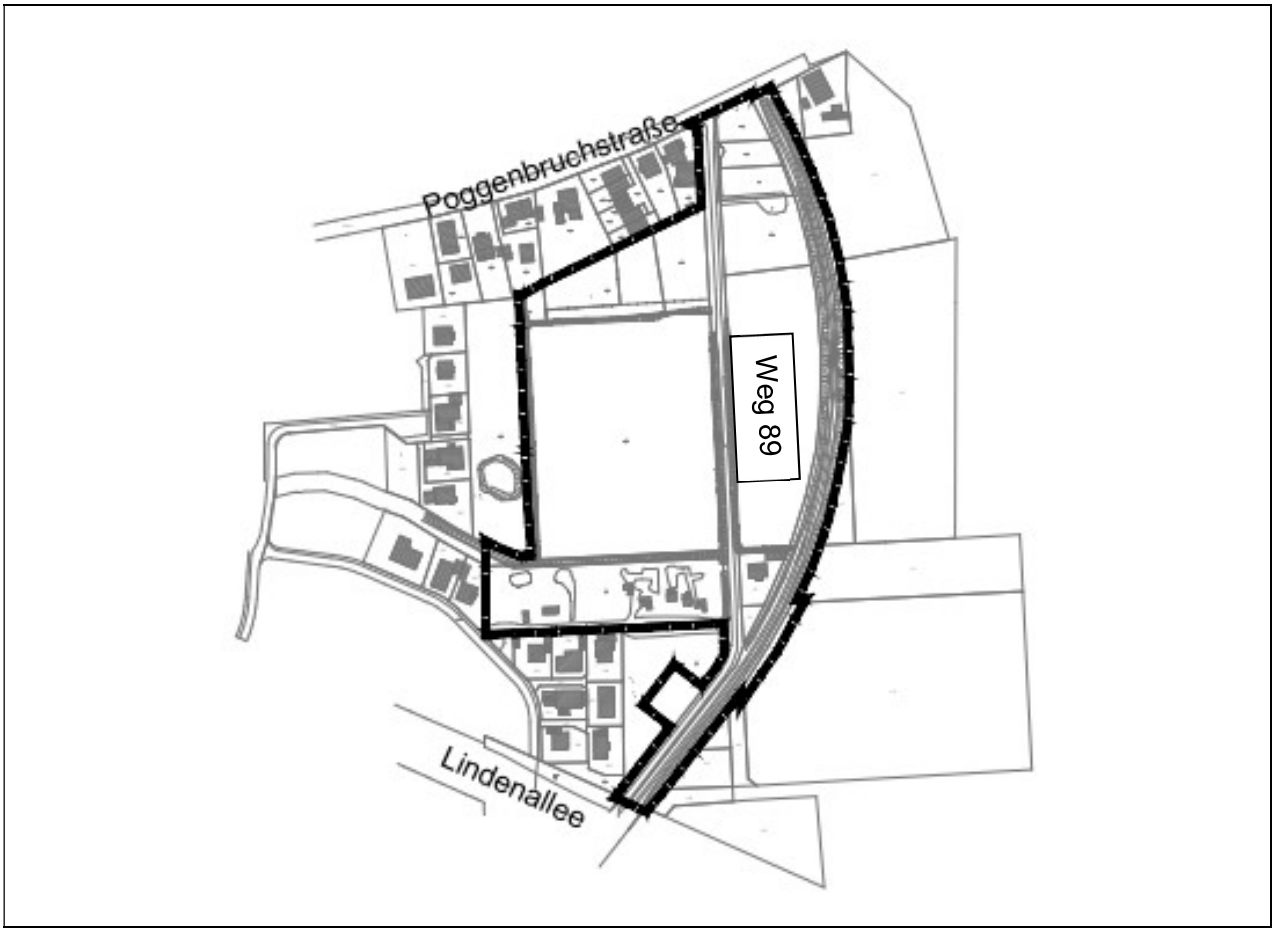
Rechtskräftig seit: ....

Diese Karte ist gesetzlich geschützt. Nachdruck oder sonstige Vervielfältigungen nur mit Genehmigung des Herausgebers.

SEESTADT BREMERHAVEN

Begründung zum

Bebauungsplan Nr. 493 „Poggenbruchstraße/Weg 89“



Verfahrensstand: Satzungsentwurf, Januar 2025

Aufgestellt:

SEESTADT BREMERHAVEN

Dipl.-Ing. Carolin Kountchev
Amtsleiterin

Magistrat der Stadt Bremerhaven
Stadtplanungsamt
Fährstraße 20
27568 Bremerhaven

Bearbeitet:

NWP

NWP Planungsgesellschaft mbH
Gesellschaft für räumliche Planung
und Forschung

Escherweg 1
26121 Oldenburg
Postfach 5335
26043 Oldenburg

INHALTSVERZEICHNIS

TEIL I: ZIELE, ZWECKE, INHALTE UND WESENTLICHE AUSWIRKUNGEN DER PLANUNG 1

1 GRUNDLAGEN 1
1.1 Planaufstellung/Planungsanlass 1
1.2 Räumlicher Geltungsbereich, Beschreibung und Lage des Plangebietes 2
1.3 Planungsrechtliche Situation 2
1.4 Bestandsaufnahme 4
1.5 Planverfahren 5
1.6 Flächenbilanz 5

2 PLANINHALTE 5
2.1 Städtebauliches Konzept 5
2.2 Art und Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1, Nr. 5 BauGB) 7
2.3 Bauweise, die überbaubaren und die nicht überbaubaren Grundstücksflächen sowie die Stellung der baulichen Anlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i. V. m. § 22, 23 BauNVO) 8
2.4 Verkehrsflächen gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB 9
2.5 Führung von unterirdischen Versorgungsleitungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 13 BauGB) mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zugunsten eines Erschließungsträgers zu belastenden Flächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB) 9
2.6 Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB) 9
2.7 Fläche für die Wasserwirtschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 16 BauGB) 11
2.8 Festsetzungen zum Klimaschutz (§ 9 Abs. 1 Nr. 23 BauGB) 11
2.9 Immissionsschutz (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB) 11
2.10 Flächen für das Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB) 12
2.11 Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern (§ 9 Abs. 1 Nr. 25b BauGB) 13
2.12 Naturschutz und Landschaftspflege 14

3 ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFTEN 14

4 BESONDERE ASPEKTE DER PLANUNG/BEGRÜNDUNG DER FESTSETZUNGEN 18
4.1 Hinweise und Nachrichtliche Übernahmen 18
4.2 Erschließung und Infrastruktur 20
4.3 Bodenverhältnisse und Altlasten 22
4.4 Wasser, Grundwasser, Brandschutz 23
4.5 Immissionsschutz 26
4.6 Denkmalschutz 30
4.7 Verhältnis zu angrenzenden Flächen 30
4.8 Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel 30
4.9 Naturschutz und Landschaftspflege 32
4.10 Artenschutz 33

5 UMWELTBERICHT 34

6 VERFAHRENSABLAUF UND ABWÄGUNG 34
6.1 Ergebnisse der öffentlichen Auslegung 35
6.2 Ergebnisse der parallel zur öffentlichen Auslegung durchgeführten Beteiligung der Träger öffentlicher Belange 35

7 EINGRIFF IN ANDERE PLANUNGEN (VERFAHRENSSCHLUSSVERMERK) 35

8 DURCHFÜHRUNG UND KOSTEN 35

TEIL II: UMWELTBERICHT 36

1 EINLEITUNG 36
1.1 Inhalte und Ziele des Bauleitplanes 36
1.2 Ziele des Umweltschutzes und deren Berücksichtigung bei der Planung 36
1.3 Prioritäre Ziele des Umweltschutzes 36
1.3.1 Raumordnung 36

1.3.2 Natura 2000-Verträglichkeit 36
1.3.3 Gemäß § 30 BNatSchG geschütztes Nassgrünland 38
1.3.4 Sonstige Schutzgebiete und geschützte Objekte nach Naturschutzrecht 39
1.3.5 Baumschutzverordnung 39
1.4 Sonstige allgemeine abwägungsrelevante Ziele des Umweltschutzes 41
1.5 Ziele des speziellen Artenschutzes – Unterlage zur Artenschutzprüfung 44
1.5.1 Relevante Arten, Situation im Plangebiet 46
1.5.2 Beurteilung der Verbotstatbestände 46

2 BESCHREIBUNG UND BEWERTUNG DER ERHEBLICHEN UMWELTAUSWIRKUNGEN 48
2.1 Beschreibung des derzeitigen Umweltzustandes und der voraussichtlichen Entwicklung bei Nichtdurchführung der Planung (Basisszenario) 48
2.1.1 Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt 49
2.1.2 Fläche und Boden 51
2.1.3 Wasser 51
2.1.4 Klima und Luft 53
2.1.5 Landschaft 54
2.1.6 Mensch 55
2.1.7 Kultur- und sonstige Sachgüter 56
2.1.8 Wechselwirkungen zwischen den Umweltschutzgütern 56
2.2 Entwicklung des Umweltzustandes bei Durchführung der Planung 56
2.2.1 Auswirkungen auf Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt 57
2.2.2 Auswirkungen auf Fläche und Boden 57
2.2.3 Auswirkungen auf das Wasser 58
2.2.4 Auswirkungen auf Klima und Luft 58
2.2.5 Auswirkungen auf die Landschaft 58
2.2.6 Auswirkungen auf den Menschen 58
2.2.7 Auswirkungen auf Kultur- und sonstige Sachgüter 59
2.2.8 Auswirkungen auf Wechselwirkungen zwischen den Umweltschutzgütern 59
2.3 Maßnahmen zur Vermeidung, Verhinderung, Verringerung und zum Ausgleich nachteiliger Umweltwirkungen 59
2.3.1 Maßnahmen zur Vermeidung, Verhinderung und Verringerung nachteiliger Umweltwirkungen 59
2.3.2 Maßnahmen zum Ausgleich nachteiliger Umweltwirkungen 61
2.4 Anderweitige Planungsmöglichkeiten 66
2.5 Schwere Unfälle und Katastrophen 66

3 ZUSÄTZLICHE ANGABEN 66
3.1 Verfahren und Schwierigkeiten 66
3.2 Geplante Maßnahmen zur Überwachung 66
3.3 Allgemein verständliche Zusammenfassung 67
3.4 Referenzliste der herangezogenen Quellen 68

Anhang zum Umweltbericht 69
Mögliche erhebliche Auswirkungen während der Bau- und Betriebsphase gemäß BauGB, Anlage 1, Nr. 2.b) Ziffer aa) bis hh) u. a. infolge 69
Biotoptypenplan (NWP, Januar 2021) 73
Artenliste Bremerhaven B-Plan 493, Kartierung Juli 2020 74

Anlagen

- Orientierende Baugrunduntersuchung (Voruntersuchung), Wohnbebauung Weg 89 zwischen Poggenbruchstraße und Lindenallee in 27572 Bremerhaven-Wulsdorf, Projekt-Nr.: 1911-3266, OWS Ingenieurgeologen, 48268 Greven, 31.01.2020
- Bodenschutzkonzept Neubau Wohnbebauung und KiTa „Weg 89“ zwischen Poggenbruchstraße und Lindenallee in 27572 Bremerhaven-Wulsdorf, Projekt-Nr.; 2109-4849 (3266), OWS Ingenieurgeologen, 48268 Greven, 11.11.2021
- Entwässerungsplanung, Erschließungsgebiet Weg 89, BEG, 18.03.2021
- Schalltechnische Untersuchungen im Rahmen des B-Planverfahrens Nr. 493 der Stadt Bremerhaven, ted, Bremerhaven, 28.02.2023
- NWP Planungsgesellschaft mbH (2021): Faunistisches Gutachten Brutvögel, Fledermäuse & Amphibien 2020
- Verkehrsgutachten zum B-Plan Nr. 493 "Poggenbruchstraße/Weg 89", Stadtplanungsamt Bremerhaven – 61/2, Stand Januar 2023

Abbildungsverzeichnis:

Abbildung 1: Auszug aus dem Flächennutzungsplan 2006 mit Verortung des Plangebietes und der geplanten Darstellung der 22. Änderung 3
Abbildung 2: Auszug aus dem Bebauungsplan Nr. 249 und Kennzeichnung der Überlappungsbereiche 4
Abbildung 3: Gestaltungskonzept (NWP, Januar 2023)....7
Abbildung 4: Quelle Stadtplanungsamt....10
Abbildung 5: Entwässerungskonzept, BEG, 18.03.2021 24
Abbildung 6: Kaltluftschneisen (NWP, 2023) 32
Abbildung 7: Lage und Entfernung der Schutzgebiete Bremerhavens zum Plangebiet....37
Abbildung 8: Lageübersicht Biotopbeseitigung und Biotopausgleich (Luftbildgrundlage GoogleEarth)....38
Abbildung 9: LaPro Bremen - Entwurf 2023, Ausschnitt Plan 1: Ziel- und Maßnahmenkonzept mit Kenntlichmachung Plangebiet (roter Kreis)....43
Abbildung 10: Lage des Plangebietes im Flächennutzungsplan Bremerhaven....44
Abbildung 11: Auszug Beikarte Naturräumliche Landschaftseinheiten, (Landschaftsprogramm Bremen, Plan 1, Entwurf 2023) 48
Abbildung 12: Auszug aus GEO-Net Umweltconsulting (2019); Planungshinweiskarte Nachtsituation 53
Abbildung 13: Auszug Karte Landschaftserleben, (Landschaftsprogramm Bremen, Karte E, Entwurf 2023)....55
Abbildung 14: Lageübersicht der Ausgleichsfläche (Kartenrundlage LGLN) 63
Abbildung 15: Luftbild (LGLN)....64
Abbildung 16: Lagedetails zur Ausgleichsfläche (Kartenrundlage LGLN)....65

Teil I: Ziele, Zwecke, Inhalte und wesentliche Auswirkungen der Planung

1 Grundlagen

1.1 Planaufstellung/Planungsanlass

Auf Grundlage des § 1 Abs. 3 des Baugesetzbuchs (BauGB) hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bremerhaven in ihrer Sitzung am 12.09.2019 die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 493 „Poggenbruchstraße/Weg 89" beschlossen.

Die Stadt Bremerhaven beabsichtigt, die Grünflächen beidseitig des Weges 89 in ein Wohngebiet umzuwandeln sowie eine Kindertagesstätte zu errichten. Es wird ein klassisches Wohngebiet mit einer kleinteiligen Bauweise für den Ein- und Zweifamilien- sowie ggf. Reihenhausbau. Durch die Bereitstellung des Gebietes soll der hohen Nachfrage nach Wohnraum Rechnung getragen werden. Der Neubau der Kindertagesstätte soll die wachsenden Bedarfe an Betreuungsplätzen in den neu entstehenden Wohngebieten bedienen.

Die Flächen im Plangebiet werden in der Wohnbaulandentwicklung bis 2025 als IIa-Priorität eingestuft. Die Charakteristik beschreibt die Fläche als „Wohnen im Grünen“. Aufgrund des demografischen Wandels soll bedarfsgerechter und barrierefreier Wohnraum an möglichst integrierten Standorten zur Verfügung gestellt werden.

Es besteht auch seitens des Vorhabenträgers das Interesse, die Grundstücksflächen innerhalb des Plangebietes derart zu ordnen, um möglichst nachfragekonformen Wohnungsbau zu errichten.

Letztlich ist Aufgabe der Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 493 „Poggenbruchstraße/Weg 89“, die planungsrechtliche Grundlage für ein standortadäquates Wohngebiet zu schaffen.

Ziele und Zwecke der Planung

Für das Plangebiet liegt aktuell kein Bebauungsplan vor. Die Erstellung des Bebauungsplans soll die Erschließung und Bebauung des Plangebietes sicherstellen. Im Plangebiet ergibt sich die Möglichkeit, eine bereits zentral erschlossene Fläche in landwirtschaftlicher Grünlandnutzung einer baulichen Nutzung zuzuführen. Diese grenzt in Teilen bereits an vorhandene Wohnbebauungen an.

Bislang wird das Gelände als landwirtschaftliche Fläche und Grünfläche genutzt und liegt im Außenbereich 1, östlich des Wohngebietes Stellmacherweg/Korbmacherweg, das Anfang der 2000-er Jahre von der Stäwog entwickelt wurde. Nunmehr ist geplant, das östlich anschließende Areal (das Vorhabengebiet) beidseitig des Weges 89 als neues Siedlungsgebiet zu erschließen und den bislang fragmentarisch abgebildeten Siedlungsrand bis auf die Höhe des Kleinbahnweges zu arrondieren.

Eine weitere Inanspruchnahme von Freiflächen, insbesondere in für die Stadtentwicklung ungünstigeren Lagen, kann durch diesen Standort vermieden werden.

Durch die Realisierung des Vorhabens soll auf dem Gelände ein allgemeines Wohngebiet entstehen. Um Bremerhavener/innen in Bremerhaven zu halten und Neubürger/innen zu gewinnen, gehört zum wohnungspolitischen Ziel der Seestadt Bremerhaven unter anderem die attraktive Gestaltung des Wohnungsangebotes und die Ergänzung mit Einrichtungen der sozialen Infrastruktur.

Eines der Leitbilder der Stadt Bremerhaven ist die Belebung und Verdichtung der vorhandenen Stadtquartiere, die mit Erholungs- und Umweltqualitäten in Verbindung stehen. Dabei sollen städtebaulich anspruchsvolle Bebauungskonzepte dem Zweck dienen, die Stadtentwicklungspotenziale der Hafenstadt nutzen zu können. Eine stabile Bevölkerungsentwicklung in der

Seestadt sorgt für eine Auslastung der vorhandenen verkehrlichen und sozialen Infrastruktur. Dazu gehören sowohl Mobilitätsangebote als auch Kitas, Schulen oder andere familien- und seniorenspezifische Einrichtungen. Das Vorhandensein von Wohnraum bzw. die Verfügbarkeit von Baugrundstücken spielt darüber hinaus auch für das Halten von Fachkräften in der Region und damit für die Stärkung Bremerhavens als Wirtschaftsstandort eine wichtige Rolle.

1.2 Räumlicher Geltungsbereich, Beschreibung und Lage des Plangebietes

Der Bebauungsplan Nr. 493 „Poggenbruchstraße/Weg 89“ befindet sich im östlichen Bereich des Stadtteils Wulsdorf. Im Norden verläuft die Poggenbruchstraße, im Süden die „Lindenallee“. Als verbindender Weg verläuft der „Weg 89“ von Nord nach Süd durch das Gebiet. Von Westen ist das Gebiet nicht verkehrlich zu erschließen, hier mündet der Stellmacherweg in einer Sackgasse. Östlich schließen eine Gehölzreihe und eine Gehölzfläche den Planbereich ab. Das Plangebiet hat eine Größe von knapp 4,58 ha.

Das Gelände ist in einem Großteil der Fläche unbebaut und wird als Weidefläche genutzt. Die Fläche wird von mehreren Entwässerungsgräben durchzogen, die im Randbereich einige Bäume aufweisen. Im Süden der Baufläche verläuft der Graben „Poggenbruchstraße/West". Auf einer Teilfläche im Süden befinden sich Kleingärten sowie auf einer Teilfläche im Norden provisorische Gebäude, die im Zuge der geplanten Neubaumaßnahmen abgerissen werden sollen.

Das überplante Gelände ist überwiegend flach und liegt nach dem Höhennivellement (Bodengutachten) auf einem relativ einheitlichen Höhenniveau von ca. 0,0-0,3 mNHN. Nur das etwa nördlichste Viertel der Fläche steigt flach bis auf ein Höhenniveau von ca. 2,8 mNHN an. Der Weg 89 liegt leicht erhöht, die Poggenbruchstraße weist eine Höhe von 3,50 m auf.

Östlich des Plangebietes verlaufen in ca. 100 m Entfernung zwei Bahngleisanlagen der Strecke Bremerhaven-Bremen.

Im Zuge der Beteiligungsverfahren wurde ein Flurstück aus dem Geltungsbereich entlassen. Das bisher städtische Flurstück 51 der Flur 58 in der Gemarkung Wulsdorf wurde durch Kaufvertrag an den Eigentümer der anliegenden Flurstücke 107 bis 111 verkauft mit dem Ziel der Verschmelzung der Flurstücke.

1.3 Planungsrechtliche Situation

Flächennutzungsplan

Der Flächennutzungsplan der Seestadt Bremerhaven aus dem Jahr 2006 stellt die Flächen des Plangebietes als Grünflächen dar. Demzufolge kann der Bebauungsplan Nr. 493 „Poggenbruchstraße/Weg 89“ nicht gemäß § 8 Abs. 2 BauGB aus dem Flächennutzungsplan entwickelt werden. Für die Realisierung des Bebauungsplanes muss eine Flächennutzungsplanänderung erfolgen. Die Änderung erfolgt im Parallelverfahren. Der FNP wird ausgehend des städtebaulichen Konzepts eine Wohnbaufläche nebst einer Fläche für den Gemeinbedarf darstellen.

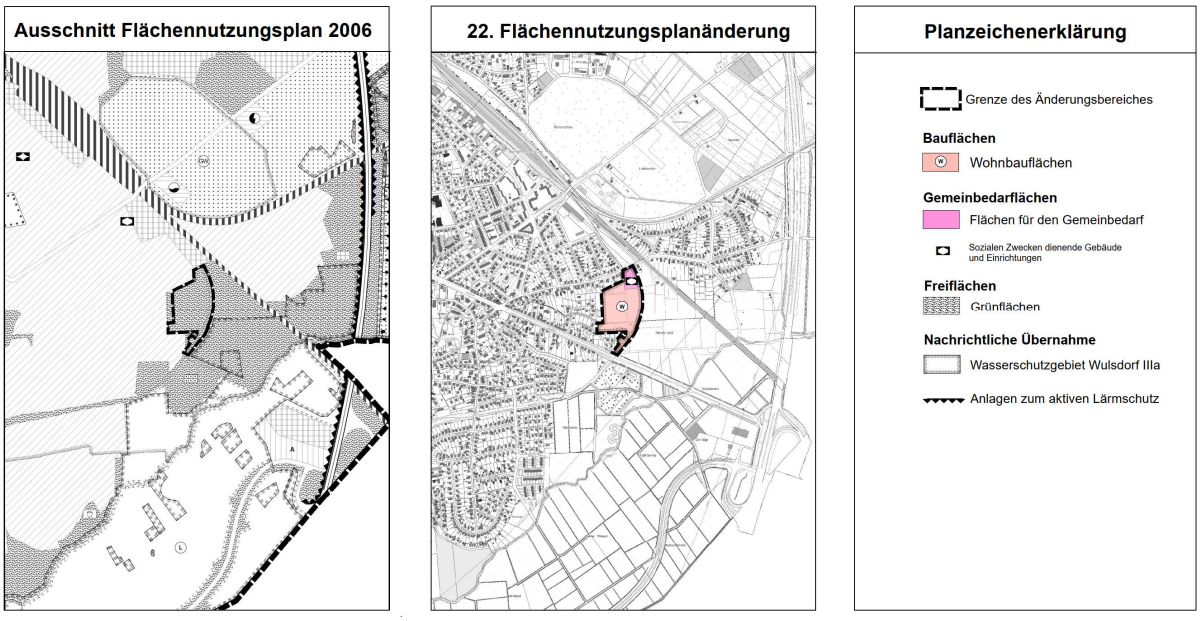


Abbildung 1: Auszug aus dem Flächennutzungsplan 2006 mit Verortung des Plangebietes und der geplanten Darstellung der 22. Änderung

Bebauungspläne

Für das Plangebiet existiert kein rechtskräftiger Bebauungsplan. Geringfügige Teile des Plangebiets „Poggenbruchstraße“ befinden sich auf einer Fläche von ca. 2.000 m² im Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 249 („Poggenbruchstraße/Lindenallee“, rechtskräftig seit dem 31.01.1989).

Der B-Plan Nr. 249 setzt für die nördliche Fläche eine Straßenverkehrsfläche und für die südliche Fläche ein WA mit Einzel- und Doppelhäusern mit einer GRZ von 0,3 nebst offener eingeschossiger Bauweise, einer zulässigen Dachneigung von mind. 40° sowie max. 2 WE pro Wohngebäude sowie eine Straßenverkehrsfläche fest. Eine textliche Festsetzung steuert eine mögliche Bebauung zwischen Baugrenze und Straßenbegrenzungslinie.

Die entsprechenden Flächen sind blau eingekreist.

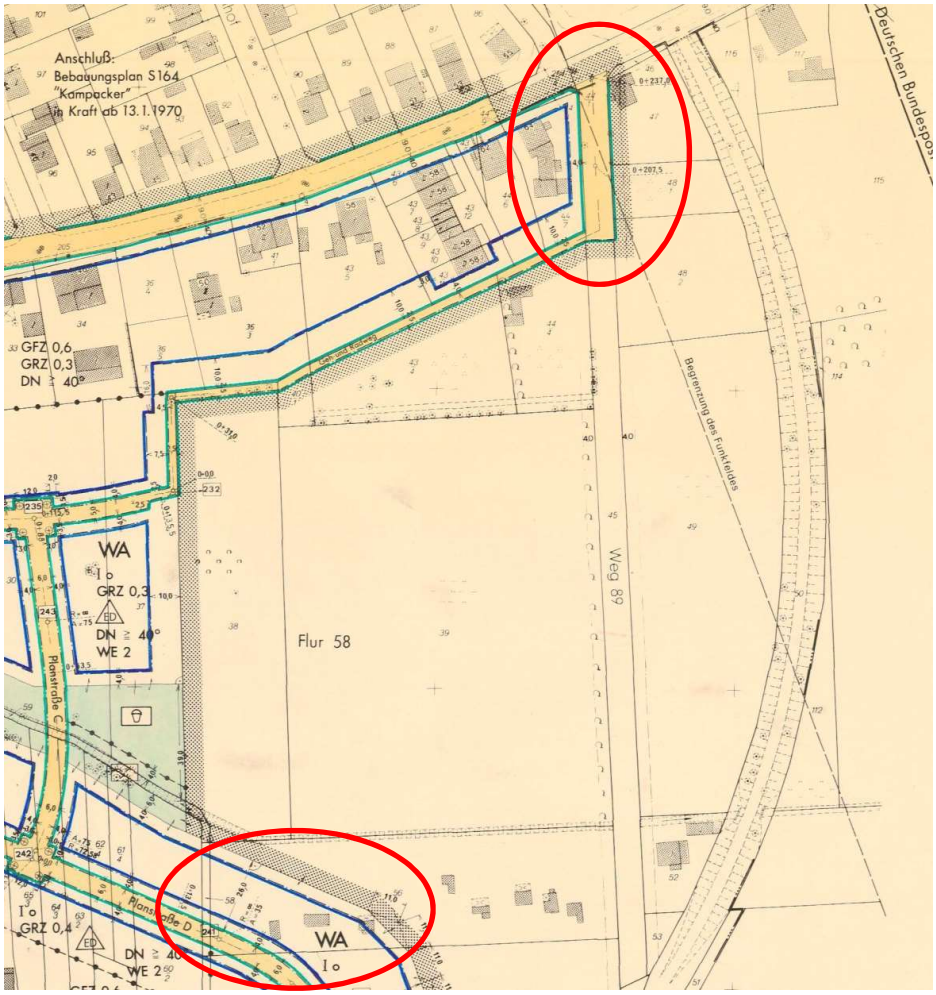


Abbildung 2: Auszug aus dem Bebauungsplan Nr. 249 und Kennzeichnung der Überlappungsbereiche

1.4 Bestandsaufnahme

Die Flächen des Bebauungsplanes Nr. 493 „Poggenbruchstraße/Weg 89“ sind aktuell als Dauergrünland und in Teilbereichen über eine Beweidung mit Nutztieren (Schafe und Pferde) genutzt. Das Plangebiet wird von Gewässern begrenzt und entwässert. Auf einer Länge von 250 m führt der Weg 89 mittig durch das Gebiet und schließt das Gebiet im Norden an die Poggenbruchstraße und im Süden an die Straße Lindenallee an.

Der östliche gelegene Plangebietsteil des Weges 89 grenzt im Norden direkt an die Poggenbruchstraße an. Der östliche Plangebietsteil ist ca. 250 m lang und in seiner maximalen Ausdehnung ca. 60 m breit. An seiner Ostkante verläuft eine schmale Fußgängerallee auf einem Wall (ehemaliger Bahndamm der Kleinbahn), die von beiden Seiten von Gehölzen eingeschlossen ist.

Im Westen begrenzt bestehende Wohnbebauung die Freiflächen des Plangebietes. Im Westen, Richtung Stellmacherweg, befindet sich ein ca. 30 m breiter Gehölzstreifen (Kompensationsfläche mit Regenrückhaltung), der die dahinter befindliche Wohnbebauung begrenzt. Die angrenzende Gebäudestruktur zeichnet sich durch freistehende Ein- und Mehrfamilienhäuser aus. Die Gebäude in den angrenzenden Baugebieten stehen in einer offenen Bauweise und sind durch Eingeschossigkeit gekennzeichnet.

Im südlichen Teil der Planfläche befinden sich aufgelassene Kleingärten, die mit Ruderalvegetation bewachsen sind.

1.5 Planverfahren

Die Ziele der Planung - planungsrechtliche Neuordnung des Erschließungssystems und Schaffung zusammenhängender Wohnbauareale - sowie die damit verbundenen Festsetzungsinhalte werden im Vollverfahren nach § 30 BauGB durchgeführt. Durch diesen Bebauungsplan wird zudem Zulässigkeit von Vorhaben begründet, die eine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung oder nach Landesrecht erfordert.

Bei der vorliegenden Bauleitplanung handelt es sich um einen Angebotsbebauungsplan, der Festsetzungen zu Wohnflächen, Grünflächen und Straßenverkehrsflächen beinhaltet.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist durch das Vollverfahren davon auszugehen, dass es sich um ein Vorhaben handelt, das unter die Prüfpflicht der Anlage 1 als "UVP-pflichtiges Vorhaben" des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) fällt. Mit der Erarbeitung des Umweltberichtes (Teil II der Begründung) wird dieser Anforderung Rechnung getragen.

Der rechtswirksame Flächennutzungsplan sieht als Planziel für das Vorhabengebiet Grünflächen vor. Im Sinne der Umsetzung des Vorhabens muss hier eine Änderung erfolgen und die beplante Fläche in Wohnbaufläche umgewandelt werden. Dazu ist ein Verfahren zur Flächennutzungsplanänderung erforderlich; hier die 22. Änderung.

1.6 Flächenbilanz

Art der Fläche	**Flächengröße in m²**
Geltungsbereich	**45.802 m²**
Allgemeines Wohngebiet	24.435 m²
Fläche für den Gemeinbedarf	3.509 m²
Öffentliche Verkehrsfläche/ VBZ	6.264 m²
Öffentliche Grünfläche davon Quartiersplatz 1.180 m² davon Regenrückhaltung 1.765 m² davon Grünanlage/Wegev. 6.383 m²	9.328 m²
Fläche für die Wasserwirtschaft/Gräben	2.266 m²

2 Planinhalte

2.1 Städtebauliches Konzept

Es ist beabsichtigt, innerhalb des Geltungsbereichs allgemeine Wohngebiete i. S. des § 4 BauNVO festzusetzen. Mit den gewählten städtebaulichen Dichtewerten lassen sich sowohl freistehende Einfamilienhäuser als auch Doppelhäuser realisieren. Der Grundstückszuschnitt ist je nach Nachfrage variabel wählbar. Im Gestaltungsentwurf sind Einzelhäuser und Doppelhäuser für ca. 47 Grundstücke im Ortsteil Jedutenberg dargestellt.

Die Siedlungsstruktur mit den geplanten freistehenden Einfamilienhäusern und Doppelhäusern entspricht der aufgelockerten Baustruktur der Planumgebung.

Die Grundflächenzahl wird durchgängig mit 0,4, die Geschossigkeit mit maximal I Vollgeschossen und die maximale Gebäudehöhe mit 9,50 m festgesetzt.

Mit der Festsetzung einer Gemeinbedarfsfläche mit der Zweckbestimmung „Kita/Kindergarten“ wird die Stadt Bremerhaven dem steigenden Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen im Stadtgebiet und auch hier im Plangebiet gerecht.

Die öffentliche Erschließung erfolgt vom Weg 89 aus, von dem im Westen zwei Erschließungsringe abgehen. Mit den vorgesehenen Straßenbreiten von 5,5-8,0 m mit teilweisen Aufweitungen auf 10,0 m im Kurvenbereich ist eine anliegertypische Erschließung möglich sowie auch die Realisierung von Stellplätzen im Straßenbereich. Im Süd-Westen wird die Erschließung bis an den Bestand herangeführt und somit eine Durchgängigkeit bzw. Erreichbarkeit hier ermöglicht. Vor dem Bereich der Gemeinbedarfsfläche bestehen zwei Straßenbereiche, die auf 13,0 m aufgeweitet sind und somit in der späteren Ausgestaltung Stellplatzbereiche ermöglichen können.

Die genannten Breiten sind sowohl auf die Entwässerungsplanung als auch auf die Belange der städtischen Vorgaben abgestimmt. Die entsprechenden Fachplanungen hierzu werden im weiteren Verfahren erarbeitet.

Das Plangebiet ist durchzogen von einigen Grabenstrukturen, die im Zuge der Erschließung in Teilen beibehalten bzw. teilweise auch verrohrt und für die Oberflächenentwässerung genutzt werden sollen. Eine offene Grabenführung soll als wesentliches Gestaltungsmerkmal zu diesem Gebiet gehören und dient gleichzeitig als klimarelevante Grünstruktur. Zur Sicherung der Oberflächenentwässerung wurde zugleich eine Fläche für eine Regenrückhaltung im Südosten des Plangebietes vorgesehen. Auch hier gilt, dass die konkrete Dimensionierung der wasserrechtlichen Anlagen fachgutachterlich ermittelt wurde.

Die im Plangebiet bestehenden Grünstrukturen umfassen neben den offenen Gräben im Wesentlichen die bestehende Fuß- und Radwegeverbindung auf einem Wall im Osten, die in der Planung Berücksichtigung findet. Die dort vorhandenen Baumbestände werden mit ihren Kronenausprägungen durch eine gezielte Anordnung der Baugrenzen in der Planung berücksichtigt.

Im zentralen Bereich des Plangebietes wird ein Quartiersplatz angelegt, der für unterschiedliche Zwecke genutzt und gestaltet werden kann. Möglich ist die Unterbringung eines Spielplatzes in Verbindung z. B. mit einem Nachbarschaftsplatz als Treffpunkt.

Im Zuge der Bauleitplanung müssen die gesunden Wohn- und Arbeitsverhältnisse gewahrt werden. Maßgebliche Geräuschimmissionen, die auf das Plangebiet einwirken können, sind durch die benachbarte Bahnstrecke zu erwarten. Ein im Vorfeld erstelltes Immissionsgutachten hat eine Belastung des Plangebietes durch die Bahnstrecke und den Wartungsstützpunkt ergeben. Maßnahmen im passiven Schallschutzbereich an den geplanten Gebäuden sind deshalb zu berücksichtigen. Diese Maßnahmen werden in die Planunterlagen eingearbeitet.

Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes verbunden sind Betrachtungen zu folgenden wesentlichen Belangen:

- Sicherstellung eines ausreichenden Schallschutzes vor Verkehrslärm/Schiene.
    - Sicherstellung der Oberflächenentwässerung und Schmutzwasserentsorgung der Baugebiete.
    - Eingriffsregelung zur Bestimmung des Umfangs und der Qualität der Ausgleichsmaßnahmen.
    - Klima- und Artenschutz, Untersuchungen und Maßnahmen zum Klima- und Artenschutz.
    - Stellplätze und Verkehrsabwicklung.



Abbildung 3: Gestaltungskonzept (NWP, Januar 2023)

2.2 Art und Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1, Nr. 5 BauGB)

Art der baulichen Nutzung

Gemäß der formulierten Zielsetzung werden Allgemeine Wohngebiete sowie eine Fläche für den Gemeinbedarf festgesetzt.

Allgemeine Wohngebiete

In den Allgemeinen Wohngebieten wird gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauNVO festgesetzt, dass die nach § 4 Abs. 3 Nr. 1, 3 bis 5 BauNVO (Betriebe des Beherbergungsgewerbes, Anlagen für

die Verwaltung, Gartenbaubetriebe, Tankstellen) ausnahmsweise zulässigen Nutzungen nicht Bestandteil des Bebauungsplanes werden.

Mit dem Ausschluss dieser potenziell störenden Nutzungen soll der gewünschte Wohncharakter des Plangebietes entwickelt werden. Zudem erfordern einige dieser Nutzungen einen hohen Flächenbedarf, der durch diese Planung nicht erfüllt werden kann.

Fläche für den Gemeinbedarf „Kindertagesstätte/Soziale Einrichtungen“

Auf den gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 5 BauGB festgesetzten Flächen für den Gemeinbedarf mit der Zweckbestimmung „Kindertagesstätte/Soziale Einrichtungen“ sind alle Gebäude und Nutzungen zulässig, die dem Nutzungszweck der besonderen Zweckbestimmungen entsprechen und diesen Nutzungen räumlich und funktional zuzuordnen sind.

Maß der baulichen Nutzung

Die Grundflächenzahl (GRZ) wird in den Allgemeinen Wohngebieten mit der Vorgabe von 0,4 an der Obergrenze des § 17 BauNVO angesiedelt und ermöglicht unter dieser Maßgabe eine optimale Ausnutzung der Fläche und zugleich die Option von grüngestalterischen Freiflächen in Gebäudenähe.

Für die Gemeinbedarfsfläche wird mit der Angabe von zwei (II) Vollgeschossen die bauliche Ausdehnung gesteuert. Weitere Festsetzungen werden nicht getroffen und bleiben der weiterführenden Ausführungsplanung überlassen. Mit der Festsetzung einer Gemeinbedarfsfläche wird der Standortnachfrage nach einer Kindertagesstätte entsprochen.

Die Geschossigkeit in den Allgemeinen Wohngebieten im Plangebiet wird mit einem (I) Vollgeschoss gemäß Planeinschrieb festgesetzt.

Für die Allgemeinen Wohngebiete werden maximale Gebäudehöhen festgesetzt. Der obere Bezugspunkt ist die Oberkante des Gebäudes, bezogen auf die der Erschließung des Grundstücks dienende öffentliche Verkehrsfläche, gemessen jeweils in der Fahrbahnmitte und der Gebäudemitte. Der untere Bezugspunkt der Gebäudehöhe ist die Sohle des fertigen Erdgeschossfußbodens des ersten zum Wohnen genutzten Vollgeschosses (Oberkante), gemessen in der Mitte des Gebäudes. Dieser darf in den Allgemeinen Wohngebiet (WA) maximal 0,30 m über der zur Erschließung des jeweiligen Baugrundstückes dienenden öffentlichen Verkehrsfläche, gemessen in der Fahrbahnmitte, liegen. Ausgenommen von dieser Bauhöhenbeschränkung sind untergeordnete Bauteile im Sinne des Bauordnungsrechts.

Die gewählten Gebäudehöhen von 9,50 m für die geplanten Gebäude fügt sich in die nachbarschaftlichen Bedingungen harmonisch ein.

2.3 Bauweise, die überbaubaren und die nicht überbaubaren Grundstücksflächen sowie die Stellung der baulichen Anlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i. V. m. § 22, 23 BauNVO)

Im gesamten Plangebiet gilt die offene Bauweise gemäß § 22 Abs. 2 BauNVO mit der Maßgabe eines seitlichen Grenzabstandes. Abweichend hiervon wird eine abweichende Bauweise festgesetzt, die Gebäudelängen von maximal 39 m ermöglicht. Mit diesem Maß sind ortsübliche und zeitgemäße Einzelhäuser und Doppelhäuser sowie in begrenztem Rahmen auch Reihenhäuser realisierbar.

In den Allgemeinen Wohngebieten sind Garagen und Carports im Sinne des § 12 BauNVO sowie Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO in Form von Gebäuden zwischen der vorderen Baugrenze und der Straßenverkehrsfläche nicht zulässig. Nicht überdachte Stellplätze sind darüber hinaus auch innerhalb dieses Bereiches zulässig. Diese Regelung ordnet die Flächen für den ruhenden Verkehr und hält zudem den halböffentlichen Raum zwischen Straßenfläche und Baukörper frei von baulichen Anlagen.

2.4 Verkehrsflächen gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB

Die Verkehrsflächen werden entsprechend den verkehrsplanerischen Vorgaben mit Breiten von 5,50 m (Verbindungsachsen Wohnstraßen), 7,0 m (Ringerschließung) und 8,0 m (Haupterschließung) als öffentliche Straßenverkehrsflächen festgesetzt. Im Bereich der Gemeinbedarfsfläche wird die öffentliche Verkehrsfläche auf 10,0 bzw. 13,0 m aufgeweitet, um hier ergänzende Stellplatzflächen im Bereich der Kindertagesstätte bereitstellen zu können.

In Ergänzung wird für die öffentliche Straßenverkehrsfläche die Zweckbestimmung „Verkehrsberuhigter Bereich“ getroffen, um den geplanten ruhigen Gebietscharakter als Wohngebiet zu unterstützen.

Die Wohnbauflächen des WA werden über die jeweiligen privaten Grundstücksflächen erschlossen. Die Zulässigkeiten sind hierzu auch ohne separate Festsetzungen gegeben.

2.5 Führung von unterirdischen Versorgungsleitungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 13 BauGB) mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zugunsten eines Erschließungsträgers zu belastenden Flächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB)

Im Geltungsbereich sind keine entsprechenden Leitungen bzw. Leitungsrechte festgesetzt. Im Zuge der Ausführungsplanung werden die erforderlichen Trassen für die Versorgungsanlagen innerhalb der Verkehrsbereiche angeordnet.

Gas- und Stromversorgung

Die Versorgung des Plangebietes mit Strom und Gas ist über die Anbindung an die bestehenden Systeme möglich.

Telekommunikation

Die Versorgung des Plangebietes mit den bestehenden Telekommunikationsleitungen möglich.

Die Planhinweise enthalten einen allgemeinen Hinweis zum Umgang mit Bestandsleitungen im weiteren Verfahren.

2.6 Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)

Im zentralen Bereich des Plangebietes liegt eine öffentliche Grünfläche mit der Zweckbestimmung „Quartiersplatz“, der neben der Deckung des Spielplatzbedarfes auch für eine allgemeine Nutzung zur Verfügung steht. Diese Fläche wird im Weiteren mit Gehölzen begrünt.

Die folgende Abbildung verdeutlicht zudem den Bedarf an weiteren Spielplatzflächen in diesem Teil des Stadtgebietes. Dargestellt sind die Spielplätze in der Planumgebung mit den fußläufigen Radien (Blau). Mit Errichtung der Grünfläche im Plangebiet wird eine räumliche Ergänzung der Spielplätze geschaffen.

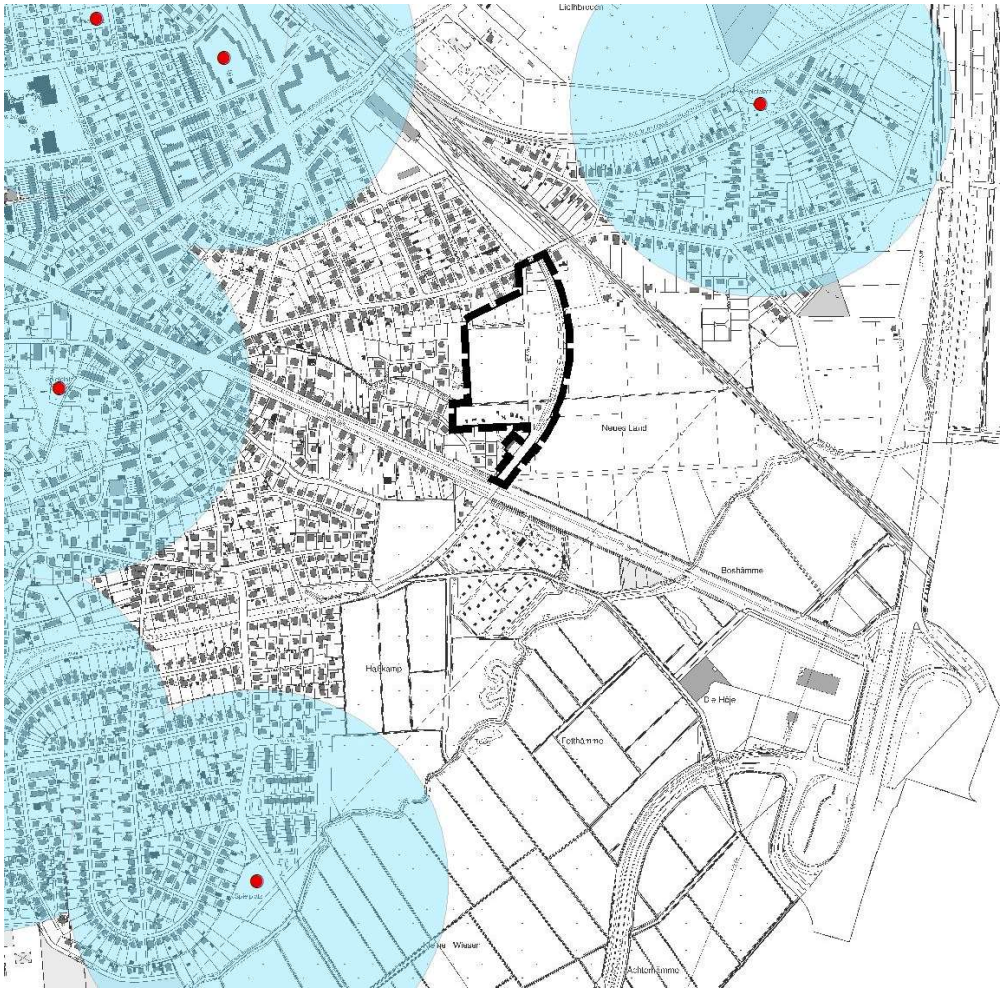


Abbildung 4: Quelle Stadtplanungsamt

Erreichbar ist diese Fläche über die angrenzenden Erschließungsstraßen mit Zuwegungen zur Grünfläche. Somit können auch kleinere Kinder diese Fläche gefahrlos innerhalb der Wohngebiete erreichen. Die Fläche ist ausreichend dimensioniert und bedarfsgerecht und kann auch eine Funktion als Quartiersplatz übernehmen. Innerhalb der Fläche sind mindestens zehn Laubbäume der Pflanzliste 2 „Laubbäume“ in Gruppen und Einzelstellung zu pflanzen. Abgänge sind gleichwertig zu ersetzen.

Entlang der östlichen Plangebietsgrenze verläuft eine begrünte, von älteren Bäumen begleitete Wegeverbindung auf einem kleinen Wall, die für Fußgänger und Radfahrer nutzbar ist und eine wichtige Verbindungsfunktion von Norden nach Süden darstellt.

Die Oberflächenentwässerung der Baugebiete und der Verkehrsanlagen erfolgt durch offene Gräben und Kanäle in den bzw. entlang der Planstraßen und mündet in einer geplanten Rückhalteeinrichtung im Südosten des Geltungsbereiches. Diese Rückhaltevorrichtung wird nach Maßgabe eines Entwässerungskonzeptes in einer öffentlichen Grünfläche mit der Zweckbestimmung „Regenrückhaltebecken“ gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB planerisch abgesichert. Die nicht für das Regenrückhaltebecken benötigten Flächen sind naturnah zu gestalten.

2.7 Fläche für die Wasserwirtschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 16 BauGB)

Oberflächenentwässerung und Schmutzwasserentsorgung

Die offene Grabenführung wird gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 16 BauGB als Fläche für die Wasserwirtschaft planerisch festgesetzt und dokumentiert somit den Grundsatz der offenen Grabenführung und Erschließung.

Das anfallende Schmutzwasser des Baugebietes wird über Kanäle in das vorhandene System eingeleitet. Die Trassen hierfür befinden sich innerhalb der öffentlichen Verkehrsflächen; demzufolge werden keine Festsetzungen hierzu erforderlich.

Regenrückhaltebecken:

In der Vorermittlung im Rahmen des Bauleitverfahren wurde ein erforderliches Rückhaltevolumen von ca. 600 m³ ermittelt. Das Regenrückhaltebecken wird in einer öffentlichen Grünfläche mit der Zweckbestimmung „Regenrückhaltebecken“ gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB als zulässig festgesetzt. Das Becken soll naturnah als Polderfläche konzipiert werden. Eine Einzäunung ist nicht notwendig. Gemäß DWA-102 ist eine Reinigungsstufe nicht erforderlich.

2.8 Festsetzungen zum Klimaschutz (§ 9 Abs. 1 Nr. 23 BauGB)

Im gesamten Geltungsbereich dieses Bebauungsplans sind die nutzbaren Dachflächen der Gebäude und baulichen Anlagen innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zu mindestens 50 % mit Photovoltaikmodulen zur Nutzung der einfallenden solaren Strahlungsenergie auszustatten (Solarmindestfläche).

Werden auf einem Dach Solarwärmekollektoren installiert, so kann die hiervon beanspruchte Fläche auf die zu realisierende Solarmindestfläche angerechnet werden.

Mit den getroffenen Festsetzungen werden die Vorgaben zum verbesserten Klimaschutz an Gebäuden deutlich manifestiert.

2.9 Immissionsschutz (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)

Um dem Schutzbedürfnis innerhalb von Wohn- und Schlafräumen Rechnung zu tragen, werden gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB Festsetzungen zum Immissionsschutz erforderlich. Diese geben mit der Definition von Lärmpegelbereichen nach DIN 4109-1 die Anforderungen an die Luftschalldämmung der Außenbauteile vor.

Bei der Errichtung von neuen Gebäuden oder der wesentlichen baulichen Änderung der Außenbauteile bestehender Gebäude innerhalb der gekennzeichneten Lärmpegelbereiche IV, V und VI des Plangebietes, die dem dauerhaften Aufenthalt von Menschen dienen, müssen die Mindestanforderungen an die Luftschalldämmung von den nach außen abschließenden Bauteilen von Aufenthaltsräumen der DIN 4109-1 eingehalten werden.

An Fassaden von Aufenthaltsräumen von Wohnungen sind die resultierenden Schalldämm-Maße (erf. R’w,res) gemäß Planeinschrieb durch die Außenbauteile einzuhalten.

Nach ständiger Rechtsprechung sind darüber hinaus auch Außenwohnbereiche in Form von Gärten und Terrassen in die Prüfung einzubeziehen. Diese Freibereiche sollten so angeordnet werden, dass sie eine Abschirmung durch das Gebäude gegenüber der Bahnstrecke erfahren. Zur Einschätzung der Geräuscheinwirkung für die wohnungsnahen Außenwohnbereiche kann das Tagesimmissionsraster mit der Immissionshöhe 2,9 m über Geländeoberkante herangezogen werden. Bei Ansatz einer Eigenabschirmung durch das Gebäude in offener Bauweise von 5 dB in könnten im ungünstigsten Fall noch Außenwohnbereiche mit einem einwirkenden Beurteilungspegel von ≤ 60 dB(A) realisiert werden.

Für die vom maßgeblichen Schienenverkehrsweg abgewandten Gebäudeseiten kann der maßgebliche Außenlärmpegel nach DIN 4109-2:2018-01, Abschnitt 4.4.5 ohne besonderen Nachweis bei offener Bebauung um 5 dB und bei geschlossener Bebauung bzw. bei Innenhöfen um 10 dB gemindert werden.

Weitere Verminderungen des maßgeblichen Außenlärmpegels, beispielsweise durch auftretende Abschirmeffekte vorgelagerter Bebauungen, können im Baugenehmigungsverfahren nachgewiesen werden.

Beim Einbau von Fenstern ist zu berücksichtigen, dass die für eine ausreichende Lüftung der schutzbedürftigen Räume erforderliche Einrichtung die Mindestanforderungen an die resultierende Schalldämmung der Außenwand nicht unterschreitet.

Im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens oder bei einer wesentlichen baulichen Veränderung ist der Nachweis zu erbringen, dass die Anforderungen, die sich aus der DIN 4109 für die Lärmpegelbereiche ergeben, durch die geplante Bauausführung eingehalten werden können. Günstige Gebäudestellungen (z. B. eine der Schallquelle abgewandte Gebäudeseite) können noch im Nachweisverfahren entsprechend Berücksichtigung finden.

Grundrissgestaltung Kindertagesstätte:

Zum Schutz der Nutzer dürfen bei der Errichtung von Gebäuden an der nördlichen Plangebietsgrenze innerhalb eines 25 m tiefen Randstreifens entlang der Poggenbruchstraße an der zur Poggenbruchstraße ausgerichteten Gebäudefassade keine schutzbedürftigen Räume gemäß DIN 4109 angeordnet werden.

2.10 Flächen für das Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB)

Ergänzend werden zur Aufrechterhaltung des Biotopverbundes und zur Gestaltung, Einbindung sowie Abschirmung des Gebietes weitere Pflanzmaßnahmen durchgeführt.

In den Allgemeinen Wohngebieten ist pro Grundstück ein standortgerechter, klimaangepasster und ökologisch wertvoller kleinkroniger Laubbaum oder ein Obstbaum gemäß Pflanzlisten als Hochstamm, Mindestqualität 12-14 cm, (10-12 cm Obstbäume) Stammumfang zu pflanzen und dauerhaft artgemäß zu entwickeln. Alle Maßnahmen, die zum Abgang der Gehölze führen, sind unzulässig. Ausfälle sind qualitativ zu ersetzen. Aufgesandete Flächen sind durch bodenverbessernde Maßnahmen für eine Pflanzung vorzubereiten.

Dieses Bepflanzungsgebot soll eine Durchgrünung und attraktive Gestaltung des Plangebietes auch bei der vorgesehenen planungsrechtlichen Umsetzung der Bauflächen und Straßenverkehrsflächen gewährleisten und dient gleichzeitig der Teilkompensation für die zu erwartende Versiegelung der Grundstücksflächen gemäß § 1 a Baugesetzbuch (BauGB).

Nachfolgend sind die verschiedenen Pflanzlisten für die Grüngestaltung im Bebauungsplangebiet dargelegt:

Pflanzliste 1: Strauchhecke

Botanischer Name	Deutscher Name
Amelanchier lamarckii	Kanadische Felsenbirne
Berberis vulgaris	Berberitze
Carpinus betulus	Hainbuche
Cornus mas	Kornelkirsche
Cornus sanguinea	Roter Hartriegel
Corylus avellana	Hasel
Crataegus monogyna; Crataegus laevigata	Weißdorn
Euonymus europaeus	Pfaffenhütchen
Fagus sylvatica	Rotbuche

Ligustrum vulgare	Liguster
Lonicera xylosteum	Rote Heckenkirsche
Rhamnus frangula	Faulbaum
Rhamnus cathartica	Kreuzdorn
Rosa canina	Hundsrose
Prunus spinosa	Schlehe
Sambucus nigra	Schwarzer Holunder
Taxus baccata	Eibe
Viburnum opulus	Schneeball

Pflanzliste 2: Laubbäume / Klimabäume

Botanischer Name	Deutscher Name
Acer campestre	Feldahorn
Carpinus betulus	Hainbuche
Liquidambar styraciflua	Amberbaum
Ostrya carpinifolia	Hopfenbuche
Prunus avium	Vogelkirsche
Prunus padus	Traubenkirsche
Quercus cerris	Zerr-Eiche
Quercus robur	Stieleiche
Sorbus aucuparia	Eberesche
Sorbus intermedia	Schw. Mehlbeere
Ulmus „Rebona“	Rebona Ulme

Pflanzliste 3: Obstgehölze als Auswahl

Apfelsorten	Birnen	Pflaumen/Zwetschgen
Boikenapfel	Bunte Julibirne	Hauszwetsche
Danziger Kantatapfel	Gute Graue	Große Grüne Reneklode
Dülmener Rosenapfel	Gute Luise	**Süßkirschen**
Grahams Jubiläumsapfel		Große Schwarze Knorpelkirsche
Landsberger Renette		Kassins Frühe
Ontario		
Prinzenapfel		
Schöner aus Lutten		

Die Stellplatzflächen werden nach Maßgabe der Vorgaben des Bremerhavener Stellplatzortsgesetzes begrünt, sh. Punkt 3 der Örtlichen Bauvorschriften. Weitergehende Festsetzungen hierzu sind nicht erforderlich.

2.11 Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern (§ 9 Abs. 1 Nr. 25b BauGB)

Die Erhalts- und Begrünungsfestsetzungen gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25b BauGB dienen zum einen der innergebietlichen Vermeidung und Minimierung von Beeinträchtigungen und zum anderen der innergebietlichen Kompensation und Gestaltung des neuen Quartieres.

Die im Plangebiet eingetragenen schützenswerten Einzelgehölze sind inklusive ihrer Wurzelbereiche und Kronentraufbereiche zu erhalten. Dieser Bereich ist dauerhaft von jeglichen bo-

denverändernden Maßnahmen wie z. B. Auftrag, Erdabtrag, Verdichtung, Ablagerung von Gegenständen und Schadstoffeintrag zu schützen. Bei Verlust des Baumes ist artgleich nachzupflanzen. Als Pflanzqualität ist eine Mindestqualität als Hochstamm > 20 cm Stammumfang, 3xv, zu verwenden.

2.12 Naturschutz und Landschaftspflege

Gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB sind die Belange des Umweltschutzes einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege bei der Aufstellung der Bauleitpläne zu berücksichtigen, insbesondere die

- Auswirkungen auf Tiere, Pflanzen, Fläche, Boden, Wasser, Luft, Klima und das Wirkungsgefüge zwischen ihnen sowie die Landschaft und die biologische Vielfalt,
  - die Erhaltungsziele und der Schutzzweck der Natura 2000-Gebiete,
  - Darstellungen von Landschaftsplänen sowie sonstigen Plänen.

Das Plangebiet erstreckt sich auf etwa 4,58 ha vormaliger Kleingärten, Grünland und den ehemaligen Bahndamm am östlichen Siedlungsrand von Wulsdorf.

Nach den Ergebnissen der faunistischen Untersuchungen sind keine besonderen Qualitäten für Brutvögel, Fledermäuse oder Amphibien betroffen.

Die zusätzlich zu erwartende Versiegelung von etwa 2,1 ha begründet erhebliche Beeinträchtigungen für den Boden und für Tiere und Pflanzen.

Vermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen

Der wertgebende Siedlungsrand und einzelne ortsbildprägende Gehölze werden erhalten.

Weiterhin sind innerhalb des Plangebietes Maßnahmen zur Regenrückhaltung und Baumpflanzungen vorgesehen.

Der Ausgleich für kleinflächig betroffenes gemäß §30 BNatSchG geschütztes Nassgrünland wird in der nahen Rohrniederung ausgeglichen.

Der Ausgleich für den naturschutzrechtlichen Eingriff wird in der Nachbargemeinde Schiffdorf in Wehdel durch Grünlandextensivierung einen gebietsexternen Ausgleich auf etwa 6,86 ha sichergestellt.

Zur Schaffung von Ausweichmöglichkeiten für den möglichen Verlust von Brutplätzen für den Star werden in der näheren Umgebung (z.B. in den Gehölzen entlang der ehemaligen Bahnlinie) mindestens vier Nistkästen installiert und dauerhaft gepflegt.

3 Örtliche Bauvorschriften

Um bestimmte baugestalterische Absichten zu verwirklichen, werden gemäß § 86 Abs. 1 Bremische Landesbauordnung (BremLBO) i.d.F. vom 04.09.2018, zuletzt geändert durch das Gesetz vom 22. September 2020 (Brem.GBl. 2018 S. 963) die folgenden örtlichen Bauvorschriften für den Geltungsbereich dieses Bebauungsplanes erlassen.

Sofern nicht anders definiert, gelten die Örtlichen Bauvorschriften für alle Baugebiete im Geltungsbereich dieses Bebauungsplanes.

1. Dachgestaltung

1.1 Dachformen

Hauptgebäude sind mit geneigten Dächern zu errichten. Die Dachneigung beträgt mindestens 30°. Ausgenommen von dieser Vorschrift sind:

- Gebäudeteile mit untergeordneter optischer Wirkung, z.B. Vordächer, Terrassendächer

- Wintergärten
- abgewalmte Flächen von Walm- und Krüppelwalmdächern

An den Traufseiten der Hauptgebäude sind so genannte Friesengiebel (Frontspieße) und Zwerggiebel mit einer Dachneigung von maximal 68° zulässig, sofern deren Firsthöhe sich dem Hauptdach unterordnet und die Giebelbreite unter 50% der Länge des Hauptgebäudes beträgt.

Alle Flachdächer eingeschossiger Gebäudeteile sind extensiv zu begrünen.

Ausgenommen von den vorgenannten Festsetzungen sind Solar-, Photovoltaikanlagen, Wintergärten sowie untergeordnete Gebäudeteile z.B. Vordächer und technisch bedingte Aufbauten.

1.2 Dachdeckung / Dachfarbe

Für die Dachdeckungen von Hauptgebäuden dürfen ausschließlich nicht glänzende Materialien verwendet werden. Es sind nur Dachbeläge mit Dachziegeln in einem roten (rot- /, rotblau-/, rotbraun- / bzw. braun-bunt) Farbton, Schiefereindeckung in roten und rotbraun Farbtönen zulässig.

Im gesamten Plangebiet dürfen aus ökologischen Gründen keine ungeschützt bewitterten, metallischen Dachdeckungen verwendet werden.

Ausgenommen von den vorgenannten Festsetzungen sind Solar-, Photovoltaikanlagen, Wintergärten sowie untergeordnete Gebäudeteile z.B. Vordächer und technisch bedingte Aufbauten.

Begründung:

Das Dach eines jeden Einzelgebäudes sowie die Summe der Dachlandschaften des Siedlungsbereiches stellen einen wichtigen Faktor der Gestaltungselemente dar. In der Planumgebung stellt das geneigte Satteldach die typische Dachlandschaft dar. Das Satteldach, bestehend aus zwei gegeneinander ansteigenden Dachflächen, wobei senkrechte dreieckige Giebel entstehen, ist die weitverbreitetste Dachform in der Region. Viele Dächer sind jedoch aufgrund von neueren Entwicklungen in den letzten Jahrzehnten abgewandelt worden oder passen sich den bautechnischen Vorgaben zur Nutzung erneuerbarer Energien auf dem Dach an. Diese Entwicklung soll in diesem Gebiet ebenfalls ermöglicht werden, sofern der Grundsatz des geneigten Daches als hauptsächliches Gestaltungsmerkmal ortsbildprägend bleibt.

Der Festlegung der Dachneigung liegt die charakteristische Erscheinungsform ortstypischer Gebäude zugrunde. Um ein intaktes Ortsbild in seiner Gesamterscheinung zu gewährleisten, sind untypische Dachformen für die Hauptgebäude unzulässig.

Hinsichtlich der Farbgestaltung der Dachlandschaften wird das Spektrum, vergleichbar mit den baulichen Nachbarschaften, breit gewählt, um hier einen Gestaltungsspielraum zu ermöglichen. Dabei werden jedoch schwarze Töne ausgeschlossen, um eine zusätzliche Gebäudeaufheizung durch die Sonneneinstrahlung (Albedo-Effekt) im Sommer zu unterbinden.

Für Garagen und Nebenanlagen als Gebäude sowie für untergeordnete Gebäudeteile wie Erker oder Wintergärten sind vom Flachdach bis zum geneigten Dach alle Dachformen zulässig. Da sich diese Gebäude sowohl in deren Größe als auch in der Funktion dem Hauptgebäude unterordnen, bestehen gegen eine Zulassung bezüglich des Siedlungsbildes keine Bedenken.

2. Fassadengestaltung

In den Allgemeinen Wohngebieten sind als Außenmaterial der Hauptbaukörper Klinker, Putz und Holz zulässig. Die Fassaden der Hauptbaukörper müssen zu mindestens 70 % aus Klinkermauerwerk bestehen. Fensterflächen bleiben bei der Berechnung unberücksichtigt.

Als Fassadenmaterial sind nur Verblend- und Klinkermauerwerk in rot- /, rotblau- /, rotbraun- / bzw. braun-bunter und sand-beiger Farbe, sowie Putzfassaden in hellen abgetönten Farben (weiß, hellgrau, beige) mit einem Hellbezugswert von >75 sind zulässig.

Nebenanlagen in Form von Gebäuden und Garagen müssen sich hinsichtlich der Farb- und Materialgestaltung dem Hauptgebäude anpassen.

Begründung:

Die Fassade eines Gebäudes hat einen sehr hohen optischen Einfluss auf das Siedlungsbild eines Gebietes. Um hier störende Elemente zu vermeiden werden die zulässigen Materialien und Farben in einer Bandbreite beschrieben, die dem bestehenden Siedlungsbild in der Planumgebung entsprechen.

3. Einfriedungen/Vorgärten

Einfriedungen von Baugrundstücken zu öffentlichen Bereichen hin sind nur als Laubgehölzhecken aus standortgerechten und heimischen Arten zulässig.

Grenzzäune, die einen geschlossenen Charakter aufweisen, sind im gesamten Geltungsbereich in allen Höhen unzulässig. Einfriedungen dürfen eine Höhe von 1,20 m nicht überschreiten.

Alle Höhenmaße beziehen sich auf die Oberkante der nächstgelegenen angrenzenden Verkehrsfläche bzw. der Erschließungswege gemäß § 86 Abs. 1 Nr. 5 BremLBO.

Die Vorgartenflächen (straßenseitige Grundstücksbereiche bis zum Gebäude) sind gemäß § 86 Abs. 1 Nr. 6 BremLBO gärtnerisch zu gestalten und als Grünbeete/ Grünflächen anzulegen. Stein-, Kies-, Schotter-, Pflasterflächen sowie die Verwendung von Kunststoffvlies außerhalb der erforderlichen Erschließungsflächen sind unzulässig. Im Übrigen gilt § 8 Abs. I BremLBO.

Begründung:

Die gestalterischen Vorgaben für die nicht überbaubare Grundstücksfläche dienen einer angemessenen Durchgrünung des Baugebietes und einer naturnahen Einbindung der Grundstücke in den Siedlungszusammenhang.

Die Kommunen haben die Möglichkeit, die Gestaltung von Grünflächen durch örtliche Bauvorschrift näher zu regeln. Auch kann ein Bebauungsplan mit bestimmten Festsetzungen den Verpflichteten in der Wahl der Gestaltungsmöglichkeiten der in Rede stehenden Flächen beschränken.

Die Bremische Bauordnung regelt bzw. schreibt vor, dass nicht überbaute Flächen von Baugrundstücken Grünflächen sein müssen, soweit sie nicht für eine andere zulässige Nutzung erforderlich sind. An solchen Flächen besteht auch ein öffentliches Interesse, da sie für Pflanzen und Insekten einen wertvollen Lebensraum darstellen. Entsprechende Freiflächen können mit Rasen oder Gras, Gehölzen, anderen Zier- oder Nutzpflanzen bedeckt sein. Plattenbeläge, Pflasterungen und dergleichen sind allenfalls zu den Grünflächen zu zählen, wenn sie eine verhältnismäßig schmale Einfassung von Beeten usw. darstellen. Auf diesen Flächen muss die Vegetation überwiegen, so dass Steinflächen aus Gründen der Gestaltung oder der leichteren Pflege nur in geringem Maße zulässig sind.

4. Einstellplätze

Gemäß § 49 i. V. m. § 86 Abs. 1 Nr. 4 BremLBO ist die Anzahl der privaten Einstellplätze (ein Stück pro Wohneinheit) auf den privaten Grundstücken nachzuweisen.

Die Stellplatzflächen sind gemäß den Vorgaben des Bremerhavener Stellplatzortsgesetzes (06.12.2012) zu gestalten. Demnach ist je sechs Stellplätze ein großkroniger Laubbaum zu

pflanzen. Die Pflanzorte sind so zu wählen, dass durch die Bäume der Eindruck der befestigten Flächen abgemildert wird.

Die zu pflanzenden Bäume müssen in 1,00 m Höhe einen Stammumfang von mindestens 20 cm haben. Für jeden Baum ist ein Wurzelraum von mindestens 12 m³ mit Baumsubstrat herzustellen. Um jeden Baum ist eine Fläche von mindestens der Größe eines Stellplatzes von jeder Befestigung mit Ausnahme von luft- und wasserdurchlässigen Abdeckungen freizuhalten und baulich gegen ein Be- und Überfahren zu sichern. Die Bäume sind fachgerecht zu pflanzen und zu unterhalten. Sie müssen bei Verlust durch gleichwertige Neupflanzungen ersetzt werden.

Begründung:

Die gestalterischen Vorgaben für die Stellplatzflächen dienen einer angemessenen Durchgrünung und einer naturnahen Einbindung der Flächen für den ruhenden Verkehr in den Siedlungszusammenhang.

5. Maßnahmen zum Klimaschutz

Versickerung

Das auf den Dachflächen anfallende Niederschlagswasser, welches nicht als Brauchwasser genutzt wird, ist in das vorgesehene Grabensystem einzuleiten, soweit es nicht auf den Grundstücken zur Versickerung gebracht wird.

Begründung:

Als Grundsatz beim Umgang mit unbelastetem Oberflächenwasser ist die Vermeidung von anfallenden Oberflächenwasserabflüssen und eine Versickerung über die belebte Bodenzone. Daher sind die bestehenden Versickerungsmöglichkeiten vor Ort zu prüfen und – sofern geeignet – in die Gesamtbetrachtung einzustellen.

6. Bußgeldtatbestand

Ordnungswidrig im Sinne des § 83 Abs. 1 Nr. 1 Brem LBO handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig einer in örtlichen Bauvorschriften über die Gestaltung (Bauordnungsrechtliche Festsetzungen Nr. 1-5) zuwiderhandelt. Die Ordnungswidrigkeiten können gemäß § 83 Abs. 3 Brem LBO mit einer Geldbuße von bis zu 500.000 Euro geahndet werden.

4 Besondere Aspekte der Planung/Begründung der Festsetzungen

4.1 Hinweise und Nachrichtliche Übernahmen

Hinweise

Bodenschutz

Sollten bei geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde gemacht werden, wird darauf hingewiesen, dass diese Funde meldepflichtig sind. Es wird gebeten, die Funde unverzüglich einer Denkmalbehörde oder einem Beauftragten für die Archäologische Denkmalpflege zu melden. Der Beginn der Erdarbeiten ist dem Landesarchäologen rechtzeitig bekannt zu geben. Dem Landesarchäologen ist eine lückenlose und ungehinderte Beobachtung sämtlicher Erdarbeiten zu ermöglichen.

Auf Basis des bestehenden Bodenschutzkonzeptes (OWS Ingenieurgeologen, vom 11.11.2021) ist das Bauvorhaben durch eine bodenkundliche Baubegleitung nach DIN 19639 zu begleiten und zu dokumentieren.

Nach Fertigstellung der Erdarbeiten hat der unversiegelte Oberboden 0 – 0,4 m) die Vorsorgewerte nach Bundesbodenschutz- und Altlastenverordnung einzuhalten. Die Einhaltung der Vorsorgewerte ist im Rahmen der bodenkundlichen Baubegleitung zu dokumentieren. Die Dokumentation ist dem Umweltschutzamt nach Vorlage durch den Vorhabenträger unaufgefordert zu übersenden.

Altlastenverdachtsflächen/Entsorgung/Kampfmittel

Sollten bei geplanten Bau- und Erdarbeiten Hinweise auf Altablagerungen bzw. Altstandorte und Bodenverunreinigungen zutage treten, so ist unverzüglich die zuständige Abfallbehörde zu benachrichtigen.

Sollten bei Erdarbeiten andere Kampfmittel (Granaten, Panzerfäuste, Minen usw.) gefunden werden, benachrichtigen Sie bitte umgehend die zuständige Polizeidienststelle, das Ordnungsamt oder den Kampfmittelbeseitigungsdienst des Landes Bremen.

Leitungstrassen Versorgungsunternehmen/Neubau

Bei geplanten Ausbaumaßnahmen unterliegen die Unternehmen einer Erkundungs- sowie einer Prüfungspflicht über die vorhandenen Leitungen. Die aktuelle Auskunft ist bei dem jeweiligen Versorgungsunternehmen einzuholen. Eine rechtzeitige Terminabsprache vor Baubeginn und gegebenenfalls eine gemeinsame Trassenbegehung ist erforderlich. Die erforderlichen Sicherungsmaßnahmen sind rechtzeitig vor Baubeginn mit allen Beteiligten abzustimmen.

Neu errichtete Gebäude, die über Anschlüsse für Endnutzer/innen von Telekommunikationsdienstleistungen verfügen sollen, sind gebäudeintern bis zu den Netzabschlusspunkten mit hochgeschwindigkeitsfähigen passiven Netzinfrastrukturen (Leerrohre, § 3 Abs. 17b Telekommunikationsgesetz (TKG)) sowie einem Zugangspunkt zu diesen passiven gebäudeinternen Netzkomponenten auszustatten.

Besonderer Artenschutz

Die Vorschriften über den besonderen Schutz bestimmter Tier- und Pflanzenarten gemäß § 44 Bundesnaturschutzgesetz (besonderer Artenschutz) sind unmittelbar gültig und auch auf den räumlichen Geltungsbereich des vorliegenden Bebauungsplans anzuwenden. Die im Zuge des Bauleitplanverfahrens vorgenommene vorausschauende Prüfung der artenschutz-rechtlichen Verträglichkeit entbindet nicht von der Einhaltung der Vorschriften im konkreten Einzelfall.

Zur Vermeidung des Eintretens von Verbotstatbeständen ist der Bau bzw. die Baufeldfreimachung nur außerhalb der Brutzeit vorzunehmen. Gehölze können nur vom 01. Oktober bis zum 28./29. Februar beseitigt werden. Im Hinblick auf Fledermäuse ist dieser Zeitraum bis Mitte November vorsorglich einzuschränken, um sicherzustellen, dass keine Fledermäuse in potenziellen Quartierstrukturen vorhanden sind. Sollte die Fällung vor Mitte November erfolgen, ist unmittelbar davor eine Kontrolle der Bäume auf Höhlen und Spalten auf Fledermausbesatz erforderlich (gegebenenfalls mit Endoskop und Hubsteiger). Eine Durchführung dieser Kontrolle im Sommer ist nicht zielführend, da hierdurch keine Kenntnisse über die Quartiernutzung im Herbst erlangt werden können.

Zur Schaffung von Ausweichmöglichkeiten für den möglichen Verlust von Brutplätzen für den Star sind in der näheren Umgebung (z.B. zwischen dem ehemaligen Bahndamm und den Baugrundstücken mit Entwicklung einer Ruderalflur als Abstandsfläche und öffentlicher Grünfläche oder / und z.B. in den Gehölzen entlang der ehemaligen Bahnlinie) mindestens vier Nistkästen zu installieren, dauerhaft zu pflegen und bei Abgang zu ersetzen. Verantwortlich für Ausführung, Unterhaltung und Sicherung der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen ist der Verursacher oder dessen Rechtsnachfolger (§ 15 Abs. 4 BNatSchG)..

Sonstige Vermeidungsmaßnahmen

Auf der Umsetzungsebenen sind als geeignete Maßnahmen zur Vermeidung von negativen Auswirkungen auf Nachtfalter-Populationen die Möglichkeiten zur

- Verwendung insektenfreundlicher Lampen wie z.B. Natrium-Hochdrucklampen oder LED-Beleuchtung,
- Reduktion von Beleuchtungsstärke / Leuchtdichte (Halbnachtschaltung)
- und zur Optimierung der Leuchten hinsichtlich Dichtigkeit, Abstrahlrichtung und Lichtpunkthöhe zu beachten.

DIN Normen/Technische Regelwerke

Die in den Planunterlagen (Planzeichnung, Begründung) genannten DIN-Normen, Technischen Regelwerke oder Farbregister sind bei der Stadtverwaltung Bremerhaven zu den üblichen Dienststunden einzusehen.

Externe Ausgleichsflächen:

Zum weiteren Ausgleich des Eingriffs in Natur und Landschaft aufgrund des Bebauungsplans Nr. 493 der Stadt Bremerhaven werden in der Gemeinde Schiffdorf, Gemarkung Wehdel, Flur 5, Flurstück 26 landschaftspflegerische Maßnahmen auf 68.763 m² durchgeführt und dem vorliegenden Bebauungsplan Nr. 493 der Stadt Bremerhaven als Ausgleich zugeordnet sowie vertraglich gesichert.

Nachrichtliche Übernahme

Baumschutzsatzung

Im Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist die Verordnung zum Schutze des Baumbestandes im Lande Bremen (Baumschutzverordnung) vom 03.06.2014, zuletzt geändert durch Artikel 1 Abs. 9 des Gesetzes vom 27.05.2014 (BremGBl. S. 263), zu beachten.

Geschützt sind demzufolge:

1. Laubbäume einschließlich Schalenobst grundsätzlich mit einem Stammumfang von mindestens 120 cm,
2. Obstbäume, die keiner erwerbsgärtnerischen Nutzung unterliegen, sowie Bäume der Gehölzarten Ilex (Stechpalme), Taxus (Eibe) und Crataegus (Weiß- oder Rotdorn) mit einem Stammumfang von mindestens 80 cm,

3. Bäume der Gehölzarte Salix (Weide) mit einem Stammumfang von mindestens 300 cm sowie als Kopfweiden ausgebildete Bäume der Gehölzart Salix (Weide) mit einem Stammumfang von mindestens 120 cm,
4. Nadelbäume, außer Taxus (Eibe), mit einem Stammumfang von mindestens 300 cm.

Im Zuge der nachfolgenden Genehmigungsverfahren wird eine Prüfung auf der Grundlage der Bremischen Baumschutzverordnung vorgenommen und ein gesondertes Genehmigungsverfahren durchgeführt.

Zu erhaltende Bäume innerhalb und im Umfeld des Geltungsbereiches sind bauzeitlich gemäß DIN 18920 und RAS LP4 zu schützen.

Flugsicherung

Bei Überschreitung der Höhe von 100 m über Grund durch bauliche Anlagen oder Teile solcher sowie durch alle anderen Hindernisse ist die Zustimmung bzw. Genehmigung der Luftfahrtbehörde gemäß § 14 bzw. 15 des Luftverkehrsgesetzes einzuholen.

Bremerhavener Stellplatzortsgesetz

Im Plangebiet gilt das Ortsgesetz der Stadt Bremerhaven über Kraftfahrzeugstellplätze und Fahrradstellplätze, das Bremerhavener Stellplatzortsgesetz vom 06.12.2012.

4.2 Erschließung und Infrastruktur

Verkehrskonzept/Erschließung

Das Verkehrskonzept des Stadtplanungsamtes hat unter Berücksichtigung eines ersten Vorentwurfes (2021), der zudem noch Geschosswohnungsbauten enthielt, für das Baugebiet ein zusätzliches Verkehrsaufkommen von insgesamt rund 720 Wege ermittelt. Mit der Überplanung des städtebaulichen Entwurfes wurde das Verkehrskonzept angepasst (Januar 2023).

Unter Berücksichtigung der angepassten Annahmen (4 Wohneinheiten in Doppelhäusern und 37 Wohneinheiten in freistehenden Einfamilienhäusern) sowie der Ergänzung um eine Kindertagesstätte wurde die tägliche zu erwartende Verkehrsmenge ermittelt.

Im Ergebnis wurden ca. 430 zusätzliche Pkw-Fahrten im Ziel- und Quellverkehr ermittelt. Für die Kindertagesstätte wurden ca. 150 Pkw-Fahrten zugeordnet, so dass in Summe mit ca. 580 zusätzlichen Kfz-Fahrten zu rechnen ist. Dem Schwerverkehr wurden fünf Fahrten/Tag zugerechnet, die nur einen geringen Anteil (1,2 %) bedeuten.

Mit Anpassung des städtebaulichen Entwurfes (Januar 2023) und dem Verzicht auf den Geschosswohnungsbau ist eine Reduktion der ursprünglichen Fahrten im Vergleich zum Planstand 2021 eingetreten.

Großräumige Veränderungen durch das Plangebiet sind demzufolge nicht zu erwarten. Jedoch wird festgestellt werden, dass die Verkehrsbelastung insbesondere auf der Lindenallee sowie auf der Poggenbruchstraße insgesamt zunehmen wird (jeweils um etwa 300 Kfz/d). Ob in Zukunft eine Instandsetzung bzw. Sanierungsbedarf entsteht, kann nicht beurteilt werden. Jedoch kann derzeit kein ursächlicher Zusammenhang mit der Gebietsentwicklung festgestellt werden.

Auf eine Feinverteilung der Verkehre im Planungsgebiet wurde verzichtet. Sofern notwendig, können etwaige Belastungen anhand der Zuordnung der Nutzung abgeschätzt werden.

Um die Kfz-Fahrten zu mindern und somit die schalltechnische Belastung zu minimieren, sollte bereits von Beginn an darauf geachtet werden, dass Fuß- und Radwegverbindungen attraktiv

gestaltet bzw. im städtischen Verkehrsnetz berücksichtigt werden. Zudem sollten die fußläufigen Verbindungen das vorhandene ÖPNV-Angebot (Haltestelle) berücksichtigen.

Die Erschließung des Plangebietes kann grundsätzlich als gesichert angenommen werden. Im Gebiet wird empfohlen, auf einen verkehrsberuhigten Bereich mit entsprechender Gestaltung der Straßenräume abzustellen. Zudem ist darauf zu achten, dass Bring- und Holverkehre im Kitabereich vom Einmündungsbereich mit der Poggenbruchstraße ferngehalten werden.

ÖPNV

Das Plangebiet ist in städtischer Randlage zu verorten. Das Plangebiet wird durch Linien RS2 und RB33 am Bahnhof Wulsdorf sowie die Linien 506 an der Haltestelle Ringstraße erschlossen. An der Bahnhofstraße werden die Linien 502 und 517 erreicht. Die Linie 519 verkehrt zusätzlich als AnrufLinienTaxi.

Für den Rad- und Fußverkehr besteht ein guter Anschluss an das städtische Netz. Grundsätzlich muss von einem höheren Anteil an Fahrten ausgegangen werden, der auf der sicheren Seite am oberen Ende der Schwankungsbreite mit 70 % für die EFH und 60 % für DH angenommen wird. [1]

Stellplatzflächen

Der Stellplatznachweis für die baulichen Nutzungen erfolgt im bauordnungsrechtlichen Verfahren, da erst hier der konkrete Bedarf aufgrund des Umfanges und des Nutzungsmixes erkennbar wird. Basis für Berechnung der Anzahl der Stellplätze wird in der örtlichen Satzung (Stellplatzortsgesetz 2012) pro Wohneinheit mit 1 angegeben.

Weiterhin stehen im öffentlichen Straßenverkehrsraum Flächen für öffentliche Parkplatzbereiche für die Allgemeinheit und für Besucher zur Verfügung. Auch im Bereich der Gemeinbedarfsfläche ist die Straßenverkehrsfläche so ausreichend dimensioniert, dass im Straßenraum weitere Stellplatzflächen eingerichtet werden können.

Die genaue Anzahl der Wohnungen und damit der abschließende Stellplatzbedarf wird jedoch erst im Zuge der bauordnungsrechtlichen Verfahren ermittelt.

Soziale Infrastruktur

Es soll ein Wohngebiet mit Einfamilien-, Doppel- und ggf. Reihenhäusern für insgesamt ca. 47 bis 55 Grundstücke im Ortsteil Jedutenberg entstehen. Das zu erschließende Gebiet liegt in ca. 1,5 bis 2 km Entfernung zu den nächstgelegenen Kindertagesstätten bzw. weiterer sozialer Infrastruktur wie dem Familienzentrum.

Im Beteiligungsverfahren wurde seitens des Amtes für Jugendhilfeplanung im Plangebiet die Fläche für die Schaffung einer Kindertagesstätte mit Krippenplätzen angeregt.[2] Die im Bebauungsplan definierte Gemeinbedarfsfläche ermöglicht die Schaffung einer Kindertagesstätte mit derzeit geplanten 60 Plätzen.

Im Stadtgebiet Wulsdorf gibt es zwei Grundschulen: Altwulsdorfer Schule und Fichteschule. Das zu erschließende Gebiet weist eine fußläufige Entfernung von ca. 1 bis 1,5 km zur nächstgelegenen Grundschule, der Altwulsdorfer Schule, auf. Die Fichteschule gehört nicht in das Einzugsgebiet des o. g. Bebauungsplans, da die Entfernung des neuen Wohngebietes zur Fichteschule 2,5 km überschreitet. Die Schülerzahlenprognosen von 2021 bis 2025 sind auf Grundlage der schulpflichtigen Einschulungskinder, ohne Berücksichtigung der Kann-Kinder und der neuen Baugebiete, berechnet worden. Hier wird in den Jahren 2021 bis 2024 die Aufnahmekapazität der Altwulsdorfer Schule überschritten, erst im Jahre 2025 wird nach derzeitigem Kenntnisstand aufgrund der aktuell erhobenen Zahlen eine leichte Entspannung in diesem Bereich zu verzeichnen sein.

1 Verkehrskonzept VU Poggenbruchstraße-Weg 89, Januar 2023
2 Stellungnahme Amt 51/02 vom 13.01.2021inkl. Abwägung

Die Nähe der Infrastruktureinrichtungen steigert die Attraktivität des Wohngebietes für Familien, wodurch zu erwarten ist, dass viele Kinder aus der Kindertagesstätte den Übergang in die „Altwulsdorfer Schule“ machen werden. Aufgrund des hohen Sozialstatus des Ortsteils und der Kleinteiligkeit des Gebietes ist zudem davon auszugehen, dass die soziale Durchmischung die Entwicklung eines lebendigen, lebenswerten und stabilen Quartiers fördert.

4.3 Bodenverhältnisse und Altlasten

Zur Vorbereitung der Bauleitplanung sowie des Bauvorhabens wurden im Vorfeld eine orientierende Baugrunduntersuchungen und ein Bodenschutzkonzept erarbeitet.[3], 4 Die Ergebnisse werden hier zusammengefasst wiedergegeben.

Altlasten

Altlasten liegen nach Aktenlage im Plangebiet nicht vor.

Baugrund/Versickerungsfähigkeit:

Nach dem Kartenserver des "Geologischer Dienst für Bremen" (GDfB) liegt der Großteil der überplanten Baufläche innerhalb einer flachen geomorphologischen Senke, die mit einem holozänen Niedermoor gefüllt ist. Nach Norden hin wird das Moor von älteren, pleistozänen Sanden begrenzt.

Für die Beurteilung der generellen Eignung eines Baugrundes für die Versickerung von nicht schädlich verunreinigtem Niederschlagswasser sind gemäß DWA-Regelwerk, Arbeitsblatt A 138, der Durchlässigkeitsbeiwert (k-Wert) und der Grundwasser-Flurabstand heranzuziehen.

Das DWA-Regelwerk fordert einen Durchlässigkeitsbeiwert von k = 1 × 10-3 m/s bis k = 1 × 10-6 m/s. Der maximale Grundwasserspiegel soll zum Schutz des Grundwassers mindestens 1,0 m unterhalb der Sohle einer möglichen Versickerungsanlage liegen.

Nur in höheren Geländebereichen ist mittels flachen Mulden-Rigolensystemen oder Muldenversickerungen die Einhaltung ausreichender Abstände zum jeweils geschätzten maximalen Grundwasserstand möglich. Da dies jedoch eine Hebung von Wasser erfordern und eine Versickerung des Wassers in tiefere Geländebereiche erzeugen würde, wird von einer Versickerung in diesen Bereichen abgeraten.

Im Ergebnis ist eine Versickerung von Niederschlagswasser weder aus Sicht des Grundwasserflurabstandes möglich bzw. empfehlenswert, noch liegen die ansetzbaren Durchlässigkeitsbeiwerte innerhalb des nach DWA geforderten Wertebereichs. Eine fachgerechte Versickerung des Niederschlagswassers ist demnach auf der Baufläche nicht möglich.

Bodenschutzkonzept:

Ein Bodenschutzkonzept war von der Unteren Bodenschutzbehörde aufgrund der Schutzbedürftigkeit der anstehenden Böden gefordert worden. Hierbei soll insbesondere auf das mögliche Vorkommen von „sulfatsauren Böden“ und die Lage im Wasserschutzgebiet Bezug genommen werden. Dieses Bodenschutzkonzept wird im Zuge der Umsetzungsplanung erarbeitet.

Ziel des Bodenschutzkonzeptes ist es, die bei den Bauarbeiten unvermeidbaren Eingriffe in die Pedosphäre in geregelten Bahnen durchzuführen. Hierbei obliegt dem Bauherrn die besondere Verantwortung bei den Baumaßnahmen, die natürlichen Bodenfunktionen in den nicht

3 Orientierende Baugrunduntersuchung (Voruntersuchung), Wohnbebauung Weg 89 zwischen Poggenbruchstraße und Lindenallee in 27572 Bremerhaven-Wulsdorf, Projekt-Nr.: 1911-3266, OWS Ingenieurgeologen, 48268 Greven, 31.01.2020

4 Bodenschutzkonzept Neubau Wohnbebauung und KiTa „Weg 89“ zwischen Poggenbruchstraße und Lindenallee in 27572 Bremerhaven-Wulsdorf, Projekt-Nr.; 2109-4849 (3266), OWS Ingenieurgeologen, 48268 Greven, 11.11.2021

überbauten Bereichen nachhaltig zu sichern bzw. wiederherzustellen und schädliche Bodenveränderungen zu verhindern sowie Vorsorge gegen nachteilige Einwirkungen (u. a. schadhafte Bodenverdichtungen) zu treffen. Mit diesen Informationen und dann abgestimmten Baustelleneinrichtungs-Plänen ist ein Bodenmanagementkonzept als Ergänzung zu dem vorliegenden „Allgemeinen Bodenschutzkonzept“ zu erarbeitet.

Das Bodenschutzkonzept gibt Hinweise zu Vorkommen von sulfatsauren Böden, zum Umgang mit dem Schutzgut Boden zur Bauzeit, um Beeinträchtigungen der Böden durch z. B. Verdichtung, Vermischung und Schadstoffeinträgen zu verhindern bzw. zu minimieren. Die Bodenzwischenlagerung der einzelnen Bodenschichten muss getrennt voneinander, unter aeroben Bedingungen und darf nicht langanhaltend erfolgen.

In Verbindung mit der Vorlage weiterer Plangrundlagen (u. a. eines Baustelleneinrichtungsplans) soll dann gemäß den Vorgaben der Unteren Bodenschutz- und Altlastenbehörde vom 09.11.2021) das Bodenschutzkonzept fortgeschrieben bzw. ein vorhabenbezogenes Bodenmanagementkonzept, aufbauend auf diesem Bodenschutzkonzept, erstellt werden. Im Rahmen dieses Bodenmanagementkonzeptes können dann genauere Aussagen zum Baustellenablauf, Anlieferung von Fremdböden, Zwischenlagerflächen usw. getätigt werden.

Kampfmittel

Sollten bei Erdarbeiten andere Kampfmittel (Granaten, Panzerfäuste, Minen usw.) gefunden werden, sind umgehend die zuständige Polizeidienststelle, das Ordnungsamt oder der Kampfmittelbeseitigungsdienst des Landes Bremen zu benachrichtigen. Konkrete Funde sind nicht bekannt.

4.4 Wasser, Grundwasser, Brandschutz

Im Geltungsbereich befinden sich mehrere offene Gräben, die für die Gebietsentwässerung erforderlich sind und in der Planung berücksichtigt werden:

Graben	Funktion	Eigentum
Nord	Gebietsentwässerung	Privat/ Wasserverband Wulsdorf
West	Gebietsentwässerung	Privat
Ost	Wegeseitengraben	Amt 66/ Wasserverband Wulsdorf
Süd	Vorfluter Poggenbruchstraße West	Stadt Bremerhaven

Oberflächenwasser

Die Oberflächenentwässerung der Baugebiete und der Verkehrsanlagen erfolgt gemäß der Entwässerungsplanung in der Variante 3 über offene Gräben parallel und durch teilweise verrohrte Gräben in den Planstraßen von Norden nach Süden und mündet in einer geplanten Rückhalteeinrichtung im Südosten des Geltungsbereiches. Die Grabenmulde östlich des Weges 86 wird überplant. Gleichfalls werden die anderen Gräben im Plangebiet im Zuge der Verwirklichung des Bebauungsplanes ertüchtigt.

Das Niederschlagwasser wird über ein RRB gedrosselt mit 1,5 l/s*ha, in den Vorfluter geleitet. Somit wird eine natürliche Reinigung gewährleistet. In Abstimmung mit der Wasserbehörde wird der Forderung des Kreisverbandes der Wasser- und Bodenverbände nach einer Drosselung der Einleitung auf 1,0 l/(s*ha) (vgl. Stellungnahme des WABO vom 05.01.2021) nicht gefolgt, sondern nur eine Drosselung von 1,5 l/(s*ha) gerechnet.

Für das Entwässerungskonzept hat die Drosselung in diesem Planungsstadium noch keine Relevanz, sondern erst auf Ebene der konkreten Bauausführung. Da die Drosselung erst am Auslauf des RRB erfolgt, hat dies auf die Geometrie der Gräben keinen Einfluss und wurde deshalb bei der Entwässerungsplanung noch nicht weiter thematisiert.

In der Vorermittlung im Rahmen des Bauleitverfahren wurde ein Volumen von ca. 600 m³ ermittelt. Das Becken passt somit auf die Retentionsfläche von 1.000 m². Das Becken soll naturnah konzipiert werden. Eine Einzäunung ist nicht notwendig. Gemäß DWA-102 ist eine Reinigungsstufe nicht erforderlich.

In einer mündlichen Vor-Abstimmung mit der zuständigen Wasserbehörde wird der Forderung des Kreisverbandes der Wasser- und Bodenverbände nach einer Drosselung der Einleitung auf 1,0 l/(sxha) (vgl. Stellungnahme des WABO vom 05.01.2021) nicht gefolgt, sondern nur eine Drosselung von 1,5 l/(sxha) gerechnet. Die Größe der Regenrückhaltung im Geltungsbereich ist hierfür ausreichend groß bemessen.

Der wasserrechtliche Antrag wird im weiteren Verfahren eingereicht.

Schmutzwasser

Das anfallende Schmutzwasser des Baugebietes wird über Kanäle in das vorhandene System eingeleitet.

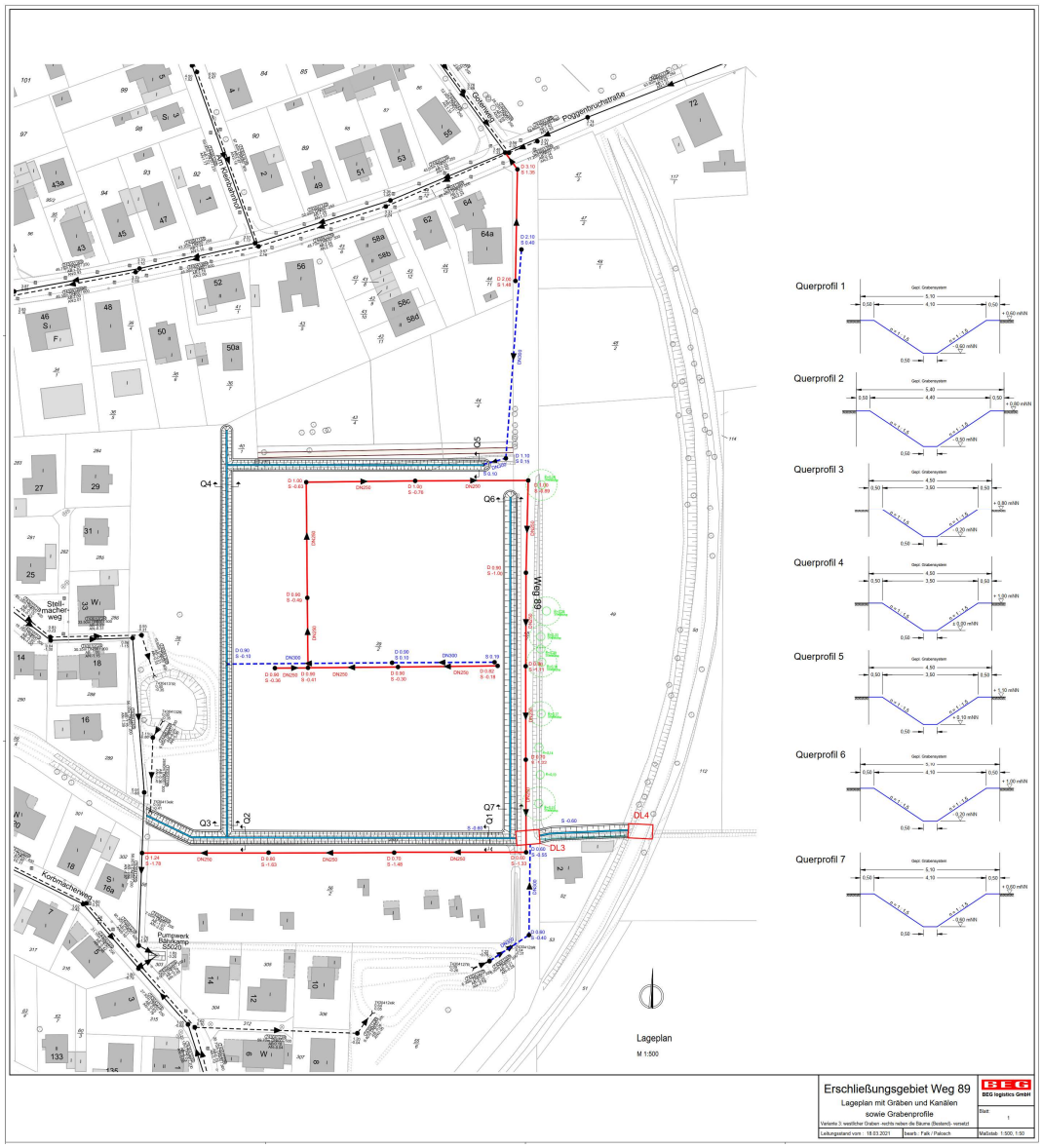


Abbildung 5: Entwässerungskonzept, BEG, 18.03.2021

Grundwasser

Das Grundwasser wurde bei den Baugrunduntersuchungen in der Zeit vom 08.01.2020 bis zum 10.01.2020 mit dem Kabellichtlot in den offenen Bohrlöchern über die gesamte Fläche zwischen ca. 0,4 m unter GOK und ca. 2,0 m unter GOK bzw. zwischen ca. 1,1 m NHN und ca. -0,2 m NHN angetroffen. Der mittlere gemessene Grundwasserstand für den Bereich der morphologischen Senke (RKS 1 bis RKS 9, vgl. Anl. 2.1 und 2.2) liegt bei ca. 0,6 m unter GOK bzw. bei ca. -0,5 m NHN.

Nach den interpolierten Daten wird für die überplante Fläche eine nach etwa Süden gerichtete Grundwasserfließrichtung angegeben. Die interpolierten mittleren Grundwasserstände werden zwischen ca. -0,3 m NHN und ca. -0,9 m NHN und die interpolierten maximalen Grundwasserstände zwischen ca. 0,0 m NHN und ca. -0,5 m NHN angegeben.

Trinkwasserschutzgebiet

Das Planungsgebiet liegt im Trinkwasserschutzgebiet IIIA der Wassergewinnung im Ahnthammsmoor (Verordnung über die Festsetzung eines Wasserschutzgebietes für das Wasserwerk Wulsdorf der Stadtwerke Bremerhaven AG vom 15. April 1975). Die Ausweisung von Baugebieten gemäß Schutzgebietsverordnung ist nur bedingt zulässig und bedarf der Erlaubnis der Wasserbehörde.

Die folgenden Gefährdungspotentiale für das Grundwasser sollten im Zuge der Umsetzung der Planung vermieden werden:

a) Bauphase:

- Verminderung, Veränderung oder auch Beseitigung der schützenden Grundwasserüberdeckung durch das Ausheben der Baugrube oder der Gräben für die Fundamente, beim Verlegen von Kabeln, Kanalisation und anderen Leitungen,
- Beseitigung der gut reinigenden belebten Bodenzone auch außerhalb der Baugrube durch den Baustellenbetrieb,
- Lagerung und Verwendung von wassergefährdenden Stoffen (Farben, Lacke, Bitumenanstriche, Verdünner, Reinigungsflüssigkeiten, Treib- und Schmierstoffe für Baumaschinen, Schalöle usw.).

b) Nutzung:

- erhöhtes Verkehrsaufkommen, insbesondere Transport und Umschlag einzelner wassergefährdender Stoffe wie Heizöl, Kfz-Abstellplätze,
- Lagerung und Verwendung wassergefährdender Stoffe bei reiner Wohnbebauung (Heizöllagerung, Hobbybastler und -gärtner, private Kfz-Wartung und -reparatur, Autowäsche) und bei gewerblichen Nutzungen,
- unsachgemäßer oder missbräuchlicher Umgang mit Düngemitteln und PSM in Haus- /Kleingärten, verbunden mit häufiger und intensiver Bewässerung (Überschreitung der Feldkapazität des Bodens),
- Versickerung von schadstoffbelastetem Wasser durch defekte Abwasserleitungen (Verlustmenge 6 –10% des Abwasseraufkommens nach Literatur), Hausanschlüsse und Grundstücksentwässerungen,
- Versickern von Dachflächen- und Hofflächenabwässern, Verringerung der Grundwasserneubildung.

Aufgrund der Lage in einem Trinkwasserschutzgebiet bestehen ferner Einschränkungen für zukünftige Nutzungen. So unterliegen beispielsweise Erdwärmeanlagen im Trinkwasserschutzgebiet Wulsdorf einer Tiefenbegrenzung, die eine wirtschaftliche Erstellung von Erdwär-

mesonden nach derzeitigem Kenntnisstand als nicht realisierbar erscheinen lassen. Ein Materialeinbau (u.a. Recyclingbaustoffe) beispielsweise für eine Geländeaufhöhung ist nur unter Einhaltung von entsprechenden Qualitätsanforderungen zulässig.

Bei Tiefgründungen ist eine Grundwassergefährdung auszuschließen. Auch ist der Straßenbau unter Berücksichtigung der Richtlinie für bautechnische Maßnahmen an Straßen in Wasserschutzgebieten (RistWag) in der aktuellen Fassung zu planen. Bei der Planung des Regenrückhaltebeckens mit einem erforderlichen Rückhaltevolumen von ca. 600 m³ sind die Untergrundverhältnisse zu berücksichtigen (u.a. Flurabstand, Setzungsempfindlichkeit).

Brandschutz

Gemäß der Anwendungshilfe zur Bremer Landesbauordnung darf ein Rettungsweg maximal 50 m betragen, gerechnet ab der öffentlichen Erschließung. Weitere Erforderlichkeiten sind im nachgelagerten Baugenehmigungsverfahren nachzuweisen.

4.5 Immissionsschutz

In der Bauleitplanung sind die gesunden Wohn- und Arbeitsverhältnisse nachzuweisen.

Entsprechend der benachbarten Bahnstrecke und des nahe gelegenen Wartungsstützpunktes der Nordwestbahn wurde im Zuge der Erstellung des Bebauungsplanes Nr. 493 „Poggenbruchstraße/Weg 89“ die immissionsschutzrechtliche Situation im Plangebiet und der Umgebung begutachtet.

Im Zuge der Erstellung des Bebauungsplanes Nr. 493 „Poggenbruchstraße/Weg 89“ der Stadt Bremerhaven wurde die immissionsschutzrechtliche Situation im Plangebiet und der Umgebung begutachtet.[5] Anhand des städtebaulichen Konzeptes (2021) wurde unter dem Lärmaspekt des Schienenverkehrs eine Bebaubarkeit untersucht und aktualisiert (2022). Die Ergebnisse des Gutachtens werden hier zusammengefasst wiedergegeben.

Maßgebliche Geräuschimmissionen, die auf das Plangebiet einwirken, sind durch die benachbarte Bahnstrecke zu erwarten. Darüber hinaus wurde geprüft, ob durch den Betrieb des Wartungsstützpunktes der Nordwestbahn relevante Geräuschimmissionen im Plangebiet zu erwarten sind.

Die Bauleitplanung soll dazu beitragen, eine menschenwürdige Umwelt zu sichern sowie die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln (§ 1, Absatz 5, Satz 1 BauGB). Dabei sind insbesondere auch die Belange des Umweltschutzes zu berücksichtigen (§ 1, Absatz 5, Satz 2, Nummer 7 BauGB). Der Zweck des BImSchG, Menschen sowie Tiere, Pflanzen und andere Sachen vor schädlichen Umwelteinwirkungen zu schützen und dem Entstehen solcher Einwirkungen vorzubeugen, entspricht insoweit den vorgenannten allgemeinen Planungsleitsätzen des Baugesetzbuchs.

Nach dem verbindlichen Grundsatz des § 50 BImSchG sind die für eine bestimmte Nutzung vorgesehenen Flächen einander so zuzuordnen, dass „schädliche Umwelteinwirkungen“ auf die ausschließlich oder überwiegend dem Wohnen dienenden Gebiete sowie auf sonstige schutzbedürftige Gebiete „soweit wie möglich“ vermieden werden. Dieser Grundsatz ist gleichberechtigt zu den Planungsgrundsätzen des § 1 Abs. 5 BauGB. Im Rahmen des § 1 Abs. 7 und § 1a BauGB und es muss eine gerechte Abwägung der öffentlichen und privaten Belange erfolgen, wobei die Bewertung der auf die Schutzgüter einwirkenden Geräuschimmissionen ausdrücklich zu beachten ist.

Unter Beachtung des Abwägungsgebotes (§ 1, Absatz 7 BauGB) können die Belange des Umweltschutzes ein besonderes Gewicht haben, allerdings kommt den Belangen des Umweltschutzes nicht von vornherein ein Vorrang zu. Überwiegen andere Belange, so kann auch eine

5 Schalltechnische Untersuchungen im Rahmen des B-Planverfahrens Nr. 493 der Stadt Bremerhaven und ergänzende Stellungnahme, ted, Bremerhaven, 13.11.2022 und 16.02.2022

Zurückstellung der Belange des Immissionsschutzes in einem gewissen Maß in Betracht kommen. Auf jeden Fall muss sichergestellt sein, dass Gesundheitsgefahren nicht auftreten können.

Für die Beurteilung der Zulässigkeit der festgestellten Immissionen kann auf technische Regelwerke, insbesondere die DIN 18005 „Schallschutz im Städtebau“, zurückgegriffen werden. Es ist in der Rechtsprechung und Literatur anerkannt, dass solche Regelwerke nur eine Orientierungshilfe sein können und keinesfalls als Grenzwerte verstanden werden dürfen. Überschreitungen der Werte können daher zulässig sein.

Im Beiblatt 1 der DIN 18005 werden für die städtebauliche Planung von Allgemeinen Wohngebieten die Orientierungswerte mit 55/40 dB(A) angegeben.

In der 16. BImSchV werden Immissionsgrenzwerte angegeben, die zum Schutz der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Verkehrsgeräusche sicherzustellen sind. Die Immissionsgrenzwerte werden mit 59/49 dB(A) angegeben, wobei Grenzwerte keinem Abwägungsspielraum mehr unterliegen.

Geräuschimmissionen Wartungsstützpunkt

Im Rahmen der Gutachtenerstellung für das Planfeststellungsverfahren des Wartungsstützpunktes wurde die ehemalige Liegenschaft Poggenbruchstraße 66 (Immissionsaufpunkt IAP 18 im Gutachten) ohne den Schienenbonus untersucht.

Innerhalb der Nachtzeit erhöhen sich die Teilimmissionen durch die Schienenverkehre auf dem Wartungsstützpunkt erwartungsgemäß um 5 dB im Gegensatz zu den Berechnungsergebnissen aus dem Planfeststellungsverfahren. Innerhalb der Tageszeit ist keine Veränderung festzustellen. Dies ist darin begründet, dass die Geräuschimmissionen, die innerhalb der Tageszeit den maßgeblichen Einfluss im Plangebiet haben, durch die so genannten Wartegleise erzeugt werden.

Im Wesentlichen handelt es sich hierbei um Standgeräusche auf den Wartegleisen, die von den Zugklimaanlagen verursacht werden. Nachts dürfen die Klimaanlagen auf den Wartegleisen nicht betrieben werden.

Im Rahmen der Gutachtenerstellung für das Planfeststellungsverfahren wurde der Schienenbonus für diese Standgeräusche von vorneherein nicht berücksichtigt.

Geräuschimmissionen Schienenverkehr

Die Eingangsdaten für die Berechnungen auf der benachbarten Zugstrecke 1740 wurden mit einem Prognosehorizont 2030 durch das Verkehrsdatenmanagement der Deutschen Bahn zur Verfügung gestellt.

Zur Darstellung der einwirkenden Geräuschimmissionen durch den Schienenverkehr auf der benachbarten Bahnstrecke innerhalb des Plangebietes wurden Raster für die Immissionshöhen 2,9 m, 5,4 m und 7,9 m über Geländeoberkante (GOK) berechnet. Die schienenbedingten Geräuschimmissionen des Wartungsstützpunktes sowie der benachbarten Bahnstrecke wurden für die Beurteilung energetisch addiert.

Gleichwohl ist festzustellen, dass sich bei kumulierter Betrachtung von Bahnstrecke 1740 und Wartungsstützpunkt innerhalb der Tageszeit insbesondere im nördlichen Randbereich des Plangebiets eine leichte Verschlechterung der Immissionssituation als bei alleiniger Betrachtung der Bahnstrecke 1740 einstellt. Innerhalb der Nachtzeit sind selbst bei Wegfall des Schienenbonus die Geräuschimmissionen durch die Bahnstrecke 1740 dominant.

Innerhalb der Tageszeit werden die Orientierungswerte des Beiblatts 1 der DIN 18005 auf allen berechneten Immissionshöhen im überwiegenden Teil des Plangebiets überschritten. Auch die Grenzwerte der 16. BImSchV können nicht eingehalten werden. Lediglich im südwestlichen Randbereich kann mit einer Einhaltung der Orientierungs- bzw. Grenzwerte gerechnet werden.

Innerhalb der Nachtzeit werden die Orientierungswerte des Beiblatts 1 der DIN 18005 sowie die Grenzwerte der 16. BImSchV auf allen berechneten Immissionshöhe deutlich überschritten.

Die Berechnungen mit einem möglichen Bebauungskonzept zeigen, dass bei durchdachter Planung innerhalb der Tageszeit große Flächen geschaffen werden können, in denen die Orientierungswerte des Beiblatt 1 der DIN 18005-1 eingehalten und unterschritten werden können. An diesen Stellen lassen sich Außenwohnbereiche und wohnungsnahe Freibereiche realisieren. Innerhalb der Nachtzeit ist allenfalls im westlichen Randbereich des Plangebiets auf den schienenabgewandten Gebäudeseiten mit einer Einhaltung der Orientierungswerte zu rechnen.

Entsprechend der Auskunft durch die Stadt Bremerhaven ist in einem absehbaren Zeitraum nicht damit zu rechnen, dass der entsprechende Streckenabschnitt der Bahn im Rahmen des freiwilligen, kommunalen Lärmschutzprogramms der Stadt Bremerhaven Berücksichtigung finden wird. Gleiches gilt für das Lärmsanierungsprogramm des Bundes. Insofern ist zumindest mittelfristig der Bau von streckennahen Lärmschutzwänden nicht zu erwarten.

Im Bauleitplan werden demzufolge zum Schutz der Wohn- und Nachtruhe Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB im Bereich des Immissionsschutzes erforderlich, die unter Punkt 2.8 dargelegt werden.

Um der Schutzbedürftigkeit innerhalb von Wohn- und Schlafräumen Rechnung zu tragen, werden Anforderungen an die Luftschalldämmung der Außenbauteile festgesetzt. Dies wird anhand von Lärmpegelbereichen nach DIN 4109 realisiert (vgl. zeichnerische und textliche Festsetzungen Nr. 7).

Elektromagnetische Felder

Für die Bereiche mit einer Entfernung von bis zu 100 m zur Bahnlinie sind die magnetischen und elektrischen Felder bei Vollauslastung der Bahn darzustellen. Von der Entfernung her ist das der nordöstliche Bereich des B-Plangebietes, in dem die Kita entstehen soll.

Im Ergebnis des Beteiligungsverfahrens gemäß § 4 Abs. 1 BauGB liegen die Felder, die von der Bahnlinie und dem Wartungsstützpunkt ausgehen sicher unter dem Grenzwert von 300 Mikrotesla. Die Bahnstromanlagen emittieren im Niederfrequenzbereich (16,7 Hz). Grenzwerte sind: 5 kV/m für das elektrische Feld und 300 Mikrotesla für die magnetische Flussdichte.

Gesundheitliche Beeinträchtigungen durch magnetische Felder sind insoweit nicht zu befürchten, da die aus dem Eisenbahnbetrieb resultierenden elektromagnetischen Immissionen erheblich unter den in der 26. Verordnung zum Bundesimmissionsschutz-Gesetz festgelegten Vorsorgegrenzwerten liegen.

Erschütterungen

Aufgrund der Entfernung wird nicht mit Erschütterungen durch den Schienenverkehr gerechnet.

Außenraumgestaltung

Die Berechnungen mit einem möglichen Bebauungskonzept zeigen, dass bei durchdachter Planung innerhalb der Tageszeit große Flächen geschaffen werden können, in denen die Orientierungswerte des Beiblatt 1 der DIN 18005-1 eingehalten und unterschritten werden können. An diesen Stellen lassen sich Außenwohnbereiche und wohnungsnahe Freibereiche realisieren. Innerhalb der Nachtzeit ist allenfalls im westlichen Randbereich des Plangebiets auf den schienenabgewandten Gebäudeseiten mit einer Einhaltung der Orientierungswerte zu rechnen.

Um den Schutzzweck innerhalb von Wohn- und Schlafräumen Rechnung zu tragen, werden Anforderungen an die Luftschalldämmung der Außenbauteile festgesetzt. Dies wird anhand von Lärmpegelbereichen nach DIN 4109 realisiert.

Kindertagesstätte

Zur Beurteilung gewerblicher Geräuschimmissionen an Kindertagesstätten existieren keine einschlägigen Orientierungs- oder Richtwerte. Die Errichtung von Kindertagesstätten ist in allen Baugebietsarten (§ 2 bis § 9 BauNVO) „allgemein“ „oder ausnahmsweise“ zulässig. Die Einstufung einer Kindertagesstätte orientiert sich in der verwaltungsrechtlichen Praxis daher in der Regel an der benachbarten Siedlungsstruktur. Handelt es sich bei diesen Strukturen um Wohn- oder gemischte Bauflächen kann ausnahmslos von gesunden Umgebungsverhältnissen ausgegangen werden.

Im vorliegenden Fall würde man bei einer gezielten Beurteilung, der Nachbarschaft entsprechend, die Schutzwürdigkeit für ein allgemeines Wohngebiet gemäß BauNVO ansetzen. „In einem ca. 20 bis 25 m (in Abhängigkeit von der Bauhöhe) breiten Randstreifen entlang der Poggenbruchstraße im nördlichen Geltungsbereich des Plangebiets werden die Orientierungs- bzw. Richtwerte für allgemeine Wohngebiete überschritten. Die Orientierung- bzw. Richtwerte für Mischgebiete werden aber noch eingehalten.“ (vgl. schalltechnische Untersuchungen im Rahmen des B-Planverfahrens Nr. 493 der Stadt Bremerhaven, ted Bremerhaven vom 28. Februar 2023, S.13, 2. und 3. Abs.).

Dementsprechend wurde die textliche Festsetzung Nr. 7.4 zur Grundrissgestaltung Kindertagesstätte in den Bebauungsplan aufgenommen. Danach dürfen bei der Errichtung von Gebäuden an der nördlichen Plangebietsgrenze innerhalb eines 25 m tiefen Rand-streifens entlang der Poggenbruchstraße an der zur Poggenbruchstraße ausgerichteten Gebäudefassade keine schutzbedürftigen Räume gemäß DIN 4109-2:2018-01, Abschnitt 3.1.6 angeordnet werden.

4.6 Denkmalschutz

Denkmalrechtliche Bau- und Bodensubstanzen sind im Plangebiet nicht vorhanden.

4.7 Verhältnis zu angrenzenden Flächen

Die angrenzenden Flächen sind wie beschrieben bereits besiedelt (Westen und Norden) und durch weitreichende Freiflächen (landwirtschaftliche Nutzung) geprägt. Das Plangebiet befindet sich in einer Ortsrandlage und bietet somit ein attraktives Wohnumfeld.

4.8 Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel

Seit dem 30.07.2011 ist das Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes bei der Entwicklung in den Städten und Gemeinden rechtskräftig. Gemäß § 1 Abs. 5 Satz 2 BauGB sollen die Bauleitpläne dazu beitragen, eine menschenwürdige Umwelt zu sichern, die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln, den Klimaschutz und die Klimaanpassung, insbesondere auch in der Stadtentwicklung, zu fördern, sowie die städtebauliche Gestalt und das Orts- und Landschaftsbild baukulturell zu erhalten und zu entwickeln.

Gemäß § 1a Abs. 5 BauGB soll den Erfordernissen des Klimaschutzes sowohl durch Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken, als auch durch solche, die der Anpassung an den Klimawandel dienen, Rechnung getragen werden. Der Grundsatz nach Satz 1 ist in der Abwägung nach § 1 Abs. 7 BauGB zu berücksichtigen.

Die vorliegende Bauleitplanung ermöglicht die planungsrechtliche Absicherung weiterer Wohngebiete für Einzel- und Doppelhäuser und dient der Bestandsabsicherung bestehender Grünflächen und Siedlungsgehölze. Neben weiteren Erschließungsflächen werden Grünflächen als Spielbereiche bzw. Aufenthaltsflächen vorgesehen. Die wesentlichen ortsbildprägenden Einzelgehölze und Gehölzbestände werden planerisch gesichert und durch randliche neue Bestände ergänzt.

Durch baugestalterische Festsetzungen mit der Vorgabe von Gründächern, der Festsetzung von Gehölzen und der Neuanpflanzung standortgerechter Gehölze werden ein Ausgleich und die Beibehaltung des bestehenden Wasserabflusses und Kleinklimas vor Ort erwartet. Grünstrukturen wie auch die Wasserretention, gegebenenfalls auch auf den Baugrundstücken, sind elementarer Bestandteil einer vorbeugenden Stadtplanung zum Schutz vor Hitzestress und Dürreperioden.

Ergänzend werden in den Örtlichen Bauvorschriften Vorgaben zur Errichtung von Photovoltaikanlagen auf den Dachlandschaften getroffen. Auf Festsetzungen für Solaranlagen wird im Geltungsbereich dieses Bebauungsplanes verzichtet, da die NBauO in der aktuellen Fassung von 2022 § 32a (1-3) entsprechende Regelungen für Wohngebäude formuliert, die im Zuge der Bauumsetzung zu beachten sind.

Bei Bauvorhaben ist generell auf eine ausgeglichene Klimabilanz zu achten.

Das Entwässerungskonzept sieht die offene Ableitung und Rückhaltung des anfallenden Oberflächenwassers in ein Regenrückhaltebecken im Plangebiet vor.

Sollten die Bodenverhältnisse eine Versickerung ermöglichen, so ist die Versickerung des anfallenden unbelasteten Oberflächenwassers auf den Grundstücken ein wesentlicher Bestandteil zur Aufrechterhaltung des Kleinklimas und trägt maßgeblich zur Erhaltung der Bodenfunktionen bei.

Die Anordnung der Baugrenzen ermöglicht Schneisen für die Kaltluftzufuhr in einer West-Ost-Richtung und mindert so die Auswirkungen von Hitzetagen ab. Die nachfolgende Abbildung verdeutlicht unter Umsetzung des städtebaulichen Entwurfes die Aufrechterhaltung von Kaltluftschneisen, die ausgehend von Osten das Gebiet durchströmen können und für eine ausgeglichen Klimabilanz innerhalb der neuen Bauflächen sorgen. Kaltluftströme entstehen in ca. 7 m Höhe, so dass sich außerhalb der Baufelder keine Beeinträchtigungen ergeben werden. Nebenanlagen weisen i.d.R. keine wesentlich höheren Gebäudehöhen von ca. 3,50 m auf.

Der als Grundlage dienende städtebauliche Entwurf wurde zwischenzeitlich geringfügig angepasst, jedoch unter Beachtung der erforderlichen Kaltluftschneisen (blaue Markierungen).



Abbildung 6: Kaltluftschneisen (NWP, 2023)

4.9 Naturschutz und Landschaftspflege

Hier wird auf die detaillierten Aussagen des Umweltberichtes in Teil II der Begründung verwiesen.

4.10 Artenschutz

Gemäß § 44 BNatSchG bestehen bestimmte Schutzvorschriften für besonders und streng geschützte Tier- und Pflanzenarten. Diese Verbote richten sich nicht an die Planungsebene, sondern untersagen konkrete Handlungen auf der Umsetzungsebene. Im Rahmen des Bauleitplanverfahrens ist allerdings zu prüfen, ob die artenschutzrechtlichen Vorgaben die Umsetzung der Planung dauerhaft hindern.

Nach § 44 Abs. 5 BNatSchG sind die Verbote des speziellen Artenschutzes für zulässige Vorhaben innerhalb von Bebauungsplan-Gebieten nur anzuwenden, sofern und soweit Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie oder europäische Vogelarten betroffen sind6. Die nachfolgenden Ausführungen beschränken sich deshalb auf diese Artenvorkommen.

Artenschutzrechtlich relevante Arten im Plangebiet

Zur Prüfung des artenschutzrechtlichen Sachverhaltes und zur Eingriffsbeurteilung wurden in Abstimmung mit der Naturschutzbehörde das Plangebiet auf Vorkommen von Brutvögeln, Fledermäusen und Amphibien überprüft.

Brutvögel

Im Plangebiet wurden 28 Brutvogelarten festgestellt. Im Gebiet wurden mit Star und Grauschnäpper zwei Arten erfasst, die gemäß der aktuellen Roten Liste Niedersachsens und Bremens (Krüger & Nipkow 2015) als gefährdet eingestuft sind.

Fledermäuse

Im Plangebiet konnten Breitflügelfledermaus, Abendsegler, Zwergfledermaus, Rauhhautfledermaus und die Geschwisterarten Braunes/Graues Langohr sowie nicht eindeutig bestimmbare Fledermäuse der Gattung Nyctalus nachgewiesen werden.

Quartiere in Gebäuden oder dem Baumbestand wurden nicht festgestellt. Im Juni konnten sehr ausgeprägte Funktionen als Jagdgebiet und als Flugroute ermittelt werden, wohingegen die Fledermausaktivität im Zeitraum Juli bis September deutlich geringer war.

Amphibien

Die im Plangebiet festgestellten Teichfrösche gelten nicht als streng geschützt und sind somit artenschutzrechtlich nicht weiter relevant.

Artenschutzrechtliches Fazit

Zum gegenwärtigen Kenntnisstand sind keine Konflikte mit den artenschutzrechtlichen Bestimmungen erkennbar, die die Umsetzung der Planung dauerhaft hindern würden. Die bisher vorwiegend von unterschiedlichem Grünland, Kleingärten, Kleingartenbrachen und sonstigen ruderalisierten Standorten mit unterschiedlichem Gehölzaufwuchs geprägten Lebensräume für die Tier- und Pflanzenwelt werden abgelöst durch Lebensräume vorwiegend intensiv gepflegter Siedlungsbiotope (z. B. Ziergärten, Scherrasen, Spielplätze).

Insgesamt wird der Lebensraum für die Tier- und Pflanzenwelt dauerhaft um die neuversiegelte Fläche (s.u.) reduziert.

Damit werden erhebliche Beeinträchtigungen für das Schutzgut Tiere und Pflanzen begründet.

Mit Blick auf die festgestellten, weitgehend weitverbreitet vorkommenden Pflanzen- und Tierarten lasst das Vorhaben keine besonderen Auswirkungen auf die biologische Vielfalt erkennen.

6 Darüber hinaus sind solche Arten zu berücksichtigen, die in einer Rechtsverordnung nach § 54 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG aufgeführt sind. Eine Rechtsverordnung auf dieser Ermächtigungsgrundlage wurde bislang nicht erlassen.

Kompensationsmaßnahme (CEF-Maßnahme)

Zur Schaffung von Ausweichmöglichkeiten für den möglichen Verlust von Brutplätzen für den Star sind in der näheren Umgebung (z.B. zwischen dem ehemaligen Bahndamm und den Baugrundstücken mit Entwicklung einer Ruderalflur als Abstandsfläche und öffentlicher Grünfläche oder / und z.B. in den Gehölzen entlang der ehemaligen Bahnlinie) mindestens vier Nistkästen zu installieren, dauerhaft zu pflegen und bei Abgang zu ersetzen. Verantwortlich für Ausführung, Unterhaltung und Sicherung der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen ist der Verursacher oder dessen Rechtsnachfolger (§ 15 Abs. 4 BNatSchG).

5 Umweltbericht

Der Umweltbericht wird als Teil II der Begründung am Ende der Begründung Teil I in einem gesonderten Abschnitt dargestellt.

6 Verfahrensablauf und Abwägung

Die Stadt Bremerhaven hat gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie § 4 Abs. 1 BauGB die Öffentlichkeit und die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange frühzeitig beteiligt und zur Äußerung auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgefordert.

Im Zuge dieses Beteiligungsschrittes wurden seitens der Träger einige Hinweise zu Leitungstrassen in der Planumgebung sowie den Anschlussmöglichkeiten, den Belangen der Landwirtschaft, zum Baugrundgutachten und zu erstellenden Bodenschutzkonzepten und den erforderlichen Kompensationsflächen gegeben. Weiterhin wurden Vorgaben zur Entwässerung des Gebietes formuliert und auf die möglichen Betroffenheiten von Waldflächen und geschützten Biotopen hingewiesen. Ein Immissionsschutzgutachten wurde erstellt.

Generell wird die Schaffung von neuem Wohnraum für verschiedene Bauformen begrüßt und die Erschließung mit neuen Mobilitätskonzepten empfohlen.

Diese gemachten Anregungen und Hinweise wurden beachtet und in die Planunterlagen zum Entwurf eingestellt. Auf die Abwägungstabelle wird verwiesen.

Seitens der Öffentlichkeit wurden Bedenken zum Verlust der Freifläche, der Größe des Gebietes sowie der Überformung des Ortsbildes geäußert und auf die Belastung des Straßennetzes hingewiesen. Die Klimaschutzziele der Stadt sind zu berücksichtigen.

Die vorgebrachten Anregungen wurden geprüft und mit Anpassungen im Entwurfsplan berücksichtigt.

In einem weiteren Beteiligungsschritt werden die Planunterlagen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie § 4 Abs. 2 BauGB werden Beteiligungsverfahren in Form der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der öffentlichen Auslegung durchgeführt. Die in den genannten Verfahren von der betroffenen Öffentlichkeit und den Trägern öffentlicher Belange vorgetragenen Hinweise und Anregungen zu den Planinhalten werden im Weiteren in die Abwägung der öffentlichen und privaten Belange gemäß § 1 Abs. 7 BauGB eingestellt.

6.1 Ergebnisse der öffentlichen Auslegung

Die Ergebnisse dieses Beteiligungsschrittes werden in Abwägungstabellen zusammengefasst und mit Abwägungsvorschlägen versehen. Die planungsrelevanten Inhalte werden in die Planunterlagen eingestellt.

6.2 Ergebnisse der parallel zur öffentlichen Auslegung durchgeführten Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Die Ergebnisse dieses Beteiligungsschrittes werden in Abwägungstabellen zusammengefasst und mit Abwägungsvorschlägen versehen. Die planungsrelevanten Inhalte werden in die Planunterlagen eingestellt.

7 Eingriff in andere Planungen (Verfahrensschlussvermerk)

Mit Inkrafttreten des Bebauungsplanes Nr. 493 „Poggenbruchstraße / Weg 89“ mit örtlichen Bauvorschriften über die Gestaltung treten die Festsetzungen des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes Nr. 249 „Poggenbruchstraße / Lindenallee“ im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 493 außer Kraft.

8 Durchführung und Kosten

Durch die Bebauungsplanaufstellung und die Realisierung des Baugebietes entstehen der Stadt Bremerhaven keine Kosten.

Gemäß § 9 Abs. 8 BauGB ausgearbeitet:

Planbearbeitung:

NWP Planungsgesellschaft mbH, Escherweg 1, 26121 Oldenburg

Oldenburg, den 13.01.2025

Bremerhaven, den 13.01.2025

gez. Kountchev

(Amtsleiterin)

TEIL II: UMWELTBERICHT

1 Einleitung

Gemäß § 2 [4] BauGB sind bei der Aufstellung von Bauleitplänen die Belange des Umweltschutzes, insbesondere die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen, im Rahmen einer Umweltprüfung zu ermitteln und in einem Umweltbericht zu beschreiben und zu bewerten. Hierbei sind vor allem die in § 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB aufgeführten Belange zu berücksichtigen und die in § 1 a BauGB genannten Vorschriften anzuwenden. Die Ergebnisse der Umweltprüfung sind im Aufstellungsverfahren des Bauleitplanes in die Abwägung einzustellen.

Der Umweltbericht bildet gemäß § 2 a BauGB einen gesonderten Teil der Begründung. Die nachfolgende Gliederung des Umweltberichtes orientiert sich an der Anlage 1 des BauGB.

Im Anhang ist eine tabellarische Übersicht über die in der Umweltprüfung untersuchten und ermittelten Umweltauswirkungen dargelegt. Vertiefende Angaben sind den folgenden Kapiteln zu entnehmen.

1.1 Inhalte und Ziele des Bauleitplanes

Um dem Bedarf an Wohnraum nachzukommen, zielt die vorliegende Planung auf eine Arrondierung des östlichen Siedlungsrandes von Wulsdorf zwischen Lindenallee und Poggenbruchstraße.

Mit der Aufstellung der Bauleitplanung und hier des Bebauungsplanes werden die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Entwicklung des neuen Wohnquartieres geschaffen.

Festgesetzt wird ein Allgemeines Wohngebiet mit zulässigen Gebäudehöhen von 9,5 m. Relevante Grün- und Gewässerstrukturen werden erhalten und es wird ein zentraler Platz für unterschiedliche Freiraumnutzungen festgesetzt.

1.2 Ziele des Umweltschutzes und deren Berücksichtigung bei der Planung

Nachfolgend werden gemäß Anlage 1 des BauGB die in einschlägigen Fachgesetzen und Fachplänen festgesetzten Ziele des Umweltschutzes, soweit sie für den vorliegenden Bauleitplan von Bedeutung sind, dargestellt.

Weiterhin wird aufgeführt, inwieweit diese Ziele im Rahmen der vorliegenden Planung berücksichtigt werden.

1.3 Prioritäre Ziele des Umweltschutzes

1.3.1 Raumordnung

Nicht abwägbare Ziele der Raumordnung zum Umweltschutz (Vorranggebiete oder textliche formulierte Ziele) liegen für das Plangebiet nicht vor.

1.3.2 Natura 2000-Verträglichkeit

Projekte oder Pläne sind gemäß § 34 BNatSchG auf Ihre Verträglichkeit mit den Erhaltungszielen eines Natura 2000-Gebietes zu überprüfen.

Im näheren Umfeld des Plangebiets sind keine Natura 2000-Gebiete[7] vorhanden.

Die nächstgelegenen Natura 2000-Gebiete sind das FFH-Gebiet „Weser bei Bremerhaven“ (Gebiets-Nr. DE2417-370) in etwa 3,5 km westlicher Richtung und das EU-Vogelschutzgebiet „Luneplate“ (Gebiets-Nr. DE2417-401) in rund 3,5 km westlicher Richtung.

Das FFH-Gebiet umfasst den stark anthropogen überformten Mündungsbereich der Weser und steht unter Tide- und Salzeinfluss mit Restflächen naturnaher Wattbereiche. Das Gebiet dient als funktionaler Zusammenhang zwischen den niedersächsisch gemeldeten Gebieten und als Wanderstrecke und Adaptionsraum Süß- und Salzwasser wechselnder Wanderfische.[8]

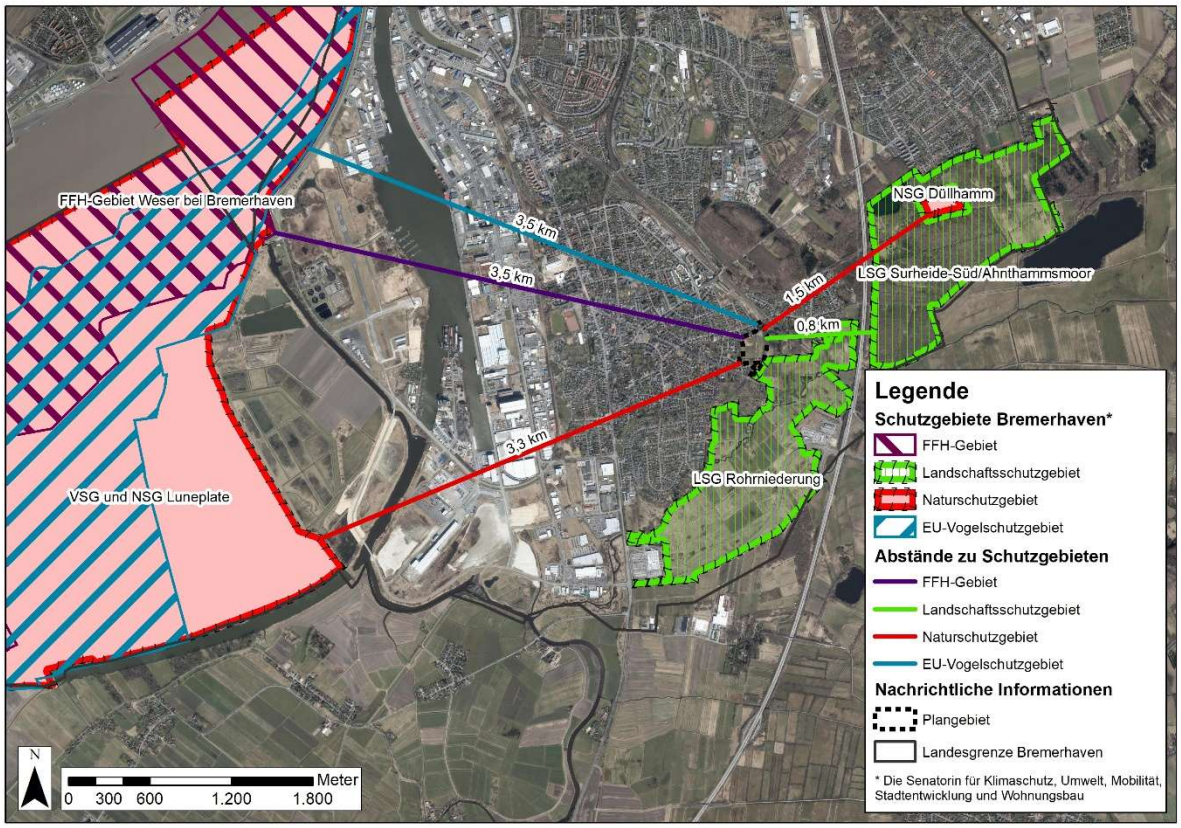


Abbildung 7: Lage und Entfernung der Schutzgebiete Bremerhavens zum Plangebiet

Das EU-Vogelschutzgebiet zeichnet sich durch naturnahe Wattflächen und extensiviertes Feuchtgrünland mit Poldern aus.[9]

Nachteilige Auswirkungen der Planung auf die Natura 2000-Gebiete sind aufgrund der Entfernung auszuschließen.

7 Kartendienst Naturschutzinformationssystem Bremen (NIS): Geschützte Flächen. Europäische Schutzgebiete. – Die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau, Bremen. (Zugriff: April 2020)

8 Natura 2000 Standard-Datenbogen (2006): FFH-Gebiet „Weser bei Bremerhaven“,DE2417370. - Amtsblatt der Europäischen Union L 198/41

9 Natura 2000 Standard-Datenbogen (2011): Vogelschutzgebiet „Luneplate“, DE2417401. - Amtsblatt der Europäischen Union, L198/41

1.3.3 Gemäß § 30 BNatSchG geschütztes Nassgrünland

Das Plangebiet bezieht sich auf ca. 4,58 ha. Die Freiflächen werden vorwiegend als Grünland genutzt. Innerhalb des Grünlands hat sich auf etwa 1.000 m² ein gemäß § 30 BNatSchG geschütztes Nassgrünland entwickelt.

Mit Verwirklichung des Baugebietes ist die Beseitigung des gesetzlich geschützten Biotops verbunden. Insofern ist eine Ausnahme von den Verboten gemäß § 30 Abs. 2 BNatSchG erforderlich. Die Stadt Bremerhaven hat gemäß § 30 Abs. 4 BNatSchG bei der zuständigen Naturschutzbehörde einen Antrag auf Ausnahme von den Verboten des § 30 BNatSchG gestellt[10].

Der Ausgleich für die Beseitigung des geschützten Nassgrünlands erfolgt in der Rohrniederung im räumlichen Zusammenhang zur Eingriffsfläche sowie gemäß § 15 Abs. 5 BNatSchG innerhalb eines angemessenen Zeitraumes.

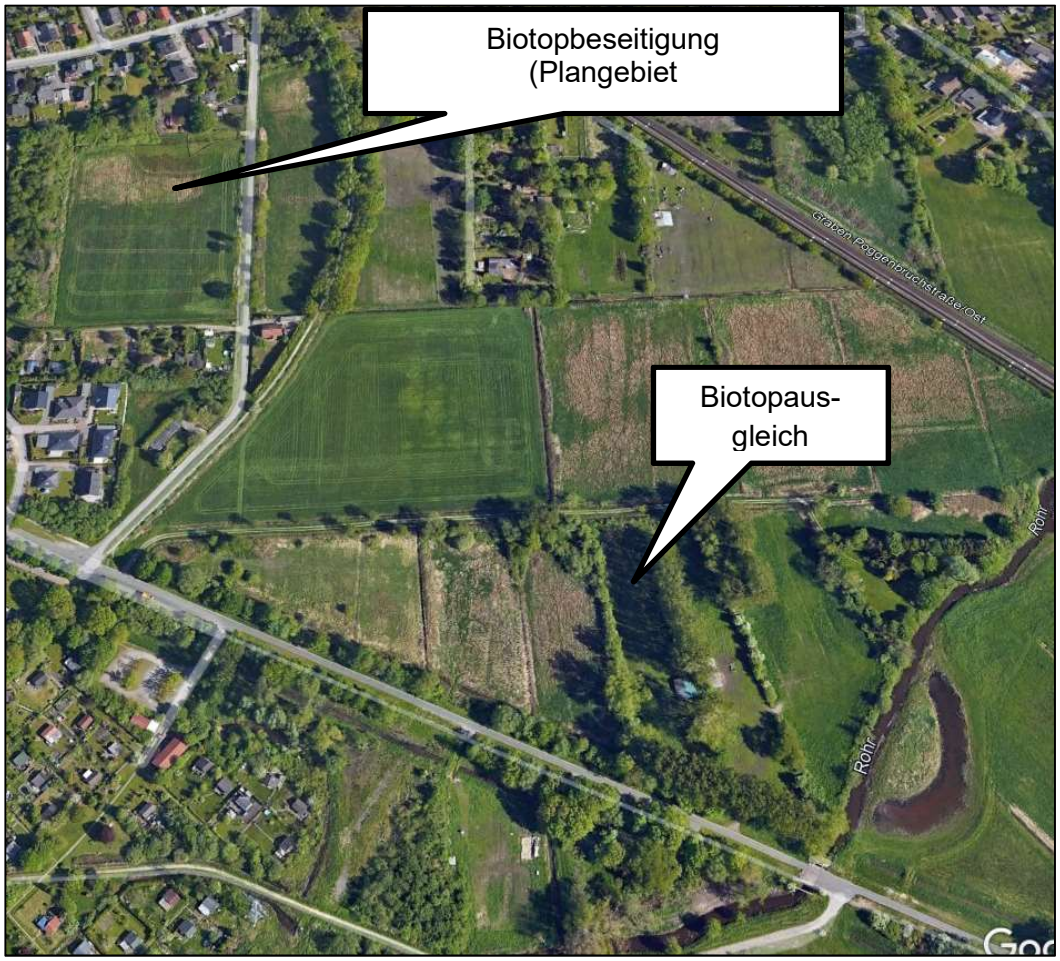


Abbildung 8: Lageübersicht Biotopbeseitigung und Biotopausgleich (Luftbildgrundlage GoogleEarth)

[10] Die Ausnahmegenehmigung nach § 30 BNatSchG wurde mit Datum vom 21.03.2023 erteilt.

1.3.4 Sonstige Schutzgebiete und geschützte Objekte nach Naturschutzrecht

§ 20 Abs. 2 BNatSchG: Teile von Natur und Landschaft können geschützt werden

1. *nach Maßgabe des § 23 als Naturschutzgebiet (NSG),*
2. *nach Maßgabe des § 24 als Nationalpark (NLP) oder als Nationales Naturmonument,*
3. *als Biosphärenreservat (BSR),*
4. *nach Maßgabe des § 26 als Landschaftsschutzgebiet (LSG),*
5. *als Naturpark (NP),*
6. *als Naturdenkmal (ND) oder*
7. *als geschützter Landschaftsbestandteil (GLB).*

Nachfolgend werden die nächstgelegenen Schutzgebiete gemäß § 20 Abs. 2 BNatSchG aufgeführt.[11]

- NSG: „Düllhamm“ (Aktenzeichen 631-11-01/4), östlich in rund 1,5 km Entfernung,
  - NSG: „Luneplate“ (Aktenzeichen 631-11-01/23), westlich in rund 3,3 km Entfernung,
  - LSG: „Rohrniederung“ (Aktenzeichen 631-11-03/7-1), südöstlich angrenzend,
  - LSG: „Surheide-Süd/Ahnthammsmoor“ (Aktenzeichen 631-11-03/3), östlich in rund 800 m Entfernung.

Weitere Schutzgebiete befinden sich in größerer Entfernung. Konflikte mit den Naturschutzgebiets-Verordnungen und der Landschaftsschutzgebiets-Verordnung „Surheide-Süd/Anthammsmoor“ entstehen durch die Planung aufgrund der Entfernungen nicht.

Die Ziele des angrenzenden Landschaftsschutzgebiets „Rohrniederung“ sind zum einen der Erhalt und die Entwicklung der noch offenen, unverbauten Bremerhaven-Niederungslandschaft, insbesondere das (Feucht-)Grünland und die Gräben als Lebensraum für seltene Pflanzen- und Tiergemeinschaften sowie -arten, zum anderen die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes zu erhalten, zu entwickeln und wiederherzustellen sowie die Vielfalt, Eigenart und Schönheit des Landschaftsbildes zu gewährleisten.[12]

Aufgrund der bereits bestehenden Siedlungsstruktur um das Plangebiet und der starken Einrahmung durch Wälle und Gehölze ist eine Eingliederung in die Siedlung möglich und die Einwirkungen auf das Landschaftsbild der Rohrniederung gering.

Die Ziele im LSG sind von der Planung nicht betroffen.

1.3.5 Baumschutzverordnung

Es gilt die Verordnung zum Schutz des Baumbestandes im Land Bremen mit Stand vom 27.05.2014.

Schutzgegenstand gemäß § 1 der Baumschutzverordnung sind

- Laubbäume mit einem Stammumfang von mindestens 120 cm,
  - Obstbäume außerhalb erwerbsgärtnerischer Nutzung sowie Stechpalme, Eibe und Weiß- oder Rotdorn mit einem Stammumfang von mindestens 80 cm,

11 Kartendienst Naturschutzinformationssystem Bremen (NIS): Europäische Schutzgebiete. – Die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau, Bremen. (Zugriff: April 2020)

12 Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet "Rohrniederung" in der Gemarkung Wulsdorf der Stadtgemeinde Bremerhaven vom 16. Februar 2006 (Brem.GBl. 2006, 77)

- Weidenbäume mit einem Stammumfang von mindestens 300 cm bzw. Kopfweiden mit einem Stammumfang von mindestens 120 cm und
- Nadelbäume, außer Eibe, mit einem Stammumfang von mindestens 300 cm.

Die größeren Einzelbäume und die überlaubten Bereiche des Plangebietes wurden eingemessen.

Auf dieser Grundlage werden einzelne wertgebende Einzelbäume, soweit dies unter dem Vermeidungsgebot der Eingriffsregelung und nach städtebaulichen Gesichtspunkten möglich ist, als zu erhalten festgesetzt.

Die wertgebende Grünstruktur entlang der Durchwegung am östlichen Plangebietsrand wird komplett als Öffentliche Grünfläche erhalten.

Nicht erhalten werden:

Baum	**Radius (R)**	**Stammumfang[13] (gerundet)**	**Verortung**	
Schwarzerle	0,29 cm	180 cm	nördliche Verkehrsfläche	
Schwarzerle	0,19 cm	120 cm	nördliche Verkehrsfläche	
Schwarzerle	0,19 cm	120 cm	nördliche Verkehrsfläche	
Hainbuche	0,25 cm	160 cm	Westliches WA_2	
Hainbuche	0,27 cm	170 cm	Westliches WA_2	
Stieleiche	0,28 cm	175 cm	Fläche für die Wasserwirtschaft	
Stieleiche	0,34 cm	215 cm	Fläche für die Wasserwirtschaft	

Gemäß § 6 der Baumschutzsatzung soll die untere Naturschutzbehörde auf Antrag die Beseitigung der gemäß Baumschutzsatzung geschützten Bäume gestatten, sofern eine nach einem Bebauungsplan zulässige Nutzung sonst nicht verwirklicht werden kann oder in unzumutbarer Weise beschränkt wird.

Für die zu fällenden Bäume resultiert eine Ersatzpflanzung (großkronige Bäume) in folgendem Umfang:

- Schwarzerle: 4 Neupflanzungen
- Hainbuche: 4 Neupflanzungen
- Stieleiche: 5 Neupflanzungen

Alle zusammen: 13 Großbäume

Mit den hier vorliegenden Ausführungen wird die Antragsbegründung für die Beseitigung der geschützten Bäume gemäß § 8 der Baumschutzsatzung in den Bebauungsplan integriert.

Der Ausgleich für die Beseitigung der geschützten und vorstehend aufgelisteten 7 Bäume wird innerhalb des Plangebietes durch Baumpflanzungen gemäß § 9 (1) 25a BauGB in der zentralen Grünfläche mit der Zweckbestimmung Spielplatz, Platz/Treffpunkt und durch Baumpflanzungen in den als Allgemeines Wohngebiet festgesetzten Flächen sichergestellt.

13 = 2 R x π (π = 3,1415926…)

1.4 Sonstige allgemeine abwägungsrelevante Ziele des Umweltschutzes

Raumordnung

Grundsätze der Raumordnung (Vorbehaltsgebiete oder textlich formulierte Grundsätze) zu den Zielen des Umweltschutzes sind im Plangebiet nicht betroffen.

Baugesetzbuch (BauGB)

Die Bauleitpläne ... sollen dazu beitragen, eine menschenwürdige Umwelt zu sichern, die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln sowie den Klimaschutz und die Klimaanpassung, insbesondere auch in der Stadtentwicklung, zu fördern sowie die städtebauliche Gestalt und das Orts- und Landschaftsbild baukulturell zu erhalten und zu entwickeln. Hierzu soll die städtebauliche Entwicklung vorrangig durch Maßnahmen der Innenentwicklung erfolgen [§ 1 Abs. 5 BauGB].

Den Zielen wird insofern entsprochen, als dass durch die Siedlungsarrondierung die städtebauliche Gestalt und das Orts- und Landschaftsbild weitgehend erhalten werden.

Bei der Aufstellung der Bauleitpläne sind insbesondere zu berücksichtigen ... die allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse und die Sicherheit der Wohn- und Arbeitsbevölkerung ... [§ 1 Abs. 6 Nr. 1 BauGB].

Zum Schutz der geplanten Wohnnutzungen werden Festsetzungen zum Lärmschutz getroffen. Besondere Störfallszenarien sind für das Plangebiet nicht relevant.

Bei der Aufstellung der Bauleitpläne sind insbesondere zu berücksichtigen ... die Belange der Baukultur, des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege, die erhaltenswerten Ortsteile, Straßen und Plätze von geschichtlicher, künstlerischer oder städtebaulicher Bedeutung und die Gestaltung des Orts- und Landschaftsbildes ... [§ 1 Abs. 6 Nr. 5 BauGB].

Besondere Belange des Denkmalschutzes sind nicht betroffen.

Bei der Aufstellung der Bauleitpläne sind insbesondere zu berücksichtigen ... die Erhaltungsziele und der Schutzzweck der Natura 2000-Gebiete im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes … [§ 1 Abs. 6 Nr. 7. b) und § 1a Abs. 4 BauGB].

Siehe unten: Natura 2000-Verträglichkeit

Mit Grund und Boden soll sparsam und schonend umgegangen werden; dabei sind zur Verringerung der zusätzlichen Inanspruchnahme von Flächen für bauliche Nutzungen die Möglichkeiten der Entwicklung der Gemeinde insbesondere durch Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtung und andere Maßnahmen zur Innenentwicklung zu nutzen sowie Bodenversiegelungen auf das notwendige Maß zu begrenzen [§ 1a Abs. 2 Satz 1 BauGB] (Bodenschutzklausel).

Durch die Siedlungsarrondierung bleibt der Flächenverbrauch bzw. der Verbrauch freier Landschaft gering.

Landwirtschaftlich, als Wald oder für Wohnzwecke genutzte Flächen sollen nur im notwendigen Umfang umgenutzt werden [§ 1a Abs. 2 Satz 2 BauGB] (Umwidmungssperrklausel).

Die Planung folgt dem notwendigen Bedarf nach Wohnraum und begründet eine ortgerechte und flächensparende Siedlungsentwicklung.

Den Erfordernissen des Klimaschutzes soll sowohl durch Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken, als auch durch solche, die der Anpassung an den Klimawandel dienen, Rechnung getragen werden [§ 1 a Abs. 5 BauGB].

Die wertgebenden klimarelevanten Grün- und Gewässerstrukturen werden durch entsprechende Festsetzungen berücksichtigt.

Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)

Natur und Landschaft sind aufgrund ihres eigenen Wertes und als Grundlage für Leben und Gesundheit des Menschen auch in Verantwortung für die künftigen Generationen im besiedelten und unbesiedelten Bereich nach Maßgabe der nachfolgenden Absätze so zu schützen, dass

1. *die biologische Vielfalt,*
2. *die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts einschließlich der Regenerationsfähigkeit und nachhaltigen Nutzungsfähigkeit der Naturgüter sowie*
3. *die Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie der Erholungswert von Natur und Landschaft*

auf Dauer gesichert sind [§ 1 Abs. 1 BNatSchG],

Die für Natur und Landschaft wertgebenden Landschaftsbestandteile, hier insbesondere die Durchwegung am östlichen Plangebietsrand, wertgebende Einzelbäume und die Grabenstruktur werden erhalten. Soweit Beeinträchtigungen für Natur und Landschaft nach den städtebaulichen Entwicklungszielen nicht vermieden werden können, werden diese nach den Maßgaben der Eingriffsregelung ausgeglichen.

Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG)

Menschen, Tiere und Pflanzen, Boden, Wasser, Atmosphäre sowie Kultur- und sonstige Sachgüter sollen vor schädlichen Umwelteinwirkungen geschützt werden [vgl. § 1 Abs. 1 BImSchG].

Zum Schutz der Menschen werden Schallschutzmaßnahmen festgesetzt.

Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG)

Bei Einwirkungen auf den Boden sollen Beeinträchtigungen seiner natürlichen Funktionen (Lebensgrundlage und Lebensraum für Menschen, Tiere, Pflanzen und Bodenorganismen; Bestandteil des Naturhaushaltes, insbesondere mit seinen Wasser- und Nährstoffkreisläufen, Abbau-, Ausgleichs- und Aufbaumedium für stoffliche Einwirkungen aufgrund der Filter-, Puffer- und Stoffumwandlungseigenschaften, insbesondere auch zum Schutz des Grundwassers) sowie seiner Funktion als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte so weit wie möglich vermieden werden [vgl. § 1 und § 2 Abs. 2 BBodSchG].

Soweit Beeinträchtigungen der Bodenfunktionen nach den städtebaulichen Entwicklungszielen nicht vermieden werden können, werden diese nach den Maßgaben der Eingriffsregelung ausgeglichen.

Wasserhaushaltsgesetz (WHG)

Die Gewässer (oberirdische Gewässer, Küstengewässer und Grundwasser) sollen durch eine nachhaltige Gewässerbewirtschaftung als Bestandteile des Naturhaushalts, als Lebensgrundlage des Menschen, als Lebensraum für Tiere und Pflanzen sowie als nutzbares Gut geschützt werden. [vgl. § 1 WHG].

Das Grabensystem wird weitgehend erhalten und es sind Maßnahmen zur Regenrückhaltung vorgesehen.

Landschaftsprogramm

Das Landschaftsprogramm Bremen, Teil Bremerhaven (Entwurf, Stand Februar 2023), ordnet das Plangebiet in der *naturräumlichen Landschaftseinheit Rohr-Marsch* dem *Landschaftsraum Ahnthammsmoor und Grünland-Hecken-Gebiet der Randmoore* zu.

Hervorgehoben als *Maßnahme zur Sicherung und Entwicklung von Zielbiotopkomplexen* ist die Altbaumreihe an der Durchwegung am östlichen Plangebietsrand.
Der gesamte Komplex am östlichen Plangebietsrand mit den Altbäumen, Dammböschungen und der Durchwegung wird entsprechend im Bebauungsplan als festgesetzte Grünfläche gesichert.

Dem Ziel der Sicherung und Entwicklung strukturreicher Grünlandgebiete und Grünlandnutzung mit hohen Grundwasserständen auf Moorböden kann nach Abwägung mit den städtebaulichen Entwicklungszielen der Stadt an dieser Stelle nicht entsprochen werden. Der Grünlandverlust wird durch geeignete Ausgleichsmaßnahmen nach den Maßgaben der Eingriffsregelung (s. Kap. 2.3) kompensiert.

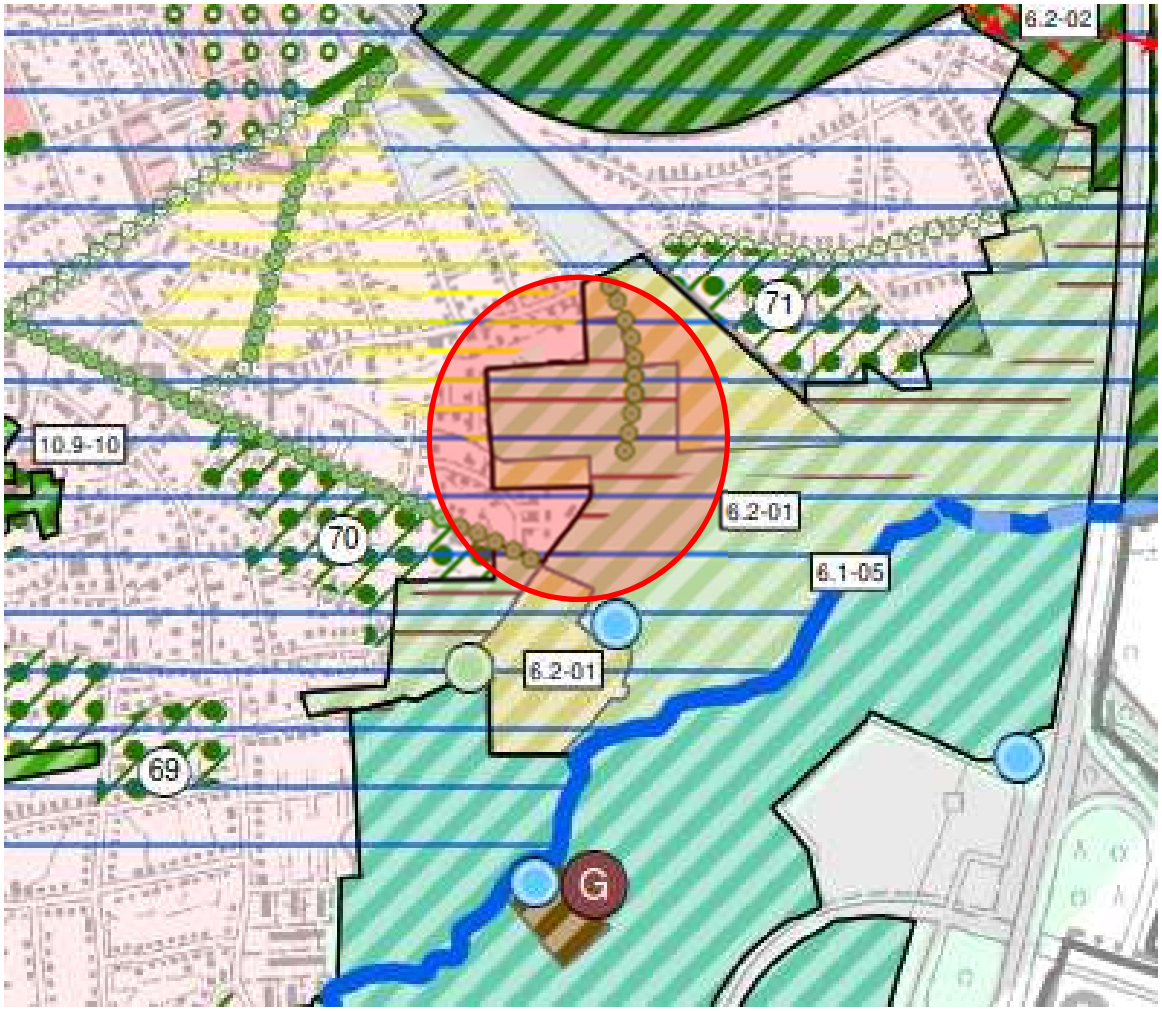


Abbildung 9: LaPro Bremen - Entwurf 2023, Ausschnitt Plan 1: Ziel- und Maßnahmenkonzept mit Kenntlichmachung Plangebiet (roter Kreis)

Flächennutzungsplan

Im Flächennutzungsplan ist das Plangebiet bisher als Grünfläche dargestellt.

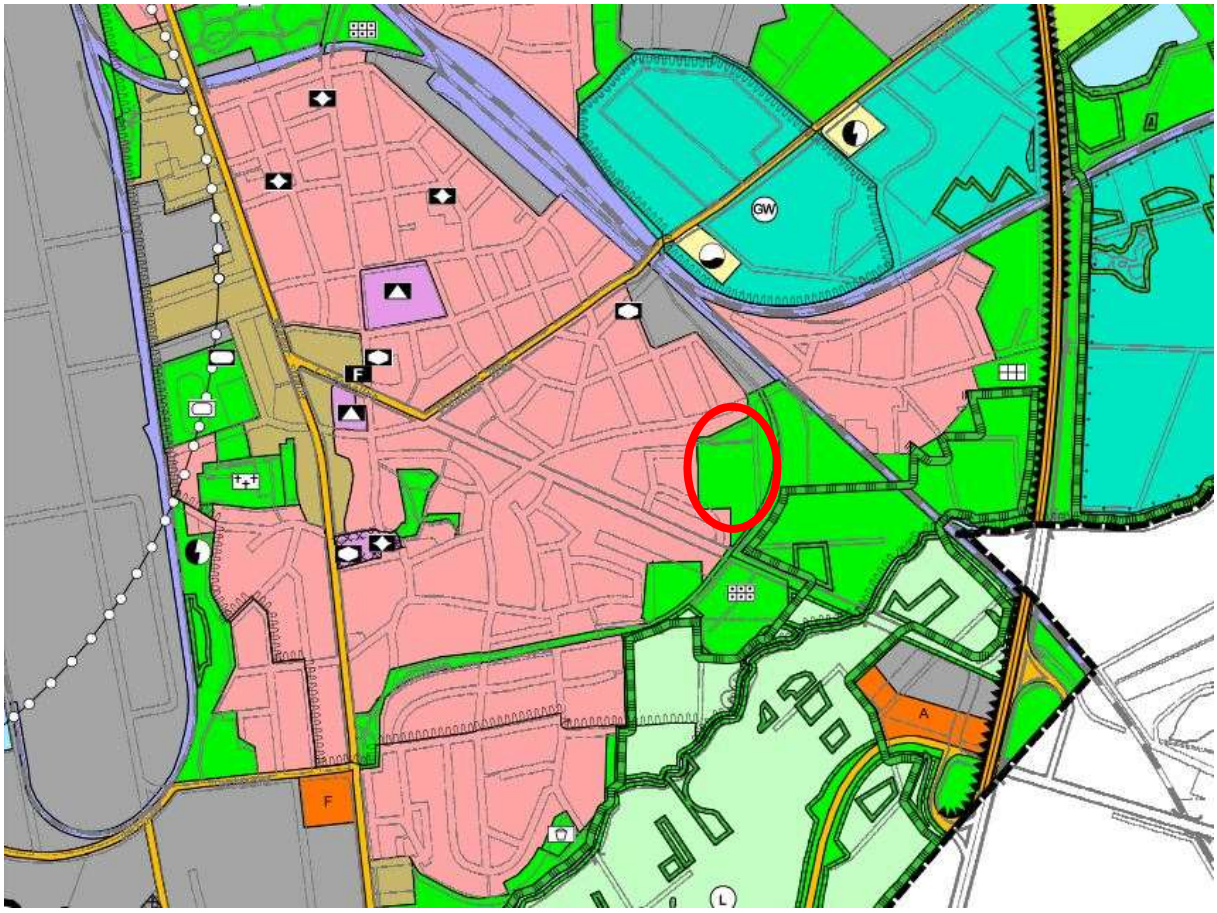


Abbildung 10: Lage des Plangebietes im Flächennutzungsplan Bremerhaven

Der Flächennutzungsplan wird im Parallelverfahren geändert und wird eine Wohnbaufläche nebst einer Fläche für den Gemeinbedarf darstellen.

1.5 Ziele des speziellen Artenschutzes – Unterlage zur Artenschutzprüfung

Gemäß § 44 BNatSchG bestehen bestimmte Schutzvorschriften für besonders und streng geschützte Tier- und Pflanzenarten.

Diese Verbote richten sich zwar nicht an die Ebene der Bauleitplanung, sondern untersagen konkrete Handlungen. Im Rahmen des Bauleitplanverfahrens ist allerdings zu prüfen, ob die artenschutzrechtlichen Vorgaben die Umsetzung der Planung dauerhaft hindern.

Nach § 44 Abs. 5 BNatSchG sind die Verbote des speziellen Artenschutzes für zulässige Vorhaben innerhalb von Bebauungsplan-Gebieten nur anzuwenden, sofern und soweit Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie oder europäische Vogelarten betroffen sind.[14] Die nachfolgenden Ausführungen beschränken sich deshalb auf diese Artenvorkommen.

Gemäß § 44 Absatz 1 BNatSchG ist es verboten,

14 Darüber hinaus sind solche Arten zu berücksichtigen, die in einer Rechtsverordnung nach § 54 (1) Nr. 2 BNatSchG aufgeführt sind. Eine Rechtsverordnung auf dieser Ermächtigungsgrundlage wurde bislang nicht erlassen.

1. *wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen, zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,*
2. *wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der **europäischen Vogelarten** während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert,*
3. *Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,*
4. *wild lebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören (Zugriffsverbote).*

Da es sich bei dem geplanten Vorhaben um die Umsetzung eines nach den Vorschriften des Baugesetzbuches zulässigen Vorhabens im Sinne von § 18 Abs. 2 Satz 1 BNatSchG handelt, gilt gemäß § 44 Abs. 5 Satz 2 BNatSchG (neue Fassung)[15]: *Sind in Anhang IV Buchstabe a der Richtlinie 92/43EWG aufgeführte Tierarten, europäische Vogelarten und solche Arten betroffen, die in einer Rechtsverordnung nach § 54 Absatz 1 Nummer 2 aufgeführt sind[16], liegt ein Verstoß gegen*

1. *das Tötungs- und Verletzungsverbot des Absatzes 1 Nummer 1 nicht vor, wenn die Beeinträchtigung durch den Eingriff oder das Vorhaben das Tötungs- und Verletzungsrisiko für Exemplare der betroffenen Arten nicht signifikant erhöht und diese Beeinträchtigung bei Anwendung der gebotenen, fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen nicht vermieden werden kann,*
2. *das Verbot des Nachstellens und Fanges wild lebender Tiere und der Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung ihrer Entwicklungsformen nach Abs. 1 Nr. 1 nicht vor, wenn die Tiere oder ihre Entwicklungsformen im Rahmen einer erforderlichen Maßnahme, die auf den Schutz der Tiere vor Tötung oder Verletzung oder ihrer Entwicklungsformen vor Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung und die Erhaltung der ökologischen Funktion der Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang gerichtet ist, beeinträchtigt werden und diese Beeinträchtigungen unvermeidbar sind*
3. *das Verbot nach Abs. 1 Nr. 3 nicht vor, wenn die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird.*

Soweit erforderlich, können auch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen festgelegt werden. Für Standorte wild lebender Pflanzen der in Anhang IV b der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführte Arten gelten diese Maßgaben entsprechend. Sind andere besonders geschützte Arten betroffen, liegt bei Handlungen zur Durchführung eines Eingriffs oder Vorhabens ein Verstoß gegen die Zugriffs-, Besitz- oder Vermarktungsverbote nicht vor.

15 in der am 29.09.2017 geltenden Fassung durch Artikel 1 G. v. 15.09.2017 BGBl. I S. 3434
16 Eine Rechtsverordnung nach § 54 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG, in der ebenfalls berücksichtigungspflichtige „nationale verantwortungsarten“ definiert wären, liegt bisher nicht vor.

1.5.1 Relevante Arten, Situation im Plangebiet

Zur Prüfung des artenschutzrechtlichen Sachverhaltes und zur Eingriffsbeurteilung wurden in Abstimmung mit der Naturschutzbehörde das Plangebiet auf Vorkommen von Brutvögeln, Fledermäusen und Amphibien überprüft.[17]

Brutvögel

Im Plangebiet wurden 28 Brutvogelarten festgestellt. Im Gebiet wurden mit Star und Grauschnäpper zwei Arten erfasst, die gemäß der aktuellen Roten Liste Niedersachsens und Bremens (Krüger & Nipkow 2015) als gefährdet eingestuft sind.

Fledermäuse

Im Plangebiet konnten Breitflügelfledermaus, Abendsegler, Zwergfledermaus, Rauhhautfledermaus und die Geschwisterarten Braunes/Graues Langohr sowie nicht eindeutig bestimmbare Fledermäuse der Gattung Nyctalus nachgewiesen werden.

Quartiere in Gebäuden oder dem Baumbestand wurden nicht festgestellt. Im Juni 2020 konnten sehr ausgeprägte Funktionen als Jagdgebiet und als Flugroute ermittelt werden, wohingegen die Fledermausaktivität im Zeitraum Juli bis September 2020 deutlich geringer war.

Amphibien

Die im Plangebiet festgestellten Teichfrösche gelten nicht als streng geschützt und sind somit artenschutzrechtlich nicht weiter relevant.

1.5.2 Beurteilung der Verbotstatbestände

Tötungen (Verbotstatbestand gemäß § 44 [1] Nr. 1 BNatSchG):

Eine Tötung oder Verletzung der geschützten Vögel gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG wird vermieden, indem die Baufeldfreimachung außerhalb der Brutzeit erfolgt.

Da im Plangebiet keine Quartiere festgestellt wurden, wird der Verbotstatbestand der Tötung nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG und das Zerstörungsverbot nach Nr. 3 voraussichtlich nicht ausgelöst.

Auch wenn mit den vorliegenden Untersuchungen keine Baumquartiere nachgewiesen wurden, sollte jedoch eine Fällung von Bäumen, insbesondere bei Höhlenbäumen, aus Vorsorgegründen möglichst nur im Zeitraum von Mitte November bis Mitte März durchgeführt werden. Es kann dann davon ausgegangen werden, dass keine Fledermäuse in den potenziellen Quartierstrukturen vorhanden sind. Ein Potenzial für Winterquartiere wird in den vorhandenen Gehölzen nicht gesehen (vorausgesetzt, die Bäume entlang der ehemaligen Bahnlinie bleiben erhalten). Die gleiche jahreszeitliche Beschränkung gilt für den Abriss von Gebäuden, insbesondere den Hütten in den aufgelassenen Kleingärten. Im Zweifelsfall sollte vor dem Abriss durch eine zusätzliche Begutachtung sichergestellt werden, dass auch hier eine Funktion als Winterquartier ausgeschlossen werden kann. Auf dieser Basis kann eine Auslösung des Verbotstatbestandes der Tötung von Fledermäusen nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG vermieden werden.

17 NWP Planungsgesellschaft mbH (2021): Faunistisches Gutachten Brutvögel, Fledermäuse & Amphibien 2020

Störungen (Verbotstatbestand gemäß § 44 [1] Nr. 2) BNatSchG):

Im Hinblick auf die Vögel liegt eine erhebliche Störung gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG nicht vor, da die vorkommenden Brutvogelarten nicht durch eine ausgeprägte Störungsempfindlichkeit gekennzeichnet sind und Ausweichmöglichkeiten bestehen bzw. geschaffen werden. Es kommt somit nicht zu einer Verschlechterung des Erhaltungszustandes der lokalen Populationen.

Zur Schaffung von Ausweichmöglichkeiten für den möglichen Verlust von Brutplätzen für den Star werden in der näheren Umgebung (z.B. zwischen dem ehemaligen Bahndamm und den Baugrundstücken mit Entwicklung einer Rudelflur als Abstandsfläche und öffentliche Grünfläche oder/und z.B. in den Gehölzen entlang der ehemaligen Bahnlinie) mindestens vier Nistkästen installiert und dauerhaft gepflegt.

Bezogen auf Fledermäuse liegt ebenfalls keine erhebliche Störung gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG vor, da nach Brinkmann et al. (2011) heutzutage weitgehend davon ausgegangen wird, dass Scheuch- und Barrierewirkungen bei Fledermäusen eine nur untergeordnete Rolle spielen. Zudem sind durch die geplante Bebauung keine Vertreibungseffekte auf die vorhandenen Fledermäuse zu erwarten.

Verlust der ökologischen Funktion von Fortpflanzungs- und Ruhestätten (§ 44 [1] Nr. 3 BNatSchG in Verbindung mit § 44 [5] BNatSchG):

Für die Prüfung des Eintretens des Verbotstatbestandes des § 44 Abs. 1 Nr. 3 (Zerstörung von Fortpflanzungsstätten) ist gemäß § 44 Abs. 5 BNatSchG maßgeblich, ob die ökologische Funktion der betroffenen Fortpflanzungsstätten im räumlichen Zusammenhang erhalten bleibt, d. h. ob die betroffenen Brutpaare auf geeignete Strukturen in der näheren Umgebung ausweichen können. Bei den ungefährdeten und ökologisch nicht ausgesprochen anspruchsvollen Arten, die zudem ihre Nester jährlich neu bauen, wird gemäß Runge et al. (2010) davon ausgegangen, dass ein Ausweichen für diese Vorkommen generell möglich ist. Für die übrigen Arten ist dies im Einzelfall zu prüfen.
Für das bundesweit auf der Vorwarnliste geführte, jedoch in Niedersachsen und Bremen ungefährdete Teichhuhn wird von entsprechenden Ausweichmöglichkeiten im näheren Umfeld ausgegangen, insbesondere südöstlich des Plangebietes zwischen Lindenallee und aktiver Bahnstrecke. Auch wenn der Graben am Westrand des Plangebietes erhalten bleibt, wird das Teichhuhn diesen aufgrund der nahen Bebauung voraussichtlich nicht mehr nutzen.
Für den Star und die Gartengrasmücke führt die geplante Bebauung vermutlich zu einem Verlust der Brutplätze. Zur Schaffung von Ausweichmöglichkeiten wird daher für den Star in der näheren Umgebung (z. B. in den Gehölzen entlang der ehemaligen Bahnlinie) die Installation und dauerhafte Pflege mindestens vier Nistkästen (z.B. https://www.schwegler-natur.de/portfolio_1408366639/starenhoehle-3s/) vorgeschlagen. In Bezug auf die Betroffenheit des Vorkommens der Gartengrasmücke sind durch Schaffung gebüschreicher Gehölze in strukturreichem und möglichst feuchtem Halboffenland ebenfalls entsprechende Ausweichmöglichkeiten zu schaffen. Hiervon würden auch weitere betroffene Arten profitieren, insbesondere Dorngrasmücke und Sumpfrohrsänger. Die im Zuge der Eingriffsregelung vorzusehenden Kompensationsmaßnahmen sollten sich somit gezielt an den Habitatansprüchen der wertgebenden Vogelarten orientieren.

Im Hinblick auf die Fledermäuse wird das Zerstörungsverbot von Lebensstätten nach Nr. 3 voraussichtlich nicht ausgelöst, da im Plangebiet keine Quartiere festgestellt wurden.

2 Beschreibung und Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen

Im Folgenden werden für die einzelnen Umweltschutzgüter die voraussichtlichen Auswirkungen der Planung prognostiziert, wobei der Fokus insbesondere auf solche Auswirkungen gerichtet wird, die ein erhebliches (positives oder negatives) Ausmaß erreichen oder erhebliche Beeinträchtigungen im Sinne der Eingriffsregelung darstellen.

Die Prognose der Auswirkungen setzt dabei zunächst eine Beschreibung und Bewertung des derzeitigen Umweltzustandes (Basisszenario) voraus. Weiterhin ist die voraussichtliche Entwicklung des Umweltzustandes bei Nichtdurchführung der Planung in der Übersicht aufzuzeigen, soweit diese zumutbar abgeschätzt werden kann. Auch bei der Darstellung des Basisszenarios und der voraussichtlichen Entwicklung ohne Planung wird bereits auf die voraussichtlich erheblich beeinflussten Umweltmerkmale fokussiert.

2.1 Beschreibung des derzeitigen Umweltzustandes und der voraussichtlichen Entwicklung bei Nichtdurchführung der Planung (Basisszenario)

Prägend für den Ausgangszustand ist die Lage des Plangebietes im Landschaftsraum der Rohr-Marsch mit dem Siedlungsraum (6.2) des Ahnthammsmoor und Grünland-Hecken-Gebiet der Randmoore. Im Osten grenzt die Landschaftseinheit der Beverstedter Moorgeest an.

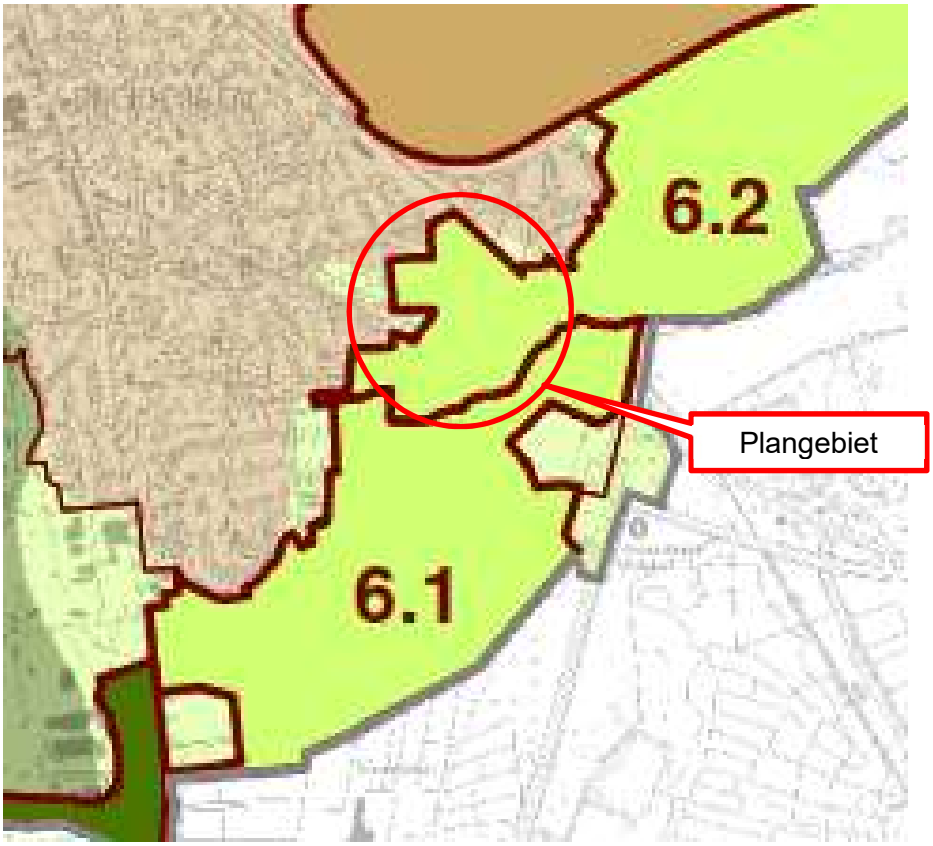


Abbildung 11: Auszug Beikarte Naturräumliche Landschaftseinheiten, (Landschaftsprogramm Bremen, Plan 1, Entwurf 2023)

2.1.1 Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt

Stellvertretend für die vorkommenden Tiere, Pflanzen und für die biologische Vielfalt wurden die Biotoptypen nach dem Kartierschlüssel für Biotoptypen in Bremen[18] erfasst. Vertiefend erfolgten eine floristische Grünlanderhebung und es wurden in Abstimmung mit der Naturschutzbehörde[19] die Brutvögel, Fledermäuse und Amphibien untersucht.

Derzeitiger Zustand

Biotoptypen[20]

Die Freiflächen des Plangebietes sind als Dauergrünland ausgeprägt. Das Grünland östlich des Weges 89 wird intensiv mit Schafen beweidet (Portionsweide) und stellt sich entsprechend über weite Jahreszeiträume sehr kurzrasig, örtlich mit Aufwuchs von Flatterbinse, dar.[21] Die Zuordnung erfolgt entsprechend als GW.

Westlich vom Weg 89 sind unterschiedliche Grünlandqualitäten von Intensivgrünland (GI) über artenarmes Extensivgrünland/sonstiger Flutrasen (GE/GFF) bis zu gemäß § 30 BNatSchG geschütztem Nassgrünland (GNW) ausgeprägt. (Artenliste und Biotoptypenplan siehe Anhang).

Im Biotopverbund ist den Grünlandflächen allgemein eine Bedeutung als Trittsteinbiotop für die darauf angewiesenen Tier- und Pflanzenarten beizumessen, wobei die nächsten entsprechenden Anschlussbiotope in den Grünlandflächen der Rohrniederung zu finden sind.

Randlich des Grünlandes verlaufen einzelne nährstoffreiche Gräben (FGR). Der südliche Graben wird von einem ausgeprägten Röhrichtsaum begleitet.

Im Biotopverbund können die Gräben allgemein eine Bedeutung als Vernetzungselement für limnisch gebundene Arten einnehmen.

Hervorzuheben ist hier der südlich des Plangebietes verlaufende Graben. Dieser weist aufgrund der Durchgängigkeit und der innerörtlichen Lage in Wulsdorf einschließlich seiner Verbindung zum westlich an das Plangebiet von der Rohrniederung bis in die anschließenden Regenrückhalteteich ein erhöhtes Vernetzungspotenzial auf.

Weiterhin ist dem ehemaligen Bahndamm mit den begleitenden Altbäumen und sonstigen Gehölzen (HEA) Bedeutung als Vernetzungspfad beizumessen.

Die vormalige Kleingartennutzung südlich und nördlich dieser zentralen Grünlandfläche wurde weitestgehend aufgegeben, so dass hier Kleingarten (PK) bzw. Kleingartenbrache (PK_b), örtlich auch halbruderale Gras- und Staudenflur (UH), artenarme Brennnesselflur ((UHB), Staudenknöterichgestrüpp (UNK), Siedlungsgehölze (HSE) und Einzelbäume erfasst sind.

Der Weg 89 ist bituminös befestigt (OVW). Die Wegeböschungen werden im Zuge der Wegeunterhaltung regelmäßig gemäht und sind als Scherrasen (GR) erfasst.

Am nördlichen Plangebiet ist in einer offensichtlichen Gartenbrache ein größerer Gehölzbestand ausgeprägt. Die Grundstücksfläche war ursprünglich nicht der Öffentlichkeit zugänglich. Reste der Einzäunung sind noch erkennbar. Am südlichen Rand dieser Gartenbrache steht

18 Freie Hansestadt Bremen, Senator für Umwelt, Bau und Verkehr (2013): Kartierschlüssel für Biotoptypen in Bremen, Obere Naturschutzbehörde
19 Magistrat 58/30, Vermerk per Mail am 10.03.2020 an Projektentwicklung Rainer Gloy
20 Siehe Anlage: Biotoptypenkarte
21 Qualitäten als geschütztes Nassgrünland (GNW, vgl. vegetationskundliche Untersuchung 2017/2018 des IEP) konnten 2020 auf den Flächen östlich von Weg 89 (Flurstücke 48/2 und 49) aufgrund der Schafbeweidung (Portionsweise) nicht bestätigt werden.

eine offensichtlich zur Grundstückseinfassung gepflanzte Reihe von Nadelbäumen. Als weitere Gartenarten sind Schneebeere, Forsythie und Flieder erkennbar. Die gepflanzten Gehölze standen ursprünglich im Zusammenhang mit dauerhaften wohnbaulichen Aufenthaltsanlagen. Mittlerweile hat sich überwiegend Stangenholz aus Birke, Eiche, Hasel, Bergahorn, Esche, Robinie eingestellt, das z. T. vom Kronentraufbereich der an der östlichen Durchwegung stehenden Einzelbäume überlaubt wird. Insofern handelt es sich hier nicht um Forstpflanzen (Waldbäume und Waldsträucher),[22] sondern um ein ruderalisiertes Siedlungsgehölz vormals bebauter Grundstücksfläche (HSE) und an der Durchwegung um alleeartig gepflanzte Einzelbäume (HEA).

Brutvögel, Fledermäuse, Amphibien

Zur Prüfung des artenschutzrechtlichen Sachverhaltes (s. Kap. 1.3.2) und zur Eingriffsbeurteilung wurde in Abstimmung mit der Naturschutzbehörde das Plangebiet auf Vorkommen von Brutvögeln, Fledermäusen und Amphibien überprüft.[23]

Brutvögel

Im Plangebiet wurden 28 Brutvogelarten festgestellt. Im Gebiet wurden mit Star und Grauschnäpper zwei Arten erfasst, die gemäß der aktuellen Roten Liste Niedersachsens und Bremens (Krüger & Nipkow 2015) als gefährdet eingestuft sind.

Fledermäuse

Im Plangebiet konnten Breitflügelfledermaus, Abendsegler, Zwergfledermaus, Rauhhautfledermaus und die Geschwisterarten Braunes/Graues Langohr sowie nicht eindeutig bestimmbare Fledermäuse der Gattung Nyctalus nachgewiesen werden.

Quartiere in Gebäuden oder dem Baumbestand wurden nicht festgestellt. Im Juni 2020 konnten sehr ausgeprägte Funktionen als Jagdgebiet und als Flugroute ermittelt werden, wohingegen die Fledermausaktivität im Zeitraum Juli bis September 2020 deutlich geringer war.

Amphibien

Die im Plangebiet festgestellten Teichfrösche gelten nicht als streng geschützt und sind somit artenschutzrechtlich nicht weiter relevant.

Voraussichtliche Entwicklung bei Nichtdurchführung der Planung

Änderungen hinsichtlich der Biotoptypen einschließlich der floristischen Ausstattung und der vorkommenden Tierwelt werden bei der Nichtdurchführung der Planung nicht begründet. Voraussichtlich wird die aktuelle Nutzung weiterhin bestehen bleiben. Änderungen der Schutzgüter Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt sind daher nicht ersichtlich.

22 Nach Prüfung durch die zuständige Waldbehörde liegt im Plangebiet kein Wald im Sinne des Waldgesetzes vor.

23 NWP Planungsgesellschaft mbH (2021): Faunistisches Gutachten Brutvögel, Fledermäuse & Amphibien 2020

2.1.2 Fläche und Boden

Derzeitiger Zustand

Das Plangebiet schließt unmittelbar an den südöstlichen Siedlungsrand von Bremerhaven an. Die etwa 4,58 ha große Fläche des Plangebietes besteht überwiegend aus Dauergrünland, das teils mit Nutztieren beweidet wird.

Kleinflächige Versiegelungen sind durch die Straße Weg 89, die mittig durch das Plangebiet verläuft, und mit den im Norden und Süden bestehenden Resten der vormaligen Kleingartennutzungen sowie einem bestehenden Hausgrundstück vorhanden.

Das Geländeniveau bewegt sich zwischen 0 und 1 m NHN.[24] und steigt nach Norden bis zur Poggenbruchstraße auf über 3,0 m NHN an. Der das Plangebiet nach Osten abschließende Wegedamm erreicht hier eine Höhe von 3,85 m NHN.

Bodenkundlich liegt das Plangebiet im Übergangsbereich der Bodenregionen Küstenholozän und Geest.[25]

Das Plangebiet liegt in einer geomorphologischen Senke, die mit holozänem Niedermoor gefüllt ist. Nach Norden wird das Moor von älteren, pleistozänen Sanden begrenzt.
Nach den Ergebnissen der orientierenden Baugrunduntersuchung verläuft etwa mittig des Plangebietes eine Trennung zwischen pleistozänen Sanden im Norden und holozänem Niedermoor im Süden.[26]

Für den Bereich des Plangebietes sind gemäß Kartendienst Naturschutzinformationssystem Bremen keine Vorkommen von Altlasten bekannt.[27]

In den holozänen Böden ist mit dem Auftreten von natürlichen Schwefelverbindungen zu rechnen.

Voraussichtliche Entwicklung bei Nichtdurchführung der Planung

Eine wesentliche Änderung der bestehenden Bodennutzungen und zukünftigen Entwicklungen bei Nichtdurchführung der Planung ist nicht ersichtlich.

2.1.3 Wasser

Derzeitiger Zustand

Grundwasser

Das Planungsgebiet liegt im Trinkwasserschutzgebiet IIIA der Wassergewinnung im Ahnthammsmoor (Verordnung über die Festsetzung eines Wasserschutzgebietes für das Wasserwerk Wulsdorf der Stadtwerke Bremerhaven AG vom 15. April 1975). Die Auswei-sung von Baugebieten gemäß Schutzgebietsverordnung ist nur bedingt zulässig und bedarf der Erlaubnis der Wasserbehörde.

24 Normalhöhennull – Höhe über dem Meeresspiegel
25 Neuaufstellung des Landschaftsprogramms , Teil Stadtgemeinde Bremerhaven (Entwurf 03.02.2023)
26 OWS Ingenieurgeologen (2020) Orientierende Baugrunduntersuchung, vgl. Kartendienst Naturschutzinformationssystem Bremen (NIS): Landschaftsprogramm Bremen, Grundlagenkarten. Boden und Relief. Die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau, Bremen
27 Kartendienst Naturschutzinformationssystem Bremen (NIS): Landschaftsprogramm Bremen, Grundlagenkarten. Boden und Relief. – Die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau, Bremen (Zugriff: April 2020)

Nach den allgemein vorliegenden Fachdaten beträgt der Grundwasserflurabstand im Plangebiet zwischen 0 und 4,0 m.[28]

Im Rahmen der orientierenden Baugrunduntersuchung wurden im Januar 2020 die Wasserstände bei 0,4 bis 1,0 m unter Geländeoberkante (GOK), in den höheren nördlichen Teilflächen des Plangebietes bei 1,2 m bis 2 m unter GOK erbohrt.[29]

Der Grundwasserkörper „Untere Weser Lockergestein rechts“ ist in einem mengenmäßig guten Zustand; der chemische Zustand wird jedoch als schlecht bewertet.[30] Das Schutzpotenzial der Grundwasserüberdeckung wird überwiegend als gering, in einem kleinen Teilbereich im Süden des Plangebietes jedoch als hoch eingestuft. Die Grundwasserneubildung liegt zwischen 0 und 20 mm/Monat.[31]

Die durch die Baugrunduntersuchung (OWS 2020) ermittelten Daten decken sich im Wesentlichen mit den interpolierten Daten des GDFB.
Entsprechend der Geländemorphologie wird von einer nach Süden gerichteten Grundwasserfließrichtung ausgegangen.
Kleinräumig werden die Grundwasserstände und -fließrichtungen durch die Entwässerungsgräben beeinflusst.

Oberflächengewässer

Die Oberflächenentwässerung erfolgt über Mulden und Gräben randlich der Grünlandflächen und entlang der Wege (Weg 89, ehemaliger Bahndamm) in den südlich verlaufenden Graben.

In dem westlich an das Plangebiet anschließenden Grundstück (Flurstück 38/1) liegt ein Regenrückhalteteich für die westlich anschließenden Baugrundstücke und südlich befindet sich ein weiteres Rückhaltegewässer (Flurstück 55/6).

Südöstlich fließt in ca. 350 m Entfernung die „Rohr“. Das als erheblich verändert eingestufte Fließgewässer weist sowohl einen schlechten ökologischen als auch einen schlechten chemischen Zustand auf. Ein negativer Einfluss durch Schadstoffe ist nicht zu erwarten.[32]

Wasserschutz- und Überschwemmungsgebiete

Das Plangebiet liegt innerhalb des Trinkwasserschutzgebiets „Wulsdorf III A“ und dient als „weitere Schutzzone“ für die Wassergewinnungsanlage Wulsdorf der Stadtwerke Bremerhaven AG in Bremerhaven. Innerhalb des Plangebietes liegen keine Überschwemmungsbereiche.[33]

Voraussichtliche Entwicklung bei Nichtdurchführung der Planung

Eine wesentliche Änderung der bestehenden Grundwasserbedingungen und der Oberflächengewässer bei Nichtdurchführung der Planung ist nicht abzuleiten.

28 GDfB Kartenserver (2010): Hydrologie. -Geologischer Dienst für Bremen (GDfB), Bremen. (Zugriff: April 2020)
29 OWS Ingenieurgeologen (2020): Orientierende Baugrunduntersuchung
30 NUMIS Kartenserver: WRRL. Nds. Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz, Hannover (Zugriff: April 2020)
31 NIBIS® Kartenserver (2014): Grundwasserneubildung, Schutzpotential der Grundwasserüberdeckung. Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG), Hannover (Zugriff: April 2020)
32 NUMIS Kartenserver: Hydrologie, Hydrographische Karte. Nds. Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz, Hannover (Zugriff: April 2020)
33 NUMIS Kartenserver: Hydrologie, Überschwemmungsgebiete. Nds. Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz, Hannover (Zugriff: April 2020)

2.1.4 Klima und Luft

Derzeitiger Zustand

Bremerhaven wird durch ein Küstenklima mit kühlen, niederschlagsreichen Sommern und milden Wintern geprägt. Es herrschen vornehmlich wechselnde Wetterlagen, die durch Tiefdruckgebiete mit eingelagerten Zwischenhochs beeinflusst werden.

Die Jahresdurchschnittstemperatur liegt bei 10 °C mit einem durchschnittlichen Jahresniederschlag von rund 755 mm.[34]

Allgemein ist das Plangebiet dem Übergangsbereich vom Freilandklima zum Siedlungsklima zuzuordnen und den landwirtschaftlichen Flächen sowie den Gehölzflächen innerhalb und in der Umgebung des Plangebietes eine klimatisch günstige Kalt- und Frischluftwirkung beizumessen.

In der Stadtklimaanalyse Bremerhaven (2019) wird der angrenzende Siedlungsbereich als „Kaltlufteinwirkbereich innerhalb des Siedlungsgebietes“ dargestellt.[35]

Dem Plangebiet wird eine hohe bioklimatische Bedeutung beigemessen.

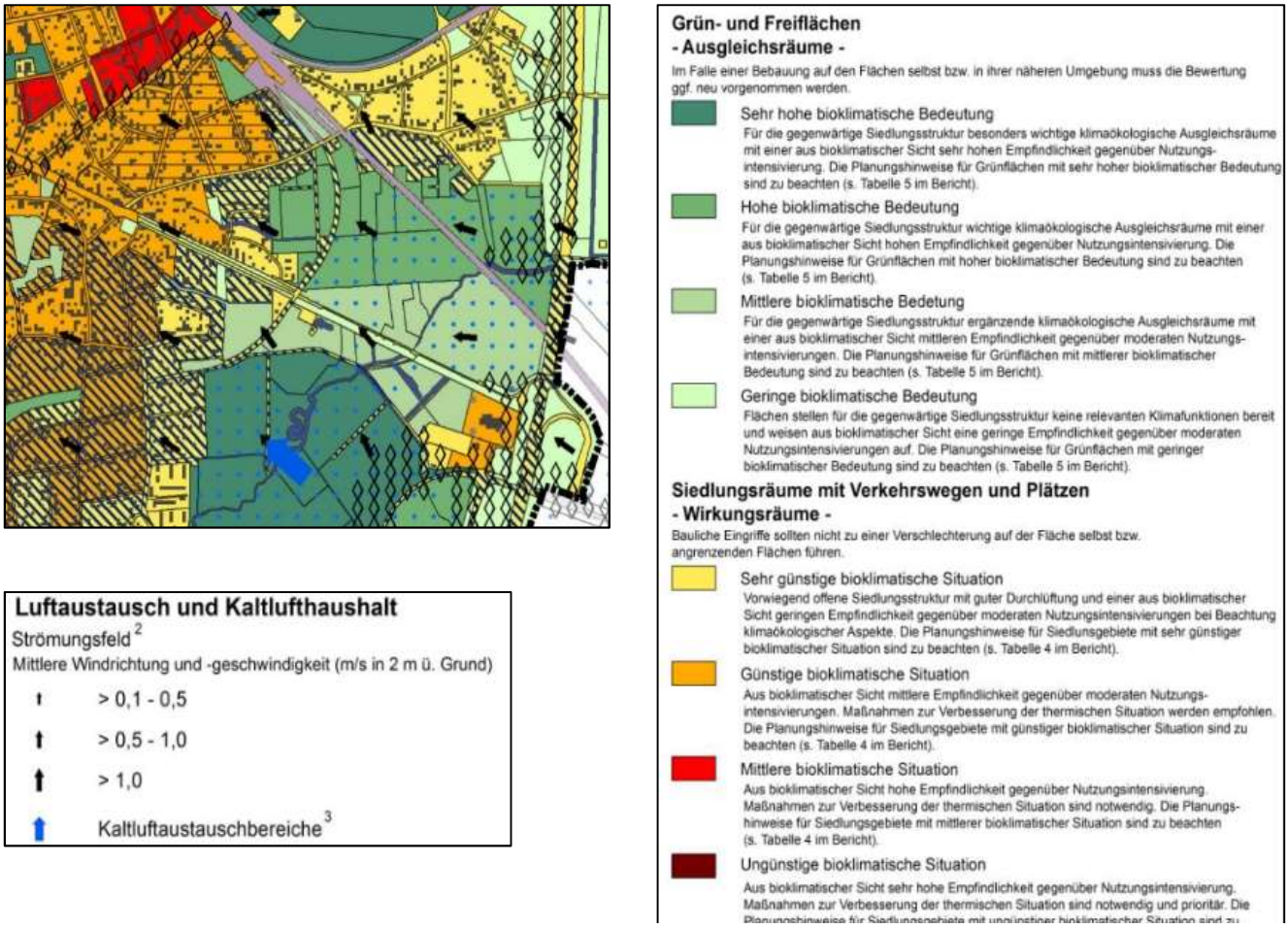


Abbildung 12: Auszug aus GEO-Net Umweltconsulting (2019); Planungshinweiskarte Nachtsituation

34 Freie Hansestadt Bremen (2020): Neuaufstellung des Landschaftsprogramms, Teil Stadtgemeinde Bremerhaven, Vorentwurf

35 GEO-NET Umweltconsulting GmbH (2019): Stadtklimaanalyse Bremerhaven 2019. Freie Hansestadt Bremen, Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, Hannover

Voraussichtliche Entwicklung bei Nichtdurchführung der Planung

Bei Nichtdurchführung der Planung ist nicht mit einer relevanten Änderung der lufthygienischen Situation im Vergleich zur aktuellen Situation im Plangebiet zu rechnen.

Im Rahmen des Klimawandels werden u. a. eine Erhöhung der Durchschnittstemperaturen und eine Zunahme von klimatischen Extremereignissen (z. B. Starkregen, Starkwinde) prognostiziert. Wie sich die Bedingungen im Plangebiet selbst verändern werden, ist nicht zumutbar bzw. belastbar zu prognostizieren. Es ist allerdings darauf hinzuweisen, dass hier vielfältige Wechselbeziehungen zwischen den Schutzgütern bestehen, so dass sich die klimatischen Änderungen auch auf z. B. Wasserhaushalt, Luftqualität und biologische Vielfalt auswirken können.

2.1.5 Landschaft

Derzeitiger Zustand

In dem Schutzgut Landschaft werden die Elemente des Landschaftsbildes, d. h. das optische Erscheinungsbild im Sinne der Vielfalt, Eigenart und Schönheit, bewertet.[36]

Das Plangebiet liegt im östlichen Siedlungsrand von Wulsdorf und wird primär durch die Grünlandnutzung sowie durch die westlich und nördlich anschließende Wohnbebauung, ein Wohngrundstück im Süden und Kleingartenbrachen bestimmt. Zur östlich anschließenden freien Landschaft wird das Plangebiet durch einen auf einem Wall (ehemaliger Bahndamm der Kleinbahn) geführten und streckenweise von Altbäumen begleiteten Weg abgegrenzt (ehemaliger Bahndamm).

Entlang des Weges 89 stehen einzelne ortsbildprägenden Altbäume.

Im Entwurf zum Landschaftsprogramm wird den freien Flächen des Plangebietes (= Landschaftsraum) und den Grünflächen eine hohe Bedeutung für das Landschaftserleben beigemessen. Die östliche hier vorwiegend durch Altbäume geprägte Siedlungsrandgestaltung ist positiv hervorgehoben.

Der Grünstruktur der von Einzel- und Doppelhausbebauung (WE) geprägten Bereiche wird eine mittlere Bedeutung beigemessen. Als Vorbelastungen werden die Eisenbahn und die Energiefreileitung hervorgehoben.

36 Schrödter, W., Habermann-Nieße, K., Lehmberg, F.: Umweltbericht in der Bauleitplanung, Arbeitshilfe zu den Auswirkungen des EAG Bau 2004 auf die Aufstellung von Bauleitplänen, Niedersächsischer Städtetag (Hrsg.), Bonn 2004

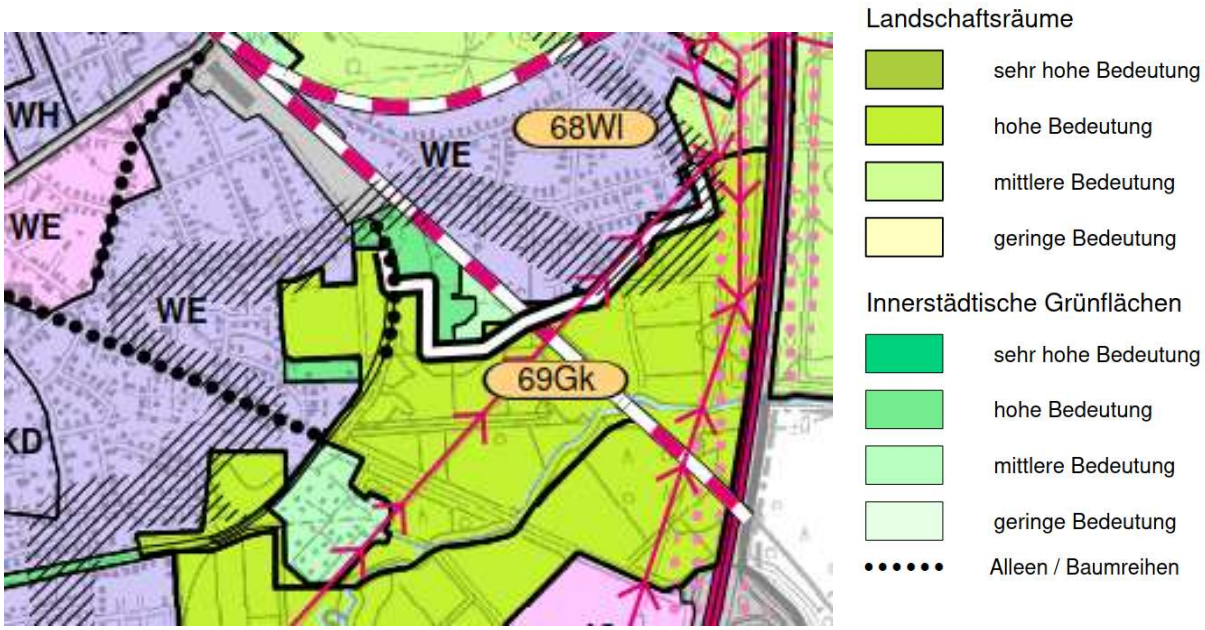


Abbildung 13: Auszug Karte Landschaftserleben, (Landschaftsprogramm Bremen, Karte E, Entwurf 2023)

Voraussichtliche Entwicklung bei Nichtdurchführung der Planung

Bei Nichtdurchführung der Planung ist zunächst mit einem Fortbestand der aktuellen Nutzung und somit des aktuellen Landschaftsbildes zu rechnen.

2.1.6 Mensch

Derzeitiger Zustand

Für die Betrachtung des Schutzgutes Mensch sind zum einen gesundheitliche Aspekte, in der Bauleitplanung vorwiegend Lärm und andere Immissionen, zum anderen regenerative Aspekte, z. B. Erholungs-, Freizeitfunktionen und Wohnqualität, von Bedeutung.[37]

Etwa 100 m östlich am Rand des Plangebietes verläuft die Bahnstrecke Bremerhaven-Bremen mit zwei Bahngleisen. Im Plangebiet wirken Schallimmissionen des Bahnbetriebes.[38]

In rund 600 m Entfernung vom Plangebiet verläuft die Bundesautobahn 27. Aufgrund der Entfernung werden keine erheblichen Beeinträchtigungen durch verkehrsbedingte Lärmimmissionen auf das Plangebiet erwartet.

Die Wege des Plangebietes (Weg 89 und ehemaliger Bahndamm) sind als Freizeitwege für die umliegende Wohnbevölkerung bedeutsam.

Im Südosten beginnt mit der Rohrniederung ein weiträumiger Erholungsbereich der weitgehend verkehrsarm und attraktiv für Radfahrer und Wanderer ist.[39]

37 Schrödter, W., Habermann-Nieße, K., Lehmberg, F.: Umweltbericht in der Bauleitplanung, Arbeitshilfe zu den Auswirkungen des EAG Bau 2004 auf die Aufstellung von Bauleitplänen, Niedersächsischer Städtetag (Hrsg.), Bonn 2004

38 ted - technologie entwicklungen & dienstleistungen GmbH (2020): schalltechnische Untersuchungen im Rahmen des B-Planverfahrens N 493 der Stadt Bremerhaven

39 Der Senator für Umweltschutz und Stadtentwicklung (Hrsg.) (2003): Landschaftsprogramm Bremen. Leitlinien 11.2. Erholung.

Voraussichtliche Entwicklung bei Nichtdurchführung der Planung

Bei Nichtdurchführung der Planung ist zunächst mit einer Weiterführung der bisherigen Nutzung zu rechnen.

2.1.7 Kultur- und sonstige Sachgüter

Derzeitiger Zustand

Im Plangebiet selbst sind keine Kulturdenkmäler bekannt. In rund 500 m Entfernung befindet sich ein Bauernhaus (Baujahr 1795);[40] eine Beeinträchtigung ist aufgrund der Entfernung nicht zu erwarten.

Als Sachgüter sind die Grünlandfläche, die Straße Weg 89, die Kleingärten und die Entwässerungsgräben zu nennen.

Voraussichtliche Entwicklung bei Nichtdurchführung der Planung

Bei Nichtdurchführung der Planung ist zunächst von einer Weiterführung der bisherigen Nutzung auszugehen.

2.1.8 Wechselwirkungen zwischen den Umweltschutzgütern

Derzeitiger Zustand

Zwischen den einzelnen Umweltschutzgütern bestehen umfangreiche funktionale Wechselwirkungen. So bedingen z. B. die Boden- und Klimaverhältnisse sowie die menschliche Nutzung die Ausprägung der Vegetation, diese wiederum prägt stark die Eignung als Tier-Lebensraum sowie die landschaftliche Eigenart und Erholungseignung. Eine hiervon unbeeinflusste Bestandsbeschreibung ist insofern nicht möglich, so dass die bestehenden Wechselwirkungen bereits in den vorstehenden Kapiteln mit Berücksichtigung fanden.

Innerhalb des Plangebietes sind keine besonderen Wechselwirkungen zu erwarten, denen über das bisher beschriebene Maß hinaus eine besondere Bedeutung beizumessen wäre.

Voraussichtliche Entwicklung bei Nichtdurchführung der Planung

Allgemeine Wechselwirkungen sowie die Entwicklung des Umweltzustandes bei Nichtdurchführung der Planung sind bereits in den vorstehenden Kapiteln integriert.

2.2 Entwicklung des Umweltzustandes bei Durchführung der Planung

Im Anhang ist eine tabellarische Übersicht über die in der Umweltprüfung untersuchten und ermittelten Umweltauswirkungen, die bei Durchführung der Planung zu erwarten sind, dargelegt. Dabei werden die direkten und die etwaigen indirekten, sekundären, kumulativen, grenzüberschreitenden, kurzfristigen, mittelfristigen und langfristigen, ständigen und vorübergehenden sowie positiven und negativen Auswirkungen während der Bau- und Betriebsphase in die Umweltprüfung einbezogen. Allerdings wird insbesondere auf die Auswirkungen abgestellt, die möglicherweise ein erhebliches Ausmaß erreichen. Die nachfolgenden Kapitel enthalten vertiefende Erläuterungen zu den Aspekten, die im vorliegenden Planfall eine besondere Relevanz erreichen.

40 Landesamt für Denkmalpflege Bremen (2020): Kulturdenkmäler in der Freien Hansestadt Bremen. Denkmalkarte (Zugriff April 2020)

Als Grundlage für die Prognose der Entwicklung des Umweltzustandes bei Durchführung der Planung werden zunächst Angaben zu den geplanten Vorhaben bzw. zu den bauleitplanerisch vorbereiteten baulichen und sonstigen Nutzungen zusammengestellt (vgl. auch tabellarische Übersicht im Anhang). Dabei ist zu berücksichtigen, dass auf Ebene der Bauleitplanung regelmäßig keine Kenntnisse zu Gestaltungsdetails, Realisierungszeitpunkt u. Ä. der künftigen Bebauung feststehen.

Die zu erwartenden Umweltauswirkungen werden insbesondere durch die zu erwartende Neuversiegelung mit dem bauvorbereitenden Bodenaustausch und die als Neubaugebiet einhergehende neue Flächengestalt bestimmt:

In die nachfolgenden Darstellungen zu den Auswirkungen der Planung werden Angaben zur Eingriffsregelung integriert, d. h. die Identifizierung erheblicher Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes.

Bezüglich der Auswirkungen auf die Umweltschutzziele, die auf Ebene der Europäischen Union oder auf Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene festgelegt sind, sei auf Kapitel 1.2 des Umweltberichtes verwiesen.

2.2.1 Auswirkungen auf Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt

Die bisher vorwiegend von unterschiedlichem Grünland, Kleingärten, Kleingartenbrachen und sonstigen ruderalisierten Standorten mit unterschiedlichem Gehölzaufwuchs geprägten Lebensräume für die Tier- und Pflanzenwelt werden abgelöst durch Lebensräume vorwiegend intensiv gepflegter Siedlungsbiotope (z.B. Ziergärten, Scherrasen, Spielplätze).

Insgesamt wird der Lebensraum für die Tier- und Pflanzenwelt dauerhaft um die neuversiegelte Fläche (s. u.) reduziert. Damit werden erhebliche Beeinträchtigungen für das Schutzgut Tiere und Pflanzen begründet.

Mit Blick auf die festgestellten, weitgehend weitverbreitet vorkommenden Pflanzen- und Tierarten lässt das Vohaben keine besonderen Auswirkungen auf die biologische Vielfalt erkennen.

2.2.2 Auswirkungen auf Fläche und Boden

Durch die Bebauung wird bisher u. a. landwirtschaftliche genutzter Freiraum einer Wohnbebaung zugeführt.

Die Planung begründet zusätzliche Bodenversiegelungen bzw. Bodenbefestigungen in einer Größenordnung von etwa 21.000 m².[41]

Durch Versiegelungen verliert der Boden vollständig seine Funktionen im Naturhaushalt als Lebensraum und Lebensgrundlage, als Bestandteil von Stoff- und Wasserkreisläufen sowie als Filter-, Puffer- und Umwandlungsmedium für Schadstoffe.

Die Beeinträchtigungen sind daher als erheblich im Sinne der Eingriffsregelung zu werten.

41 Details siehe Eingriffsbilanzierung, Pkt. 2.3.2.

2.2.3 Auswirkungen auf das Wasser

Grundwasser

Die künftig zusätzlich versiegelten Flächen stehen für die Grundwasserneubildung nicht weiter zur Verfügung.
Vor dem Hintergrund der geringen Grundwasserneubildungsrate (s. Kap. 2.1.3) im Zusammenhang mit der vorgesehenen Regenrückhaltung wird davon ausgegangen, dass die Auswirkungen auf den Grundwasserkörper die Schwelle erheblicher Beeinträchtigungen nicht überschreiten.

Oberflächengewässer

Die Grabenmulde östlich des Weges 89 wird überplant. Gleichfalls werden die anderen Gräben im Plangebiet im Zuge der Verwirklichung des Bebauungsplanes ertüchtigt.

Weiterhin werden durch das geplante Regenrückhaltebecken die Auswirkungen auf die Vorflut gering gehalten, so dass keine erheblichen Beeinträchtigungen für Oberflächengewässer verbleiben.

2.2.4 Auswirkungen auf Klima und Luft

Die Auswirkungen durch zusätzliche Bebauung und Befestigungen bleiben auf das Mikroklima im unmittelbaren Bereich des Plangebietes beschränkt. Besonders emitierende Vorhaben werden nicht begründet.

Durch Ausrichtung der überbaubaren Flächen, der internen Erschließung und der Grünflächen wird das von Osten nach Westen gerichtete Strömungsfeld berücksichtigt.

Weiterhin werden die wertgebenden Gehölzstrukturen weitgehend erhalten und es sind zusätzliche Baumpflanzungen im Plangebiet vorgesehen.

Insofern werden keine erheblichen Umweltauswirkungen bzw. keine erheblichen Beeinträchtigungen für Klima und Luft begründet.

2.2.5 Auswirkungen auf die Landschaft

Die landschaftliche Einbindung des Plangebietes wird durch den Erhalt des Bahndammes und die Festsetzung als Grünfläche abgesichert.

Insofern bleiben die landschaftlichen Auswirkungen weitgehend auf das Plangebiet beschränkt, so dass keine erheblichen Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes zu konstatieren sind.

2.2.6 Auswirkungen auf den Menschen

Die Planung ist im Hinblick auf die Schaffung von Wohnraum für den Menschen grundsätzlich positiv zu werten. Einschränkend wirkt das damit verbundene zusätzlich zu erwartende Verkehrsaufkommen.

2.2.7 Auswirkungen auf Kultur- und sonstige Sachgüter

Im Plangebiet liegen nach Kenntnisstand keine Bau- und Bodendenkmale vor, so dass keine Betroffenheiten zu erwarten sind.

2.2.8 Auswirkungen auf Wechselwirkungen zwischen den Umweltschutzgütern

Besondere Wechselwirkungen sind nicht betroffen.

2.3 Maßnahmen zur Vermeidung, Verhinderung, Verringerung und zum Ausgleich nachteiliger Umweltwirkungen

Die Überwachungsmaßnahmen zu den Vermeidungs-, Verhinderungs-, Verringerungs- und Ausgleichsmaßnahmen (gemäß Anlage 1 Ziffer 2 c) BauGB) sind in Kap. 3.2 näher dargelegt, zusammen mit den Überwachungsmaßnahmen zu den erheblichen Umweltauswirkungen (gemäß Anlage 1 Ziffer 3 b) BauGB).

2.3.1 Maßnahmen zur Vermeidung, Verhinderung und Verringerung nachteiliger Umweltwirkungen

Durch folgende Maßnahmen wird im Rahmen der vorliegenden Planung zur Vermeidung, Verhinderung und Verringerung nachteiliger Umweltwirkungen beigetragen:

Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt

Die wertgebenden Einzelbäume und der ehemalige Bahndamm mit den Begleitgehölzen werden erhalten.

Gemäß textlicher Festsetzung werden die festgesetzten Einzelbäume inklusive ihrer Wurzelbereiche und Kronentraufbereiche erfasst. Dieser Bereich ist dauerhaft vor jeglichen bodenverändernden Maßnahmen wie z. B. Auftrag, Erdabtrag, Verdichtung, Ablagerung von Gegenständen und Schadstoffeintrag zu schützen. Bei Verlust eines Baumes ist artgleich nachzupflanzen. Als Pflanzqualität ist eine Mindestqualität als Hochstamm > 20 cm Stammumfang, 3xv, zu verwenden.

Weiterhin gilt als Hinweis für die nachgeordnete Konkretisierungsebene, dass als geeignete Maßnahmen zur Vermeidung von negativen Auswirkungen auf Nachtfalter-Populationen die Möglichkeiten zur Verwendung

- insektenfreundlicher Lampen wie z.B. Natrium-Hochdrucklampen oder LED-Beleuchtung,
- zur Reduktion von Beleuchtungsstärke / Leuchtdichte (Halbnachtschaltung)
- und zur Optimierung der Leuchten hinsichtlich Dichtigkeit, Abstrahlrichtung und Lichtpunkthöhe zu beachten sind.

Zur Schaffung von Ausweichmöglichkeiten für den möglichen Verlust von Brutplätzen für den Star werden in der näheren Umgebung (z.B. zwischen dem ehemaligen Bahndamm und den Baugrundstücken mit Entwicklung einer Rudelflur als Abstandsfläche und öffentliche Grünfläche oder/und z.B. in den Gehölzen entlang der ehemaligen Bahnlinie) mindestens vier Nistkästen installiert und dauerhaft gepflegt.

Die Schaffung der Ausweichmöglichkeiten für den Star (vier Nistkästen) ist mit Beginn der Erschließungsarbeiten umzusetzen und der Unteren Naturschutzbehörde unaufgefordert

nachzuweisen. Die Festlegung der Standorte hat fachgutachterlich zu erfolgen und ist zu begründen. Die Nistkästen sind für die Dauer der Beeinträchtigung (also sehr wahrscheinlich dauerhaft) zu unterhalten und ggf. zu ersetzen. Verantwortlich für Ausführung, Unterhaltung und Sicherung der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen ist der Verursacher oder dessen Rechtsnachfolger (§ 15 Abs. 4 BNatSchG).

Fläche und Boden

Aus Bodenschutzgründen sind auf der nachgeordneten Umsetzungsebene besondere Maßgaben zur Vermeidung von Verdichtungen durch Viehtritt, Vernässung, Vermischung, Erosion und Schadstoffeinträgen zu beachten.
Dies gilt hier bei der Bodenbearbeitung u. a. im Hinblick auf die Zwischenlagerung von Böden, bei möglicherweise anstehenden sulfatsauren Böden und bei tiefbaulichen Eingriffen in organische Böden (Torfe).[42]
Es gilt der allgemeine Hinweis, dass – falls sich bei den erforderlichen Bau- und Erdarbeiten Hinweise auf schädliche Bodenveränderungen oder Altlasten ergeben – unverzüglich die zuständige Untere Bodenschutzbehörde zu benachrichtigen ist.
Im Zuge der Bauumsetzung wird ein baubegleitendes Bodenschutzkonzept erarbeitet. Hierbei soll insbesondere auf das mögliche Vorkommen von „sulfatsauren Böden“ und die Lage im Wasserschutzgebiet Bezug genommen werden.
Ziel des Bodenschutzkonzeptes ist es, die bei den Bauarbeiten unvermeidbaren Eingriffe in die Pedosphäre in geregelten Bahnen durchzuführen. Hierbei obliegt dem Bauherrn die besondere Verantwortung bei den Baumaßnahmen, die natürlichen Bodenfunktionen in den nicht überbauten Bereichen nachhaltig zu sichern bzw. wiederherzustellen und schädliche Bodenveränderungen zu verhindern sowie Vorsorge gegen nachteilige Einwirkungen (u. a. schadhafte Bodenverdichtungen) zu treffen. Mit diesen Informationen und dann abgestimmten Baustelleneinrichtungs-Plänen ist ein Bodenmanagementkonzept als Ergänzung zu dem vorliegenden „Allgemeinen Bodenschutzkonzept“ zu erarbeitet.

Wasser

Um die Auswirkungen auf das Grundwasser und auf die Oberflächengewässer gering zu halten, werden die Gräben im Plangebiet als Flächen für die Wasserwirtschaft ertüchtigt und es wird ein Regenrückhaltebecken vorgesehen. Gemäß textlicher Festsetzung sind die nicht für das Regenrückhaltebecken benötigten Flächen naturnah zu gestalten.

Klima und Luft

Aufgrund der hohen bioklimatischen Bedeutung und zur Sicherung des Luftaustausches erfolgt keine abriegelnde Randbebaung. Die überbaubaren Flächen werden nach dem von Osten nach Westen gerichteten Strömungfeld ausgerichtet, so dass relevante Kaltluftschneisen bestehen bleiben und somit eine Versorgung der Siedlungsbereiche mit Kaltluftströmen sicherstellt.

Landschaft

Der ehemalige Bahndamm mit den Altgehölzen wird als Grünfläche gesichert und somit für die positive Siedlungsrandgestaltung erhalten.

42 OWS Ingenieurgeologen (2021): Bodenschutzkonzept

Nach eingehender Prüfung der erschließungstechnischen Möglichkeiten zur Berücksichtigung des Vermeidungsgebotes der Eingriffsregelung können die östlich entlang des Weges stehenden ortbildprägenden Altbäume gemäß § 9 [1] 25 a BauGB erhalten werden.

Mensch

Zum Schutz für den Menschen werden Flächenabgrenzungen für besondere Anlagen und Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetz festgesetzt.

Kultur- und Sachgüter

Es gilt der allgemeine Hinweis, dass soweit bei den Bau- und Erdarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde auftreten sollten, diese entsprechend den gesetzlichen Vorgaben unverzüglich der zuständigen Behörde zu melden sind.

2.3.2 Maßnahmen zum Ausgleich nachteiliger Umweltwirkungen

Plangebietsinterne Ausgleichsmaßnahmen

Als plangebietsinterne Ausgleichsmaßnahmen werden Baumpflanzungen in der Grünfläche mit der Zweckbestimmung Platz/Treffpunkt und in den Hausgärten und festgesetzt.

Gemäß textlicher Festsetzung sind innerhalb der Grünfläche mit der Zweckbestimmung „Quartiersplatz“ mindestens zehn Laubbäume der Pflanzliste *„Laubbäume“* in Gruppen und Einzelstellung zu pflanzen, sh. Pflanzlisten B-Plan.

Abgänge sind gleichwertig zu ersetzen.

Gemäß textlicher Festsetzung ist in den Allgemeinen Wohngebieten pro Grundstück ein standortgerechter heimischer und kleinkroniger Laubbaum gemäß vorstehender Pflanzliste oder ein Obstbaum gemäß Pflanzliste *„Obstgehölze“* als Hochstamm, Mindestqualität 12-14 cm (10-12 cm Obstbäume) Stammumfang zu pflanzen und dauerhaft artgemäß zu entwickeln. Alle Maßnahmen, die zum Abgang der Gehölze führen, sind unzulässig. Ausfälle sind qualitativ zu ersetzen.

Weiterhin gilt die Empfehlung, hochbauliche Nebenanlagen, Garagen und überdachte Stellplätze an geeigneter Stelle mit Klimm- und Kletterpflanzen zu begrünen.

Die vorgesehenen Gehölzflächen begünstigen gleichfalls das örtliche Klima.

Auf weitere Ausführungen zur möglichen Ausgleichsfunktion der Flächen für die Wasserwirtschaft und des Regenrückhaltebeckens für die Tier- und Pflanzenwelt[43] wird hier verzichtet.

Ermittlung des externen Ausgleichsbedarfs

Nachfolgend wird eine Quantifizierung des plangebietsexternen Ausgleichsbedarfs nach der Biotopwertliste der Handlungsanleitung zur Anwendung der Eingriffsregelung für Bremen[44] vorgenommen[45] (Vorher-Nachher-Betrachtung/Eingriffsbilanzierung Fläche x Wertstufe/W = Flächenäquivalent/FÄ).

Die Teilflächen des Plangebietes, die durch die Planung nicht überformt werden, z. B. die geplante Grünfläche mit der Zweckbestimmung GA = Grünanlage/Wegeverbindung (ehemalige Bahndamm mit den Biotoptypen HEA, GR, GI und ein ehemaliges Kleingartenrundstück/PKb)

43 Siehe vorstehende Maßnahmen zur Vermeidung.
44 Freie Hansestadt Bremen, Senator für Bau, Umwelt und Verkehr (2006): Handlungsanleitung zur Anwendung der Eingriffsregelung für die Freie Hansestadt Bremen, Fortschreibung
45 Vorher-Nachher-Betrachtung/Eingriffsbilanzierung: Fläche (m²) x Wertstufe (W) = Flächenäquivalent (FÄ)

und ein bereits bebautes Grundstück mit Ziergarten (PHZ) bleiben in der Vorher-Nachher-Betrachtung wertneutral. Insofern werden diese Flächen in der Eingriffsbilanzierung sowohl bei der Ermittlung des Bestandsflächenwertes als auch bei der Ermittlung des Planungsflächenwertes ohne Wertung (o. W.) eingestellt.

Die Beseitigung des gemäß § 30 BNatSchG geschützte Nassgrünlandes (GNW) wird nach den Maßgaben des Biotopschutzes gemäß § 30 Abs. 4 BNatSchG gesondert berücksichtigt und per Ausnahme in Flächen der Rohrniederung ausgeglichen. Insofern ist diese Fläche danach lediglich mit der Wertstufe (WS) 1[46] zu berücksichtigen. Die versiegelungsbedingte Abwertung auf Wertstufe 0 ist dann dem Eingriff des Bebauungsplanes zuzuordnen.

Ermittlung des Bestandsflächenwertes:

Biotoptyp (Nr. gemäß Kartierschlüssel)	Code	m²	W	FÄ
Brombeergestrüpp (2.8.2)	BRR	269	3	807
Nährstoffreicher Graben (4.13.3)	FGR	2.286	2	4.572
Sonstiges mageres Nassgrünland (9.3.3)	GNW	987	1	987
Artenarmes Extensivgrünland/Sonstiger Flutrasen (9.5/9.4.2)	GE/GFF	10.514	3	31.542
Artenarmes Intensivgrünland (9.6)	GI	2.397	2	4.794
Artenarmes Intensivgrünland (9.6)	GI	222	o.W.	
Sonstige Weidefläche (9,8)	GW	8.120	2	16.240
Halbruderale Gras- und Staudenflur (10.4)	UH	1.130	3	3.390
Artenarme Brennnesselflur/Brombeergestrüpp (10.4.5/2.8.2)	UHB/BRR	228	3	684
Staudenknöterich-Flur (10.6.2)	UNK	85	1	85
Scher- und Trittrasen (2.1)	GR	1.475	1	1.475
Scher- und Trittrasen (2.1)	GR	1.681	o.W.	
Siedlungsgehölz, überw. einheim. Gehölzarten (12.3.1)	HSE	1014	3	3.042
Allee/Baumreihe des Siedlungsbereiches (12.4.2)	HEA	1558	3	4.674
Allee/Baumreihe des Siedlungsbereiches (12.4.2)	HEA	3.371,0	o.W.	
Neuzeitlicher Ziergarten (12.6.4)	PHZ	897	o.W.	
Strukturreiche Kleingartenanlage/Brache (12.7.1)	PK/PKb	7.305,0	2	14.610
Strukturreiche Kleingartenanlage/Brache (12.7.1)	PKb	515	o.W.	
Weg (13.1.11)	OVW	1.176	0	0
Weg (13.1.11)	OVW	629	o.W.	
Summe		**45.859**		**86.902**

Ermittlung des Planungsflächenwertes

Nutzung (Biotoptyp)	m³	m²[47]	W	FÄ
WA	24.435			
davon 60% versiegelt			0	0
40% unversiegelbar (PHZ)			1	9.774
Fläche für Gemeinbedarf	3.509			
davon Gehölzerhalt (überlaubter Bereich, GR)			1	763
davon versiegelt			0	0
Öffentl. Grünfl. Kspl, Pflzg, Quartiersplatz	1.180		1	1.180
Grünfläche RRB (UH)	1.765		2	3.530
Grünfläche GA (Wegeverbindung)	6.383		o.W.	
Fl. für Wasserwirtschaft	2.266		1	2.266
VBZ	6.264			
davon 90% versiegelt			0	0
davon unversiegelbar (GR)			1	626
Summe	**45.802**	**45.802**		**18.139**

Zwischen Bestand und Planung ergibt sich ein Bilanzierungsdefizit von 68.763 Werteinheiten.

46 vergleichbar mit Rohboden
47 gerundet auf ganze Zahlen

Plangebietsexterne Ausgleichsmaßnahmen

Das Bilanzierungsdefizit soll durch geeignete Aufwertungsmaßnahmen für Natur und Landschaft ausgeglichen werden.

Der Vorhabenträger verfügt über geeignete Ausgleichsflächen in der Gemeinde Schiffdorf nördlich von Wehdel.

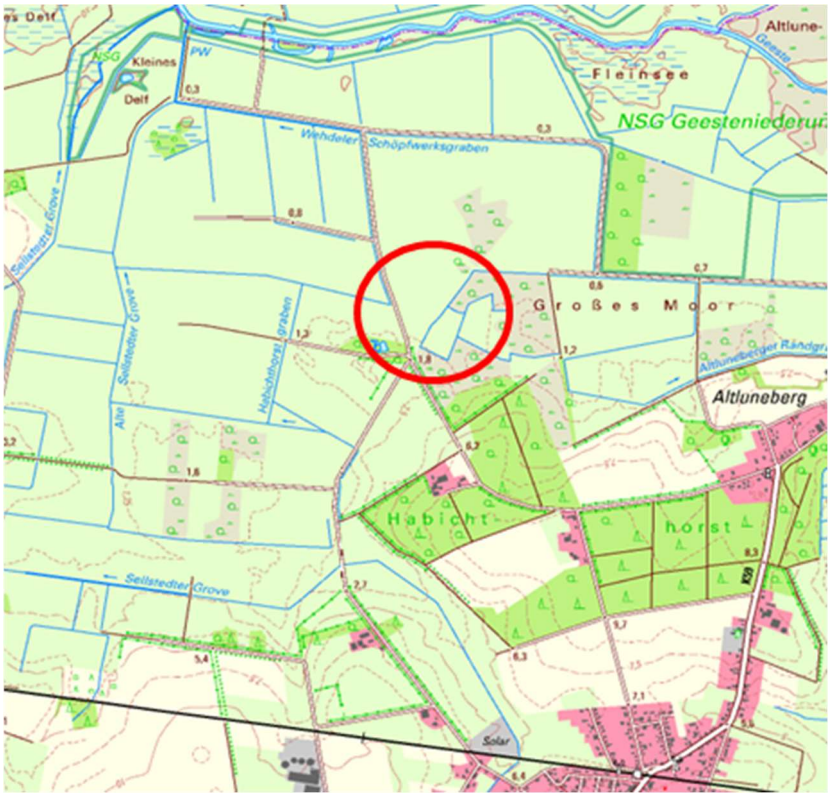


Abbildung 14: Lageübersicht der Ausgleichsfläche (Kartenrundlage LGLN)

Der Naturraumbezug zur Eingriffsfläche ist durch die Lage in der naturräumlichen Region Stader Geest in der Landschaftseinheit Geestniederung im Übergang zur Loxstedt-Beverstedter Geest gegeben.

Nordöstlich liegt das *Naturschutzgebiet Geestniederung* und die Flächen des FFH-Gebietes *Niederung von Geeste und Grove*.



Abbildung 15: Luftbild (LGLN)

Es handelt sich um das Flurstück 26 der Flur 5 in der Gemarkung Wehdel mit einer Größe von ca. 10 ha. Davon ist bereits eine Teilfläche von 0,54 ha im äußersten Nordosten dem Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 95 "Netto-Markt Wehdel" (2017) der Gemeinde Schiffdorf als Ausgleich zugeordnet.

Bodentyp ist Tiefes Erdniedermoor.[48]

Die Fläche entwässert über Grüppen in den Pferdequabengraben und stellt sich derzeit als Intensivgrünland (GI) dar.

Bestandsbestimmte Arten sind Wiesen-Fuchsschwanz (Alopecurus pratensis) und Wolliges Honiggras (Holcus lanatus). Weitere häufig vorkommende Arten sind u.a. Hornkraut (Cerastium fontanum), Gänsefingerkraut (Potentilla anserina).

Vereinzelt kommen Wiesenschaumkraut (Cardamine pratensis) und an feuchten Stellen Knickfuchsschwanz (Alopecurus geniculatus) vor.

Zur Entwicklung als Extensivgrünland sind folgende Maßnahmen vorgesehen:

- Sicherung als Dauergrünland,
  - Sicherung hoher Wasserstände, Schließen der Grüppenentwässerung und gegebenenfalls vorhandener Drainage,
  - kein Walzen, Schleppen, Striegeln in der Zeit vom 15.3. bis zum 1.7.,
  - keine Düngung,
  - kein Umbruch, keine Veränderung des Reliefs, keine Neuansaat,
  - kein Pestizideinsatz.

48 NIBIS Kartenserver, 03.12.2021

Auflagen für die Schnittnutzung:
- ein- bis zweischürige Mahd ab dem 20.06. eines Jahres,
- Mahd von innen nach außen,
- Entfernung des Mähgutes.

Auflagen für die Weidenutzung:
- Beweidung ab dem 20.06. mit zwei Großvieheinheiten je ha möglich,
- Beweidung ist nur mit Rindern und Schafen zulässig,
- keine Zufütterung,
- aufkommende Störarten (z. B. Disteln, stumpfblättriger Ampfer, Brennnessel, Binsen, Jakobskraut sind vor der Samenreife durch Pflegeschnitte zu mähen,
- bei Bedarf ist ein Pflegeschnitt nach Abschluss der Beweidung zur Sicherung der Kurzrasigkeit im Winter durchzuführen (s. o.).

Die Extensivierungsmaßnahmen werden innerhalb eines Jahres nach Beginn der Bauarbeiten umgesetzt.

Die Maßnahmen sind geeignet, die Qualitäten des Grünlands um eine Wertstufe aufzuwerten.

Somit werden 68.763 m² des Flurstückes 26 der Flur 25 in der Gemarkung Wehdel dem vorliegenden Bebauungsplan Nr. 493 der Stadt Bremerhaven als Ausgleich zugeordnet.

Damit sind die Maßnahmen geeignet, den Ausgleich im Sinne der Eingriffsregelung vollständig und funktional sicherzustellen. Es verbleibt kein Defizit.

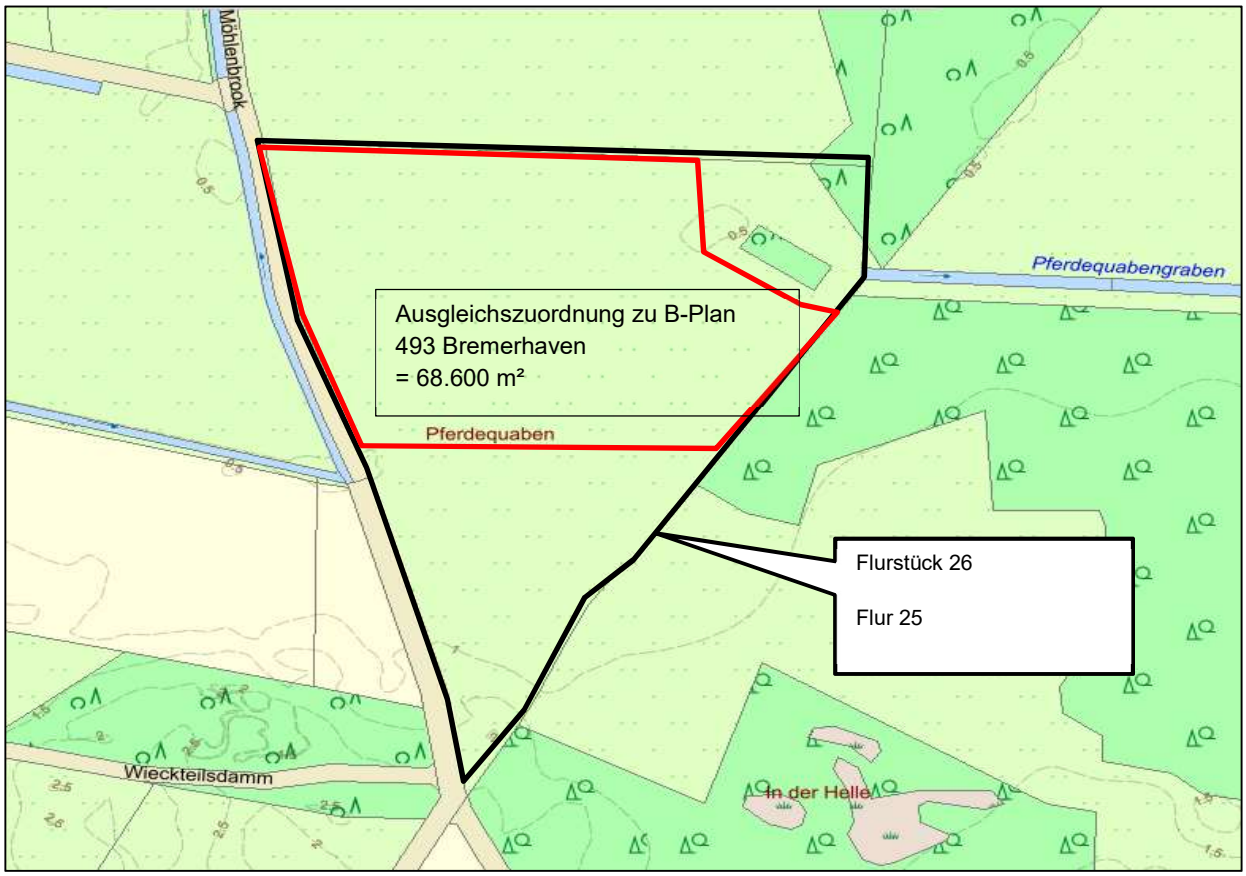


Abbildung 16: Lagedetails zur Ausgleichsfläche (Kartenrundlage LGLN)

2.4 Anderweitige Planungsmöglichkeiten

Die Variante bei Nichtdurchführung der Planung (Nullvariante) ist vorstehend geprüft.

Auf Ebene des Bebauungsplanes wurden als anderweitige Planungsmöglichkeiten verschiedene Erschließungsvarianten, die Ausrichtung der überbaubaren Fläche, die zulässigen Bauhöhen und die Lage der Grünflächen geprüft, wobei aus Sicht der Stadt Bremerhaven die hier gewählte Variante nach Abwägung aller Belange die für die Wohnbauentwicklung an dieser Stelle geeignetste Lösung darstellt.

2.5 Schwere Unfälle und Katastrophen

Erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen, die aufgrund der Anfälligkeit der nach dem Bauleitplan zulässigen Vorhaben für schwere Unfälle oder Katastrophen zu erwarten sind, werden bei dem geplanten Vorhaben nicht abgeleitet.

Es werden keine Technologien mit besonderem Unfallrisiko begründet. In der Umgebung sind keine Störfallbetriebe bekannt, die sich auf die geplanten Nutzungen nachteilig auswirken könnten.

3 Zusätzliche Angaben

3.1 Verfahren und Schwierigkeiten

Bei der Durchführung der Umweltprüfung kamen folgende Verfahren zur Anwendung:

- Biotoptypenkartierung nach dem Kartierschlüssel für Biotoptypen in Bremen,
  - Erfassung der Brutvögel- Fledermäuse und Amphibien,
  - Auswertung folgender Fachgutachten,
- Eingriffsbilanzierung nach der Handlungsanleitung zur Anwendung der Eingriffsregelung in Bremen.

Relevante Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der Angaben ergaben sich nicht.[49]

3.2 Geplante Maßnahmen zur Überwachung

Gemäß § 4c BauGB haben die Kommunen erhebliche Umweltauswirkungen, die aufgrund der Durchführung der Bauleitpläne eintreten können, zu überwachen (Monitoring).

Im Folgenden sind sowohl die Überwachungsmaßnahmen zu den Vermeidungs-, Verhinderungs-, Verringerungs- und Ausgleichsmaßnahmen (gemäß Anlage 1 Ziffer 2 c) BauGB) als auch die Überwachungsmaßnahmen zu den erheblichen Umweltauswirkungen (gemäß Anlage 1 Ziffer 3 b) BauGB) dargelegt.

Zur Überwachung der Auswirkungen der vorliegenden Planung sind folgende Maßnahmen vorgesehen:

---

49 Hinweis zum Umweltschadensrecht: Auf Grundlage der aktuell vorliegenden Kenntnisse sind nicht alle zukünftigen Auswirkungen der Planung auf Arten und natürliche Lebensräume im Sinne des § 19 Abs. 2 und 3 BNatSchG abschließend prognostizierbar. Es können nachteilige Auswirkungen auf die Erreichung oder Beibehaltung des günstigen Erhaltungszustandes der genannten Arten oder Lebensräume verursacht werden, deren Vorkommen im Einwirkungsbereich der Planung bisher nicht bekannt ist oder die sich künftig im Einwirkungsbereich der Planung ansiedeln bzw. entwickeln. Eine vollständige Freistellung nachteiliger Auswirkungen gemäß § 19 Abs. 1 BNatSchG kann deshalb planerisch und gutachterlich nicht gewährleistet werden.

- Die Stadt Bremerhaven wird drei bis fünf Jahre nach Beginn der Baumaßnahmen eine Ortsbegehung des Plangebietes durchführen oder veranlassen und dies dokumentieren. So können eventuelle unvorhergesehene nachteilige Auswirkungen ermittelt und geeignete Maßnahmen zur Abhilfe ergriffen werden.
- Die Gemeinde wird Hinweisen von den Fachbehörden und aus der Bevölkerung über unvorhergesehene nachteilige Umweltauswirkungen der Planung nachgehen und dies dokumentieren.

Weitere Überwachungsmaßnahmen können auf Umsetzungsebene erforderlich werden (z. B. eine ökologische oder bodenkundliche Baubegleitung).

3.3 Allgemein verständliche Zusammenfassung

Inhalte und Ziele

Die Stadt Bremerhaven erstellt den Bebauungsplan, um dem Bedarf an Wohnraum, nachzukommen.

Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen

Das Plangebiet erstreckt sich auf etwa 4,58 ha vormaliger Kleingärten, Grünland und dem ehemaligen Bahndamm am östliche Siedlungsrand von Wulsdorf.

Nach den Ergebnissen der faunistischen Untersuchungen sind keine besonderen Qualitäten für Brutvögel, Fledermäuse oder Amphibien betroffen.

Die zusätzlich zu erwartende Versiegelung von etwa 2,1 ha begründet erhebliche Beeinträchtigungen für den Boden und für Tiere und Pflanzen.

Vermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen

Der wertgebende Siedlungsrand und einzelne ortsbildprägende Gehölze werden erhalten.

Weiterhin sind innerhalb des Plangebietes Maßnahmen zur Regenrückhaltung und Baumpflanzungen vorgesehen.

Der Ausgleich für kleinflächig betroffenes gemäß § 30 BNatSchG geschütztes Nassgrünland wird in der nahen Rohrniederung ausgeglichen.

Der Ausgleich für den naturschutzrechtliche Eingriff wird in der Nachbargemeinde Schiffdorf in Wehdel durch Grünlandextensivierung auf etwa 6,88 ha sichergestellt.

Zusätzliche Angaben

Relevante Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der Angaben ergaben sich nicht.

Die Stadt Bremerhaven wird drei bis fünf Jahre nach Beginn der Baumaßnahmen die örtliche Entwicklung überprüfen und dokumentieren, um eventuelle unvorhergesehene nachteilige Auswirkungen erfassen und erforderlichenfalls geeignete Maßnahmen zur Abhilfe ergreifen zu können.

3.4 Referenzliste der herangezogenen Quellen

- GEO-NET Umweltconsulting GmbH (2019): Stadtklimaanalyse Bremerhaven 2019. Freie Hansestadt Bremen, Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, Hannover
- Freie Hansestadt Bremen, Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität und Wohnungsbau (2023): Neuaufstellung des Landschaftsprogramms, Teil Stadtgemeinde Bremerhaven (Entwurf)
- Freie Hansestadt Bremen, Senator für Umwelt, Bau und Verkehr (2013): Kartierschlüssel für Biotoptypen in Bremen, Obere Naturschutzbehörde
- Freie Hansestadt Bremen, Senator für Bau, Umwelt und Verkehr (2006): Handlungsanleitung zur Anwendung der Eingriffsregelung für die Freie Hansestadt Bremen, Fortschreibung
- ted - technologie entwicklungen & dienstleistungen GmbH (2021 bis 2023): schalltechnische Untersuchungen im Rahmen des B-Planverfahrens N 493 der Stadt Bremerhaven
- OWS Ingenieurgeologen (2020) Orientierende Baugrunduntersuchung
- OWS Ingenieurgeologen (2021): Bodenschutzkonzept

Anhang zum Umweltbericht

Mögliche erhebliche Auswirkungen während der Bau- und Betriebsphase gemäß BauGB, Anlage 1, Nr. 2.b) Ziffer aa) bis hh) u. a. infolge

aa)	Bau und Vorhandensein der geplanten Vorhaben, soweit relevant einschließlich Abrissarbeiten:	Bau von Wohngebäuden, Erschließungsstraßen und eines Regenrückhaltebeckens
bb)	Nutzung natürlicher Ressourcen, insbesondere Fläche, Boden, Wasser, Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt, wobei soweit möglich die nachhaltige Verfügbarkeit dieser Ressourcen zu berücksichtigen ist:	Das Plangebiet erstreckt sich auf etwa 4,58 ha vormaliger Kleingärten, Grünland und dem ehemaligen Bahndamm am östliche Siedlungsrand von Wulsdorf. Der Verbrauch freier Landschaft bleibt gering. Die zusätzlichen zu erwartende Bodenversiegelung beläuft sich auf etwa 2,1 ha.
cc)	Art und Menge an Emissionen von Schadstoffen, Lärm, Erschütterungen, Licht, Wärme und Strahlung sowie der Verursachung von Belästigungen:	Baubedingt sind Lärm, Staub und Erschütterungen in der Bauphase zu erwarten. Über die Bauphase hinaus sind aber keine Emissionen anzunehmen, da der Bebauungsplan kein konkret emittierendes Vorhaben vorsieht.
dd)	Art und Menge der erzeugten Abfälle und ihre Beseitigung und Verwertung:	Nähere Angaben über Art und Menge von Abfällen können hier nicht dargelegt werde, da der Bebauungsplan kein konkretes Vorhaben vorbereitet.
ee)	Risiken für die menschliche Gesundheit, das kulturelle Erbe oder die Umwelt (zum Beispiel durch Unfälle und Katastrophen):	nicht erkennbar
ff)	Kumulierung mit den Auswirkungen benachbarten Plangebiete unter Berücksichtigung etwaiger bestehender Umweltprobleme in Bezug auf möglicherweise betroffene Gebiete mit spezieller Umweltrelevanz oder auf die Nutzung von natürlichen Ressourcen:	keine
gg)	Auswirkungen der geplanten Vorhaben auf das Klima (zum Beispiel Art und Ausmaß der Treibhausgasemissionen) und der Anfälligkeit der geplanten Vorhaben gegenüber den Folgen des Klimawandels:	unerheblich
hh)	Eingesetzte Techniken und Stoffe:	Während der Bau- und Betriebsphase eingesetzte Techniken und Stoffe, die zu erheblichen Beeinträchtigungen führen, sind nicht bekannt.

Nachfolgend ist eine tabellarische Übersicht über die in der Umweltprüfung untersuchten und ermittelten Umweltauswirkungen dargelegt. Vertiefende Angaben insbesondere zu erheblichen Umweltauswirkungen sind den jeweiligen Kapiteln des Umweltberichtes näher erläutert.

Die Angaben zu den geplanten Vorhaben bzw. zu den bauleitplanerisch vorbereiteten baulichen und sonstigen Nutzungen, die für die Prognose der Entwicklung des Umweltzustandes bei Durchführung der Planung in die Umweltprüfung eingestellt wurden, sind in Kap. 2.2 des Umweltberichtes dargestellt.

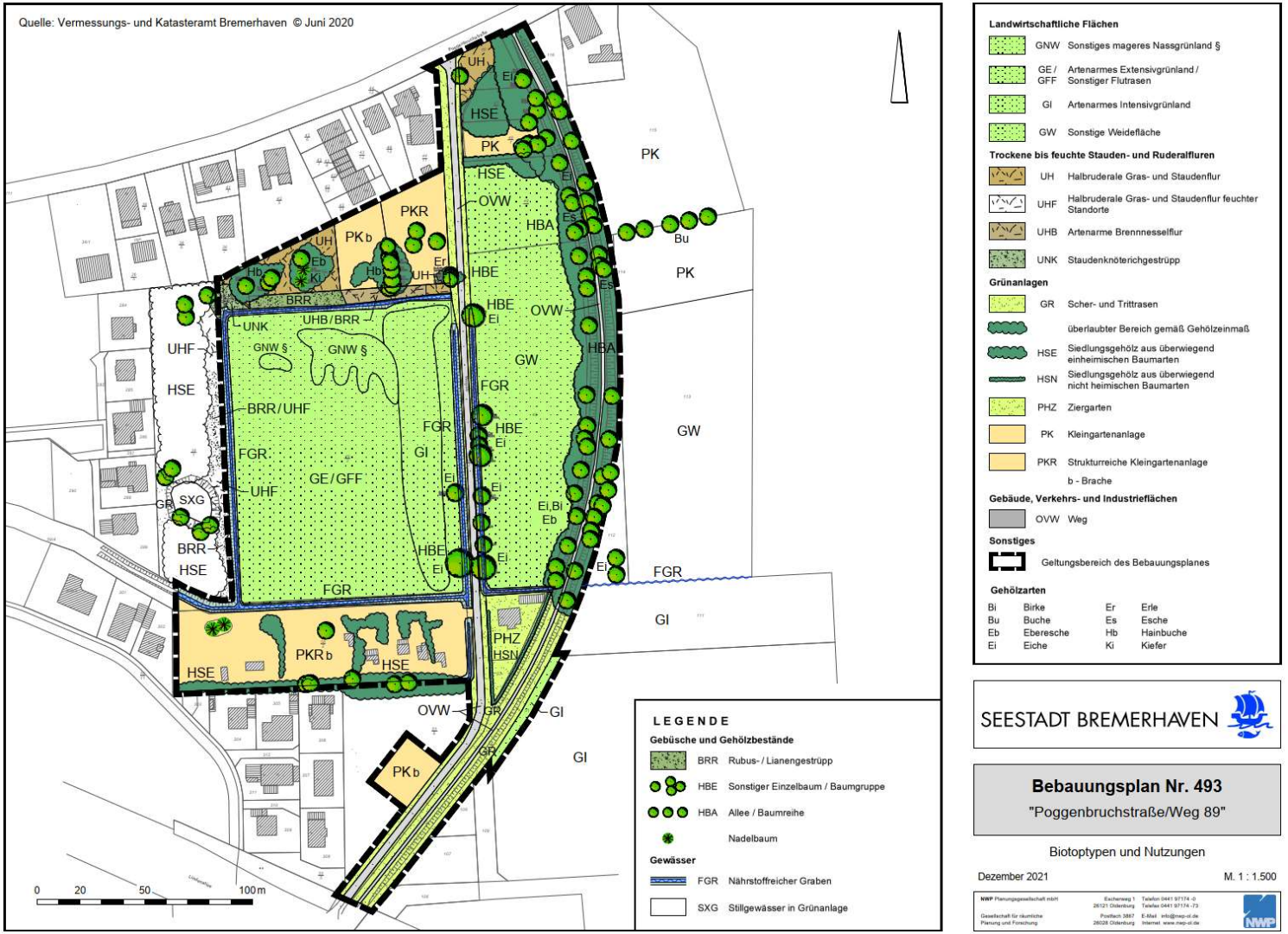
Vorab werden einige Erläuterungen zu der nachfolgenden tabellarischen Übersicht der Umweltauswirkungen aufgeführt.

Insbesondere zu berücksichtigende Belange des Umweltschutzes einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege (§ 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB)	**Ermittelte Umweltauswirkungen in der Bau- und Betriebsphase**												**Kurz-Erläuterungen**
	direkt	**indirekt**	**sekundär**	**kumulativ**	**grenzüberschreitend**	**kurzfristig**	**mittelfristig**	**langfristig**	**ständig**	**vorübergehend**	**positiv**	**negativ**	
a) Auswirkungen auf …													
Tiere	**X**	x	o	o	o	x	x	x	**X**	x	o	**X**	Für den Verlust von Tierarten des Grünlandes und der Kleingarten (Brachen) sind Ausgleichsmaßnahmen zur Eingriffsregelung und zum Biotopausgleich in einer Flächengröße 6,96 ha vorgesehen.
Pflanzen	**X**	x	o	o	o	x	x	x	**X**	x	o	**X**	Für den Verlust von Pflanzenarten des Grünlandes und der Kleingarten (Brachen) sind Ausgleichsmaßnahmen zur Eingriffsregelung und zum Biotopausgleich in einer Flächengröße 6,96 ha vorgesehen.
Fläche	**X**	x	o	o	o	x	x	x	**X**	o	o	**X**	Beanspruchung unbebauter freier Fläche.
Boden	**X**	x	o	o	o	x	x	x	**X**	**X**	o	**X**	Für den Verlust von Bodenfunktionen auf etwa 21.000 m² durch Versiegelung und Bodenbefestigung Ausgleichsmaßnahmen vorgesehen (s. o.).
Wasser	x	x	o	o	o	x	x	x	o	o	o	x	Die Auswirkungen bleiben aufgrund der Kleinflächigkeit des Vorhabens, der Ausgangsbedingungen des Wasserhaushaltes und der vorgesehenen vermeidungsmaßnahmen gering.
Luft	x	x	o	o	o	x	x	x	o	o	o	x	Die Emissionen durch den Baubetrieb werden nach den Regelwerken der eingesetzten Bautechnik geringgehalten. Der Bebauungsplan begründet keine konkreten emittierenden Vorhaben.
Klima	x	x	o	o	o	x	x	x	x	o	o	x	Geringfügige, auf das Mikroklima beschränkte Auswirkungen
Wirkungsgefüge	x	x	o	o	o	x	x	x	x	o	o	x	Keine besonderen Betroffenheiten.
Landschaft	x	x	o	o	o	x	x	x	x	o	o	x	Geringfügige Auswirkungen, da die landschaftliche Einbindung gewährleistet ist.
Biologische Vielfalt	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	Eine Einschränkung der biologischen Vielfalt ist nicht erkennbar.

Insbesondere zu berücksichtigende Belange des Umweltschutzes einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege (§ 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB)	**Ermittelte Umweltauswirkungen in der Bau- und Betriebsphase**												**Kurz-Erläuterungen**
	direkt	**indirekt**	**sekundär**	**kumulativ**	**grenzüberschreitend**	**kurzfristig**	**mittelfristig**	**langfristig**	**ständig**	**vorübergehend**	**positiv**	**negativ**	
b) Ziel und Zweck der Natura 2000-Gebiete	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	Keine Schutzgebiete des Europäischen Schutzgebietssystems Natura 2000 (FFH-Gebiete, Vogelschutzgebiete) in der Umgebung vorhanden.
c) Umweltbezogene Auswirkungen auf Mensch, Gesundheit, Bevölkerung	x	x	x	x	o	x	x	x	x	x	x	o	Schaffung von Wohnraum.
d) Umweltbezogene Auswirkungen auf …													
Kulturgüter	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	Keine
Sonstige Sachgüter	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	Keine
e) Vermeidung von Emissionen													
Sachgerechter Umgang mit Abfällen und Abwässern	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	Während der Bau- und Betriebsphase anfallende Abfälle und Abwässer werden ordnungsgemäß entsorgt.
f) Nutzung erneuerbarer Energien													
Sparsame und effiziente Nutzung von Energie	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	Bei Umsetzung der Planung sind die Vorgaben der Energieeinsparverordnung sowie der getroffenen Festsetzungen und ÖBV anzuwenden.
g) Darstellungen von													
Landschaftsplänen	x	o	o	o	o	o	o	o	x	o	o	o	Die Grafiken der Landschaftsplanung sind an den aktuell geplanten Siedlungsrand anzupassen.
Sonstigen Plänen (Wasser-, Abfall-, Immissionsschutzrecht u. a.)	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	Das Vorhaben hat keine Auswirkungen auf Zielaussagen der Fachpläne.

Insbesondere zu berücksichtigende Belange des Umweltschutzes einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege (§ 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB)	**Ermittelte Umweltauswirkungen in der Bau- und Betriebsphase**												**Kurz-Erläuterungen**
	direkt	**indirekt**	**sekundär**	**kumulativ**	**grenzüberschreitend**	**kurzfristig**	**mittelfristig**	**langfristig**	**ständig**	**vorübergehend**	**positiv**	**negativ**	
h) Erhaltung der bestmöglichen Luftqualität in Gebieten, in denen EU-festgelegte Immissionsgrenzwerte nicht überschritten werden	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	Keine Betroffenheit derartiger Gebiete.
i) Wechselwirkungen zwischen den Belangen des Umweltschutzes (Buchstaben a bis d)	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	Über die allgemeinen Wechselbeziehungen hinaus sind keine besonderen Beziehungen ersichtlich.

Biotoptypenplan (NWP, Januar 2021)



Landwirtschaftliche Flächen

	GNW	Sonstiges mageres Nassgrünland §
	GE / GFF	Artenarmes Extensivgrünland / Sonstiger Flutrasen
	GI	Artenarmes Intensivgrünland
	GW	Sonstige Weidefläche

Trockene bis feuchte Stauden- und Ruderalfluren

	UH	Halbruderale Gras- und Staudenflur
	UHF	Halbruderale Gras- und Staudenflur feuchter Standorte
	UHB	Artenarme Brennnesselflur
	UNK	Staudenknöterichgestrüpp

Grünanlagen

	GR	Scher- und Trittrasen
		überlaubter Bereich gemäß Gehölzeinmaß
	HSE	Siedlungsgehölz aus überwiegend einheimischen Baumarten
	HSN	Siedlungsgehölz aus überwiegend nicht heimischen Baumarten
	PHZ	Ziergarten
	PK	Kleingartenanlage
	PKR	Strukturreiche Kleingartenanlage
		b - Brache

Gebäude, Verkehrs- und Industrieflächen

	OVW	Weg

Sonstiges

Geltungsbereich des Bebauungsplanes

Gehölzarten

Bi	Birke	Er	Erle
Bu	Buche	Es	Esche
Eb	Eberesche	Hb	Hainbuche
Ei	Eiche	Ki	Kiefer

SEESTADT BREMERHAVEN

Bebauungsplan Nr. 493
"Poggenbruchstraße/Weg 89"

Biotoptypen und Nutzungen

Dezember 2021 M. 1 : 1.500

NWP Planungsgesellschaft mbH
Gesellschaft für räumliche Planung und Forschung
Eschenweg 1 Telefon 0441 97174 -0
26121 Oldenburg Telefax 0441 97174 -73
Postfach 3867 E-Mail info@nwp-ol.de
26028 Oldenburg Internet www.nwp-ol.de

Artenliste Bremerhaven B-Plan 493, Kartierung Juli 2020

ohne Anspruch auf Vollständigkeit

Häufigkeiten: + (häufig), ° (gering), - (vereinzelt)
Rot = Flutrasen-Art , Blau = Mesophile Art , Grün = GN Arten

Bereich 1 **GI**	
Deutsches Weidelgras (*Lolium perenne*)	+
Wiesen-Lieschgras (*Phleum pratense*)	+
Weiß-Klee (*Trifolium repens*)	+
Wiesen-Schwingel (*Festuca pratensis*)	°
Breit-Wegerich (*Plantago major*)	-
Kriechender Hahnenfuß (*Ranunculus repens*)	°
Löwenzahn (*Taraxacum officinale*)	-
Bereich 2 **GNW (§)**	
Wolliges Honiggras (*Holcus lanatus*)	+
Flatter-Binse (*Juncus effusus*)	+
Scharfer Hahnenfuß (*Ranunculus acris*)	+
Wiesen-Lieschgras (*Phleum pratense*)	°
Kammgras (Cynosurus cristatus)	°
Flammender Hahnenfuß (*Ranunculus flammula*)	°
Sumpf-Hornklee (*Lotus pedualatus*)	°
Wiesen-Schwingel (*Festuca pratensis*)	-
Gew. Gilbweiderich (*Lysimachia vulgaris*)	°
Weiche Trespe (*Bromus hordeaceus*)	-
Blutweiderich (*Lythrum salicaria*)	-
Wasser-Knöterich (*Persicaria amphibia*)	°
Glieder-Binse (*Juncus articulatus*)	-
Sumpf-Kratzdistel (*Cirsium palustre*)	-
Spitz-Wegerich (*Plantago lanceolata*)	-
Rot-Klee (*Trifolium pratense*)	-
Sumpf-Schwertlilie (*Iris pseudacorus*)	-
Deutsches Weidelgras (*Lolium perenne*)	°
Behaarte Segge (*Carex hirta*)	-
Sumpf-Labkraut (*Galium palustre*)	°
Weißes Straußgras (*Agrostis stolonifera*)	°
Wald-Engelwurz (*Angelica sylvestris*)	-
Bereich 3 **GE/GFF**	
Deutsches Weidelgras (*Lolium perenne*)	+
Quecke (Elymus repens)	+
Wiesen-Lieschgras (*Phleum pratense*)	+
Weißes Straußgras (*Agrostis stolonifera*)	+
Wolliges Honiggras (*Holcus lanatus*)	+
Kriechender Hahnenfuß (*Ranunculus repens*)	°
Wiesen-Lieschgras (*Phleum pratense*)	+
Flammender Hahnenfuß (*Ranunculus flammula*)	-
Gew. Gilbweiderich (*Lysimachia vulgaris*)	-
Wasser-Knöterich (*Persicaria amphibia*)	-
Schlank-Segge (*Carex acuta*)	-
Rasen-Schmiele (*Deschampsia cespitosa*)	-
Hunds-Straußgras (*Agrostis canina*)	-
Vogel-Wicke (*Vicia cracca*)	-
Wasser-Schwaden (*Glyceria maxima*)	-

SEESTADT BREMERHAVEN

Bebauungsplan Nr. 493
„Poggenbruchstraße / Weg 89“

Stellungnahmen zu den vorgebrachten Anregungen und Hinweisen

☐ Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB

☐ Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB

■ **Öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB**

■ **Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB**

1. Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB vom 08.05.2023 bis einschließlich 09.06.2023

Stellungnahmen ohne Anregungen und Hinweise

- Amt 58 / Abfallbehörde, Stellungnahme vom 09.06.2023
- Handelskammer Bremen, Stellungnahme vom 08.05.2023
- Landkreis Cuxhaven, Stellungnahme vom 05.06.2023

Schriftliche Stellungnahmen

Nr.	Träger öffentl. Belange (alphabetisch geordnet)	Schreiben vom ...	Anregungen und Hinweise	Abwägungsvorschlag
1	Amt 40 Schulamt	05.06.2023	Geschaffen werden soll ein gemischtes Wohngebiet mit Ein- und Mehrfamilienhäusern für insgesamt ca. 47 Wohneinheiten (s. Begründung zum B-Plan Nr. 493 „Poggenbruchstraße/Weg 89“) im Ortsteil Jedutenberg. Dabei ist zu berücksichtigen, dass das zu erschließende Gebiet, als Einzugsgebiet für die Beschulung der dort wohnhaft werdenden Kinder, die Grundschule „Altwulsdorfer Schule“ betreffen wird. Die Grundschule „Fichteschule“ ist nicht betroffen, da die Entfernung des neuen Wohngebietes zur „Fichteschule“ 2,5 km überschreitet. Der Bebauungsplan sieht die Errichtung einer Kindertagesstätte mit insgesamt 60 Plätzen vor. Das steigert die Attraktivität des Wohngebietes für Familien, wodurch zu erwarten ist, dass viele Kinder aus der Kindertagesstätte den Übergang in die „Altwulsdorfer Schule“ machen werden.	Die Darstellung wird zur Kenntnis genommen. Die Aussagen zum Einzugsgebiet werden in der Begründung unter Pkt. 4.2 Erschließung und Infrastruktur ergänzt. Diese Hinweise zur sozialen und schulischen Infrastruktur werden zur Kenntnis genommen.

			Vor dem Hintergrund des in 2021 auf Bundesebene beschlossenen „Gesetz zur ganztägigen Förderung von Kindern im Grundschulalter (Ganztagsförderungsgesetzt – GaFöG) und dem sich daraus ableitenden Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung ab 2026 ist die „Altwulsdorfer Schule“ bei diesem Bauvorhaben in besonderer Weise betroffen. Auch weil im Stadtteil Wulsdorf bislang nur 40 Hortplätze, als einziges Ganztagsangebot vorhanden sind. Durch Beschluss des Ausschusses für Schule und Kultur vom 18.04.2023 wird der Schulstandort „Altwulsdorfer Schule“ auf seine Erweiterungsmöglichkeiten durch Seestadt Immobilien geprüft. Hierbei muss durch die Schaffung neuen Wohnraums für das Einzugsgebiet der Grundschule berücksichtigt werden, dass die Schüler:innenzahl an diesem Schulstandort steigen wird und neue Klassenverbände zu errichten sind. Dies wird, neben personellen Auswirkungen, auch Auswirkungen auf den Flächenbedarf der Schule haben. Am Standort „Altwulsdorfer Schule“ sind zwei Kontaktpolizist:innen für den Stadtteil Wulsdorf ansässig. Um der zu erwartenden anwachsenden Schüler:innenschaft im Zusammenhang mit den gesetzlichen Vorgaben zum Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung ab 2026 Rechnung tragen zu können, weist das Schulamt darauf hin, dass auch vor dem Hintergrund der Erschließung eines neuen Wohngebietes diese Flächen in die schulische Nutzung zurückfließen müssen. Nur so lassen sich mögliche Erweiterungsbauten einschließlich der Bau einer Mensa realisieren. Das Schulamt begrüßt die Schaffung einer Quartiersmitte mit Spielplatz für alle Generationen, als zentralen Ort für das Wohngebiet, der Bewegungs- und Aufenthaltsmöglichkeiten schafft. Zu berücksichtigen wäre aus Sicht des Schulamts jedoch, ob die Möglichkeit bestünde einen Aufenthaltsort mit Angeboten gezielt für Jugendliche in die Freiraumplanung zu integrieren,	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Sie sind für die vorliegende Bauleitplanung nicht relevant. Diese Anmerkung wird zur Kenntnis genommen. Aufgrund der begrenzten Größe der öffentlichen Grünfläche mit der Zweckbestimmung: Quartiersplatz / Spielplatz ist an dieser Stelle die gezielte Ausrichtung auf Angebote für Jugendliche nicht realisierbar. Hier wird vielmehr darauf verwiesen, dass bestehende Standorte mit z.T. vorhandenen Angeboten wie z.B.

			um dieser besonderen Altersgruppe gerecht werden zu können, da es im Stadtteil Wulsdorf bislang wenige Aufenthaltsmöglichkeiten für diese spezifische Altersgruppe gibt.	das Sportgelände des TSV Wulsdorf so zu qualifizieren sind, dass sie bedarfsgerechte Möglichkeiten für diese Zielgruppe anbieten. Hierfür wird im Rahmen der Umsetzung der Planung die Durchführung einer Jugendbeteiligung vorgesehen.
2	Amt 51 Amt für Jugend, Familie und Frauen	19.05.2023	Geschaffen werden soll ein gemischtes Wohngebiet mit Mehr- und Einfamilienhäusern für insgesamt ca. 90 Wohneinheiten im Ortsteil Jedutenberg. Dabei ist zu berücksichtigen, dass das zu erschließende Gebiet ca. 1,5 bis 2 km Entfernung zu den nächst gelegenen Kindertagesstätten bzw. weiterer sozialer Infrastruktur wie Familienzentrum aufweist. Die aktuelle Ausstattung mit Krippenplätzen ist deutlich zu niedrig, um die von Stadtverordnetenversammlung und Magistrat beschlossene Zielquote von 48 % zu erreichen, fehlen im Ortsteil rein rechnerisch mindestens 52 Krippenplätze. Insgesamt gibt es in Bremerhaven zu wenige Krippenplätze, daher kann die Versorgung für den Ortsteil Jedutenberg nur teilweise durch die Krippenplätze im benachbarten Fischereihafen aufgefangen werden. Zu berücksichtigen ist weiterhin, dass im Zuge der Neubebauung des Warringsgeländes im benachbarten Ortsteil Dreibergen laut Magistratsbeschluss vom 03.06.2020 eine Krippe mit 40 Plätzen entstehen werden. Der Betriebsbeginn ist Herbst 2023 vorgesehen [sic!]. Die Versorgung mit Hortplätzen bzw. Ganztagsschulangeboten in Vorbereitung auf den vom Bund angestrebten Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter (Zielquote 61 % laut Magistratsbeschluss) ist zu niedrig. Diese Plätze sollten im Zusammenhang mit vorhandenen Grundschulen geschaffen werden, daher ergibt sich keine Notwendigkeit direkt im neuen Wohngebiet Poggenbruchstraße [sic!]. Die Planung für das neue Wohngebiet muss allerdings in Bezug auf die Altwulsdorfer Schule berücksichtigt werden, dort gibt es	Die Darstellung wird zur Kenntnis genommen. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die vorliegende Bauleitplanung einen Gemeinbedarfsstandort für einen Kindergarten mit Krippenangebot vorsieht, um die Nachfrage aus dem Gebiet heraus und ggf. darüber hinaus zu bedienen.

			derzeit 40 Hortplätze als einziges Hortangebot im Stadtteil Wulsdorf. Im B Planverfahren Nr. 493 Poggenbruchstraße/ Weg 89 wurde eine Fläche für eine Kindertagesstätte gemäß Stellungnahme Amt 51 vom 05.01.2021 im nördlichen Bereich des B Plans für mindestens 40 Plätze Krippe und 20 Plätze Kita vorgesehen. Die freigehaltene Fläche beträgt ca. 3500m^2 (siehe Konzept im Anhang). Wie bereits jüngst abgestimmt sind die baulichen Anpassungen in Puncto Optimierung Schall zum Betrieb einer Kindertagesstätte in dem Bereich möglich. Aus diesem Grund bitten bei den weiteren Verhandlungen zum Grundstücksverkauf der städtischen Flächen mit dem Investor den Bereich für die Kindertagesstätte auszusparen [sic!].	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und im Zuge der Umsetzungsplanung adäquat berücksichtigt. Die ausgewiesene Gemeinbedarfsfläche verbleibt im städtischen Eigentum.

				
3	Amt 53 Gesundheitsamt	08.06.2023	Aus Sicht des umweltbezogenen Gesundheitsschutzes ist festzustellen, dass das Gebiet davon geprägt ist, dass ca. alle 6 Minuten die Zugbewegungen der Bahnstrecke Bremen - Bremerhaven sowohl am Tag und in der Nacht mit Spitzenpegeln bis zur Sprachunverständlichkeit wahrzunehmen sind.	Die Aussagen zum Schienenbetrieb werden zur Kenntnis genommen und in der vorliegenden Planung sachgerecht berücksichtigt. In der Bauleitplanung sind die gesunden Wohn- und Arbeitsverhältnisse nachzuweisen. Entsprechend der benachbarten Bahnstrecke und des nahe gelegenen Wartungsstützpunktes der Nordwest-

				bahn wurde im Zuge der Erstellung des Bebauungsplanes Nr. 493 „Poggenbruchstraße/Weg 89“ die immissionsschutzrechtliche Situation im Plangebiet und der Umgebung begutachtet. Um der Schutzbedürftigkeit innerhalb von Wohn- und Schlafräumen Rechnung zu tragen, werden Anforderungen an die Luftschalldämmung der Außenbauteile festgesetzt. Dies wird anhand von Lärmpegelbereichen nach DIN 4109 realisiert (vgl. zeichnerische und textliche Festsetzungen Nr. 7).
			Besonders im östlichen Teilgebiet sind neben dem bewerteten Schalldämmass der Gebäude mit entsprechender ausreichender Lüftung besondere Anforderungen an die Kühlung der Gebäude zu stellen. Die Anforderungen zum „sommerlichen Hitzeschutz“ des Gesetzes zur Einsparung von Energie und zur Nutzung erneuerbarer Energien zur Wärme- und Kälteerzeugung in Gebäuden (GEG) sind für ein gesundes Wohnen nicht ausreichend.	Dieser Hinweis wird zur Kenntnis genommen und im Rahmen der Umsetzung der Planung adäquat berücksichtigt.
4			<u>Fläche Gemeinbedarf Soziale Einrichtung „Kindertagesstätte“:</u> Der ausgewählte nordöstliche Bereich für den Allgemein Bedarf/Kindertagesstätte im Plangebiet entspricht nicht der „Richtlinien für den Betrieb von Tageseinrichtungen für Kinder im Land Bremen – RiBTK“. Die Kinder sind zwingend vor entwicklungsphysiologischen Gefährdungen zu schützen. Die gesundheitliche Bewertung weist darüber hinaus auf ein langfristiges Risiko für die Prägung von Herzkreislauf Erkrankungen, akut neurokognitive Störungen, Konzentrationsschwächen und unbegründetes aggressives Verhalten von Kindern in diesem Bereich hin. Im südwestlichen Bereich des Plangebietes können zur Verwirklichung einer Kindertagesstätte die o.g. Anforderungen der RiBTK eingehhalten bzw. die gesundheitlichen Gefährdungen vermieden werden. Der B-Plan ist dahingehend anzupassen.	„Zur Beurteilung gewerblicher Geräuschimmissionen an Kindertagesstätten existieren keine einschlägigen Orientierungs- oder Richtwerte. Die Errichtung von Kindertagesstätten ist in allen Baugebietsarten (§ 2 bis § 9 BauNVO) „allgemein“ oder „ausnahmsweise“ zulässig. Die Einstufung einer Kindertagesstätte orientiert sich in der verwaltungsrechtlichen Praxis daher in der Regel an der benachbarten Siedlungsstruktur. Handelt es sich bei diesen Strukturen um Wohn- oder gemischte Bauflächen kann ausnahmslos von gesunden Umgebungsverhältnissen ausgegangen werden. Im vorliegenden Fall würde man bei einer gezielten Beurteilung, der Nachbarschaft entsprechend, die Schutzwürdigkeit für ein allgemeines Wohngebiet gemäß BauNVO“ … „ansetzen. In einem ca. 20 bis 25 m (in Abhängigkeit von der Bauhöhe) breiten Randstreifen

				entlang der Poggenbruchstraße im nördlichen Geltungsbereich des Plangebiets werden die Orientierungs- bzw. Richtwerte für allgemeine Wohngebiete überschritten. Die Orientierung- bzw. Richtwerte für Mischgebiete werden aber noch eingehalten.“ (vgl. schalltechnische Untersuchungen im Rahmen des B-Planverfahrens Nr. 493 der Stadt Bremerhaven, ted Bremerhaven vom 28. Februar 2023, S.13, 2. und 3. Abs.). Dementsprechend wurde die textliche Festsetzung Nr. 7.4 zur Grundrissgestaltung Kindertagesstätte in den Bebauungsplan aufgenommen. Danach dürfen bei der Errichtung von Gebäuden an der nördlichen Plangebietsgrenze innerhalb eines 25 m tiefen Randstreifens entlang der Poggenbruchstraße an der zur Poggenbruchstraße ausgerichteten Gebäudefassade keine schutzbedürftigen Räume gemäß DIN 4109-2:2018-01, Abschnitt 3.1.6 angeordnet werden. Demzufolge erübrigt sich eine Anpassung des Bebauungsplanes.
			<u>Elektromagnetische Felder:</u> Bei der Abschätzung eines erhöhten Risikos für das Auftreten von frühkindlicher Leukämie im Gebiet, gehen wir davon aus, dass die Darstellung „der Wert von 300µT wird nicht ansatzweise erreicht“ beinhaltet, dass der 1000fach niedrigere Vorsorgewert der Empfehlung der Senatorin für Gesundheit von 0,3µT ebenfalls unterschritten wird.	Im Ergebnis des Beteiligungsverfahrens gemäß § 4 Abs. 1 BauGB liegen die Felder, die von der Bahnlinie und dem Wartungsstützpunkt ausgehen, sicher unter dem Grenzwert von 300 Mikrotesla. Die Bahnstromanlagen emittieren im Niederfrequenzbereich (16,7 Hz). Grenzwerte sind: 5 kV/m für das elektrische Feld und 300 Mikrotesla für die magnetische Flussdichte. Gesundheitliche Beeinträchtigungen durch magnetische Felder sind insoweit nicht zu befürchten, da die aus dem Eisenbahnbetrieb resultierenden elektromagnetischen Immissionen erheblich unter den in der 26. Verordnung zum Bundesimmissionsschutz-Gesetz festgelegten Vorsorgegrenzwerten liegen.

	Amt 58 Umweltschutzamt Bodenschutz- und Altlastebehörde	09.06.2023	Auf Basis des bestehenden Bodenschutzkonzeptes (OWS Ingenieurgeologen, vom 11.11.2021), das in Anlehnung an die weiteren Planungsschritte fortgeschrieben wird, ist das Bauvorhaben durch eine bodenkundliche Baubegleitung nach DIN 19639 zu begleiten und zu dokumentieren. Nach Fertigstellung der Erdarbeiten hat der unversiegelte Oberboden (0,0m – 0,4m) die Vorsorgewerte nach Bundesbodenschutz- und Altlastenverordnung einzuhalten. Die Einhaltung der Vorsorgewerte ist im Rahmen der Bodenkundlichen Baubegleitung zu dokumentieren. Die Dokumentation ist dem Umweltschutzamt nach Vorlage unaufgefordert zu übersenden.	Diese Anmerkung wird als nachrichtlicher Hinweis in den Bebauungsplan aufgenommen (Ergänzung Hinweis Nr. 1) und im Zuge der Umsetzung der Planung entsprechend berücksichtigt. Diese Hinweise werden im Rahmen der Umsetzung der Planung sachgerecht berücksichtig.
	Amt 58 Umweltschutzamt Klimastadtbüro	14.06.2023	Die ursprüngliche Freifläche ist ein wichtiger Luftaustauschbereich, durch den die kalte Luft aus dem östlich und südlich angrenzenden Kaltluftentstehungsgebieten in die westlichen, angrenzenden Siedlungsgebiete strömt. Die vorgeschlagene Anordnung der Gebäudetypologien soll den Luftaustausch in benachbarte Siedlungsgebiete weiterhin ermöglichen. Die Ausweisung der überbaubaren Flächen im Nordwesten des Plangebietes widerspricht in Teilen dieser Anordnung und sollte entsprechend angepasst werden. Seite 6 von 6 Zur Vermeidung der Aufheizung von Dachflächen und Gebäuden sollten Dachbeläge mit Dachziegeln im schwarzen Farbton vermieden werden (Albedo-Effekt). Um anfallendes Niederschlagswasser vor Ort aufzunehmen und zu speichern (Schwammstadt-Prinzip) sowie ein Aufheizen des Bebauungsgebietes zu verringern sollte eine extensive Dachbegrünung der Gebäudeflächen erfolgen.	Die Hinweise zum Luftaustausch werden in der vorliegenden Planung adäquat berücksichtigt. Die Anordnung der Baugrenzen ermöglicht Schneisen für die Kaltluftzufuhr in Ost-West-Richtung und mindert so die Auswirkungen von Hitzetagen ab. Durch baugestalterische Festsetzungen mit der Vorgabe von Gründächern, der Festsetzung von Gehölzen und der Neuanpflanzung standortgerechter Gehölze werden ein Ausgleich und die Beibehaltung des bestehenden Wasserabflusses und Kleinklimas vor Ort erwartet. Grünstrukturen wie auch die Wasserretention, gegebenenfalls auch auf den Baugrundstücken, sind elementarer Bestandteil einer vorbeugenden Stadtplanung zum Schutz vor Hitzestress und Dürreperioden. Im Bebauungsplan wird die Solarmindestfestsetzung genannt. Die Bremische LBO sowie das BremSolarG geben entsprechende Regelungen auf der Bauantragsebene vor. Bei Bauvorhaben ist generell auf eine ausgeglichene Klimabilanz zu achten.

				Entsprechend der Anregung wird die örtliche Bauvorschrift Nr. 1.2 dahingehend redaktionell geändert, dass schwarze Farbtöne gestrichen werden und somit unzulässig sind.
	Amt 58 Umweltschutzamt Untere Naturschutzbehörde	09.06.2023	*Entwässerungsplanung - Hinweis* Die Bedeutung der farbigen Linien (schwarz, blau, rot) erschließt sich fachfremden Personen nicht, da entsprechende Angaben in einer Legende fehlen. *Flächen für das Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB)* Eine derartige Festsetzung lehnen wir ab, da vergleichbare Festsetzung innerhalb anderer Bebauungsplangebiete in Bremerhaven nicht kontrolliert werden und auch nur schwer zu kontrollieren sind. Beispielhaft sei das Baugebiet „Auf den Wohden“ (B-Plan 333) genannt. Ein ökologischer Mehrwert ist in Frage zu stellen („Greenwashing“). Wir fordern stattdessen die Herstellung und Unterhaltung von straßenbegleitenden Baumreihen als öffentliches Grün. Wir weisen auf die Erfahrungen mit der Obstbaumwiese südlich der Kleingartenanlage Lindenallee (Kooperationsprojekt Ämter 58 und 67 mit BUND) hin. Der Standort mit vergleichbaren Bodenverhältnissen wie das Plangebiet ist für Obstbäume nicht geeignet. Dies	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und berücksichtigt. Die Erläuterung der Farben wird in der Abbildung ergänzt. Dieser Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Gemäß der textlichen Festsetzung Nr. 8.3 sind innerhalb der öffentlichen Grünfläche „Quartiersplatz / Spielplatz“ mindestens 10 Laubbäume zu pflanzen. Ferner sind auf der Ostseite der Planstraße 6 Laubbäume als zu erhalten festgesetzt. In gleicher Weise ermöglicht die 7,0 m, 8,0 m bzw. 13,0 m breite öffentliche Erschließungsanlage mit ihrer Festsetzung als Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung: Verkehrsberuhigter Bereich die Anpflanzung straßenbegleitender Laubbäume. Ergänzend wird ein Laubbaum bzw. Obstbaum pro Grundstück im Allgemeinen Wohngebiet festgesetzt. Dies ist in jedem Fall sachgerecht, um die Eigentümer:innen zur einer Baumpflanzung auf ihrem Grundstück zu veranlassen. Die Kontrolle dieser Festsetzung kann über die nachgelagerten Kaufverträge abgesichert werden. Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Im Bestand befinden sich im Gelände sowie auf den benachbarten Grundstücken bereits Obstgehölze, so dass an den bestehenden Festsetzungen festgehalten wird.

			gilt im Übrigen auch für aufgesandete Flächen. Insofern sind derartige Festsetzungen aus fachlicher Sicht zu streichen.	
			Pflanzliste 2: Laubbäume Die Arten Amberbaum, Hopfenbuche, Zerr-Eiche, Schwedische Mehlbeere und Rebona Ulme sind allesamt keine heimischen Baumarten und stehen somit dem Anspruch der Verwendung „heimischer Laubbäume“ (vgl. S. 12 der Begründung) entgegen. Sofern die Festsetzung Bestand haben soll (s.o.), empfehlen folgende Formulierung: In den Allgemeinen Wohngebieten ist pro Grundstück ein standortgerechter, klimaangepasster und ökologisch wertvoller kleinkroniger Laubbaum […]	Der Anregung wird gefolgt und die Festsetzung entsprechend redaktionell angepasst.
			Wir weisen auf die „Pflanzliste für Bäume und Sträucher in der Stadtgemeinde Bremen“ der SKUMS hin.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.
			Baumschutz Für die zu fällenden Bäume resultiert eine Ersatzpflanzung (großkronige Bäume) in folgendem Umfang: • Schwarzerle: 4 Neupflanzungen • Hainbuche: 4 Neupflanzungen • Stieleiche: 5 Neupflanzungen ➔ Alle zusammen: 13 Großbäume Zu- /Abschläge z.B. für das Ortsbild oder die Vitalität bleiben bei dieser überschlägigen Ermittlung unberücksichtigt und sind im Genehmigungsverfahren festzusetzen. Die Pflanzungen sind innerhalb des Plangebietes umzusetzen.	Die Ausführungen im Umweltbericht zur Baumschutzverordnung (Pkt. 1.3.5) werden um die Anzahl der zu pflanzenden Bäume ergänzt.
			Der Festsetzung von schutzwürdigen Bäumen auf Privatgrundstücken stimmen wir nicht zu. Erfahrungsgemäß resultiert aus einer derartigen Festsetzung ein Konflikt. Daher sind die im Plan dargestellten Baumstandorte als öffentliche Grünfläche festzusetzen.	Dieser Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die innerhalb des Allgemeinen Wohngebietes zum Erhalt festgesetzten 4 Bäume sind straßenbegleitend direkt östlich der Planstraße positioniert. Es besteht ausreichend Abstand zu den geplanten Gebäuden. Insofern

				verbleibt es bei der gewählten Festsetzung. Die Bäume sind integraler Bestandteil der Vorgärten.
			Aus naturschutzfachlicher Sicht bestehen aufgrund der Erfahrungen mit anderen entwickelten Baugebieten und den hier sehr wahrscheinlich erforderlichen Geländeaufhöhungen sowohl für den Straßenbau als auch für eine Wohnbaunutzung nur geringe Chancen auf einen dauerhaften Erhalt. Entweder wird Sand/Boden bis an den Stammfuß heran aufgetragen oder es bildet sich eine Kuhle gegenüber dem übrigen Geländeniveau, so dass nach Regenfällen der Stammfuß im Wasser steht. Beides ist dem dauerhaften Erhalt von Bäumen nicht zuträglich.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. An den Erhaltungsfestsetzungen wird unter dem Vermeidungs- und Minimierungsgebot und insbesondere zu Gunsten des ortsbildprägenden Charakters der Bäume festgehalten. Die Möglichkeit des Baumerhalts soll im Rahmen des vorliegenden Bebauungsplanes nicht vorauseilend aufgeben werden. Soweit längerfristig ein Baumverlust eintritt, ist die Nachpflanzung gemäß textlicher Festsetzung sichergestellt.
			Wir schlagen vor, zwischen dem ehemaligen Bahndamm und den Baugrundstücken eine Rudelflur als Abstandsfläche und öffentliche Grünfläche zu entwickeln. Als Vorlage sollte die entsprechende Festsetzung des Bebauungsplans 453 „Reinkenheider Forst II“ dienen.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Der Bebauungsplan sieht den Erhalt des Bahndammes als öffentliche Grünfläche vor. Zugleich wird der Kronentraufbereich von baulichen Anlagen freigehalten. Eine weitergehende Festsetzung von öffentlicher Grünfläche ist an dieser Stelle insofern entbehrlich.
			Sämtliche Ver- und Entsorgungsleitungen sind gebündelt zum Schutz des bestehenden und zu entwickelnden Baumbestandes im Straßenraum und nicht in Grünflächen zu verlegen.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und im Zuge der Umsetzungsplanung berücksichtigt. Nach derzeitigem Stand ist die Verlegung von erforderlichen Leitungen innerhalb der Straßenverkehrsflächen vorgesehen.
			Kompensationsmaßnahmen Die Schaffung der Ausweichmöglichkeiten für den Star (vier Nistkästen) ist mit Beginn der Erschließungsarbeiten umzusetzen und der Unteren Naturschutzbehörde unaufgefordert nachzuweisen. Die Festlegung der Standorte hat fachgutachterlich zu erfolgen und ist zu begründen. **Die Nistkästen sind für die Dauer der Beeinträchtigung (also sehr wahrscheinlich dauerhaft) zu unterhalten und ggf. zu ersetzen. Verantwortlich für Ausführung, Unterhaltung und Sicherung der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen ist**	Die als Hinweis Nr. 4, 3. Abs. beinhaltete Auflage zur Schaffung von Ausweichmöglichkeiten für den Star (vier Nistkästen) wird um die empfohlenen Maßnahmen redaktionell ergänzt und mit der Überschrift Kompensationsmaßnahme (CEF-Maßnahme) besser kenntlich gemacht.

			der Verursacher oder dessen Rechtsnachfolger (§ 15 Abs. 4 BNatSchG).	
			Der Umweltbericht enthält nur eine ungenaue Aussage zum vorhandenen Biotoptyp (GI). Für eine einwandfreie Bilanzierung und den Vollzug der Eingriffsregelung sind der Biotoptyp und dessen Wertigkeit sowie der angestrebte Biotoptyp zu benennen.	Das im Plangebiet vorhandene GI ist anhand der Bodenverhältnisse als Sonstiges feuchtes Intensivgrünland (GIF) und das Grünland in der externen Ausgleichsfläche in Wehdel anhand der Erdniedermoores als Intensivgrünland auf Moorböden (GIM) einzuordnen. Daraus folgert keine Neubewertung der Eingriffsregelung. Gleichwohl wird der Umweltbericht um diese Angaben entsprechend ergänzt.
			Die Entwicklung der externen Kompensationsfläche ist über ein Monitoring über einen Zeitraum von mindestens 10 Jahren im Abstand von zwei Jahren zu dokumentieren. Hierzu sind der UNB bis 31.12. des jeweiligen Jahres eine Biotoptypenkartierung inkl. Kurzbericht Seite 3 von 5 vorzulegen. Die Untersuchungspflicht beginnt mit der Feststellung des Ausgangsbiotoptyps vor Beginn der Extensivierungsmaßnahme. Sollte der gewünschte Erfolg nicht eintreten, kann die UNB weitere Maßnahmen und Bewirtschaftungsauflagen erteilen, um das Entwicklungsziel zu erreichen. Dies gilt auch für den Fall, dass sich invasive Pflanzenarten einstellen sollten. **Die Maßnahme ist für die Dauer der Beeinträchtigung (also sehr wahrscheinlich dauerhaft) durchzuführen. Verantwortlich für Ausführung, Unterhaltung und Sicherung der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen ist der Verursacher oder dessen Rechtsnachfolger (§ 15 Abs. 4 BNatSchG).**	Diese Auflagen werden integraler Bestandteil des zwischen der Stadt und dem Vorhabenträger abzuschließenden städtebaulichen Vertrages gemäß § 11 BauGB und im Rahmen der Umsetzung der Planung sachgerecht berücksichtigt.
			Da sich die Kompensationsfläche im Eigentum privater Dritter befindet, ist eine grundbuchrechtliche Sicherung der Maßnahme der UNB nachzuweisen.	Der Anregung wird gefolgt und vor Rechtskraft des Bebauungsplanes die grundbuchliche Sicherung nachgewiesen.
			Auch die Kompensationsflächen gehören zum räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplanes. Wir	Die Angabe ist unzutreffend. Die außerhalb des Stadtgebietes befindliche Kompensationsfläche gehört nicht

			empfehlen, das Vorhandensein und die Lage der Ausgleichsfläche in die zeichnerische Darstellung aufzunehmen.	zum räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplanes. Der Anregung wird dahingehend gefolgt, dass der Umweltbericht um eine Lageübersicht der externen Kompensationsfläche ergänzt wird. Der Nachweis über die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen erfolgt über privatrechtliche Verträge. Zudem wird zwischen der Stadt und dem Investor vor Rechtskraft des Bebauungsplanes ein städtebaulicher Vertrag gemäß § 11 BauGB abgeschlossen. Die externe Kompensationsfläche ist integraler Bestandteil des Vertrages.
			Die Ausgestaltung der externen Kompensationsflächen sind zusätzlich mit der UNB des Landkreises Cuxhaven abzustimmen: Bei der Festsetzung von Art und Umfang der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sind die Programme und Pläne nach den §§ 10 und 11 zu berücksichtigen (§ 15 Abs. 2 BNatSchG).	Die Naturschutzbehörde des Landkreises Cuxhaven wurde bereits am 01.11.2021 per Email auf die Ausgleichszuordnung der Fläche in Wehdel für den hiermit vorliegenden Bebauungsplan mit der Bitte zur weiteren Vorabstimmung informiert. Der Landkreis blieb auch in seinen Stellungnahmen ohne Anregungen und Hinweise. Auf eine weitere Beteiligung wird verzichtet.
			Der Unteren Naturschutzbehörde der Stadt Bremerhaven ist eine shape-Datei (Koordinatensystem ETRS 1989 UTM Zone 32N) mit den Kompensationsflächen sowie den Eingriffsflächen (geschlossenes Polygon) zu übergeben. Standorte von neugepflanzten Bäumen sind als Punkt-Shape zur Verfügung zu stellen. Die Daten werden von uns in das Naturschutzinformationssystem (NIS) des Landes Bremen einzupflegen.	Dieser Bitte wird im Zuge der Umsetzungsplanung entsprochen.
			Der Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Cuxhaven ist die Kompensationsfläche auf Basis der ALKIS-Daten zu übermitteln.	Dieser Bitte wird im Zuge der Umsetzung der Planung Rechnung getragen.
			Insektenschutz Zur Vermeidung von negativen Auswirkungen auf Nachtfalter-Populationen sind im Plangebiet insekten-	Der Vermeidungsansatz zum Insektenschutz wird redaktionell in den Umweltbericht aufgenommen und die

			freundliche Lampen wie z.B. Natrium-Hochdrucklampen oder LED-Beleuchtung sowie die Reduktion von Beleuchtungsstärke / Leuchtdichte (Halbnachtschaltung) und die Optimierung der Leuchten hinsichtlich Dichtigkeit, Abstrahlrichtung und Lichtpunkthöhe festzusetzen. Derartige Ausführungen zum Insektenschutz fehlen derzeit. Wir bitten, entsprechende Festsetzungen in den B-Plan einzuarbeiten.	textlichen Hinweise um entsprechende Aussagen zum Insektenschutz erweitert. Der Anregung, die Ausführungen zum Insektenschutz in eine entsprechende Festsetzung zu überführen, wird nicht gefolgt, da kein konkreter bodenrechtlicher Bezug herstellbar ist.
	Amt 58 Umweltschutzamt Wasserbehörde - Grundwasserschutz	09.06.2023	Das Planungsgebiet liegt im Trinkwasserschutzgebiet IIIA der Wassergewinnung im Ahnthammsmoor (Verordnung über die Festsetzung eines Wasserschutzgebietes für das Wasserwerk Wulsdorf der Stadtwerke Bremerhaven AG vom 15. April 1975). Wie bereits in der Begründung zur 22. Flächennutzungsplanänderung vom April 2023 erläutert, ist die Ausweisung von Baugebieten gemäß Schutzgebietsverordnung nur bedingt zulässig und bedarf der Erlaubnis der Wasserbehörde. Es soll bereits hier darauf hingewiesen werden, dass als Grundlage für einen Antrag für eine wasserbehördliche Erlaubnis zunächst frühzeitig ein gutachterliches Konzept für das gesamte Planungsgebiet zu erarbeiten und der Wasserbehörde vorzulegen ist, in dem darzustellen ist, inwieweit eine Schadlosigkeit für die Trinkwassergewinnung durch die Baureifmachung, Bauausführung sowie die spätere Nutzung weiterhin gewährleistet ist. Hierbei ist insbesondere auch auf den sehr setzungsempfindlichen Untergrund, die sulfatsauren Böden und den sehr geringen Grundwasserflurabstand einzugehen. Entsprechende gutachterliche Empfehlungen zur schadlosen Bauausführung sind diesem Konzept ebenfalls beizulegen. Beispielsweise können folgende Gefährdungspotentiale für das Grundwasser aus der mit einer Aufstellung	Diese Darstellung wird als Hinweis nachrichtlich in den Bebauungsplan aufgenommen. Im Zuge des Bauleitplanverfahrens wurde parallel ein Oberflächenentwässerungskonzept erstellt, welches inhaltlich in die Planunterlagen eingearbeitet wurde. Die Maßgaben zum Grundwasserschutz werden im Zuge der Ausführung beachtet.

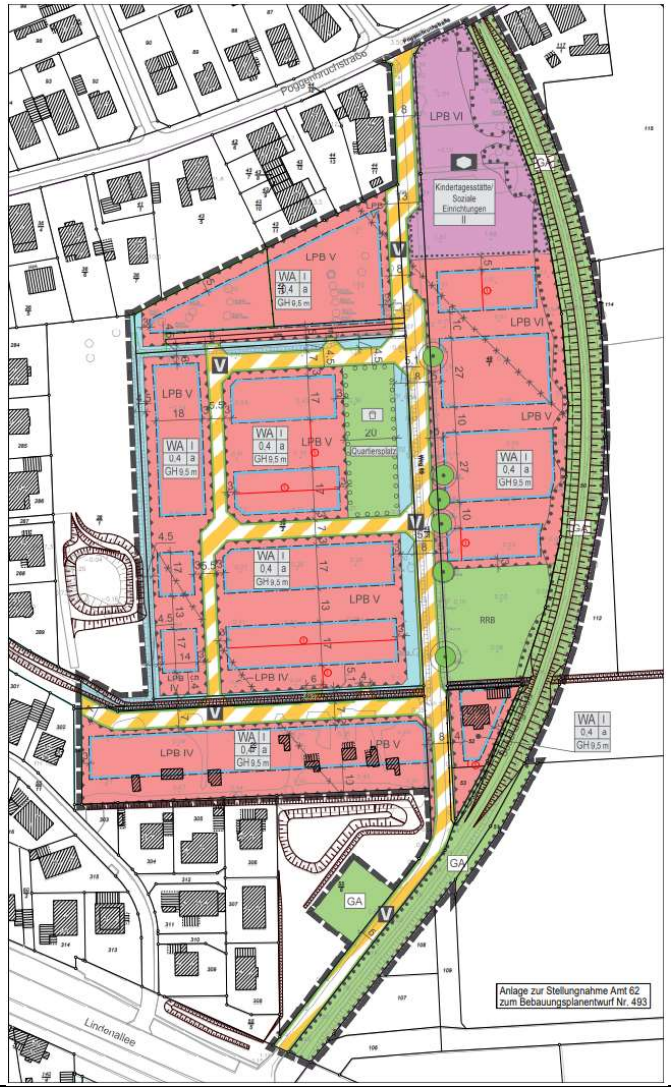
			eines Bebauungsplanes (B-Plan) zugelassenen Nutzung genannt werden (siehe auch Leitfaden Wasserschutzgebiete Niedersachsen von 2013): a) Bauphase: - Verminderung, Veränderung oder auch Beseitigung der schützenden Grundwasserüberdeckung durch das Ausheben der Baugrube oder der Gräben für die Fundamente, beim Verlegen von Kabeln, Kanalisation und anderen Leitungen, - Beseitigung der gut reinigenden belebten Bodenzone auch außerhalb der Baugrube durch den Baustellenbetrieb, - Lagerung und Verwendung von wassergefährdenden Stoffen (Farben, Lacke, Bitumenanstriche, Verdünner, Reinigungsflüssigkeiten, Treib- und Schmierstoffe für Baumaschinen, Schalöle usw.). b) Nutzung: - erhöhtes Verkehrsaufkommen, insbesondere Transport und Umschlag einzelner wassergefährdender Stoffe wie Heizöl, Kfz-Abstellplätze, - Lagerung und Verwendung wassergefährdender Stoffe bei reiner Wohnbebauung (Heizöllagerung, Hobbybastler und -gärtner, private Kfz-Wartung und -reparatur, Autowäsche) und bei gewerblichen Nutzungen, - unsachgemäßer oder missbräuchlicher Umgang mit Düngemitteln und PSM in Haus- /Kleingärten, verbunden mit häufiger und intensiver Bewässerung (Überschreitung der Feldkapazität des Bodens), - Versickerung von schadstoffbelastetem Wasser durch defekte Abwasserleitungen (Verlustmenge 6 – 10% des Abwasseraufkommens nach Literatur), Hausanschlüsse und Grundstücksentwässerungen, - Versickern von Dachflächen- und Hofflächenabwässern, Verringerung der Grundwasserneubildung.	Die Begründung wird redaktionell um diese Aussagen ergänzt.

			Hinsichtlich der Gefahren für das Grundwasser wird ergänzend auf die Bewertung durch den DVGW verwiesen: Nach DVGW (2006), Tabelle 1, Nr. 4.2, geht von der Ausweisung neuer Baugebiete ein sehr hohes Gefährdungspotenzial in Zone II und ein hohes Gefährdungspotential in Zone III/III A aus. Aufgrund der Lage in einem Trinkwasserschutzgebiet bestehen ferner Einschränkungen für zukünftige Nutzungen. So unterliegen beispielsweise Erdwärmeanlagen im Trinkwasserschutzgebiet Wulsdorf einer Tiefenbegrenzung, die eine wirtschaftliche Erstellung von Erdwärmesonden nach derzeitigem Kenntnisstand als nicht realisierbar erscheinen lassen. Ein Materialeinbau (u.a. Recyclingbaustoffe) beispielsweise für eine Geländeaufhöhung ist nur unter Einhaltung von entsprechenden Qualitätsanforderungen zulässig. Bei Tiefgründungen ist eine Grundwassergefährdung auszuschließen. Auch ist der Straßenbau unter Berücksichtigung der Richtlinie für bautechnische Maßnahmen an Straßen in Wasserschutzgebieten (RistWag) in der aktuellen Fassung zu planen. Bei der Planung des Regenrückhaltebeckens mit einem erforderlichen Rückhaltevolumen von ca. 600 m³ sind die Untergrundverhältnisse zu berücksichtigen (u.a. Flurabstand, Setzungsempfindlichkeit). Wir gehen davon aus, dass auch der Trinkwasserversorger wesernetz als Träger öffentlicher Belange an diesem Verfahren beteiligt worden ist.	Diese Aussagen werden im Zusammenhang mit dem nachrichtlichen Hinweis zur Lage im Trinkwasserschutzgebiet IIIA unter Pkt. 4.4. Wasser, Grundwasser, Brandschutz in die Begründung und den Umweltbericht redaktionell aufgenommen. Die wesernetz wurde im Verfahren beteiligt, s. Stellungnahme Nr. 16.
	Amt 58 Umweltschutzamt Wasserbehörde - Oberflächengewässerschutz	09.06.2023	Wir sind in dem Verfahren bereits involviert. Zur Übersicht die von der BEGlog mit uns abgestimmte Vorzugsvariante der NSW-Entwässerung im Rahmen der Bauleitplanung:	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

			 Gemäß DWA- 102 ist eine Reinigungsstufe nicht erforderlich. Das Niederschlagwasser wird über ein RRB gedrosselt, 1,5 l/s*ha, in den Vorfluter geleitet. Somit wird eine natürliche Reinigung gewährleistet. Hierfür ist eine Retentionsfläche vorgesehen (siehe Lageplan). Das Becken soll naturnah konzipiert werden. Eine Einzäunung ist nicht notwendig.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und im Zuge der Ausführungsplanung zum Regenrückhaltebecken berücksichtigt.
5	Amt 62 Vermessungs- und Katasteramt	09.06.2023	Zum o.g. Entwurf bestehen seitens des Amtes 62 folgende Bedenken und Hinweise: - Das bisher städtische Flurstück 51 der Flur 58 in der Gemarkung Wulsdorf wurde durch Kaufvertrag an den Eigentümer der anliegenden Flurstücke 107 bis 111 verkauft. Sobald die noch ausstehende Umschreibung erfolgt ist, sollen alle Flurstücke verschmolzen werden. Vor diesem Hintergrund sollte das Flurstück 51 eventuell aus dem Geltungsbereich des Bebauungsplanes herausgenommen werden	Entsprechend dem Hinweis wird das betreffende Flurstück auf der Ostseite des Plangebiets redaktionell aus dem Geltungsbereich herausgenommen.

			bzw. die planerische Festsetzung geändert werden.	
			- In der textlichen Begründung zum Bebauungsplan wird auf Seite 6 im zweiten Absatz von einer Aufweitung der Straße auf 10,0 m gesprochen. Dieses Maß findet sich im Planteil nicht wieder. Im Planteil gibt es im Bereich der Kindertagestätte eine Aufweitung auf 13 m, die sich auch zeichnerisch bestätigt. Vermutlich ist die Angabe in der textlichen Begründung redaktionell zu korrigieren.	Dem Hinweis folgend wird der Begründungstext unter Pkt. 2.1 Städtebauliches Konzept entsprechend redaktionell angepasst.
			- Im Planteil sind identische Inhalte des Liegenschaftskatasters teilweise unterschiedlich dargestellt. Insbesondere die Flurstücksgrenzen sind innerhalb des überplanten Bereichs nur schwer erkennbar. Da teilweise Maßketten auf Flurstücksgrenzen aufbauen, sollten die Flurstücksgrenzen mehr hervorgehoben werden.	Dem Hinweis wird gefolgt. Die Flurstücksgrenzen werden stärker hervorgehoben.
			- Im Bereich der Gewässer scheinen zwei zeitlich unterschiedliche Stände der Böschungen übereinander zu liegen. Es sollte die überholte Darstellung ausgeblendet werden.	Dem Hinweis folgend wird die obsolete Darstellung ausgeblendet.
			- Im Bereich der westlichen Bebauungsplangrenze verläuft ein Graben. Die Flurstücksgrenze verläuft in der Grabenmitte. Entlang dieser Flurstücksgrenze sollte vermutlich auch die Bebauungsplangrenze gemäß Aufstellungsbeschluß verlaufen. Somit wäre die westliche Grabenböschung nicht mehr Bestandteil des Bebauungsplangebietes.	Entsprechend dem Hinweis wird die westliche Plangebietsgrenze redaktionell an die bestehende Flurstücksgrenze angepasst.
			- Die Festlegungen der Straßenbegrenzungslinien sowie der darauf aufbauenden Baugrenzen, Baulinien und Einfahrtsbereiche sowie Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung sind	Die Maßangaben werden entsprechend redaktionell nachgetragen.

			zum Teil nur unter Zuhilfenahme von im Plan abgegriffenen Maßen in die Örtlichkeit übertragbar, da eine Maßangabe fehlt.	
			- Die östliche Straßenbegrenzungslinie der Haupterschließung „Weg 89“ südlich der Fläche „Kindertagesstätte“ scheint in einem Bogen zu verlaufen. Bogenanfänge und- radius sind nicht angegeben. Sollte kein bogenförmiger Verlauf geplant sein, fehlen Maßangaben zur Festlegung des Straßenverlaufs. Eine Parallelität zu bestehenden Flurstücksgrenzen ist nicht erkennbar.	Die östliche Straßenbegrenzungslinie der zentralen Erschließungsstraße verläuft entlang des Bestandsweges sowie des Grabens. Somit entfällt hier die Vermaßung.
			- Ähnliches gilt für die nördliche Ringerschließung. Im Bereich der Maßkette scheint die in Nord-Süd-Richtung verlaufende Straße schwach abzuknicken. Hierfür fehlt eine maßliche Festlegung, insbesondere da die Baufester davon abhängen.	Auch an dieser Stelle werden die Maßketten entsprechend redaktionell ergänzt.
			- Die geplante südliche Querstraße zum „Weg 89“ knickt im westlichen Teil dem Grabenverlauf folgend nach Norden ab. Hier fehlen Maßangaben zur eindeutigen Festlegung.	Der Straßenverlauf orientiert sich am Bestandsweg und ist mit 7 m vermasst.
			- In sämtlichen Einmündungsbereichen fehlen Maßangaben zur eindeutigen Festlegung.	Die Maßangaben werden entsprechend redaktionell ergänzt.
			- Es fehlt eine maßliche Festlegung für den Verlauf der Abgrenzungslinie zwischen der Fläche „Kindertagesstätte“ und der sich südlich anschließenden Wohnbaufläche. Sofern diese rechtwinklig zur Straßenbegrenzungslinie geplant ist, ist das Rechtwinkelzeichen und eine Maßangabe für den Linienfußpunkt zu ergänzen.	Auch diese Maßangabe wird entsprechend redaktionell nachgetragen.

			- Zusätzlich zu den o.a. Anmerkungen wird empfohlen, die in der Anlage mit φ gekennzeichneten Maße zu ergänzen, um die planerischen Festsetzungen eindeutig festzulegen.  	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und berücksichtigt. Die Maßketten werden ergänzt.

6	Amt 66 Amt für Straßen- und Brückenbau	02.06.2023	Einer Festsetzung der Verkehrsflächen gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 11 als Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung wird seitens des Amtes widersprochen. Die Einrichtung eines „Verkehrsberuhigten Bereiches“ erfolgt auf Anordnung durch die Straßenverkehrsbehörde inklusive der dazugehörigen Beschilderung, VZ 325. Sie ist nicht Bestandteil der Raumordnung. Erschwerend kommt hinzu, dass keine Aussage darüber getroffen wird, ob es sich zukünftig um eine öffentlich oder private Verkehrsfläche handelt. Die Festsetzung gem. § 9 Abs. Nr. 11 ist somit aus unserer Sicht unvollständig. Vor dem Hintergrund des abzuschließenden Erschließungsvertrages führt dies in Bezug auf die Übernahme der Straßenbaulast durch die Stadt Bremerhaven zu „Schlupflöchern“ welche der Stadt zum Nachteil gereichen. Darüber hinaus bestehen seitens des Amtes 66 keine Bedenken.	Der Hinweis ist nicht korrekt und wird daher zurückgewiesen. Es ist erklärtes städtebauliches Ziel, den Verkehrsraum als verkehrsberuhigten Bereich auszubauen und auszuweisen. Dieses Ziel wird durch das Planzeichen Nr. 6.3 -V- als verkehrsberuhigter Bereich gestützt. Die verkehrsbehördliche Anordnung ist ein weiterer erforderlicher Schritt. Der Straßenraum wird als öffentliche Straßenverkehrsfläche genutzt, diese Kennung wird redaktionell auf der Planzeichnung ergänzt. Im Erschließungsvertrag werden die für die Stadt sowie den Investor erforderlichen Belange abschließend geklärt. Dieser Hinweis wird zur Kenntnis genommen.
7	Amt 67 Gartenbauamt	05.06.2023	Wir haben den Planentwurf geprüft und haben folgende Anmerkungen: <u>Verkehrsflächen:</u> Entlang der Straßen sind keine Vegetationsflächen bzw. Baumstandorte dargestellt. Die Funktionen von Bäumen zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung wie z.B. Beschattung, Verdunstung, Temperaturausgleich, Bindung von CO2 sind zu berücksichtigen. Daher müssen die Verkehrsflächen so dimensioniert sein, dass ausreichend Baumstandorte für hochstämmige und bevorzugt großkronige Bäume geschaffen werden.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Verwendung von hochstämmigen und großkronigen Bäumen widerspricht in der Regel dem städtischen Standortpotential im Straßenbild. Mögliche Baumstandorte werden im Zuge der nachfolgenden Erschließungsplanung festgelegt.

			<u>Grünflächen:</u> In der festgesetzten öffentlichen Grünfläche (Quartiersplatz) soll die Anlage von Wegen in (ausschließlich?) wassergebundener Bauweise zulässig sein. Abhängig von der Nutzung muss es möglich sein, Wege mit einem festen Belag herzustellen. Die Festsetzung ist entsprechend zu ändern, d.h. „in wassergebundener Bauweise“ ist zu streichen.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und berücksichtigt. Die Festsetzung Nr. 8.3 lässt derzeit eine wassergebundene Bauweise zu, so dass im Umkehrschluss auch andere Befestigungsarten zulässig sein werden. Die Festsetzung wird redaktionell angepasst, d.h. der Satz „Die Anlage von Wegen in wassergebundener Bauweise ist zulässig.“ wird redaktionell gestrichen. Er ist entbehrlich.
			<u>Flächen für das Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen:</u> Mit einem Bepflanzungsgebot auf den privaten Grundstücken ist u.E. keine Durchgrünung und attraktive Gestaltung des Plangebietes zu erreichen, da die Einhaltung des Gebotes nicht sichergestellt werden kann. Ebenso halten wir dies als Teilkompensation für die zu erwartende Versiegelung für ungeeignet. Die Durchgrünung des Gebietes muss auf den öffentlichen Flächen ermöglicht werden und erfolgen.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Mit der Festsetzung Nr. 8.4 wird das städtebauliche sowie naturschutzfachliche Ziel der Verbesserung der Durchgrünung festgeschrieben. Das Bestandsgebiet weist einen nur geringen Baumbestand auf, so dass mit der getroffenen Festsetzung eine Verbesserung in der Siedlungsstruktur erreicht werden kann. Hinsichtlich der Teilkompensation werden die Gärten unabhängig von der Festsetzung mit der Wertstufe 1 bewertet, was keine Verbesserung darstellt. Die als Ziel gesetzte Durchgrünung des Gebietes ausschließlich auf öffentlichen Flächen anzustreben führt ins Leere. Ganz bewusst sind die Verkehrsflächen auf das erforderliche Maß reduziert mit der Intention, Erschließungsanlagen zu optimieren und insofern versiegelte Fläche zu reduzieren. Insofern kann eine Durchgrünung des Plangebietes nur mit Anpflanzungen auf den öffentlichen **<u>und</u>** privaten Flächen gelingen.
			Die in der Pflanzenliste genannten Laubbäume sind nicht ausschließlich heimisch, es sind auch sog. „Klimabäume“ genannt, die an die sich verändernden klimatischen Bedingungen und die Anforderungen im Stadtraum angepasst sind. Zu pflanzende Gehölze	Der Hinweis wird berücksichtigt. Die Bezeichnung der Gehölzliste wird überarbeitet.

			und Laubbäume sollten als „standortgerecht, klimaangepasst, mit einer möglichst hohen ökologischen Wertigkeit“ bezeichnet werden.	
			Statt der Formulierung „… dauerhaft zu erhalten …“ soll „… dauerhaft artgemäß zu entwickeln …“ verwendet werden. Dies beinhaltet, dass die Entwicklung der Pflanze zu ihrem artgemäßen Habitus gefördert wird.	Der Hinweis wird berücksichtigt. Die Formulierung wird überarbeitet.
			<u>Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für den Erhalt von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen …:</u> Die im Plangebiet eingetragenen, zum Schutz festgesetzten Einzelgehölze befinden sich sehr nah an den Baugrenzen bzw. an der Verkehrsfläche. U.E. ist aufgrund der zukünftigen Bautätigkeiten ein dauerhafter Erhalt der Bäume nicht möglich. Zum Erhalt wäre hier eine konkrete Planung erforderlich, die die Lage der Bäume einschl. Höhe des Stammanlaufes berücksichtigt und die Baumstandorte in eine öffentliche Grünfläche einbezieht. Die Baugrenzen müssten von den Bäumen abrücken.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Der Erhalt der festgesetzten Bäume ist ein erklärtes Ziel dieser Planung und daher im Rahmen der Bautätigkeiten entsprechend baumschutzsichernd zu beachten. Die Gebäudeanlagen sollen abgerückt von den Bäumen östlich positioniert werden.
			Bei Verlust eines festgesetzten Baumes sollte eine Ersatzpflanzung mit einem Stammumfang von mind. 20 cm in 1 m Höhe durchgeführt werden, nicht in einem Stammumfang von 14-16 cm. Wir empfehlen nicht eine artgleiche Pflanzung, sondern eine der Baumart entsprechende Pflanzung, in Abstimmung mit dem zuständigen Amt.	Der Hinweis wird berücksichtigt. Die Formulierung der Festsetzung Nr. 8.2 wird angepasst.
			Ebenso müssten die Baugrenzen von den am östlichen Rand gelegenen Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für den Erhalt von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen … abrücken, um den Erhalt der Flächen gewährleisten zu können.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und nicht berücksichtigt. Die Baugrenzen wurden auf die Kronentraufbereiche abgestimmt, so dass ein dauerhafter Erhalt der benachbarten Bäume erreicht werden kann.
			Zur Vermeidung von Höhenunterschieden und ggf. damit verbundener Verwendung von Stützwänden sollten	Der Anregung wird im Zuge der Erschließungsplanung gefolgt.

			Planungshöhen (Anschluss an öffentliche Flächen, Bäume) festgelegt werden. Für die Planung des Quartiersplatzes mit Kinderspielplatz ist eine Beteiligung von Kindern und Jugendlichen durchzuführen.	Mit der Festsetzung Nr. 3.2 ist das Maß des Erdgeschossfußbodens mit maximal 0,30 m über der Erschließungsstraße definiert. Somit sind keine relevanten Höhenunterschiede in dem ohnehin sehr ebenen Gelände zu erwarten. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei der Planung des Quartiersplatzes mit Kinderspielplatz wird Auflage des noch abzuschließenden städtebaulichen Vertrages gemäß § 11 BauGB zwischen der Stadt und dem Investor.
8	Amt V/1 Sozialreferat	02.06.2023	Geschaffen werden soll ein Wohngebiet mit Doppelhäusern und Einfamilienhäusern für insgesamt ca. 45 Wohneinheiten sowie einer Kindertageseinrichtung im Ortsteil Jedutenberg. Dabei ist zu berücksichtigen, dass das zu erschließende Gebiet am Siedlungsrand gelegen ist und ca. 1,5 bis 2 km Entfernung zu den nächst gelegenen Kindertagesstätten aufweist. Auch Versorgungsinfrastruktur (Einzelhandel) ist etwa 1 bis 1,5 km entfernt. Der Ortsteil ist geprägt durch Einfamilienhausbebauung. Im Sozialraummonitoring liegt der Ortsteil mit einem Statuswert von +1,29 erheblich über dem Bremerhavener Durchschnitt. Der Sozialraum Poggenbruchstraße, in dem sich das neue Wohngebiet befinden wird, weist mit 1,02 einen annähernd so hohen Statuswert auf. Das Wohngebiet wird somit in einem sozial stabilen Umfeld entstehen. Im städtischen Vergleich gibt es in Jedutenberg einen hohen Anteil älterer Menschen im Alter 65+ und weniger Kinder und Jugendliche. Der bisherige Planungsansatz sah neben Einfamilienhäusern und Doppelhäusern auch Reihenhäuser und kleinere Geschosswohnanlagen vor. Entsprechend ist die Entwicklung eines gemischten Wohngebietes mit	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Der Mix aus höhenmäßig gestaffelten Haustypologien (mehrgeschossig und Geschosswohnungsbau) war an

			differenzierten, bedarfsgerechten Wohnangeboten für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen in unserer Stellungnahme vom 15.01.2021 begrüßt worden. Aufgrund des hohen Sozialstatus des Ortsteils und der Kleinteiligkeit des Gebietes ist davon ausgegangen worden, dass eine breitere soziale und demografische Mischung die Entwicklung eines lebendigen, lebenswerten und stabilen Quartiers fördern würde. Daher wird bedauert, dass die überarbeitete Planung mit einer Fokussierung auf Einfamilienhäusern und Doppelhäusern eine größere Homogenität der Bevölkerung erwarten lässt.	dieser Stelle politisch nicht gewollt. Daher wurde das ursprüngliche Konzept überarbeitet und in eine auf eingeschossige Gebäude ausgerichtete Siedlungsstruktur geändert. Entsprechend dem gesetzlich fixierten Gebot zum sparsamen Umgang mit Grund und Boden wird redaktionell die Gebäudelänge der auf I Vollgeschoss begrenzten Bebauungsstruktur auf 39 m erweitert. Damit sind in dieser Siedlungsrandlage ergänzend auch Reihenhäuser möglich.
			Anstelle des ursprünglich für Geschosswohnungen vorgesehenen Areals ist nun eine Kindertageseinrichtung vorgesehen. Damit wird auf den hohen Entwicklungsbedarf im Hinblick auf Kindertagesbetreuung im Stadtgebiet insgesamt und auch im Ortsteil Dreibergen reagiert. Die Ansiedlung einer Kindertageseinrichtung wird daher ausdrücklich begrüßt. Gleichwohl wird angeregt, den Standort der Kindertageseinrichtung zu überdenken. Der aktuell gewählte Standort weist im Plangebiet die größte Nähe zu den Gleisanlagen (ca. 85 m) und somit auch die grundsätzlich höchste Außenlärmbelastung auf. Auch wenn davon ausgegangen wird, dass ggf. durch bauliche Maßnahmen des Lärmschutzes den Empfehlungen des Gesundheitsamts Bremen Umgebungslärm bei Planungsvorhaben von Schulen, Kindertagesheimen und Kindergruppen nachgekommen wird, ist u. a. für die Sprachentwicklung der Kinder eine möglichst niedrige Lärmbelastung anzustreben. Dies könnte durch einen Standort im westlichen Bereich des Plangebietes erreicht werden.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Durch ein Lärmschutzgutachten wurde die Verträglichkeit des Standortes dargelegt. Mit einer darauf abgestimmten Gebäudegestaltung kann dem auftretenden Lärm begegnet werden.
			Die vorgesehene Schaffung einer Quartiersmitte für alle Generationen durch einen zentral gelegenen, multifunktionalen Platz (einschließlich Spielplatz) wird ausdrücklich begrüßt.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

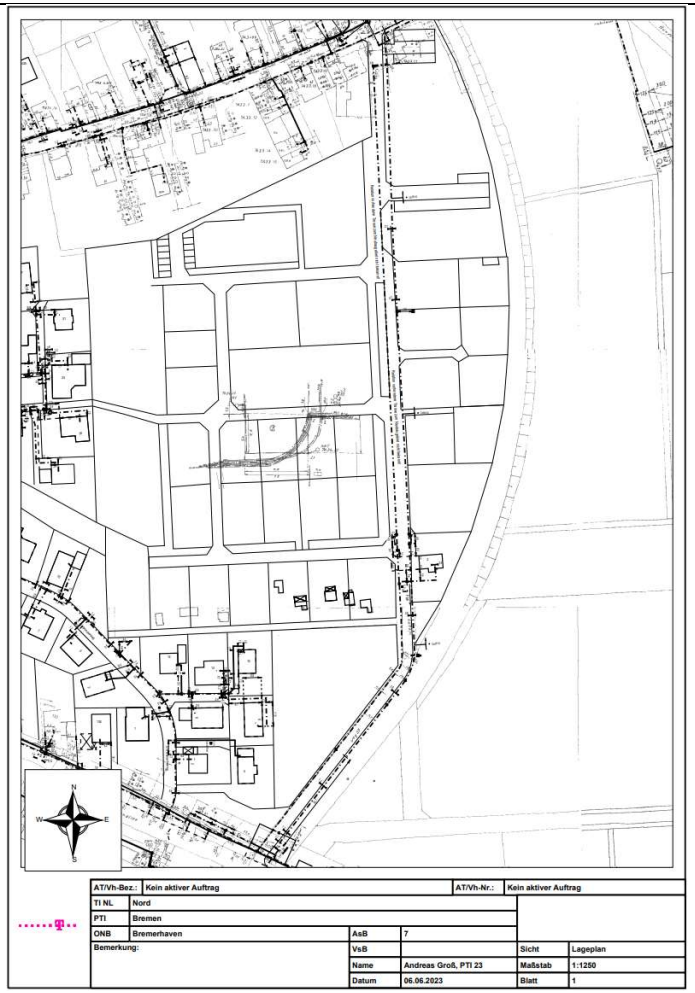
			Angeregt wird die Prüfung, ob sich ggf. das Areal des Regenrückhaltebeckens ebenfalls für eine Freiraumnutzung (z.B. Bewegung und Aufenthalt für Jugendliche) erschließen lässt.	Das Regenrückhaltebecken ist für die Oberflächenentwässerung des Plangebietes unverzichtbar. Im Hinblick auf die Bewegung und den Aufenthalt von Jugendlichen wird vielmehr empfohlen, die bereits auf dem Gelände des TSV Wulsdorf vorhandenen Nutzungsmöglichkeiten bedarfsgerecht zu optimieren. Hierzu bedarf es einer Jugendbeteiligung. Ggf. sind andere Standorte für Jugendliche in Wulsdorf zu prüfen. Dies ist nicht Gegenstand der vorliegenden Planung, sondern wird als Thematik und Aufgabe an das Stadtteilmanagement weitergegeben.
9	Architektenkammer Bremen	09.06.2023	Bezugnehmend auf Ihr Schreiben vom 04.05.2023 nehmen wir zu o.g. Anliegen wie folgt Stellung. Der Ausschuss weist auf die Stellungnahme vom 09.06.2021 hin und bittet um weitere Beachtung der darin aufgeführten Punkte. Im überarbeiteten Planungskonzept wird jetzt von einer Bebauung mit Einfamilienhäusern und Doppelhaushälften ausgegangen. Dies orientiert sich zwar am Bedarf von fehlenden Neubaumöglichkeiten dieser Haustypen, gleichzeitig stellt dies aber einen höheren Flächen- und Materialbedarf gegenüber der ursprünglich auch möglichen Reihenhausbebauung dar. Wir schlagen vor, in den textlichen Festsetzungen unter Punkt 2.1 einen Reihenhaustyp durch eine höhere Gebäudelänge wieder zu ermöglichen.	Der Anregung wird entsprochen. In der vorbereitenden Beratung wurde eine mehrgeschossige Bebauung seitens der Politik explizit abgelehnt. Demzufolge wurde das städtebauliche Konzept auf eine sehr aufgelockerte eingeschossige Siedlungsstruktur abgeändert. Entsprechend der Anregung, im Sinne des gesetzlich fixierten Gebotes, mit Grund und Boden sparsam umzugehen und demzufolge auch Reihenhäuser zu ermöglichen, wird die textliche Festsetzung Nr. 2 dahingehend redaktionell angepasst, dass im Rahmen der abweichenden Bauweise die Gebäudelänge maximal 39 m betragen darf. So sind neben Einfamilien-, Doppelhäusern im begrenzten Rahmen auch Reihenhäuser möglich. Damit wird der in § 1a Abs. 2 Satz 1, 1. Teil BauGB beinhalteten Vorschrift, mit Grund und Boden sparsam und schonend umzugehen, in dieser Ortsrandlage adäquat Rechnung getragen.

			In den grünordnerischen Festsetzungen unter Punkt 8.3 wird eine Pflanzliste 2 erwähnt, welche im Plan nicht zu finden ist. Weiterhin fehlt eine Liste für die unter 8.4 erwähnte Bepflanzung mit Obstbäumen. Die Planung einer Kita im nördlichen Plangebiet wird vom Ausschuss positiv zur Kenntnis genommen. Die Lage und Größe des Quartiersplatzes werden dagegen kritisch gesehen. Direkt neben diesem Platz ist ein Graben geplant. Dadurch muss dieser Bereich entweder zusätzlich abgesichert werden oder es bedarf einer höheren Aufsicht der in diesem Bereich spielenden Kleinkinder. Ein Tausch des Quartiersplatzes mit dem daran anschließenden westlichen Wohngebiet würde dieser Problematik vorbeugen. Weiterhin sollte die Größe des Platzes nochmals mit der erwartbaren Nutzeranzahl verglichen werden. Die in den örtlichen Bauvorschriften unter Punkt 5 aufgeführte Nutzung von Photovoltaik kann unserer Ansicht nach entfallen. Mit der Einführung des BremSolarG am 21.03.2023 sind diese örtlichen Bauvorschriften generell schon auf Landesebene verpflichtend geregelt.	Der Anregung wird gefolgt. Die Gehölzlisten 2 und 3 werden in der textlichen Festsetzung Nr. 8.4 redaktionell ergänzt. Die Lage des Quartiersplatzes wurde gerade an diese zentrale Stelle des Plangebietes angeordnet, um eine gut erreichbare und integrierte Quartiersmitte zu initiieren, die das nachbarschaftliche Miteinander und die Gemeinschaft in der Siedlung befördert. Als grüne Mitte ist sie öffentlich zugänglich und bietet mit ihren Spielgeräten und der Freiraumgestaltung, die durch den Graben ein höheres Potenzial entfaltet, einen attraktiven Platzbereich. Die Nutzung des Platzes obliegt allen Altersstufen. Die Kombination von Quartiers- und Spielplatz lässt eine sensible Positionierung im Hinblick auf den Graben zu, die durch grenzseitige Hecken- und Baumstrukturen aus Sicherheitsgründen und Gründen des Naturschutzes sachgerecht ergänzt werden können. Die Größe des Platzes wird als Aufenthaltsplatz für die Bewohner des Gebietes als ausreichend erachtet, um Freiraumqualitäten ausbilden zu können. Entsprechend dem Hinweis wird die örtliche Bauvorschrift Nr. 5 redaktionell korrigiert. Aufgrund der Dauer des Planverfahrens hat sich diese Festsetzung teilweise „überholt“.
10	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) Regionalgeschäftsstelle Weser-Elbe	29.06.2023 (Fristverlängerung bis zum 30.06.2023)	Die, im B-Planentwurf enthaltenen, Festsetzungen zur Nutzung von Photovoltaik bzw. Solarthermie werden unsererseits befürwortet. Darüber hinaus begrüßen wir auch die Vorgaben über Einfriedigungen mit standortgerechten und heimischen Gehölzen und deren Höhenbeschränkung auf 1,20 m sowie das Verbot von „Schottergärten“. Wobei wir davon ausgehen, dass	Die Darstellung wird zur Kenntnis genommen.

			sich dieses Verbot nicht nur auf Vorgartenflächen beschränkt.	
			Kritisch sehen wir, dass die naturschutzrechtliche Kompensation nicht vermeidbarer Eingriffe extern erfolgen soll und somit die Möglichkeit der Aufwertung von Flächen im Umfeld des Landschaftsschutzgebietes „Rohrniederung“ versäumt wird.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Kompensationsmaßnahmen wurden im Zuge der Planung mit der Stadt und dem Vorhabenträger abgestimmt. Es wurden auch mögliche Kompensationsflächen im näheren Umfeld geprüft. Die geprüften Flächen ließen keinen vollständigen Ausgleich für den hiermit vorliegenden Bauungsplan erkennen. Um eine Aufsplittung der Ausgleichsleistungen auf mehrere verschiedene Flächen zu vermeiden, wird der Ausgleich für den vorliegenden Bebauungsplan zusammenhängend auf der externen Fläche in Wehdel umgesetzt. Das im Umfeld der Rohrniederung vorhandene Ausgleichspotenzial kann somit weiterhin zum Ausgleich für andere Eingriffsvorhaben herangezogen werden.
			Zum Maß der baulichen Nutzung der Flächen schlagen wir vor, die Grundflächenzahl auf 0,3 zu reduzieren und Baugrenzen so zu setzen, dass möglichst größere zusammenhängende Gartenflächen entstehen. Dadurch sollte sich die Wohnqualität in dem Gebiet erhöhen und sich die bioklimatischen Verhältnisse verbessern. Für den Bereich östlich des Weges 89, der weitgehend durch zu erhaltende Bäume eingefasst ist, schlagen wir vor, die Baugrenzen in einem Abstand von 3m vom Traufbereich der geschützten Bäume zu ziehen.	Der Anregung wird nicht gefolgt. Zum Schutz des Gutes Boden wird eine städtebaulich vertretbare Versiegelungsrate gewählt. Eine Verringerung würde bei gleichbleibender Wohnungsanzahl eine Vergrößerung der erforderlichen Grundfläche für ein Allgemeines Wohngebiet bedeuten bzw. eine mehrgeschossige Regelung erfordern. Letzteres ist jedoch politisch nicht gewollt und insofern nicht umsetzbar.
			Hinsichtlich der nachfolgenden Erschließungsplanung ist darauf zu achten, dass attraktive Wegeverbindungen für Fußgänger und Radfahrer entstehen.	Mit der Festsetzung der Erschließungsanlagen als Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung: Verkehrsberuhigter Bereich wird den Belangen von Fußgängern und Radfahrern in besonderer Weise Rechnung getragen.
			Abschließend möchten wir darauf hinweisen, dass die umweltbezogenen Vorgaben aus den Festsetzungen und Begründungen der Pläne, durch die zuständigen	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

			Behörden ausreichend und zielführend zu verfolgen sind.	
11	Deutsche Telekom Technik GmbH	06.06.2023	Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 125 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Wir bedanken uns für die Zusendung Ihrer o. g. Planung und nehmen wie folgt Stellung: Im Planbereich befinden sich Telekommunikationslinien (TK-Linien) der Telekom. Ein Lageplan ist beigefügt. Detailpläne erhalten Sie über die kostenlose Trassenauskunft Kabel. https://trassenauskunftkabel.telekom.de/start.html#	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und im Zuge der Erschließungsplanung beachtet. Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und im Zuge der Erschließungsplanung beachtet.
			Die im Planungsbereich liegenden TK-Linien der Telekom werden eventuell von den Baumaßnahmen berührt und müssen infolgedessen gesichert, verändert oder verlegt werden. Bei den laufend zu treffenden konkreten Entscheidungen zum Ausbau unserer TK-Netze vor Ort orientieren wir uns an der Markt- und Wettbewerbssituation, den vorhandenen Bau- und Planungskapazitäten, den Kooperationsmöglichkeiten, sowie generell an der Wirtschaftlichkeit. Als Ergebnis dieser Überprüfung teilen wir Ihnen mit, dass Ihr Neubaugebiet B-Plan Nr. 493 „Poggenbruchstraße / Weg 89“ nicht durch die Telekom Deutschland mit einem TK-Netz ausgebaut wird. Eine mögliche Alternative für eine Glasfaserversorgung in Ihrem Bereich könnte Ihnen unser Kooperationspartner Glasfaser Nordwest anbieten. Für die Kontaktaufnahme nutzen Sie bitte folgende Internetadresse: https://glasfaser-nordwest.de	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und im Zuge der Erschließungsplanung beachtet.

			Bitte Informieren Sie uns über die Ausbauentscheidung der Glasfaser Nordwest. Hinsichtlich geplanter Baumpflanzungen ist das "Merkblatt über Baumstandorte und unterirdische Ver- und Entsorgungsanlagen“ der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen, Ausgabe 2013; siehe insbesondere Abschnitt 6, zu beachten. Wir bitten sicherzustellen, dass durch die Baumpflanzungen der Bau, die Unterhaltung und Erweiterung der Telekommunikationslinien der Telekom nicht behindert werden. Bei Planänderung bitten wir uns erneut zu beteiligen.	

				
12	Entsorgungs Betriebe Bremerhaven (EBB)	05.06.2023	Gegen den o.G. Planungsvorschlag bestehen aus Sicht der Abfallwirtschaft keine Bedenken, wenn folgende Auflagen berücksichtigt werden: - Die Verkehrsflächen werden von dreiachsigen Müllsammelfahrzeugen befahren. Hierzu ist	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

			am Ende jedes Stichweges eine geeignete Wendemöglichkeit gemäß Richtlinie für die Anlage von Stadtstraßen (RASt 06) zu schaffen. Sollte keine Wendemöglichkeit geschaffen werden, ist den Eigentümern bzw. Bewohnern der Stichstraßen mitzuteilen, dass die Bereitstellung der Abfallsammelbehälter zum Abfuhrtag an der Hauptverkehrsfläche erfolgen. Es sind geeignete Stellflächen am Rand der Fahrbahn der Hauptverkehrswege zu schaffen. - Die uneingeschränkte Durchfahrt von dreiachsigen Müllsammelfahrzeugen von der Poggenbruchstraße bis zur Lindenallee ist weiterhin zu gewährleisten.	Der zu Grunde liegende städtebauliche Entwurf sowie der Bebauungsplan sieht keine Stichstraßen vor, die von einem dreiachsigen Müllfahrzeug befahren werden müssten. Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und beachtet.
13	EWE NETZ GmbH	16.05.2023	Im Plangebiet bzw. in unmittelbarer Nähe zum Plangebiet befinden sich Versorgungsleitungen und/oder Anlagen der EWE NETZ GmbH. Diese Leitungen und Anlagen sind in ihren Trassen (Lage) und Standorten (Bestand) grundsätzlich zu erhalten und dürfen weder beschädigt, überbaut, überpflanzt oder anderweitig gefährdet werden. Bitte stellen Sie sicher, dass diese Leitungen und Anlagen durch Ihr Vorhaben weder technisch noch rechtlich beeinträchtigt werden. Sollte sich durch Ihr Vorhaben die Notwendigkeit einer Anpassung unserer Anlagen, wie z.B. Änderungen, Beseitigung, Neuherstellung der Anlagen an anderem Ort (Versetzung) oder anderer Betriebsarbeiten ergeben, sollen dafür die gesetzlichen Vorgaben und die anerkannten Regeln der Technik gelten. Gleiches gilt auch für die gegebenenfalls notwendige Erschließung des Plangebietes mit Versorgungsleitungen und Anlagen durch EWE NETZ. Bitte planen Sie in diesem Fall Versorgungsstreifen bzw. -korridore für Telekommuni-	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und im Zuge der Erschließungsplanung beachtet.

			kationslinien, Elektrizitäts- und Gasversorgungsleitungen gemäß DIN 1998 (von min. 2,2 m) mit ein. Weiterhin kann für die Stromversorgung von Baugebieten o. Ä. zusätzlich die Installation einer Trafostation erforderlich sein. Für die Auswahl eines geeigneten Stationsplatzes (ca. 6m x 4m) möchten wir Sie bitten, uns in weitere Planungen frühzeitig mit einzubinden. Bitte informieren Sie uns zudem, wenn ein wärmetechnisches Versorgungskonzept umgesetzt wird oder im Schwerpunkt auf den Einsatz von fossilen Brennstoffen (z.B. durch Einsatz von Wärmepumpen o. ä.) verzichtet werden soll. Die Kosten der Anpassungen bzw. der Betriebsarbeiten sind von dem Vorhabenträger vollständig zu tragen und der EWE NETZ GmbH zu erstatten, es sei denn der Vorhabenträger und die EWE NETZ GmbH haben eine anderslautende Kostentragung vertraglich geregelt. Die EWE NETZ GmbH hat keine weiteren Bedenken oder Anregungen vorzubringen. Wir bitten Sie, uns auch in die weiteren Planungen einzubeziehen und uns frühzeitig zu beteiligen. Dies gilt auch für den Fall der Erschließung des Plangebietes mit Versorgungsleitungen durch EWE NETZ, denn hierfür sind beispielsweise Lage und Nutzung der Versorgungsleitung und die sich daraus ableitenden wirtschaftlichen Bedingungen wesentliche Faktoren. Unsere Netze werden täglich weiterentwickelt und verändern sich dabei. Dies kann im betreffenden Planbereich über die Laufzeit Ihres Verfahrens/Vorhabens zu Veränderungen im zu berücksichtigenden Leitungs- und Anlagenbestand führen. Wir freuen uns Ihnen eine stets aktuelle Anlagenauskunft über unser modernes Verfahren der Planauskunft zur Verfügung stellen zu können – damit es nicht zu Entscheidungen auf	 Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und im Zuge der Erschließungsplanung beachtet.

			Grundlage veralteten Planwerkes kommt. Bitte informieren Sie sich deshalb gern jederzeit über die genaue Art und Lage unserer zu berücksichtigenden Anlagen über unsere Internetseite: https://www.ewe-netz.de/geschaeftskunden/service/leitungsplaene-abrufen	
14	Verkehrsbund Bremen/Niedersachsen GmbH (VBN)	08.05.2023	Wir haben keine Einwände bezüglich der oben genannten Planung. Die Belange des Öffentlichen Personennahverkehr werden nicht berührt. Wir begrüßen die Aussagen zur Erschließung des Plangebietes durch den Stadtbusverkehr, regen jedoch eine Harmonisierung der Aussagen zu den dort verkehrenden Linien in den beiden Planwerken an. Das Plangebiet wird durch Linien RS2 und RB33 am Bahnhof Wulsdorf sowie die Linien 506 an der Haltestelle Ringstraße erschlossen. An der Bahnhofstraße werden die Linien 502 und 517 erreicht. Die Linie 519 verkehrt zusätzlich als AnrufLinienTaxi.	Der Anregung wird gefolgt, die Aussagen zum ÖPNV werden in der Begründung unter Pkt. 4.2 harmonisiert.
15	Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH	07.06.2023 15:32 Uhr	Wir teilen Ihnen mit, dass die Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH gegen die von Ihnen geplante Maßnahme keine Einwände geltend macht. In Ihrem Planbereich befinden sich Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens. Bei objektkonkreten Bauvorhaben im Plangebiet werden wir dazu eine Stellungnahme mit entsprechender Auskunft über unseren vorhandenen Leitungsbestand abgeben. Weiterführende Dokumente: • Kabelschutzanweisung Vodafone GmbH • Kabelschutzanweisung Vodafone Deutschland GmbH • Zeichenerklärung Vodafone GmbH	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Der Hinweis zu den Telekommunikationsleitungen wird zur Kenntnis genommen und im Zuge der Erschließungsplanung beachtet.

			• Zeichenerklärung Vodafone Deutschland GmbH	
		07.06.2023 15:32 Uhr	Im Planbereich befinden sich Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens, deren Lage auf den beiliegenden Bestandsplänen dargestellt ist. Wir weisen darauf hin, dass unsere Anlagen bei der Bauausführung zu schützen bzw. zu sichern sind, nicht überbaut und vorhandene Überdeckungen nicht verringert werden dürfen. Sollte eine Umverlegung oder Baufeldfreimachung unserer Telekommunikationsanlagen erforderlich werden, benötigen wir mindestens drei Monate vor Baubeginn Ihren Auftrag an TDRC-N.Bremen@vodafone.com, um eine Planung und Bauvorbereitung zu veranlassen sowie die notwendigen Arbeiten durchführen zu können. Wir weisen Sie ebenfalls darauf hin, dass uns ggf. (z.B. bei städtebaulichen Sanierungsmaßnahmen) die durch den Ersatz oder die Verlegung unserer Telekommunikationsanlagen entstehenden Kosten nach § 150 (1) BauGB zu erstatten sind. Anlagen: Lageplan(-pläne) Weiterführende Dokumente: • Kabelschutzanweisung Vodafone GmbH • Kabelschutzanweisung Vodafone Deutschland GmbH • Zeichenerklärung Vodafone GmbH • Zeichenerklärung Vodafone Deutschland GmbH	Der Hinweis zu den Telekommunikationsleitungen wird zur Kenntnis genommen und im Zuge der Erschließungsplanung beachtet.

		07.06.2023 15:33 Uhr	Im Planbereich befinden sich Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens, deren Lage auf den beiliegenden Bestandsplänen dargestellt ist. Wir weisen darauf hin, dass unsere Anlagen bei der Bauausführung zu schützen bzw. zu sichern sind, nicht überbaut und vorhandene Überdeckungen nicht verringert werden dürfen. Sollte eine Umverlegung oder Baufeldfreimachung unserer Telekommunikationsanlagen erforderlich werden, benötigen wir mindestens drei Monate vor Baubeginn Ihren Auftrag an TDRC-N.Bremen@vodafone.com, um eine Planung und Bauvorbereitung zu veranlassen sowie die notwendigen Arbeiten durchführen zu können. Wir weisen Sie ebenfalls darauf hin, dass uns ggf. (z.B. bei städtebaulichen Sanierungsmaßnahmen) die durch den Ersatz oder die Verlegung unserer Telekommunikationsanlagen entstehenden Kosten nach § 150 (1) BauGB zu erstatten sind. Anlagen: Lageplan(-pläne) Weiterführende Dokumente: • Kabelschutzanweisung Vodafone GmbH • Kabelschutzanweisung Vodafone Deutschland GmbH • Zeichenerklärung Vodafone GmbH • Zeichenerklärung Vodafone Deutschland GmbH	Der Hinweis zu den Telekommunikationsleitungen wird zur Kenntnis genommen und im Zuge der Erschließungsplanung beachtet.

				
		07.06.2023 15:33 Uhr	Eine Ausbauentscheidung trifft Vodafone nach internen Wirtschaftlichkeitskriterien. Dazu erfolgt eine Bewertung entsprechend Ihrer Anfrage zu einem Neubaugebiet. Bei Interesse setzen Sie sich bitte mit dem Team Neubaugebiete in Verbindung: Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und im Zuge der Erschließungsplanung beachtet.

			Neubaugebiete KMU Südwestpark 15 90449 Nürnberg Neubaugebiete.de@vodafone.com Bitte legen Sie einen Erschließungsplan des Gebietes Ihrer Kostenanfrage bei. Weiterführende Dokumente: • Kabelschutzanweisung Vodafone GmbH • Kabelschutzanweisung Vodafone Deutschland GmbH • Zeichenerklärung Vodafone GmbH • Zeichenerklärung Vodafone Deutschland GmbH	
16	wesernetz Bremerhaven GmbH	10.05.2023	In Beantwortung Ihrer Anfrage vom 04.05.2023 teilen wir mit, dass gegen die von Ihnen geplante Maßnahme seitens der wesernetz Bremerhaven GmbH unter Beachtung der folgenden technischen Hinweise keine Bedenken bestehen. Unsere Stellungnahme vom 12.01.2021 in Bezug Ihrer frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB vom 30.11.2020 mit gleichem Zeichen behält auch weiterhin vollumfänglich ihre Gültigkeit, diese haben wir der Vollständigkeit halber noch einmal beigefügt. Die Benachrichtigung über die Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB haben wir zur Kenntnis genommen.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.
		12.01.2021	In Beantwortung Ihrer Anfrage vom 30.11.2020 teilen wir mit, dass gegen die von Ihnen geplante Maßnahme seitens der wesernetz Bremen GmbH unter Beachtung der folgenden technischen Hinweise keine Bedenken bestehen.	Vorgaben der Leitungsträger werden im Zuge der Ausführungsplanung und Bauumsetzung beachtet.

			Bei einer ggf. anstehenden Erschließung des Plangebiets gelten die Voraussetzungen dazu als erfüllt wenn, (1) unsere Belange innerhalb des Geltungsbereichs für eine Gasversorgung berücksichtigt werden. (2) bei Neu- und Ausbau von Straßen und Wegen für die Unterbringung unserer Versorgungsleitungen in den Nebenanlagen ausreichende, verlegefähige Trassen nach DIN 1998 vorgesehen wurden. (3) ausreichend Platz für die oberirdisch angeordneten Verteilerschränke in der Planung berücksichtig worden ist, die entsprechende Anzahl und Lage wird noch durch wesernetz bekannt gegeben. (4) berücksichtigt wurde, dass der Abstand unserer Trasse zu den Grundstücken 0,30 m beträgt. (5) gewährleistet ist, dass Trinkwasserleitungen höher als die Abwasserleitungen liegen. Unter diesen Voraussetzungen ist ein Abstand von min. 0,40m zur Versorgungstrasse einzuhalten. Wenn die Trinkwasserleitung auf gleicher Höhe oder tiefer als die parallel geführte Abwasserleitung liegt, ist ein Abstand von min. 1 m einzuhalten. (6) bei Aufstellung und Ausführung von Straßenausbauplänen ein Sicherheitsabstand von ca. 2m zwischen Baumachse und Versorgungsleitung vorgesehen ist, ein Überpflanzen unserer Versorgungsleitungen mit Bäumen wird von uns abgelehnt und ist unzulässig. Zu beachten sind hier die allgemeinen Regeln der Technik, z. B. die „GW 125“ des DVGW oder das „Merkblatt über Baumstandorte und unterirdische Ver- und Entsorgungsleitungen der Forschungsanstalt für Straßen und Verkehrswesen“. (7) der Bestand unserer Versorgungs- und Anschlussleitungen nicht beeinträchtigt oder gefährdet ist. Erforderliche Änderungen oder Umverlegungen sind entsprechend der gültigen Vereinbarungen erstattungspflichtig.	Vorgaben der Leitungsträger werden im Zuge der Ausführungsplanung und Bauumsetzung beachtet.

			(8) bei einem konkreterem Planungsstand über die Bebauung mit belastbaren Werten über benötigte Strom- u. Gasleistungen die ggf. notwendigen Standorte für Gasregler und Netzstationen abgestimmt werden. (9) gewährleistet ist, dass unsere Leitungen zu keiner Zeit überbaut werden, hierzu zählt auch die Überdeckung der Leitungen mit Geotextilien. (10) vor Baubeginn die Ver- und Entsorgungstrassen inkl. der Höhenlagen der wesernetz Bremen GmbH mitgeteilt werden. (11) im Fall der Erstellung einer Baustraße die wesernetz Bremen GmbH die Genehmigung erhält, diese in offener Bauweise zu kreuzen ohne die Oberflächengewährleistung zu übernehmen. (12) berücksichtigt wurde, dass die erforderlichen Baumaßnahmen seitens der wesernetz Bremen GmbH erst beginnen, wenn die Lage der Versorgungstrasse sicher bekannt ist, am geeignetsten hierfür ist ein gesetztes Bord und Rinne. (13) der Trassenverlauf eingemessen und abgesteckt ist und Höhenpunkte vorhanden sind. (14) gewährleistet ist, das ausreichend geeigneter Boden für die Mindestüberdeckung der Leitungstrasse vorhanden ist. Nach aktuellem Planwerk befinden sich innerhalb der Geltungsbereichsgrenzen des Bebauungsplanes im südlichen Bereich vom „Weg 89“ angrenzend an die „Lindenallee“ im Nebenanlagenbereich auf der westlichen Seite ein Nsp.-Stromversorgungskabel der wesernetz Bremerhaven GmbH. Weiterhin ist mit davon abzweigenden Hausanschlussleitungen zur Versorgung von den im Planbereich befindlichen Gebäuden zu rechnen. Zu Planungs- und Ausführungszwecken steht Ihnen bei der Netzauskunft der wesernetz entsprechendes Planwerk zur Verfügung, hierzu nutzen Sie bitte folgenden Link: https://www.wesernetz.de/geschaeftspartner/leitungsauskunft	Vorgaben der Leitungsträger werden im Zuge der Ausführungsplanung und Bauumsetzung beachtet.

			Sollten durch den Bebauungsplan heute öffentlich gewidmete Flächen oder Grundstücke privatisiert oder entwidmet werden, so sind eventuell darin befindliche Versorgungssysteme der wesernetz Bremen GmbH mittels beschränkt persönlicher Dienstbarkeit zu sichern. Wir gehen in diesem Fall von einer Information Ihrerseits aus. Allgemeingültig sind alle technischen Möglichkeiten auszuschöpfen, unsere Leitungssysteme in ihrer jetzigen Lage und im schadfreien Zustand zu belassen., eine Überbauung mit Fundamenten (Kräne, Maste oder Bord mit Rinne auf langer Strecke) unserer Versorgungsanlagen ist unzulässig, hierzu zählt auch die Überdeckung der Leitungen mit Geotextilien. Ein Überpflanzen unserer Versorgungssysteme mit Bäumen wird von uns abgelehnt und ist unzulässig. Zu beachten sind hier die DIN 18920, die RAS LP 4 sowie die ZTV - Baumpflege oder das „Merkblatt über Baumstandorte und unterirdische Ver- und Entsorgungsleitungen für Straßen und Verkehrswesen“. Vollständigkeitshalber weisen wir nochmals darauf hin, dass bei Baumpflanzungen ein Sicher-heitsabstand von ca. 2,0 m zwischen Baumachse und Versorgungsleitung einzuplanen ist bzw. bei Unterschreitung des Mindestabstandsmaßes geeignete Maßnahmen zum Leitungsschutz wie das Einbringen von Schutzplatten erforderlich werden. Dies gilt auch für bestehende Leitungssysteme. Eine eventuelle Feststellung der Lage unserer Versorgungssysteme ist ausnahmslos mittels Freischachtung per Hand durchzuführen. Bei möglichen Baumaßnahmen muss eine freie Zugänglichkeit zu unseren Versorgungsanlagen wegen notwendiger Schalthandlungen im Betriebs- oder Störfall sowie bei eventuellen Reparaturarbeiten jederzeit, auch während der Bautätigkeiten, gewährleistet bleiben.	Vorgaben der Leitungsträger werden im Zuge der Ausführungsplanung und Bauumsetzung beachtet.

			Bei Überfahren unserer Leitungen durch den Einsatz von schwerer Baufahrzeugen ist die Lage der Versorgungsleitungen durch geeignete Maßnahmen ordnungsgemäß zu sichern und schadfrei zu halten. Bei Änderung von Geländehöhen sind Straßenkappen und ähnliche Bauelemente dem endgültigen Oberflächenniveau und dem zukünftigen Verkehrslastfall ordnungsgemäß anzupassen.	Vorgaben der Leitungsträger werden im Zuge der Ausführungsplanung und Bauumsetzung beachtet.
			Bei eventuellen Tiefbaumaßnahmen in Leitungsnähe hat der Auftraggeber sicherzustellen, dass der Auftragnehmer seiner gesetzlichen Erkundigungspflicht nachkommt und die Beschaffung des kompletten Planwerks aller unserer Versorgungseinrichtungen inklusive Hausanschlussleitungen sämtlicher Gewerke zu Planungs- und Ausführungszwecken zeitnah bei der Netzauskunft der wesernetz Bremen GmbH tätigt, hierzu benutzen Sie bitte den Eingangs dieses Schreibens bereits mitgeteilten LINK zu unserer Netzauskunft. Die Forderungen der Schutzanweisungen für Versorgungseinrichtungen der wesernetz Bremerhaven GmbH sind ergänzend zu beachten und einzuhalten.	Vorgaben der Leitungsträger werden im Zuge der Ausführungsplanung und Bauumsetzung beachtet.

2. Öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB vom 08.05.2023 bis einschließlich 09.06.2023

Nr.	Bürger / Öffentlichkeit	Anregungen	Abwägungsvorschlag
1	Bürger:in	Am Ende unseres Grundstückes befindet sich ein Graben, der das Regenwasser von der Poggenbruchstraße und der Bahnhofsstraß aufnimmt. Der Wasserspiegel steigt bei starkem Regen auf die Höhe der Poggenbruchgrundstücke. Es muß daher für einen intakten Abfluß gesorgt werden, auch um ein Auswaschen des Grabenufers zu verhindern.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Im Zuge der Bauleitplanung wurde ein Oberflächenentwässerungskonzept erstellt, welches eine schadlose Oberflächenentwässerung des Plangebietes ohne Belastung der Bestandsgrundstücke darlegt.
		Wir haben trotz des erhöhten Grundwasserstandes, der durch das Abschalten der Pumpen im Wasserwerkswald entstanden ist, noch kein Wasser im Keller und hoffen, daß dies trotz der Bebauung so bleibt.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

SEESTADT BREMERHAVEN
Der Magistrat

Dezernat II
Stadtplanungsamt
Frau Eller, Tel. 3259
Bremerhaven, 15.01.2025

Vorlage Nr. II/2/2025		
für die Sitzung des Bau- und Umweltausschusses.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	**ja**	Anzahl Anlagen: 0

16. Änderung des Flächennutzungsplanes
"Sachlicher Teilflächennutzungsplan Windkraft"
Änderung der Planungsgrundlagen

A Problem
Für das o.g. Vorhaben wurde am 01.09.2017 die Einleitung des Verfahrens zur Änderung des Flächennutzungsplanes gem. § 5 Baugesetzbuch (BauGB) durch Beschluss der Stadtverordnetenversammlung gem. § 2 Abs.1 BauGB beschlossen. Am 21.11.2021 wurde der Auslegungsbeschluss für die „Öffentliche Auslegung gem. § 3 (2) BauGB“ und „Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB gefasst.

Zur Zeit des Vorentwurfes war die Darstellung von Windkonzentrationszonen im Flächennutzungsplan mit Ausschlusswirkung für andere Flächen das Ziel des Planverfahrens. Dabei war durch das BauGB gesichert, dass, wenn eine Kommune an einer oder an mehreren Stellen im Gemeindegebiet Standorte für Windkraftanlagen in sogenannten Konzentrationszonen ausgewiesen hat, der übrige Planungsraum von solchen Anlagen grundsätzlich freizuhalten ist. Diese Ausschlusswirkung führte dazu, dass Windenergieanlagen außerhalb dieser Konzentrationszonen nur schwer in Ausnahmefällen genehmigungsfähig waren.

Mit dem „Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergie an Land“ (Windenergieflächenbedarfsgesetz, WindBG) hat der Bund die Länder im Juli 2022 verpflichtet, einen prozentualen Anteil der Landesfläche (Flächenbeitragswert) für die Windenergie an Land zu nutzen bzw. auszuweisen. Dadurch haben sich gesetzliche Änderungen in § 249 BauGB zum Februar 2023 ergeben. Die ursprünglich geplante Darstellung von Konzentrationszonen mit Ausschlusswirkung ist nun nicht mehr möglich. Stattdessen hat sich der Planungsgrundsatz zu einer sogenannten „Positivplanung“ gewandelt. Dabei sind Windenergieanlagen in dafür ausgewiesenen Gebieten privilegiert zulässig.

Die Freie Hansestadt Bremen ist nach § 3 Abs. 1 des WindBG dazu verpflichtet, bis zum Jahr 2027 einen Anteil von 0,25% der Landesfläche für die Windenergie an Land auszuweisen. Bis zum Jahr 2032 muss mindestens ein Anteil von 0,5% der Landesfläche für die Windenergie an Land ausgewiesen sein. Bis zum Mai 2024 waren die Länder und somit auch die Freie Hansestadt Bremen verpflichtet, die Umsetzung der für das jeweilige Land vorgegebenen Flächenbeitragswerte u.a. in Form von regionalen oder kommunalen Teilflächenzielen sicherzustellen. Dazu ist am 31.05.2024 das Gesetz zur Umsetzung des Windenergiebedarfsgesetzes in der Freien Hansestadt Bremen (BremWindBGUG) in Kraft getreten. Dabei wurden in enger Abstimmung mit dem Magistrat Bremerhaven die folgenden Teilflächenziele für die Seestadt Bremerhaven festgelegt, welche es zu erfüllen gilt:

- bis Ende 2027 ist ein Teilflächenziel von 0,06% zu erfüllen,
- bis Ende 2032 ist ein Teilflächenziel von 0,29% zu erfüllen.

Daher ist die Darstellung von Windvorranggebieten durch den Flächennutzungsplan, welche die rechtlich festgelegten Flächenbeitragswerte erfüllen, unabdingbar. Insgesamt werden durch die Umstellung auf eine Positivplanung die Planungsverfahren vereinfacht und die Beschleunigung des naturverträglichen Ausbaus der Windenergie an Land gefördert.

B Lösung
Um diese rechtlichen Vorgaben unter dem neuen Planungsgrundsatz der Positivplanung zu erfüllen, ist ein Beschluss zur Weiterführung der 16. Flächennutzungsplanänderung „Sachlicher Teilflächennutzungsplan Windkraft“ unter den geänderten Planungsgrundlagen einzuholen. Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, dass die Verfahrensschritte „Öffentliche Auslegung gem. § 3 (2) BauGB“ und „Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB“ unter den geänderten Planungsgrundlagen durchgeführt werden.

C Alternativen
Keine.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags
Das Verfahren hat keine finanziellen und personalwirtschaftlichen Auswirkungen. Das Verfahren hat keine genderspezifischen Auswirkungen. Die klimaschutzrelevanten Auswirkungen sind grundsätzlich als positiv zu werten. Hinweise auf eine Gleichstellungsrelevanz sind nicht gegeben. Ausländische Mitbürger sind von diesem Beschlussvorschlag nicht in besonderer Weise betroffen. Die besonderen Belange der Menschen mit Behinderung werden in der Planung adäquat berücksichtigt. Auf die besonderen Belange des Sports wirkt sich dieser Beschlussvorschlag nicht aus. Die Beteiligung der Stadtteilkonferenzen erfolgt im Zuge der Öffentlichkeitsbeteiligung.

E Beteiligung / Abstimmung
Keine, da sich die Änderung der Planungsgrundlage aus gesetzlichen Vorgaben ergibt.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG
Es besteht eine Veröffentlichungspflicht nach dem BremIFG. Die weitere Öffentlichkeitsarbeit erfolgt im Verlauf des Verfahrens.

G Beschlussvorschlag
Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, dass die Verfahrensschritte „Öffentliche Auslegung gem. § 3 (2) BauGB“ und „Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB“ unter den geänderten Planungsgrundlagen durchgeführt werden.

Neuhoff
Bürgermeister

SEESTADT BREMERHAVEN
Der Magistrat

Dezernat V
Umweltschutzamt
Frau Dr. König, Tel. 3523
Bremerhaven, 09.01.2025

Vorlage Nr. V/ 5/2024		
für die Sitzung des Bau- und Umweltausschusses.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	**ja**	Anzahl Anlagen: 2

Hitzeaktionsplan Bremen – Bremerhaven

A Problem/ B Lösung
Der Senat hat am 10.09.2024 den Hitzeaktionsplan Bremen – Bremerhaven vorgelegt und den Plan für das Land Bremen und die Stadtgemeinde Bremen beschlossen. Zeitgleich wurde der Magistrat um Beschlussfassung des Hitzeaktionsplans für die Stadtgemeinde Bremerhaven gebeten. Der Magistrat hat den Hitzeaktionsplan für Bremerhaven am 09.10.2024 beschlossen (Anlage 1) und das Dezernat V gebeten, den Hitzeaktionsplan (Anlage 2) dem Bau- und Umweltausschuss zur Kenntnis vorzulegen.

C Alternativen
Keine.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags
Der Hitzeaktionsplan trägt durch die Maßnahmen, die eine Begrünung des Stadtraums zum Inhalt haben, auch zum Klimaschutz bei. Die grüne Infrastruktur bindet auch geringe, nicht quantifizierbare Mengen an CO2 und trägt zu einer besseren Luftqualität im direkten Umfeld bei. Insgesamt trägt der Hitzeaktionsplan zu einer größeren Klimaresilienz der Stadt Bremerhaven bei.
Weitere Auswirkungen nach § 35 Abs. 2 GOStVV sind nicht ersichtlich.

E Beteiligung / Abstimmung
Keine.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG
Geeignet. / Es besteht eine Veröffentlichungspflicht nach dem BremIFG.

G Beschlussvorschlag
Der Bau- und Umweltausschuss nimmt den Magistratsbeschluss V/29/2024-1 vom 09.10.2024 und den Hitzeaktionsplan Bremen – Bremerhaven zur Kenntnis.

A. Toense
Stadträtin

Anlage 1: Magistratsvorlage Hitzeaktionsplan Bremen - Bremerhaven
Anlage 2: Hitzeaktionsplan des Landes Bremen und der beiden Stadtkommunen Bremen und Bremerhaven

SEESTADT BREMERHAVEN
Der Magistrat

Dezernat V
Umweltschutzamt
Dr. König, Tel. 3523
Bremerhaven, 23.09.2024

Vorlage Nr. V/ 29/2024 - 1
für den Magistrat

Anzahl Anlagen: 2

Hitzeaktionsplan Bremen – Bremerhaven

A Problem
Der Senat hat am 10.09.2024 den Hitzeaktionsplan Bremen – Bremerhaven vorgelegt und den Plan für das Land Bremen und die Stadtgemeinde Bremen beschlossen. Zeitgleich wurde der Magistrat um Beschlussfassung des Hitzeaktionsplans für die Stadtgemeinde Bremerhaven gebeten (s. Anlage 1).

B Lösung
Um die Menschen in den beiden Stadtkommunen des Landes Bremen vor den negativen Folgen von heutigen und zukünftigen (extremen) Hitzeereignissen zu schützen, wurde der vorliegende Hitzeaktionsplan entwickelt (Anlage 2). Er legt Strukturen und Maßnahmen fest, mit denen sich das Land Bremen und seine beiden Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven auf Hitzewellen vorbereiten.

Die Entwicklung des Hitzeaktionsplans erfolgte unter der Federführung der Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft und unter Beteiligung der betroffenen Fachverwaltungen aus Bremen und Bremerhaven sowie weiteren Akteur:innen und Fachverbänden aus den Bereichen Gesundheit und Soziales. Dazu fanden im März und August 2023 sowie im März 2024 Projekttreffen statt, bei denen von Seiten des Magistrats Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Gesundheitsamtes, des Stadtplanungsamtes, des Gartenbauamtes, des Referates für Wirtschaft, Tourismus und Wissenschaft, des Umweltschutzamtes, des Schulamtes, der Feuerwehr, des Sozialamtes und des Sozialreferates an der Entwicklung des Hitzeaktionsplans mitwirkten.

Der Magistrat nimmt die Senatsvorlage „Hitzeaktionsplan Bremen – Bremerhaven“ vom 10.09.2024 zur Kenntnis und beschließt den Hitzeaktionsplan für die Stadtgemeinde Bremerhaven.

C Alternative
Es werden keine Alternativen empfohlen. Der Hitzeaktionsplan ist ein wichtiges Instrument, um heutigen und zukünftig zunehmenden hitzebedingten Gesundheitsrisiken in Bremerhaven entgegenzuwirken.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlages
Der Beschluss des Hitzeaktionsplans hat keine direkten finanziellen oder personalwirtschaftlichen Auswirkungen.
Genderaspekte wurden bei der Konzeption der Maßnahmen des Hitzeaktionsplans berücksichtigt und sollen auch in der Umsetzung der Maßnahmen berücksichtigt werden.
Der Hitzeaktionsplan trägt durch die Maßnahmen, die eine Begrünung des Stadtraums zum Inhalt haben, auch zum Klimaschutz bei. Die grüne Infrastruktur bindet auch geringe, nicht quantifizierbare Mengen an CO_2 und trägt zu einer besseren Luftqualität im direkten Umfeld bei. Insgesamt trägt der Hitzeaktionsplan zu einer größeren Klimaresilienz der Stadt Bremerhaven bei.

Weitere Auswirkungen nach § 8 Abs. 3 GOMag sind nicht ersichtlich.

E Beteiligung
Die Ämterabstimmung des Hitzeaktionsplans zur Vorbereitung der Senatsbefassung erfolgte innerhalb des Magistrats im August 2024. Beteiligt waren: das Stadtplanungsamt, das Gartenbauamt, das Gesundheitsamt, das Sozialreferat, das Sozialamt, das Amt für Jugend, Familie und Frauen, das Amt für Sport und Freizeit, das Amt für Menschen mit Behinderung, die Ortspolizeibehörde Bremerhaven, die Feuerwehr Bremerhaven und Seestadt Immobilien.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG
Geeignet nach Beschlussfassung des Magistrats. Eine Veröffentlichung nach dem BremIFG wird sichergestellt.

G Beschlussvorschlag
1. Der Magistrat nimmt die Senatsvorlage „Hitzeaktionsplan Bremen – Bremerhaven" vom 10.09.2024 zur Kenntnis
2. Der Magistrat beschließt den vorliegenden Hitzeaktionsplan für die Stadtgemeinde Bremerhaven.
3. Der Magistrat bittet die zuständigen Ämter, die finanziellen Auswirkungen für die Umsetzung der Maßnahmen des Hitzeaktionsplans zu ermitteln, und bittet das Dezernat V die Umsetzungsstrategie der zuständigen Dezernate und Ämter auf der Basis der ermittelten finanziellen Auswirkungen gebündelt vorzulegen.
4. Der Magistrat bittet das Dezernat V, den Hitzeaktionsplan dem Bau- und Umweltausschuss und dem Gesundheitsausschuss zur Kenntnisnahme vorzulegen.

A. Toense
Stadträtin

Anlagen:

Anlage 1: Senatsvorlage Hitzeaktionsplan Bremen - Bremerhaven
Anlage 2: Hitzeaktionsplan des Landes Bremen und der beiden Stadtkommunen Bremen und Bremerhaven



Hitzeaktionsplan

Bremen.Bremerhaven.

BREMEN
BREMERHAVEN
ZWEI STÄDTE. EIN LAND.

Impressum

Herausgeber
Die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft
An der Reeperbahn 2
28217 Bremen
www.umwelt.bremen.de

Umweltschutzamt
Klimastadtbüro
Waldemar-Beckè-Platz 5
27568 Bremerhaven
www.bremerhaven.de

Projektsteuerung / Redaktion
Vincent Möller (SUKW, Referat 43
Anpassung an den Klimawandel)

Bearbeitung
BPW Stadtplanung
Ostertorsteinweg 70–71
28203 Bremen
www.bpw-stadtplanung.de

GEO-NET Umweltconsulting GmbH
Große Pfahlstraße 5a
30161 Hannover
www.geo-net.de

Institut für Public Health und Pflegeforschung (IPP)
Universität Bremen
Grazer Straße 4
28359 Bremen

Konzept und Layout
BPW Stadtplanung

Bremen, September 2024

Vorwort

Liebe Bürgerinnen und Bürger aus Bremen und Bremerhaven,



die Klimakrise ist auch im Land Bremen deutlich spürbar geworden. Steigende Temperaturen und Hitzewellen fordern uns alle heraus. Für die Zukunft sind die Aussagen der jüngsten Weltklimaberichte des IPCC eindeutig: es wird wärmer, es wird häufiger sogar richtig heiß und leider bleiben die Temperaturen immer häufiger auch länger am Stück hoch. Bremen stellt sich darauf bereits ein. Wir installieren öffentlich zugängliche Trinkbrunnen, pflegen unser Stadtgrün und fördern klimaangepasstes Bauen. Der Hitzeaktionsplan Bremen – Bremerhaven bündelt bestehende Maßnahmen und präsentiert weitere, um den hitzebedingten Gesundheitsrisiken im Land Bremen zu begegnen.

Ältere Menschen, Kinder, Schwangere, Menschen mit Vorerkrankungen sowie Menschen, die wenig Geld zur Verfügung haben, sind von Hitze besonders betroffen. Ebenso Menschen, die im Sommer berufsbedingt einer erhöhten Hitzebelastung ausgesetzt sind. Diese Menschen nehmen wir mit dem Hitzeaktionsplan besonders in den Blick. Informationskampagnen und spezifischen Hilfsangeboten sollen hier unterstützen.

Der Hitzeaktionsplan soll außerdem helfen, hitzebedingten Gesundheitsbelastungen in dicht bebauten Quartieren entgegen zu wirken. Grünflächen und Bäume spielen hier die entscheidende Rolle. Sie bieten nicht nur Schatten und Kühlung, sondern fördern als öffentliche Räume, die für alle zugänglich sind, auch das soziale Miteinander und steigern damit die Lebensqualität in unseren Stadtteilen. Wir setzen uns dafür ein, bestehende Grünflächen so zu gestalten, dass sie der Klimakrise standhalten. Wir pflanzen Stadtbäume und kühlen Gebäude durch Dach- und Fassadenbegrünungen.

An diesem Hitzeaktionsplan haben viele Personen mitgearbeitet, Mitarbeitende von Behörden und externe Akteur:innen. Ich bedanke mich herzlich für ihr Engagement. Um der Klimakrise etwas entgegenzusetzen, braucht es auch weiterhin das Engagement von allen: von der Politik, der Verwaltung, der Zivilgesellschaft und den Bürgerinnen und Bürgern selbst. Gemeinsam können wir effektive Lösungen entwickeln, diese nachhaltig umsetzen und so für eine lebenswerte Zukunft in unserem Bundesland sorgen.

Kathrin Moosdorf
Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft



Inhalt

Vorwort

1 Warum brauchen Bremen und Bremerhaven einen Hitzeaktionsplan? 5

2 Wie wirkt sich Hitze auf die Gesundheit aus? 9

2.1 Welche Menschen sind besonders durch Hitze gefährdet? 12
2.2 Was hat Hitze mit gesundheitlicher Chancengerechtigkeit zu tun? 13

3 Wie verändert der Klimawandel zukünftige Hitzebelastungen? 15

4 Welche Stadtgebiete sind einer besonders starken Hitzebelastung ausgesetzt? 21

4.1 Hitzebelastung vulnerabler Gruppen 23
4.2 Hitzebelastung sozialer / vulnerabler Einrichtungen 26
4.3 Ausgewählte Ergebnisse 27

5 Was unternehmen wir gegen Hitzebelastungen? 29

5.1 Strukturelle Maßnahmen 32
5.2 Maßnahmen der Risikokommunikation, Information und Sensibilisierung 36
5.3 Maßnahmen zum Management von Akutereignissen 48
5.4 Maßnahmen der klimaangepassten Stadtentwicklung 66
5.5 Maßnahmen zum Monitoring und zur Evaluation 82

Weitere Ressourcen, Quellen und Anhang 85

Weitere Ressourcen 86
Literatur und Quellen 87
BIldquellen 89
Anhang 90

1

Warum brauchen Bremen und Bremerhaven einen Hitzeaktionsplan?

Hitzeaktionspläne sind ein wichtiges Instrument zum Schutz der menschlichen Gesundheit vor den negativen Folgen von (extremer) Hitze.[1]

Damit sind sie als ein wichtiger Baustein der übergreifenden Strategie zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels anzusehen. Der Hitzeaktionsplan legt daher Strukturen und Maßnahmen fest, mit denen sich das Land Bremen und seine beiden Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven auf Hitzewellen vorbereiten.

Die Entwicklung des Hitzeaktionsplans erfolgte im Zeitraum Februar 2023 bis Mai 2024 in einem partizipativen Prozess mit den betroffenen Fachverwaltungen und weiteren Akteur:innen aus den Bereichen Gesundheit und Soziales. Dadurch konnte ein breites Fachwissen bei der Identifikation vulnerabler Gruppen eingebunden werden und bei der Entwicklung von Maßnahmen an bereits bestehende Aktivitäten zur Hitzevorsorge angeknüpft werden.

Die gesundheitlichen Risiken von Hitze und welche Bevölkerungsgruppen besonders gefährdet sind, werden im Kapitel 2 beschrieben. In Kapitel 3 wird aufgezeigt, mit welchen zukünftigen Hitzebelastungen wir aufgrund des Klimawandels rechnen müssen. Im 4. Kapitel wird anhand von Datenanalysen dargestellt, wie hitzebedingte Gesundheitsrisiken in Bremen und Bremerhaven räumlich unterschiedlich verteilt sind.

Der Fokus des Hitzeaktionsplans liegt dabei auf Maßnahmen, welche kurz- bis mittelfristig die direkten Auswirkungen von Hitze auf die menschliche Gesundheit adressieren. Diese Maßnahmen stellen den Kern des Hitzeaktionsplans dar und werden in Form von kurzen Steckbriefen im Kapitel 5 beschrieben.

Der Hitzeaktionsplan ist als eigenständiges Dokument eingebettet in die Klimaanpassungsstrategie des Landes Bremen und seiner beiden Stadtgemeinden und wurde parallel mit der Fortschreibung der Anpassungsstrategie im Jahr 2024 entwickelt. Langfristig wirkende städtebauliche Maßnahmen zur Reduzierung von Hitzebelastungen in Straßen, Plätzen und Gebäuden sind Bestandteil sowohl des Hitzeaktionsplans als auch der Klimaanpassungsstrategie 2024 (siehe Kap. 5.4). Sie adressieren neben Hitze zusätzlich auch weitere Risiken wie Starkregen oder den Verlust der Artenvielfalt.

Während sich der Hitzeaktionsplan auf Hitzerisiken fokussiert, sind Klimarisiken, die durch einen Anstieg der Durchschnittstemperaturen entstehen bzw. zunehmen werden, im Rahmen der Klimaanpassungsstrategie behandelt. Dies beinhaltet beispielsweise die mögliche Zunahme von vektorübertragenen Infektionskrankheiten in Folge der Ausbreitung tropischer und subtropischer Mückenarten oder zunehmende bakterielle Belastungen in Gewässern. Der Hitzeaktionsplan soll wie die Klimaanpassungsstrategie alle fünf Jahre fortgeschrieben.

ZIELE DES HITZEAKTIONSPLANS BREMEN & BREMERHAVEN

- Die Bevölkerung, insbesondere vulnerable Gruppen, in Zukunft **bei Hitzeereignissen besser zu schützen** und einen Anstieg der hitzeassoziierten Morbidität und Mortalität zu verhindern,
- Öffentliche Einrichtungen und Unternehmen bei der **Vorsorge vor Hitzewellen** zu unterstützen,
- Die Menschen im Land Bremen für die gesundheitlichen Auswirkungen von Hitze zu **sensibilisieren und Möglichkeiten zum eigenen Handeln** aufzuzeigen,
- Die **gesundheitliche Chancengerechtigkeit** zu verbessern, indem sozial bedingte Ungleichheiten in Exposition, Sensitivität und Anpassungskapazitäten gegenüber Hitzebelastungen in den Maßnahmen adressiert werden.

[1] Das Verständnis von Gesundheit in diesem Hitzeaktionsplan orientiert sich an dem umfassenden, positiven und multidimensionalen Gesundheitsverständnis der Weltgesundheitsorganisation mit den Grundsätzen eines körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens sowie an dem gesundheitswissenschaftlichen Verständnis von Gesundheit als ein Gleichgewicht von Risiko- und Schutzfaktoren auf körperlicher, psychischer und sozialer Ebene (vgl. Franzkowiak und Hurrelmann 2022).

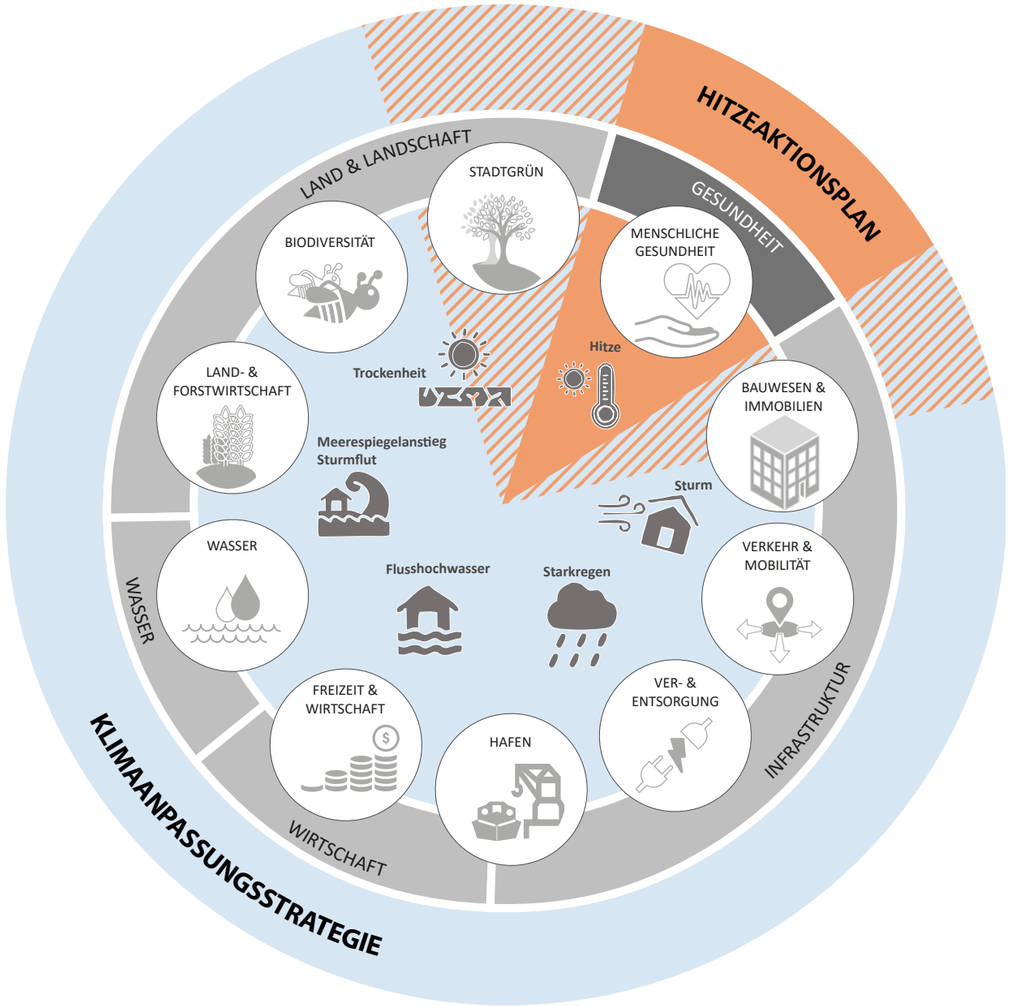


Abb. 01 Verbindung zwischen Hitzeaktionsplan und Klimaanpassungsstrategie

2

Wie wirkt sich Hitze auf die Gesundheit aus?

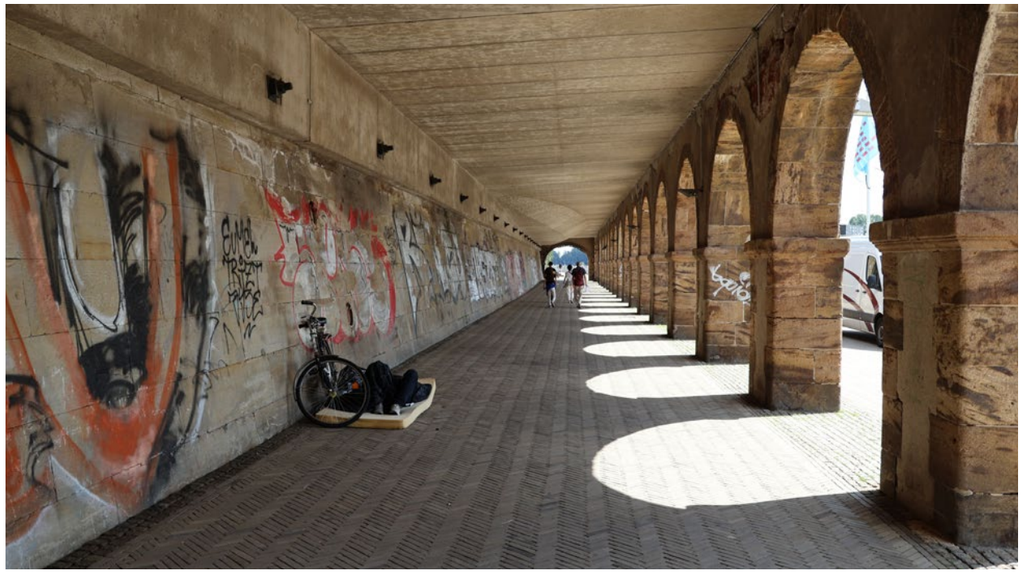


Abb. 02 Nicht alle Menschen verfügen über ausreichend Ressourcen, sich vor den negativen Auswirkungen von Hitz zu schützen

Der Klimawandel hat in Deutschland bereits zu einem Temperaturanstieg und zu einer Zunahme von Hitzeereignissen geführt.

Hohe Temperaturen und Hitzeereignisse können Erkrankungen auslösen und bereits bestehende Erkrankungen verschlimmern. Insbesondere in höheren Altersgruppen steigt während Hitzewellen die Mortalität. Dementsprechend hat die Gesundheitsgefährdung durch Hitze in Deutschland insgesamt zugenommen. So wurden in Deutschland die Anzahl hitzebedingter Sterbefälle für das Jahr 2018 auf rund 8.300 und für das Jahr 2022 auf etwa 4.500 geschätzt [Winklmayr et al. 2023].[2]

Direkte gesundheitliche Folgen starker Hitzebelastung umfassen hitzebedingte Gesundheitsstörungen (z. B. Dehydrierung, Hitzekollaps, Hitzschlag), Verschlimmerung bereits bestehender hitzesensitiver Vorerkrankungen (z. B.Diabetes mellitus, Nierenerkrankungen) sowie vorzeitige Todesfälle (insbesondere aufgrund von Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Atemwegserkrankungen). Hinzu kommen bei Hitze auftretende Nebenwirkungen verschiedener Arzneimittelgruppen, vor allem blutdrucksenkender oder entwässernder Medikamente. Hohe Temperaturen können sich negativ auf Schwangere und auf das (ungeborene) Kind sowie den Schwangerschaftsverlauf auswirken (z. B. erhöhte Wahrscheinlichkeit einer Frühgeburt, geringes Geburtsgewicht). Hitzeereignisse haben auch einen direkten Einfluss auf die psychische Gesundheit, beispielsweise hinsichtlich aggressiveren Verhaltens und dem Anstieg des Suizidrisikos.

Zu den indirekten Folgen von Hitze auf die Gesundheit zählen Auswirkungen auf das Gesundheitswesen, erhöhte Risiken für Unfälle und bezogen auf durch Wasser und Nahrungsmittel übertragbare Krankheiten sowie Gefährdungen der Infrastruktur des Gesundheitswesen. Details zu hitzebedingten Gesundheitsrisiken sind in den Übersichten im RKI-Sachstandsbericht Klimawandel und Gesundheit [Winklmayr et al. 2023, Gebhardt et al. 2023] und in den Berichten der Weltgesundheitsorganisation [2019, 2021] dargestellt.

[2] In den Jahren 2016 bis 2024 fällt die Anzahl der hitzebedingten Topdesfälle in Deutschland unterschiedlich hoch aus. „Die höchsten Werte werden in den Jahren 2018 und 2019 mit jeweils über 7.000 hitzebedingten Sterbefällen erreicht. In den Jahren 2020 und 2022 starben hitzebedingt jeweils über 4.000 Menschen. In den Jahren 2016, 2017 und 2021 liegt die geschätzte Anzahl hitzebedingter Sterbefälle jeweils zwischen etwa 1.500 und 2.000 und fällt damit deutlich niedriger aus. Diese Unterschiede können auf die unterschiedlich ausgeprägten Hitzeperioden zurückgeführt werden.“ RKI - Gesundheitliche Auswirkungen von Hitze - Wochenbericht zur hitzebedingten Mortalität

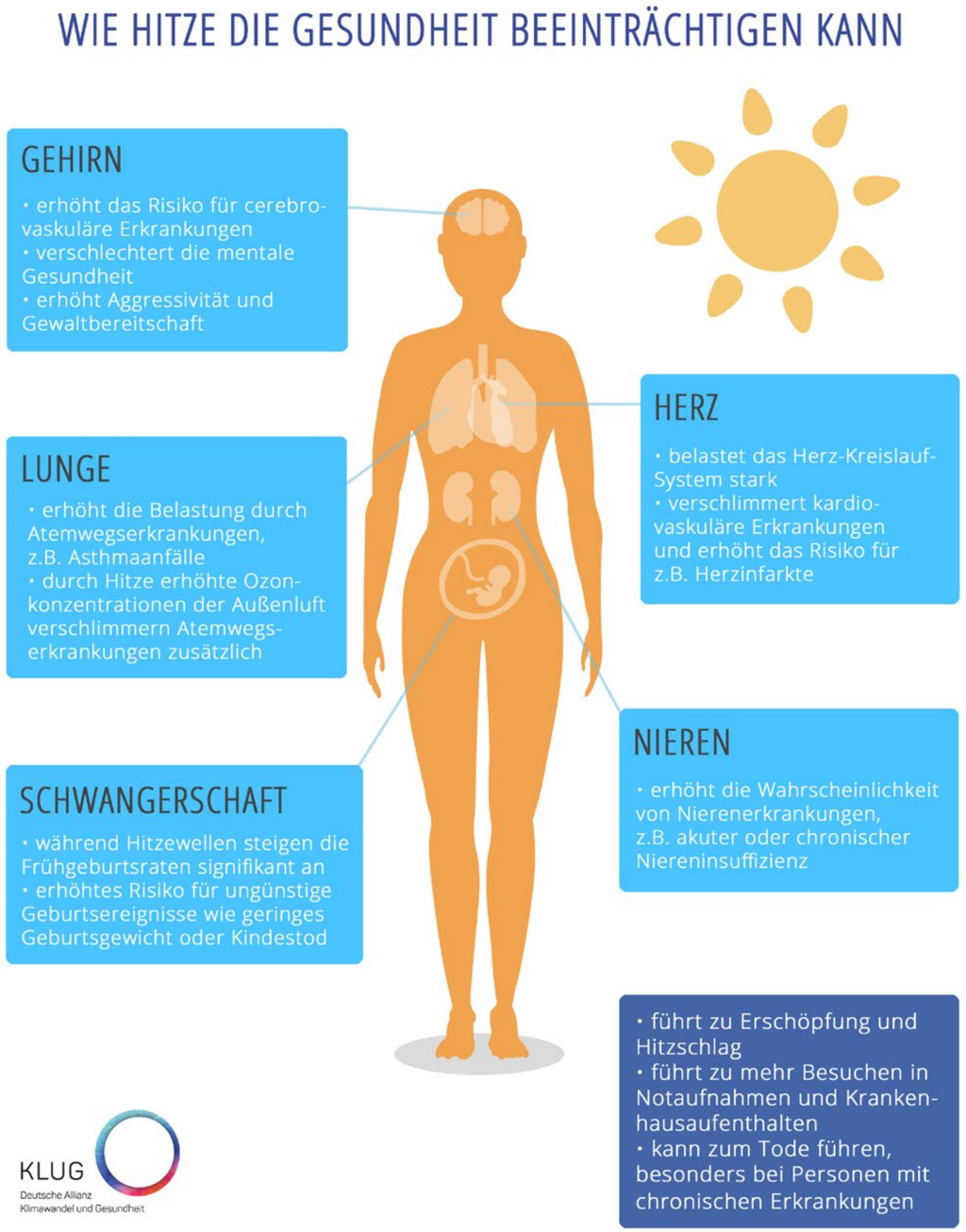


Abb. 03 Überblick über hitzebedingte Gesundheitsrisiken

2.1
Welche Menschen sind besonders durch Hitze gefährdet?

Es gibt verschiedene Gründe, warum Menschen bzw. Bevölkerungsgruppen durch Hitze besonders gefährdet sind: Es können Unterschiede in der Hitzeexposition, in der physiologischen Empfindlichkeit gegenüber Hitze und in den individuellen Anpassungsmöglichkeiten und -fähigkeiten, sich vor Hitze zu schützen, bestehen (vgl. Abb. 04). Vor dem Hintergrund sozialer Ungleichheiten kommen oftmals mehrere Faktoren zusammen, wenn beispielsweise ältere Menschen mit Vorerkrankungen und geringem Einkommen in besonders hitzebelasteten Wohnverhältnissen oder sozial isoliert leben.

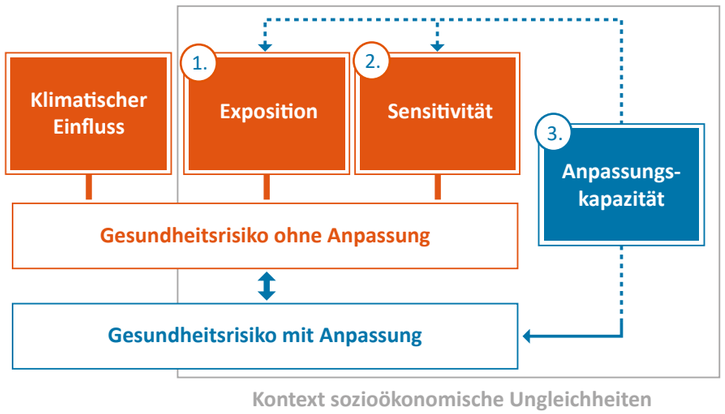


Abb. 04 Gesundheitsrisiko durch Hitze vor dem Hintergrund von Exposition, Sensitivität und Anpassungskapazität

Wesentliche Gründe für eine erhöhte Gefährdung gegenüber Hitzebelastungen:

1. Erhöhte Exposition

- Arbeit oder Freizeitaktivität bei hohen Außentemperaturen in Verbindung mit körperlicher Anstrengung (z. B.Landwirtschaft, Bau, Gastronomie, Sport)
- Tragen einer persönlichen Schutzausrüstung bei hohen Außen- oder Innenraumtemperaturen (z. B. Mitarbeitende im Gesundheits- und Rettungswesen oder Industrie)
- Arbeitsplatz bei hohen Innenraumtemperaturen während eines Hitzeereignisses ohne Pausenmöglichkeit
- Wohnungs- bzw. Obdachlosigkeit
- Leben in einer sich schnell aufheizenden Wohnung und/ oder in einem besonders hitzebelasteten Stadtgebiet

2. Erhöhte physiologische Sensitivität

- Alter – Säuglinge und Kleinkinder sowie Senior:innen (65+) und Hochaltrige (80+)
- Schwangerschaft
- Vorerkrankungen
- Funktionelle Einschränkungen (z. B.Bettlägerigkeit)

3. Verringerte Anpassungsmöglichkeiten und -fähigkeiten

- Wohnungs- bzw. Obdachlosigkeit
- Leben in Gemeinschaftsunterkünften
- Soziale Isolation, insbesondere im höheren Alter
- Geringes Einkommen
- Geringe Gesundheitskompetenz
- Kognitive und körperliche Einschränkungen

Mit lokalen Fachakteur:innen und auf Basis vorhandener Daten wurde im Rahmen der Risikoanalyse eine Auswahl besonders gefährdeter Bevölkerungsgruppen getroffen und deren räumliche Verteilung in den Stadtgebieten ermittelt. Um eine räumliche Einschätzung zum Gesundheitsrisiko abzuleiten, wurde die Verteilung dieser Gruppen mit Informationen zur potentiellen Hitzebelastung im Stadtgebiet kombiniert (siehe Kap. 4).

2.2
Was hat Hitze mit gesundheitlicher Chancengerechtigkeit zu tun?

Hitzebedingte Gesundheitsrisiken sind in Bremen und Bremerhaven ungleich verteilt. Sozioökonomisch benachteiligte Bevölkerungsgruppen können von den hitzebedingten gesundheitlichen Risiken aus mehreren Gründen besonders betroffen sein: Sie leben oftmals in schlechter gegen Hitze gedämmten Häusern sowie in verdichteten Stadtquartieren mit wenig Grünflächen, was die Belastungssituation durch hohe Temperaturen während Hitzeereignissen noch verstärkt. Hinzu kommen geringere sozioökonomische Ressourcen, um sich individuell an Hitzeereignisse anzupassen. Des Weiteren treten chronische Erkrankungen häufiger in sozioökonomisch benachteiligten Bevölkerungsgruppen auf, was zu einer höheren Sensitivität gegenüber Hitze führen kann. Sozioökonomisch benachteiligte Personen arbeiten auch häufiger in Berufen, die mit einer höheren Hitzeexposition verbunden sind. Diese Faktoren spiegeln sich in einer sozial ungleich verteilten hitzebedingten Morbidität und Mortalität wider.

Der Fokus auf gesundheitliche Chancengerechtigkeit im Hitzeaktionsplan für das Land Bremen und seine beiden Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven soll dazu beitragen, dass durch die Maßnahmen soziale Ungleichheiten in Exposition, Empfindlichkeit und Anpassungsmöglichkeiten verringert werden und keine neuen sozialen Ungleichheiten in Bezug auf Hitze und Gesundheit entstehen. Alle Menschen haben das Recht, gleichermaßen vor Gesundheitsrisiken durch Hitze geschützt zu werden. Dies schließt einen Einsatz von Ressourcen in Umfang und Intensität proportional zum Bedarf sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen ein [Bolte et al. 2023].

Um die sozialen Unterschiede in Morbidität und Mortalität wie auch Gesundheitskompetenz und individuellen Anpassungskapazitäten auszugleichen, sind die Maßnahmen des Hitzeaktionsplans so konzipiert und sollen so umgesetzt werden, dass sie alle Bevölkerungsgruppen unabhängig von sozioökonomischem Status, Bildung, Sprache, Herkunft, Geschlecht, Alter, körperlichen oder geistigen Einschränkungen gleichermaßen erreichen. Beispielsweise sollen das Format von Informationsmaterialien (z. B. Printmedien und digitale Medien), die Sprache (z. B. verschiedene Sprachen, leichte Sprache, Verwendung von Piktogrammen) und die Kommunikationskanäle (z. B. Zeitungen, Plakate, Rundfunk, Internetseiten, Social Media) innerhalb von Maßnahmen möglichst barrierefrei gestaltet werden.

Für eine adressat:innengerechte Maßnahmenumsetzung ist die Zusammenarbeit mit den Akteur:innen und Organisationen vor Ort essenziell, weil sie einen unmittelbaren Zugang zu den jeweiligen Bevölkerungsgruppen haben. Zudem hat die Beteiligung von Bürger:innen das Potenzial, für das Thema Hitze und Gesundheit weiter zu sensibilisieren, die Akzeptanz der Maßnahmen zu erhöhen und nachbarschaftliches bzw. ehrenamtliches Engagement zu aktivieren.

Die Maßnahmen im Hitzeaktionsplan wurden so konzipiert, dass sie den besonderen Risikokonstellationen vulnerabler Gruppen während einer akuten Hitzewelle gerecht werden. Langfristig sind zudem grundlegende strukturellen Veränderungen im Hinblick auf soziale Ungleichheiten entscheidend, um gleichwertige Lebensverhältnisse zu erreichen. Dies ist allerdings eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und kann nicht im Rahmen des Hitzeaktionsplans geleistet werden. Ansätze hierfür sind beispielsweise die Erhöhung der Bauqualität, gerade auch im sozialen Wohnungsbau (Hitzeschutz in Wohnungen) und die Verbesserung der Wohnsituation (Programm Housing First für obdach- bzw. wohnungslose Menschen).

3

Wie verändert der Klimawandel zukünftige Hitzebelastungen?

Im Land Bremen ist die Jahresmitteltemperatur im Zeitraum von 1881 bis 2023 bereits um 1,6 °C gestiegen [DWD Klimareport Bremen und Bremerhaven 2024].

Sowohl Beobachtungsdaten (Abb. 05) wie auch Klimaprojektionen zeigen eindeutig, dass sich der bereits beobachtete Trend einer Erwärmung in Bremen und Bremerhaven auch in Zukunft fortsetzen wird. Im Vergleich zum Zeitraum 1971 bis 2000[3] kann der weitere Temperaturanstieg zum Ende des Jahrhunderts in der Stadt Bremen – je nach Erfolg der globalen Klimaschutzanstrengungen – zwischen 0,8 °C und 4,2 °C betragen. In Bremerhaven sind die Werte etwas niedriger. Hier liegt der Erwartungsbereich für die Erhöhung der Jahresmitteltemperatur zwischen 0,7 °C und 4,1 °C.

Die mit dem Temperaturanstieg einhergehende Erwärmung führt auch zu einer Zunahme an Sommertagen, Heißen Tagen und Tropennächten. Zudem geht die Mehrzahl der Klimamodelle von einer Zunahme von Hitzeperioden aus (vgl. Tab. 01).

Insgesamt liegt die Anzahl an Sommertagen und Heißen Tagen in der Stadt Bremen bezogen auf die Vergangenheit als auch in Zukunft etwas höher als in Bremerhaven. In Bremerhaven wiederum treten Tropennächte heute und in Zukunft etwas häufiger auf. Dies liegt an der Nordsee bzw. der Wesermündung, die tagsüber für kühlere Temperaturen in Bremerhaven sorgt aber nachts die Wärme speichert. Da Tropennächte derzeit noch eine geringe Auftrittshäufigkeit aufweisen, sind diese Projektionen jedoch mit Unsicherheiten behaftet und statistisch nicht eindeutig auswertbar. Die Tabelle 1 zeigt die Beobachtungsdaten und die Entwicklung der Kenntage bis Mitte (2036-2065) und Ende (2071-2100) des Jahrhunderts unter der Annahme des RCP 8.5 Szenarios.[4]

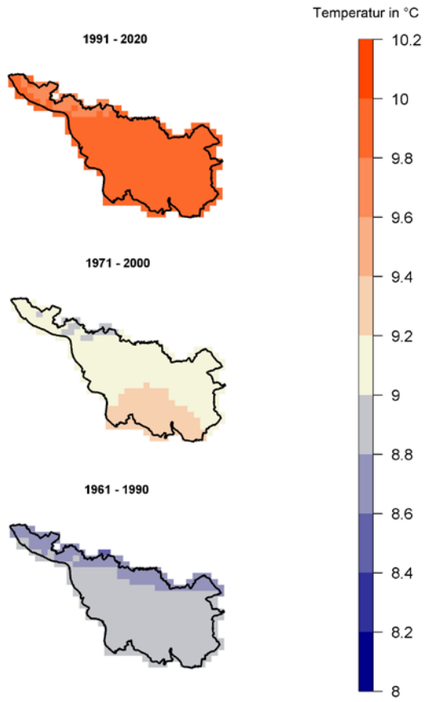


Abb. 05 Entwicklung der mittleren 30-Jahrestemperatur in Bremen (Datenbasis: DWD-Daten)

[3] Für die Bewertung des Klimawandels wird als Referenz der Bezugszeitraum 1971 – 2000 verwendet, weil das Klima in diesem Zeitraum noch nicht so stark von menschlichen Aktivitäten beeinflusst war. Idealerweise würde man noch weiter zurückblicken. Für frühere Zeiträume ist die Datenqualität allerdings nicht gut genug, um diese mit dem heutigen Klima oder zukünftigen Klimaszenarien in ein Verhältnis zu setzen.

[4] Repräsentative Konzentrationspfade (Representative Concentration Pathways - RCPs) sind Szenarien, die aus Zeitreihen von Emissionen und Konzentrationen aller Treibhausgase (THG), Aerosole und chemisch aktiven Gasen sowie Landnutzungen/ Bodenbedeckung bestehen (Moss et al., 2010). Das Wort repräsentativ bedeutet, dass jedes RCP nur eines von vielen möglichen Szenarien darstellt. Der Begriff „Pfad" unterstreicht, dass nicht nur die langfristigen Konzentrationswerte von Interesse sind, sondern auch der Weg, der im Laufe der Zeit zu diesem Ergebnis führt (IPCC 2021, Annex II Glossary).

Tab. 01 Klimatische Kenntage bezüglich Hitze [Basis: Rasterdaten für die Angaben zur Vergangenheit; biaskorrigiertes DWD-Referenz-Ensemble v2018 für die Angaben zur Zukunft]

	1971 - 2000		1991 - 2020		2036 - 2065 RCP 8.5, Median (Erwartungsbereich für RCP 8.5 in Klammern)		2071 - 2100 RCP 8.5, Median (Erwartungsbereich für RCP 8.5 in Klammern)	
	HB	**BHV**	**HB**	**BHV**	**HB**	**BHV**	**HB**	**BHV**
Sommertage (Tmax ≥ 25°C) [Tage]	23	14	30	21	41 (35-49)	28 (24-33)	55 (46-69)	41 (32-51)
Heiße Tage (Tmax ≥ 30°C) [Tage]	4	2	6	3	11 (9-14)	6 (5-7)	18 (15-23)	11 (9-15)
Tropennächte (Tmin ≥ 20°C) [Tage]	0	0	0	0	1 (0-2)	2 (1-5)	4 (2-9)	8 (5-14)
Hitzeperioden (aufeinanderfolgende Tage mit Tmax ≥ 30°C)[Max. Länge/Periode]	2	1	2	1	4 (3-5)	2 (2-3)	5 (5-7)	4 (3-5)

Das Auftreten von Hitzebelastungen wird zusätzlich durch den so genannten urbanen Wärmeinseleffekt verstärkt. In einer Stadt herrschen im Vergleich zum unbebauten Umland andere Klimabedingungen vor, die tendenziell mit steigender Einwohnerzahl bzw. Stadtgröße stärker ausgeprägt sind [Oke et al. 2017]. Aufgrund der unterschiedlichen Beschaffenheit des Stadtraums erwärmen sich manche Quartiere stärker als andere. Gründe hierfür sind beispielsweise der hohe Versiegelungsgrad und ein geringerer Anteil an Vegetation. Die Beeinträchtigung der Luftströmungen durch Gebäude sowie Wärmeemissionen durch Verkehr, Industrie und Haushalte spielen ebenfalls eine Rolle. Im Vergleich zum Umland führen diese Effekte im Sommer zu höheren Temperaturen und bioklimatischen Belastungen. Das Phänomen der Überwärmung kommt vor allem nachts zum Tragen und wird als Städtische Wärmeinsel bezeichnet [DWD 2023].

Bei den in der Tabelle 1 abgebildeten Werten handelt es sich um jährliche Durchschnittswerte, die über einen 30-jährigen Zeitraum gemittelt wurden. Die Kenntage können in extremen Jahren deutlich höher ausfallen. Ein Beispiel dafür ist das Jahr 2018, welches mit ca. 11 °C im Jahresmittel im Land Bremen eines der wärmsten seit Beginn der Aufzeichnungen war. 2018 wurden in Bremen und Bremerhaven entsprechend die bisher höchste Anzahl an Sommertagen und Heißen Tagen erreicht. In Bremen wurden 75 Sommertage gemessen (1971-2000 im Durchschnitt 23) und in Bremerhaven 48 Sommertage (1971-2020: im Durchschnitt 14) [DWD Klimareport Bremen und Bremerhaven 2024].

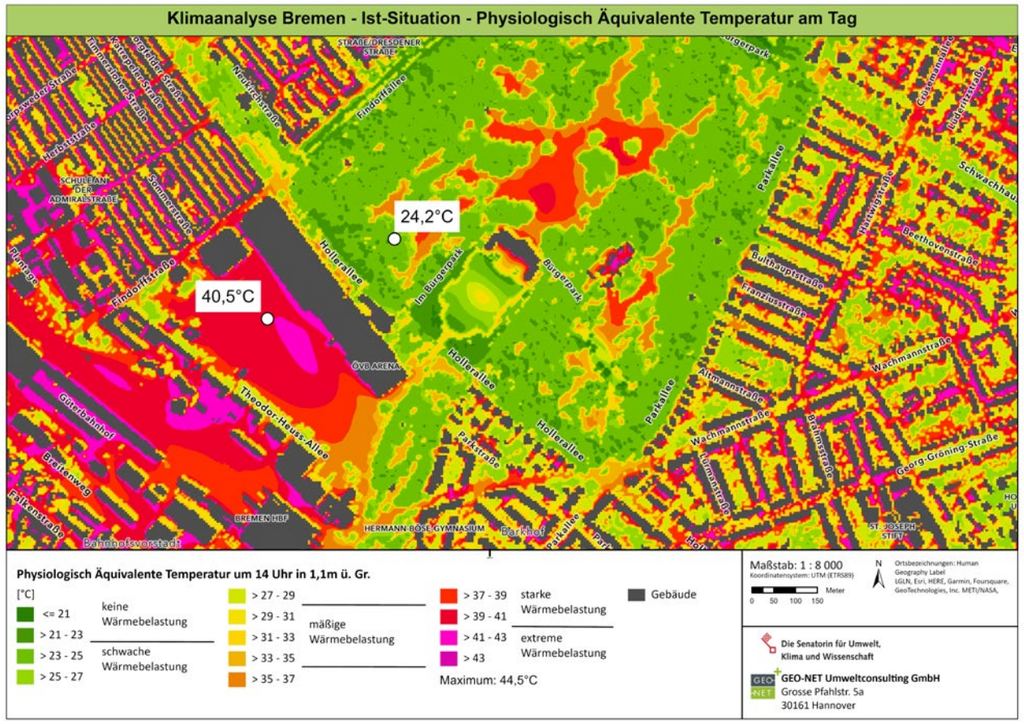


Abb. 06 Ausschnitt aus der Stadtklimaanalyse Bremen für die Siutation am Tag. Dargestellt ist die physiologische äquivalente Temperatur [°C] um 14 Uhr in 1,1 m über Grund

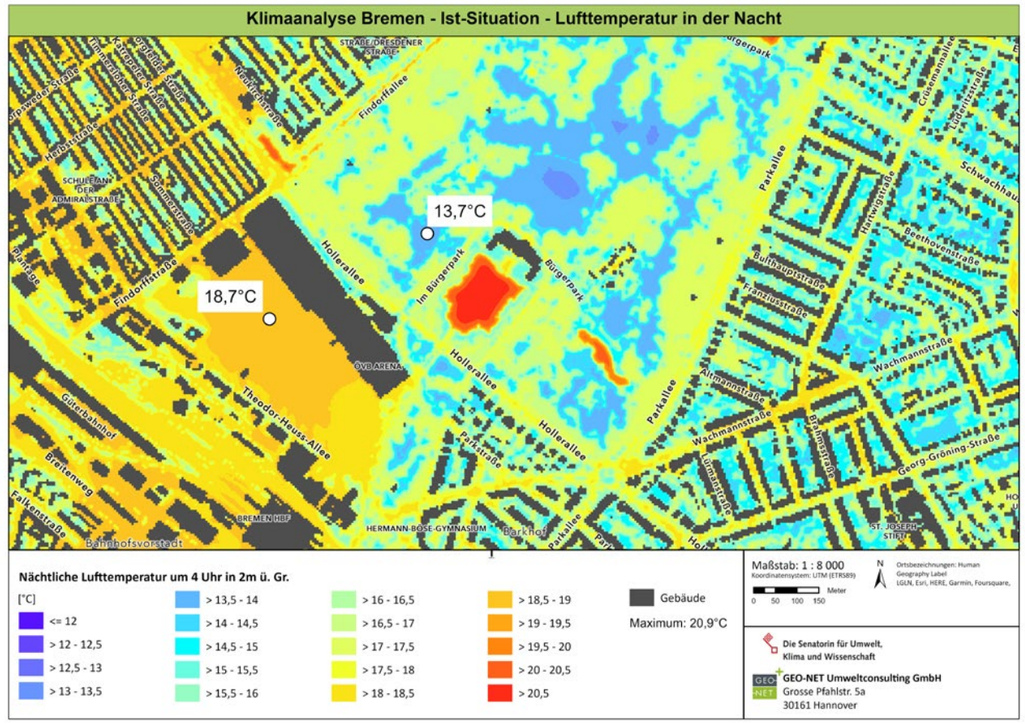


Abb. 07 Ausschnitt aus der Stadtklimaanalyse Bremen für die Situation in der Nacht. Dargestellt ist die nächtliche Lufttemperatur [°C] um 4 Uhr morgens in 2 m über Grund

Die räumliche Verteilung der Hitzebelastung ist in den Modellergebnissen der aktualisierten Stadtklimaanalyse der Stadt Bremen gut erkennbar: Während sich die Hitzebelastung am Tag insbesondere je nach Verschattung sehr kleinräumig heterogen über den Raum verteilt (Abb. 06), konzentriert sich die Hitzebelastung in der Nacht eher auf innerstädtische und stark versiegelte Bereiche (Abb. 07). Auffällig sind bei diesem Ausschnitt auch die nächtlichen Temperaturen über Wasserflächen (z. B. im Bürgerpark), die durch die Wärmespeicherungskapazität von Wasser deutlich höher sind als im direkten Umfeld. Eine detaillierte Erläuterung der Daten und der Datengrundlage inklusive der gesamtstädtischen Karten sind in der Dokumentation zur Stadtklimaanalyse Bremen zu finden (2024, zurzeit in Bearbeitung, nach Veröffentlichung verfügbar unter www.klimaanpassung.bremen.de).

4

Welche Stadtgebiete sind einer besonders starken Hitzebelastung ausgesetzt?

Zur Abschätzung des räumlichen Gesundheitsrisikos werden im Folgenden besonders gefährdete Bevölkerungsgruppen und Einrichtungen (vgl. Kap. 2) in den Stadtgebieten identifiziert und mit der räumlichen Hitzeverteilung kombiniert.

Die Analyse orientiert sich an dem „Handlungsleitfaden zur kommunalen Klimaanpassung in Hessen -Hitze und Gesundheit-“ des Hessischen Landesamtes für Naturschutz, Umwelt und Geologie [HLNUG 2019]. Die Analyse teilt sich in zwei unterschiedliche Betrachtungen auf

1. Hitzebelastung vulnerabler Gruppen
2. Hitzebelastung sozialer / vulnerabler Einrichtungen

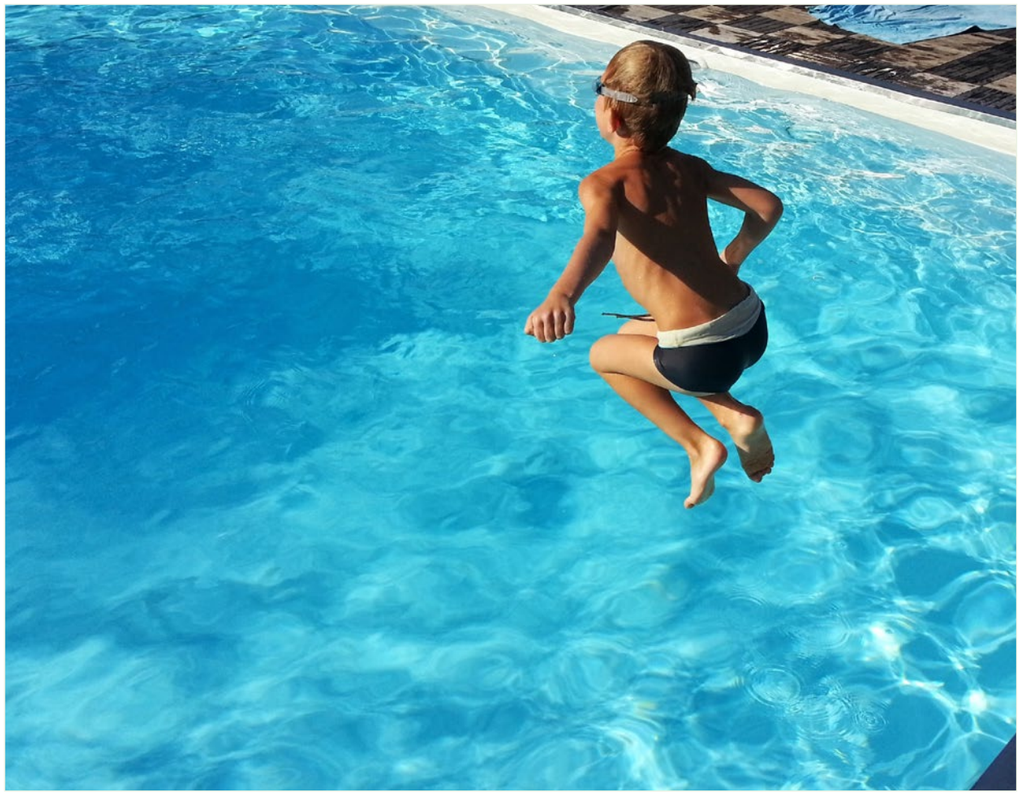


Abb. 08 Kleinkinder gehören zu den den besonders gefährdeten Bevölkerungsgruppen

4.1
Hitzebelastung vulnerabler Gruppen

Im Rahmen der räumliche Analyse wurde die folgende Auswahl der vulnerablen Bevölkerungsgruppen bezüglich Sensitivität und individueller Anpassungskapazität (vgl. Kap. 2) auf Basis der Einschätzungen von lokalen Fachakteur:innen vorgenommen. Für jede der hier erläuterten Bevölkerungsgruppen wurde eine Karte erstellt (siehe Anhang), in der Gebiete mit einer hohen Dichte der jeweiligen Bevölkerungsgruppe hervorgehoben sind, und mit den Erkenntnissen über die räumliche Hitzebelastung verschnitten werden:

Hochaltrige: Personen im Alter ab 80 Jahren wurden in dieser Untersuchung als „Hochaltrig“ bezeichnet. Sie gehören zu der gegenüber Hitze besonders vulnerablen Gruppe. Bei Menschen in dieser Altersklasse besteht ein erhöhtes Risiko von hitzebedingter Übersterblichkeit. Die erhöhte Mortalität begründet sich durch größere hitzeabhängige Gesundheitsrisiken infolge chronischer Erkrankungen, kognitiver und körperlicher Einschränkungen, Multimorbidität sowie Multimedikation und herabgesetzten Fähigkeiten zur physiologischen Anpassung an Hitze [HLNUG 2019, Becker et al. 2019].

Senior:innen: Personen im Alter von über 65 Jahren wurden aufgrund ihrer Einstufung als „ältere“ Bevölkerung ebenfalls als potenziell vulnerabel betrachtet und werden hier als „Senior:innen“ bezeichnet. Sie sind unter Umständen weniger mobil und besitzen eine geringere physiologische Anpassungsfähigkeit gegenüber Hitze (geringere Abgabe der Körperwärme, fehlende Wahrnehmung der Hitze, schnellere Dehydration) [BMG 2021]. Zusätzlich wurde eine Unterscheidung zwischen Männern und Frauen vorgenommen, da der Anteil allein und/oder in Altersarmut lebender Frauen im Vergleich zu Männern höher ausfällt und damit eine verringerte Anpassungskapazität und soziale Isolation einhergehen können.

Alleinlebende Senior:innen: Neben der Betroffenheit auf Grund des Alters kann die Lebenssituation von Senior:innen die Sensitivität gegenüber Hitze noch verstärken. Alleinlebende Senior:innen sind durch ihr Alter und die Gefahr, isoliert zu leben, besonders vulnerabel gegenüber Hitze. Symptome, die auf eine Gesundheitsbeeinträchtigung durch Hitze hinweisen, werden ggf. nicht rechtzeitig erkannt und entsprechend keine ärztliche Hilfe gerufen. Eine weitere Herausforderung im Umgang mit Hitze kann die eingeschränkte Mobilität alleinlebender Senior:innen sein.

Kleinkinder: Kinder im Alter von bis zu 6 Jahren werden in dieser Analyse als „Kleinkinder“ bezeichnet. Im Vergleich zu Erwachsenen besteht bei Kleinkindern eine geringere Thermoregulation, der Körper produziert weniger kühlenden Schweiß, gleichzeitig bietet die Körperoberfläche eine größere relative Absorptionsfläche für Wärmestrahlungen da Körpervolumen und Körperoberfläche in einem anderen Verhältnis stehen als bei erwachsenen Menschen. Weiterhin liegt bei Kleinkindern ein höherer Flüssigkeitsanteil im Körper vor und die relative Verdunstung ist aufgrund der größeren Körperoberfläche in Bezug zum Körpervolumen ebenfalls höher als bei Erwachsenen. Bei Hitze sind sie daher einem größeren Risiko ausgesetzt, eine Austrocknung des Körpers (Exsikkose) als Folge einer Dehydration zu erleiden [HLNUG 2019].

Sozialindex: Eine höhere Gefährdung bei Hitzeextremen kann sich bei sozioökonomisch benachteiligten Bevölkerungsgruppen aus einem oder mehreren der folgenden Faktoren ergeben: Oftmals schlechtere Wohnbedingungen (niedrige Dämmstandards insbesondere), mobile oder finanzielle Einschränkungen zur Hitzevorsorge, geringere Teilhabechancen und ggf. einem schlechteren allgemeinen Gesundheitszustand [HLNUG 2019]. Für die beiden Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven liegt jeweils ein Sozialindex vor, der die folgenden Indikatoren kombiniert betrachtet: Sprachförderbedarf, Nicht-Abiturquote, Kinderarmut, Erwerbsfähige mit SGB-II-Bezug, Arbeitslosenziffer, Nichtwähler:innnenanteil.

SGB XII-Beziehende (unveröffentlicht / verwaltungsintern): Da der Sozialindex eine höhere Aussagekraft in Bezug auf die Vulnerabilität jüngerer Menschen hat, wurde zusätzlich die räumliche Verteilung von SGB XII-Beziehenden ausgewertet. Dadurch werden auch sozioökonomisch benachteiligte Menschen, die tendenziell älter sind, berücksichtigt. SGB XII-Beziehende sind besonders vulnerabel gegenüber Hitze, da sie aufgrund der eingeschränkten ökonomischen Ressourcen oft keine oder nicht ausreichenden Hitzeschutzmaßnahmen vornehmen können.

Räumliche Analyse der vulnerablen Gruppen

Zur Ermittlung des Vorkommens vulnerabler Gruppen in einem Gebiet wurden Kategorien definiert, welche sich aus den vorhandenen demographischen Daten ableiten. Die beschriebenen Bevölkerungsdaten beziehen sich in den beiden Städten auf die folgenden räumlichen Einheiten für welche die entsprechenden Daten vorliegen:

- Stadt Bremen: 343 Quartiere (statistische, räumliche Gliederungsebene oberhalb der Baublockebene und unterhalb der Ortsteilebene)
- Stadt Bremerhaven: 64 Sozialräume

Zunächst wurde die Bevölkerungsdichte (Personen pro Fläche) der jeweiligen vulnerablen Gruppe berechnet. Diese Berechnung bezieht sich ausschließlich auf den Siedlungsraum, sodass Quartiere oder Sozialräume mit einem hohen Freiflächenanteil nicht automatisch niedriger gewichtet werden. In einem zweiten Schritt wurden die einzelnen Einwohnerdichten in je zehn gleich große Gruppen (Dezile[5]) eingeteilt. Für die weitere Überlagerung mit der Hitzebelastung wurden nur die drei höchsten Kategorien also die obersten 30 % weiter berücksichtigt (Dezil 8, 9 und 10). Diese wurden in folgende Klassen zur Beschreibung von unterschiedlichen Dichten der vulnerablen Bevölkerung eingeteilt:

- Dezil 8 = Klasse „mittel-hohe Dichte“
- Dezil 9 = Klasse „hohe Dichte“
- Dezil 10 = Klasse „sehr hohe Dichte“

Der bestehende Sozialindex ist in sechs Klassen eingeteilt (≥ +1 bis ≤-1,5 entspricht einem niedrigen bis sehr hohen Sozialstatus). Für die weitere Überlagerung wurden Quartiere/ Sozialräume ab einem leicht niedrigen Sozialstatus berücksichtigt, woraus sich die folgenden drei Klassen ergeben:

- Leicht niedriger Sozialstatus (Indexwert ≤ -0,5 und > -1)
- Niedriger Sozialstatus (Indexwert ≤-1 und >-1,5)
- Sehr niedriger Sozialstatus (Indexwert ≤-1,5)

Überlagerung mit räumlichen Hitzebelastungen

Die identifizierten Flächenkulissen der vulnerablen Gruppen stellen die Grundlage für die visuelle Überlagerung mit der Hitzebelastung dar. Für die ausgewählten Flächen wurden daher besonders relevante Hitzebelastungen identifiziert.

In Bremerhaven kann auf Grund der Datengrundlage ausschließlich die nächtliche Hitzebelastung abgebildet werden. Die Grundlage stellt die Planungshinweiskarte Stadtklima dar, welche auf einer 50 x 50 m Modellierung aus dem Jahr 2019 beruht. Für die Darstellung wurden die zwei höchsten Bewertungsklassen für die Nachtsituation ausgewählt:

- Mittlere bioklimatische Situation in der Nacht
- Ungünstige bioklimatische Situation in der Nacht

In Bremen basiert die Darstellung auf Ergebnissen der aktuellen Stadtklimaanalyse aus 2024 mit einer höheren räumlichen Auflösung von 5 x 5 m, sodass auch Aussagen zur Hitzebelastung am Tag möglich sind. Die Darstellung der Hitzebelastung unterscheidet zwischen drei unterschiedlichen Belastungsstufen:

- Überdurchschnittliche Belastung am Tag
- Überdurchschnittliche Belastung in der Nacht
- Überdurchschnittliche Belastung am Tag und in der Nacht

Der Anteil der jeweiligen vulnerablen Gruppen ist als linienhafte Umrandung in drei farblichen Abstufungen dargestellt. Die Hitzebelastung in diesen als vulnerabel identifizierten Räumen liegt als flächenhafte Darstellung kleinteilig vor. Aus diesem Vorgehen ergeben sich folgende, leicht abweichende Darstellungsweisen für Bremerhaven (Abb. 09) und Bremen (Abb. 10).

Hinweise zu den nachfolgenden Karten (Abb. 09 - 11):

- Die Berechnung der Dichte bezieht sich ausschließlich auf den Siedlungsraum
- Die bioklimatische Belastung (für den Siedlungsraum) ist nur in den jeweils dargestellten Räumen abgebildet; auch außerhalb dieser Räume können hohe bioklimatische Belastungen vorliegen
- Die Berechnung basiert für Bremerhaven auf den Ergebnissen der Stadtklimaanalyse (SKA) 2019 und für Bremen auf den Ergebnissen der aktualisierten SKA 2024
- Die Klassifikation der Hitzebelastung am Tag erfolgt auf Basis der VDI-Schwellenwerte

[5] Dezil-Bildung: Die Einzelwerte eines Indikators werden der Größe nach sortiert und in zehn gleichstark besetzt Gruppen eingeteilt.

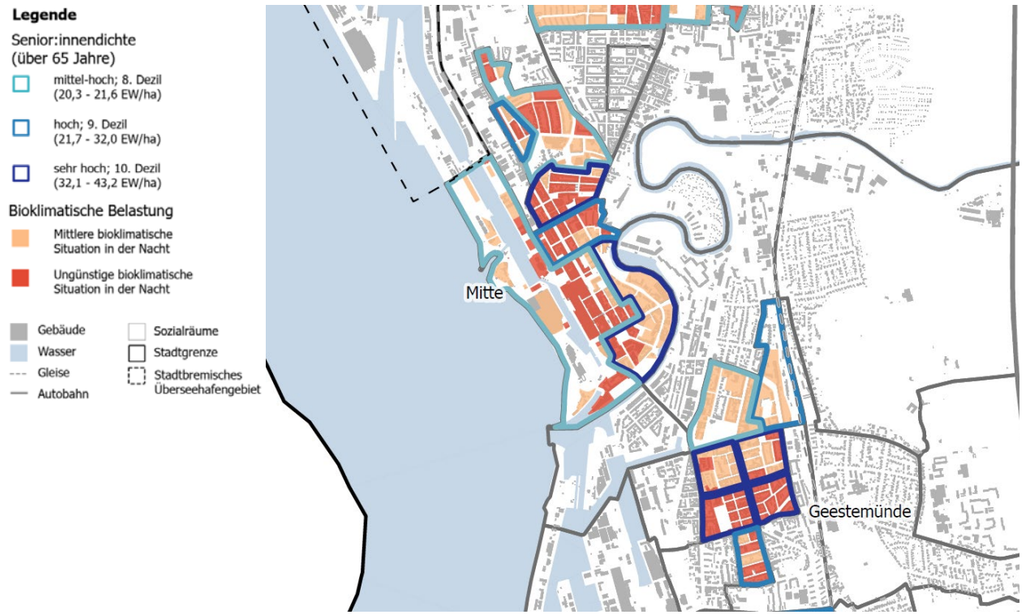


Abb. 09 Auszug aus der Karte Senior:innendichte (über 65 Jahre) und bioklimatische Belastung in der Nacht in Bremerhaven

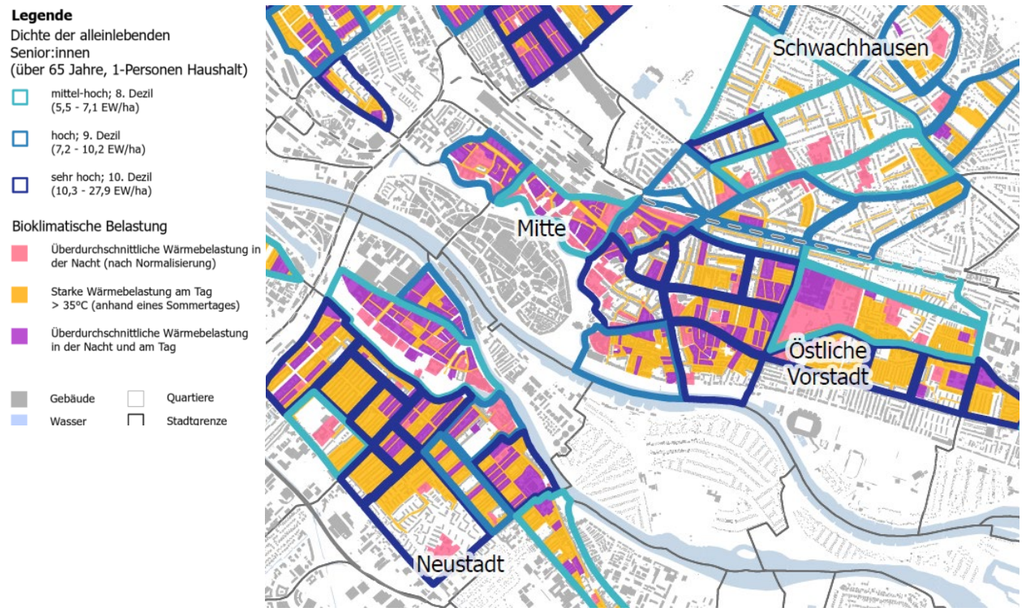


Abb. 10 Auszug aus der Karte Dichte von alleinlebenden Senior:innen (über 65 Jahre) und bioklimatische Belastung in der Nacht und am Tag in Bremen

4.2
Hitzebelastung sozialer / vulnerabler Einrichtungen

Zusätzlich zur räumlichen Analyse vulnerabler Gruppen in den Stadtteilen wurden Einrichtungen oder Nutzungen hinsichtlich der Hitzebelastung im Außenbereich ausgewertet, in denen sich Personen mit erhöhter Sensitivität gegenüber Hitze (Senior:innen oder kranke Menschen, Kinder oder sozial benachteiligte Menschen) aufhalten bzw. von ihnen genutzt werden (Abb. 11):

- Kitas
- Schulen
- Pflegeeinrichtungen
- Krankenhäuser
- Notunterkünfte für wohnungs- bzw. obdachlose Menschen (nur für Bremen vorliegend)
- Einrichtungen für Geflüchtete (nur für Bremen vorliegend, nicht veröffentlicht)

Neben den hier aufgelisteten Einrichtungen ist es denkbar, dass in Zukunft weitere Einrichtungen (z. B. Einrichtungen für Suchtkranke) in Bezug auf ihre Hitzebelastung ausgewertet werden.

Die Analyse zeigt, welche bioklimatische Belastung an einem typischen Sommertag und ggf. in der Nacht im Außenbereich der jeweiligen Einrichtungen vorliegt, trifft jedoch keine Aussagen über die Hitzebelastung in den Gebäuden, da die Gebäudesubstanz und Ausstattung nicht berücksichtigt werden konnten. Auf das Innenraumklima könnte in zukünftigen Analyseschritten eingegangen werden, insb. bei Einzelfallbetrachtungen. Auch kleinteilige Anpassungsmaßnahmen an Hitze (wie temporäre Verschattung, Pergolen, …) im Außenbereich wurden nicht berücksichtigt.

Die Orte bzw. Einrichtungen werden zu unterschiedlichen Tageszeiten unterschiedlich genutzt. Für Kitas und Schulen ist beispielsweise vor allem die Hitzebelastung am Tag relevant, für Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen und Notunterkünfte dagegen auch die bioklimatische Situation in der Nacht. Da in Bremerhaven nur Ergebnisse der Stadtklimaanalyse für die Nachtsituation vorliegen, können dort nur Krankenhäuser hinsichtlich der Hitzebelastung nachts in ihrem Umfeld beschrieben werden. Für Bremen können darüber hinaus auch Aussagen zur Hitzebelastung am Tag im Umfeld von Schulen und Kitas getroffen werden.

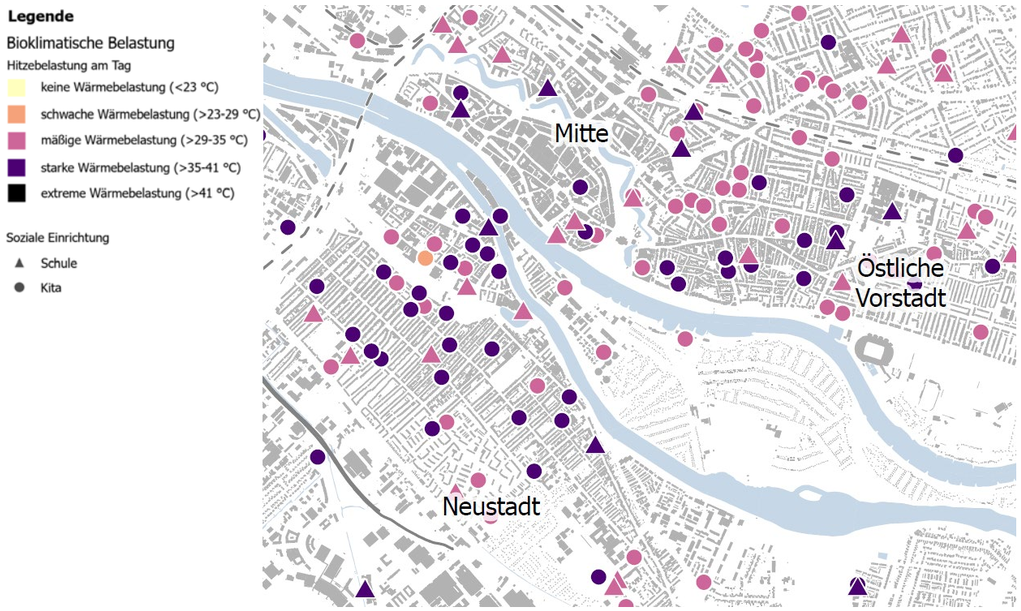


Abb. 11 Auszug aus der Karte Hitzebelastung von sozialen Einrichtungen (Kitas und Schulen) an einem weitgehend windstillen Sommertag in Bremen. Dargestellt ist die Physiologisch Äquivalente Temperatur (PET) in °C, welche aus dem Energiebilanzmodell des menschlichen Körpers (MEMI) zur Bewertung der thermischen Behaglichkeit ähnlich der „Gefühlten Temperatur" abgeleitet wurde.

4.3
Ausgewählte Ergebnisse

Die Ergebnisse der räumlichen Risikoanalyse zeigen eine heterogene Verteilung der vulnerablen Gruppen und thermischen Belastung über die Stadtgebiete von Bremen und Bremerhaven. In Bremen liegen Quartiere mit einer hohen Dichte von Senior:innen und Hochaltrigen zentrumsnah in den Stadtteilen Neustadt, Findorff und der Vahr sowie in einigen Stadtteilen am Stadtrand, wie Osterholz im Osten oder Obervieland im Süden. Eine hohe Dichte an Kleinkindern ist teilweise ebenfalls in den Stadtteilen Neustadt, Findorff und der Vahr zu verzeichnen. Zusätzlich sind hohe Kleinkinderdichten in Walle und der Östlichen Vorstadt sowie in vereinzelten Quartieren am Stadtrand vorzufinden. Ein niedriger Sozialindex mit erhöhter thermischer Belastung liegt in Blumenthal und Vegesack sowie in Gröpelingen vor, aber auch in der Neustadt, der Vahr und in Hemelingen.

In Bremerhaven weisen die Stadtteile Mitte und Geestemünde viele Sozialräume mit einer hohen Dichte an Senior:innen und Hochaltrigen auf. Eine hohe Dichte von Kleinkindern liegt in Teilen von Lehe und ebenfalls in Mitte und Geestemünde vor. Die räumliche Verteilung eines niedrigen Sozialstatus mit erhöhter thermischer Belastung ist räumlich sehr ähnlich zu den Bereichen mit einer hohen Kleinkinderdichte.

Bei einer hohen baulichen Dichte und somit einer hohen Bevölkerungsdichte ist zusätzlich oftmals eine hohe Dichte von sozialen Einrichtungen in Bremen und Bremerhaven zu verzeichnen, die durch ihre Lage mindestens in der Nacht durch Hitze betroffen sein können. Innerhalb der besonders vulnerablen Quartiere in Bremen und Sozialräumen in Bremerhaven zeigt sich eine unterschiedliche thermische Belastung. Während die thermische Belastung in der Nacht in beiden Stadtgebieten insbesondere in stark verdichteten Stadtteilen am höchsten ist, verteilt sich die thermische Belastung am Tag, welche bislang nur für Bremen modelliert vorliegt, je nach Verschattung heterogener über das jeweilige Stadtgebiet.

Die einzelnen Ergebnisse der räumlichen Analysen sind den Karten im Anhang zu entnehmen. Sie liefern die Grundlage für eine räumliche Priorisierung bei der Vorbereitung und Umsetzung der Maßnahmen.



Abb. 12 Mit einer hohen baulichen Dichte und wenig Durchgrünung gehören weite Teile Gröpelingens zu den hitzebelasteten Siedlungsbereichen Bremens

5

Was unternehmen wir gegen Hitzebelastungen?



Für den Hitzeaktionsplan des Landes Bremen und seiner Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven wurden fünf Handlungsfelder definiert.

Diesen wurden sämtliche Maßnahmen, die für Erreichung der unter Kapitel 1 aufgeführten Ziele notwendig sind, zugeordnet:

- A: Strukturbildung
- B: Risikokommunikation, Information und Sensibilisierung
- C: Management von Akutereignissen
- D: Langfristige Maßnahmen der klimaangepassten Stadtentwicklung
- E: Monitoring und Evaluation

Die Handlungsfelder orientieren sich dabei an den acht für die erfolgreiche Umsetzung von Hitzeaktionsplänen wichtigen Kernelementen aus den Heat-Health Action Plans der Weltgesundheitsorganisation (WHO 2008, GAK 2017) (vgl. Abb. 13).

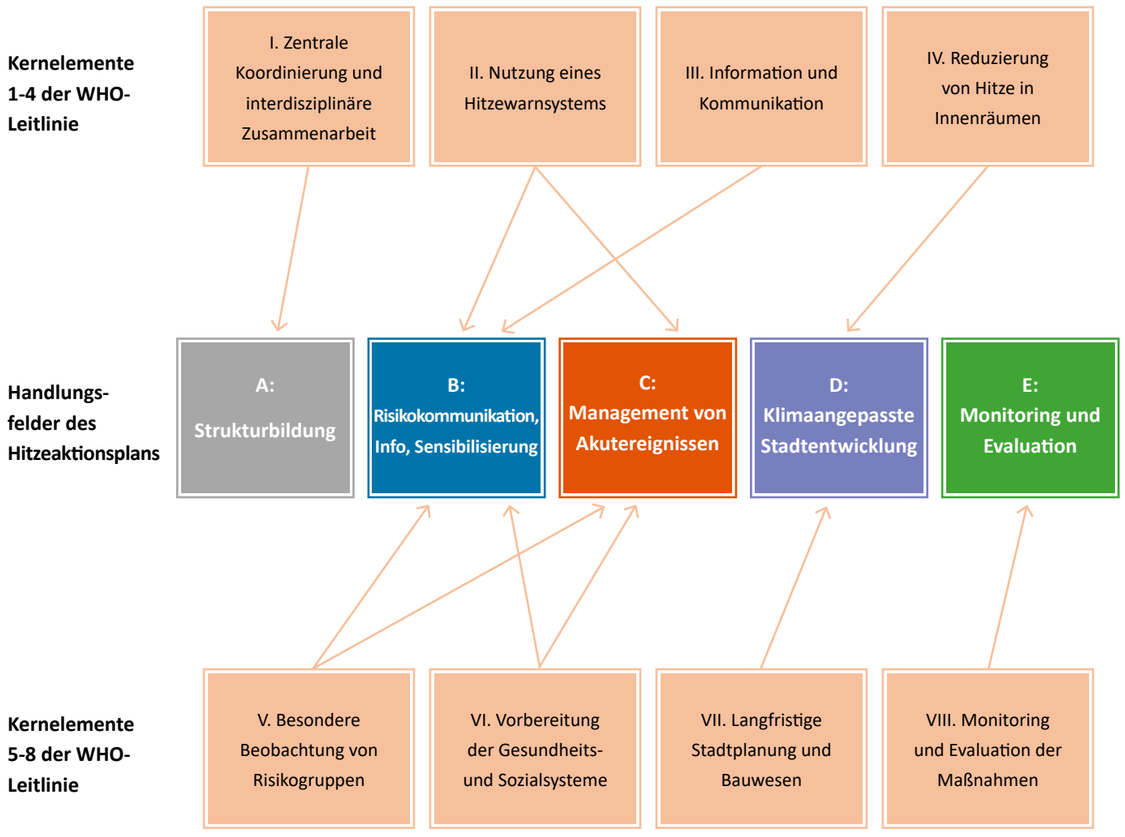


Abb. 13 Handlungsfelder des Hitzeaktionsplans im Kontext der Kernelemente nach WHO

Die Ausarbeitung der Maßnahmen des Hitzeaktionsplans erfolgte in enger Abstimmung mit den zuständigen Fachverwaltungen als auch mit Akteur:innen außerhalb der Verwaltung, insbesondere des Gesundheits- und Sozialwesens (vgl. Kap. 1.2). Die ausgewählten Maßnahmen werden als besonders wirkungsvoll für die Umsetzung der Hitzevorsorge betrachtet und sollen aufgrund ihrer Dringlichkeit oder herausragenden Bedeutung vorrangig umgesetzt werden. Die Maßnahmen sind den oben genannten Handlungsfeldern zugeteilt (vgl. Abb. 14).

Auf den folgenden Seiten werden die Maßnahmen der Handlungsfelder A, B, C, D und E (Kap. 5.1 bis 5.5) in Steckbriefen dargestellt. Die langfristigen Maßnahmen der klimaangepassten Stadtentwicklung (Handlungsfeld D) sind auch Bestandteil der Klimaanpassungsstrategie (2024).

Die Steckbriefe enthalten neben einer kurzen Beschreibung der Maßnahme auch deren Ziele sowie Angaben zur Federführung und welche weiteren Akteur:innen beteiligt werden sollen. Es wird zudem aufgeführt, welche Personengruppen die Maßnahme adressiert und wie sie zur gesundheitlichen Chancengerechtigkeit beiträgt.



Abb. 14 Übersicht der Maßnahmen des Hitzeaktionsplans für das Land Bremen und seine beiden Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven

5.1
Strukturelle Maßnahmen

Der Hitzeaktionsplan knüpft an bestehende Strukturen und Aktivitäten im Land Bremen an, beinhaltet aber gleichzeitig auch viele neue und zusätzliche Aufgaben. Darüber hinaus fallen viele der Maßnahmen nicht in eindeutige behördliche Zuständigkeiten, sondern befinden sich an der Schnittstelle zwischen Gesundheits-, Sozial- und Umweltbereich. Die neu einzurichtende zentrale Koordinierungsstelle, sowie Steuerungskreis und Akteursnetzwerk bilden daher das organisatorische Grundgerüst für die Umsetzung des Hitzeaktionsplans und sind im Handlungsfeld A zusammengefasst (vgl. Abb. 15).

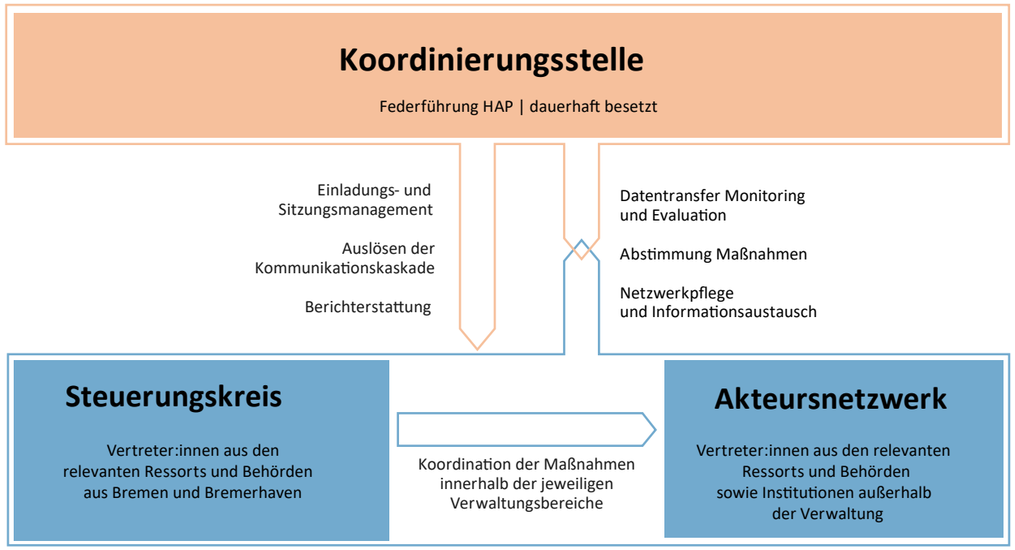


Abb. 15 Organisationsstruktur zur Umsetzung des Hitzeaktionsplans



Abb. 16 Bereits im Rahmen der Erarbeitung des Hitzeaktionplans erfolgte ein intensiver Austauschprozess verschiedener relevanter Akteur:innen

A.1 KOORDINIERUNGSSTELLE HITZEAKTIONSPLAN

Typ: regelmäßig / fortlaufend **Ebene:** Land

Ziele der Maßnahme

- Schaffung einer zentralen Stelle zur Koordinierung und Umsetzung des Hitzeaktionsplans
- Zusammenführung und Weiterleitung aller im Rahmen der Hitzevorsorge relevanten Informationen
- Koordination von Steuerungskreis und Akteursnetzwerk im Land Bremen
- Monitoring der Umsetzung der Maßnahmen
- Auswertung der Wirksamkeit der Maßnahmen
- Sicherstellung einer ganzheitlichen Betrachtung landesweiter/ gesamtstädtischer Zusammenhänge bezogen auf die Hitzevorsorge

Akteur:innen

Federführung

Die Zuständigkeit der Federführung der Koordinierungsstelle befindet sich zwischen SUKW und SGFV in Abstimmung, unter dem Vorbehalt einer Förderzusage könnte das Gesundheitsamt Bremen eine solche Stelle aufbauen.

Weitere Akteur:innen

- SUKW Referat 43
- Gesundheitsamt BHV

Adressierte Personengruppe

- Allgemeinbevölkerung
- (sozial) vulnerable Bevölkerungsgruppen

Fokus: Gesundheitliche Chancengerechtigkeit

Die Koordinierungsstelle stellt die Berücksichtigung der gesundheitlichen Chancengerechtigkeit im Rahmen der Umsetzung der Maßnahmen sicher.

Kurzbeschreibung der Maßnahme

Mit der Koordinierungsstelle wird eine dauerhafte Ansprechstelle für alle an der Umsetzung des Hitzeaktionsplans beteiligten Institutionen innerhalb und außerhalb der Verwaltung in Bremen und Bremerhaven geschaffen. Sie zielt zudem auf eine koordinierte und fachübergreifende Vernetzung und interdisziplinäre Zusammenarbeit bei der Umsetzung des Hitzeaktionsplans.

Zu den zentralen Aufgaben der Koordinierungsstelle gehören:

- Koordinierung der saisonal vorbereitenden und akuten Maßnahmen während einer Hitzewelle
- Vertretung der besonderen Belange des Hitzeaktionsplans bei der Umsetzung der Klimaanpassungsstrategie
- Anstoßen und ggf. Übernahme der Federführung ausgewählter Maßnahmen des Hitzeaktionsplans
- Öffentlichkeitsarbeit, Sensibilisierung der beiden Stadtgesellschaften, Förderung des Wissenstransfers über gesundheitliche Risiken und Anpassungsbedarfe hinsichtlich auftretender Hitzebelastungen
- Vertretung der Belange hitzevulnerabler Gruppen
- Weiterentwicklung der Maßnahmen in Zusammenarbeit mit Fachabteilungen und externen Partner:innen
- Auslösen der Kommunikationskaskade bei Hitzewarnung (vgl. B.1)
- Einrichtung und Organisation des Steuerungskreises und des Akteursnetzwerks inkl. Management von Einladungen und Sitzungen sowie Netzwerkausbau
- Berichterstattung, Evaluation und Monitoring (vgl. E.1 und E.2)
- Fortschreibung des Hitzeaktionsplans

Umsetzungsschritte

Die Etablierung der Koordinierungsstelle Hitzeaktionsplan kann nur aus Fördermitteln finanziert werden. Auch eine nachhaltige Fortführung der Stelle ist nur durch eine zusätzliche Finanzierung möglich. Die Umsetzung der Maßnahme hängt daher wesentlich von der Einwerbung entsprechender Mittel ab.

Kosten

230.000 – 270.000€ / Jahr

Zeitrahmen

dauerhaft

Monitoring / Evaluation

Synergien & Anknüpfungspunkte

Alle Maßnahmen des HAP

A.2 STEUERUNGSKREIS HITZEAKTIONSPLAN

Typ: regelmäßig / fortlaufend **Ebene:** Land

Ziel der Maßnahme

Etablierung eines Gremiums für ressortübergreifende Abstimmungen und Entscheidungen bei der Umsetzung des Hitzeaktionsplans

Akteur:innen

Federführung

Koordinierungsstelle

Weitere Akteur:innen

Relevante Behörden aus Bremen und Bremerhaven

Adressierte Personengruppe

- Allgemeinbevölkerung
- (sozial) vulnerable Bevölkerungsgruppen

Fokus: Gesundheitliche Chancengerechtigkeit

Im Rahmen der Treffen sollte die Berücksichtigung der gesundheitlichen Chancengerechtigkeit regelmäßig seitens der Koordinierungsstelle thematisiert werden

Kurzbeschreibung der Maßnahme

Dem Steuerungskreis gehören Vertreter:innen aus allen an der Umsetzung des Hitzeaktionsplans beteiligten Ressorts an. Im Zuge halbjährlich stattfindender Treffen wird die Realisierung der vereinbarten Maßnahmen koordiniert. Bei langanhaltenden Hitzeperioden können durch die Koordinierungsstelle zusätzliche Treffen des Steuerungskreises anberaumt werden.

Der Steuerungskreis dient zudem

- dem Informations- und Erfahrungsaustausch
- der Bündelung von Fachwissen und Ressourcen
- dem Datentransfer und Erfahrungsweitergabe für Monitoring und Evaluation

Umsetzungsschritte

1. Festlegung Teilnehmendenkreis
2. Je Treffen: Organisation, inhaltliche Vor- und Nachbereitung, Einladungsmanagement (zuständig: Koordinierungsstelle)
3. Pflege Verteiler

Kosten

Bindung personeller Ressourcen

Zeitrahmen

i.d.R. halbjährliche Treffen

Monitoring / Evaluation

Feedback der Teilnehmenden

Synergien & Anknüpfungspunkte

Projektgruppentreffen im Rahmen der Erstellung des Hitzeaktionsplans

A.3 AKTEURSNETZWERK HITZEAKTIONSPLAN

Typ: regelmäßig / fortlaufend **Ebene:** Land

Ziele der Maßnahme

- Aufbau eines breiten Netzwerks aller für die Umsetzung des Hitzeaktionsplans relevanten Akteur:innen
- Gewährleistung des Informationsaustauschs zwischen den an der Umsetzung des Hitzeaktionsplans beteiligten Organisationen zur abgestimmten und zielgerichteten Durchführung der Maßnahmen

Akteur:innen

Federführung

Koordinierungsstelle

Weitere Akteur:innen

- Teilnehmende des Steuerungskreises (A.2)
- Relevante Institutionen wie z. B. Träger der Eingliederungshilfe, Träger der Wohnungslosenhilfe, Familiennetz, Dienstleistungszentren, GesundheitsPUNKTe, Gesundheitszentren und Hebammenzentren, Migrant:innenorganisationen, Träger der offenen Altenhilfe, Seniorenvertretung, Migrantische Vereine und Gemeindezentren, Kassenärztliche Vereinigung (KV), Wohlfahrtsverbände, Kammern (Ärzt:innen, Psychotherapeut:innen, Apotheker:innen), Zentrale Arbeitsgruppe (ZAK) - Menschen mit Behinderungen (HB & BHV)
- und sonstige Akteur:innen außerhalb der Verwaltung aus Bremen und Bremerhaven

Adressierte Personengruppe

- Allgemeinbevölkerung
- (sozial) vulnerable Bevölkerungsgruppen

Fokus: Gesundheitliche Chancengerechtigkeit

Im Rahmen der Treffen sollte die Berücksichtigung der gesundheitlichen Chancengerechtigkeit regelmäßig seitens der Koordinierungsstelle thematisiert werden.

Kurzbeschreibung der Maßnahme

Dem Akteursnetzwerk gehören Vertreter:innen aus den relevanten Ressorts (vgl. A.2) sowie aus den Institutionen außerhalb der Verwaltung an, die mit der Umsetzung des Hitzeaktionsplans befasst oder davon betroffen sind. Das Akteursnetzwerk basiert auf dem Kreis der beteiligten Teilnehmenden bei der Erstellung des Hitzeaktionsplans. Zur Umsetzung von spezifischen Maßnahmen kann die Bildung von Arbeitsgruppen sinnvoll sein. Bei langanhaltenden Hitzeperioden kann durch die Koordinierungsstelle zu Abstimmungstreffen des Akteursnetzwerks eingeladen werden.

Das Akteursnetzwerk dient zudem

- der allgemeinen Netzwerkpflege,
- der Bündelung von Fachwissen und Ressourcen und damit der Qualifizierung von Multiplikator:innen,
- der Sicherung von Expertise und Berücksichtigung von Ansprüchen an den Hitzeaktionsplan,
- der Abstimmung des Warn- und Informationsplans (vgl. B.1),
- der Weitervermittlung bei Anfragen sowie
- dem Datentransfer und Erfahrungsweitergabe für Monitoring und Evaluation.

Umsetzungsschritte

1. Festlegung Teilnehmendenkreis
2. Je Treffen: Organisation, inhaltliche Vor- und Nachbereitung, Einladungsmanagement (zuständig: Koordinierungstelle)
3. Pflege Verteiler

Kosten

- Bindung personeller Ressourcen
- ggf. kleinere Veranstaltungskosten (z. B. Raummiete, Catering)

Zeitrahmen

Monitoring / Evaluation

- Teilnahmebereitschaft
- Feedback der Teilnehmenden

Synergien & Anknüpfungspunkte

Projektgruppentreffen im Rahmen der Erstellung des Hitzeaktionsplans

5.2
Maßnahmen der Risikokommunikation, Information und Sensibilisierung

Ziel der Maßnahmen im Handlungsfeld B ist die Kommunikation von Hitzerisiken, um die Öffentlichkeit zu sensibilisieren und über Schutz- und Vorsorgemöglichkeiten zu informieren. Dazu sollen entsprechende zielgruppengerechte Medien gewählt oder entwickelt werden, um auch möglichst alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen zu erreichen.



Abb. 17 Hitze kann vor allem für ältere Menschen eine große Belastung darstellen

B.1 **WARN- UND INFORMATIONSPLAN**

Typ: saisonal vorbereitend **Ebene:** Land

Ziele der Maßnahme

- Entwicklung einer verbindlichen Kommunikationsstruktur für die Verbreitung von Hitzewarnungen und Informationen
- Gewährleistung einer flächendeckenden Information der Bevölkerung im Falle von DWD-Hitzewarnungen

Akteur:innen

Federführung

- Koordinierungsstelle
- Der Senator für Inneres und Sport – Referat 35 (Landeskatastrophenschutzbehörde)

Weitere Akteur:innen

- Steuerungskreis
- Akteursnetzwerk

Adressierte Personengruppe

- Allgemeinbevölkerung
- (sozial) vulnerable Bevölkerungsgruppen

Fokus: Gesundheitliche Chancengerechtigkeit

Sicherstellung der Information aller Bevölkerungsgruppen (vgl. B.4 spezifisch für vulnerable Gruppen)

Kurzbeschreibung der Maßnahme

Es werden verbindliche Regelungen und Arbeitsstrukturen bei der Verbreitung von Hitzewarnungen und Informationen festgelegt. Hierbei werden

- die an der Informationsverbreitung beteiligten Dienststellen und Akteur:innen,
- Zeitpunkte bzw. auslösende Kriterien der Informationsverbreitung je nach Warnstufe,
- Inhalte und Datenquellen sowie
- Kommunikationswege und Medien der Informationsverbreitung

festgelegt.

Der Warn- und Informationsplan wird unter Beteiligung des Steuerungskreises und des Akteursnetzwerks erarbeitet. Wichtige Bausteine des Plans sind die unter C.1 beschriebene Weiterleitung der Hitzewarnungen sowie die unter B.3 und B.4 beschriebenen Sensibilisierungs- und Informationskampagnen. Der Warn- und Informationsplan ist jeweils saisonal zu aktualisieren.

Zur Kommunikation von Hitzewarnungen wird das Hitzewarnsystem des Deutschen Wetterdienstes (DWD) genutzt. Im Ergebnis können Informationen beispielsweise über Anzeigen im ÖPNV, Werbetafeln / Außenwerbung, Warn-Apps und Rundfunkmeldung verbreitet werden (vgl. C.1).

Umsetzungsschritte

1. Ist-Analyse; Zusammenstellung aller relevanter Akteur:innen und Informationsquellen
2. Entwicklung eines Informations- und Kommunikations- sowie Alarmierungsplans → Definieren, welche Inhalte zu welchem Zeitpunkt und über welche Kanäle und Medien kommuniziert werden sollen (u. a. KV-Seite, Nutzung vorhandener Apps wie NINA etc.)
3. kontinuierliche Pflege (regelmäßige Überprüfung und Anpassung)

Kosten

Bindung personeller Ressourcen

Zeitrahmen

Monitoring / Evaluation

Überprüfung nach dem Sommer, ob Warn- und Informationsplan alle Bedarfe abdeckt und Kommunikationskaskade wie gewünscht funktioniert hat.

Synergien & Anknüpfungspunkte

B.2 HITZEPORTAL LAND BREMEN

Typ: saisonal vorbereitend **Ebene:** Land

Ziele der Maßnahme

- Information und Sensibilisierung der Bevölkerung
- Bereitstellung von einfach zugänglichen Verhaltenstipps und gesundheitlichen Präventionsmaßnahmen während sommerlichen Hitzeereignissen bzw. -perioden

Akteur:innen

Federführung

- Koordinierungsstelle
- HB: Gesundheitsamt

Weitere Akteur:innen

- Landeszentrale Klimaanpassung
- BHV: Gesundheitsamt
- Gesundheitsressort (HB: Pressestelle, Abteilung 2 Stabsbereich Prävention, Gesundheitsförderung & Health in all policies, Abteilung 3, Ref. 31 (Pflege))
- HB: WFB Tourismus

Adressierte Personengruppe

- Allgemeinbevölkerung
- (sozial) vulnerable Bevölkerungsgruppen

Fokus: Gesundheitliche Chancengerechtigkeit

In Verbindung mit Maßnahmen von B.3 und B.4 Erreichen aller Bevölkerungsgruppen.

Kurzbeschreibung der Maßnahme

Entwicklung und Pflege einer Internetseite, die gebündelte Informationen zum Thema Hitze und Gesundheit für Bremen und Bremerhaven zusammenfasst. Diese enthält u. a. Informationen zu gesundheitlicher Gefährdung bei Hitzeereignissen, Verhaltenstipps sowie den Hitzeaktionsplan zum Download. Zudem erfolgt eine Verlinkung / Integration einer Karte mit kühlen Orten (vgl. C.5) und Trinkbrunnen (vgl. C.9).

Umsetzungsschritte

1. Gewünschte Inhalte und Format festlegen
2. Zusammenstellung der Informationen
3. Erstellung, Layout, Programmierung (ggf. Ausschreibung / Vergabe Leistungen)
4. Launch, Information (Informationskampagne (vgl. B.3) und QR-Codes nutzen)
5. Pflege, Updates

Kosten

- Bindung personeller Ressourcen
- ggf. Kosten für Vergabe an Dritte (Kommunikation, Design)
- Servergebühren

Zeitrahmen

Monitoring / Evaluation

- Auswertung der Website-Besuchsstatistiken (Aufrufzahlen, Downloads, Dauer des Besuchs, Anwahlgerät)

Synergien & Anknüpfungspunkte

- Hitzeknigge
- Geo-Portal / Klimainformationssystem

B.3 ALLGEMEINE SENSIBILISIERUNGSKAMPAGNE

Typ: saisonal vorbereitend & akut **Ebene:** Land und Stadtgemeinden

Ziele der Maßnahme

- Sensibilisierung und Information der Bevölkerung
- Erhöhung der Gesundheitskompetenz der Menschen in Bezug auf kommende Wärmebelastungen
- Bewerbung des Hitzeportals
- Steigerung der Akzeptanz von Klimaanpassungsmaßnahmen

Akteur:innen

Federführung

Koordinierungsstelle

Weitere Akteur:innen

- Gesundheitsressort (HB: Pressestelle, Stabsbereich Gesundheitsförderung und Prävention)
- SGFV, Ref. 22
- Gesundheitsämter
- Pressestellen (relevante senatorische Behörden und Magistrat Bremerhaven)

Adressierte Personengruppe

- Allgemeinbevölkerung
- (sozial) vulnerable Bevölkerungsgruppen

Fokus: Gesundheitliche Chancengerechtigkeit

In Verbindung mit Maßnahmen von B.2 und B.4 Erreichen aller Bevölkerungsgruppen

Kurzbeschreibung der Maßnahme

Die Bevölkerung soll im Rahmen einer Informationskampagne auf die kommende Hitzesaison vorbereitet und auf die negativen Gesundheitsauswirkungen von Hitze sowie Präventionsmöglichkeiten aufmerksam gemacht werden. Im Kern geht es um die Aufklärung der Bevölkerung über die gesundheitlichen Risiken von Hitze sowie die Verbreitung von Verhaltensempfehlungen bei Hitzeereignissen. Darüber hinaus soll der Zugang zu Warnsystemen vermittelt werden. Insgesamt soll die Gesundheitskompetenz in Bezug auf die gesundheitliche Bedeutung von Hitzebelastungen und Handlungsmöglichkeiten der Einzelnen erhöht werden.

Kommunikationskanäle der Kampagne können etwa Internet, Social Media, Flyer, Plakate, Werbetafeln, Presse und Rundfunk oder Infostände bei Veranstaltungen sein. Das Hitzeportal (B.2) bildet die zentrale Informationsquelle für weiterführende Informationen und sollte daher über QR-Codes im Rahmen der Kampagne zugänglich sein. Aspekte der Barrierefreiheit sind im Rahmen der Erstellung des Informationsmaterials zu beachten.

Umsetzungsschritte

1. Gewünschte Inhalt und Formate festlegen
2. Finanzierung und Zuständigkeit klären
3. Zusammenstellung der Unterlagen, bereits Vorhandenes nutzen (z. B. Hitzeknigge)
4. ggf. Ausschreibung / Vergabe Leistungen
5. Initiierung / Schaltung (sowohl saisonal vorbereitend als auch im Akutfall bei Hitzewelle vgl. C.1)

Kosten

- Bindung personeller Ressourcen
- je nach Auswahl der Medien und Umfang Grafik- und Layoutkosten, Mietkosten Werbetafeln, Produktions- und Druckkosten

Zeitrahmen

Jeden Frühsommer

Monitoring / Evaluation

Befragung der Mitglieder des Akteursnetzwerks hinsichtlich Verbreitung und Eignung der eingesetzten Materialien (z. B. anhand eines digitalen Fragebogens).

Synergien & Anknüpfungspunkte

B.4 INFORMATION UND SENSIBILISIERUNG VULNERABLER GRUPPEN

Typ: saisonal vorbereitend & akut **Ebene:** Land und Stadtgemeinden



Ziele der Maßnahme

- Gezielte Information und Sensibilisierung besonders hitzevulnerabler Gruppen
- Erhöhung der Gesundheitskompetenz der Menschen in Bezug auf kommende Hitzewellen

Akteur:innen

Federführung

Koordinierungsstelle

Weitere Akteur:innen

- Gesundheitsressort (HB: Ref. 22, 24, 31 (Pflege), 33, Stabsbereich Prävention und Gesundheitsförderung, Stabsbereich Frauen, Pressestelle)
- Gesundheitsämter
- Pressestellen aller relevanten Ressorts
- Soziales (HB: SASJI, Ref. 30, 31 und 34; BHV: Dez. III, Ref. III/1, Dez. VIII)
- Stadterneuerung (ggf. Quartiersmanagement/ WiN) (HB)
- Stadtteilmanagement und Quartiersmanagement (BHV)
- Büro für leichte Sprache
- Gesundheitsfachkräfte in Quartieren und an Schulen
- Krankenkassen über das GKV-Bündnis für Gesundheit
- Stadtteilarbeitskreise
- Träger der Eingliederungshilfe
- Träger der Wohnungslosenhilfe
- Familiennetz, Dienstleistungszentren
- Träger der Altenhilfe
- Seniorenvertretung
- GesundheitsPUNKTe, Gesundheitszentren und Hebammenzentren, Migrant:innenorganisationen
- Migrantische Vereine und Gemeindezentren
- Kassenärztliche Vereinigung (KV)
- Wohlfahrtsverband
- Kammern (Ärzt:innen, Psychotherapeut:innen, Apotheker:innen)
- Zentrale Arbeitsgruppe (ZAK) - Menschen mit Behinderungen (HB & BHV)

Adressierte Personengruppe

- Ältere Menschen (v.a. sozial isoliert Lebende)
- Pflegebedürftige Menschen
- Menschen mit bestimmten chronischen Erkrankungen bzw. bestimmter Medikamenteneinnahme
- Menschen mit bestimmten akuten Erkrankungen
- Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen bzw. Demenz
- Schwangere Frauen
- Neugeborene Kinder, (Klein-)Kinder
- Wohnungslose und obdachlose Menschen
- In hoch belasteten Stadtgebieten und in Gebäuden mit geringem Hitzeschutz lebende Menschen (mit geringen Ressourcen)
- Bildungsferne Menschen mit geringer Gesundheitskompetenz
- Menschen in (schlecht gedämmten) Gemeinschaftsunterkünften
- Beruflich hoch exponierte Menschen
- Menschen mit psychischen Erkrankungen & Suchterkrankungen
- Mobilitätseingeschränkte
- Menschen mit geistiger Beeinträchtigung, die nicht in besonderen Wohnformen leben
- Nicht-Deutsch-Sprechende (Außerhalb von Gemeinschaftsunterkünften)
- Menschen mit Einschränkungen beim Hören und Sehen
- Kinder mit Beeinträchtigungen (auch älter als 6 Jahre)

Fokus: Gesundheitliche Chancengerechtigkeit

Diese Maßnahme zielt explizit auf den Schutz bzw. die Gesundheitsförderung vulnerabler Personengruppen ab. Hierzu zählen insbesondere Personen mit geringen sozialen Netzwerken, geringer Gesundheitskompetenz und geringen Handlungsspielräumen.

Maßnahmen der Information und Sensibilisierung müssen flankiert werden durch strukturelle Maßnahmen.

Kurzbeschreibung der Maßnahme

Es erfolgt eine Informationsweitergabe zu gesundheitlichen Risiken von Hitze und Verhaltensempfehlungen an besonders hitzevulnerable Personen. Erforderlich sind mehrsprachig und in einfacher Sprache verfasste Informationsmaterialien, in denen die wesentlichen Inhalte durch Piktogramme veranschaulicht werden. Ein weiteres geeignetes Medium zur Informationsverbreitung sind Kurzfilme mit entsprechenden Verhaltensempfehlungen. Um vor allem junge Menschen zu sensibilisieren, sollten auch Social-Media-Kanäle genutzt werden. Informationen können zusätzlich auf der Webseite der SGFV im Bereich Gesundheit und Migration aufgenommen werden.

Als Multiplikatoren können z. B. Gesundheitsfachkräfte im Quartier, Hebammenzentren, Streetworker:innen, JF Psychiatrie, LAG UAG Psychiatrie und Sucht, GesundheitsPUNKTe, Pflegestützpunkte, Frauengesundheit in Tenever oder LIGA eingebunden werden. Ferner sind Multiplikator:innen aus den Bereichen Obdach- und Wohnungslose und Geflüchtete einzubinden. Es bedarf einer intensiven Zusammenarbeit der verschiedenen Dienststellen und Akteur:innen, damit unterschiedliche Medien genutzt und alle relevanten Bevölkerungs- und Risikogruppen angesprochen und erreicht werden. Diese Abstimmung kann im Rahmen des Steuerungskreises und des Akteursnetzwerks erfolgen.

Insgesamt geht es um die Erhöhung der Gesundheitskompetenz im jeweiligen Kontext. Es ist darauf zu achten, dass (sozial) vulnerablen Bevölkerungsgruppen oftmals grundlegende Handlungsmöglichkeiten und Anpassungskapazitäten fehlen. Hier müssen strukturelle Maßnahmen ansetzen, die nicht Bestandteil dieser Maßnahme sind (z. B. Wohnungen für obach- und wohnungslose Menschen, adäquate Unterbringung von geflüchteten Menschen).

Umsetzungsschritte

1. Gewünschte Inhalte und Formate festlegen; Finanzierung und Zuständigkeit klären
2. Zusammenstellung der Unterlagen
3. ggf. Ausschreibung / Vergabe Leistungen (Kommunikation & Design)
4. Berücksichtigung Mehrsprachigkeit + leichte Sprache + Barrierefreiheit
5. Adressat:innenspezifische Ansprache und Verteilung, hierfür bereits etablierte Netzwerke nutzen

Kosten

- Bindung personeller Ressourcen
- je nach Auswahl der Medien und Umfang insbes. Grafik- und Layoutkosten, Produktions- und Druckkosten

Zeitrahmen

Kontinuierlich

Monitoring / Evaluation

- Monitoring der verschiedenen Informationsmaterialien und -kanäle in jeder Saison
- Rückmeldung der Akteur:innen zum Erreichen verschiedener (sozial) vulnerabler Bevölkerungsgruppen

Synergien & Anknüpfungspunkte

Beratungsangebote der Gesundheitsfachkräfte im Quartier und weitere Initiativen und Aktivitäten in Stadtteilen mit besonderem Handlungsbedarf

B.5 AUS-, FORT- UND WEITERBILDUNG VON BERUFSGRUPPEN, DIE MIT VULNERABLEN MENSCHEN UMGEHEN

Typ: saisonal vorbereitend & akut **Ebene:** Land und Stadtgemeinden

Ziele der Maßnahme

- Sensibilisierung und Qualifizierung von Berufsgruppen, die mit vulnerablen Menschen umgehen
- Auf- und Ausbau der beruflichen Handlungskompetenz relevanter Berufsgruppen
- Optimierte Versorgung hitzevulnerabler Menschen im Akutfall

Akteur:innen

Federführung

- Koordinierungsstelle
- Steuerungskreis

Weitere Akteur:innen

- Gesundheitsressort (HB: Ref. 20, 21, 22, 23, 31)
- SASJI
- SKB
- BHV: Sozialamt/Sozialreferat
- BHV: Amt für Jugend, Familie & Frauen
- Gesundheitsämter
- LVG & AFS
- Träger sozialer Einrichtungen
- Unfallversicherungen, Berufsgenossenschaften
- Hochschulen HB/BHV (Studiengänge im Bereich der Gesundheits- und Pflegewissenschaften und Sozialer Arbeit)
- Pflegeschulen/ Berufsschulen (Pflegeausbildungen, MFA-Ausbildung, Erzieherausbildung), Fachschule Heilerziehung
- Kammern (Ärzt:innen, Apotheker:innen, Psychotherapeut:innen, Arbeitnehmer:innen)
- Berufsverbände (z. B. Hebammenlandesverband, Landesverband der Frauenärzte, Hausärztinnen- und Hausärzteverband Bremen, Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe)
- Bremer Pflegerat
- Krankenkassen
- Fort- und Weiterbildungsinstitute der Krankenhäuser und der Pflege

Adressierte Personengruppe

- Berufsgruppen, die mit vulnerablen Menschen umgehen
- Indirekt: hitzevulnerable Personen

Fokus: Gesundheitliche Chancengerechtigkeit

Aus- und Weiterbildung insbesondere auf soziale Vulnerabilität und deren Bedeutung für gesundheitliche Wirkungen von Hitze ausrichten

Kurzbeschreibung der Maßnahme

Vulnerable Personengruppen profitieren maßgeblich von der Qualifikation der sie betreuenden oder pflegenden Personen. Die Sensibilisierung für das Thema Hitze und eine ausgeprägte dazugehörige Handlungskompetenz dieser Personen ist daher von hoher Bedeutung.

Die Maßnahme zielt auf eine Aus- und Weiterbildung relevanter Berufsgruppen, die mit vulnerablen Gruppen arbeiten / interagieren. Es sollen Angebote zur Qualifizierung relevanter Berufsgruppen geschaffen werden. Dies können u. a. Aus-, Fort- und Weiterbildungskurse, Online-Schulungskurse sowie Vorträge oder Austauschformate sein. Die Inhalte können auch in bestehende Lehrpläne und Weiterbildungen integriert bzw. an passende Formate angedockt werden.

Zu vermitteln ist das Wissen über mögliche Auswirkungen von Hitze auf die Gesundheit, Symptome, Behandlungs- und Anpassungsmöglichkeiten, wie etwa die Weiterbildung zur Hitzevulnerabilität bei chronischen Erkrankungen und in der Schwangerschaft, Wirkänderung bei Medikamenten, hitzeangepasste Lagerung von Medikamenten oder psychische Auswirkungen des Klimawandels. Hinzu kommt die Bedeutung sozialer Vulnerabilität im Sinne sozialer Ungleichheiten in der Hitzeexposition und in den Anpassungskapazitäten und deren Auswirkungen auf gesundheitliche Ungleichheiten.

Umsetzungsschritte

1. Zielgruppen für Fortbildungen definieren
2. Prüfung bestehender Formate, an die ggf. angedockt werden kann
3. Kosten und Finanzierung klären
4. Organisation Fortbildungen / Austauschformate o.ä. sowie Personalplanung
5. Inhaltliche/Fachliche Ausarbeitung von Fortbildungs- bzw. Qualifikationsinhalten
6. Kontinuierliche Durchführung

Kosten

- Bindung personeller Ressourcen
- ggf. Ausgaben für Ausbildungsunterlagen
- Ausgaben für Fortbildungen und entsprechender Konzeptentwicklung

Zeitrahmen

ganzjährig

Monitoring / Evaluation

- Anteil der Mitarbeitenden, die mittels Qualifikationsmaßnahmen erreicht wurden

Synergien & Anknüpfungspunkte

Integration in bestehende Lehrpläne und Kurse



Abb. 18 Durch Fortbildungen, Vorträge oder Austauschformate können relevante Berufsgruppen weiter qualifiziert werden

B.6 WEITERBILDUNG VON PFLEGENDEN ANGEHÖRIGEN UND EHRENAMTLICHEN HILFSKRÄFTEN

Typ: saisonal vorbereitend & akut **Ebene:** Land und Stadtgemeinden

Ziele der Maßnahme

- Sensibilisierung und Qualifizierung von pflegenden Angehörigen und ehrenamtlichen Hilfskräften
- Auf- und Ausbau der Handlungskompetenz der o. g. Personen
- Optimierte Versorgung hitzevulnerabler Menschen im Akutfall

Akteur:innen

Federführung

- Koordinierungsstelle
- Steuerungskreis

Weitere Akteur:innen

- HB: SASJI (Ref. 21), SGFV, Ref. 31 (Pflege)
- BHV: Sozialamt, Sozialreferat
- Pflegestützpunkte HB & BHV
- Ambulanter Hauspflegeverbund
- Netzwerk pflegeBegleitung
- Familiennetz Bremen
- Dienstleistungszentren
- Universität Bremen (Pflegestammtisch)
- Wohlfahrtsverbände
- Selbsthilfegruppe Pflegende Angehörige
- Krankenkassen
- Plattformen für Ehrenamtliches Engagement (z. B. Freiwilligenagentur Bremen, Webseite „Soziales Netzwerk Bremen“, Freiwilliges Engagement bei der Bremer Heimstiftung etc.)

Adressierte Personengruppe

- Pflegende Angehörige, die mit vulnerablen Menschen umgehen
- Indirekt: hitzevulnerable Personen

Fokus: Gesundheitliche Chancengerechtigkeit

Weiterbildungsmaßnahmen insbesondere auf pflegende Angehörige in sozial benachteiligten Lebenslagen ausrichten

Kurzbeschreibung der Maßnahme

Pflegende Angehörige nehmen eine wichtige Rolle in der Versorgung hitzegefährdeter Menschen ein. Durch den direkten Umgang im Rahmen des vorhandenen Vertrauensverhältnisses kann die Sensibilität zum Verhalten bei Hitze geschärft werden. Die Maßnahme zielt auf eine Aus- und Weiterbildung von pflegenden Angehörigen und ehrenamtlichen Hilfskräften, die mit vulnerablen Gruppen arbeiten / interagieren. Es sollen Angebote zur Qualifizierung dieser Menschen geschaffen werden. Dies können u. a. kompakte Weiterbildungs- und Online-Schulungskurse sowie Vorträge oder Austauschformate sein oder aber im Rahmen von Pflegekursen erfolgen. Denkbar ist auch die Bereitstellung von themenbezogenem Schulungsmaterial, das in bestehenden Schulungssystemen genutzt werden könnte (z. B. kurzer Film).

Zu prüfen ist die Kooperation mit vorhandenen Beratungsstellen, Vereinen und Trägern, die pflegende Angehörige unterstützen bzw. beraten (siehe weitere Akteur:innen).

Zu vermitteln ist das Wissen über mögliche Auswirkungen von Hitze auf die Gesundheit, Symptome, Behandlungs- und Anpassungsmöglichkeiten, wie etwa die Wirkänderung bei Medikamenten, hitzeangepasste Lagerung von Medikamenten oder psychische Auswirkungen des Klimawandels.

Die Qualifikationsmaßnahmen sind für Ehrenamtliche kostenlos anzubieten.

Umsetzungsschritte

1. Zielgruppen definieren / Pflegende Angehörige und Ehrenamtliche identifizieren
2. Prüfung bestehender Formate, an die ggf. angedockt werden kann
3. Informationsverbreitung über verschiedene Wege klären
4. Kosten und Finanzierung klären
5. Organisation Fortbildungen, Austauschformate o.ä. sowie Personalplanung
6. Inhaltliche/ Fachliche Ausarbeitung von Fortbildungs- bzw. Qualifikationsinhalten
7. Kontinuierliche Durchführung

Kosten

- Bindung personeller Ressourcen
- ggf. Ausgaben für Ausbildungsunterlagen
- Ausgaben für Fortbildungen

Zeitrahmen

ganzjährig

Monitoring / Evaluation

Anzahl der Pflegenden und ehrenamtlichen Hilfskräften, die mittels Qualifikationsmaßnahmen erreicht wurden

Synergien & Anknüpfungspunkte

Diverse Beratungsangebote und Austauschformate für pflegende Angehörige vorhanden (siehe weitere Akteur:innen)



Abb. 19 Pflegende Angehörige spielen eine wichtige Rolle bei der Hitzevorsorge vulnerabler Menschen

B.7 HITZESCHUTZ VON BESONDERS EXPONIERTEN BERUFSGRUPPEN

Typ: saisonal vorbereitend & akut **Ebene:** Land und Stadtgemeinden

Ziele der Maßnahme

- Sensibilisierung von Arbeitgeber:innen und Arbeitnehmer:innen
- Verbesserung des gesundheitlichen Schutzes von hitzeexponierten Berufsgruppen
- Verbesserung des Schutzes vor UV-Strahlung

Akteur:innen

Federführung

- Koordinierungsstelle
- Steuerungskreis

Weitere Akteur:innen

- Unfallversicherungsträger
- Gesundheitsressort (Ref. 33)
- Arbeitnehmerkammer
- Berufsverbände und Berufsgenossenschaften
- Deutsche Rentenversicherung
- Arbeitgeberverbände
- Betriebliche Gesundheitsförderung: Koordinierungsstelle im Land Bremen
- Handwerks-/ Handelskammern
- Gewerbeaufsicht
- Innungen
- Betriebliche Interessensvertretungen
- Landwirtschaft
- Hochschulen, Berufsschulen
- Landesarbeitskreis für Arbeitsschutz (LAK)
- Betriebliches Gesundheitsmanagement (z. B. Kompetenzzentrum Gesundheitsmanagement HB, Ref. 33)

Adressierte Personengruppe

Besonders exponierte Berufsgruppen

Fokus: Gesundheitliche Chancengerechtigkeit

Hitzeschutz für alle Beschäftigen gewährleisten, gerade auch für diejenigen in prekären Arbeitsverhältnissen.

Kurzbeschreibung der Maßnahme

Bestimmte Berufsgruppen unterliegen einer besonders hohen Gefährdung durch Hitzebelastungen und UV-Strahlung. Dies betrifft insbesondere die Baubranche, das Transportwesen und die Landwirtschaft, aber auch Bereiche, in denen Beschäftigte Schutzkleidung / Uniform tragen müssen (z. B. Ordnungsamt, Polizei, Feuerwehr, Rettungs- und Krankentransport). Arbeitgeber:innen / Berufsverbände sind entsprechend weiterzubilden, um hoch exponierte Berufsgruppen vor hitzebedingten Gesundheitsgefahren besser zu schützen. Hierfür sind Informationen zu gesundheitlichen Risiken durch Hitze am Arbeitsplatz so aufzubereiten, dass einerseits Arbeitgeber:innen über entsprechende Kommunikationskanäle sensibilisiert und andererseits branchenspezifische Unterweisungsvorlagen bereitgestellt werden. Diese Informationen sollten Beispiele für verhältnis- und verhaltensbezogene Maßnahmen enthalten, um Mitarbeitende entsprechend zu erreichen. Unterweisungen sind in verständlicher Form und Sprache sowie regelmäßig durch Arbeitgeber:innen durchzuführen.

Zielführend sind die Organisation von Informationsveranstaltungen, aufsuchende Beratungsangebote, Gespräche mit Unfallversicherungsträgern, Gewerkschaften, Kammern und Berufsverbänden sowie die Erstellung von Informationsmaterialien.

Relevante Themen sind dabei u. a. Einschränkung von körperlich schweren Aktivitäten bei Hitze, Anpassung der Arbeitszeiten, Pausenregelungen, Beschattung, Hitze- und UV-Schutzmittel, Getränkeabgabe und Verhaltensempfehlungen.

Umsetzungsschritte

1. Bedarfsanalyse – ggf. in Form einer Studie zur Erfassung der besonders gefährdeten Wirtschaftssektoren im Land Bremen
2. Prüfung bestehender Formate, an die ggf. angedockt werden kann (z. B. Hitzeschutzpläne für Betriebe)
3. Klärung der Organisationsstrukturen für Fortbildungen / Unterweisungen; Personalplanung
4. Kosten und Finanzierung klären (u. a. Unfallversicherungsträger: Mittel vorhanden für Betriebe)
5. Ansprache/ Motivation Arbeitgeber:innen (Instrument Gefährdungsbeurteilung)
6. Evaluation

Kosten

- Bindung personeller Ressourcen
- ggf. Ausgaben für Informations- und Ausbildungsunterlagen

Zeitrahmen

Vor dem Sommer

Monitoring / Evaluation

- Anteil der Betriebe in relevanten Branchen mit Hitzeschutzplänen
- Umsetzung von Beratungsangeboten etc.

Synergien & Anknüpfungspunkte

- BMAS-Gutachten „Klimawandel & Gesundheit – Auswirkungen auf die Arbeitswelt“ und Politikwerkstatt „Klima wandelt Arbeit“
- Hitzeschutzpläne für Betriebe und Informationsmaterial von der Deutschen Allianz für Klimawandel und Gesundheit (KLUG)
- Bestehende Formate und Material u. a.: KLUG, Arbeit bei Hitze: Leitlinien für den Arbeitsplatz (EU-OSHA)



Abb. 20 Für körperlich im Freien arbeitende Personen besteht eine erhöhte Gefährdung gegenüber Hitzebelastungen

5.3
Maßnahmen zum Management von Akutereignissen

Mit Blick auf Hitzeereignisse sind der Handlungsfeld C neun Maßnahmen zugeordnet, die Handlungsabläufe bei Eintreten konkreter Hitzeereignisse aufzeigen. Dazu zählen neben der Information, Betreuung und Versorgung vulnerabler Gruppen die Anpassung von Arbeitsabläufen in den mit der Betreuung von vulnerablen Menschen beauftragten Einrichtungen und die Bereitstellung der dafür notwendigen Infrastruktur.



Abb. 21 Trinkwasserbrunnen auf dem Sedanplatz in Bremen-Nord

C.1 WEITERLEITUNG UND VERBREITUNG DER HITZEWARNUNG DES DWD

Typ: akut **Ebene:** Land und Stadtgemeinden

Ziele der Maßnahme

- Sicherstellung einer angemessenen Information der Bevölkerung durch stadtweite Bekanntmachung der DWD-Warnungen
- Sensibilisierung der Bevölkerung unmittelbar vor und während Hitzeereignissen

Akteur:innen

Federführung

- Koordinierungsstelle
- Der Senator für Inneres und Sport – Referat 35 (Landeskatastrophenschutzbehörde)

Weitere Akteur:innen

- Entsprechend Kommunikationsplan (vgl. B.1), u. a. Akteursnetzwerk
- Öffentlichkeitsarbeit der Städte / Pressestellen (Magistrat BHV, relevante senatorische Behörden)
- ÖPNV
- Rundfunk
- Kassenärztliche Vereinigung (KV)
- SGFV / Dienstleistungszentren

Adressierte Personengruppe

- Allgemeinbevölkerung
- (sozial) vulnerable Bevölkerungsgruppen

Fokus: Gesundheitliche Chancengerechtigkeit

Sicherstellung der Information schwer erreichbarer Bevölkerungsgruppen (vgl. B.4). Bevölkerung wird dazu aufgerufen, sich vermehrt um unter Risiko stehende Menschen zu kümmern

Kurzbeschreibung der Maßnahme

Anwendung des Warn- und Informationsplans (Maßnahme B1): Weiterleitung der Hitzewarnung des DWD entsprechend des Kommunikationsplans (B.1) einschließlich Weiterleitung des aktuellen UV-Indexes. Mit dieser Verbreitung der Warnung erfolgen allgemeine Verhaltensempfehlungen bei Hitze. Eine Weitergabe der Informationen kann beispielsweise über Internet, Social Media, lokale Medien, Mail-Verteiler, Bildschirme im ÖPNV und öffentlichem Raum erfolgen. Die KV kann hier ein wichtiger Multiplikator sein (u. a. Mailverteiler sowie Meldung über 116 117, auf Handys der Ärzt:innen und an Ärztlichen Bereitschaftsdienst).

Es ist darauf zu achten, dass die ausgewählten Verbreitungswege eine tagesaktuelle Information ermöglichen. Des Weiteren sollte eine Verbreitung der Warnung weitestgehend barrierefrei erfolgen und an die entsprechenden Zielgruppen angepasst sein. Hierbei sind die unter B.3 und B.4 erarbeiteten Materialien zu berücksichtigen.

Umsetzungsschritte

1. Handeln entsprechend Kommunikationsplan (vgl. B.1)
2. Einblenden auf Website der Stadt
3. Nutzung Modulares Warnsystem (MoWas) und weiterer Kanäle

Kosten

- Bindung personeller Ressourcen
- Ggf. Kosten für Nutzung von Werbetafeln etc.

Zeitrahmen

Kontinuierlich im Falle einer Hitzewarnung des DWD

Monitoring / Evaluation

Überprüfung in Nachhinein, ob Weiterleitung und Verbreitung entsprechend Kommunikationsplan erfolgt ist

Synergien & Anknüpfungspunkte

C.2 HITZESCHUTZPLÄNE FÜR GESUNDHEITS- UND PFLEGEEINRICHTUNGEN

Typ: saisonal vorbereitend & akut **Ebene:** Land und Stadtgemeinden

Ziele der Maßnahme

- Auf- und Ausbau der beruflichen Handlungskompetenz von Gesundheitsakteur:innen in den Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen für ein adäquates Management von Hitzeereignissen
- Verbesserung des Hitzeschutzes in Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen
- Reduzierung der hitzebedingten Krankheitslast

Akteur:innen

Federführung

- Initiative: Koordinierungsstelle
- Gesundheitsressort (HB: Ref. 21, 22, 31 (Pflege))

Weitere Akteur:innen

- Kassenärztliche Vereinigung
- Ärztekammer
- Psychotherapeutenkammer
- HB: Arbeitskreis „Ambulante Pflege“ (ist in der Entstehung)
- Landespflegeausschuss
- Austausch im Akteursnetzwerk
- Einrichtungsträger:innen (Anstreben: Mitwirken von Leitungen der Einrichtungen und Pflegedienste)
- Arbeitsschutz (vgl. B.7)
- HBKG (Krankenhausgesellschaft)
- Wohn- und Betreuungsaufsicht als Prüfinstanz

Adressierte Personengruppe

- Patient:innen bzw. Pflegebedürftige in den o. g. Einrichtungen
- Beschäftigte der o. g. Einrichtungen

Fokus: Gesundheitliche Chancengerechtigkeit

Besonderes Augenmerk richten auf durch ambulante Einrichtungen betreute (sozial) vulnerable Menschen mit geringer Gesundheitskompetenz und Anpassungskapazitäten

Kurzbeschreibung der Maßnahme

Im Rahmen der Maßnahme sollen erstmalig Hitzeschutzpläne für Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen erstellt oder bereits bestehende Hitzeschutzpläne verbessert werden (u. a. ambulante Pflegedienste, ambulante Praxen, stationäre Pflegeeinrichtungen, Krankenhäuser, Einrichtungen der Eingliederungshilfe, Psychiatrie und Maßregelvollzug).

Angestrebt wird ein gemeinsamer Standard (Leitfaden) für den akuten Umgang mit Hitzeereignissen, auf den einrichtungsspezifische Maßnahmenpläne bzw. interne Standards zum Management von Hitzeereignissen aufbauen können. Basierend auf Informationen, welche gesundheitlichen Probleme durch Hitze ausgelöst werden und welche Risikofaktoren das Auftreten von gesundheitlichen Problemen bei Hitze begünstigen, sollen die Hitzeschutzpläne praktische Maßnahmen vor und während Hitze aufzeigen. Die partizipative Entwicklung von Hitzeschutzplänen in den Einrichtungen mit den Mitarbeitenden ermöglicht die Erfassung aller Bedarfe.

Musterhitzeschutzpläne für die verschiedenen Einrichtungen und Handlungsempfehlungen für z. B. die stationäre Pflege aus anderen Bundesländern können als Orientierung herangezogen werden. Ggf. können die notwendigen Inhalte auch in bestehende Qualitätsmanagementsysteme der Einrichtungen eingefügt werden.

Über die Maßnahme hinaus sind ggf. notwendige baulich-investive Maßnahmen zu bedenken (z. B. Hitzeschutzfenster, kühle Räume zur Medikamentenlagerung). Die Etablierung von Hitzeschutzmanager:innen in den Einrichtungen kann zudem die Entwicklung und Umsetzung der einrichtungsspezifischen Hitzeschutzpläne wesentlich unterstützen.

Umsetzungsschritte

1. Analyse IST-/Soll-Zustand: Was ist wo nötig? Was ist wünschenswert?
2. Zielgruppen / Einrichtungen definieren (auch Beschäftigte berücksichtigen)
3. Format, Umfang und grobe Inhalte definieren (Nutzung einschlägiger Musterpläne und bereits etablierter Hitzeschutzpläne einzelner Einrichtungen im Land Bremen)
4. Erstellung Leitfaden, ggf. Vergabe an Dritte
5. Druck und öffentlichkeitswirksame Veröffentlichung
6. Gezielte Ansprache bzw. Weitergabe an Einrichtungen, ggf. Beratung zur Akquise von Fördermitteln (bei investiven Maßnahmen)
7. Erstellung der individuellen Hitzestandards durch die Leitungen der o. g. Einrichtungen und Implementation
8. Austausch der Erfahrungen mit den einrichtungsspezifischen Hitzeschutzplänen und ggf. Überarbeitung

Kosten

- Bindung personeller Ressourcen
- ggf. Kosten für Vergabe an Dritte zur Erstellung eines Leitfadens
- ggf. Kosten für die Einrichtungen bei baulichen Maßnahmen

Zeitrahmen

Erstellung und Verbreitung der Standards im Rahmen eines Leitfadens innerhalb eines Jahres. Nachfolgend Implementation einrichtungsspezifischer Hitzeschutzpläne in den Einrichtungen.

Monitoring / Evaluation

- Erstellung des Leitfadens
- Anteil der Einrichtungen mit einem spezifischen Hitzeschutzplan
- Monitoring der hitzebedingten Krankheitslast

Synergien & Anknüpfungspunkte

- Bremisches Wohn- und Betreuungsgesetz
- Musterhitzeschutzplan für ambulante Praxen (KV Bremen)
- Musterhitzeschutzpläne vom Aktionsbündnis Hitzeschutz Berlin
- Musterhitzeschutzplan für Krankenhäuser vom Bundesgesundheitsministerium (derzeit in Erarbeitung) sowie aus Lübeck
- Musterhitzeschutzpläne für Pflegeeinrichtungen vom Qualitätsausschuss Pflege (derzeit in Erarbeitung)
- Musterhitzeaktionsplan für Einrichtungen zur Betreuung und Pflege älterer Menschen vom Landesamt für Verbraucherschutz Sachsen-Anhalt
- Hitze-Handbuch für Beschäftigte im Gesundheits-, Pflege-, Sozial-, Bildungs- und Wohnbereich der Stadt Dresden
- Arbeitshilfe für Krankenhäuser und Arbeitshilfen für stationäre Pflege- und Wohneinrichtungen aus Nordrhein-Westfalen

C.3 AKTIVIERUNG UND UNTERSTÜTZUNG VON KINDER- UND FRAUENÄRZTLICHEN PRAXEN SOWIE HEBAMMEN

Typ: saisonal vorbereitend & akut **Ebene:** Land & Stadtgemeinden

Ziele der Maßnahme

- Verbesserter Hitzeschutz von Kindern, Steigerung des Kindeswohl
- Sensibilisierung und Information der (werdenden) Eltern
- Auf- und Ausbau der beruflichen Handlungskompetenz der o. g. Akteursgruppen

Akteur:innen

Federführung

- Initiative: Koordinierungsstelle
- Gesundheitsressort (HB: Stabsbereich Prävention und Gesundheitsförderung, Ref. 23)

Weitere Akteur:innen

- Kassenärztliche Vereinigung
- Gesundheitsämter (Amts-, Familienhebammen)
- Hebammen, Hebammenzentren
- Kinder- und Frauenärzt:innen (über Berufsverband)
- Ärztekammer
- Psychotherapeutenkammer
- Jugendamt
- Frühversorgung
- Frühe Hilfen (HB: SASJI)
- Frühberatungsstellen in Bremen
- Familienberatung und frühkindliche Gesundheitsförderung in Bremerhaven
- Landesverband der Frauenärzte
- Hebammenlandesverband
- Häuser der Familie

Adressierte Personengruppe

- Säuglinge und Kleinkinder
- Eltern und werdende Eltern

Fokus: Gesundheitliche Chancengerechtigkeit

Niedrigschwellige Information von Eltern, Fokus auf Familien in belasteten Lebenslagen

Kurzbeschreibung der Maßnahme

Säuglinge und Kleinkinder zählen zu den Personengruppen, die besonders von Hitze betroffen sind. Durch Hitzestress treten zudem häufiger Schwangerschaftskomplikationen und Wachstumsstörungen auf. Im Rahmen einer Sensibilisierung der Eltern werden Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Kindern sowie für Schwangere während Hitzeereignissen zur Verfügung gestellt. Dazu sollen ein einheitliches Vorgehen der Kinder- und Frauenarztpraxen sowie Hebammen initiiert sowie diese mit Informationsmaterialien unterstützt werden. Sowohl im Präventiv- wie im Akutbereich sind diese Praxen als Orte der Sensibilisierung sehr geeignet.

Ziel ist es, Eltern während und vor Hitzeperioden auf Hitzerisiken von Kindern und Schutzmöglichkeiten für diese hinzuweisen. Hierfür sollen ihnen Informationsmaterial, Videos für das Wartezimmer etc. zur Verfügung gestellt werden.

Eine Ausweitung der Maßnahme auf Eltern bereits während der Schwangerschaft und Einbeziehung weiterer Gesundheitsakteur:innen ist zu prüfen.

Umsetzungsschritte

1. Aufbereiten von Informationen / Unterlagen
2. Kontaktaufnahme Multiplikatoren, z. B. über Steuerungskreis / Akteursnetzwerk sowie aktive Ansprache von Praxen, Verbände, Kammern, Kinderärztlichen Bereitschaftsdiensten und Krankenkassen
3. Verbreitung Infomaterial und Videos
4. Durchführung durch Arztpraxen und Hebammen

Kosten

- Bindung personeller Ressourcen
- ggf. Sachkosten für Unterlagen, Informationsmaterial, Videos etc.

Zeitrahmen

Monitoring / Evaluation

- Anteil teilnehmender Praxen und Hebammen
- Feedback / Interviews teilnehmender Praxen

Synergien & Anknüpfungspunkte



C.4 PILOTPROJEKT NACHBARSCHAFTSHILFE

Typ: saisonal vorbereitend & akut **Ebene:** Stadtgemeinden

Ziele der Maßnahme

Zielsetzung Pilotprojekt

- Erprobung zur Überprüfung, ob tragfähiger Ansatz

Zielsetzung Nachbarschaftshilfe

- Sicherstellen der Versorgung im Akutfall von Hilfebedürftigen
- Unterstützung von älteren, insbesondere alleinlebenden Menschen ohne soziales Netzwerk bei der Bewältigung von Hitzeereignissen
- Ausbau von Netzwerkstrukturen

Akteur:innen

Federführung

- Initiative: Koordinierungsstelle
- HB und BHV: Gesundheitsfachkraft im Quartier mit Unterstützung des Stadtteil-/Quartiersmanagements (AfSD)

Umsetzung / Federführung je nach Quartiersauswahl

Weitere Akteur:innen

- Gesundheitsämter
- HB: SGFV, 31 (Pflege)
- BHV: Sozialreferat III/1, Sozialamt Präventive Hausbesuche
- Wohnungsunternehmen
- Pflegedienste
- Krankenkassen über das GKV-Bündnis (fördern Modellprojekte)
- Hausärzt:innen
- Hausmeister:innen
- Mütterzentren
- Pflegeengel
- ambulante Dienste für Menschen mit Behinderungen
- SASJI Stabstelle Integration/Migrationsbeauftragte

Adressierte Personengruppe

- Ältere / hochaltrige, alleinlebende, sozial isolierte Menschen
- Menschen mit Behinderungen

Fokus: Gesundheitliche Chancengerechtigkeit

Schwerpunkt auf oft in Altersarmut lebenden, sozial isolierten älteren Menschen in sozial benachteiligten Quartieren

Kurzbeschreibung der Maßnahme

Im Rahmen eines Pilotprojekts soll eine aktive Nachbarschaftshilfe zur Unterstützung und Hilfestellung bei der Bewältigung von Hitzeereignissen in einem Quartier erprobt werden. Dies soll in einem Quartier mit Gesundheitsfachkraft im WiN-Förderquartier erfolgen. Bei der Auswahl sind neben der Mitwirkungsbereitschaft lokaler Akteur:innen die Ergebnisse der Sensitivitätsanalyse zu berücksichtigen. Gleichzeitig sind die vorhandenen personellen Kapazitäten, etwa der Gesundheitsfachkräfte in den Quartieren, zu berücksichtigen und wenn möglich entsprechend aufzustocken.

Verschiedene Formen der Unterstützung sind denkbar und nach Bedarf anpassbar. Z. B. werden bei einem Buddy-System Risikopersonen, falls einverstanden, von (freiwilligen) Betreuungspersonen während einer Hitzewelle mittels Besuch und Telefonaten beraten bzw. praktisch unterstützt (z. B. Einkaufshilfe). Auch bereits erfolgreich etablierte Formate können als bedürfnisorientiertes Angebot für hitzevulnerable, hilflose Gruppen fungieren (z. B. Angebote der Dienstleistungszentren).

Helfende sind ggf. durch die Gesundheitsfachkraft und/ oder die Koordinierungsstelle im Vorfeld zu schulen. Zu prüfen ist, ob Datenschutz und Aufwand eine Listenführung und -pflege (sowohl Listen zu Risikopersonen als auch Helfenden) ermöglichen. Bei einem bevorstehenden Hitzeereignis können so die Betreuungspersonen von der Koordinierungsstelle und/ oder der Gesundheitsfachkraft im Quartier informiert und mobilisiert werden. Insgesamt sollte auf niedrigschwelliger Ebene mit den Bürger:innen zusammengearbeitet werden.

Bei erfolgreicher Umsetzung des Pilotprojekts ist eine Übertragbarkeit auf andere Quartiere bzw. die Gesamtstädte Bremen bzw. Bremerhaven zu prüfen.

Umsetzungsschritte

1. Potenzielle Quartiere identifizieren → Pilot-Quartier definieren
2. Verantwortung, Zuständigkeiten und Mitwirkung klären
3. Prüfung bestehender Netzwerke, Betreuungspersonen finden (Berücksichtigung einer Vertretungsregelung wo möglich (besonders relevant während Urlaubszeit im Sommer))
4. Wege der Kontaktaufnahme inkl. Datenschutz prüfen
5. Anrufe / Besuche vor / während Hitzewelle
6. Evaluation nach Pilotphase inkl. Prüfung der Übertragbarkeit

Kosten

Bindung personeller Ressourcen

Zeitrahmen

Frühzeitige Etablierung → Umsetzung während akuter Hitzewelle

Monitoring / Evaluation

- Anteil teilnehmender Praxen und Hebammen
- Feedback / Interviews teilnehmender Praxen

Synergien & Anknüpfungspunkte

- Gesundheitsfachkraft im WiN-Quartier
- Bestehende Nachbarschaftshilfen und Seniorennetzwerke (u. a. organisierte Nachbarschaftshilfe durch die Dienstleistungszentren)
- Aufsuchende Gesundheitsberatung
- Hilfsnetzwerke in anderen Bundesländern als gute Beispiele



Abb. 22 Praktische Unterstützung während einer Hitzewelle kann etwa durch die Übernahme des Einkaufs erfolgen

C.5 VORBEREITUNG UND KOMMUNIKATION ÖFFENTLICHER KÜHLER ORTE

Typ: saisonal vorbereitend & akut **Ebene:** Stadtgemeinden

Ziele der Maßnahme

- Bereitstellung von Orten der Abkühlung und Erholung im Hitzefall
- Bereitstellung von Informationen zu öffentlich zugänglichen kühlen Orten
- Verbesserung der Möglichkeit zur Eigenvorsorge im Hitzefall
- Reduzierung des Risikos von negativen Auswirkungen von Hitze auf die Gesundheit

Akteur:innen

Federführung

- Koordinierungsstelle
- HB: Gesundheitsamt (geplante Stelle im Bereich Gesundheitsberichterstattung)
- BHV: Umweltschutzamt

Weitere Akteur:innen

Akteure für Bereitstellung und Informationsverbreitung:

- Eigentümer / Verwalter öffentlich zugänglicher Grünanlagen
- Kirchen und Diakonie
- Moscheen
- Öffentliche Einrichtungen

Weitere Akteure für Informationsverbreitung:

- Ortsämter
- HB: SGFV, Ref. 31 (Pflege)
- SASJI, Abt. 2
- Ärztekammer
- Kitas & Schulen (z. B. über Aushänge, Verteiler Elternschaft)

Adressierte Personengruppe

- Gesamtbevölkerung
- (sozial) vulnerable Bevölkerungsgruppen
- Wohnungslose und obdachlose Menschen
- Suchterkrankte Personen, die sich im öffentlichen Raum aufhalten

Fokus: Gesundheitliche Chancengerechtigkeit

Kostenfreies Angebot vor allem für in der eigenen Wohnung stark hitzebelasteten Menschen,

Fokus des Angebots auf sozial benachteiligte Quartiere

Kurzbeschreibung der Maßnahme

Es gibt zahlreiche Orte im Bremer und Bremerhavener Stadtgebiet, an denen ein angenehmer Aufenthalt bei Hitzeereignissen möglich ist. Diese Orte bieten zum Beispiel Menschen, die in schlecht gedämmten Dachgeschosswohnungen leben, die Gelegenheit der Abkühlung und Erholung.

Öffentlich zugängliche kühle Orte (innen und außen) sind zu identifizieren, bewerben und zu kommunizieren. Ein besonderer Fokus wird dabei auf dicht bebaute und sozioökonomisch belastete Quartiere gelegt. Im Ergebnis soll vor allem eine „Erfrischungskarte“ entwickelt werden, die die genannten Orte im Stadtgebiet ausweist. Diese ist zum einen auf dem Hitzeportal (B.2) einzubetten als auch in das Bremer GeoPortal zu integrieren. Weitere Verbreitungswege sind zu nutzen (vgl. B.3 und B.4). Die regelmäßige Aktualisierung der Karte muss sichergestellt werden.

Kühle Orte sind oftmals Parks, Grünflächen, Friedhöfe mit hohen schattenspendenden Bäumen und Sitzbänken. „Coole Orte“ können auch öffentliche Einrichtungen wie Bibliotheken oder Gemeindezentren oder auch Kirchen sein. Darüber hinaus sind die Standorte von Trinkbrunnen oder „Refill“-Stationen darzustellen, da die ausreichende Versorgung mit Trinkwasser ein zentrales Element der Hitzeprävention darstellt (vgl. C.9).

Umsetzungsschritte

1. Kühle Orte identifizieren (→ Nutzbarkeit Stadtklimaanalyse prüfen) und Partner:innen für Öffnung / Nutzung kühler Orte gewinnen
2. Karte anlegen
3. Karte verbreiten, Medienauswahl → Hitzeportal (B.2), Warn- und Informationsplan (B.1), ggf. QR Codes im Stadtraum und Infobroschüren; Notwendigkeit von Mehrsprachigkeit und einfacher Sprache prüfen (vgl. B.3 und B.4)
4. Karte / Informationen pflegen und fortschreiben
5. Ansprechen weiterer Akteure und als Partner:innen für kühle Orte gewinnen

Kosten

- Bindung personeller Ressourcen
- ggf. Kosten für Kartenerstellung und verbreitung

Zeitrahmen

jährliche Aktualisierung

Monitoring / Evaluation

- Anzahl und Zuwachs an kühlen Orten
- Auswertung der Website-Besuchsstatistiken
- Beobachtungsdaten zur Inanspruchnahme

Synergien & Anknüpfungspunkte



Abb. 23 Der Waller Park- einer von vielen kühlen Orten in Bremen

C.6 AUFRUF AN ÄRZT:INNEN UND APOTHEKER:INNEN ZUR ÜBERPRÜFUNG DER MEDIKATIONEN

Typ: saisonal vorbereitend & akut **Ebene:** Land & Stadtgemeinden

Ziele der Maßnahme

- Vermeidung unerwünschter Wirkungen von Medikamenten, die bei Hitze auftreten (z. B. Einfluss auf Feuchtigkeitshaushalt, Wärmeregulation, Lichtempfindlichkeit, Kreislauf, Durchblutung)
- Vermeidung von Dekompensation bei herzkranken Patient:innen sowie Vorbeugung von häufig auftretenden Lungenödemen nach rascher Abkühlung

Akteur:innen

Federführung

Koordinierungsstelle

Weitere Akteur:innen

- Gesundheitsämter
- SGFV (Ref. 22, 23)
- Kammern (Ärzt:innen, Apotheker:innen, Psychotherapeut:innen)
- Hausärztinnen- und Hausärzteverband Bremen
- Kassenärztliche Vereinigung (KV)
- Ggfs. Regionalvorstände Bundesverband Niedergelassener Kardiologen
- Verein für medizinische Versorgung Obdachloser in Bremen (MVO)

Adressierte Personengruppe

Patient:innen bzw. Anwender:innen von Medikamenten

Fokus: Gesundheitliche Chancengerechtigkeit

Berücksichtigung von Mehrfachbelastungen und (soziale) Vulnerabilität in sozial benachteiligten Lebenslagen

Kurzbeschreibung der Maßnahme

Gesundheitliche Probleme bei Hitze entstehen oft durch unerwünschte Wirkungen von Medikamenten und deren Konzentrationsschwankungen im Blut, insbesondere wenn dem Körper nicht ausreichend Flüssigkeit zugeführt wird.

Alle hausärztlich tätigen Ärzt:innen und Apotheker:innen werden aufgerufen, die Medikationen ihrer Patient:innen zu überprüfen und Anweisungen zur Änderung der Medikation bei Hitze zu geben sowie ggf. alternative Medikamente zu verordnen. Ziel ist die Nutzung von Informationsmaterial, das grundlegende Hinweise auf die Auswirkungen von Hitze bei gleichzeitiger Einnahme von Medikamenten enthalten. Das Gesundheitsressort kann ggf. in Rücksprache mit den Kammern einmal in der Saison Infomaterial erstellen bzw. aktualisieren, das dann durch diese bzw. die Kassenärztliche Vereinigung verteilt wird. Die Verbreitung des Informationsmaterials erfolgt internetbasiert, um eine fortlaufende Aktualisierung der Informationen zu gewährleisten. Hinweise auf die Webseite können saisonal vorbereitend sowie mit der Verbreitung der Hitzewarnungen erfolgen.

Neben den Hausärzt:innen sollten weitere Ärzt:innen angesprochen werden. Um einen Informationsüberfluss zu vermeiden, wird empfohlen, hauptsächlich folgende Ärzt:innen zu kontaktieren: Hausärzt:innen, Pädiater:innen, Internist:innen, Kardiolog:innen und Nephrolog:innen.

Im Zuge dieser Maßnahme sollten auch Informationen zu möglichen hitzebedingten, unerwünschten Wirkungen von Medikamenten als ein Risikofaktor während Hitzeereignissen weitergegeben werden. Ein weiterer Informationspunkt ist dies adäquate Lagerung von Medikamenten während Hitzeereignissen.

Umsetzungsschritte

1. Erstellung Verteilerliste
2. Koordinierungsstelle kontaktiert KV sowie Ärzte- / Apothekenkammer und stimmt sich zur Umsetzung ab
3. Erstellung Informationsmaterial und Aufruftext (vgl. vorhandenes Infomaterial (s.u. Anknüpfungspunkte))
4. Aufruf durchführen (saisonal vorbereitend)
5. Auslösen des Aufrufs bei akutem Anlass eines Hitzeereignisses (jedoch nur einmal pro Saison)

Kosten

Es fallen keine Kosten an, es sei denn, es ist neues Informationsmaterial zu erstellen.

Zeitrahmen

Saisonal vorbereitend im Frühjahr sowie einmalig pro Saison im Akutfall

Monitoring / Evaluation

Erreichte Arztpraxen und Apotheken

Synergien & Anknüpfungspunkte

- Handout von KLUG
- Handreichungen Landeszentrum Gesundheit Nordrhein-Westfalen
- Informationsmaterial von der Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände (ABDA)



C.7 VORSORGE FÜR OBDACHLOSE BZW. WOHNUNGSLOSE SOWIE SUCHTMITTEL-KONSUMIERENDE MENSCHEN IM ÖFFENTLICHEN RAUM

Typ: saisonal vorbereitend & akut **Ebene:** Stadtgemeinden

Ziel der Maßnahme

Vermeidung gesundheitlicher Schäden der o. g. Menschen bei Hitzeperioden

Akteur:innen

Federführung

- Sozialressort (zuständig für Wohnunterbringung)
- Gesundheitsressort (zuständig für Suchthilfeangebote)

Weitere Akteur:innen

- HB: SASJI
- Gesundheitsamt HB, spezielle Steuerungsstelle Drogenhilfe
- Gesundheitsamt BHV
- Ordnungsämter
- Streetworker:innen
- Zentrale Fachstelle Wohnen
- Amt für Soziale Dienste
- Beratungsstellen für wohnungslose und drogenkonsumierende Menschen (u. a. Gisbu in BHV)
- Aktionsbündnis Menschenrecht auf Wohnen
- Notunterkünfte
- Träger der Wohnungslosenhilfe
- Drogenhilfeträger Bremerhaven, ggf. Quartiersmanagement
- Träger MVO und MVP (Medizinische Versorgung Obdachloser & Papierloser)

Adressierte Personengruppe

- Obdach- bzw. wohnungslose Menschen
- Suchtmittelkonsumierende

Fokus: Gesundheitliche Chancengerechtigkeit

Die Maßnahme zielt explizit auf den akuten gesundheitlichen Schutz obdach- bzw. wohnungsloser sowie suchtmittelkonsumierender Menschen ab, die i. d. R. unzureichend an das Gesundheitssystem angebunden sind, sich häufig im öffentlichen Raum aufhalten und sich selbst nicht während Hitzeereignissen schützen können.

Mittel- bis langfristig sind strukturelle Maßnahmen zu präferieren wie z. B. Wohnungsvermittlung oder adäquate Wohnraumversorgung.

Kurzbeschreibung der Maßnahme

Hitzewellen belasten wohnungs- bzw. obdachlose Menschen, da Rückzugsmöglichkeiten an kühlen Orte fehlen und sie ihre Kleidung nicht so einfach entsprechend der Außentemperatur wählen bzw. wechseln können. Zudem ist oftmals Trinkwasser nicht in erforderlichen Mengen verfügbar. Wohnungs- bzw. obdachlose sowie drogenabhängige Menschen sind i. d. R. unzureichend an das Gesundheitssystem angebunden.

Zur Versorgung wohnungs- bzw. obdachloser sowie suchtmittelkonsumierender Menschen mit Trinkwasser und Schutzartikeln bei Hitze werden Hitze- und UV-Schutzartikel sowie Wasserflaschen an den bekannten Beratungsstellen und Tagesaufenthalten oder durch Streetworker:innen kostenfrei ausgegeben. Langfristig sollten an einschlägigen Aufenthaltsorten Trinkwasserbrunnen und Beschattungsmöglichkeiten aufgestellt werden. Um Müll zu vermeiden, sollten nach Möglichkeit wiederbefüllbare oder Pfandflaschen verwendet werden. Die im Rahmen dieser Maßnahme erfolgten Kontaktaufnahmen werden zudem zur Sensibilisierung hinsichtlich der gesundheitlichen Risiken sowie zur Verbreitung weiterführender Informationen und Angebote genutzt.

Der Zugang zu Dusch- und Waschräumen sollte ermöglicht und ausgeweitet werden.

Umsetzungsschritte

1. Klärung Bezug, Bevorratung und Verteilung sowie Finanzierung
2. Ausgabe von Trinkwasser, Hitzeschutz- und UV-Schutzartikeln (Kopfbedeckungen, Bekleidung, Sonnencreme)
3. Aufstellung von Trinkwasserbrunnen (entsprechend C.9) und Beschattung
4. Zugang zu Dusch- und Waschräumen, Ausgabe von Hygieneartikeln
5. Kommunizieren kühler Orte (C.5) und Trinkwasserbrunnen (C.9) (in verschiedenen Sprachen)

Kosten

- (ggf. zusätzl.) personelle Ressourcen für den Aufbau d. Versorgungsnetzwerks
- Mittel für Trinkwasser und Hitzeschutzartikel
- Mittel für Beschattung

Zeitrahmen

- Saisonal vorbereitend zu organisieren
- Versorgung während Hitzeereignissen

Monitoring / Evaluation

- Nutzungshäufigkeit der Angebote
- Ausmaß der Bedarfsdeckung der Adressat:innen

Synergien & Anknüpfungspunkte

- Aufenthaltsdaten von obdachlosen Menschen bei der zentralen Stelle Wohnen
- Sozialstadtplan der Diakonie mit Angeboten für obdachlose Menschen



Abb. 24 Obdach- und Wohnungslose können sich zumeist nicht adäquat vor Hitzereignissen schützen

C.8 HITZESCHUTZ AUF SCHULHÖFEN UND KITA-SPIELPLÄTZEN

Typ: saisonal vorbereitend & akut **Ebene:** Stadtgemeinden

Ziele der Maßnahme

- Verbesserter Hitze- und UV-Schutz im Bereich der Außenanlagen der o. g. Einrichtungen
- Reduzierung von hitzebedingten gesundheitlichen Auswirkungen auf Kinder und Mitarbeitende

Akteur:innen

Federführung

Senatorin für Kinder und Bildung

Weitere Akteur:innen

- Mitarbeitende der Einrichtungen
- Gesundheitsämter
- Amt für Soziale Dienste
- HB: Immobilien Bremen
- BHV: Seestadt Immobilien
- Kita Bremen
- Private, gemeinnützige und kirchliche Kita-Träger
- Verbund Bremer Kindergruppen
- BHV: Schulamt sowie Amt für Jugend, Familie und Frauen
- Gesundheitsfachkräfte an Schulen
- Krankenkassen als Kooperationspartner

Adressierte Personengruppe

Kinder

Fokus: Gesundheitliche Chancengerechtigkeit

Umsetzung von Verschattungsmaßnahmen in allen Einrichtungen für Kinder unabhängig von der sozialen Lage in den Quartieren der Standorte

Kurzbeschreibung der Maßnahme

Kinder zählen zu den Bevölkerungsgruppen, die am stärksten von Hitze betroffen sein können. Sie halten sich über längere Zeiträume in den Außenanlagen von Kindergärten und Schulen auf. Deshalb kommt betreuenden Personen eine besondere Verantwortung bei der Umsetzung von präventiven Maßnahmen gegenüber Hitze, Dehydrierung und UV-Strahlung zu.

Dies kann zum einen durch die Information und Sensibilisierung der Einrichtungsleitungen, des Gebäudemanagements sowie aller Beschäftigten zum Thema Hitze und Gesundheit erfolgen, damit diese im Hitzefall entsprechende Schutzmaßnahmen und Verhaltensanpassungen veranlassen. Zum anderen wird geprüft, ob der Sonnen- und Hitzeschutz in den Außenanlagen der Betreuungs- und Bildungseinrichtungen durch weitere Verschattungselemente (z. B. Sonnensegel) verbessert werden kann.

Zu den ergänzenden Maßnahmen in den Einrichtungen zählen die Vermeidung des Aufenthalts in der Mittagssonne, die Aufforderungen zum Spielen im Schatten, die Bereitstellung von Getränken, das Eincremen mit Sonnenmilch, die Bereitstellung von Sonnenhüten sowie die Einrichtung von Wasserspielstellen.

Umsetzungsschritte

1. Ist- und Bedarfsanalyse (Gesundheitsämter bereits tätig)
2. Aufforderung zur Anwendung vorgesehener Schutzmaßnahmen
3. Verbreitung von Informationen an das Gebäudemanagement/ die Leitungen der Einrichtungen
4. Ggf. Durchführung von Schulungen zum Thema Hitzeschutz
5. Zurverfügungstellung und Installation von Verschattungselementen
6. Anwendung vorgesehener Schutzmaßnahmen

Kosten

- Personelle Ressourcen für Erstellung von Informationsmaterial
- ggf. Kosten für investive Maßnahmen (Verschattungselemente)
- Kosten / Personal für Unterhaltung (Auf- und Abbau) Verschattungselemente
- Ggf. Kosten für konsumtive Maßnahmen (Sonnencreme, Sonnenhüte), falls nicht im Budget der Einrichtungen enthalten

Zeitrahmen

- Planung der baulichen Optimierung fortlaufend
- Auffrischung der Informationen: jährlich im Frühjahr

Monitoring / Evaluation

- Anteil der Einrichtungen mit umgesetzten Maßnahmen
- Anzahl von verteilten Verschattungselementen

Synergien & Anknüpfungspunkte

Bestehende Informationsmaterialien, z. B. Empfehlungen bei Hitze | Tipps für Kitas & Schulen | BZgA - Klima - Mensch - Gesundheit



Abb. 25 Unverschattete Spielgeräte

C.9 TRINKWASSER IM ÖFFENTLICHEN RAUM

Typ: saisonal vorbereitend & akut **Ebene:** Stadtgemeinden

Ziel der Maßnahme

Niedrigschwellige Versorgung der Bevölkerung mit (kostenlosem) Trinkwasser im öffentlichen Raum, insbesondere während Hitzeereignissen

Akteur:innen

Federführung

- HB: Umweltressort (Ref. 33)
- BHV: Umweltschutzamt - Klimastadtbüro

Weitere Akteur:innen

- Wesernetz
- Gesundheitsämter
- Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz
- BHV: Wasserbehörde
- Beiräte
- HB: Immobilien Bremen
- BHV: Seestadt Immobilien
- Geschäftsinhaber Refill

Adressierte Personengruppe

Gesamtbevölkerung

Fokus: Gesundheitliche Chancengerechtigkeit

Insbesondere obdachlose und drogenkonsumierende Menschen profitieren von der kostenlosen Trinkwasserversorgung (vgl. C.7).

Kurzbeschreibung der Maßnahme

Die Bereitstellung von Trinkwasser aus dem Leitungsnetz im öffentlichen Raum ist, soweit dies technisch durchführbar und unter Berücksichtigung des Bedarfs und der örtlichen Gegebenheiten verhältnismäßig ist, Teil der kommunalen Daseinsvorsorge. Bei Hitzeereignissen ist eine Bereitstellung von Trinkwasser insbesondere für vulnerable Gruppen besonders wichtig. Der öffentliche und kostenlose Zugang zu Trinkwasser kann durch Trinkbrunnen, Wasserspender an öffentlichen Gebäuden oder Refill-Stationen sichergestellt werden. Der Betrieb von Trinkbrunnen setzt die regelmäßige Wartung und Überprüfung der Trinkwasserqualität voraus. Für die Etablierung von Refill-Stationen sind öffentliche Einrichtungen, Geschäfte und Dienstleistungsunternehmen zu gewinnen.

In der Stadtgemeinde Bremen gibt es bereits 11 Trinkbrunnen in öffentlicher Hand (10 SUKW, 1 SK). Das Umweltressort plant die Errichtung mindestens 20 weitere Trinkbrunnen in den kommenden Jahren (Beginn 2024). Darüber hinaus gibt es weitere Trinkwasserspender privater Träger (z. B. Kirchen) und Refill-Stationen. In Bremerhaven gibt es einen Trinkwasserbrunnen, ein zweiter ist in Planung. Gleichzeitig konnte ein „Refill“-Netzwerk etabliert werden. Die Angebote sind zu pflegen und auszuweiten.

Die Trinkwasserangebote sollen beworben und die bereits erstellte und im Internet abrufbare Webkarte der kommunalen Trinkbrunnenstandorte mit dem Hitzeportal verknüpft werden (vgl. B.2 und C.5).

Umsetzungsschritte

Bremerhaven

1. Fortsetzung der laufenden Planungen und Tätigkeiten (Trinkwasserbrunnen, ggf. Wasserspender an öffentlichen Gebäuden und Ausweitung des Refill-Netzwerkes)

Bremen

2. Standortplanung: Standortvorschläge sammeln unter Beteiligung der Ortsämter (bereits umgesetzt in 2023); Bewertung der Standortvorschläge auf Basis von etablierten Bewertungskriterien; Ortsbegehungen und Abstimmungen mit den Akteuren zur Festlegung der konkreten Standorte
3. Errichtung: bauliche Umsetzung der Trinkbrunnen nach Stand der Technik und den Herstellerangaben
4. Wartung: Beprobung und Freigabe der Trinkbrunnen bei Einhaltung der Grenzwerte gemäß TrinkwV; regelmäßige Kontrolle und Reinigung der Trinkbrunnen; regelmäßige Kontrolle der Trinkwasserqualität; Behebung von Schäden und Funktionsstörungen
5. Weiterentwicklung und Fertigstellung eines Konzepts zu Trinkbrunnen im öffentlichen Raum in der Stadtgemeinde Bremen, sowie weitere bereits geschaffene Synergien zur Errichtung von Trinkbrunnen etablieren.

Kosten

- Kosten für Bewerbung / Karte
- Trinkwasserbrunnen: Die Baukosten belaufen sich auf 15.000 bis 20.000 Euro pro Brunnen. Hinzu kommen jährliche Kosten für Beprobungen, Wartungen und Reparaturen von 3.000 Euro pro Jahr (Stand 2022).

Zeitrahmen

Kontinuierlich

Monitoring / Evaluation

Anzahl aufgestellter Trinkbrunnen bzw. teilnehmende Geschäfte als Refill-Station

Synergien & Anknüpfungspunkte

Bremerhaven: Erste Erfahrungen mit Errichtungsprozess von Trinkwasserbrunnen, vorhandenes Refill-Netzwerk

Bremen: bereits etablierte Errichtungsprozesse für Trinkbrunnen im öffentlichen Raum, bereits laufende Abstimmungsprozesse zu ressortübergreifender Zusammenarbeit Im Hinblick auf die Errichtung von Trinkbrunnen und vorhandenes Refill-Netz

5.4
Maßnahmen der klimaangepassten Stadtentwicklung

In städtisch geprägten Räumen sind die Auswirkungen von Hitzeereignissen besonders spürbar, daher müssen Belange des Hitzeschutzes bei der Gestaltung von Stadträumen und Gebäuden entsprechend berücksichtigt werden. Beispiele hierfür sind z. B. die Grunderneuerung von Straßen oder die energetische Sanierung von Gebäuden. Aufgrund der Langlebigkeit von städtischen Strukturen müssen Stadtentwicklung, Stadtplanung sowie Gebäude- und Verkehrswegebau schon heute den Klimawandel bei ihren Planungen und baulichen Ausführungen zum Hitzeschutz mit einbeziehen.

Synergien können z. B. erzeugt werden, wenn durch die Pflanzung von Bäumen und die Anordnung von begrünten Freiflächen einer Aufheizung des Stadtraums entgegengewirkt wird (Schattenspende, Verdunstungskälte) und die Bereiche zugleich für den Aufenthalt der Anwohnenden sowie für die Rückhaltung und Versickerung des Oberflächenwassers genutzt werden können. Die bauliche Beschaffenheit der Stadträume sowie deren soziale Nutzungen erfordern dabei ortsspezifische Lösungsansätze. Neben diesen Schlüsselmaßnahmen der klimaangepassten Stadtentwicklung, gibt es im Land Bremen bzw. in den beiden Stadtgemeinden weitere konzeptionelle Ansätze, Regelungen und Förderprogramme, die Beiträge zur Anpassung an die Auswirkungen von Hitzeereignissen liefern.

Mit Blick auf Wohngebäude und Wohngrundstücke fördert z. B. das Land Bremen die Begrünung von Dach- und Fassaden, die Entsiegelung von Flächen sowie Dämmmaßnahmen an der Gebäudehülle (BreMo).

Verbindliche Regelungen zu Begrünung unbebauter Grundstücksflächen sowie zur Dachbegrünung getroffen wurden 2024 in die Bremische Landesbauordnung aufgenommen. Der Bremer Standard stellt Anforderungen und Empfehlungen für klimaverträgliche wohnbaulich und gemischt genutzte Quartiere in der Stadtgemeinde Bremen zusammen. Der Klimaanpassungscheck (Schlüsselmaßnahmen der beiden Stadtgemeinden in der Klimaanpassungsstrategie 2018 sowie deren Fortschreibung) dient als verwaltungsinterne Verfahrensregelung für die Berücksichtigung der Auswirkungen des Klimawandels in Planungsprozessen der Stadtentwicklung, der Stadtplanung, der Stadterneuerung und sonstigen formellen und informellen Planungs- und Verwaltungsverfahren.

Insgesamt ist festzustellen, dass das Querschnittsthema Klimaanpassung und Hitzevorsorge mittlerweile verbreiteten Einzug in Konzepte findet, die die räumliche Entwicklung der beiden Stadtgemeinden thematisieren. Ein Beispiel hierfür ist die Entwicklungsstrategie „Zukunftsweisende Wirtschaftsstandorte: Klimaschutz, Klimaanpassung und Biodiversität im Rahmen des GEP 2030“.

Da die Schlüsselmaßnahmen aus diesem Handlungsfeld sich explizit mit der Anpassung des Stadtraums an Hitzebelastungen befasst, wurden die Steckbriefe hier jeweils für die beiden Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven aufgeführt. Sie stellen gleichzeitig die Verbindung mit der Klimaanpassungsstrategie 2024 dar und sind in beiden Dokumenten aufgeführt.

D.1 KLIMAANGEPASSTES GRÜNFLÄCHENMANAGEMENT

Typ: langfristige Maßnahme **Ebene:** Stadtgemeinde Bremen

Ziele der Maßnahme

- Entwicklung verbindlicher Standards und Organisationsformen für das kommunale Grünflächenmanagement
- Erhaltung u. Verbesserung d. Qualität sowie d. Funktionsfähigkeit d. städtischen Grüns im Zuge des Klimawandels
- Nutzung des Grünflächenmanagements zur Förderung der klimagerechten Stadtentwicklung und der Biodiversität

Akteur:innen

Federführung

- SUKW Referat 25

Weitere Akteur:innen

- Umweltbetrieb Bremen
- SUKW Ref 43 & Ref 26
- Amt f. Straßen & Verkehr
- SBMS - Ref. 71 & 72
- Sportamt
- SVIT (Sondervermögen)
- Immobilien Bremen
- GEWOBA
- hanseWasser
- Landesamt für Denkmalpflege
- bremenports
- haneg - Hanseat. Naturentwicklung GmbH
- Deich- und Unterhaltungsverbände

Kurzbeschreibung der Maßnahme

Öffentliche Grünflächen erfüllen wichtige stadtklimatische und lufthygienische Funktionen und sind zugleich Orte der Erholung und der sozialen Begegnung. Sie sind Lebensraum für viele Pflanzen- und Tierarten und verfügen über große Potenziale hinsichtlich Versickerung und Rückhaltung des Regenwassers. Im Zuge des Klimawandels gerät die Vegetation der Grünflächen allerdings zunehmend unter Stress, während gleichzeitig ihre Bedeutung als klimatische und soziale Ausgleichsräume steigt.

Damit öffentliche Grünflächen alle Aufgaben innerhalb dieses Spannungsfelds erfüllen können, muss das Grünflächenmanagement an die Auswirkungen des Klimawandels angepasst werden. Die Umstellung des Grünflächenmanagements ist zudem durch eine Öffentlichkeitskampagne zu begleiten, um die Stadtbevölkerung über die Bedeutung von Grünflächen für die Förderung der Biodiversität zu Informieren. Das betrifft u. a. die Auswirkungen der angepassten Grünpflege auf Erscheinungsbild und Nutzungsintensität der öffentlichen Grünanlagen.

Umsetzungsschritte

1. Klärung der zu beteiligenden operativen Einheiten sowie Zusammenstellung der für die Grünflächen zuständigen Ressorts und Betriebe.
2. Ermittlung der Anpassungserfordernisse anhand von Belastungskarten, Bestandsanalysen und bereits vorliegenden Gutachten.
3. Erarbeitung struktureller und ortsbezogener Handlungsansätze, Berücksichtigung von Bewässerungsmethoden alternativ zum Trinkwasser, Auswahl resilienter Pflanzenarten und -sorten, Prüfung von Ökologisierungspotenzialen, Abstimmung auf die Belange der Gartendenkmalpflege sowie Ermittlung der Kosten-Nutzen-Relationen. Zusammenstellung der Handlungsansätze zu ressortübergreifenden Standards (Handlungsleitfaden).
4. Etablierung praxisnaher Ressortzuständigkeiten sowie Etablierung einer Stabstelle.
5. Anpassung des Unterhaltungskatasters sowie Etablierung eines digitalen Managementtools. Erarbeitung eines Fortbildungskonzepts für Mitarbeitende in der Grünpflege, Abstimmung des Konzepts auf andere Schulungskampagnen (z. B. Biodiversitätsstrategie, Schulhofprogramm)
6. Entwicklung und Durchführung einer Öffentlichkeitskampagne.

Kosten

- Initiale Umsetzung über das Projekt GreenDense
- Dauerhaft eine Personalstelle
- Weitere erhebliche Finanzbedarfe für flächenhafte Umsetzung (noch nicht bezifferbar)

Zeitrahmen

Schritt 1 bis 3: drei Jahre

Schritt 4 bis 6: zwei Jahre

Monitoring / Evaluation

Regelmäßiges, flächendeckendes Monitoring des Zustands von Bäumen und Pflanzen (einschließlich Zustandsveränderungen)

Synergien & Anknüpfungspunkte

- Umgestaltung öffentlicher Räume
- Biodiversitätsstrategien (u. a. UBB)
- Innenentwicklungsstudie
- Flächennutzungsplan

D.2 HANDLUNGSKONZEPT STADTBÄUME 2.0

Typ: langfristige Maßnahme **Ebene:** Stadtgemeinde Bremen

Ziele der Maßnahme

- Anteil der Stadtbäume zu erhalten und mittelfristig zu erhöhen durch Pflanzung von klimaresilienten Baumarten
- Baumstandorte sollen neue Funktionen übernehmen, zum Beispiel als Versickerungsflächen für die Niederschlagsregulierung, bei der Luftreinhaltung und Temperierung der urbanen Flächen

Akteur:innen

Federführung

- SUKW - Referat 25
- SUKW - Referat 26

Weitere Akteur:innen

- Umweltbetrieb Bremen-Grün und -SE
- Amt für Straßen und Verkehr
- Sportamt
- Immobilien Bremen
- Wirtschaftsförderung Bremen
- Wesernetz
- hanseWasser
- Bremenports
- Telekom

Kurzbeschreibung der Maßnahme

Stadtbäume sind wichtige Verschattungselemente und tragen durch Verdunstung des aufgenommenen Wassers zur Kühlung der Stadträume bei. Der Bestand an Stadtbäumen ist daher eine zentrale Komponente für ein ausgeglichenes Stadtklima. In die erste Klimaanpassungsstrategie wurde daher eine Maßnahme zur Erarbeitung eines fachressortübergreifenden Handlungskonzepts mit dem Ziel aufgenommen, insbesondere in den verdichteten und mit Grün unterversorgten Stadtteilen den Baumanteil zu erhöhen sowie einen Handlungsrahmen zum zukünftigen Umgang mit bestehenden Stadtbäumen zu erhalten.

Weitere Komponenten der Schlüsselmaßnahme sind:

- Aufzeigen guter Baumstandorte sowie Optimierung bestehender Baumstandorte im Stadtraum. Berücksichtigung der Belange der Regenwasserrückhaltung
- Entwicklung von Kriterien und integrierten Lösungsansätzen, Abstimmung mit den Anforderungen an die Straßenraumgestaltung (insb. Parkraum, Gebäudeabstand und Stadtbild) und andere Nutzungen (insb. erdverlegte Medien)
- Auswahl klimaresilienter und gegen Schädlingsbefall unempfindlicher Strauch- und Baumarten bzw. -sorten bei Neupflanzungen, Steigerung der Arten- und Sortenvielfalt
- Erprobung und Einsatz innovativer Bewässerungsstrategien
- Prüfung des Einsatzes von erweiterten Pflanzgruben mit Retentionsmöglichkeiten insbesondere in überflutungsgefährdeten Lagen
- Kontinuierlicher Ausbau des Baumbestands
- Entwicklung und Einführung digitaler Plattformen zur Umsetzung einiger Handlungsfelder

Das Handlungskonzept Stadtbäume ist ein kontinuierlicher Entwicklungs- bzw. Erarbeitungsprozess, in dem einige Handlungsfelder bereits abgeschlossen sind. Gleichwohl muss der erreichte Sachstand regelmäßig evaluiert und die Handlungsansätze an die neuen Regeln der Technik angepasst werden. Handlungsfelder - wie z. B. „Bäume und Leitungen“, „Bäume und Retentionsflächen“ sowie „Einführung eines verpflichtenden Wurzelprotokolls bei Tiefbauarbeiten zum Erhalt der Bestandsbäume“ - sind ressortübergreifend zum Abschluss zu bringen.

Umsetzungsschritte

1. Fertigstellung der Ergebniserarbeitung der einzelnen Handlungsfelder, insbesondere
   - HF 1.09 - Verpflichtendes Wurzelprotokoll bei Tiefbauarbeiten einschließlich Erarbeitung einer digitalen Plattform (HF 4.02)
   - HF 1.11 - Bäume und Leitungen
   - HF 3.01 Fortschreibung und Abschluss der Potentialanalyse über die Möglichkeit neuer Baumstandorte in Straßen
   - HF 3.03 - Bäume und Retentionsflächen ressortübergreifend zu einem Ergebnis führen.
2. Einwerbung von Mitteln für die Umsetzung der Handlungsfelder
3. Fortführung der Maßnahmenumsetzung, beginnend mit Handlungsfeld 1.10 - Zu kleine Baumscheiben (Entsiegelung)
4. Beschluss des Handlungskonzepts. Erstellung eines Printmediums für Bürger und Entscheidungsträger.

Kosten

Zeitrahmen

Schritt 1: 2024-2025

Schritt 2: ab sofort fortlaufend

Schritt 3: ab sofort fortlaufend

Schritt 4: in Abhängigkeit von Schritt 1 ab 2025

Monitoring / Evaluation

- Anzahl entsiegelter Baumstandorte im Straßenraum
- Auswertung durchschnittliches Baumalter von Straßenbäumen (Status Quo 2023)
- Verbindliche Einführung des verpflichtenden Wurzelprotokolls mit digitaler Plattform (einmalig)

Synergien & Anknüpfungspunkte



Abb. 26 Bäume tragen tagsüber maßgeblich zur Kühlung des Straßenraums bei

D.3 MODELLHAFTE, NATURBASIERTE UMGESTALTUNG ÖFFENTLICHER RÄUME

Typ: langfristige Maßnahme **Ebene:** Stadtgemeinde Bremen

Ziele der Maßnahme

- Aufzeigen von Hotspots bezogen auf den öffentlichen Raum
- Veranschaulichung konkreter Baumaßnahmen mit dem Ziel klimaangepasster Umgestaltung von Plätzen und für den Aufenthalt wichtiger Straßenräumen
- Prüfung von konkreten Verfahren der Implementation des Schwammstadtprinzips bei investiven Projekten im öffentlichen Raum (welche Veränderungen in welchen Regelwerken braucht es für Verkehrs-, Grün-, Sport-, Schulhofflächen…).
- Sichtbarmachung von Klimaanpassungsmöglichkeiten
- Zusammenführung und Auswertung von Anknüpfungspunkten und Praxiserfahrungen

Akteur:innen

Federführung

SBMS 72 & SUKW 43

Weitere Akteur:innen

- SBMS - Abt. 5 Verkehr
- SBMS - Abt. 6 Stadtpl., Bauordnung
- SBMS - Ref. 71
- SUKW - Abt. 2 und 3
- Umweltbetrieb Bremen (UBB)
- Wirtschaftförderung (WFB)
- Amt für Straßen und Verkehr (ASV)
- Sportamt
- Immobilien Bremen
- hanseWasser

Kurzbeschreibung der Maßnahme

Anhand modellhaft umgebauter öffentlicher Stadträume sollen Praxiserfahrungen und Standards sowie Kenntnisse zu Implementationsschritten für zukünftige Um- und Neugestaltungsmaßnahmen von öffentlichen Räumen gewonnen werden. Hierfür wird der von SBMS und SUKW erarbeitete Klimaanpassungscheck für Maßnahmen der Städtebauförderung herangezogen. Zudem sollen durch das Aufzeigen von klimatischen Hotspots und sozioökonomischen Sensitivitäten konkrete Handlungsbedarfe im Stadtgebiet ermittelt werden. Bei der Umgestaltung der öffentlichen Plätze liegt ein Fokus auf naturbasierten Lösungen (Verschattung, Begrünung, Entsiegelung, Regenrückhaltung). Zudem werden Sprühnebelanlagen und Trinkwasserbrunnen sowie Bewässerungstechniken hinsichtlich Standorteignung und dauerhafter Unterhaltung geprüft.

Bei der Auswahl möglicher Referenzräume soll eine möglich große Bandbreite abgedeckt werden, daher sind auch Freiflächen von Schulen, Sporteinrichtungen und öffentlichen Gebäuden – so sie öffentlich zugänglich sind – in die Betrachtungen einzubeziehen. Die möglichen Referenzräume sollten zudem unter dem Gesichtspunkt der Umweltgerechtigkeit ausgewählt werden.

Durch den Fokus auf naturbasierte Lösungen entstehen Synergien hinsichtlich natürlichem Klimaschutz und Biodiversität. Die Maßnahme unterstützt daher nicht nur die Anpassung an steigende Temperaturen und Starkregenereignisse, sondern sie leistet einen Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität und zur Schaffung attraktiverer öffentlicher Räume. Bei den Maßnahmen finden im Sinne eines integrierten Planungsansatzes auch stadtgestalterische, baukulturelle und touristische Belange Berücksichtigung. Schließlich ist die Identifikation geeigneter Förderkulissen ein wichtiger Baustein bei der Maßnahmenumsetzung.

Umsetzungsschritte

1. Klärung der zu beteiligenden operativen Einheiten. Festlegung von Piloträumen/-maßnahmen mit besonderen Handlungsbedarfen in jedem Bereich (Bei UBB, ASV, IB, WFB). Erstellung einer Liste öffentlicher Räume, die schon umgebaut wurden im Sinne des Schwammstadtprinzips (Best Practice-Beispiele) und die im Grundsatz für einen modellhaften Umbau in Frage kommen
2. Analyse kleinräumiger Risiken und Chancen (Hitze, Starkregen, Wind). Auswahl von öffentlichen Räumen, die für einen Umbau besonders in Frage kommen (auf Basis der unter Schritt 1 erstellten Liste unter Einbezug von Erfahrungen aus Best Practice-Beispielen)
3. Prüfung von Verfahren der Implementation des Schwammstadtprinzips sowie von Förderoptionen und Finanzierungsmöglichkeiten
4. Vergabe Planungsleistungen für einzelne Modellräume
5. Bauliche Umsetzung der einzelnen Modellräume

Kosten

Zeitrahmen

Monitoring / Evaluation

Monitoring aller Haushaltsstellen investiver Projekte im öffentlichen Raum bei UBB, ASV, IB, WfB, Städtebauförderung

Synergien & Anknüpfungspunkte

- Untersuchungen / Konzepte im Rahmen der Stadterneuerung
- Biodiversitätsstrategien
- Konzept Trinkwasserbrunnen
- Studie Klimaangepasste Stadträume im Bremer Centrum
- Innenentwicklungsstudie



Abb. 27 Brunnenanlage auf dem Gröpelinger Bibliotheksplatz in Bremen

D.4 KLIMAANPASSUNG ÖFFENTLICHER GEBÄUDE

Typ: langfristige Maßnahme **Ebene:** Stadtgemeinde Bremen

Ziele der Maßnahme

- Minimierung der Auswirkungen von Hitzeereignissen in öffentlichen Gebäuden
- Sensibilisierung der Einrichtungsträger hinsichtlich der Anforderungen an den Hitzeschutz

Akteur:innen

Federführung

- Senator für Finanzen (Aktionsplan Klimaschutz)
- Koordinierungsstelle Hitzeaktionsplan

Weitere Akteur:innen

- Immobilien Bremen
- Träger der Einrichtungen
- SKB - Abt. 5
- GEWOBA
- SUKW Ref 43

Kurzbeschreibung der Maßnahme

Auch während Extremwetterereignissen wie Hitzewellen muss in öffentlichen Gebäuden, wie bspw. Kitas, Schulen und Krankenhäusern der Betrieb aufrechterhalten werden. Es ist daher notwendig, den öffentlichen Gebäudebestand an in Zukunft häufigere und intensivere Hitzewellen anzupassen. Angesichts der Zielsetzung, die öffentliche Gebäude Bremens bis zum Jahr 2035 klimaneutral zu gestalten, werden die bestehenden Gebäude in den nächsten Jahrzehnten schrittweise saniert und modernisiert werden. Hier können Synergiepotentiale zwischen Klimaschutz und Klimaanpassung realisiert werden, da eine verbesserte Dämmung auch vor übermäßiger Aufheizung der Innenräume im Sommer schützt.

Im Rahmen der Sanierungspläne können noch weitere Maßnahmen des Hitzeschutzes an und um die Gebäude realisiert werden wie Entsiegelung, Dachbegrünung und Fassadenbegrünung. Diese Maßnahmen haben zusätzlich positive Effekte für den lokalen Wasserhaushalt und dienen der Förderung der Biodiversität im Stadtraum.

Bei der Festlegung des Sanierungsfahrplans für die öffentlichen Gebäude soll zudem anhand der neuen Stadtklimaanalyse (2024) und der räumlichen Risikoanalyse (Kapitel 3.2) geprüft werden, welche vulnerablen Einrichtungen in bioklimatisch besonders stark belasteten Quartieren liegen und daher nach Möglichkeit eine höhere Priorität bei der Sanierung genießen können.

Die Maßnahme D.4 ist im Wesentlichen deckungsgleich mit den Maßnahmen S-HB-GWS-048 und L-GWS-074 des Aktionsplanes Klimaschutz.

Umsetzungsschritte

1. Die Sanierung der öffentlichen Gebäude erfolgt gemäß des Sanierungsfahrplanes.
2. Beratung durch die Koordinationsstelle Hitzeaktionsplan zur möglichen Priorisierung von Gebäuden in besonders bioklimatisch belasteten Sandorten.
3. Prüfung von weiteren Fördermitteln insbesondere für den Hitzeschutz und ggf. Unterstützung bei der Einwerbung von Fördermitteln (Förderrichtlinie Anpassung in sozialen Einrichtungen – AnpaSo)

Kosten

- Im Rahmen des Sondervermögens Immobilien und Technik (SVIT) stehen jährliche Mittel zur energetischen Sanierung der öffentlichen Gebäude bereit
- Zusätzliche Mittel für natur-basierten Hitzeschutz müssen über Projektfördermittel eingeworben werden

Zeitrahmen

- Fortlaufend

Monitoring / Evaluation

Prozentualer Anteil der sanierten öffentlichen Gebäude

Synergien & Anknüpfungspunkte

Aktionsplan Klimaschutz 2038 – (S-HB-GWS-048 und L-GWS-074)



D.5 KLIMAANGEPASSTES GRÜNFLÄCHENMANAGEMENT AUF STÄDTISCHEN FLÄCHEN

Typ: langfristige Maßnahme **Ebene:** Stadtgemeinde Bremerhaven



Ziele der Maßnahme

- Erhaltung und Verbesserung der Qualität sowie der Funktionsfähigkeit des städtischen Grüns im Zuge des Klimawandels
- Nutzung des Grünflächenmanagements zur Förderung der klimagerechten Stadtentwicklung und der Biodiversität

Akteur:innen

Federführung

Gartenbauamt BHV

Weitere Akteur:innen

- Umweltschutz / Untere Naturschutzbehörde
- Stadtplanungsamt
- Amt für Straßen- und Brückenbau
- Umweltschutzamt / Klimastadtbüro
- Seestadt Immobilien
- STÄWOG
- Entsorgungsbetriebe Bremerhaven (EBB)
- Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH (BIS)
- Bremerhavener Entsorgungsgesellschaft mbH (BEG)
- Bremerhavener Entwicklungsgesellschaft Alter/ Neuer Hafen mbH &Co. KG (BEAN)

Kurzbeschreibung der Maßnahme

Öffentliche Grünflächen erfüllen wichtige stadtklimatische und lufthygienische Funktionen und sind zugleich Orte der Erholung und der sozialen Begegnung. Sie sind zudem Lebensraum für Pflanzen- und Tierarten und verfügen über große Potenziale hinsichtlich Versickerung und Rückhaltung des Regenwassers. Im Zuge des Klimawandels gerät die Vegetation der Grünflächen zunehmend unter Stress, während gleichzeitig ihre Bedeutung als klimatische und soziale Ausgleichsräume steigt. Damit öffentliche Grünflächen alle Aufgaben innerhalb dieses Spannungsfelds erfüllen können, wird das Grünflächenmanagement an die Auswirkungen des Klimawandels angepasst. Die Pflege und Unterhaltung der Flächen in der Zuständigkeit verschiedener öffentlicher Institutionen sollte nach Möglichkeit abgestimmt und einheitlich durchgeführt werden. Die bisherige und zukünftige Umstellung des Grünflächenmanagements ist durch eine Öffentlichkeitskampagne zu begleiten, um die Stadtbevölkerung über Auswirkungen der Umstellung zu informieren. Das betrifft u. a. die Auswirkungen der angepassten Grünpflege auf Erscheinungsbild und Nutzungsintensität der öffentlichen Grünflächen.

Umsetzungsschritte

1. Bestands- und Potenzialermittlung
2. Erarbeitung struktureller und ortsbezogener Handlungsansätze, Prüfung von ressourcensparenden Bewässerungsmethoden, Auswahl einer Vielfalt von klimaangepassten Pflanzenarten und –sorten unter Berücksichtigung eines möglichst hohen Biodiversitätsindexes, Prüfung von Ökologisierungspotenzialen, Abstimmung auf die Belange der Gartendenkmalpflege und anderer Nutzungsbelange
3. Umsetzung der neu entwickelten Maßnahmen und Ausdehnung der etablierten Maßnahmen. Erarbeitung eines Fortbildungskonzepts für Mitarbeitende in der Grünpflege, Abstimmung des Konzepts mit anderen Schulungskampagnen (z. B. Biodiversitätsstrategie). Zusammenstellung der Handlungsansätze zu Handlungsleitfäden für städtische Institutionen und Beteiligungen
4. Entwicklung und Durchführung einer Öffentlichkeitskampagne
5. Vergabe Planungsleistungen für einzelne Modellräume
6. Bauliche Umsetzung der einzelnen Modellräume

Kosten

- Bestandsaufnahme durch Implementierung eines Grünflächeninformationssystemes
- Öffentlichkeitskampagne
- Schulung Mitarbeitende
- 4 Personalstellen (1 Gartenbautechnische:r Angestellte:r, 3 Gärtner:innen)
- Investive Kosten für Maschinen und Geräte sowie Kosten, die durch Umstellung der Pflege entstehen (u. a. Entsorgung Grünschnitt), werden im Zuge der Konzepterstellung ermittelt

Zeitrahmen

- Schritt 1: Monat 1 bis 12
- Schritt 2: Monat 3 bis 15
- Schritt 3: Monat 7 bis 36
- Schritt 4: Monat 3- 8, jährliche Wiederholung der Öffentlichkeitskampagne

Monitoring / Evaluation

Regelmäßiges, flächendeckendes Monitoring des Zustands von Bäumen und Pflanzen (einschließlich Zustandsveränderungen)

Synergien & Anknüpfungspunkte

- Biodiversitätsstrategie
- BUA-Vorlage VI 88/2023 Konzept zur Ertüchtigung und Erhaltung der Grünanlagen in Bremerhaven durch das Gartenbauamt



Abb. 28 Städtische Grünflächen haben eine hohe Bedeutung für die Klimaanpassung. Im Hintergrund der Simon-Loschen-Leuchtturm in Bremerhaven

D.6 HANDLUNGSKONZEPT STADTBÄUME 2.0

Typ: langfristige Maßnahme **Ebene:** Stadtgemeinde Bremerhaven

Ziele der Maßnahme

- Erhöhung des Anteils an Stadtbäumen
- Erhöhung der Resistenz sowie Schutz von Bäumen und anderen Anpflanzungen gegenüber Hitze- und Trockenstress sowie Sturmlasten
- Vermeidung bzw. Reduzierung der Aufheizung exponierter Verkehrs- und Freiflächen
- Erhöhung der Aufenthaltsqualität in der Stadt (dies betrifft insbesondere Menschen mit eingeschränkter Mobilität wie z. B. Ältere, Kranke, Kinder, Menschen mit finanziellen Einschränkungen)

Akteur:innen

Federführung

Gartenbauamt BHV

Weitere Akteur:innen

- Stadtplanungsamt
- Umweltschutzamt / Untere Naturschutzbehörde
- Umweltschutzamt / Klimastadtbüro
- Seestadt Immobilien
- Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung (BIS)
- Bremerhavener Entwicklungsgesellschaft Alter/ Neuer Hafen (BEAN)
- Fischereihafen Betriebsgesellschaft
- Bremenports
- STÄWOG
- Gewoba
- Amt für Straßen- und Brückenbau
- Entsorgungsbetriebe Bremerhaven (EBB)
- Betreiber der technischen Infrastrukturen

Kurzbeschreibung der Maßnahme

Das Handlungskonzept Stadtbäume der Strategie 2018 wird weiterentwickelt. Die Baumpflanzungen, die im Rahmen des Bremerhavener Projektes zur Klimaanpassung „RE:SET – Renaturierung einer Hafenstadt“ durchgeführt wurden, sind ein wichtiger Startpunkt für weitere Baumpflanzungen in der Stadt. Zur weiteren Steigerung der Verschattung, der CO2-Bindung und der Verdunstungskühlung wird ein fachressortübergreifendes Konzept zur Erhöhung des Baumanteils sowie zum zukünftigen Umgang mit bestehenden Stadtbäumen in Bremerhaven erarbeitet. Hier sind insbesondere aufgrund der Konflikte mit anderen Nutzungen des Stadtraumes wie z. B. den unterirdischen Ver- und Entsorgungsleitungen innovative Lösungen mit den beteiligten Ämtern und Institutionen zu finden. Auch das in einigen Gebieten Bremerhavens zeitweise hoch anstehende Grund- bzw. Schichtenwasser erfordert Lösungen für eine nachhaltige Pflanzung und Pflege der Stadtbäume.

Im Bestand werden zum Erhalt von Bäumen an kritischen Standorten die Baumstandorte optimiert und die Bodeneigenschaften im Wurzelraum verbessert. Bäume, deren Erhalt aufgrund von Schädigungen unter Kosten-Nutzen-Aspekten nicht sinnvoll ist, werden langfristig entfernt bzw. ausgetauscht. Bei Neupflanzungen werden, ausgehend von aktuellen Forschungserkenntnissen, klimaresistente Baumarten bzw. -sorten ausgewählt werden. Zudem wird ein möglichst breites Artenspektrum eingesetzt werden, um bei auftretenden Krankheiten oder Schädlingsbefall die Schäden gering zu halten.

Ergänzend zu den genannten Maßnahmen werden an bestimmten Einzelstandorten innovative Strategien zur Belüftung, Düngung, Bodenverbesserung sowie Bewässerung (z. B. über Zisternen) und Steuerung der Bewässerungsmengen mit Hilfe von Bodenfeuchtesensorik erprobt werden. Auch der Einsatz erweiterter Pflanzgruben mit Retentionsmöglichkeiten ist zu prüfen.

Umsetzungsschritte

1. Ermittlung weiterer Baumstandorte in Abstimmung mit den beteiligten Ämtern und Institutionen (dauerhaft)
2. Baumpflanzungen an den ausgewählten Standorten mit artentsprechender Pflege und Entwicklung
3. Erprobung und Auswertung innovativer Strategien zur Belüftung, Düngung, Bodenverbesserung sowie Bewässerung an ausgewählten Standorten

Kosten

- Baumpflanzung im Verkehrsraum, Pflegekosten pro Baum im Jahr, bei 50 jährlich neu gepflanzten Bäumen
- Planungsmittel
- Personalstellen für die dauerhafte Unterhaltung der Stadtbäume (2 Gärtner:innen)
- Investive Kosten für Maschinen und Geräte z. B für Bewässerungstechnik

Zeitrahmen

- Schritt 1: fortlaufend
- Schritt 2: fortlaufend
- Schritt 3: fortlaufend

Monitoring / Evaluation

Synergien & Anknüpfungspunkte

- Landschaftsprogramm des Landes Bremen – Teil Bremerhaven
- Vorlage Bau- und Umweltausschuss VI 79/2023 Begrünung von Stadteingängen, Hauptverkehrsstraßen und Stadtteilen in Bremerhaven
- Magistratsvorlage VII 6/2019
- Strategie für die weitere ökologische Entwicklung der öffentlichen Grünflächen Bremerhavens



Abb. 29 Blick auf den Neuen Hafen und den Simon-Loschen-Leuchturm in Bremerhaven

D.7 MODELLHAFTE, NATURBASIERTE UMGESTALTUNG ÖFFENTLICHER RÄUME

Typ: langfristige Maßnahme **Ebene:** Stadtgemeinde Bremerhaven

Ziele der Maßnahme

- Aufzeigen von Hotspots bezogen auf den öffentlichen Raum
- Veranschaulichung konkreter Baumaßnahmen mit dem Ziel klimaangepasster Umgestaltung von Plätzen und für den Aufenthalt wichtiger Straßenräumen
- Sichtbarmachung von Klimaanpassungsmöglichkeiten
- Zusammenführung und Auswertung von Anknüpfungspunkten und Praxiserfahrungen

Akteur:innen

Federführung

- Umweltschutzamt/ Klimastadtbüro

Weitere Akteur:innen

- Stadtplanungsamt
- Gartenbauamt
- Amt für Straßen- und Brückenbau
- Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung (BIS)
- Seestadt Immobilien

Kurzbeschreibung der Maßnahme

Anhand modellhaft umgebauter öffentlicher Stadträume sollen Praxiserfahrungen und Standards für zukünftige Um- und Neugestaltungsmaßnahmen von öffentlichen Räumen gewonnen werden. Zudem sollen durch das Aufzeigen von klimatischen Hotspots und sozioökonomischen Sensitivitäten konkrete Handlungsbedarfe im Stadtgebiet ermittelt werden. Bei der Umgestaltung der öffentlichen Plätze liegt ein Fokus auf naturbasierten Lösungen (Verschattung, Begrünung, Entsiegelung). Zudem werden Sprühnebelanlagen und Trinkwasserbrunnen sowie Bewässerungstechniken hinsichtlich Standorteignung und dauerhafter Unterhaltung geprüft.

Bei der Auswahl möglicher Referenzräume soll eine möglich große Bandbreite abgedeckt werden, daher sind auch Freiflächen von Schulen, Sporteinrichtungen und öffentlichen Gebäuden – so sie öffentlich zugänglich sind – in die Betrachtungen einzubeziehen.

Durch den Fokus auf naturbasierte Lösungen entstehen Synergien hinsichtlich natürlichem Klimaschutz und Biodiversität. Die Maßnahme unterstützt daher nicht nur die Anpassung ansteigende Temperaturen und Starkregenereignisse, sondern sie leistet einen Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität und zur Schaffung attraktiverer öffentlicher Räume. Bei den Maßnahmen finden im Sinne eines integrierten Planungsansatzes auch stadtgestalterische, baukulturelle und touristische Belange Berücksichtigung. Schließlich ist die Identifikation geeigneter Förderkulissen ein wichtiger Baustein bei der Maßnahmenumsetzung.

Umsetzungsschritte

1. Klärung der zu beteiligenden operativen Einheiten. Auswertung von Belastungskarten und Vulnerabilitätsanalysen. Festlegung von Piloträumen mit besonderen Handlungsbedarfen, Erstellung einer Liste öffentlicher Räume, die im Grundsatz für einen modellhaften Umbau in Frage kommen.
2. Analyse kleinräumiger Risiken und Chancen (Hitze, Starkregen, Wind). Auswahl von öffentlichen Räumen, die für einen Umbau besonders in Frage kommen (auf Basis der unter Schritt 1 erstellten Liste).
3. Prüfung Förderoptionen und Finanzierungsmöglichkeiten.
4. Vergabe Planungsleistungen für einzelne Modellräume.
5. Bauliche Umsetzung der einzelnen Modellräume.

Kosten

- Schritte 1 bis 3: extern vergebenes Gutachten 120.000 €
- Investive Mittel für bauvorbereitende Maßnahmen und bauliche Umsetzungen werden unter den Schritten 3 und 4 ermittelt

Zeitrahmen

- Schritte 1 bis 3: 2 Jahre
- Schritte 4 und 5: fortlaufend

Monitoring / Evaluation

Monitoring im Rahmen von Förderprogrammen (z. B. Städtebauförderung)

Synergien & Anknüpfungspunkte



D.8 KONZEPT ZUM SOMMERLICHEN HITZESCHUTZ FÜR ÖFFENTLICHE UND SOZIALE EINRICHTUNGEN

Typ: langfristige Maßnahme **Ebene:** Stadtgemeinde Bremerhaven

Ziele der Maßnahme

- Minimierung der Auswirkungen von extremen Hitzeereignissen in öffentlichen und sozialen Einrichtungen
- Gewährleistung von Gesundheit, Wohlbefinden und Arbeitssicherheit der Menschen, die sich im Gebäude aufhalten
- Schutz vulnerabler Bevölkerungsgruppen vor den Auswirkungen von Hitzeereignissen

Akteur:innen

Federführung

Seestadt Immobilien

Weitere Akteur:innen

- Stadtplanungsamt
- Gartenbauamt
- Bauordnungsamt
- Gesundheitsamt / umweltbezogener Gesundheitsschutz
- Umweltschutzamt / Klimastadtbüro
- Soziales Abt. 2 und 3 (zur Unterstützung der Erhebung der relevanten Einrichtungen im Stadtgebiet)
- STÄWOG
- Träger der Einrichtungen
- Koordinierungsstelle Hitzeaktionsplan

Kurzbeschreibung der Maßnahme

Zur Verbesserung des sommerlichen Hitzeschutzes in öffentlichen und sozialen Einrichtungen soll ein Konzept erarbeitet werden, wie durch temporäre oder dauerhafte Hitzeschutzmaßnahmen eine Abkühlung in den Innenräumen erzielt werden kann. Ziel dieser Maßnahme ist es insbesondere Einrichtungen, die hinsichtlich der Sensitivität der Nutzung (vulnerable Bevölkerungsgruppen) sowie ihrer Lage in besonders von Hitze betroffenen Stadträumen, besser vor den negativen Auswirkungen erhöhter Hitzebelastung zu schützen. Das zu erarbeitende Konzept soll Maßnahmen zur natürlichen Verdunstungskühlung und zur Verschattung durch die Verwendung von Pflanzen (insb. Laubbäumen) im Außenbereich und bei der Gestaltung größerer Oberflächen (z. B. Fassaden, Dächern, etc.) beinhalten. Zudem kann die Nutzung technischer Elemente als auch die Berücksichtigung des Reflexions- und Wärmespeicherverhaltens bei der Gestaltung größerer Oberflächen (z. B. Dächern, Plätzen etc.) zur Verbesserung des sommerlichen Hitzeschutzes beitragen. Eine Erhöhung des Kühlenergiebedarfs durch einen vermehrten Einsatz von Klimaanlagen soll vermieden werden.

Umsetzungsschritte

1. Aufnahme aller relevanten Einrichtungen im Stadtgebiet. Qualifizierung der Einrichtungen hinsichtlich der Sensitivität der Nutzung (vulnerable Bevölkerungsgruppen) sowie ihrer Lage in besonders von Hitze betroffenen Stadträumen
2. Zusammenstellung eines Maßnahmenkatalogs mit Betrachtung allgemeiner baulicher und organisatorischer Voraussetzungen zur Verbesserung des sommerlichen Hitzeschutzes für Innen- und Außenbereiche öffentlicher und sozialer Einrichtungen, Aufzeigen von Beratungsangeboten und Fördermöglichkeiten.
3. Sensibilisierung der betroffenen Einrichtungen unter Verweis auf die konkrete Hitzebelastung

Kosten	Zeitrahmen
	Ca. zwei Jahre
Monitoring / Evaluation	**Synergien & Anknüpfungspunkte**
Fortlaufende Erfassung der sanierten Gebäude.	Klimaschutzstrategie 2038 der Freien Hansestadt Bremen „Energetische Sanierung des öffentlichen Gebäudebestandes“

D.9 KLIMAANPASSUNG IN BESTEHENDEN GEWERBEGEBIETEN

Typ: langfristige Maßnahme **Ebene:** Stadtgemeinde Bremerhaven

Ziele der Maßnahme

- Erhöhung der Resilienz bestehender Gewerbegebiete gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels
- Erhalt guter Arbeitsbedingungen in Gewerbegebieten sowie Erhöhung der Attraktivität des Arbeitsumfelds
- Reduzierung städtischer Wärmeinseln
- Erweiterung des Gebietsmanagements um die Belange der Klimaanpassung

Akteur:innen

Federführung

- Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung (BIS)
- Referat für Wirtschaft, Tourismus und Wissenschaft

Weitere Akteur:innen

- Stadtplanungsamt
- Umweltschutzamt / Klimastadtbüro
- Amt für Straßen- und Brückenbau
- Industrie- und Handelskammer
- Handwerkskammer
- Arbeitnehmerkammer
- Immobilieneigentümer / Gewerbetreibende
- Entsorgungsbetriebe Bremerhaven (EBB)
- Sonstige Betreiber v. Versorgungsinfrastruktur

Kurzbeschreibung der Maßnahme

Gewerbegebiete sind aufgrund hoher Versiegelungsgrade, teils großmaßstäblicher Bebauung sowie meist geringer Grünflächenanteile im zunehmenden Maße von der Zunahme sommerlicher Hitzewellen sowie extremer Starkregenereignisse durch den fortschreitenden Klimawandel betroffen. Zudem verstärkt der zumeist hohe Anteil versiegelter Gewerbeflächen die Überwärmung angrenzender Stadtgebiete. So bietet der umfangreiche Bestand an Flachdächern, an versiegelten Betriebs- und Verkehrsflächen ein großes Transformationspotenzial, welches für entsprechende für Klimaanpassungsmaßnahmen genutzt werden sollte. Zentraler Baustein bei der Weiterentwicklung bestehender Gewerbegebiete ist die Einrichtung eines Gewerbegebietsmanagements, das den im Gewerbegebiet Tätigen beratend zur Verfügung steht und gebietsbezogene Strategien entwickelt. Diese sollen sowohl die Sensibilisierung der Unternehmen gegenüber den Folgen des Klimawandels als auch die Beratung zu baulichen Maßnahmen zur Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels umfassen. Dazu zählen vor allem das Aufzeigen von Möglichkeiten der Entsiegelung befestigter Außenflächen, die Anlage von Grün- und Wasserflächen einschließlich Baumpflanzungen sowie Flächen für Versickerung und Regenwasserrückhaltung sowie – insbesondere vor dem Hintergrund des hohen Anteils an Flachdächern – die Begrünungen von Dachflächen.

Umsetzungsschritte

1. Identifikation von betroffenen Gewerbegebieten anhand der Belastungskarten (Starkregen und Stadtklima)
2. Überprüfung und Zusammenstellung von vorhandenem Informationsmaterial, insbesondere unter Bezugnahme der Erfahrungen aus den Planungen zum nachhaltigen Gewerbegebiet LUNE DELTA
3. Erarbeitung von Standards sowie Einbindung in die Unternehmensförderung
4. Etablierung von Gewerbegebietsmanagement auf die unter Schritt 1 identifizierten Gewerbegebiete
5. Aufbereitung und Verbreitung von Informationen zu Handlungsansätzen, Fördermöglichkeiten, Beratungsmöglichkeiten und bereits umgesetzten Maßnahmen
6. Durchführung der Beratungsleistungen sowie Umsetzung von Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel in bestehenden Gewerbegebieten

Kosten	Zeitrahmen
• Personal- & Arbeitsplatzkosten Gewerbegebietsmanagement • Kosten Erstellung Informationsmaterial 30.000 € • Ggf. Mittel für kommunales Förderprogramm	• Schritte 1 bis 3: zwei Jahre • Schritte 4 bis 6: fortlaufend
Monitoring / Evaluation	**Synergien & Anknüpfungspunkte**
Fortlaufende Aktualisierung der erfassten Gewerbegebiete hinsichtlich der Handlungsbedarfe und der durchgeführten Maßnahmen.	Nachhaltiges Gewerbegebiet LUNE Plate

5.5
Maßnahmen zum Monitoring und zur Evaluation

Zur Sicherstellung einer effektiven und möglichst effizienten Umsetzung des Hitzeaktionsplans werden sowohl der Umsetzungsstand der Maßnahmen evaluiert als auch das Morbiditäts- und Mortalitätsgeschehen beobachtet.

E.1 MONITORING DER MASSNAHMENUMSETZUNG

Typ: kontinuierlich **Ebene:** Land

Ziele der Maßnahme

- Sicherstellung einer effektiven und möglichst effizienten Umsetzung des Hitzeaktionsplans
- Bedarfsgerechte Anpassung der Maßnahmen und Weiterentwicklung des Hitzeaktionsplans

Akteur:innen

Federführung

Koordinierungsstelle

Weitere Akteur:innen

- Steuerungskreis
- Akteursnetzwerk
- Zuständige Ressorts und Akteure

Adressierte Personengruppe

je nach Maßnahme

Fokus: Gesundheitliche Chancengerechtigkeit

Spezifische Indikatoren im Sinne eines Health Equity Impact Assessment, um frühzeitig Vergrößerungen sozial bedingter gesundheitlicher Ungleichheiten durch unerwünschte Wirkungen von Maßnahmen zu verhindern

Kurzbeschreibung der Maßnahme

Der Hitzeaktionsplan einschließlich der darin enthaltenen Maßnahmen muss hinsichtlich seines Umsetzungsstands fortwährend evaluiert werden. Aufbauend auf einer Analyse der Erfolge und Hemmnisse sind geeignete Anpassungen des Hitzeaktionsplans bzw. der Maßnahmen zu veranlassen.

Dazu ist von Beginn an eine jährliche Überprüfung des Umsetzungsstands der Maßnahmen einschließlich einer Einschätzung der Effektivität, Effizienz und Akzeptanz in den Zielgruppen vorzunehmen. Idealerweise erfolgt eine Auswertung des Monitorings so, dass die Ergebnisse zum jeweilig nächsten Sommer vorliegen. Die Überprüfung erfolgt in enger Abstimmung zwischen Koordinierungsstelle, Steuerungskreis und Akteursnetzwerk.

Vor dem erstmaligen Monitoring sind entsprechende Indikatoren zu entwickeln. Diese sind regelmäßig zu überprüfen und bei Bedarf anzupassen.

Umsetzungsschritte

1. Entwicklung eines Indikatorensets zur Kontrolle der Wirksamkeit der Maßnahmen
2. Fortlaufende Einholung der für das Monitoring notwendigen Informationen durch die Koordinierungsstelle
3. Zusammenführen und Bewerten der Informationen
4. Diskussion im Rahmen des Steuerungskreises und im Akteursnetzwerk
5. Ergebnisdarstellung
6. Ableitung von Schlussfolgerungen und Informationsverbreitung

Kosten

Personelle Ressourcen für Konzepterstellung, Informations- und Datenverarbeitung sowie Auswertung

Zeitrahmen

- Jährlich, 3./.4 Quartal

Monitoring / Evaluation

Synergien & Anknüpfungspunkte

E.2 MONITORING MORBIDITÄT UND MORTALITÄT IN BEZUG AUF HITZEEREIGNISSE

Typ: kontinuierlich bzw. saisonal **Ebene:** Land

Ziele der Maßnahme

- Sicherstellung einer effektiven Umsetzung des Hitzeaktionsplans
- Verbesserte Personalbedarfsplanung für Kliniken, Rettungsdienste u. -mittel, Arztpraxen, Pflege (ambulant & stationär)
- Bedarfsgerechte Anpassung der Maßnahmen und Weiterentwicklung des Hitzeaktionsplans

Akteur:innen

Federführung

Koordinierungsstelle

Weitere Akteur:innen

- Statistisches Landesamt
- Steuerungskreis
- Akteursnetzwerk
- Gesundheitsressort (HB: Ref. 22, 31)
- Rettungsdienste

Adressierte Personengruppe

Fokus: Gesundheitliche Chancengerechtigkeit

Spezifische Auswertungen hinsichtlich sozialer Unterschiede in hitzeassoziierter Morbidität und Mortalität

Kurzbeschreibung der Maßnahme

Das Morbiditäts- und Mortalitätsgeschehen (z. B. Krankenhauseinweisungen als Notfall; Fehl-, Früh- und Mangelgeburten; Sterbefälle nach Altersgruppen) wird während des Sommers erfasst und im Vergleich von Zeiträumen mit und ohne Hitzeereignissen der letzten Jahre analysiert. Hierbei finden auch Effekte einer verzögerten Hitzewirkung Berücksichtigung. Es wird die Exzess-Mortalität unter Berücksichtigung von Alter und Geschlecht – und sofern Daten verfügbar – sozialer Lage bzw. Wohnort berechnet. Weitergehend kann ein vom Robert Koch-Institut genutztes Modell zur Schätzung der hitzebedingten Sterbefälle angewendet werden. Für diese Analysen sind keine Diagnosedaten notwendig.

Analysen zur Assoziation des Morbiditätsgeschehen mit Hitzeereignissen sind in Abhängigkeit der konkreten Datenverfügbarkeit in Bremen und Bremerhaven (z. B. hinsichtlich Diagnosen nach ICD-10-GM, ambulant oder stationär erfasst) im Detail zu planen.

Die Analysen ermöglichen eine Einschätzung der aktuellen Situation während und unmittelbar nach Hitzeereignissen und im Vergleich mit früheren Jahren vor Implementation des Hitzeaktionsplans der Wirksamkeit der Maßnahmen.

Die Auswertung sollte vorbehaltlich der datenschutzrechtlichen Möglichkeiten differenziert nach Alter, Geschlecht und wenn möglich weiterer Indikatoren der sozialen Lage (auf individueller Ebene, evtl. auf Ortsteil- oder Stadtteilebene) erfolgen.

Umsetzungsschritte

1. Prüfung der Datenverfügbarkeit
2. Planung des Datentransfers (datenschutzrechtlich, technisch) und der Datenanalyse
3. Datenanalyse und -auswertung
4. Ergebnisdarstellung, Ableitung von Schlussfolgerungen und Informationsverbreitung
5. Rückkopplung des Monitorings mit dem Gesundheitssektor

Kosten

- Personelle Ressourcen für Datenverarbeitung
- Ggf. Ressourcen für Soft- und Hardware
- Ggf. Kosten für Erwerb von Daten

Zeitrahmen

- Grundlegend: Etablierung des Datentransfers und der Datenanalyse
- Während des Sommers: kontinuierliche Datenerhebung
- Nach dem Sommer: detaillierte Auswertung, Interpretation und Kommunikation

Monitoring / Evaluation

Synergien & Anknüpfungspunkte

- Wissenschaftliche Publikationen zur Abschätzung der hitzebedingten Mortalität und Morbidität
- Projekt NoWoHit in Worms
- Landespflegebericht 2023 (SASJI)

Weitere Ressourcen, Quellen und Anhang

WEITERE RESSOURCEN

Sachstandsbericht „Klimawandel und Gesundheit“
des Robert Koch-Instituts 2023
https://www.rki.de/DE/Content/GesundAZ/K/Klimawandel_Gesundheit/KlimGesundAkt.html?nn=13282488

Hitzewarnsystem des Deutschen Wetterdienstes
https://www.hitzewarnungen.de/index.jsp

Klimaanpassung Land Bremen
https://www.klimaanpassung.bremen.de/

Hitze-Service für Kommunen: Hitzeschutzmaßnahmen, Hitzeaktionspläne
https://hitzeservice.de/

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung BZgA: **Hitzeschutz in Lebenswelten**, Informationen für Bevölkerung, Gesundheitseinrichtungen, Kommunen
https://www.klima-mensch-gesundheit.de/hitzeschutz/

Gesundheitsamt Bremen: u. a. **Hitzeknigge**
https://www.gesundheitsamt.bremen.de/umwelt/hitzewellen-und-gesundheit-28396

Deutsche Allianz Klimawandel und Gesundheit (KLUG) e.V.: **Musterhitzeschutzpläne** für Gesundheitseinrichtungen, **Informationsmaterialien** etc.
https://hitze.info

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (2022): **Klimawandel und Arbeitsschutz**
https://www.baua.de/DE/Angebote/Publikationen/Berichte/Gd108.pdf?__blob=publicationFile&v=9

Deutscher Hausärzteverband: **Hitze-Manual** inkl. Checklisten für den Praxisalltag
https://www.hausaerzteverband.de/themen/hitzeschutz/

Pflegenetzwerk Deutschland: **Hitzeschutz**
https://pflegenetzwerk-deutschland.de/thema-hitzeschutz

LITERATUR UND QUELLEN

Bayerisches Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL). Hitzeaktionspläne in Kommunen. Unterstützung bei der Erstellung von Maßnahmen und Konzepten. Toolbox. Erlangen 2023. https://www.bestellen.bayern.de/application/applstarter?APPL=eshop&DIR=eshop&ACTIONxSETVAL(artdtl.htm,APGxNODENR:332601,AARTxNR:lgl_ges_00090,AARTxNODENR:358206,USERxBODYURL:artdtl.htm,KATALOG:StMGP,AKATxNAME:StMGP,ALLE:x)=X (Zugriff: 13.4.2024)

Becker C, Herrmann A, Haefeli WE, Rapp K, Lindemann U. Neue Wege zur Prävention gesundheitlicher Risiken und der Übersterblichkeit von älteren Menschen bei extremer Hitze. In: Bundesgesundheitsblatt 2019; 62: 565-570

Birkmann J, Liwenga E, Pandey R, Boyd E, Djalante R, Gemenne F, Leal Filho W, Pinho PF, Stringer L, Wrathall D. Poverty, Livelihoods and Sustainable Development. In: Climate Change 2022: Impacts, Adaptation and Vulnerability. Contribution of Working Group II to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change [H.-O. Pörtner, D.C. Roberts, M. Tignor, E.S. Poloczanska, K. Mintenbeck, A. Alegría, M. Craig, S. Langsdorf, S. Löschke, V. Möller, A. Okem, B. Rama (eds.)]. Cambridge University Press 2022, Cambridge, UK and New York, NY, USA, pp. 1171–1274. doi:10.1017/9781009325844.010

Bolte G, Dandolo L, Gepp S, Hornberg C, Lumbi SL. Klimawandel und gesundheitliche Chancengerechtigkeit: Eine Public-Health-Perspektive auf Klimagerechtigkeit. J Health Monit 2023; 8(Suppl 6): 3-35. doi: 10.25646/11772

Bund/Länder Ad-hoc Arbeitsgruppe ‚Gesundheitliche Anpassung an die Folgen des Klimawandels (GAK)‘. Handlungsempfehlungen für die Erstellung von Hitzeaktionsplänen zum Schutz der menschlichen Gesundheit. Bundesgesundheitsbl 2017; 60(6): 662-672. doi: 10.1007/s00103-017-2554-5

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit. Handlungsempfehlungen für die Erstellung von Hitzeaktionsplänen zum Schutz der menschlichen Gesundheit. Bonn 2017. https://www.bmuv.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/hap_handlungsempfehlungen_bf.pdf (Zugriff: 13.4.2024)

DWD (2024): Klimareport Bremen und Bremerhaven; 1. Auflage, Deutscher Wetterdienst, Deutschland, 72 Seiten.

Deutscher Wetterdienst (DWD). Das Stadtklima und seine Einflussfaktoren. Abgerufen von https://www.dwd.de/DE/forschung/klima_umwelt/klimawirk/stadtpl/projekt_warmeinseln/projekt_waermeinseln_node.html. DWD 2023 (Zugriff: 7.5.2024)

Franzkowiak P, Hurrelmann K. Gesundheit. In: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) (Hrsg.). Leitbegriffe der Gesundheitsförderung und Prävention. Glossar zu Konzepten, Strategien und Methoden. Köln 2022. doi: 10.17623/BZGA:Q4-i023-1.0

Gebhardt N, van Bronswijk K, Bunz M, Müller T, Niessen P, Nikendei C. Scoping Review zu Klimawandel und psychischer Gesundheit in Deutschland – Direkte und indirekte Auswirkungen, vulnerable Gruppen, Resilienzfaktoren. J Health Monit 2023; 8(Suppl 4):122-149. doi: 10.25646/11650

Hessische Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie (HLNUG) (Hrsg.). KLIMPRAX Stadtklima. Handlungsleitfaden zur kommunalen Klimaanpassung in Hessen - Hitze und Gesundheit. 2019

Hochschule Fulda. Arbeitshilfe zur Entwicklung und Implementierung eines Hitzeaktionsplans für Kommunen. Fulda 2023. https://www.hs-fulda.de/fileadmin/user_upload/FB_Pflege_und_Gesundheit/Forschung___Entwicklung/Klimawandel_Gesundheit/Arbeitshilfe_zur_Entwicklung_und_Implementierung_eines_Hitzeaktionsplans_fuer_Kommunen_21.03_final.pdf (Zugriff: 13.4.2024)

IPCC, 2022: Climate Change 2022: Impacts, Adaptation and Vulnerability. Contribution of Working Group II to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change [H.-O. Pörtner, D.C. Roberts, M. Tignor, E.S. Poloczanska, K. Mintenbeck, A. Alegría, M. Craig, S. Langsdorf, S. Löschke, V. Möller, A. Okem, B. Rama (eds.)]. Cambridge University Press. Cambridge University Press, Cambridge, UK and New York, NY, USA, 3056 pp., doi: 10.1017/9781009325844.

Lancet Countdown on Health and Climate Change. Policy Brief für Deutschland. 2021. https://klimawandel-gesundheit.de/wp-content/uploads/2021/10/20211020_Lancet-Countdown-Policy-Germany-2021_Document_v2.pdf (Zugriff: 13.4.2024)

Oke TR, Mills G, Christen A, Voogt JA. Urban Climates. Cambridge: Cambridge University Press 2017

Swiss Tropical and Public Health Institute (Swiss TPH). Hitze-Maßnahmen-Toolbox 2021. Ein Maßnahmenkatalog für den Schutz der menschlichen Gesundheit vor Hitze. Basel 2021. https://www.nccs.admin.ch/dam/nccs/de/dokumente/website/sektoren/ gesundheit/hitze-massnahmen-toolbox-2021.pdf.download.pdf/Hitze-Massnahmen-Toolbox%202021.pdf (Zugriff: 13.4.2024)

Umweltbundesamt (UBA) (Hrsg.). Analyse von Hitzeaktionsplänen und gesundheitlichen Anpassungsmaßnahmen an Hitzeextremen in Deutschland. Dessau-Roßlau 2023. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/11850/publikationen/hap-de_endbericht_bf_230321_lb.pdf (Zugriff: 13.4.2024)

Umweltbundesamt (UBA) (Hrsg.). Klimawirkungs- und Risikoanalyse für Deutschland - Kurzfassung 2021. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/5750/publikationen/2021-06-10_cc_26-2021_kwra2021_kurzfassung.pdf (Zugriff: 28.8.2024)

van Daalen KR, Romanello M, Rocklöv J et al. The 2022 Europe report of the Lancet Countdown on health and climate change: Towards a climate resilient future. Lancet Public Health 2022; 7(11): e942–e965. doi: 10.1016/S2468-2667(22)00197-9

Weltgesundheitsorganisation (WHO). Heat-Health Action Plans. Guidance. WHO Regional Office for Europe. Copenhagen 2008. https://iris.who.int/bitstream/handle/10665/107888/989289071918-eng.pdf?sequence=1 (Zugriff: 13.4.2024)

Weltgesundheitsorganisation (WHO). Gesundheitshinweise zur Prävention hitzebedingter Gesundheitsschäden. Neue und aktualisierte Hinweise für unterschiedliche Zielgruppen. WHO Regionalbüro für Europa, Kopenhagen 2019. https://iris.who.int/bitstream/handle/10665/341625/WHO-EURO-2021-2510-42266-58732-ger.pdf?sequence=1&isAllowed=y (Zugriff: 13.4.2024)

Weltgesundheitsorganisation (WHO). Heat and health in the WHO European Region: updated evidence for effective prevention. WHO Regional Office for Europe. Copenhagen 2021. https://iris.who.int/bitstream/handle/10665/339462/9789289055406-eng.pdf?sequence=1 (Zugriff: 13.4.2024)

Winklmayr C, Matthies-Wiesler F, Muthers S, Buchien S, Kuch B, An der Heiden M, Mücke HG. Hitze in Deutschland: Gesundheitliche Risiken und Maßnahmen zur Prävention. J Health Monit 2023; 8(Suppl 4): 3-32. doi: 10.25646/11651

BILDQUELLEN

Abbildungen

Abb. 01 Eigene Darstellung (BPW Stadtplanung, GEO-NET)
Abb. 02 BPW Stadtplanung
Abb. 03 KLUG-Deutsche Allianz Klimawandel und Gesundheit e. V., WHO 2021
Abb. 04 Eigene Darstellung (BPW Stadtplanung, IPP) nach UBA 2021
Abb. 05 Eigene Darstellung (GEO-NET) nach DWD-Daten
Abb. 06 Eigene Darstellung (GEO-NET)
Abb. 07 Eigene Darstellung (GEO-NET)
Abb. 08 Pixabay
Abb. 09 Eigene Darstellung (GEO-NET)
Abb. 10 Eigene Darstellung (GEO-NET)
Abb. 11 Eigene Darstellung (GEO-NET)
Abb. 12 GeoBasis-DE / GeoInformation Bremen 2023
Abb. 13 Eigene Darstellung (BPW Stadtplanung) nach WHO 2008
Abb. 14 Eigene Darstellung (BPW Stadtplanung)
Abb. 15 Eigene Darstellung (BPW Stadtplanung)
Abb. 16 BPW Stadtplanung
Abb. 17 Pixabay
Abb. 18 plumbe / pixelio.de
Abb. 19 Helene Souza / pixelio.de
Abb. 20 Pixabay
Abb. 21 SUKW / Wittig
Abb. 22 Pixabay
Abb. 23 SUKW / KlimPark
Abb. 24 Pixabay
Abb. 25 Pixabay
Abb. 26 WFB / Carina Tank
Abb. 27 SUKW / Wittig
Abb. 28 WFB / Carina Tank
Abb. 29 Pixabay

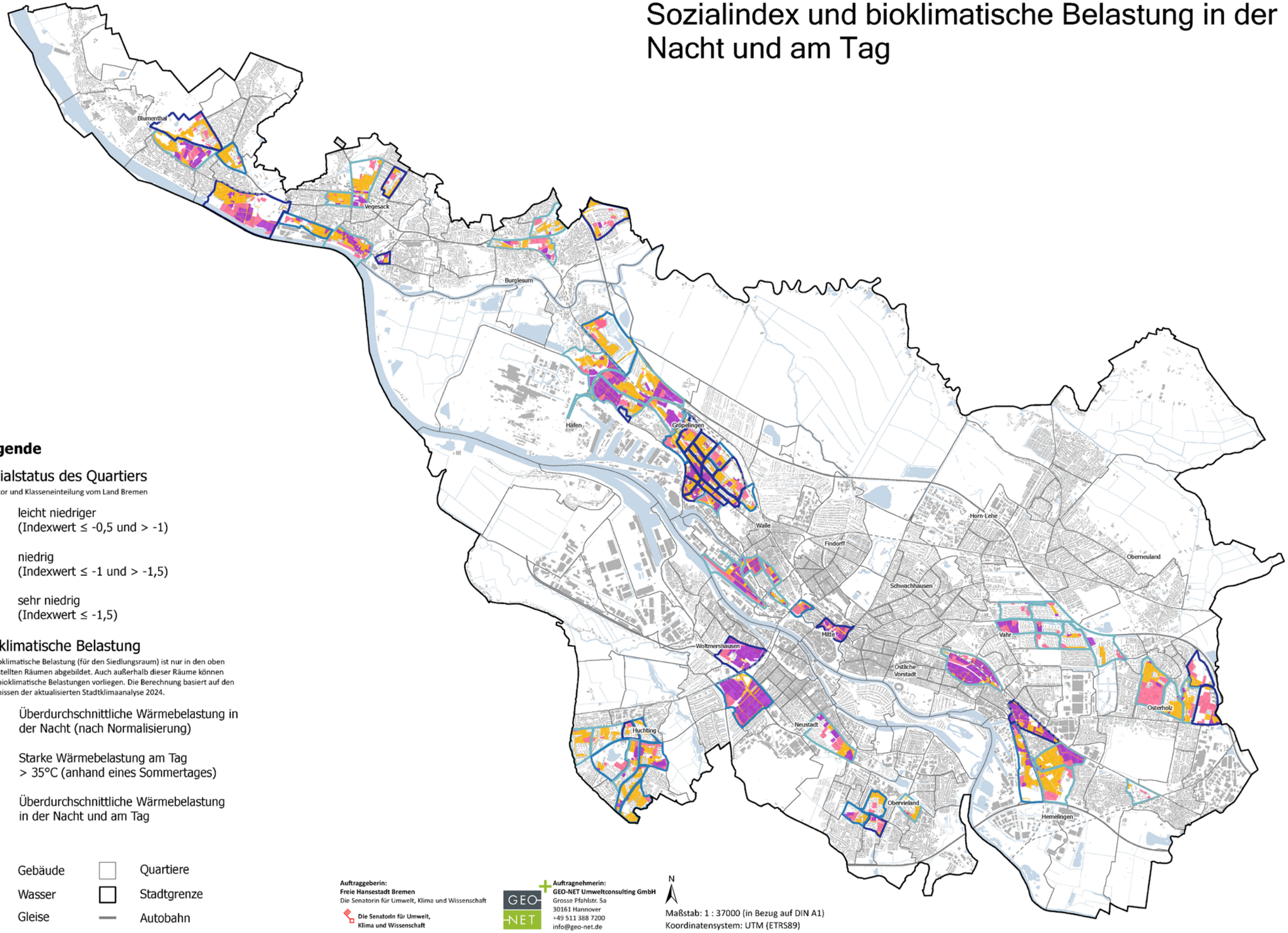
Deckblätter / ganzseitige Bilder

Cover WFB / Carina Tank
S. 2 SUKW
S. 4/5 Pixabay
S. 8/9 Pixabay
S. 14/15 Pixabay
S. 20/21 WFB / Carina Tank
S. 28/29 Petra Dirscherl / pixelio.de
S. 53 WFB / Carina Tank
S. 59 BPW Stadtplanung
S. 73 WFB / Carina Tank
S. 79 MUST Städtebau
S. 84/85 Pixabay
S. 115 Rike / pixelio.de
Rücken Pixabay

Tabellen

Tab. 01 Eigene Darstellung (GEO-NET) nach DWD 2018

Sozialindex und bioklimatische Belastung in der Nacht und am Tag



Legende

Sozialstatus des Quartiers

Indikator und Klasseneinteilung vom Land Bremen

- leicht niedriger (Indexwert ≤ -0,5 und > -1)
- niedrig (Indexwert ≤ -1 und > -1,5)
- sehr niedrig (Indexwert ≤ -1,5)

Bioklimatische Belastung

Die bioklimatische Belastung (für den Siedlungsraum) ist nur in den oben dargestellten Räumen abgebildet. Auch außerhalb dieser Räume können hohe bioklimatische Belastungen vorliegen. Die Berechnung basiert auf den Ergebnissen der aktualisierten Stadtklimaanalyse 2024.

- Überdurchschnittliche Wärmebelastung in der Nacht (nach Normalisierung)
- Starke Wärmebelastung am Tag > 35°C (anhand eines Sommertages)
- Überdurchschnittliche Wärmebelastung in der Nacht und am Tag

- Gebäude
- Wasser
- Gleise
- Quartiere
- Stadtgrenze
- Autobahn

Auftraggeberin:
Freie Hansestadt Bremen
Die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft

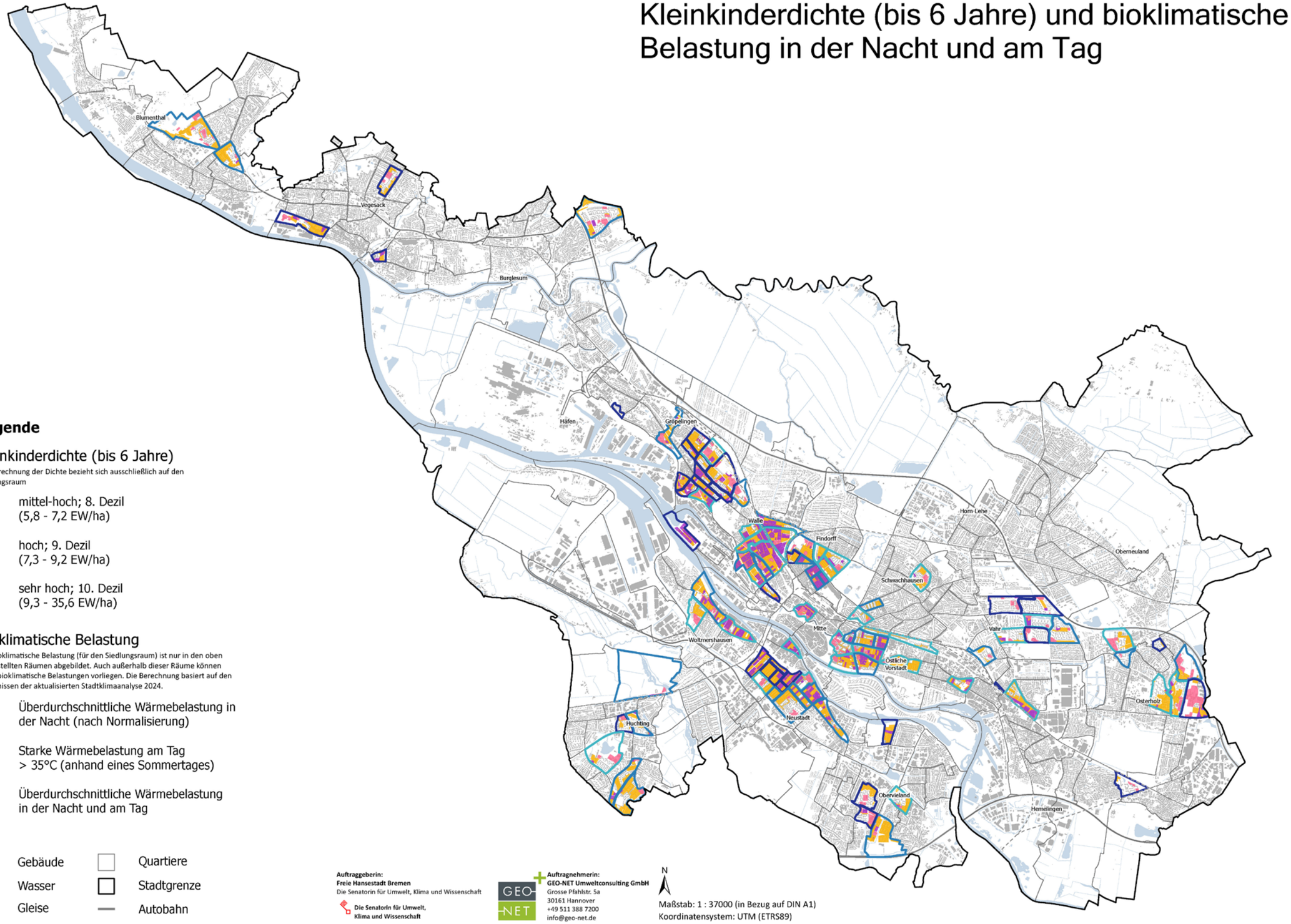
Die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft

Auftragnehmerin:
GEO-NET Umweltconsulting GmbH
Grosse Pfahlstr. 5a
30161 Hannover
+49 511 388 7200
info@geo-net.de

N

Maßstab: 1 : 37000 (in Bezug auf DIN A1)
Koordinatensystem: UTM (ETRS89)

Kleinkinderdichte (bis 6 Jahre) und bioklimatische Belastung in der Nacht und am Tag



Legende

Kleinkinderdichte (bis 6 Jahre)

Die Berechnung der Dichte bezieht sich ausschließlich auf den Siedlungsraum

- mittel-hoch; 8. Dezil (5,8 - 7,2 EW/ha)
- hoch; 9. Dezil (7,3 - 9,2 EW/ha)
- sehr hoch; 10. Dezil (9,3 - 35,6 EW/ha)

Bioklimatische Belastung

Die bioklimatische Belastung (für den Siedlungsraum) ist nur in den oben dargestellten Räumen abgebildet. Auch außerhalb dieser Räume können hohe bioklimatische Belastungen vorliegen. Die Berechnung basiert auf den Ergebnissen der aktualisierten Stadtklimaanalyse 2024.

- Überdurchschnittliche Wärmebelastung in der Nacht (nach Normalisierung)
- Starke Wärmebelastung am Tag > 35°C (anhand eines Sommertages)
- Überdurchschnittliche Wärmebelastung in der Nacht und am Tag

- Gebäude
- Wasser
- Gleise
- Quartiere
- Stadtgrenze
- Autobahn

Auftraggeberin:
Freie Hansestadt Bremen
Die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft

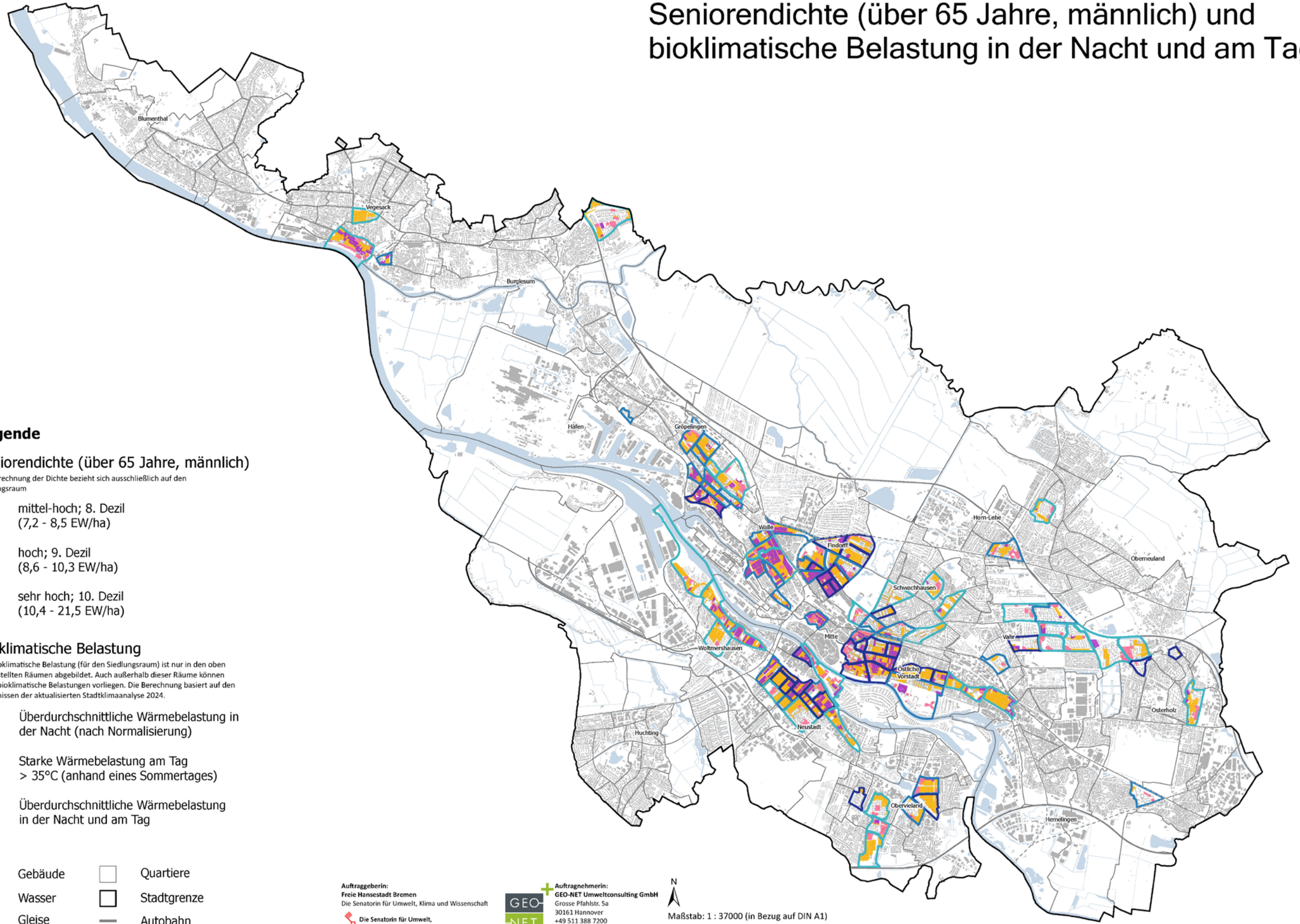
Die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft

Auftragnehmerin:
GEO-NET Umweltconsulting GmbH
Grosse Pfahlstr. 5a
30161 Hannover
+49 511 388 7200
info@geo-net.de

N

Maßstab: 1 : 37000 (in Bezug auf DIN A1)
Koordinatensystem: UTM (ETRS89)

Seniorendichte (über 65 Jahre, männlich) und bioklimatische Belastung in der Nacht und am Tag



Legende

Seniorendichte (über 65 Jahre, männlich)

Die Berechnung der Dichte bezieht sich ausschließlich auf den Siedlungsraum

- mittel-hoch; 8. Dezil (7,2 - 8,5 EW/ha)
- hoch; 9. Dezil (8,6 - 10,3 EW/ha)
- sehr hoch; 10. Dezil (10,4 - 21,5 EW/ha)

Bioklimatische Belastung

Die bioklimatische Belastung (für den Siedlungsraum) ist nur in den oben dargestellten Räumen abgebildet. Auch außerhalb dieser Räume können hohe bioklimatische Belastungen vorliegen. Die Berechnung basiert auf den Ergebnissen der aktualisierten Stadtklimaanalyse 2024.

- Überdurchschnittliche Wärmebelastung in der Nacht (nach Normalisierung)
- Starke Wärmebelastung am Tag > 35°C (anhand eines Sommertages)
- Überdurchschnittliche Wärmebelastung in der Nacht und am Tag

- Gebäude
- Wasser
- Gleise
- Quartiere
- Stadtgrenze
- Autobahn

Auftraggeberin:
Freie Hansestadt Bremen
Die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft

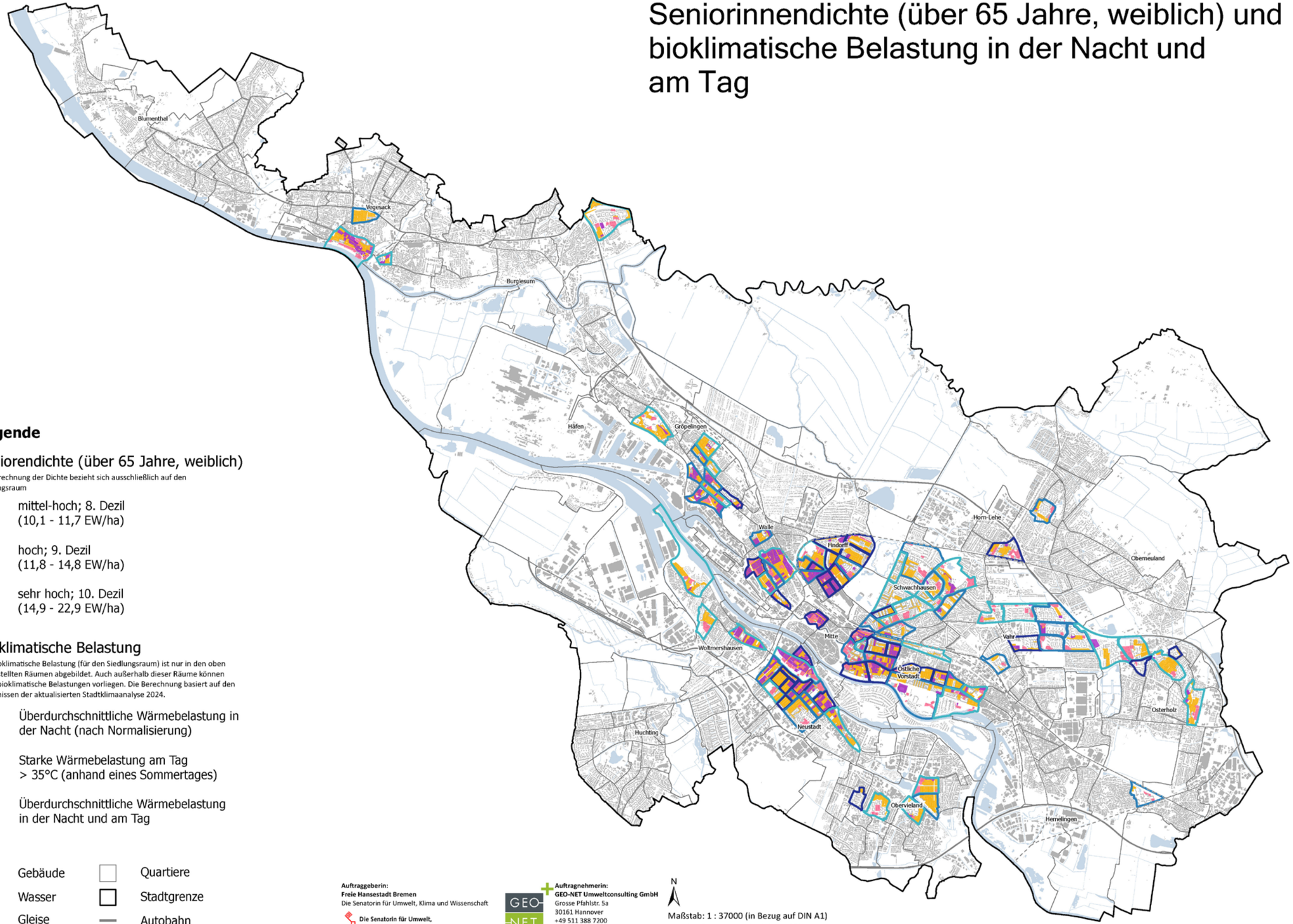
Die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft

Auftragnehmerin:
GEO-NET Umweltconsulting GmbH
Grosse Pfahlstr. 5a
30161 Hannover
+49 511 388 7200
info@geo-net.de

N

Maßstab: 1 : 37000 (in Bezug auf DIN A1)
Koordinatensystem: UTM (ETRS89)

Seniorinnendichte (über 65 Jahre, weiblich) und bioklimatische Belastung in der Nacht und am Tag



Legende

Seniorendichte (über 65 Jahre, weiblich)

Die Berechnung der Dichte bezieht sich ausschließlich auf den Siedlungsraum

- mittel-hoch; 8. Dezil (10,1 - 11,7 EW/ha)
- hoch; 9. Dezil (11,8 - 14,8 EW/ha)
- sehr hoch; 10. Dezil (14,9 - 22,9 EW/ha)

Bioklimatische Belastung

Die bioklimatische Belastung (für den Siedlungsraum) ist nur in den oben dargestellten Räumen abgebildet. Auch außerhalb dieser Räume können hohe bioklimatische Belastungen vorliegen. Die Berechnung basiert auf den Ergebnissen der aktualisierten Stadtklimaanalyse 2024.

- Überdurchschnittliche Wärmebelastung in der Nacht (nach Normalisierung)
- Starke Wärmebelastung am Tag > 35°C (anhand eines Sommertages)
- Überdurchschnittliche Wärmebelastung in der Nacht und am Tag

- Gebäude
- Wasser
- Gleise
- Quartiere
- Stadtgrenze
- Autobahn

Auftraggeberin:
Freie Hansestadt Bremen
Die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft

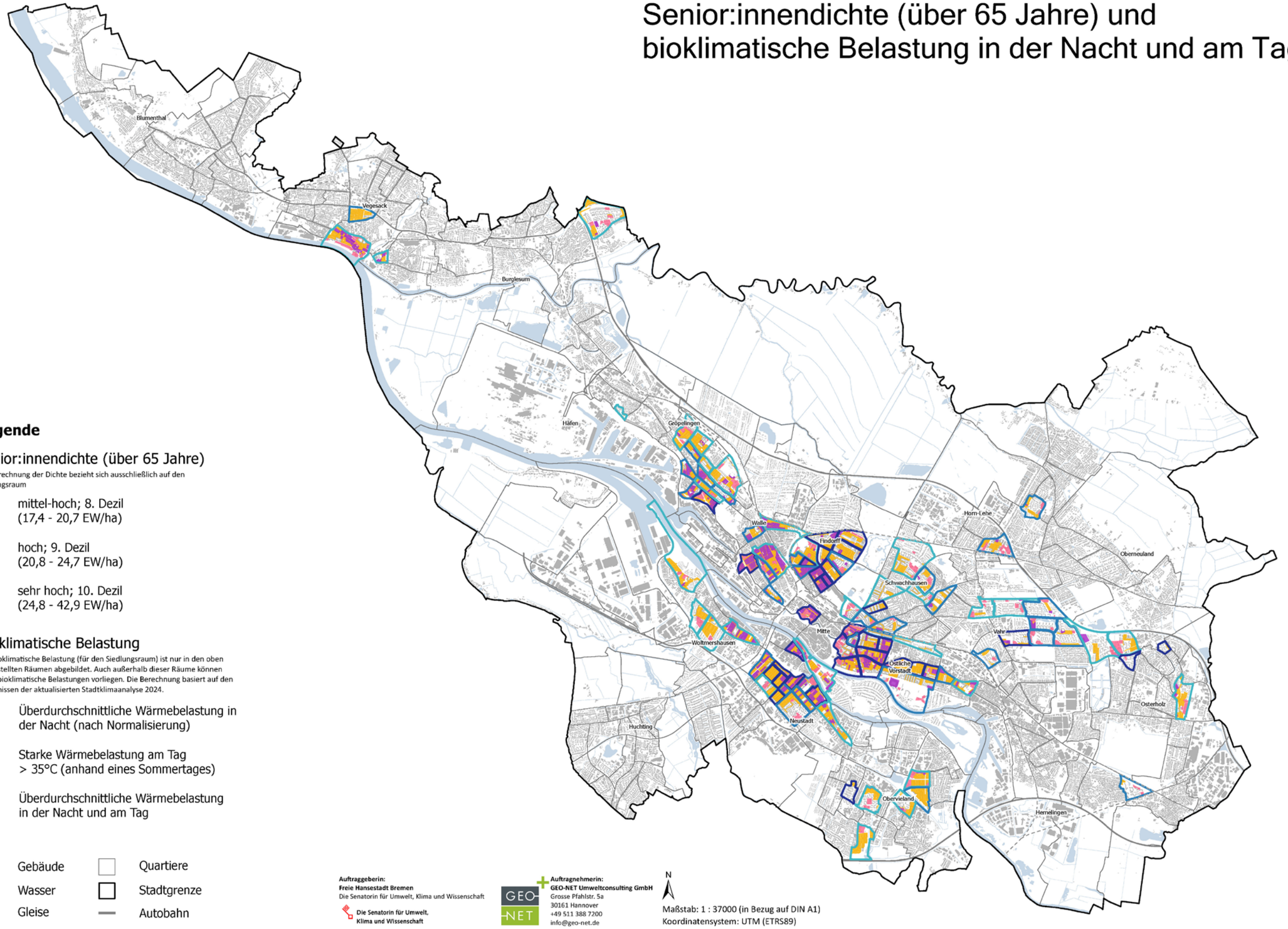
Die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft

Auftragnehmerin:
GEO-NET Umweltconsulting GmbH
Grosse Pfahlstr. 5a
30161 Hannover
+49 511 388 7200
info@geo-net.de

N

Maßstab: 1 : 37000 (in Bezug auf DIN A1)
Koordinatensystem: UTM (ETRS89)

Senior:innendichte (über 65 Jahre) und bioklimatische Belastung in der Nacht und am Tag



Legende

Senior:innendichte (über 65 Jahre)

Die Berechnung der Dichte bezieht sich ausschließlich auf den Siedlungsraum

- mittel-hoch; 8. Dezil (17,4 - 20,7 EW/ha)
- hoch; 9. Dezil (20,8 - 24,7 EW/ha)
- sehr hoch; 10. Dezil (24,8 - 42,9 EW/ha)

Bioklimatische Belastung

Die bioklimatische Belastung (für den Siedlungsraum) ist nur in den oben dargestellten Räumen abgebildet. Auch außerhalb dieser Räume können hohe bioklimatische Belastungen vorliegen. Die Berechnung basiert auf den Ergebnissen der aktualisierten Stadtklimaanalyse 2024.

- Überdurchschnittliche Wärmebelastung in der Nacht (nach Normalisierung)
- Starke Wärmebelastung am Tag > 35°C (anhand eines Sommertages)
- Überdurchschnittliche Wärmebelastung in der Nacht und am Tag

- Gebäude
- Wasser
- Gleise
- Quartiere
- Stadtgrenze
- Autobahn

Auftraggeberin:
Freie Hansestadt Bremen
Die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft

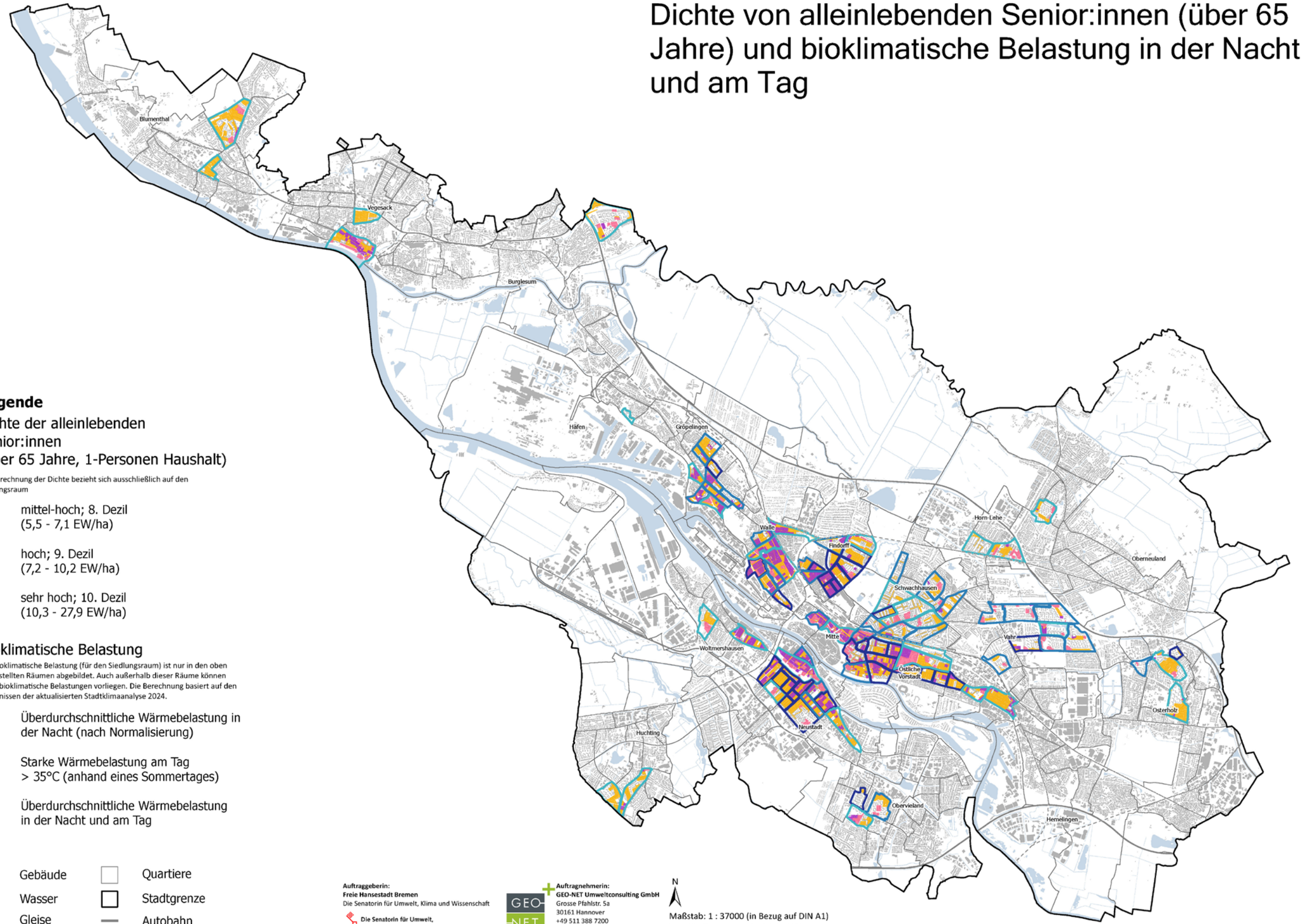
Die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft

Auftragnehmerin:
GEO-NET Umweltconsulting GmbH
Grosse Pfahlstr. 5a
30161 Hannover
+49 511 388 7200
info@geo-net.de

N

Maßstab: 1 : 37000 (in Bezug auf DIN A1)
Koordinatensystem: UTM (ETRS89)

Dichte von alleinlebenden Senior:innen (über 65 Jahre) und bioklimatische Belastung in der Nacht und am Tag



Legende

Dichte der alleinlebenden Senior:innen (über 65 Jahre, 1-Personen Haushalt)

Die Berechnung der Dichte bezieht sich ausschließlich auf den Siedlungsraum

- mittel-hoch; 8. Dezil (5,5 - 7,1 EW/ha)
- hoch; 9. Dezil (7,2 - 10,2 EW/ha)
- sehr hoch; 10. Dezil (10,3 - 27,9 EW/ha)

Bioklimatische Belastung

Die bioklimatische Belastung (für den Siedlungsraum) ist nur in den oben dargestellten Räumen abgebildet. Auch außerhalb dieser Räume können hohe bioklimatische Belastungen vorliegen. Die Berechnung basiert auf den Ergebnissen der aktualisierten Stadtklimaanalyse 2024.

- Überdurchschnittliche Wärmebelastung in der Nacht (nach Normalisierung)
- Starke Wärmebelastung am Tag > 35°C (anhand eines Sommertages)
- Überdurchschnittliche Wärmebelastung in der Nacht und am Tag

- Gebäude
- Wasser
- Gleise
- Quartiere
- Stadtgrenze
- Autobahn

Auftraggeberin:
Freie Hansestadt Bremen
Die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft

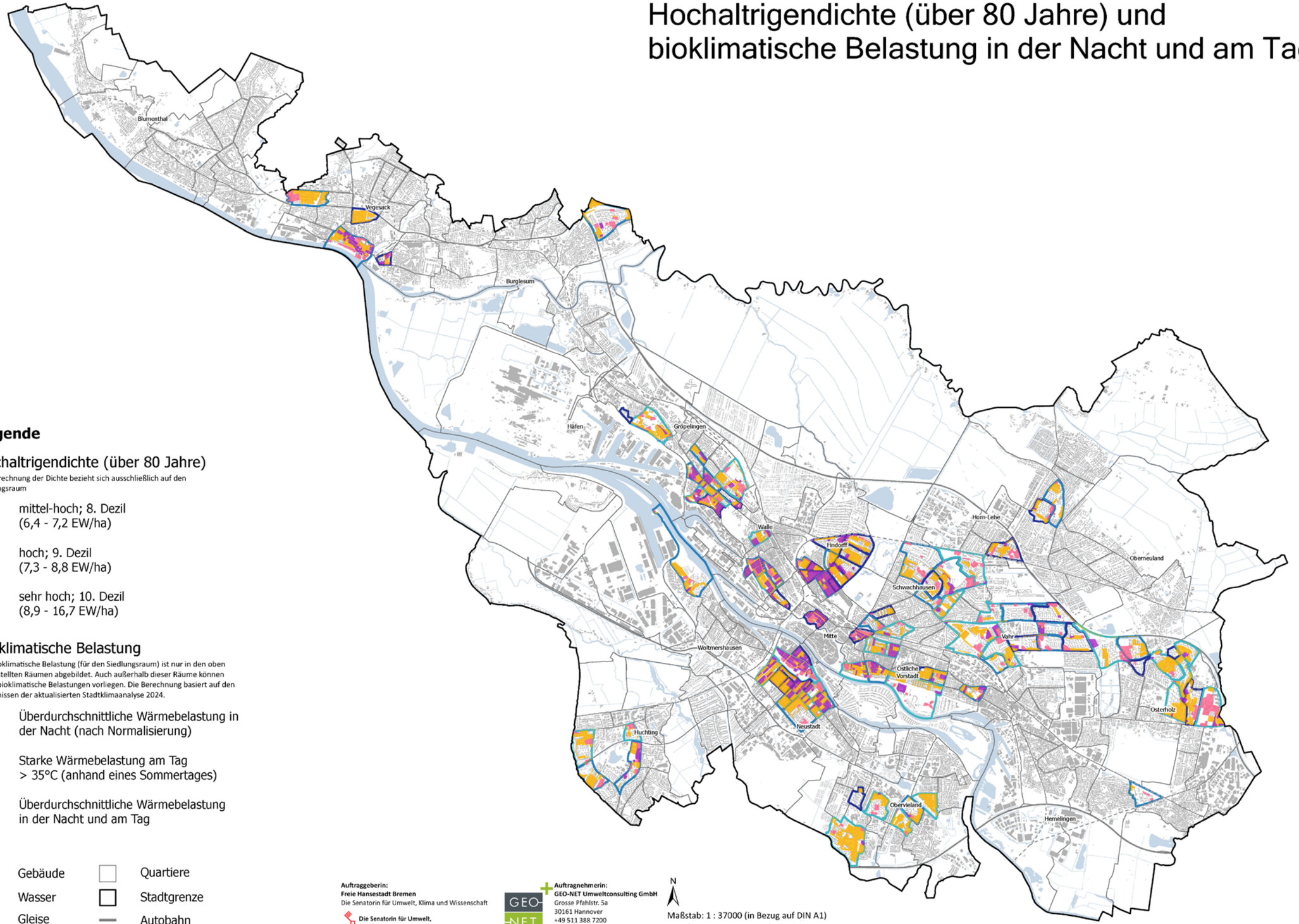
Die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft

Auftragnehmerin:
GEO-NET Umweltconsulting GmbH
Grosse Pfahlstr. 5a
30161 Hannover
+49 511 388 7200
info@geo-net.de

N

Maßstab: 1 : 37000 (in Bezug auf DIN A1)
Koordinatensystem: UTM (ETRS89)

Hochaltrigendichte (über 80 Jahre) und bioklimatische Belastung in der Nacht und am Tag



Legende

Hochaltrigendichte (über 80 Jahre)

Die Berechnung der Dichte bezieht sich ausschließlich auf den Siedlungsraum

- mittel-hoch; 8. Dezil (6,4 - 7,2 EW/ha)
- hoch; 9. Dezil (7,3 - 8,8 EW/ha)
- sehr hoch; 10. Dezil (8,9 - 16,7 EW/ha)

Bioklimatische Belastung

Die bioklimatische Belastung (für den Siedlungsraum) ist nur in den oben dargestellten Räumen abgebildet. Auch außerhalb dieser Räume können hohe bioklimatische Belastungen vorliegen. Die Berechnung basiert auf den Ergebnissen der aktualisierten Stadtklimaanalyse 2024.

- Überdurchschnittliche Wärmebelastung in der Nacht (nach Normalisierung)
- Starke Wärmebelastung am Tag > 35°C (anhand eines Sommertages)
- Überdurchschnittliche Wärmebelastung in der Nacht und am Tag

- Gebäude
- Wasser
- Gleise
- Quartiere
- Stadtgrenze
- Autobahn

Auftraggeberin:
Freie Hansestadt Bremen
Die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft

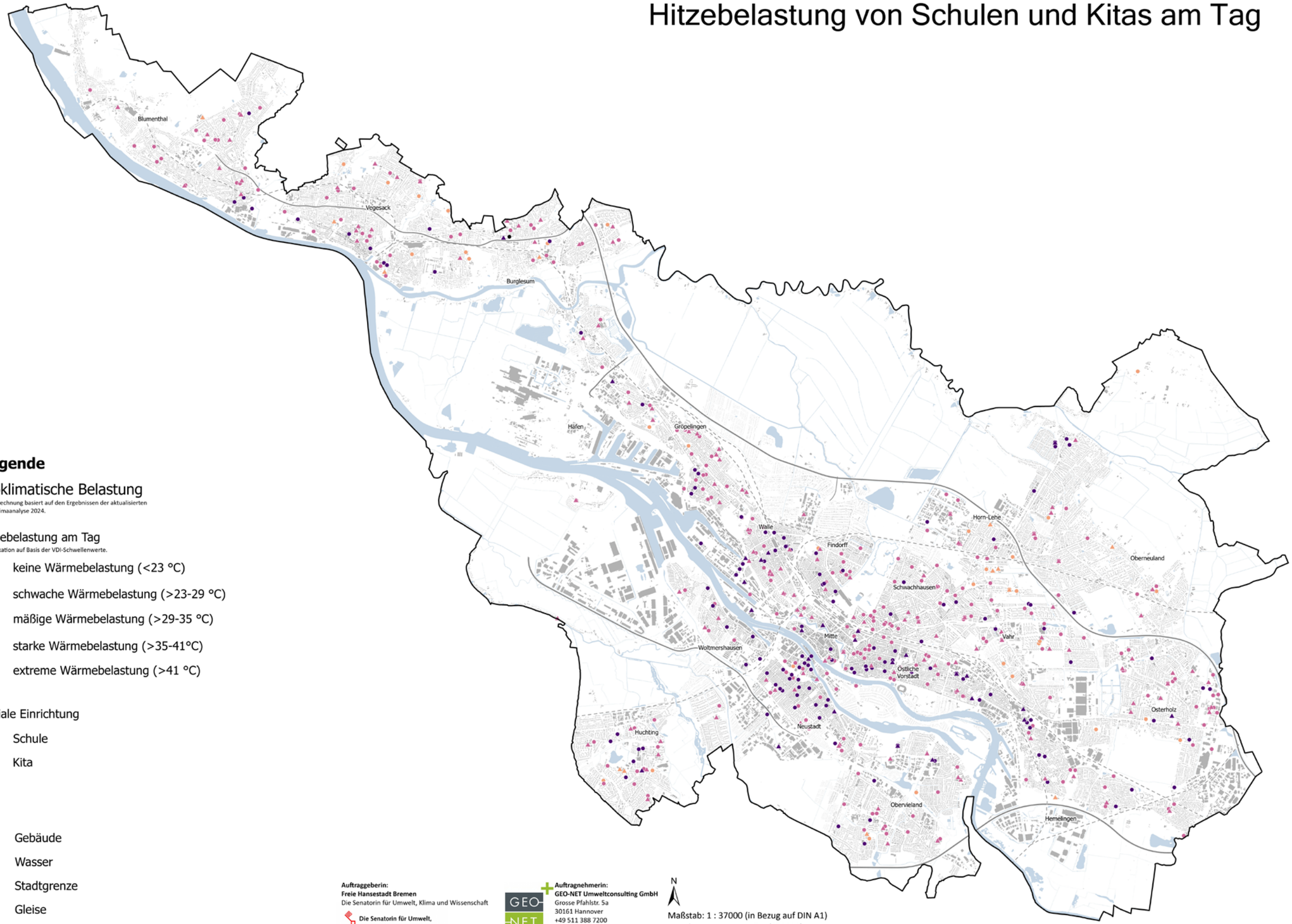
Die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft

Auftragnehmerin:
GEO-NET Umweltconsulting GmbH
Grosse Pfahlstr. 5a
30161 Hannover
+49 511 388 7200
info@geo-net.de

N

Maßstab: 1 : 37000 (in Bezug auf DIN A1)
Koordinatensystem: UTM (ETRS89)

Hitzebelastung von Schulen und Kitas am Tag



Legende

Bioklimatische Belastung

Die Berechnung basiert auf den Ergebnissen der aktualisierten Stadtklimaanalyse 2024.

Hitzebelastung am Tag

Klassifikation auf Basis der VDI-Schwellenwerte.

- keine Wärmebelastung (<23 °C)
- schwache Wärmebelastung (>23-29 °C)
- mäßige Wärmebelastung (>29-35 °C)
- starke Wärmebelastung (>35-41°C)
- extreme Wärmebelastung (>41 °C)

Soziale Einrichtung

- Schule
- Kita

- Gebäude
- Wasser
- Stadtgrenze
- Gleise
- Autobahn

Auftraggeberin:
Freie Hansestadt Bremen
Die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft

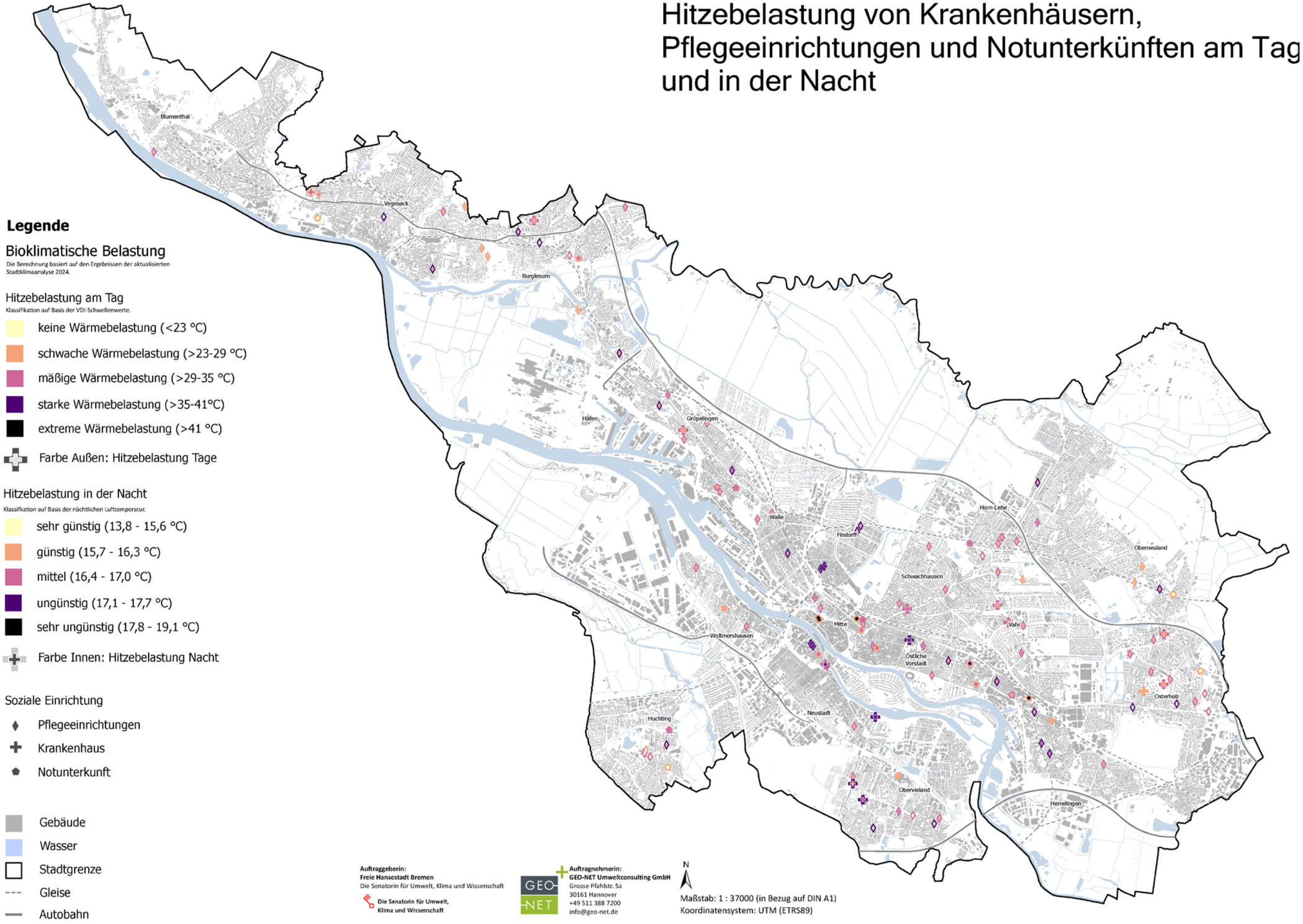
Die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft

Auftragnehmerin:
GEO-NET Umweltconsulting GmbH
Grosse Pfahlstr. 5a
30161 Hannover
+49 511 388 7200
info@geo-net.de

N

Maßstab: 1 : 37000 (in Bezug auf DIN A1)
Koordinatensystem: UTM (ETRS89)

Hitzebelastung von Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen und Notunterkünften am Tag und in der Nacht



Legende

Bioklimatische Belastung

Die Berechnung basiert auf den Ergebnissen der aktualisierten Stadtklimaanalyse 2024.

Hitzebelastung am Tag

Klassifikation auf Basis der VDI-Schwellenwerte.

- keine Wärmebelastung (<23 °C)
- schwache Wärmebelastung (>23-29 °C)
- mäßige Wärmebelastung (>29-35 °C)
- starke Wärmebelastung (>35-41°C)
- extreme Wärmebelastung (>41 °C)
- Farbe Außen: Hitzebelastung Tage

Hitzebelastung in der Nacht

Klassifikation auf Basis der nächtlichen Lufttemperatur.

- sehr günstig (13,8 - 15,6 °C)
- günstig (15,7 - 16,3 °C)
- mittel (16,4 - 17,0 °C)
- ungünstig (17,1 - 17,7 °C)
- sehr ungünstig (17,8 - 19,1 °C)
- Farbe Innen: Hitzebelastung Nacht

Soziale Einrichtung

- Pflegeeinrichtungen
- Krankenhaus
- Notunterkunft

- Gebäude
- Wasser
- Stadtgrenze
- Gleise
- Autobahn

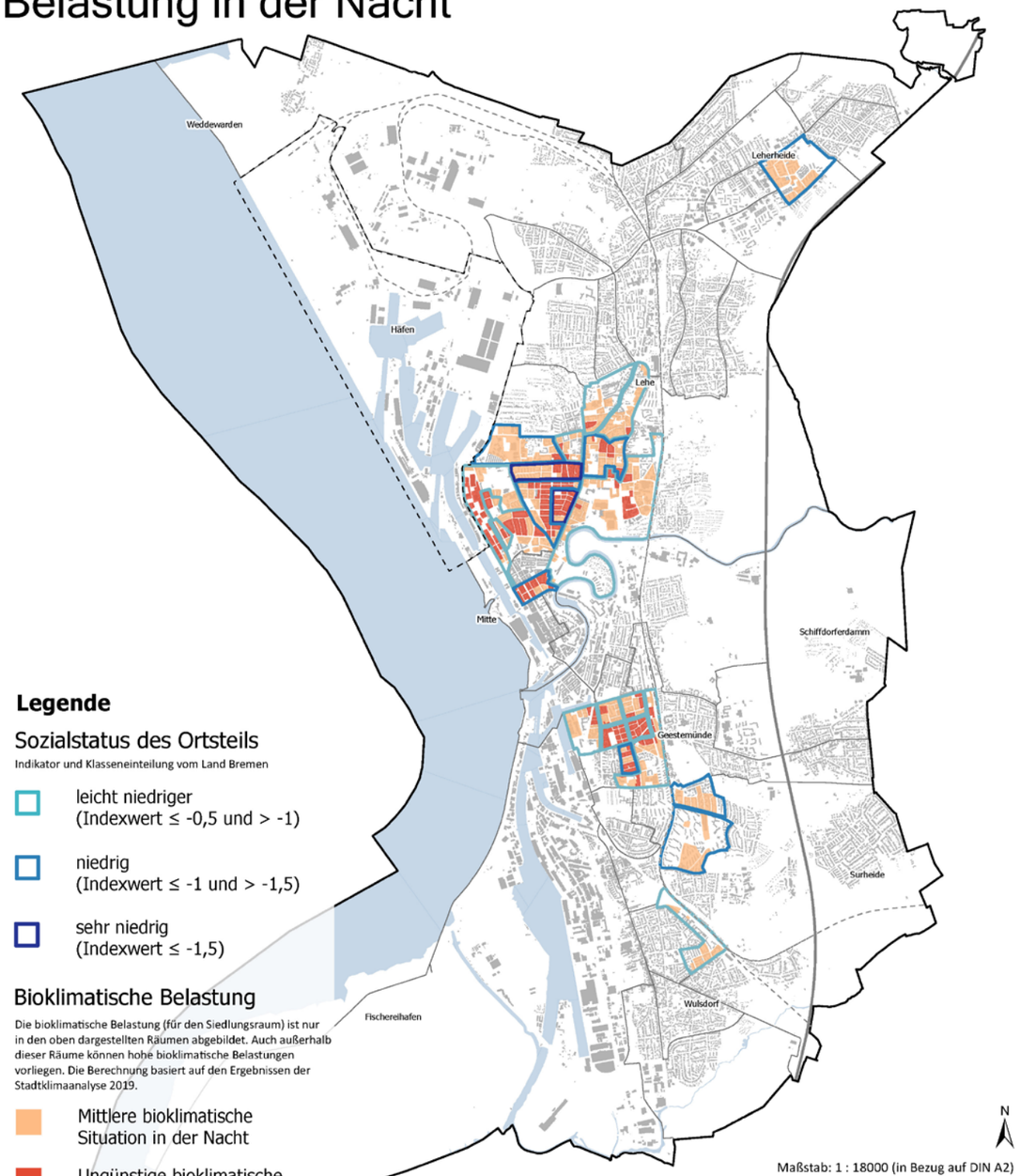
Auftraggeberin:
Freie Hansestadt Bremen
Die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft
Die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft

Auftragnehmerin:
GEO-NET Umweltconsulting GmbH
Grosse Pfahlstr. 5a
30161 Hannover
+49 511 388 7200
info@geo-net.de

N

Maßstab: 1 : 37000 (in Bezug auf DIN A1)
Koordinatensystem: UTM (ETRS89)

Sozialindex und bioklimatische Belastung in der Nacht



Legende

Sozialstatus des Ortsteils

Indikator und Klasseneinteilung vom Land Bremen

- leicht niedriger (Indexwert ≤ -0,5 und > -1)
- niedrig (Indexwert ≤ -1 und > -1,5)
- sehr niedrig (Indexwert ≤ -1,5)

Bioklimatische Belastung

Die bioklimatische Belastung (für den Siedlungsraum) ist nur in den oben dargestellten Räumen abgebildet. Auch außerhalb dieser Räume können hohe bioklimatische Belastungen vorliegen. Die Berechnung basiert auf den Ergebnissen der Stadtklimaanalyse 2019.

- Mittlere bioklimatische Situation in der Nacht
- Ungünstige bioklimatische Situation in der Nacht

- Gebäude
- Wasser
- Gleise
- Autobahn
- Sozialräume
- Stadtgrenze
- Stadtbremisches Überseehafengebiet

Maßstab: 1 : 18000 (in Bezug auf DIN A2)

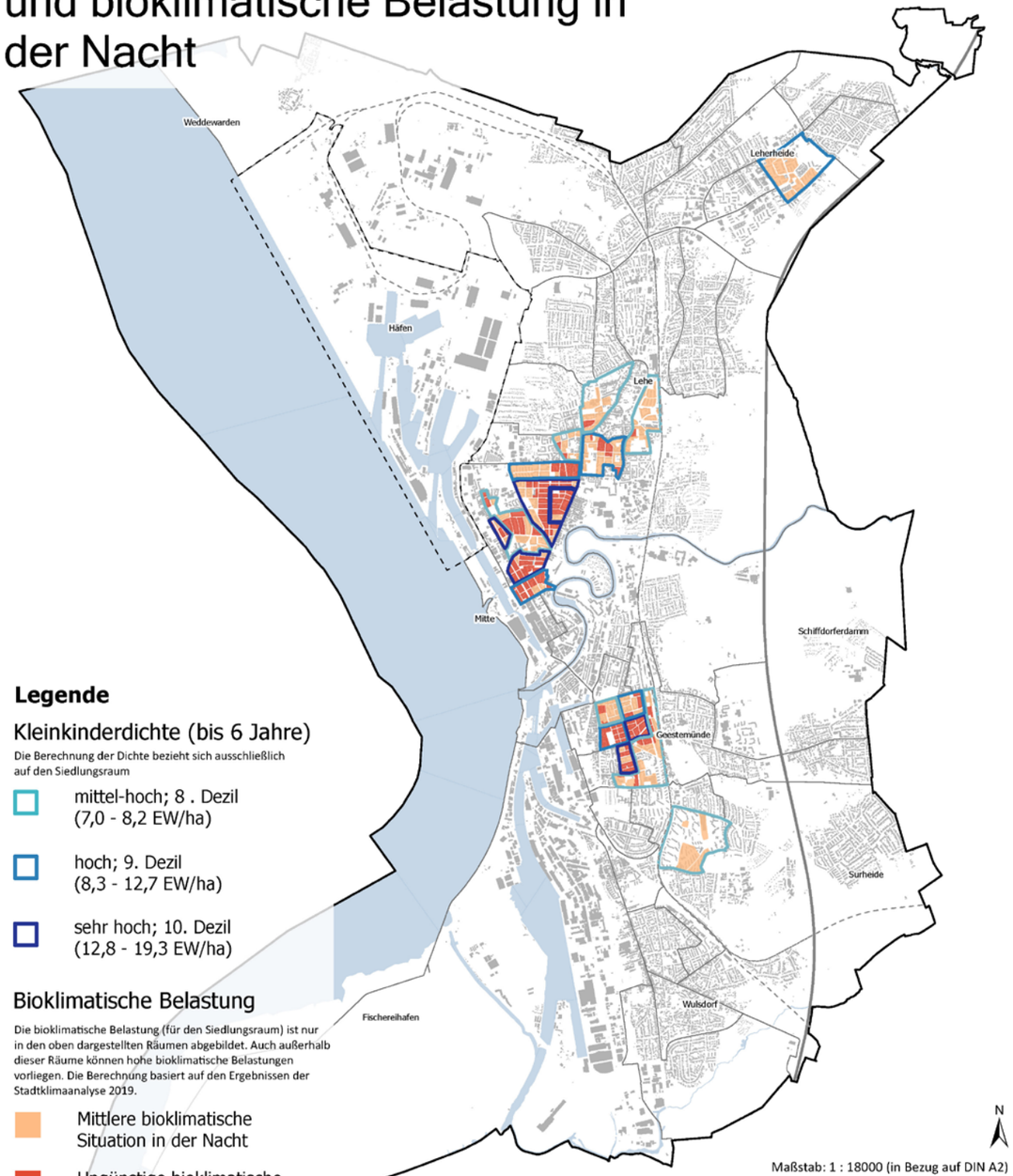
Koordinatensystem: UTM (ETRS89)

Auftragnehmerin:
GEO-NET Umweltconsulting GmbH
Grosse Pfahlstr. 5a
30161 Hannover
+49 511 388 7200
info@geo-net.de

Auftraggeberin:
Freie Hansestadt Bremen
Die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft

Die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft

Kleinkinderdichte (bis 6 Jahre) und bioklimatische Belastung in der Nacht



Legende

Kleinkinderdichte (bis 6 Jahre)

Die Berechnung der Dichte bezieht sich ausschließlich auf den Siedlungsraum

- mittel-hoch; 8 . Dezil (7,0 - 8,2 EW/ha)
- hoch; 9. Dezil (8,3 - 12,7 EW/ha)
- sehr hoch; 10. Dezil (12,8 - 19,3 EW/ha)

Bioklimatische Belastung

Die bioklimatische Belastung (für den Siedlungsraum) ist nur in den oben dargestellten Räumen abgebildet. Auch außerhalb dieser Räume können hohe bioklimatische Belastungen vorliegen. Die Berechnung basiert auf den Ergebnissen der Stadtklimaanalyse 2019.

- Mittlere bioklimatische Situation in der Nacht
- Ungünstige bioklimatische Situation in der Nacht

- Gebäude
- Wasser
- Gleise
- Autobahn
- Sozialräume
- Stadtgrenze
- Stadtbremisches Überseehafengebiet

Maßstab: 1 : 18000 (in Bezug auf DIN A2)

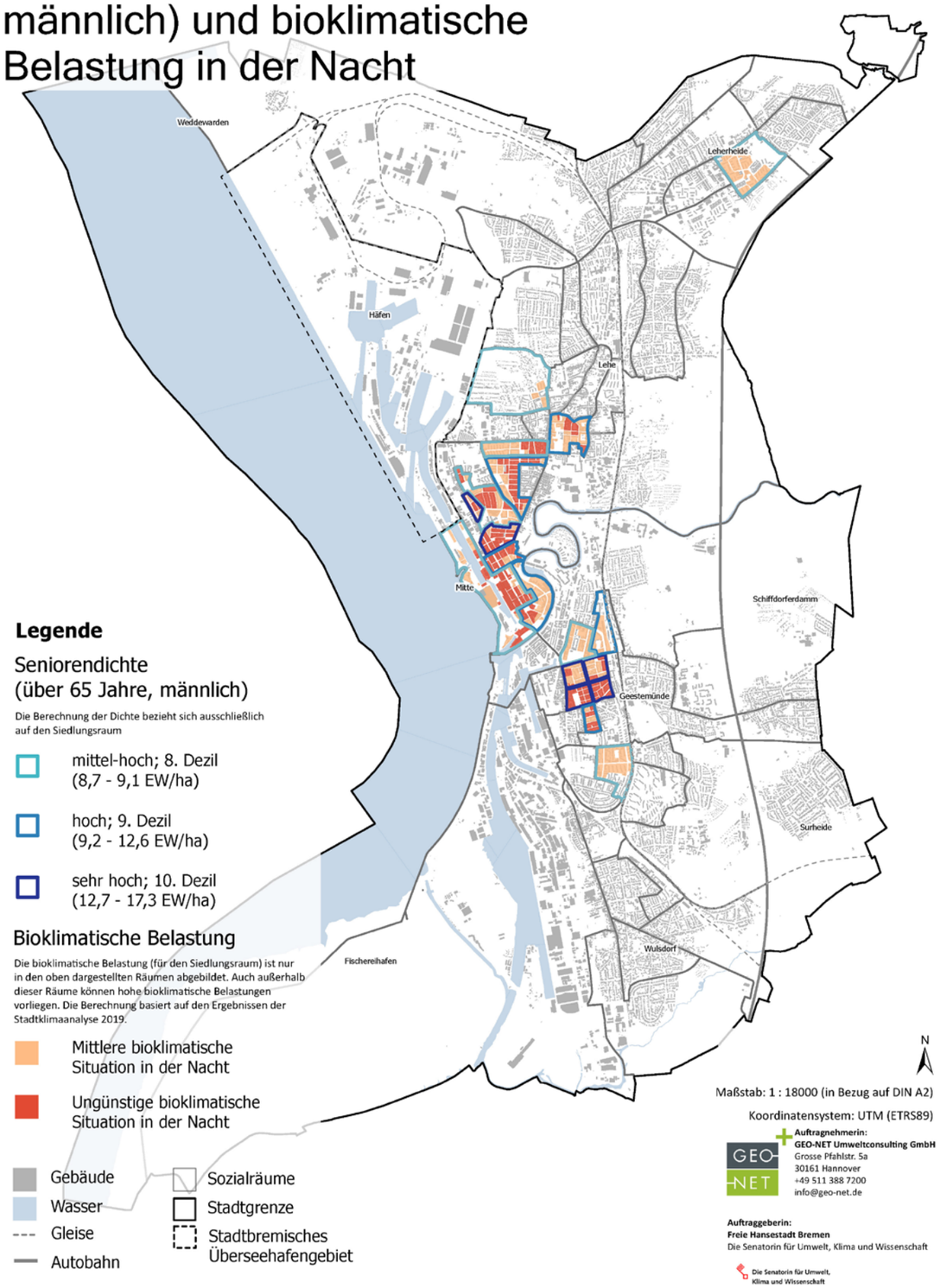
Koordinatensystem: UTM (ETRS89)

Auftragnehmerin:
GEO-NET Umweltconsulting GmbH
Grosse Pfahlstr. 5a
30161 Hannover
+49 511 388 7200
info@geo-net.de

Auftraggeberin:
Freie Hansestadt Bremen
Die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft

Die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft

Seniorendichte (über 65 Jahre, männlich) und bioklimatische Belastung in der Nacht



Legende

Seniorendichte (über 65 Jahre, männlich)

Die Berechnung der Dichte bezieht sich ausschließlich auf den Siedlungsraum

- mittel-hoch; 8. Dezil (8,7 - 9,1 EW/ha)
- hoch; 9. Dezil (9,2 - 12,6 EW/ha)
- sehr hoch; 10. Dezil (12,7 - 17,3 EW/ha)

Bioklimatische Belastung

Die bioklimatische Belastung (für den Siedlungsraum) ist nur in den oben dargestellten Räumen abgebildet. Auch außerhalb dieser Räume können hohe bioklimatische Belastungen vorliegen. Die Berechnung basiert auf den Ergebnissen der Stadtklimaanalyse 2019.

- Mittlere bioklimatische Situation in der Nacht
- Ungünstige bioklimatische Situation in der Nacht

- Gebäude
- Wasser
- Gleise
- Autobahn
- Sozialräume
- Stadtgrenze
- Stadtbremisches Überseehafengebiet

Maßstab: 1 : 18000 (in Bezug auf DIN A2)

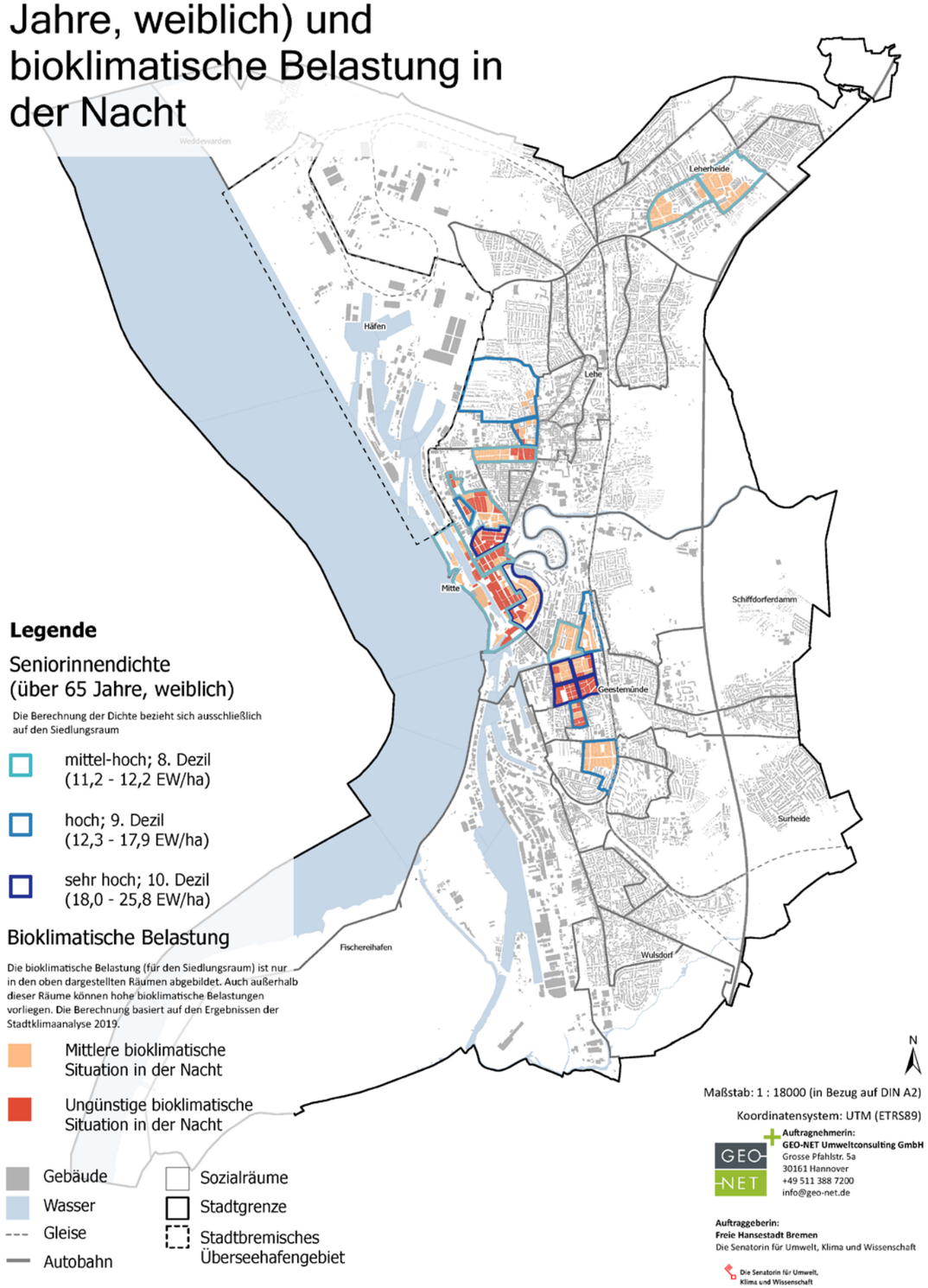
Koordinatensystem: UTM (ETRS89)

Auftragnehmerin:
GEO-NET Umweltconsulting GmbH
Grosse Pfahlstr. 5a
30161 Hannover
+49 511 388 7200
info@geo-net.de

Auftraggeberin:
Freie Hansestadt Bremen
Die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft

Die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft

Seniorinnendichte (über 65 Jahre, weiblich) und bioklimatische Belastung in der Nacht



Legende

Seniorinnendichte (über 65 Jahre, weiblich)

Die Berechnung der Dichte bezieht sich ausschließlich auf den Siedlungsraum

- mittel-hoch; 8. Dezil (11,2 - 12,2 EW/ha)
- hoch; 9. Dezil (12,3 - 17,9 EW/ha)
- sehr hoch; 10. Dezil (18,0 - 25,8 EW/ha)

Bioklimatische Belastung

Die bioklimatische Belastung (für den Siedlungsraum) ist nur in den oben dargestellten Räumen abgebildet. Auch außerhalb dieser Räume können hohe bioklimatische Belastungen vorliegen. Die Berechnung basiert auf den Ergebnissen der Stadtklimaanalyse 2019.

- Mittlere bioklimatische Situation in der Nacht
- Ungünstige bioklimatische Situation in der Nacht

- Gebäude
- Wasser
- Gleise
- Autobahn
- Sozialräume
- Stadtgrenze
- Stadtbremisches Überseehafengebiet

Maßstab: 1 : 18000 (in Bezug auf DIN A2)

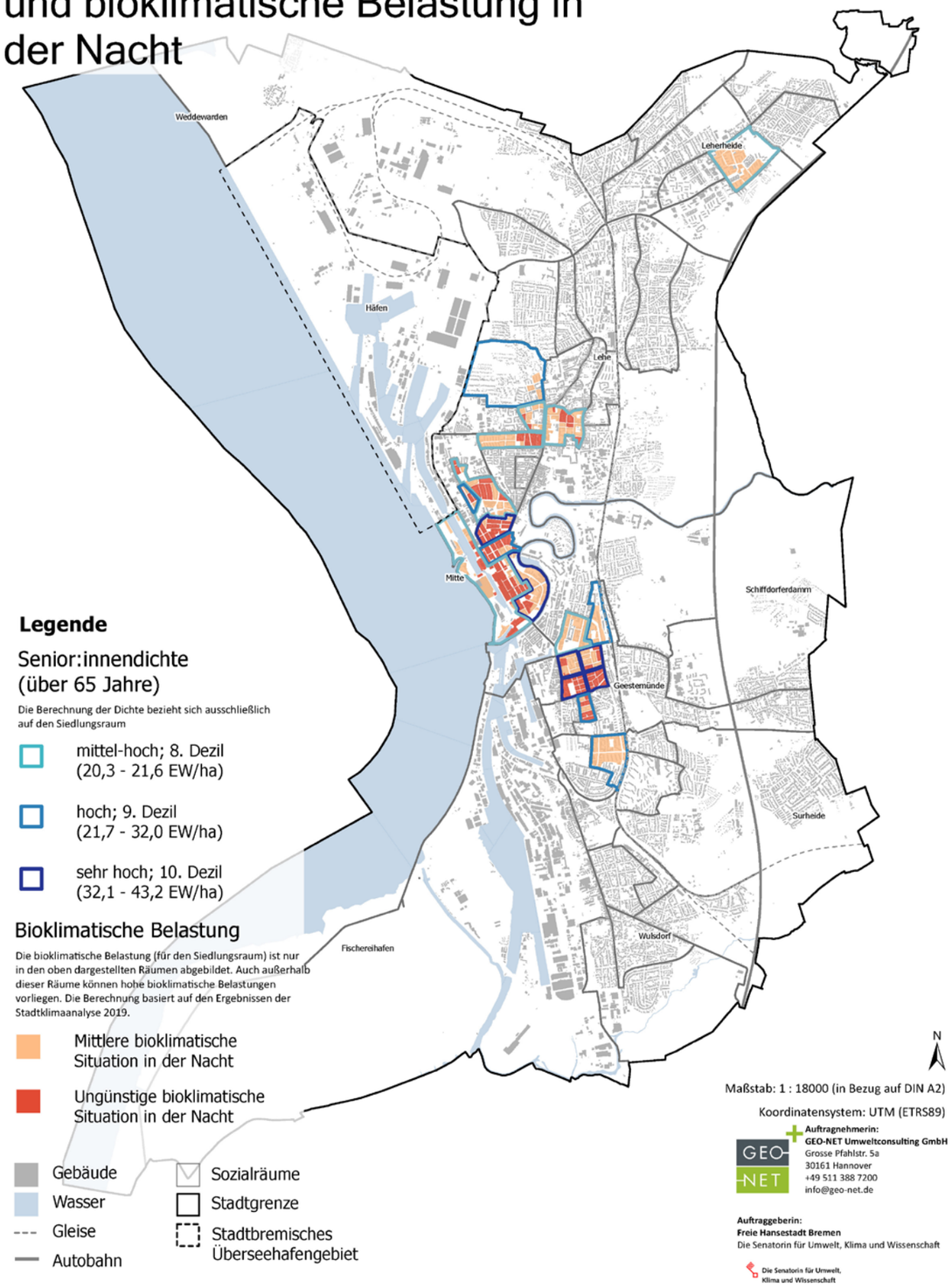
Koordinatensystem: UTM (ETRS89)

Auftragnehmerin:
GEO-NET Umweltconsulting GmbH
Grosse Pfahlstr. 5a
30161 Hannover
+49 511 388 7200
info@geo-net.de

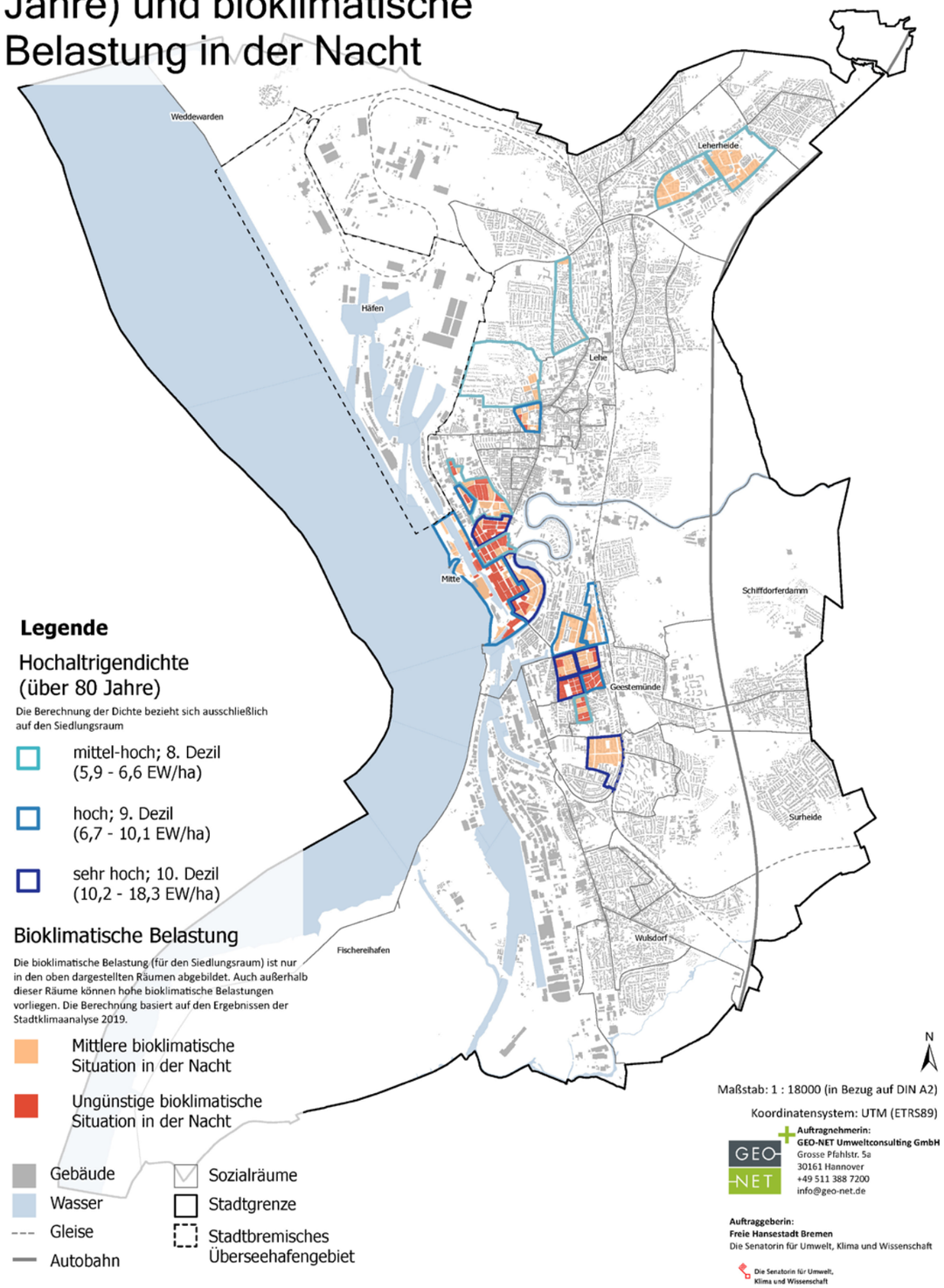
Auftraggeberin:
Freie Hansestadt Bremen
Die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft

Die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft

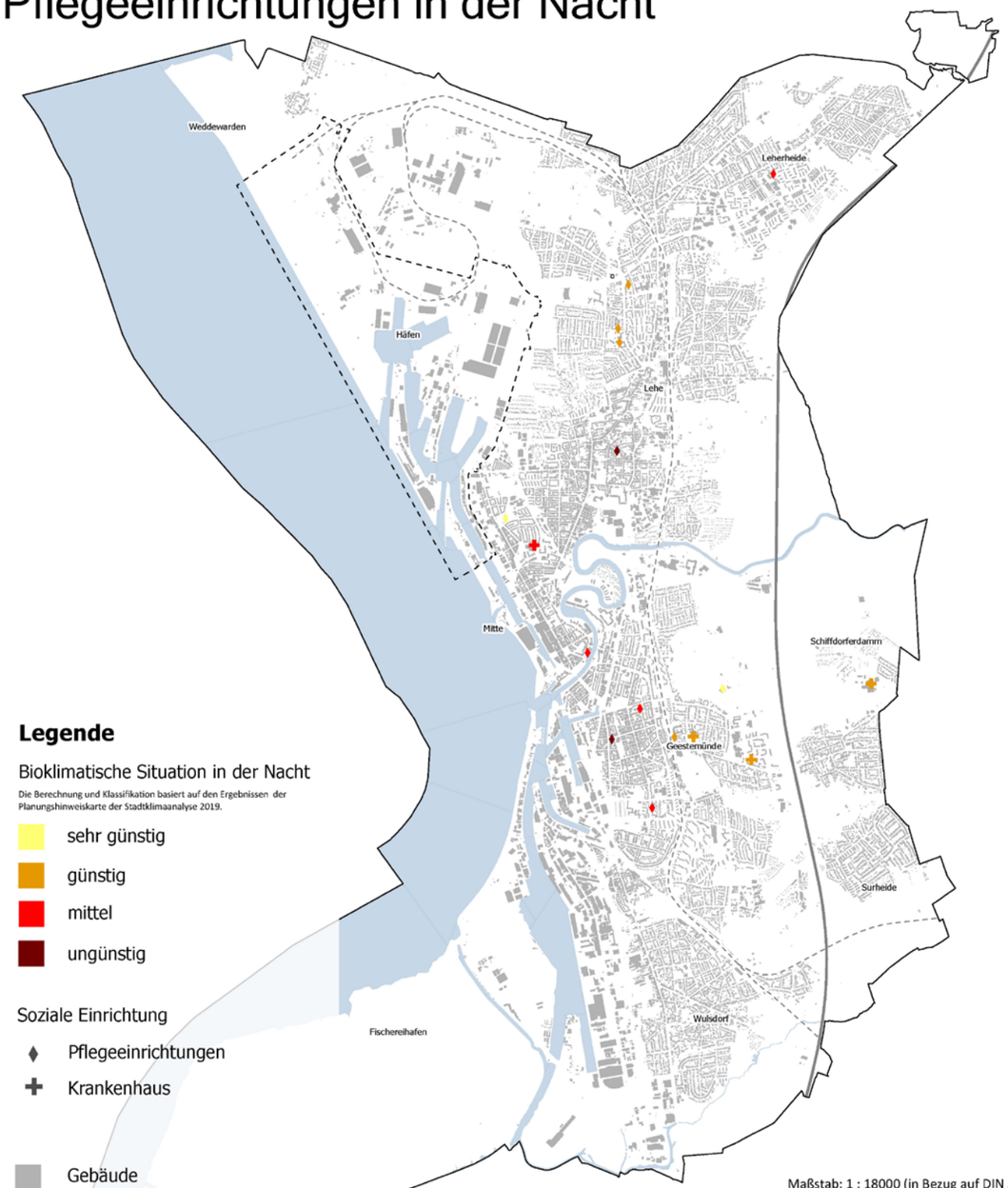
Senior:innendichte (über 65 Jahre) und bioklimatische Belastung in der Nacht



Hochaltrigendichte (über 80 Jahre) und bioklimatische Belastung in der Nacht



Hitzebelastung von Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen in der Nacht



Legende

Bioklimatische Situation in der Nacht

Die Berechnung und Klassifikation basiert auf den Ergebnissen der Planungshinweiskarte der Stadtklimaanalyse 2019.

- sehr günstig
- günstig
- mittel
- ungünstig

Soziale Einrichtung

- Pflegeeinrichtungen
- Krankenhaus

- Gebäude
- Wasser
- Stadtgrenze
- Stadtbremisches Überseehafengebiet
- Gleise
- Autobahn

N

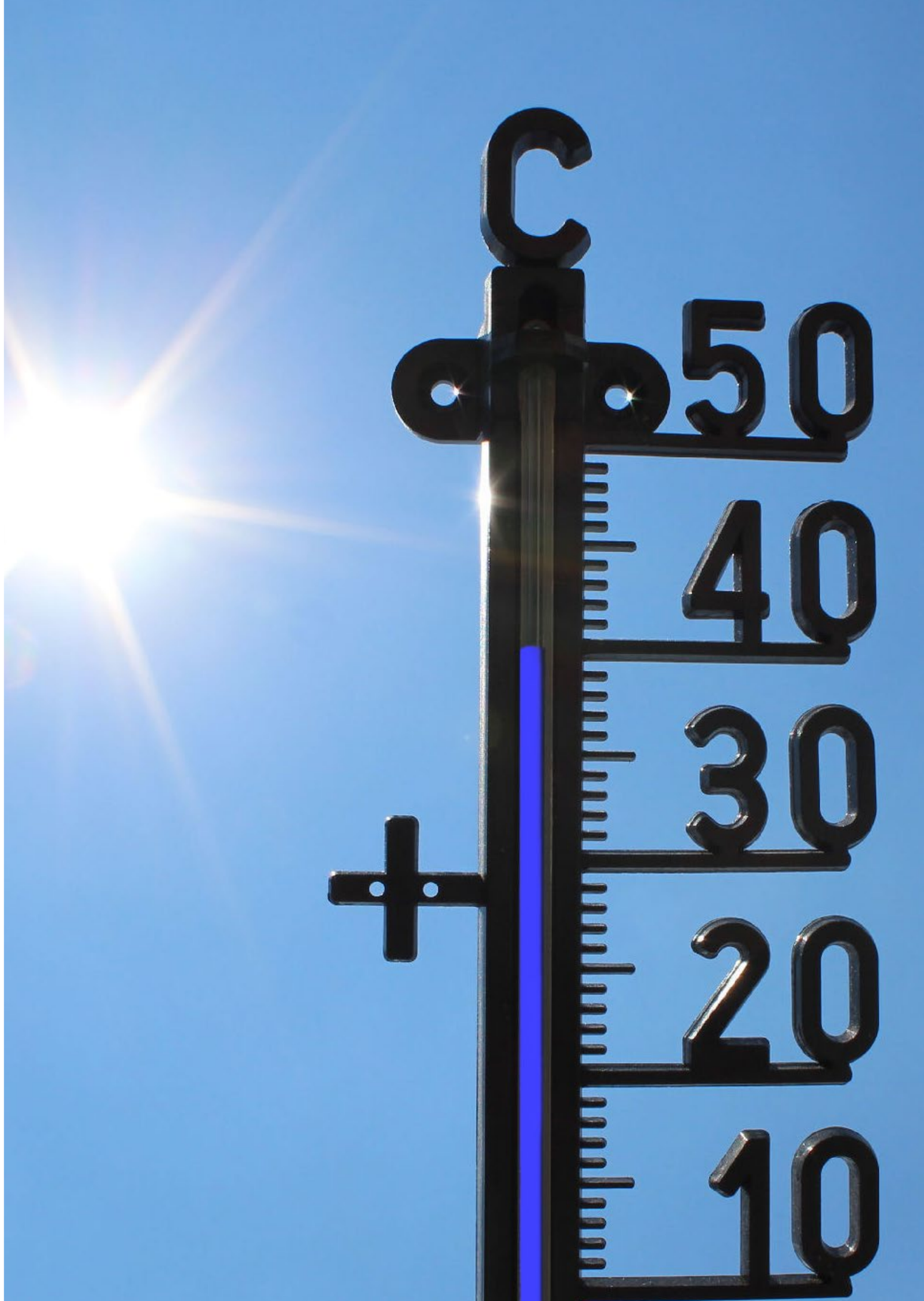
Maßstab: 1 : 18000 (in Bezug auf DIN A2)

Koordinatensystem: UTM (ETRS89)

Auftragnehmerin:
GEO-NET Umweltconsulting GmbH
Grosse Pfahlstr. 5a
30161 Hannover
+49 511 388 7200
info@geo-net.de

Auftraggeberin:
Freie Hansestadt Bremen
Die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft

Die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft





Die Senatorin für Umwelt,
Klima und Wissenschaft

Freie
Hansestadt
Bremen

www.umwelt.bremen.de

SEESTADT BREMERHAVEN
Der Magistrat

Dezernat V
Umweltschutzamt
Herr Scherzinger, Tel. 3526
Bremerhaven, 28.01.2025

Vorlage Nr. V/ 1/2025 - 1		
für die Sitzung des Bau- und Umweltausschusses.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	**ja**	Anzahl Anlagen: 3

Strategische Wärmeplanung Bremerhaven | EU Interreg Ostsee-Programm Projekt Plan-Heat – Senatsbeschluss zur Finanzierung 2025 bis 2028

A Problem
Der Magistrat beschloss am 15. März 2023 (MV I/ 55/2023) die kommunale Umsetzung der „Klimaschutzstrategie 2038 für die Freie Hansestadt Bremen“. Die Fachämter, Betriebe sowie Gesellschaften wurden im selben Zuge aufgefordert, entsprechende Gremienbeschlüsse einzuholen, um die Maßnahmenpakete aus dem Anhang der Strategie zu realisieren. Von Beginn war dafür die Drittmittelakquise als fester Bestandteil der Finanzierung aufgegeben. Das Hauptaugenmerk bei der Akquise sollte auf EU-Programme und hier, der besseren Förderquoten wegen, auf die Interreg-Programme gerichtet werden (MV I/55/2023).
Dem Umweltschutzamt wurde die hauptverantwortliche Umsetzung von 17 Maßnahmenpaketen, darunter sechs im Handlungsschwerpunkt Wärmeversorgung, zugewiesen.

Unter den priorisierten Maßnahmenpaketen des Handlungsschwerpunktes Wärmeversorgung ist das Maßnahmenpaket „Kommunale Wärmeplanung: Gesamtplanung in der Stadt Bremerhaven“ (Kennung S-BHV-EA-019) rahmensetzend für alle weiteren Maßnahmenpakete. Das Maßnahmenpaket S-BHV-EA-019 wurde daher zuerst umgesetzt, vollfinanziert aus Fördermitteln des Bundes in Höhe von ca. 219.000 Euro. Begonnen wurde mit der Wärmeplanung im März 2024, voraussichtlich noch im Mai 2025 wird sie als „strategische Wärmeplanung Bremerhaven“ in einer ersten Entwurfsfassung vorliegen. Sie markiert den ersten Schritt in einer Reihe weiterer Schritte in Richtung dekarbonisierte Wärmeversorgung Bremerhavens. Die einzelnen Trittsteine dorthin sind dem kommunalen Klimaschutzaktionsplan der Klimaschutzstrategie 2038 zu entnehmen, dort beschrieben durch die Maßnahmenpakete:

- S-BHV-EA-010 - Kommunale Wärmeplanung: Planung für Gasrückzugsgebiete und den Umbau des Gasnetzes zu einem Wasserstoffnetz (als Teil der verbindlichen kommunalen Wärmeplanung) in Bremerhaven

- S-BHV-EA-021 - Kommunale Wärmeplanung: Alternative Wärmequellen - Stadt Bremerhaven

- S-BHV-EA-020 - Kommunale Wärmeplanung: Wärmegewinnung aus Abwasser Stadt Bremerhaven

- S-BHV-IW-066 - Kommunale Wärmeplanung: Möglichkeiten prüfen, wie Unternehmen des Ernährungsgewerbes in die Fernwärme (z. B. Nutzung und/oder Erzeugung) eingebunden werden können - Stadt Bremerhaven.

- S-BHV-EA-022 - Gesellschaftsform von Fernwärmeanbietern prüfen und Konzessionsverträge neu verhandeln

Das sechste Maßnahmenpaket *S-BHV-EA-011 Gas-KWK als Übergangslösung etablieren*, kann auch allein durch unternehmerisches Handeln, in Angriff genommen werden. Aus kommunaler Sicht ist es daher gerechtfertigt, es zunächst zurückzustellen. Gleiches gilt strenggenommen auch für den Teil „Gesellschaftsform von Fernwärmeanbietern“ im Maßnahmenpaket S-BHV-EA-022, dessen Umsetzung unternehmerischer Initiative überlassen werden kann.

Die zügige Umsetzung aller kommunal zu bearbeitenden Maßnahmenpakete bedeutet nicht weniger als die Absicherung der Wettbewerbsfähigkeit Bremerhavens gegen eine drohende Betriebskostenfalle in der Wärmeversorgung. Die Verteuerung fossiler Brennstoffe folgt einer schnell und steil ansteigenden Entwicklungslinie. Sie ist auf supranationaler Ebene parteiübergreifend politisch gewollt und fließt als EU-Strategie in nationale wirtschaftspolitische Entscheidungen der EU-Länder ein.

Aus diesem Grund verabschiedete die CDU/SPD-geführte Bundesregierung Ende 2019 ein Brennstoffemissionshandelsgesetz. Es verpflichtet den bis dahin vom Emissionshandel freigestellten Wärmesektor zum Erwerb von CO_2-Emissionszertifikaten. Damit wurde die Verteuerung der fossilen Wärmeversorgung gegenüber regenerativer Wärmeerzeugung eingeleitet. Ein fortgesetztes Festhalten an fossiler Wärmeversorgung führt absehbar in eine wachsende wettbewerbliche Schlechterstellung gegenüber regenerativ versorgten Mitbewerbern. Dieser Satz gilt für Unternehmen ebenso wie für den Standort Kommune. Nach jetziger Sachlage wird die kostenlose Ausgabe von CO_2-Emissionszertifikaten an die Industrie im europäischen Wirtschaftsraum bis 2026 auslaufen. Das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung rechnet mit einem Preisanstieg für Emissionszertifikate auf 126 Euro/t CO_2 bis zum Jahr 2030 (*Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung: The Emerging Endgame: The EU ETS on the Road towards Climate Neutrality, 2023*). Ältere Schätzungen gehen von 90 – 130 Euro/t CO_2 aus. Tritt dies so ein, entspricht das in etwa einer Verdreifachung der heutigen Zertifikats-Preise – innerhalb von nur 1,5 Legislaturperioden. Diese Teuerungen werden an den Endverbraucher weitergereicht; sie treffen dann Gewerbe wie private Haushalte. Ab 2034 wird die Ausgabe der Emissions-Zertifikate beendet, der Bezug fossiler Energie wäre dann theoretisch ebenfalls beendet, er dürfte sich zumindest erneut verteuern – bei gleichzeitig steigenden Daseinsvorsorge-Kosten zur Anpassung an den Klimawandel.
Mit verstreichender Zeit und bei fortgesetztem Festhalten an fossilen Versorgungslinien entsteht für die Wettbewerbsfähigkeit der Kommune eine immer schwerer zu überwindende Herausforderung ihre Wärmeversorgung zu finanzieren.

Im Hinblick auf die angespannte Haushaltssituation der Stadt Bremerhaven ist der Umsetzung des kommunalen Klimaschutzaktionsplans immer die Suche nach Finanzierungsmöglichkeiten außerhalb des kommunalen Haushaltes voran zu stellen (MV I/55/2023). Das Umweltschutzamt stellte daher im Juni 2024 im EU-Interreg Ostseeprogramm einen Förderantrag auf Förderung eines Projektes im Programmschwerpunkt 3 „Klimaneutrale Gesellschaft“, Programmziel „Energiewende“ Förderung. Der Antrag stützt sich darauf, dass die Neufassung der EU-Energieeffizienzrichtlinie (EED – für Energy Efficiency Directive) von 2023 die Mitgliedstaaten der Europäischen Union dazu verpflichtet dafür Sorge zu tragen, dass Gemeinden mit mehr als 45.000 Einwohnern lokale Wärmepläne erstellen. Die EU-Kommission beabsichtigt die EU-Einsparziele für Treibhausgasemissionen zu erfüllen. In Deutschland wurde diese Richtlinie mit dem Gesetz zur Dekarbonisierung und Klimaneutralität der Wärmenetze/Wärmeplanungsgesetz (WPG) zu einem sehr frühen Zeitpunkt in nationales Recht umgesetzt. Die Programmziele der europäischen Union decken sich daher mit den Vorgaben zur Wärmeplanung des Bundes bzw. den daraus kommunal zu entwickelnden Maßnahmen zur Transformation der Wärmeversorgung. Dies macht sich der Bremerhavener Antrag zu Nutze.

Viele Gemeinden in den EU-Ländern des Ostseeraums sind noch gar nicht auf diese umfangreiche Aufgabe vorbereitet, häufig fehlt es sogar noch an einer nationalen Gesetzgebung. Die europäische Union hat ein Interesse daran, diesen Zustand zu verändern. Das von Bremerhaven beantragte Projekt PlanHeat kommt dem entgegen, indem es Gemeinden und Fachorganisationen aus sieben Ländern des Ostseeraums mit unterschiedlichem Fortschrittsgrad in der Wärmeplanung zusammenbringt, die gemeinsam ein transnationales Handbuch zur Erstellung lokaler Wärmepläne entwickeln. Das Handbuch wird fünf Teillösungen zu den Themen Datenzugang, einzusetzende Technologien, Bedarf an Personal und Qualifikation, Beteiligung von Interessengruppen sowie finanzielle und organisatorische Lösungen für die kommunale Wärmeplanung beschreiben. Einzubindende Zielgruppen sind Wärmeversorger, Energieberater oder für Energie- und Klimapolitik zuständige Ministerien. Damit entsprechen die Aktivitäten in PlanHeat denen, die zu Umsetzung der Maßnahmen S-BHV-EA-010, S-BHV-EA-021, S-BHV-EA-020 und S-BHV-IW-066 auszulösen wären. Maßnahmenumsetzungen aus dem kommunalen Aktionsplan Klimaschutz können daher zu Teilen aus dem Projektbudget von PlanHeat finanziert werden.

Die PlanHeat-Partnerschaft eint 14 Projektpartner und schließt 38 assoziierte Organisationen (AO) aus sieben EU-Mitgliedstaaten (Schweden, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen und Deutschland) sowie der Ukraine ein. Diese Partner kommen aus kommunalen, regionalen und nationalen Behörden, vertreten kommunale Netzwerkverbände, Fernwärmeversorger, Fernwärmeverbände, Energieagenturen und -berater sowie Forschungseinrichtungen. Neben dem transnationalen Austausch wird durch eine assoziierte Partnerschaft zwischen dem Magistrat Bremerhavens und den Gemeinden Loxstedt, Schiffdorf sowie der Stadt Langen der Austausch im engeren Verflechtungsraum der gesamte kommunale Wärmeplanungsprozess während dessen Umsetzungsphase unterstützt. Ebenfalls erklärte die swb Bremerhaven ihr Interesse an einer assoziierten Partnerschaft. Die assoziierten Partner schlüpfen in die Rolle sogenannter Botschafterstädte, -unternehmen und -regionen, die insbesondere den Prozess der Pilotierung und Bewertung der Lösungen begleiten, testen und kommentieren.

Der Antrag wurde mit Schreiben vom 20.11.2024 bewilligt (Anlage 1). Die Projektleitung liegt beim Umweltschutzamt, hier der Abteilung für kommunale Klimaschutzangelegenheiten. Projektbeginn ist der 1. März 2025.

Für die Umsetzung des Bremerhavener Projektanteils inkl. der Abwicklung geschäftsführender Verpflichtungen, die aus der Rolle des Lead Partners erwachsen, wurde die Finanzierung einer Vollzeitstelle eingeworben. Diese Stelle ist noch nicht im Stellenplan des Magistrats berücksichtigt.

Zudem hat der Senat der Freien Hansestadt Bremen am 17.12.2024 wegweisende Beschlüsse zur Finanzierung der Wärmeplanung im Land Bremen gefasst (Anlage 2). Im Ergebnis wachsen der Stadt Bremerhaven aus weitergeleiteten Bundesmittel in den Jahren 2025 – 2028 rd. 725 TEUR zu, die unter anderem der Finanzierung notwendiger Personalbedarfe dienen sollen. Mit dieser vollständigen Refinanzierung der erforderlichen Personalressourcen wird das Umweltschutzamt in die Lage versetzt, eine weitere - befristete - Vollzeitstelle zu schaffen, die sich konkret um die Umsetzung des kommunalen Wärmeplans in Bremerhaven kümmert.

B Lösung

Der Bau und Umweltausschuss begrüßt Bremerhavens Lead Partner Rolle im PlanHeat – Projekt als substanziellen Beitrag zur Umsetzung des Handlungsschwerpunktes Wärmeversorgung des kommunalen Klimaschutzaktionsplans der Klimaschutzstrategie des Landes Bremen 2038 sowie den Senatsbeschluss zur Finanzierung der Wärmeplanung auf kommunaler Ebene. Der Bau- und Umweltausschuss befürwortet die vollständig aus Drittmitteln finanzierte Einrichtung von zwei befristeten Vollzeitstellen, anzusiedeln beim Umweltschutzamt Bremerhaven und bittet den Personal- und Organisationsausschuss einem entsprechenden überplanmäßigen Bedarf zuzustimmen.

C Alternativen
Keine, die zu empfehlen wäre.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags
Finanzielle Auswirkungen ergeben sich aus der Mitteleinwerbung. Das Projektbudget setzt sich aus 2.886.027,17 € Kofinanzierung durch die EU und 721.506,81 € Eigenbeitrag der Partnerschaft zusammen. Bremerhaven erhält daraus 537.616,00 € Projektmittel zur kommunalen Verwendung als Kofinanzierung aus dem EU-Programm und steuert selbst Arbeitsstunden im Gegenwert von zusätzlich 134.404,00 € bei (Anlage 3), Sachmittel müssen dem kommunalen Haushalt nicht entnommen werden. Das Projekt dauert drei Jahre.

Auch die aus Landes-/Bundesmitteln finanzierte weitere befristete Stelle (2025 – 2028) belastet den städtischen Haushalt nicht.

Der Beschlussvorschlag hat klimaschutzrelevanten Auswirkungen. Er ermöglicht die Umsetzung des kommunalen Klimaschutzaktionsplans aus der Klimaschutzstrategie 2038 des Landes Bremen.

Ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger sind von dem Beschlussvorschlag nicht betroffen.

Die besonderen Belange der Menschen mit Behinderung sind von dem Beschlussvorschlag nicht betroffen.

Jugendliche können über den Jugendklimarat in das Projekt eingebunden werden.

E Beteiligung / Abstimmung
Keine.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG
Für eine Veröffentlichung nach dem BremIFG geeignet. Die Veröffentlichung der Projektinhalte ist Förderbedingung der Europäischen Union.

G Beschlussvorschlag

Der Bau- und Umweltausschuss begrüßt Bremerhavens Lead Partner Rolle im PlanHeat – Projekt als substanziellen und finanzieller Beitrag zur Umsetzung des Handlungsschwerpunktes Wärmeversorgung des kommunalen Klimaschutzaktionsplans der Klimaschutzstrategie des Landes Bremen 2038 sowie den Senatsbeschluss zur Finanzierung der Wärmeplanung auf kommunaler Ebene.
Der Bau- und Umweltausschuss befürwortet die vollständig aus Drittmitteln finanzierte Einrichtung von zwei befristeten Vollzeitstellen (2025 – 2028), anzusiedeln beim Umweltschutzamt Bremerhaven.
Der Bau- und Umweltausschuss bittet den Personal- und Organisationsausschuss einem entsprechenden überplanmäßigen Bedarf zuzustimmen.

A. Toense
Stadträtin

Anlage 1: Genehmigungsschreiben „Lokale Wärmeplanung - Erreichen der Wärmewende in BSR-Gemeinden - PlanHeat“
Anlage 2: Senatsvorlage/-beschluss vom 17.12.2024
Anlage 3: Bewertungsbogen PlanHeat

Interreg Ostseeraum
Kofinanziert durch die Europäische Union

Interreg Ostseeraum
Verwaltungsbehörde/Joint Secretariat
IB.SH Investitionsbank Schleswig-Holstein
Grubenstraße 20
1805S Rostock
Deutschland

Interreg Ostseeraum / Grubenstraße 20 / 18055 Rostock / Deutschland

Magistrat der Stadt Bremerhaven Andrea
Toense
Waldemar-Becké-Platz 5
27568 Bremerhaven
Deutschland

Ronald Lieske
+49 381 45484 5281 Telefon
info@interreg-baltic.eu E-Mail
20/11/2024 Datum

Ref.: Lokale Wärmeplanung - Erreichen der Wärmewende in BSR-Gemeinden - PlanHeat / Genehmigungsschreiben

Liebe Andrea Toense,
lieber Till Scherzinger,

Vielen Dank, dass Sie sich als Kernprojekt bei Interreg Baltic Sea Region beworben haben. Der Begleitausschuss des Programms hat in seiner Sitzung am 14.11.2024 Projekte zur Genehmigung ausgewählt. Wir freuen uns, Ihnen mitteilen zu können, dass Ihr Antrag PlanHeat unter den ausgewählten Projekten ist. Der Begleitausschuss hat seine Wahl auf der Grundlage der Ergebnisse der Qualitätsbewertung und gemeinsamer strategischer Überlegungen getroffen. Den Bewertungsbogen zu Ihrem Antrag finden Sie in der Anlage.

Der Begleitausschuss hat Ihr Projekt unter den folgenden Bedingungen ausgewählt:

Technische Korrektur:

1. Die Programmkofinanzierung für die in Abschnitt 1.8 des Bewertungsbogens aufgeführten beihilferelevanten Partner wird gemäß Artikel 20 der Allgemeinen BIocL-Freistellungsverordnung gewährt. In Ausnahmefällen kann ein Projektpartner während des Vertragsabschlusses die Gewährung einer De-minimis-Beihilfe beantragen.

Empfehlung:

1. Dem Projekt wird empfohlen, den Estnischen Städte- und Gemeindebund als assoziierte Organisation hinzuzufügen.

Bitte beachten Sie, dass Sie die Bedingungen und technischen Korrekturen erfüllen müssen, bevor wir den Zuschussvertrag ausstellen können. Bitte berücksichtigen Sie die Empfehlungen bei der Durchführung Ihres Projekts.

In den kommenden Wochen erhalten Sie über das elektronische Datenaustauschsystem (BAMOS+, abrufbar unter http://baplus.bamos.eu/) ein Klärungsformular. Darin sind die oben genannten Anforderungen sowie zusätzliche technische Korrekturen und vertragsrelevante Klärungswünsche aufgeführt. Bitte beachten Sie, dass dies zu Anpassungen im Projektaufbau (z.B. Budget, Arbeitsplan, etc.) führen kann.
Mit dem Fördervertrag wird die Entscheidung des Begleitausschusses rechtswirksam. Wir werden ihn über BAMOS+ einreichen, sobald das Klärungsverfahren zufriedenstellend abgeschlossen ist.

Die durch das Programm zu kofinanzierenden Kosten sind ab dem 15.11.2024, dem ersten Tag Ihrer Projektlaufzeit, förderfähig. Bevor die MA/JS und der federführende Partner den Förderungsvertrag abschließen, führen Sie und Ihre Partner die Projektaktivitäten jedoch auf eigenes Risiko durch.

Der gesamte Schriftverkehr zwischen Ihrem Projekt und der Verwaltungsbehörde/dem Gemeinsamen Sekretariat wird über das Messaging Center des elektronischen Datenaustauschsystems BAMOS+ abgewickelt.

Falls Sie weitere Informationen benötigen, wenden Sie sich bitte an Rasma Rozenberga, Telefon: 00 37122099361, E-Mail: rasma.rozenberga@interreg-baltic.eu



Mit freundlichen
Grüßen, Ronald
Lieske
Direktor der Interreg Baltic Sea Region Managing Authority/ Joint Secretariat IB.SH -
Investitionsbank Schleswig-Holstein

In der Senatssitzung am 17. Dezember 2024 beschlossene Fassung

Die Senatorin für Umwelt, Klima und
Wissenschaft 27.11.2024

Vorlage für die Sitzung des Senats am 17.12.2024

Finanzierung der Wärmeplanung im Rahmen des Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes 2024 und zur Änderung des Stabilisierungsfondsgesetzes (FAG-Änderungsgesetz 2024)

A. Problem

Durch das Gesetz für die Wärmeplanung und zur Dekarbonisierung der Wärmenetze (Wärmeplanungsgesetz – WPG) ist erstmals eine bundesweit geltende Pflicht zur Wärmeplanung geschaffen worden. Die Durchführung der Wärmeplanung ist Aufgabe der Länder. Die rechtliche Übertragung der Aufgaben der Wärmeplanung an die beiden Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven als planungsverantwortliche Stellen ist durch einen Beschluss des Senats zu einer entsprechenden Rechtsverordnung noch im Jahr 2024 vorgesehen. Den in diesem Zusammenhang entstehenden finanziellen Lasten wird der Bund Rechnung tragen, indem er die Länder in den Jahren 2024 bis 2028 um insgesamt 500 Millionen Euro – aufgeteilt auf fünf gleiche Jahrestranchen zu je 100 Millionen Euro – entlastet.

Zur finanziellen Entlastung der Länder im Zusammenhang mit der Erstellung von Wärmeplänen wird der Umsatzsteueranteil des Bundes für die Jahre 2024 bis einschließlich 2028 um jeweils 100 Millionen Euro reduziert und der Umsatzsteueranteil der Länder für die Jahre 2024 bis einschließlich 2028 um jeweils 100 Millionen Euro erhöht. Das zur Umsetzung vorgesehene Finanzausgleichsgesetz 2024 wurde zwischenzeitlich von Bundestag und Bundesrat beschlossen und ist am 03.08.2024 in Kraft getreten (BGBL. 2024 I Nr. 254).

Gegenüber dem Bund wird die Freie Hansestadt Bremen (Land) berichtspflichtig, um darzulegen, dass die Mittel zweckentsprechend in den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven verwendet werden, d. h. entsprechend den planungsverantwortlichen Stellen zur Wärmeplanung Verfügung gestellt werden. Gegenüber dem Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen ist ein jährliches Berichtswesen, erstmals zum I. Quartals des Folgejahres vorgesehen, in dem u.a. darzustellen ist, welche planungsverantwortlichen Stellen eine finanzielle Unterstützung für die Erstellung von Wärmeplänen durch das Land erhalten haben und wie hoch die jeweilige finanzielle Unterstützung war.

Für das Land Bremen bzw. die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven sind keine bzw. ungenügend hohe Mittel für die Wärmeplanung in den Haushalten 2024/2025 und in der mittelfristigen Finanzplanung ab 2026 bis 2028 vorgesehen. Die anteilige Mittelbedarfsbereitstellung ist zwingend erforderlich, um die geplanten Maßnahmen der gesetzlich vorgeschriebenen Wärmeplanung erfolgreich umsetzen zu können.

B. Lösung

Die für das Land Bremen seitens des Bundes vorgesehenen Mittel werden anteilig gem. Einwohnerschlüssel auf die beiden Stadtgemeinden zweckgebunden zur Finanzierung von Maßnahmen der Wärmeplanung aufgeteilt.

a) Verteilung der Mittel an die Stadtgemeinden

Für die kommunale Wärmeplanung werden insgesamt vom Bund 500 Mio. €, aufgeteilt in 5 Jahresraten von 100 Mio. €, den Ländern über eine Erhöhung des Festbetrags bei der Umsatzsteuer nach § 1 Abs. 2 FAG zur Verfügung gestellt. Auf die Freie Hansestadt Bremen ergibt sich nach der aktuellen Steuerschätzung ein Anteil von gerundet 1,0834% (exakter Betrag 1.083.351,64 €) durch Erhöhung der Einnahmen bei der Umsatzsteuer nach Einwohnern, dem Finanzkraftausgleich und den allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen.

Der kommunale Finanzausgleich (KFA) beträgt 21,43% der Schlüsselmasse, die sich durch die o.g. Mehreinnahmen um 1.083.351,64 € erhöht (= 232.162,26 €). Die Aufteilung auf Bremen und Bremerhaven erfolgt nach dem Modell des kommunalen Finanzausgleichs 2024. Die restlichen Mehreinnahmen nach Abzug des Anteils des KFAs in Höhe von 851.189,38 € werden als Sonderzuweisung an Bremen und Bremerhaven gemäß den Einwohneranteilen nach dem Zensus 2022 (Stichtag 15. Mai 2022) verteilt.

Aufteilung in €	**Stadt Bremen**	**Stadt Bremerhaven**	**Summe**
Mehreinnahmen durch Erhöhung Länderanteil Umsatzsteuer (jährliche Rate 100 Mio. €)	896.527,68 €	186.823,96 €	1.083.351,64 €
- davon über KFA	190.394,52 €	41.767,74 €	232.162,26 €
- davon über Sonderzuweisung	706.133,16 €	145.056,22 €	851.189,38 €

Für die Freie Hansestadt Bremen (Land) sind dies rd. 1,083 Mio. EUR p.a., davon entfallen gemäß Einwohnerschlüssel (Zensus 2022) auf die Stadtgemeinde Bremen rd. 897 TEUR p.a. und auf die Stadtgemeinde Bremerhaven rd. 187 TEUR p.a. von 2024 bis einschl. 2028.

Die Verteilung der Mittel erfolgt nach Abzug eines anteiligen Betrages, der automatisch über den kommunalen Finanzausgleich an die Städte weitergeleitet wird gemäß Ergebnis des Zensus 2022 auf Basis der Einwohnerzahlen als Sonderzuweisung.

Der jeweilige Anteil wird vom Land an die beiden Stadtgemeinden zur Erfüllung der Aufgaben der Wärmeplanung auf Abruf bis zum maximalen zustehenden Anteil gem. Tabelle weitergeleitet. Am Ende der Laufzeit wären dies nach Berücksichtigung der weitergeleiteten Teilbeträge aus dem kommunalen Finanzausgleich Sonderzuweisungen in Höhe von rd. **3,531 Mio. EUR** für die Stadtgemeinde Bremen von der neu einzurichtenden Haushaltsstelle 0972.984 30-2 sowie **0,726 Mio. EUR** für die Stadtgemeinde Bremerhaven von der neu einzurichtenden Haushaltsstelle 0972.985 30-9, die vom Produktplan 93 Zentrale Finanzen über Verrechnungen/Erstattungen an den Produktplan 61 Klima, Umwelt und Landwirtschaft sowie die Stadt Bremerhaven weitergeleitet werden. Mittel, die in dem jeweiligen Jahr nicht abgerufen werden, werden vom Land in der zentralen Umsatzsteuerrücklage liquiditätsmäßig bis zum Abruf durch die

Stadtgemeinde vorgehalten. Der Mittelabruf durch die beiden Stadtgemeinden wird erstmals in 2025 angemeldet.

Bei den Zahlungen der Freien Hansestadt Bremen an die beiden Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven handelt es sich um Zahlungen nach dem Konnexitätsprinzip im Zusammenhang mit der Aufgabenübertragung als pauschale Summe; sie dient im Sinne einer Abgeltung zur Unterstützung der kommunalen Wärmeplanung. Die Mittel sind seitens der Kommunen zweckgebunden für Maßnahmen im Kontext der Wärmeplanung einzusetzen. Die Entscheidung über die konkrete, maßnahmenbezogene Mittelverwendung obliegt der jeweiligen Stadtgemeinde, die das Land über die geplante Mittelverwendung und den damit verbundenen Mittelabfluss informiert. Die Stadtgemeinden weisen dem Land die zweckentsprechende Verwendung – auch mit Blick auf die Berichtspflichten gegenüber dem Bund – nach.

Seitens der Stadtgemeinden ist die Mittelverwendung für die folgenden Kategorien vorgesehen; im weiteren Verlauf kann es hier zu Verschiebungen kommen, die seitens der beiden Stadtgemeinden gegenüber dem Land anzuzeigen sind:

	Geplante Mittelverwendung Bremen und Bremerhaven (2025-2028)	**Bremen**	**Bremer-haven**	**Gesamt**
1.	**Erstellung des Wärmeplans***	**677.231 €**	**0 €**	**677.231 €**
	Konsumtive Mittel	405.100 €	0 €	405.100 €
	Personalmittel	272.131 €	0 €	272.231 €
2.	**Kommunikationsaufgaben und Beteiligungsprozesse**	**1.248.283 €**	**60.000 €**	**1.308.283 €**
	Konsumtive Mittel	874.367 €	60.000 €	934.367 €
	Personalmittel	373.916 €	0 €	373.916 €
3.	**Umsetzung des Wärmeplans**	**898.929 €**	**581.081 €**	**1.480.010 €**
	Konsumtive Mittel	304.289 €	224.831 €	529.120 €
	Personalmittel	594.640 €	356.250 €	950.890 €
4.	**Fortschreibung des Wärmeplans**	**706.222 €**	**84.200 €**	**790.422 €**
	Konsumtive Mittel	451.376 €	84.200 €	535.576 €
	Personalmittel	254.846 €	0 €	254.846 €
	Kommunale Wärmeplanung Stadt Bremen und Stadt Bremerhaven insgesamt	**3.530.665 €**	**725.281 €**	**4.255.946 €**
	Konsumtive Mittel	**2.035.132 €**	**369.031 €**	**2.404.163 €**
	Personalmittel	**1.495.533 €**	**356.250 €**	**1.851.783 €**

* Kein Mittelansatz bei Bremerhaven, da die Erstellung der strategischen Wärmeplanung der Stadtgemeinde Bremerhaven seitens des Bundes über die NKI-Richtlinie gefördert wird.

C. Alternativen

Es werden keine Alternativen empfohlen.

D. Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen / Genderprüfung / Klimacheck

Die über den Bund zur Verfügung gestellten Mittel können zu 100% ohne Eigenanteil für die Wärmeplanung eingesetzt werden. Auch gelten die Mittel, die über die Umsatzsteueranteile zur Verfügung gestellt werden, als Drittmittel und können somit zur Refinanzierung von Personal eingesetzt werden.

Im Haushaltsjahr 2024 wurde die Anschubfinanzierung noch über Drittmittel in den Stadtgemeinden finanziert, so dass hier keine zusätzliche Mittel erforderlich einzuplanen waren. Die Verwendung und Höhe der eingesetzten Mittel ab 2025 ist in den obigen Tabellen beschrieben.

Zum Ablauf: Die beiden Stadtgemeinden berichten zu Anfang eines jeden Jahres an die Landesbehörde der Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft (SUKW) über den erwarteten anteiligen Mittelabfluss. Die Mittel werden durch die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft für das Land vom Senator für Finanzen abgefordert und anschließend aus dem Produktplan 93 Zentrale Finanzen an die beiden Stadtgemeinden weitergeleitet, die diese grundsätzlich als zweckgebundene Einnahmeverfügungsmittel zur Finanzierung entsprechender Ausgaben nutzen können. Zum Jahresende werden die eingesetzten Mittel abgerechnet und die nicht genutzten Mittel dem Landeshaushalt bzw. dem Senator für Finanzen wieder zur Verfügung gestellt, unter der Maßgabe, dass der Gesamtanspruch der Stadtgemeinden weiterhin besteht.
Derzeit werden mit den dargestellten Mittelbedarfen noch keine finanziellen Verpflichtungen seitens der Senatorin für Klima, Umwelt und Wissenschaft sowie die Stadt Bremerhaven eingegangen, so dass es zum jetzigen Zeitpunkt keiner Erteilung von zusätzlichen Verpflichtungsermächtigungen zur haushaltsrechtlichen Absicherung der Mittelbedarfe bedarf. Sollten zukünftig bei den Maßnahmen Verpflichtungen einzugehen bzw. befristetes Personal zu refinanzieren sein, sind seitens der Stadtgemeinden separate Gremienvorlagen vorzulegen.

Zur haushaltstechnischen Umsetzung sollen im Landeshaushalt ab 2025 folgende neue Verrechnungshaushaltsstellen zwischen dem PPL 93, Zentrale Finanzen (Steuern) sowie dem PPPL 61, Umwelt, Klima und Landwirtschaft sowie Bremerhaven eingerichtet werden:

Haushaltsstelle	Bezeichnung
0972.984 30-2	An 3972.384 30-4, Sonderzuweisung für die Finanzierung der Wärmeleitplanung
0972.985 30-9	An 6502.385 30, Sonderzuweisung für die Finanzierung der Wärmeleitplanung
3972.384 30-4	Von 0972-984 30-2, Sonderzuweisung für die Finanzierung der Wärmeleitplanung
0980.359 85-9	Entnahme aus der Sonderrücklage zur Finanzierung von umsatzsteuerfinanzierten Maßnahmen

Über diese neu einzurichtenden Verrechnungshaushaltsstellen werden die Mittel vom Produktplan 93 Zentrale Finanzen im Haushalt des Landes in den Produktplan 61 Klima, Umwelt und Landwirtschaft übertragen bzw. an Bremerhaven ausgekehrt. Dort gehen sie jeweils als zweckgebundene Einnahme ein und werden sollerhöhend auf den Ausgabe-Haushaltsstellen (im Produktplan 61 neu einzurichtende Hst. 3640.531

40-0, 3640.422 40-7, 3640.428 40-5, 3640.441 40-1 und 3640.634 40-5 in einem Deckungsring) bereitgestellt. Die Deckung für die Sonderzuweisungen im Produktplan 93 Zentrale Finanzen erfolgt ersatzweise aus der Sonderrücklage zur Finanzierung von umsatzsteuerfinanzierten Maßnahmen (AH-FiPo 2611.396 11-5), die im Produktplan 93 auf der Haushaltsstelle 0980.359 85-9 „Entnahme aus der Sonderrücklage zur Finanzierung von umsatzsteuerfinanzierten Maßnahmen“ vereinnahmt werden und dann auf den beiden neu einzurichtenden Ausgabe-Haushaltsstellen über Nachbewilligung bereitgestellt werden. Von hier werden sie im Falle eines Mittelabrufes bzw. spätestens zur Jahresendabrechnung über Verrechnungen/Erstattungen an die beiden Stadtgemeinden überstellt und dort auf der jeweiligen Ausgabeposition soll-erhöhend bereitgestellt.

Die vom Bund geforderten Verwendungsnachweise bzw. das jährliche Berichtswesen übernimmt die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft. Die Mittel werden vom Senator für Finanzen auf die senatorische Landesbehörde nachbewilligt und die Mittel über Verrechnungshaushaltsstellen an die beiden Stadtgemeinden ausgezahlt.

Mit der Haushaltsaufstellung 2026/2027 werden diese Mittel künftig veranschlagt. Die finanziellen personalwirtschaftlichen Auswirkungen sind in der obigen Tabelle dargestellt und werden über die Bundesmittel finanziert.

Die Beschlüsse haben keine genderspezifischen Auswirkungen.

Die in der Senatsvorlage vorgeschlagenen Beschlüsse haben keine direkten Auswirkungen auf den Klimaschutz.

Hinweise zu indirekten positiven Auswirkungen auf den Klimaschutz: Die vorgeschlagene Finanzierungsregelung zur kommunalen Wärmeplanung dient dem Ziel, die Wärmeversorgung im Land Bremen von fossilen Energieträgern auf erneuerbare Energien und unvermeidbare Abwärme umzustellen. Die Realisierung entsprechender Maßnahmen kann einen erheblichen Beitrag zur Minderung der bremischen CO_2-Emissionen insbesondere im Gebäudesektor leisten. Die vorgeschlagene Finanzierungsregelung zur kommunalen Wärmeplanung dient damit dem Klimaschutz und ist ein wichtiger Baustein im Rahmen der bremischen Klimaschutzstrategie.

E. Beteiligung/ Abstimmung

Die Abstimmung der Vorlage mit der Senatskanzlei, dem Senator für Finanzen und dem Magistrat Bremerhaven ist eingeleitet.

F. Öffentlichkeitsarbeit/ Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Die Vorlage ist zur Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz geeignet.

G. Beschluss

1. Der Senat nimmt den Bericht zur Entlastung der Länder/Gemeinden für die Wärmeplanung durch den Bund zur Kenntnis.

2. Der Senat stimmt der Verteilung der jährlichen anteiligen Mittel auf die Stadtgemeinden Bremen mit rd. 897 TEUR p.a. und Bremerhaven mit rd. 187 TEUR p.a. zu den dargestellten Maßnahmen ab 2024 bis einschl. 2028 mit der dargestellten Deckung zu.

3. Der Senat stimmt dem dargestellten Verfahren des Mittelabrufs bis max. zur anteiligen kumulierten Summe zum Ende 2028 in Höhe von 3,531 Mio. EUR für die Stadtgemeinde Bremen und in Höhe von 0,726 Mio. EUR für die Stadtgemeinde Bremerhaven zu.

4. Der Senat bittet die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft, die Deputation für Umwelt, Klima und Landwirtschaft sowie über den Senator für Finanzen den Haushalts- und Finanzausschuss zu befassen.

Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Übersicht (WU-Übersicht)
Anlage zur Vorlage : Finanzierung der Wärmeplanung im Rahmen des Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes 2024 und zur Änderung des Stabilisierungsfondsgesetzes (FAG-Änderungsgesetz 2024)
Datum : 27.11.2024
Benennung der(s) Maßnahme/-bündels

Finanzierung der Wärmeplanung im Rahmen des Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes 2024 und zur Änderung des Stabilisierungsfondsgesetzes (FAG-Änderungsgesetz 2024)

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für Projekte mit ☐ **einzelwirtschaftlichen**
☐ **gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen**

Methode der Berechnung (siehe Anlage)
☐ Rentabilitäts/Kostenvergleichsrechnung ☐ Barwertberechnung ☐ Kosten-Nutzen-Analyse
☐ Bewertung mit standardisiertem gesamtwirtschaftlichen Berechnungstool

Ggf. ergänzende Bewertungen (siehe Anlage)
☐ Nutzwertanalyse ☐ ÖPP/PPP Eignungstest ☐ Sensitivitätsanalyse ☐ Sonstige (Erläuterung)

Anfangsjahr der Berechnung :
Betrachtungszeitraum (Jahre): Unterstellter Kalkulationszinssatz:

Geprüfte Alternativen (siehe auch beigefügte Berechnung)

Nr.	Benennung der Alternativen	Rang
1		
2		
n		

Ergebnis

Weitergehende Erläuterungen

Zeitpunkte der Erfolgskontrolle:

1.	2.	n.

Kriterien für die Erfolgsmessung (Zielkennzahlen)

Nr.	Bezeichnung	Maßeinheit	Zielkennzahl
1			
2			
n			

Baumaßnahmen mit Zuwendungen gem. VV 7 zu § 44 LHO: ☐ die Schwellenwerte werden nicht überschritten /
☐ die Schwellenwerte werden überschritten, die frühzeitige Beteiligung der zuständigen technischen bremischen Verwaltung gem. RLBau 4.2 ist am erfolgt.

☒ Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht durchgeführt, weil:
Ausführliche Begründung

Durch das Gesetz für die Wärmeplanung und zur Dekarbonisierung der Wärmenetze (Wärmeplanungsgesetz – WPG) ist erstmals eine bundesweit geltende Pflicht zur Wärmeplanung geschaffen worden. Die Durchführung der Wärmeplanung ist Aufgabe der Länder. Hierzu erhält die FHB im Zusammenhang mit der Erstellung von Wärmeplänen (Stadt Bremen und Bhv) finanzielle Entlastungen vom Bund. Gegenüber dem Bund wird die Freie Hansestadt Bremen (Land) berichtspflichtig, um darzulegen, dass die Mittel zweckentsprechend in den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven verwendet werden, d. h. entsprechend den planungsverantwortlichen Stellen zur Wärmeplanung Verfügung gestellt werden. Dementsprechend ist die Maßnahme alternativlos.

Bewertungsbogen

1. Identifizierung

1.1 Name	Lokale Wärmeplanung - Erreichen der Wärmewende in BSR-Gemeinden
1.2Kurzbezeichnung	PlanHeat
1.3Programmschwerpunkt	3. Klimaneutrale Gesellschaften
1.4Ziel des Programms	3.2 Energiewende
1.5Projektdurchführung	36 Monate

1.6Projektzusammenfassung (aus der Anwendung importiert)

Der Wärmesektor hat europaweit und im Ostseeraum (BSR) enorme Auswirkungen auf den Klimawandel, da er einen großen Anteil an den Treibhausgasemissionen (THG) hat. Ein Hebel, um die Entwicklungen in diesem Bereich positiv zu lenken, ist die "lokale Wärmeplanung (LHP)", ein Instrument zur Darstellung nachhaltiger und wirtschaftlich tragfähiger Transformationspfade und Maßnahmen hin zu einer THG-neutralen Wärmeversorgung auf kommunaler Ebene. Die Neufassung der EU-Energieeffizienzrichtlinie (EED) für 2023 enthält nun eine neue Bestimmung, die die Mitgliedstaaten verpflichtet, sicherzustellen, dass Gemeinden mit mehr als 45.000 Einwohnern Nahwärmepläne erstellen, die den erhöhten EU-Verpflichtungen in den kommenden Jahren entsprechen. Allerdings sind viele BSR-Gemeinden auf diese umfangreiche Aufgabe nicht vorbereitet, es fehlt ihnen an Know-how und Ressourcen für LHP sowie an dem Bewusstsein für ihre langfristige Verantwortung bei der Dekarbonisierung ihres lokalen Wärmesektors.

PlanHeat geht diese Herausforderung an, indem es Kommunen und Expertenorganisationen aus sieben BSR-Ländern zusammenbringt, die gemeinsam ein transnationales Handbuch zur Erstellung von Nahwärmeplänen entwickeln. Dieser Leitfaden umfasst fünf Teillösungen zu den Themen Datenzugang, Technologien, Personal und Kompetenzen, Stakeholderbeteiligung sowie finanzielle und organisatorische Lösungen für LHP. Relevante Zielgruppen wie Wärmeversorger, Energieberater oder Ministerien, die für Energie- und Klimapolitik zuständig sind, werden stark in das Projekt eingebunden. Das PlanHeat-Handbuch wird in der gesamten BSR verbreitet werden.

1. 7Finanzielle Mittel (alle Beträge in Euro)	**Geplantes Projektbudget**
EFRE-Kofinanzierung	2,886,027.17 €
Eigenbeitrag EU-Partner	721,506.81 €
EFRE-Haushalt	3,607,533.98 €
KEINE Kofinanzierung	0.00 €

Eigenbeitrag KEINE Partner	0.00 €
KEIN Budget	0.00 €
Kofinanzierung des Programms insgesamt	2,886,027.17 €
Eigenbeitrag insgesamt	721,506.81 €
Gesamtes Budget	3,607,533.98 €

1.8Projektpartnerschaft

Nein.	Organisation		Partner-Haushalt	Kofinanzierung des Programms	Bedeutung der staatlichen Beihilfe	Teilgenommen früher
1	Magistrat der Stadt Bremerhaven Örtliche Behörde	DE	672,020.00 €	537,616.00 €	Nein	Ja
2	ECOLOG Institut für sozial-ökologische Forschung und Bildung Hochschuleinrichtung und Forschungseinrichtung	DE	352,170.00 €	281,736.00 €	Ja	Nein
3	Stadt Bydgoszcz Örtliche Behörde	PL	202,114.32 €	161,691.45 €	Nein	Ja
4	Nationale Agentur für Energieeinsparung (NAPE) Kleine und mittlere Unternehmen	PL	292,460.13 €	233,968.10 €	Ja	Ja
5	Das polnische Netzwerk des Gemeindeverbands "Energie Cités" (PNEC) NGO	PL	221,682.50 €	177,346.00 €	Nein	Ja
6	Stadtverwaltung von Alytus Örtliche Behörde	LT	215,008.00 €	172,006.40 €	Nein	Ja
7	Litauisches Energieinstitut (LEI) Hochschuleinrichtung und Forschungseinrichtung	LT	199,292.00 €	159,433.60 €	Ja	Ja
8	Kommune Smiltene Lokale Behörde	LV	269,671.20 €	215,736.96 €	Nein	Ja
9	Ekodoma Ltd. Kleine und mittlere Unternehmen	LV	154,340.00 €	123,472.00 €	Ja	Ja
10	Rakvere Soojus Ltd.	EE	144,172.40 €	115,337.92 €	Ja	Nein

	Anbieter von Infrastruktur und öffentlichen Dienstleistungen					
11	Technische Universität Tallinn (TalTech)	EE	298,344.80 €	238,675.84 €	Ja	Ja
	Hochschuleinrichtung und Forschungseinrichtung					
12	EcoFellows Ltd.	FI	168,806.00 €	135,044.80 €	Ja	Nein
	Kleine und mittlere Unternehmen					
13	Energieagentur Südschweden (ESS)	SE	217,452.63 €	173,962.10 €	Ja	Ja
	Sektorale Agentur					
14	Stadt Konin	PL	200,000.00 €	160,000.00 €	Nein	Nein
	Örtliche Behörde					

1. 9Assoziierte Organisationen

Nein.	Organisation	Land
1	GoLOCAL	Ukraine
	NGO	
2	Stadt Kalisz	PL
	Örtliche Behörde	
3	Stadt Włocławek	PL
	Örtliche Behörde	
4	Verband der Energieauditoren	PL
	Interessengruppe	
5	Nationale Vereinigung "Respekt für Energie und Umwelt" (SAPE-Polska)	PL
	Interessengruppe	
6	Handelskammer Polnische Fernwärme	PL
	Organisation zur Unterstützung von Unternehmen	
7	Vereinigung Renovierungswelle	PL
	Interessengruppe	
8	Stiftung Energieeinsparung	PL
	Interessengruppe	
9	Kommunale Wärmegesellschaft (KPEC)	PL
	Großunternehmen	
10	Interkommunaler Abfallentsorgungskomplex ProNatura Sp. z o. o.	PL
	Großunternehmen	

11	Litauisches Netzwerk grüner Gemeinden	LT
	Hochschuleinrichtung und Forschungseinrichtung	
12	Litauischer Fernwärmeverband	LT
	Interessengruppe	
13	Litauischer Verband für Wärmetechnik	LT
	Interessengruppe	
14	Gemeinde des Bezirks Kaišiadorys	LT
	Lokale Behörde	
15	Verband für Fernwärme in Lettland	LV
	Interessengruppe	
16	Planungsregion Vidzeme	LV
	Regionale öffentliche Behörde	
17	Stadtverwaltung Rakvere	EE
	Örtliche Behörde	
18	Kommune Lääne-Harju	EE
	Örtliche Behörde	
19	Stadtverwaltung Võru	EE
	Örtliche Behörde	
20	Narva Heating Network Ltd.	EE
	Anbieter von Infrastruktur und öffentlichen Dienstleistungen	
21	Estnischer Verband für Strom und Wärme	EE
	Interessengemeinschaft	
22	Stadt Tampere	FI
	Örtliche Behörde	
23	Gemeinde Janakkala	FI
	Örtliche Behörde	
24	Gemeinde Lempäälä	FI
	Örtliche Behörde	
25	Verwaltungsrat der Provinz Kalmar	SE
	Regionale öffentliche Behörde	
26	Stadtverwaltung von Kalmar	SE
	Örtliche Behörde	
27	Gemeinde Hultsfred	SE
	Örtliche Behörde	
28	Schwedische Energieagentur	SE

	Nationale Behörde	
29	Oskarshamn Energi AB	SE
	Kleine und mittlere Unternehmen	
30	Kronoberg County Administratvie Board	SE
	Regionale öffentliche Behörde	
31	Verwaltung der Provinz Skåne	SE
	Regionale öffentliche Behörde	
32	Blekinge County Administratvie Board	SE
	Regionale öffentliche Behörde	
33	swb Bremerhaven GmbH	DE
	Anbieter von Infrastruktur und öffentlichen Dienstleistungen	
34	Stadt Geestland	DE
	Lokale Behörde	
35	Gemeinde Schiffdorf	DE
	Örtliche Behörde	
36	Gemeinde Beverstedt	DE
	Örtliche Behörde	
37	Stadt Cuxhaven	DE
	Lokale Behörde	
38	Gemeinde Loxstedt	DE
	Lokale Behörde	

1.10Beitrag des Projekts zur EU-Strategie für den Ostseeraum	
geplant	PA Energie

1. 11Horizontale Grundsätze	**Auswirkungen des Projekts**
Nachhaltige Entwicklung	positiv
Nicht-Diskriminierung einschließlich Zugänglichkeit	neutral
Gleichstellung von Männern und Frauen	neutral

1.12 Ausgabe
• Transnationales Handbuch für die Nahwärmeplanung

2. Zulässigkeitsprüfung

ERGEBNIS DER ZULÄSSIGKEITSPRÜFUNG
Das Projekt hat die Zulässigkeitsprüfung bestanden.

3. Endgültige Schlussfolgerung und Anforderungen

ENDGÜLTIGE SCHLUSSFOLGERUNG
Der Vorschlag weist eine ausreichende Qualität auf, um genehmigt zu werden. Das Thema, mit dem sich PlanHeat befasst, passt gut zum Schwerpunkt des Programmziels und der aktuellen Aufforderung. Das Projekt beabsichtigt, die Gemeinden der BSR bei der lokalen Wärmeplanung (LHP) so zu unterstützen, dass sie den Klimawandel eindämmen und die jüngsten Verpflichtungen der EU-Energieeffizienzrichtlinie erfüllen können. Das Projekt verfügt über eine beeindruckende Partnerschaft (14 Partner und 38 assoziierte Organisationen), die über die erforderlichen Kompetenzen verfügen und die meisten Zielgruppen vertreten. Der Arbeitsplan ist im Allgemeinen gut ausgearbeitet, mit kleinen Schwächen bei der Beschreibung der Aktivitäten. Die Erprobung mehrerer wichtiger LHP-Aspekte ermöglicht es dem Projekt, ein umfassendes Handbuch zu erstellen, dessen Akzeptanz bei den wichtigsten Zielgruppen gesichert scheint.

ANFORDERUNGEN FÜR DIE ZULASSUNG
Die MA/JS schlagen vor, die folgenden Anforderungen für die Genehmigung durch den Begleitausschuss aufzunehmen: **Technische Korrektur:** 1. Die in Abschnitt 1.8 des Bewertungsbogens als beihilferelevant aufgeführten Projektpartner führen beihilferelevante Tätigkeiten durch. Die Kofinanzierung des Programms für die beihilferelevanten Partner wird gemäß Artikel 20 der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung gewährt. In Ausnahmefällen können beihilferelevante Projektpartner eine Kofinanzierung des Programms auf der Grundlage der De-minimis-Verordnung beantragen. Der federführende Partner muss diesen Antrag während der Vertragsvergabe bekannt geben. Der jeweilige Projektpartner muss den Antrag begründen und eine De-minimis-Erklärung vorlegen.

Bewertung der Qualität

Punktesystem: 5 (sehr gut), 4 (gut), 3 (ausreichend), 2 (schwach), 1 (ungenügend)

I. Relevanz des Vorschlags	SCORE	4
Thematischer Schwerpunkt		

- Entspricht die Herausforderung, die mit dem Projekt angegangen wird, dem ausgewählten Programmziel und dem Schwerpunkt der Aufforderung?

Der Vorschlag entspricht in hohem Maße dem ausgewählten Programmziel und dem Schwerpunkt der vorliegenden Aufforderung.

Das Projekt PlanHeat soll die erfolgreiche Umsetzung der EU-Klimaschutzpolitik (insbesondere der EED) auf kommunaler Ebene unterstützen. Nach der kürzlich überarbeiteten Energieeffizienzrichtlinie (EED) sind alle Mitgliedsstaaten verpflichtet, sicherzustellen, dass jede Gemeinde mit mehr als 45.000 Einwohnern einen Nahwärmeplan entwickelt (EED, Artikel 25.6). Die Gemeinden in der BSR sind für die Planung und Konzeption einer lokalen Wärmeinfrastruktur verantwortlich, die nicht zu einem weiteren beschleunigten Klimawandel führt.

Die im Antrag beschriebene Herausforderung besteht darin, dass die meisten Gemeinden und Regionen des BSR unzureichend auf die neuen Anforderungen vorbereitet sind und es ihnen an Wissen und Ressourcen für die Erstellung solcher Nahwärmepläne fehlt. Zu den spezifischen Hindernissen gehören dem Antrag zufolge uneinheitliche Planungsbemühungen, begrenzte Datenverfügbarkeit, unzureichende rechtliche und organisatorische Strukturen, Personalmangel sowie unzureichende Finanzierungsregelungen. Der Antrag behauptet auch, dass in verschiedenen Teilen der BSR die Behörden die überarbeitete EED gar nicht kennen, insbesondere im Hinblick auf die neu eingeführten Planungspflichten, die auf die kommunale und regionale Ebene abzielen. Darüber hinaus ist es wichtig, die Akzeptanz der Anwohner für die Planungen der Wärmeinfrastruktur zu sichern.

Die angesprochene Herausforderung entspricht in hohem Maße dem ausgewählten Programmziel, wie es im Programmdokument (PD) dargelegt ist.

Der Antrag geht sehr deutlich auf den Schwerpunkt des Aufrufs ein, d. h. auf das Thema Klimawandel durch die Unterstützung klimafreundlicher Energiesysteme.

Zielgruppen

- Sind die ausgewählten Zielgruppen für die Bewältigung der ermittelten Herausforderung relevant, z. B. hinsichtlich der geografischen Abdeckung und der Art der betroffenen Sektoren?
- Sind die Bedürfnisse der Zielgruppen klar beschrieben?

Die ausgewählten Zielgruppen sind für die Bewältigung der festgestellten Herausforderung eindeutig relevant. Der Antrag beschreibt die Bedürfnisse der Zielgruppen ausreichend.

Zu den ausgewählten Zielgruppen gehören lokale Behörden, nationale Behörden, Anbieter von Infrastruktur und öffentlichen Dienstleistungen, sektorale Agenturen und Interessengruppen. Der definierte Verantwortungsbereich und/oder Wirtschaftssektor der ausgewählten Zielgruppen scheint für die Bewältigung der ermittelten Herausforderung relevant zu sein.

Der Antrag fasst zusammen, dass die Hauptzielgruppe der lokalen Behörden Anleitung, Ressourcen, Instrumente und Daten benötigt, um strategische Nahwärmepläne zu konzipieren und umzusetzen. Der Antrag geht nicht weiter auf die spezifischen Bedürfnisse und aktuellen Wissens- oder Datenlücken der Kommunen ein. Die Interessengruppen müssen einbezogen werden, um die öffentliche Akzeptanz und Unterstützung für die Wärmepläne sicherzustellen. Die anderen Zielgruppen werden aufgrund ihrer wichtigen unterstützenden Rolle in den Prozess einbezogen. Nationale öffentliche Behörden, die für Energie- und Klimafragen zuständig sind, spielen eine entscheidende Rolle bei
Unterstützung bei der Umsetzung der lokalen Wärmeplanung. Zu den sektoralen Agenturen gehören die Energieberatung

Behörden, Ingenieur- und Planungsbüros und weitere externe Dienstleister aus dem Umwelt- und Klimaschutzbereich, die die Kommunen bei der Erstellung von Nahwärmeplänen unterstützen. Schließlich müssen die Kommunen eng mit den lokalen Wärmeversorgungsunternehmen und Netzbetreibern zusammenarbeiten, die als Infrastrukturanbieter und öffentliche Dienstleister angesprochen werden.

Die geografische Abdeckung der Zielgruppen scheint für die vorgeschlagene Aufgabe angemessen zu sein. Das Projekt beabsichtigt, die Zielgruppen in allen sieben teilnehmenden Ländern anzusprechen. Was die nationalen Behörden betrifft, so konzentriert sich das Projekt insbesondere auf die Behörden in PL, LT, LV und EE (die für die nationalen Energie- und Klimapolitiken und -pläne zuständig sind).

Die beschriebenen Bedürfnisse der Zielgruppen - unzureichende Kenntnisse, Daten und Ressourcen - sind etwas unspezifisch. Dennoch scheinen diese Bedürfnisse im Allgemeinen für die festgestellte Herausforderung der Vorbereitung der Kommunen auf die neuen EED-Anforderungen in Bezug auf Nahwärmepläne relevant zu sein.

Transnationaler Wert

- Wird in dem Antrag die Notwendigkeit einer transnationalen Zusammenarbeit zur Bewältigung der festgestellten Herausforderung klar dargelegt?

In dem Antrag wird hinreichend dargelegt, dass zur Bewältigung der festgestellten Herausforderung eine transnationale Zusammenarbeit erforderlich ist.

Die im Antrag beschriebene Herausforderung der Vorbereitung auf die neuen EED-Anforderungen ist von ausreichendem transnationalen Wert. Einerseits fällt die Entwicklung von Nahwärmeplänen in die Zuständigkeit der Kommunen und ist somit eine eher lokale Angelegenheit. Andererseits gelten die neuen Anforderungen für die gesamte EU, und eine aktive Zusammenarbeit innerhalb des BSR kann wesentlich dazu beitragen, die Vorbereitung und Bereitschaft zur Begrenzung des Klimawandels zu fördern. Das Projekt beabsichtigt, einen frühzeitigen transnationalen Austausch und Know-how-Transfer zu initiieren, so dass die Partner mit mehr Erfahrung in spezifischen Aspekten ihre Erfahrungen teilen können. Das Projekt erklärt, dass Deutschland und Schweden Erfahrung mit der Erstellung von lokalen Wärmeplänen haben, Estland mit dem Zugang zu Daten, während Finnland, Deutschland und Schweden über Kompetenzen bei der Institutionalisierung von technischer, organisatorischer und finanzieller Unterstützung für ihre Gemeinden verfügen.

Die geografische Abdeckung scheint ausreichend, um die festgestellte Herausforderung zu bewältigen.

Ziel des Projekts

- Steht das geplante Projektziel im Einklang mit den Bedürfnissen der Zielgruppen?

Das geplante Projektziel steht in engem Zusammenhang mit den Bedürfnissen der Zielgruppen.

Es wird klar erläutert, wie das Projekt auf die Bedürfnisse der ausgewählten Zielgruppen ausgerichtet ist.

Das erklärte Projektziel ist die Unterstützung der BSR-Kommunen bei der Entwicklung strategischer lokaler Wärmepläne, um eine nachhaltige und widerstandsfähige Wärmeinfrastruktur zu schaffen, die den Anforderungen der überarbeiteten Energieeffizienzrichtlinie (EED, Art. 25.6) entspricht. Um dieses Ziel zu erreichen, plant das Projekt die Entwicklung eines
"Transnationales Handbuch zu LHP - ein Leitfaden für die Konzeption von Nahwärmeplänen".

Im Antrag wird erläutert, dass die Kommunen, obwohl sie hauptsächlich für die lokalen Wärmepläne verantwortlich sind, eng mit anderen Zielgruppen zusammenarbeiten müssen. Ihre wichtige unterstützende Rolle wird im Antrag klar erläutert, und ihre Bedürfnisse im Projektkontext sind mit den Bedürfnissen der Kommunen verknüpft (d. h. die Gruppen müssen sich gemeinsam auf die neuen Anforderungen nach der überarbeiteten EED vorbereiten).

Beitrag zu den Politiken und Strategien

- Plant das Projekt einen Beitrag zur Umsetzung des Aktionsplans der EU-Strategie für den Ostseeraum (EUSBSR)?
- Plant das Projekt einen Beitrag zur Erreichung spezifischer Ziele oder zur Durchführung von Maßnahmen anderer strategischer Dokumente, die für den Programmbereich relevant sind?

Der Vorschlag trägt in hohem Maße zu den für das Programmgebiet relevanten Politiken und Strategien bei.

Der Antrag beschreibt sehr deutlich, wie das Projekt zur Umsetzung des Aktionsplans der EUSBSR beitragen will. Es leistet einen Beitrag zum Politikbereich Energie durch Aktion 1: Straffung der Bemühungen um Energieeffizienz in der Region durch Vertiefung der regionalen Zusammenarbeit sowie durch Aktion 4: Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien einschließlich erneuerbarer Meeresenergie.

Das Projekt soll zur Erreichung spezifischer Ziele oder zur Durchführung von Maßnahmen anderer strategischer Dokumente beitragen, die für den Programmbereich relevant sind. Das Projekt soll einen Beitrag zu den folgenden strategischen Dokumenten leisten:

- Energieeffizienz-Richtlinie (EU 2023/1791)
- Paket "Saubere Energie für alle Europäer" (angenommen 2019)
- EU-Strategie für Renovierungswellen (veröffentlicht 2020)

Zusätzlicher Wert

- Wird klar erläutert, wie das Projekt auf den Ergebnissen anderer Projekte aufbauen will?
- Zeigt der Antrag einen zusätzlichen Nutzen für durchgeführte und laufende Projekte, insbesondere für die Projekte von Interreg Baltic Sea Region?
- Ist eine Zusammenarbeit mit anderen Projekten geplant?

Der Vorschlag weist einen hohen zusätzlichen Nutzen zu laufenden oder bereits abgeschlossenen Projekten auf, die für den Ostseeraum von Bedeutung sind.

Der Antrag weist einen hohen Mehrwert zu den durchgeführten und laufenden Projekten auf, die durch Interreg BSR oder andere Programme und Initiativen finanziert werden. Der Antrag erklärt sehr deutlich, wie die Ergebnisse anderer Projekte berücksichtigt werden, und die Auswahl dieser früheren Initiativen spiegelt thematisch sehr relevante Arbeit in diesem Bereich wider.

Das Projekt soll auf den Ergebnissen der Projekte aufbauen:

- "Niedertemperatur-Fernwärme für den Ostseeraum" (LowTEMP, LowTEMP 2.0), unterstützt durch das Interreg Baltic Sea Region Programm 2014 - 2020

- "Hotmaps" (www.hotmaps-project.eu), unterstützt durch das Forschungs- und Innovationsprogramm "Horizont 2020
- "Towards Energy Transition and Climate Neutrality in the BSR Municipalities" (CommitClimate), unterstützt vom Interreg Baltic Sea Region 2021 - 2027 Programm
- "Entwicklung von Methoden für die Integration von Energiequellen niedriger Qualität in Hochtemperatur-Fernwärmenetze" (Low2HighDH), unterstützt durch das Programm für Umwelt und Klimaschutz (LIFE)

PlanHeat plant, mit dem laufenden Projekt Low2HighDH zusammenzuarbeiten, um einen regelmäßigen Austausch über technische Lösungen und Finanzierungsmöglichkeiten zu gewährleisten und von dem durch das Projekt Low2HighDH geschaffenen Netzwerk zu profitieren.

II.	Partnerschaft	SCORE	4

Partnerschaft

- Verfügt die Partnerschaft über die notwendige Kompetenz, um die geplanten Aktivitäten durchzuführen und das geplante Ziel zu erreichen?
- Werden die ausgewählten Zielgruppen als Partner einbezogen?
- Sind die Rollen aller Partner bei der Projektdurchführung klar erläutert?
- Ist die Einbeziehung der Partner gemäß den Anforderungen des Programms geplant?
- Sind die Beteiligung und die Zuständigkeiten der Projektpartner in ausgewogener Weise geplant?
- Sind die Rollen der beteiligten Organisationen klar erläutert?
- Verfügen die Partner über ausreichende personelle und finanzielle Kapazitäten?

Die Partnerschaft scheint über ein gutes Potenzial zu verfügen, um die geplanten Aktivitäten durchzuführen und das geplante Ziel zu erreichen.

Die Partnerschaft scheint über einschlägige Kompetenzen für die Durchführung des geplanten Projekts zu verfügen. Die Partnerschaft besteht aus 14 Partnern und 38 assoziierten Organisationen aus 7 Ländern (DE, PL, EE, LT, LV, FI, SE).

Die ausgewählten Zielgruppen des Projekts sind teilweise an der Partnerschaft beteiligt. Die Zielgruppen der lokalen Behörden sind in der Projektpartnerschaft gut vertreten. Die sektoralen Agenturen und die Infrastruktur- und Dienstleistungsanbieter sind jeweils mit einem Partner vertreten (zwei weitere Infrastruktur- und Dienstleistungsanbieter sind als assoziierte Organisationen beteiligt). Es gibt eine nationale Behörde (Schwedische Energieagentur) und mehrere regionale Behörden (drei aus Schweden und eine aus Lettland), die als assoziierte Organisationen beteiligt sind, was angesichts des Projektkontexts und der unterstützenden Rolle dieser Zielgruppe angemessen ist. Es gibt keine Interessengruppen, die die Bürgerseite vertreten und an der Partnerschaft beteiligt sind. Auch wenn eine NRO aus Polen an der Partnerschaft beteiligt ist, handelt es sich um einen Gemeindeverband. Die Interessengruppen, die als assoziierte Organisationen beteiligt sind, repräsentieren wiederum eher die Berufsverbände und sind in Bezug auf ihre Rolle und Tätigkeit näher an den sektoralen Agenturen gemäß den vorgelegten Zielgruppenbeschreibungen.

Die Rollen und Aufgaben aller Partner bei der Projektdurchführung werden klar erläutert, wobei die jeweiligen Aufgaben und Aktivitäten im Arbeitsplan angegeben werden.

Die Beteiligung der Partner wird entsprechend den Anforderungen des Programms geplant.

Die Beteiligung und die Zuständigkeiten der Partner an dem Projekt sind ausgewogen geplant. Es scheint keine wesentlichen Ungleichgewichte in den Rollen der Partner zu geben (z. B. Beteiligung von Partnern aus verschiedenen Ländern an der Durchführung von Aktivitäten). Für einige Partner sind im Arbeitsplan keine spezifischen Zuständigkeiten vorgesehen. Die Beteiligung dieser Partner (PP3, PP6, PP8, PP10, PP13, PP14) ist jedoch in ihren Rollen und in einigen der Beschreibungen der Aktivitäten im Arbeitsplan klar beschrieben. Im Antrag wurde der Leiter des Arbeitspakets 2 für WP1 und WP2 nicht benannt, was geklärt werden müsste, falls das Projekt zur Genehmigung durch den Begleitausschuss ausgewählt wird.

An dem Projekt waren insgesamt (38) assoziierte Organisationen beteiligt, deren Rolle und Aufgaben im Rahmen des Projekts klar erläutert werden. Die Rollen und Aufgaben der assoziierten Organisationen werden klar erläutert. Ihre Beteiligung scheint dem Vorschlag einen zusätzlichen Wert zu verleihen, insbesondere bei der Abdeckung der lokalen Behörden, die die Hauptzielgruppe des Projekts sind. Die assoziierten Organisationen stärken auch die Einbeziehung der Zielgruppen der Infrastruktur- und Dienstleistungsanbieter sowie der regionalen und nationalen Behörden.

Es scheint keine offensichtlichen Risiken in Bezug auf die Projektpartner (insbesondere die privaten Partner) zu geben.

III. Arbeitsplan	**SCORE**	**3**

Erarbeitung, Erprobung und Bewertung, Übertragung von Lösungen

- Gehen die geplanten Lösungen auf die festgestellte spezifische Herausforderung ein?
- Gibt es ein klares Konzept dafür, wie das Projekt Lösungen entwickeln oder anpassen will?
- Sieht das Projekt Pilotprojekte vor, um die Nützlichkeit der Lösungen zu überprüfen?
- Werden im Rahmen des Projekts Lösungen bewertet und angepasst?
- Legt der Antrag einen realistischen Plan vor, wie die fertigen Lösungen vermittelt und übertragen werden sollen?
- Fördert das Projekt die aktive und kontinuierliche Nutzung der Lösungen nach Projektende?

Die Gesamtqualität des im Antrag vorgelegten Arbeitsplans ist ausreichend.

Der Arbeitsplan folgt der vorgegebenen Struktur des Programms und scheint von der methodischen Seite her durchdacht zu sein. Allerdings ist er recht allgemein gehalten. Der Antrag hätte mehr über den Inhalt der geplanten Pilotaktivitäten aussagen können.

Das Projekt sieht die Entwicklung eines umfassenden und übertragbaren Handbuchs vor, das Informationen und Methoden zur Entwicklung, Konzeption und Umsetzung von Nahwärmeplänen enthält. Der Inhalt des Handbuchs würde auf den Themen der fünf pilotierten Teillösungen basieren. Gleichzeitig gibt es vier Ergebnisse, die im Antrag unter WP2 beschrieben werden, und der Antrag besagt auch, dass das Projekt plant, insgesamt 4 Pilotprojekte durchzuführen (was auch der Zielwert ist, der unter den relevanten Indikatoren angegeben ist). Die Anzahl und die Liste der Piloten sollte geklärt werden, falls das Projekt zur Genehmigung ausgewählt wird.

Aus den Informationen, die in den Beschreibungen der WP2-Aktivitäten enthalten sind, lässt sich schließen, dass das Projekt die folgenden Aspekte der geplanten Lösung erproben würde:

1) Methode zur Sammlung von Daten aus verschiedenen Quellen, um LHP-Dokumente zu aktualisieren oder neue LHP gemäß den EED-Anforderungen zu entwickeln;
2) technische Leitlinien zum LHP für Kommunen;
3) Schulungsmaterial zur Erstellung eines Nahwärmeplans;
4) Einbindung der Bürger/Stakeholder vor Ort und Information der Öffentlichkeit über die Nahwärmeplanung;
5) finanzielle und organisatorische Strategien für ausgewählte Maßnahmen in den beteiligten Kommunen.

Die geplante Lösung soll sowohl im Projekt entwickeltes Material als auch eine Zusammenstellung von bereits in den jeweiligen Ländern verfügbarem Material enthalten. Das Projekt sieht vor, dass das Handbuch zumindest teilweise in die Partnersprachen übersetzt wird, möglicherweise mit leichten Anpassungen, um mögliche nationale Unterschiede zu berücksichtigen, z. B. im Hinblick auf den regulatorischen oder organisatorischen Hintergrund für die lokale Wärmeplanung (LHP). Darüber hinaus sieht das Projekt vor, dass die beabsichtigte Lösung einen Einblick in die besten Praktiken aus einigen anderen Ländern zusammen mit Links zu zusätzlichem unterstützendem Material bieten wird.

PlanHeat plant die Anwendung eines Partner-Tandem-Ansatzes zur Vorbereitung, Pilotierung und Übertragung der Lösung. Das Projekt sieht nationale Partnertandems vor - Expertenorganisation + Kommune -, die eng zusammenarbeiten. Diese Tandems werden von ausgewählten AOs (die im Projekt als Botschafterstädte und -regionen bezeichnet werden) unterstützt, die sie vor allem bei der Erprobung und Bewertung der Lösungen (Testen und Kommentieren der Ergebnisse/Teillösungen) begleiten werden.

Ausgehend von den umfassend abgedeckten Aspekten der Vorbereitung auf die neuen EED-Anforderungen und der Einbeziehung des sehr umfangreichen AO-Netzwerks scheint die geplante Lösung - das transnationale Handbuch zu Nahwärmeplänen (LHP) - die identifizierte Herausforderung vollständig zu bewältigen.

Es gibt ein klares Konzept dafür, wie das Projekt die Lösungen entwickeln/anpassen will.

Innerhalb des Arbeitspakets 1, das auf die Entwicklung der Lösung abzielt, arbeitet das Projekt an den verschiedenen Aspekten, die weiter erprobt werden sollen - Datenerfassung (mit besonderem Schwerpunkt auf energiebezogenen und anderen Geodaten), Unterstützung und Anleitung für die Kommunen und Dienstleister in verschiedenen technischen Fragen, Kapazitätsaufbau und Schulungsmaterial für kommunales Personal (mit Schwerpunkt auf spezifischen Kompetenzen in Bezug auf LHP und EED), Bürgerbeteiligung sowie Empfehlungen zur Bewältigung regulatorischer, finanzieller und organisatorischer Herausforderungen. In dem Antrag werden die geplanten Vorbereitungsaktivitäten und die geplante Zusammenarbeit während dieser Aktivitäten klar erläutert.

Das Projekt sieht Pilotprojekte vor, um die Nützlichkeit der Lösungen zu validieren. In Anlehnung an die im WP1 behandelten Themen und erbrachten Leistungen sieht der Antrag ferner vor, die fünf Aspekte der geplanten Lösung innerhalb der GOAs 2.1-2.5 zu erproben. Bei den finanziellen und organisatorischen Lösungen bleiben die Pilotaktivitäten etwas unklar und müssten ausführlicher und strukturierter beschrieben werden, um die für die Prüfung dieses Aspekts geplanten Schritte genau zu erläutern. (Dieser Teil sollte geklärt werden, falls das Projekt zur Genehmigung ausgewählt wird).

Das Projekt sieht vor, die Lösungen zu evaluieren und anzupassen, allerdings ist dieser Teil nicht klar beschrieben. Der Antrag erwähnt unter GOA 2.5, dass alle PlanHeat-Zielgruppen in die Ausführung und Bewertung der PlanHeat-Lösungen einbezogen werden, gibt aber nicht mehr als vage Hinweise auf Umfragen und tatsächliche Bewertungsaktivitäten. Die abschließende Phase zur Zusammenstellung der getesteten Teillösungen und

Die Feinabstimmung des Handbuchs wird sehr formal und verstreut beschrieben. (Dieser Teil müsste ebenfalls geklärt werden, falls das Projekt zur Genehmigung ausgewählt wird).

Das Projekt plant die Kommunikation und den Transfer der fertigen Lösungen. Für den Transfer des geplanten Handbuchs innerhalb des Ostseeraums plant das Projekt verschiedene nationale und transnationale Veranstaltungen und Netzwerkaktivitäten. Für die lokale Verbreitung plant das Projekt unter 3.1 die Einbindung von assoziierten kommunalen Netzwerken, die bereits in den vorangegangenen Phasen aktiv beteiligt waren und die Partnertandems weiterhin bei der Übertragung der Projektlösungen unterstützen werden.

Das Projekt scheint die aktive und kontinuierliche Nutzung der Lösungen nach Projektende durch die geplanten Veranstaltungen und die Vernetzung zu fördern. Diese Pläne hätten jedoch noch ausführlicher sein können. Aus den im Antrag enthaltenen Informationen lässt sich nur schwer abschätzen, ob es für andere interessierte Kommunen praktische Schulungen und Erfahrungsaustausch geben wird. Das Projekt bietet Informationen und Möglichkeiten für andere interessierte lokale Behörden, sich aktiv an den Veranstaltungen verschiedener Bereiche zu beteiligen, der vom Projekt eingerichteten Plattform des Baltic Municipal Heating Network (BMHN) beizutreten und detaillierte aktualisierte Informationen über verschiedene LHP-Aspekte in ihrer Sprache zu erhalten. Das Projekt plant auch die Einrichtung von Kontaktstellen auf der Grundlage von benannten Partnerorganisationen in jedem der Partnerländer. Dies scheint eine gute Initiative zu sein, um die Akzeptanz der Lösung zu fördern. Es ist jedoch nicht klar, ob und wie diese Kontaktstellen nach dem Ende des Projekts weiterarbeiten werden. Dies sollte geklärt werden, falls das Projekt zur Genehmigung ausgewählt wird.

Zielgruppen

- Ist die Einbeziehung der Zielgruppen in jedem Arbeitspaket gut geplant?

Die Einbeziehung der Zielgruppen ist im Arbeitsplan ausreichend vorgesehen.

Bei der Vorbereitung/Pilotierung und Bewertung/Transfer der Lösungen ist die Einbeziehung der Zielgruppen ausreichend geplant. Die Gemeinden sind die primäre Zielgruppe des Projekts, und sie sind aktiv in alle Teile des Arbeitsplans eingebunden und bilden auch einen wesentlichen Teil der Projektpartnerschaft und der assoziierten Partnerschaft. Die Einbeziehung von Infrastruktur- und Dienstleistungsanbietern und sektoralen Agenturen scheint ausreichend geplant zu sein - diese Arten von Organisationen sind in der Projektpartnerschaft vertreten, und das Projekt plant, über die Partnerschaft hinauszugehen und sie in allen kooperierenden Ländern einzubeziehen (obwohl dieser Plan nicht weiter ausgeführt wird). Der Antrag scheint auch einen klaren Plan zu haben, um die nationalen Behörden zu erreichen, die für die Heizungspolitik zuständig sind, und ist verpflichtet, der Europäischen Kommission Bericht zu erstatten. Das Projekt sieht einen Austausch und Diskussionen mit den nationalen Behörden sowie deren Beteiligung an Projektveranstaltungen vor.

Die Schwachstelle des Projekts ist die Einbeziehung von Interessengruppen oder Vertretern der Bürger, die im Antrag als eines der Ziele genannt wurde. Wie bereits erörtert, handelt es sich bei den wenigen beteiligten Partnern und assoziierten Partnerorganisationen mit dem formalen Status einer NRO oder Interessengruppe in Wirklichkeit um Experten und Berufsverbände im Energiebereich, die im Projektkontext ebenfalls sehr relevante und gezielte Organisationen sind. Der Aspekt der Einbeziehung der Öffentlichkeit ist jedoch nicht gut geplant, er wird nur sehr allgemein als wichtiger Anreiz beschrieben. Die wenigen erwähnten Aktivitäten zur Einbeziehung der Öffentlichkeit scheinen eher allgemeine Kommunikationsaktivitäten zu sein. Im Antrag wird beispielsweise beschrieben, dass die PlanHeat-Partnerkommunen ihre lokalen Interessenvertreter (z. B. Gemeindegruppen, Bürger, Verbraucherverbände) über die Ergebnisse des Projekts informieren werden.
Initiativen und Wirtschaftsverbänden) über die Themen und Ziele von PlanHeat durch regelmäßige Nachrichten auf ihren

Websites und/oder die lokalen Zeitungen. Es hat nicht den Anschein, dass das Projekt tatsächlich Bürgergruppen in die Planung und Erprobung der Lösung einbeziehen würde. Dieser Aspekt sollte geklärt werden, falls das Projekt zur Genehmigung ausgewählt wird.

Transnationale Zusammenarbeit

- Plant das Projekt die Durchführung von Aktivitäten und Ergebnissen in einem transnationalen Rahmen?

Das Projekt sieht in ausreichendem Maße die Durchführung von Aktivitäten und Ergebnissen in einem transnationalen Rahmen vor.

Die Vorbereitung/Pilotierung und Evaluierung/Transfer der Lösungen ist ausreichend transnational geplant. So planen die Projektpartner aus den sieben beteiligten Ländern, in der Vorbereitungsphase gemeinsam an Methoden und Leitfäden zu arbeiten, die getesteten Teillösungen zu evaluieren und die Ergebnisse zusammenzustellen sowie die transnationalen Transferveranstaltungen zu organisieren und die Plattform für das baltische kommunale Wärmenetz (BMHN) einzurichten. Die Vorbereitung, die Pilotierung und die lokalen Anpassungen sowie die Transferaktivitäten haben auch einen bedeutenden Anteil an den lokalen Aktivitäten, da sich das Projekt an lokale Gemeinden und Interessenvertreter richtet.

Output- und Ergebnisindikatoren

- Trägt das Projekt zu den im Programm festgelegten Output- und Ergebnisindikatoren bei?
- Sind die im Rahmen des Projekts gesetzten Ziele realistisch?

Das Projekt trägt zu den folgenden, im Programm festgelegten Output- und Ergebnisindikatoren bei.

Das Projekt sieht einen Beitrag zu den folgenden Indikatoren vor:

RCO 84 - Gemeinsam entwickelte und in Projekten umgesetzte Pilotaktionen (4)
RCO 116 - Gemeinsam entwickelte Lösungen (1)
RCO 87 - Grenzüberschreitend kooperierende Organisationen (52)
RCR 104 - Lösungen, die von Organisationen übernommen oder erweitert werden (1)
PSR 1 - Organisationen mit erhöhter institutioneller Kapazität aufgrund ihrer Teilnahme an grenzüberschreitenden Kooperationsaktivitäten (100)

Die gesetzten Ziele scheinen realistisch zu sein. Die Anzahl der Pilotaktionen muss geklärt werden (wie oben erwähnt). Die Zielwerte der Indikatoren RCO 116, RCO 7 und RCR 104 spiegeln die Anzahl der beteiligten Partner und assoziierten Organisationen (14+38) angemessen wider. Was PSR 1 betrifft, so scheint der angegebene Zielwert (100) idealistisch geplant zu sein. Das Projekt erklärt, dass diese Zahl die Gemeinden einschließt, die von den Projektpartnern und den AO angesprochen werden und sich an den lokalen oder regionalen Veranstaltungen beteiligen, einschließlich der Bewertung der Lösung und der Entwicklung der Personalschulung. Dies könnte jedoch nicht unmittelbar zu einer erhöhten institutionellen Kapazität führen.

IV. Dauerhaftigkeit	**SCORE**	**3**

Dauerhaftigkeit der Ausgänge

- Ist die Nutzung der entwickelten Lösungen durch Partner und andere Organisationen in verschiedenen Ländern gut geplant, auch über das Projektende hinaus?
- Beinhaltet das entwickelte Nachhaltigkeitskonzept institutionelle und finanzielle Unterstützung, damit die Ergebnisse auch nach Projektende funktionieren?

Die Nutzung der entwickelten Lösungen in verschiedenen Ländern, auch nach Projektende, ist im Antrag ausreichend vorgesehen.

Das Konzept der Dauerhaftigkeit ist hinreichend beschrieben und beinhaltet institutionelle Unterstützung, um die Ergebnisse auch nach Projektende funktionsfähig zu halten. Die finanzielle Unterstützung ist nicht klar ausgearbeitet.
In dem Antrag wird behauptet, dass der Inhalt des geplanten transnationalen Handbuchs eine langfristige transnationale Relevanz und Funktionalität des Ergebnisses sicherstellen wird, da es den betroffenen Gemeinden und Regionen des Ostseeraums sowie den anderen relevanten Akteuren als wichtigste Anleitung zur Erfüllung der EED 2023-Verpflichtungen dienen würde. Im Antrag heißt es außerdem, dass das Handbuch von der etablierten Plattform des Baltischen kommunalen Wärmenetzes (BMHN), die vom PP 11 verwaltet wird, "verwaltet" und bei Bedarf aktualisiert werden soll. Das Netzwerk würde über eine Kontaktstelle in jedem PlanHeat-Partnerland verfügen, die dazu beitragen würde, die Projektergebnisse weiter zu verbreiten und interessierten Kommunen und anderen Akteuren Orientierungshilfen zu geben. Die Zukunft der nationalen Kontaktstellen wird in dem Antrag nicht weiter ausgeführt und geplant. Dieser Aspekt müsste geklärt werden, wenn das Projekt zur Genehmigung durch den Verwaltungsrat ausgewählt wird.

Es scheint, dass die Lösung von den Zielgruppen teilweise über die Umsetzungsphase hinaus in ihrer täglichen Arbeit genutzt werden wird. Die Hauptzielgruppe des Projekts, d.h. die Kommunen, würden höchstwahrscheinlich von dem erstellten Handbuch mit relevanten Informationen zu verschiedenen Aspekten für die Planung des LHP gemäß den jüngsten EED-Anforderungen profitieren und wären in der Tat daran interessiert, dieses Ergebnis nach dem Ende des Projekts aktiv zu nutzen. Auch die eher direkt betroffenen Zielgruppen der Infrastruktur- und Dienstleistungsanbieter könnten das Handbuch bei ihrer Arbeit anwenden und die Kommunen bei der Nahwärmeplanung unterstützen. Die zukünftige Nutzung der Lösung durch andere Zielgruppen in ihrer täglichen Arbeit ist nicht so klar. Es ist fraglich, inwieweit die Interessengruppen (im Sinne von Bürgervertretern) die Lösung nutzen werden, da ihre Beteiligung an dem Projekt nicht richtig geplant ist. Es besteht jedoch das Potenzial, diesen Aspekt zu klären, falls das Projekt zur Genehmigung ausgewählt wird.

V. Haushalt	**SCORE**	**4**

Angemessenheit des Haushalts

- Steht das Budget in einem angemessenen Verhältnis zu den geplanten Aktivitäten, Outputs, Ergebnissen und der Beteiligung der Partner?

Das geplante Budget scheint eng mit den geplanten Aktivitäten, Outputs, Ergebnissen und der Beteiligung der Partner abgestimmt zu sein.

Die geplanten Budgets der Partner scheinen angemessen zu sein, wenn man ihre Beteiligung und Zuständigkeiten bei der
Projekt. Das Budget für die Personalkosten (unter Berücksichtigung des Äquivalents von Vollzeitstellen pro Jahr) ist weder übermäßig noch extrem und scheint die Rolle der Partner widerzuspiegeln. Es wurde festgestellt, dass das Budget des

LP ist deutlich höher als das Budget aller anderen Partner, ist aber durch die Planung des externen Projektmanagements gerechtfertigt, dessen Gesamtkosten sich auf 225.000 EUR belaufen.

Die geplanten Anteile von Management und Arbeitspaketen erscheinen angesichts ihrer Bedeutung für die geplanten Outputs/Lösungen und Ergebnisse angemessen.

Das geplante Gesamtbudget scheint angesichts der geplanten Leistungen und Ergebnisse angemessen. Die im Antrag beschriebene Herausforderung entspricht dem ausgewählten Programmziel. Der Arbeitsplan ist von guter Qualität. Die Zielgruppen scheinen in der Partnerschaft gut vertreten zu sein, und die Beschreibungen der Dauerhaftigkeit scheinen zukünftige Unterstützung und die Aufrechterhaltung der Lösungen zu gewährleisten. Das Budget ist gut vorbereitet, die Beteiligung des Personals ist weder übermäßig noch extrem und trotz der erforderlichen Abklärungen scheinen die geplanten externen Dienstleistungen und Ausrüstungen in Übereinstimmung mit dem Marktpreis geschätzt zu werden. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das Projekt eine strategische, kosteneffiziente Lösung zu bieten scheint, um die verbindlichen EU-Anforderungen zu erfüllen, die Treibhausgasemissionen zu reduzieren und die lokalen Kapazitäten im Wärmesektor zu stärken. Der Antrag zeigt ein gutes Preis-Leistungs-Verhältnis (Budget im Vergleich zu Aktivitäten und Ergebnissen).

Zuschussfähigkeit

- Sind die Spezifikationen der Kostenkategorien (externe Dienstleistungen, Ausrüstung, Infrastruktur und Arbeiten) präzise, klar und begründet?
- Gibt es Hinweise auf nicht förderfähige Kosten im Arbeitsplan und/oder nicht förderfähige Projektpartnerstrukturen?
- Wurden die einschlägigen Vorschriften für produktive Investitionen/Infrastruktur befolgt?
- Wurden die Vorschriften für staatliche Beihilfen eingehalten?

Die einschlägigen Förderfähigkeitsregeln scheinen teilweise befolgt zu werden.

Die Angaben zu den Kostenkategorien (externe Dienstleistungen und Ausrüstung) sind teilweise präzise, klar und begründet. Das Projekt plant 13 Veranstaltungen, deren Gesamtkosten sich auf 21.000 EUR belaufen (durchschnittlich 1600 EUR pro Veranstaltung), die als *Zielgruppenbeteiligung* angegeben werden. Es ist nicht ganz klar, um welche Art von Veranstaltungen es sich handelt und wie sie zum Projekt beitragen. Darüber hinaus wurde festgestellt, dass Projektpartner 1 zwei Studien unter der Aktivitätsgruppe 2.2 plant:

- Studie zur Umstellung des Gasnetzes für Quartiere außerhalb der Fernwärme (15.000 EUR)
- Machbarkeitsstudie über Lösungen für die Nahwärmeversorgung, z. B. Heizquellen und Speicherkapazitäten (10 000 EUR)

In Anbetracht der Beschreibung der Tätigkeitsgruppe 2.2 ist nicht klar, welchen Beitrag diese Studien dazu leisten. Es handelt sich jedoch um geringfügige Feststellungen, die einer Klärung bedürfen. Im Übrigen scheinen die übrigen für die Kostenkategorien 4 und 5 vorgesehenen Posten gerechtfertigt zu sein, dem Inhalt des Projekts zu entsprechen und aus finanzieller Sicht förderfähig zu sein.

In der Gruppenaktivität 2.4 beabsichtigt der federführende Partner, *eine Vereinigung von Haus- oder Wohnungseigentümern in den Gebieten zu bilden, die nicht an das städtische Wärmenetz angeschlossen sind. Stattdessen will die Eigentümergemeinschaft die Installation kleinerer Nahwärmenetze in Auftrag geben*. Diese Aktivität muss untersucht und geklärt werden, um einen möglichen direkten Transfer von Mitteln des Projektpartners an Dritte auszuschließen. Außerdem sind im Arbeitsplan/Aktivitäten keine Hinweise auf nicht förderfähige Kosten oder Projektpartnerstrukturen (z.B. Dachpartnerschaften, versteckte Partnerorganisationen) enthalten.

Produktive oder infrastrukturelle Investitionen sind in dem Projekt nicht vorgesehen.

Die für die Antragsphase maßgeblichen Vorschriften für staatliche Beihilfen wurden befolgt. Grundlage für die beihilferechtliche Prüfung ist die Ex-ante-Bewertung der mit den Projektpartnern und deren Aktivitäten verbundenen Beihilferisiken. Darüber hinaus hat die MA/JS eine Partner- und Plausibilitätsprüfung gemäß den Regeln des Programmhandbuchs durchgeführt. Im Rahmen dieses Verfahrens untersuchte die MA/JS die beihilferechtliche Relevanz der Projektpartner Nr. 1, 3, 6, 8 und 14, bei denen ein geringes Risiko besteht, dass sie beihilferelevante Aktivitäten durchführen, um sicherzustellen, dass diese Partner tatsächlich die Vorschriften für staatliche Beihilfen einhalten. Außerdem führte die MA/JS Plausibilitätsprüfungen für den Projektpartner Nr. 2, bei dem ein mittleres bis hohes Risiko für die Durchführung beihilferelevanter Tätigkeiten besteht, wie im Antrag gefordert. Die MA/JS führte keine Plausibilitätsprüfungen für die Projektpartner Nr. 11 und 13 mit mittlerem bis hohem Risiko für die Durchführung von beihilferelevanten Tätigkeiten, da sie dies im Antrag nicht beantragt hatten. Die MA/JS kam zu dem Schluss, dass die in Abschnitt 1.8 des Bewertungsbogens als beihilferelevant aufgeführten Projektpartner beihilferelevante Tätigkeiten durchführen.

SEESTADT BREMERHAVEN
Der Magistrat

Dezernat V
Umweltschutzamt
Herr Scherzinger, Tel. 3526
Bremerhaven, 15.01.2025

Vorlage Nr. V/ 3/2025		
für die Sitzung des Bau- und Umweltausschusses.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	**ja**	Anzahl Anlagen: 1

Antrag auf Änderung des Stellenplans für das Projektmanagement Klimaanpassung

A Problem
Das seit dem 1. Oktober 2022 durch Drittmittel geförderte Klimaanpassungsmanagement in Bremerhaven in Höhe von 1,0 VZÄ EG 12 ist am 30. September 2024 ausgelaufen. Für die Fortsetzung des Klimaanpassungsmanagements wurde bei der ZUG gGmbH ein Anschluss-Antrag auf Förderung von 1,5 Stellen gestellt. Ein inhaltlich gleichlautender Förderantrag wurde an das Bremer Förderprogramm ZUP, aufgelegt von der Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft, gerichtet. Dieser Antrag verfolgt das Ziel, die Kofinanzierung in Höhe von 30 % für den bei ZUG gestellten Antrag einzuwerben. Beide Anträge wurden mit den jeweiligen Projektträgern vorabgesprochen.

Inzwischen ist das Antragsverfahren so weit fortgeschritten, dass Nachforderungen überwiegend technischer Art abgearbeitet werden. Mit einer Bewilligung der Zuwendung ist bis April 2025 zu rechnen. Es fehlt nun noch die Zustimmung zum überplanmäßigen Bedarf von 1,5 Stellen für das Klimaanpassungsmanagement.

B Lösung
Der Bau- und Umweltausschuss begrüßt den Anschluss-Antrag „Klimaanpassungsmanagement“ und stimmt einer Aufstockung der im Stellenplan 2025 mit 1 VZÄ EG 12 berücksichtigten Projektsteuerung auf 1,5 EG 12 für einen überplanmäßigen Bedarf bis 30. April 2028 zu. Er bittet den Personal- und Organisationsausschuss um einen gleichlautenden Beschluss.

C Alternativen
Unterbliebe die Aufstockung von 1 VZÄ EG 12 auf 1,5 VZÄ EG 12 zöge es nach sich, dass die Umsetzung der Klimaanpassungsstrategie Bremerhaven und deren Fortschreibung nicht gewährleistet werden können.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags
Der kommunale Haushalt wird nach Förderzusage nicht belastet, da die Stellen ausschließlich Drittmittel finanziert sind. Insofern hat die aktuell vorläufige Haushalts- und Wirtschaftsführung keinerlei Auswirkungen auf den Beschlussvorschlag.

Personalwirtschaftliche Auswirkungen entstehen durch Einrichtung einer weiteren halben Stelle, dies ist erforderlich um die Umsetzung der Klimaanpassungsstrategie Bremerhaven und deren aktuellen Fortschreibung umfassender voranzutreiben.

Der Beschluss betrifft alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gleichermaßen. Die Maßnahmen berühren keine Genderaspekte beziehungsweise werden gendergerecht umgesetzt.

Die Umsetzung der Klimaschutzziele wird nicht unterstützt. Allerdings wird die kommunale Reaktionsfähigkeit auf die Folgen des Klimawandels umfassend verbessert.

Auswirkungen auf besondere Belange des Sports sowie eine unmittelbare örtliche Betroffenheit einer zuständigen Stadtteilkonferenz liegen nicht vor.

Besondere Belange von Jugendlichen und jüngeren Erwachsenen sind nicht mittelbar betroffen.

E Beteiligung / Abstimmung
Stadtkämmerei

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG
Keine. / Eine Veröffentlichung nach dem BremIFG wird sichergestellt.

G Beschlussvorschlag

Der Bau- und Umweltausschuss begrüßt den Anschluss-Antrag „Klimaanpassungsmanagement“ und stimmt einer Aufstockung der im Stellenplan 2025 mit 1 VZÄ EG 12 berücksichtigten Projektsteuerung auf 1,5 VZÄ EG 12 für einen überplanmäßigen Bedarf bis 30. April 2028 zu. Der Personal- und Organisationsausschuss wird gebeten gleichlautend zu beschließen.

A. Toense
Stadträtin

Anlage: Stellenplanantrag Klimaanpassungsmanagement

M a g i s t r a t
Organisationseinheit Amt 58

Bremerhaven, 06.01.2025

A m t 11

Antrag zum Stellenplan 2024/2025

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat (Organisationsnummer und Bezeichnung)	Umweltschutzamt
Abteilung/Sachgebiet	Abteilung für kommunale Angelegenheiten des Klimawandels
Planstelle/Stelle Nr.	
Bewertung bisher	TvÖD 12
Funktionsbezeichnung bisher	Klimaanpassungsmanagerin / -manager

☒ Neuschaffung	Stellen-Soll	1,5
☐ Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	1,0
☐ Umwandlung	kw-Vermerk/e	
☐ Höherbewertung	ku-Vermerk/e	
☐ Abwertung	(ku nach BesG/EG	)
☐ Ausweisung		
☐ Übertragung		
☐ Redaktionelle Korrektur		

Bewertung neu

Funktionsbezeichnung neu

Befristung bis 28.02.2028

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt)**:**

Ausgaben/Einsparung pro Jahr:
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: ☐ **durch Dritte:** ☒

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger:	ZUG gGmbH, Bundesumweltministerium
Finanzierungsanteil:	100%
verbleibender kommunaler Anteil:	0
Einnahme-Haushaltsstelle:	

Begründung:

Für die Stelle der eines Klimaanpassungsmanagements wurde bei der ZUG gGmBH ein Antrag auf Förderung von 1,5 Stellen und bei dem Bremer Förderprorgramm ZUP ein Antrag auf Förderung des Kofinanzierungsanteils zum Klimaanpassungsmanagement gestellt. Das Antragsverfahren ist in der Phase der Bearbeitung von Nachforderungen.

Es handelt sich um eine Weiterfinanzierung der ausgelaufenen Projektstelle Klimafolgenanpassungsmanagment.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: ☒ siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: ☐ Ja - ☒ Nein

Rechtsgrundlage:

Dezernent/in

Fachausschuss: Beschluss vom (wird von Amt 11 ausgefüllt)

Magistrat 11	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisations-ausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	☐	☐	☐	☐
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	☐	☐		☐

SEESTADT BREMERHAVEN
Der Magistrat

Dezernat VI
Amt für Straßen- und Brückenbau
Frau Kallmünzer, Tel. 3265
Bremerhaven, 15.01.2025

Vorlage Nr. VI 6/2025 -1		
für die Sitzung des Bau- und Umweltausschusses.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	**ja**	Anzahl Anlagen: 0

BremÖPNVG: Verwendung der Zuwendungen 2025

A Problem
Für die Weiterentwicklung und Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs stehen der Stadtgemeinde Bremerhaven jährliche Zuwendungen auf der Grundlage des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr im Land Bremen (BremÖPNVG) zur Verfügung. Ihre Verwendung muss den in dem oben genannten Gesetz benannten Zielen dienen und insbesondere die Anforderungen der Barrierefreiheit gewährleisten. Grundsätzlich werden die zugewiesenen Mittel im Rahmen der Vereinbarung vom 29.11.2016 zwischen der Stadt Bremerhaven und der Verkehrsgesellschaft Bremerhaven AG, unter anderem zur Beschaffung von Niederflurfahrzeuge/Linienomnibusse (mit Klapprampe beziehungsweise elektrischer Rampe) sowie der niederflurgerechten Umgestaltung von Haltestellen auf den Linienwegen der VGB eingesetzt, um insbesondere eine uneingeschränkte Nutzbarkeit des öffentlichen Nahverkehrssystems für mobilitätseingeschränkte Mitbürgerinnen und Mitbürger zu ermöglichen.

B Lösung
Der Stadt Bremerhaven stehen im Haushaltsjahr 2025 insgesamt 3.934.667 € Landesfinanzhilfen nach dem BremÖPNVG zur Verfügung.

Unter Berücksichtigung der Nr. 3.1 der Verwaltungsvorschriften zur vorläufigen Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt Bremerhaven für das Haushaltsjahr 2025 sind von den Ausgabebeschränkungen des Artikels 132a BremLV die Ausgaben ausgenommen, bei denen der Drittmittelanteil mindestens 90% beträgt und deren Nichtinanspruchnahme zu einem wirtschaftlichen Nachteil führen würde. Da die Verwendung der Zuwendungen nach dem BremÖPNVG im Falle der städtischen Inanspruchnahme grundsätzlich eine Komplementierung in Höhe von 10 % erfordert, fällt die Verwendung der Zuwendungen somit nicht unter die Ausgabebeschränkungen des Artikels 132a BremLV.

Nach Abstimmung mit der VGB Bremerhaven ist für das Haushaltsjahr 2025 eine Verwendung der Zuwendungen nach dem BremÖPNVG zur Weiterentwicklung und Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs wie folgt vorgesehen:

1. Umgestaltung barrierefreie Bushaltestellen	800.000 €
2. Erneuerung und Beschaffung Warthallen/-häuser	60.000 €
3. Beschaffung Niederflurfahrzeuge/Linienbusse	2.500.000 €
4. Ausstattungsbedarfe Busse	35.560 €
5. Planungskosten Haltestellen	70.000 €
6. Projekt Strategischer Mobilitätsplan	26.740 €

7. Zuweisung an den ZVBN (§ 6 Abs. 1 Ziffer 2 Verbandssatzung ZVBN):	155.120 €
8. Ausgleichszahlung an VBN (Nichtanpassung des VBN-Tarifes)	287.247 €

C Alternativen
Keine, die empfohlen werden könnten.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags
Die finanziellen Auswirkungen wurden unter B dargestellt. Die Verbesserungen von Einrichtungen des ÖPNV dienen den Klimaschutzzielen. Hinweise auf eine Gleichstellungsrelevanz und personalwirtschaftliche Auswirkungen sind nicht gegeben. Ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger sind von diesem Beschlussvorschlag nicht in besonderer Weise betroffen. Besondere Belange der Menschen mit Behinderung werden berücksichtigt. Auf die besonderen Belange des Sports wirkt sich dieser Beschlussvorschlag nicht aus. Da sich der Beschlussvorschlag auf verschiedene Stadtteile auswirkt, wird keine Stadtteilkonferenz gesondert informiert.

E Beteiligung / Abstimmung
VGB, Amt 61

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG
Geeignet. / Ist zur Veröffentlichung nach dem BremIFG geeignet.

G Beschlussvorschlag
Der Bau- und Umweltausschuss nimmt davon Kenntnis, dass die Landesfinanzhilfen nach dem BremÖPNVG auch im Jahr 2025 zur Fortsetzung der seit mehreren Haushaltsjahren kontinuierlichen Weiterentwicklung und Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs eingesetzt werden. Nach Abstimmung mit der VGB Bremerhaven ist eine Verwendung der Zuwendungen nach dem BremÖPNVG wie folgt vorgesehen:

1. Umgestaltung barrierefreie Bushaltestellen:	800.000 €
2. Erneuerung und Beschaffung Warthallen/-häuser	60.000 €
3. Beschaffung Niederflurfahrzeuge/Linienbusse:	2.500.000 €
4. Ausstattungsbedarfe Busse	35.560 €
5. Planungskosten Haltestellen	70.000 €
6. Projekt Strategischer Mobilitätsplan	26.740 €
7. Zuweisung an den ZVBN (§ 6 Abs. 1 Ziffer 2 Verbandssatzung ZVBN):	155.120 €
8. Ausgleichszahlung an VBN (Nichtanpassung des VBN-Tarifes)	287.247 €

gez.
Schomaker
Stadtrat

SEESTADT BREMERHAVEN
Der Magistrat

Dezernat VI
Amt für Straßen- und Brückenbau
Herr Karstens, Tel. 3323
Bremerhaven, 15.01.2025

Vorlage Nr. VI 7/2025		
für die Sitzung des Bau- und Umweltausschusses.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	**ja**	Anzahl Anlagen: 4

Mobilitätsstation Große Kirche – Überdachung der Mobilitätsstation

A Problem
In seiner Sitzung am 15.01.2025 hat der Magistrat die beigefügte Vorlage Nr. VI/45/2024 beraten und entsprechend dem Beschlussvorschlag beschlossen.

B Lösung
Der Bau- und Umweltausschuss nimmt die beigefügte Magistratsvorlage Nr. VI/45/2024 zur Kenntnis

C Alternativen
Siehe beigefügte Magistratsvorlage.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags
Siehe beigefügte Magistratsvorlage.

E Beteiligung / Abstimmung
Siehe beigefügte Magistratsvorlage.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG
Siehe beigefügte Magistratsvorlage.

G Beschlussvorschlag
Der Bau- und Umweltausschuss nimmt die beigefügte Magistratsvorlage Nr. VI/45/2024 zur Kenntnis.

gez.
Schomaker
Stadtrat

Anlage-1_Übersicht
Anlage-2_Schitte
Anlage-3_Detail
Anlage-4_MV Mobilitätsstation Große Kirche - Überdachung

Prager Straße

Mühlenstraße

Planungsbereich Gartenbauamt

Fahrradbox

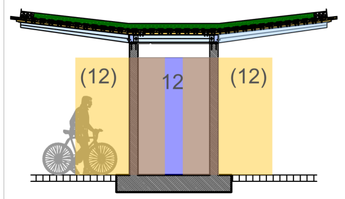
Fahrrad Doppelstockparker

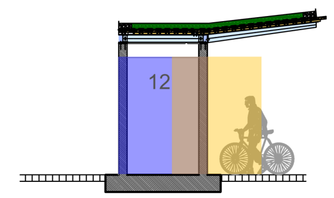
0,45

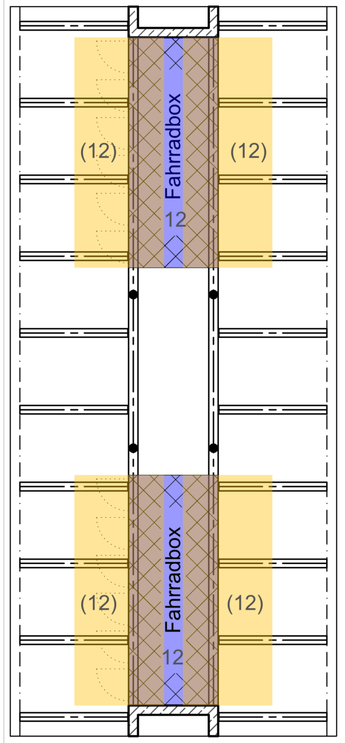
1,8

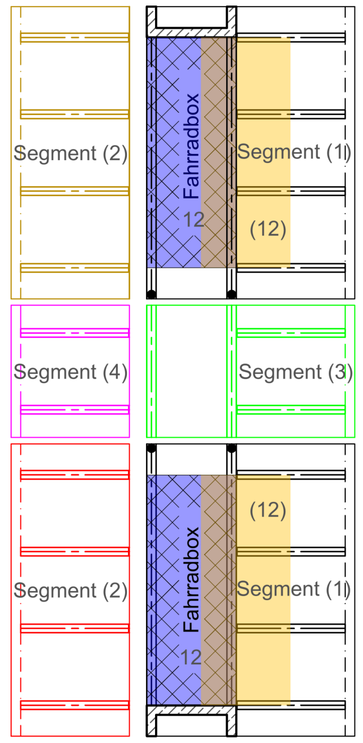
a

b









VORABZUG!
Stand 21.11.2024

SEESTADT BREMERHAVEN

Mobilitätsstation Prager Straße, Variante 3 Übersicht

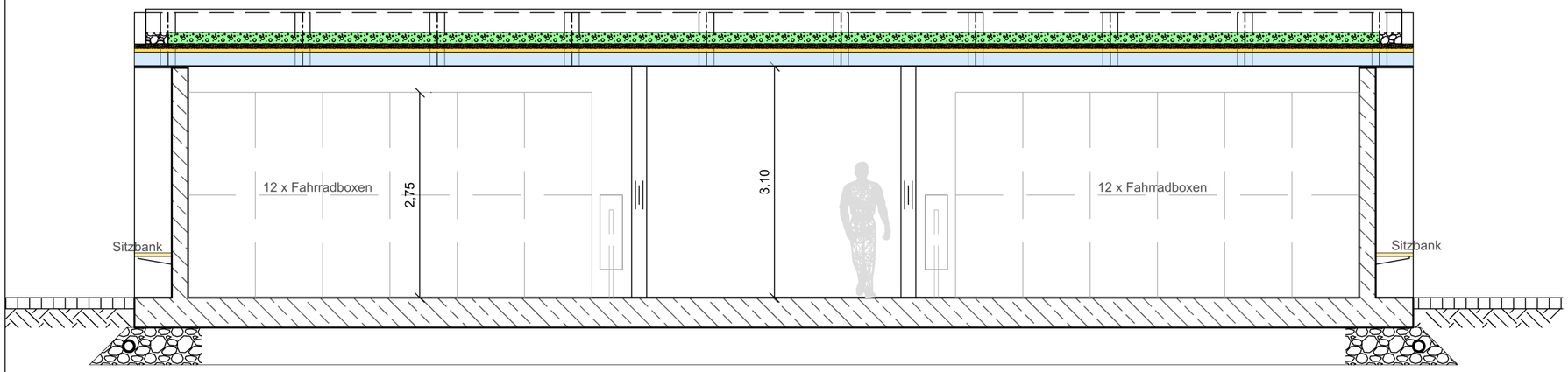
STADTPLANUNGSAMT BREMERHAVEN

Maßstab: 1: 50
Amt.63 Geywitz, Amt.61/3 Alexander Bäuerle

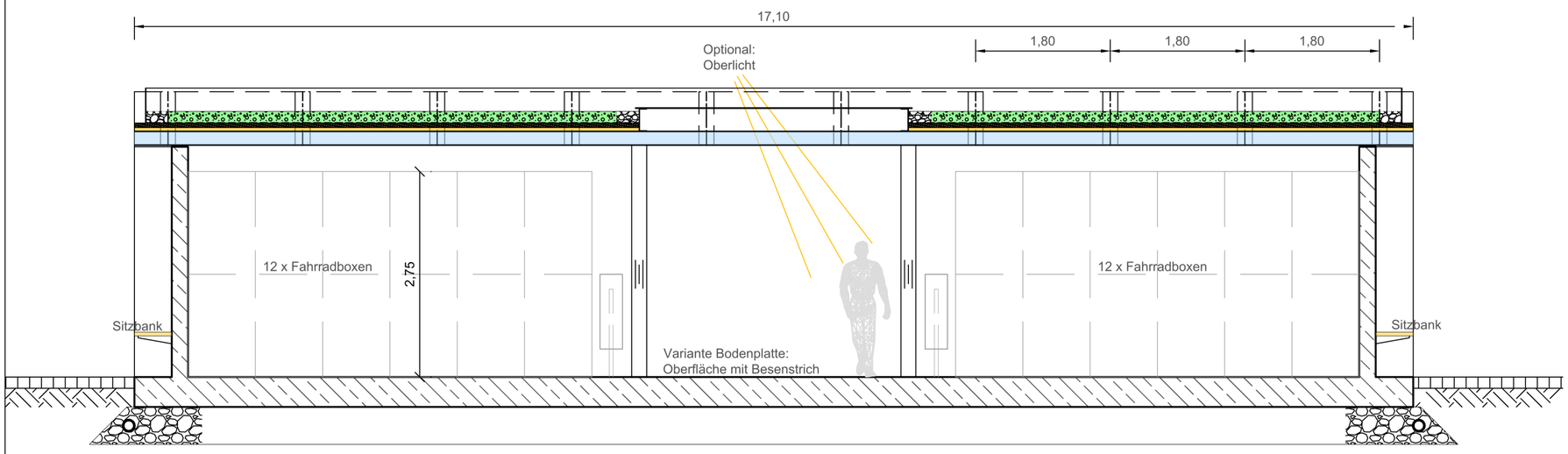
Datum: 21.11.2024
Az:

Diese Karte ist gesetzlich geschützt.
Nachdruck oder sonstige Vervielfältigungen nur mit Genehmigung des Herausgebers.

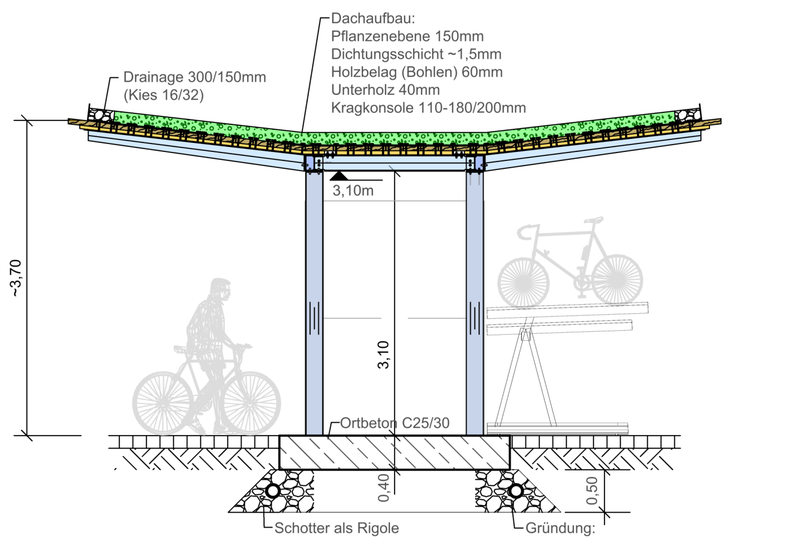
DIN A1



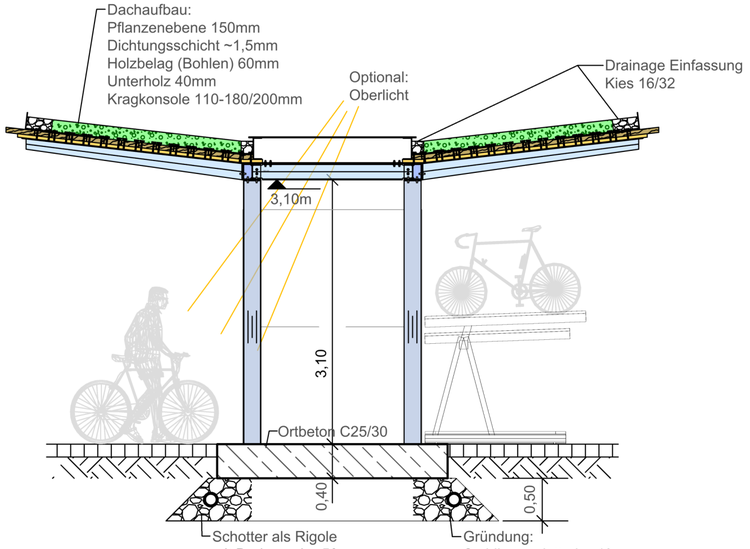
Schnitt a-a



Schnitt c-c



Schnitt b-b



Schnitt d-d

Konstruktionsbeschreibung:

- Dachaufbau
  Pflanzenebene 150mm stark und ein Retention ≥ 40l/m2
  Dichtungsschicht 1,5mm
  Holzbelag (Bohlen) 60mm stark
  Unterholz 40mm
  HEA 200 Feuerferzinkt
  Schweißkonstruktion (Kragkonsolen) Feuerferzinkt, T-Querschnitt
  Drainage Einfassung, Kies 16/32
- Massivbau
  Ortbeton C25/30, alternativ (Fertigteilkonstruktion C30/37)
  Oberfläche Betonlasur, imprägniert.
- Gründung
  Beton Bodenplatte h=400mm
  Oberfläche mit Besenstrich
  Schotter 500mm stark mit seitlicher Drainage umlaufend
  Geotextil umlaufend.

  Alternativ: Schraubbohrpfähle (Gründung)

Legende:

- Begrünung
- Brettsperholz bzw. NH-Bohlenlage
- Konstruktionsholz
- Stahl S235 JR , Feuerverzinkt
- Stahl S235 JR , Feuerverzinkt
- Stahlbeton C25/30
- Pargel o.glw.
- Pflasterung
- Erde
- Schotter

VORABZUG!
Stand 12.11.2024

SEESTADT BREMERHAVEN

Mobilitätsstation Prager Straße, Variante 3 Schnitte

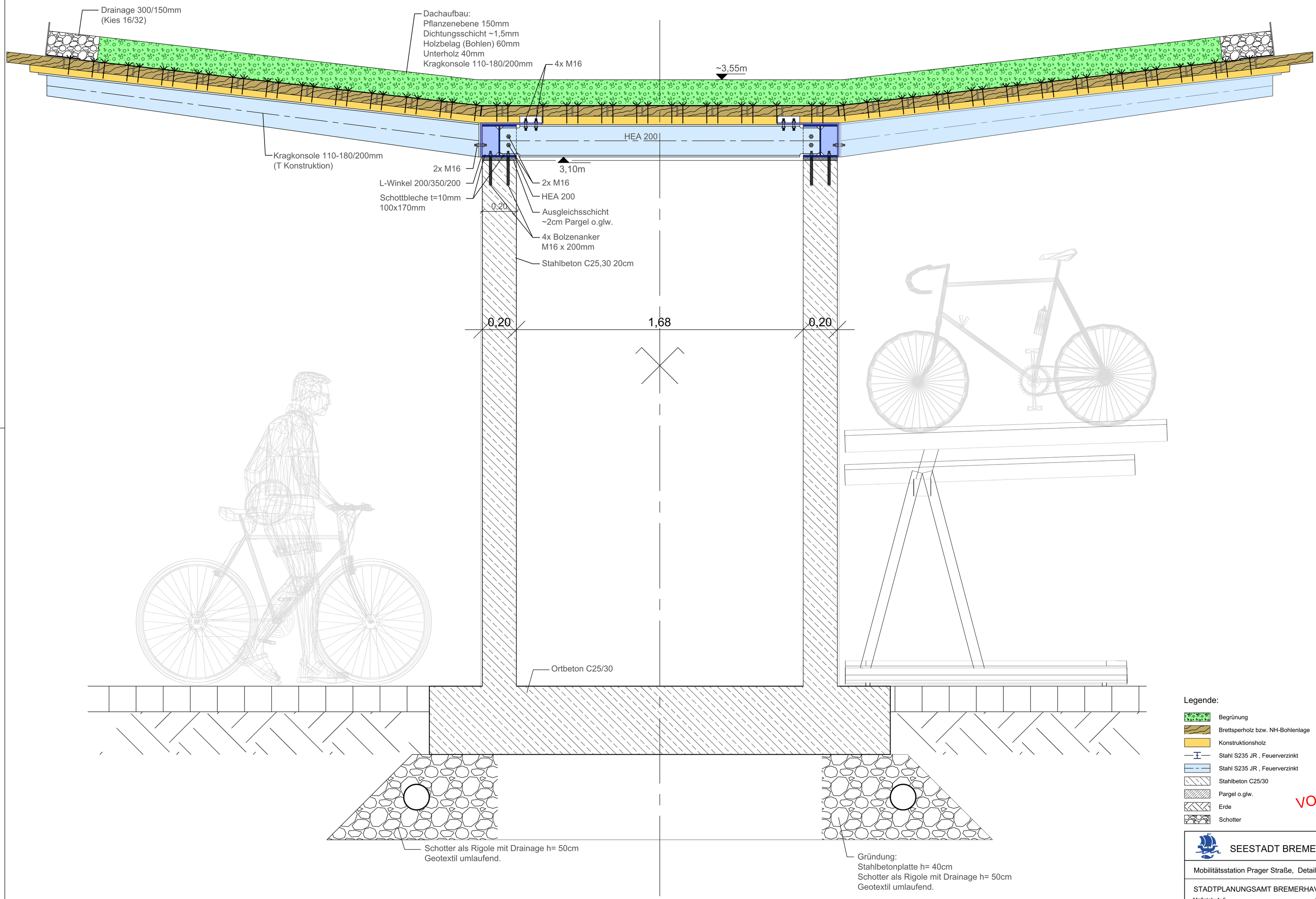
STADTPLANUNGSAMT BREMERHAVEN

Maßstab: 1: 50
Amt.63 Geywitz, Amt.61/3 Alexander Bäuerle

Datum: 12.11.2024
Az:

Diese Karte ist gesetzlich geschützt.
Nachdruck oder sonstige Vervielfältigungen nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Detail 3 M1:10



Legende:

- Begrünung
- Brettsperholz bzw. NH-Bohlenlage
- Konstruktionsholz
- Stahl S235 JR , Feuerverzinkt
- Stahl S235 JR , Feuerverzinkt
- Stahlbeton C25/30
- Pargel o.glw.
- Erde
- Schotter

VORABZUG!
Stand 11.11.2024

SEESTADT BREMERHAVEN

Mobilitätsstation Prager Straße, Detail 3

STADTPLANUNGSAMT BREMERHAVEN

Maßstab: 1: 5
Amt.63 Geywitz, Amt.61/3 Alexander Bäuerle

Datum: 11.11.2024
Az:

Diese Karte ist gesetzlich geschützt.
Nachdruck oder sonstige Vervielfältigungen nur mit Genehmigung des Herausgebers.

SEESTADT BREMERHAVEN
Der Magistrat

Dezernat VI
Amt für Straßen- und Brückenbau
Herr Karstens, Tel. 3323
Bremerhaven, 19.12.2024

Vorlage Nr. VI/ 45/2024
für den Magistrat

Anzahl Anlagen: 3

Mobilitätsstation Große Kirche – Überdachung der Mobilitätsstation

A. Problem

Der Bau- und Umweltausschuss hat in seiner Sitzung am 11.04.2024 die Vorplanung der Variante 2 als Vorzugsvariante beschlossen und das Amt für Straßen- und Brückenbau mit der Entwurfs- und Ausführungsplanung sowie der Ausschreibung der Baumaßnahme beauftragt. Zudem wurde der Dezernent VI zur Vergabe der Bauleistungen ermächtigt, siehe Vorlage VI 3/2024 - 1.

Die Vorplanung beinhaltet Großraumboxen in welcher mehrere Personen ihre Fahrräder einschließen. Hierdurch wird allen Nutzern auch der Zugang zu fremden Fahrrädern gewährt. Eine individuell gesicherte Abstellung ggf. auch mit Gepäck ist nicht möglich. Die Erfahrungen mit den Großraumboxen am Hauptbahnhof und Bahnhof Lehe zeigen leider, dass es hier immer wieder zu unberechtigten Zugriffen auf Fahrräder kommt, weil der Zugang nicht kontrolliert werden kann.

Die Entwurfsplanung beinhaltet deshalb 24 Doppelstockboxen, welche nur jeweils einer Person Zugang gewähren. Der Nachteil dieser Lösung liegt darin, dass Radfahrende beim Abstellen der Fahrräder der Witterung ausgesetzt ist. Insbesondere dann, wenn diese vorher Taschen oder dergleichen vom Fahrrad abnehmen müssen oder wollen.

Aus den vorgenannten Gründen wurde sich für eine Überdachung der Mobilitätsstation entschieden, zumal diese den Vorteil der Freiheit in der Anordnung der Fahrradboxen und –anlehnbügel bietet, welche in der Vorplanung nur als „Block“ angeordnet werden konnten um zumindest einen kleinen geschützten überdachten Bereich zwischen den Großraumboxen für die Radfahrenden zu bieten. Ebenso bietet sie die Möglichkeit auf Änderungen im Nutzungsverhalten durch Anpassung der Abstellmöglichkeiten zu reagieren.

Bei den Baukosten ist gem. DIN 276 – Kostengruppen KG 300 „Bauwerk – Baukonstruktion“ und KG 400 „Bauwerk und Techn. Ausstattung“ von Netto-Baukosten in Höhe von 2.000 €/m² auszugehen. Bei einer überdachten Fläche von 130,82 m² ergeben sich somit für die Überdachung Baukosten in Höhe von 261.640,00 € netto, bzw. 311.351,60 € brutto.

Da der Beschluss des Bau- und Umweltausschusses vom 11.04.2024 nicht eine Überdachung der Mobilitätsstation beinhaltet, ist die Entwurfs- und Ausführungsplanung sowie die Ausschreibung der Baumaßnahme zu erweitern und das Amt für Straßen- und Brückenbau entsprechend zu beauftragen. Zudem ist auch die Ermächtigung des Dezernenten VI zur Vergabe der Bauleistungen um die Beauftragung der Überdachung zu erweitern.

B Lösung
Ein erster Entwurf des Amtes für Straßen- und Brückenbau beinhaltete eine großzügige Überdachung mit Gründach und außenliegenden Stützen. Dieser Vorschlag wird jedoch aus Kostengründen verworfen.

Der neue Entwurf sieht nun folgende Konzeption vor. Über einer Grundfläche von ca. 7,65 x 17,10 m/ ca. 130,82 m² wird eine Flugdachkonstruktion parallel an die Mühlenstraße gelegt. Die mittige Rundrohrstützenstruktur sowie die seitlich abschließenden Wandschotts umfassen die Stellflächen mit einer Breite von ca. 2,10 m sowie einer lichten Höhe ca. 3,10 m für zwei serielle abschließbare Doppelstock-Fahrradboxen mit einer Kapazität von insgesamt 24 Fahrrädern, sowie 48 freistehenden Doppelstock-Fahrradabstellplätzen. Bei Bedarf ist eine Nach- bzw. Umrüstung ohne Eingriffe in die Flugdachkonstruktion möglich.

Die Flachgründung auf kapillarbrechendem Schotterunterbau mit reduzierten Baugrundeingriffen beschränkt sich auf die Stellfläche der Fahrradboxen sowie den mittigen Durchgang zwischen den Rundrohrstützen.
Aufgrund der modularen Baukasten-Konzeption sowie der zurückhaltenden Gestaltung lässt sich die zweihüftige Konstruktion auch an anderer Stelle als reduzierte einhüftige Überdachung auslegen und bei Bedarf zu einem späteren Zeitpunkt nachrüsten.
Die begrünte Überdachung wird von einer Stahlkonstruktion/ feuerverzinkt mit einer aufgesetzten schubsteifen Verschalung gebildet. Die helle und witterungsgeschützte Untersicht ist als Reflektor Bestandteil des Beleuchtungskonzepts.
Die robust-pflegeleichte und trockenresistente Dachbegrünung mit einer Mikroklima-aktiven Niederschlagswasser-Retention von ca. 40 l/ m² und einer Winderosion-geschützten Substratauslegung fügt sich in die Parkanlage ein und wirkt einer sommerlichen Aufheizung entgegen.

Der Magistrat beschließt das Amt für Straßen- und Brückenbau mit der Ausführungsplanung sowie der Ausschreibung zur Herstellung einer Überdachung zu beauftragen und ermächtigt den Dezernenten VI zur Vergabe der Bauleistungen.

C Alternativen
Keine, die empfohlen werden könnte.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags
Die angenommenen Baukosten für die Überdachung der Mobilitätsstation in Höhe von rund 310.000 € werden aus den bereits bewilligten Fördermitteln des Sonderprogramms „Stadt und Land“ über die Haushaltsstelle 6651/730 50 „Pauschale Investitionsmittel (Sonderprogramm „Stadt und Land“)“ sowie den in der Drittmittelrücklage des Amtes 66 vorhandenen städtischen Komplementärmitteln finanziert. Sollten im Rahmen der Ausschreibungsverfahren Kostensteigerungen erkennbar sein, werden weitere Fördermittel des Sonderprogramms „Stadt und Land“ beantragt.

Personalwirtschaftliche und klimaschutzzielrelevante Auswirkungen sowie Hinweise auf eine Gleichstellungsrelevanz sind nicht gegeben. Ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger sind von diesem Beschlussvorschlag nicht in besonderer Weise betroffen. Die besonderen Belange der Menschen mit Behinderung werden in der Planung berücksichtigt. Auf die besonderen Belange des Sports wirkt sich dieser Beschlussvorschlag nicht aus.

E Beteiligung / Abstimmung
Das Bauordnungsamt wurde insbesondere bezüglich der vorgesehenen Dachkonstruktion beteiligt.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG
Geeignet / Es besteht eine Veröffentlichungspflicht nach dem BremIFG

G Beschlussvorschlag
Der Magistrat beschließt das Amt für Straßen- und Brückenbau mit der Ausführungsplanung sowie der Ausschreibung zur Herstellung einer Überdachung der Mobilitätsstation zu beauftragen und ermächtigt den Dezernenten VI zur Vergabe der Bauleistungen.

Der Magistrat bittet den Bau- und Umweltausschuss einen gleichlautenden Beschluss zu fassen.

gez.
Schomaker
Stadtrat

Anlagen:

Anlage 1: Übersicht
Anlage 2: Schnitte
Anlage 3: Detail

SEESTADT BREMERHAVEN
Der Magistrat

Dezernat VI
Amt für Straßen- und Brückenbau
Herr Christians, Tel.: 3346
Bremerhaven, 15.01.2025

Vorlage Nr. VI 8/2025		
für die Sitzung des Bau- und Umweltausschusses.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	**ja**	Anzahl Anlagen: 1

Betriebsführung der öffentlichen Straßenbeleuchtung in der Stadt Bremerhaven durch die enercity Contracting GmbH, Hannover Bericht zur Umsetzung des Straßenbenutzungsvertrages, Berichtszeitraum 2023 (01.01.2023 – 31.12.2023)

A Problem
In seiner Sitzung am 06.11.2024 hat der Magistrat die beigefügte Vorlage Nr. VI/37/2024 beraten und entsprechend des Beschlussvorschlages zur Kenntnis genommen.

B Lösung
Der Bau- und Umweltausschuss nimmt die beigefügte Magistratsvorlage Nr. VI/37/2024 zur Kenntnis. Der Bericht über die Betriebsführung der öffentlichen Straßenbeleuchtung im Jahr 2024 wird dem Bau- und Umweltausschuss umgehend nach Vorlage und Beteiligung des Magistrats vorgelegt. Eine Darstellung der Kostenentwicklung aufgrund der allgemeinen Preissteigerungen erfolgt im ersten Halbjahr 2025.

C Alternativen
Siehe beigefügte Magistratsvorlage.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags
Siehe beigefügte Magistratsvorlage.

E Beteiligung / Abstimmung
Siehe beigefügte Magistratsvorlage.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG
Siehe beigefügte Magistratsvorlage.

G Beschlussvorschlag

Der Bau- und Umweltausschuss nimmt die beigefügte Magistratsvorlage Nr. VI/37/2024 zur Kenntnis. Der Bericht über die Betriebsführung der öffentlichen Straßenbeleuchtung im Jahr 2024 wird dem Bau- und Umweltausschuss umgehend nach Vorlage und Beteiligung des Magistrats vorgelegt. Eine Darstellung der Kostenentwicklung aufgrund der allgemeinen Preissteigerungen erfolgt im ersten Halbjahr 2025.

gez
Bernd Schomaker
Stadtrat

Anlage: Magistratsvorlage VI/ 37/2024 inkl. Bericht über Stadtbeleuchtung

SEESTADT BREMERHAVEN
Der Magistrat

Dezernat VI
Amt für Straßen- und Brückenbau
Herr Christians, Tel.: 3346
Bremerhaven, 21.10.2024

Vorlage Nr. VI/ 37/2024
für den Magistrat

Anzahl Anlagen: 1

Betriebsführung der öffentlichen Straßenbeleuchtung in der Stadt Bremerhaven durch die enercity Contracting GmbH, Hannover
Bericht zur Umsetzung des Straßenbenutzungsvertrages, Berichtszeitraum 2023 (01.01.2023 - 31.12.2023)

A Problem

Am 01.10.2017 erfolgte der Übergang der Betriebsführung der Straßenbeleuchtung von der Firma swb Beleuchtung GmbH (Bremen) auf die Firma enercity Contracting GmbH (Hannover). Grundlage dessen ist der Betriebsführungsvertrages der öffentlichen Straßenbeleuchtung in der Stadt Bremerhaven mit einer Vertragslaufzeit von 20 Jahren ab dem 01.10.2017 bis zum 30.09.2037.

In der Sitzung vom 24.05.2017 hat der Magistrat die Vorlage eines schriftlichen Berichtes zur bisherigen Umsetzung sowie hinsichtlich der erfolgten Maßnahmen beschlossen. Dieser sollte jeweils zum Ende eines jeden Jahres durch das Dezernat VI vorgelegt werden. Seit einer Beschlussfassung des Magistrats am 17.01.2018 legt das Dezernat VI den Jahresbericht jeweils Anfang des Folgejahres dem Magistrat zur Befassung vor. Der Jahresbericht 2023 kann aufgrund eines Personalwechsels bei dem Dienstleister enercity Contracting GmbH erst zum jetzigen Zeitpunkt vorlegt werden.

B Lösung

Der Betriebsführungsvertrag mit Laufzeit bis zum 30.09.2037 beinhaltet unter anderem, dass 98 Prozent der rund 12.500 Leuchten ausgetauscht und auf LED-Technik umgestellt werden. Das erfolgt mit dem Ziel ca. 68 Prozent des bisherigen Energiebedarfs für die Berechnung einzusparen.

Im Jahr 2023 wurden insgesamt 1.104 herkömmliche Leuchten auf LED-Technik umgerüstet. Aufgrund der Förderung der energetischen Sanierung der Straßenbeleuchtung durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) wurden hiervon 58 Leuchten gefördert. Somit konnte die Anschluss-Leistung der Leuchten von insgesamt 41,612 kW auf 25,287 kW reduziert und eine Energieersparnis von 45.117 kWh/Jahr erreicht werden. Die Beleuchtung wird dabei auf die gemittelte Beleuchtungsstärke gem. vertraglicher Grundlage neu ausgelegt. Eine Übersicht über die bearbeiteten Straßenzüge und der detaillierte Umfang der Umrüstung sind als Anlage der Vorlage beigefügt
Die Investitionen in die Straßenbeleuchtung durch die enercity Contracting sind durch den von der Stadt Bremerhaven zu zahlenden Lichtpunktpreis abgegolten. Die im Jahr 2023 umgerüsteten Leuchten entsprechen einer Investition von ca. 1,3 Millionen € (De- und Montage + Designleuchten oder Luna Leuchte + Entsorgung; Ermittlung auf Grundlage des LV Bauleistungen als Bestandteil des Betriebsführungsvertrages).

Neben der Umrüstung auf LED-Technik wurden im Jahr 2023 rund 4.077 Lichtpunkte einer

Routinewartung unterzogen, dabei sind 2.626 Leuchtmittel ausgetauscht worden (ein Lichtpunkt kann mehrere Leuchtmittel enthalten). Im Jahr 2023 gab es 1.096 Störungen insbesondere aufgrund von Unfällen und Kabelschäden an der öffentlichen Straßenbeleuchtungsanlage, davon 117 Leuchtmittelausfälle. Weiterhin wurden durch Unfälle u. a. Masten oder Schaltschränke angefahren und beschädigt. Insgesamt gab es im Jahr 2023, 28 Unfälle, davon 16 ohne bekannten Verursacher. Hierbei ist die Vielzahl der durch Unfälle beschädigten Poller (beleuchtete Betonwürfel) in der Bürgermeister-Smidt-Straße, mit 10 Unfällen, deutlich auffällig.
Darüber hinaus gab es in diesem Jahr keine Beschädigungen durch Vandalismus und keine Störungen durch Sturm.

Im ersten Erneuerungsintervall vom 01.10.2017 bis 30.09.2023 hat der Betreiber gemäß Vertrag die Verpflichtung 6.600 Leuchten umzurüsten. Seit 2017 sind bisher insgesamt 7.500 Leuchten umgerüstet worden. Es konnte eine Einsparung von rund 7,5 GWh/Jahr erzielt werden. Somit wurden die vertraglichen Verpflichtungen für das Jahr 2023 zur Lichtpunktumrüstung auf LED erfüllt.

Im Vertrag wurde die Beleuchtungsstärke in Wohnstraßen, Hauptverkehrsstraßen u. a. festgelegt. Die derzeitigen Berechnungen entsprechen den vertraglichen Vorgaben. Eine Überprüfung und entsprechende Kontrollmessung des Beleuchtungsniveaus findet vertragsgemäß alle fünf Jahre statt. Die Messung erfolgte im Jahr 2023.
Das Ergebnis hat gezeigt, dass alle Beleuchtungsberechnungen korrekt waren und durch die Beleuchtungsfahrt das vertraglich festgelegte Niveau erfüllt wird.

Für 2024 ist geplant 819 Leuchten auf LED umzurüsten. Dadurch wird die Anschlussleistung wiederum von 45,059 kW auf 25,871 kW reduziert, welches einer Energieersparnis von 56.418 kWh/Jahr entspricht.

In 2024 sind die Beseitigung von Dunkelzonen sowie die zusätzlichen Neubauten und Fußgängerüberwege wie folgt geplant:
- 60 Leuchten im Bereich des Freileitungsrückbaus
- 45 Leuchten Fußgängerüberwege (FGÜ), entsprechend der aktuellen DIN
- 190 Leuchten zur beschleunigten LED Umrüstung im Zuge der Notlagenfinanzierung
- 7 Solarleuchten zur beschleunigten LED Umrüstung im Zuge der Notlagenfinanzierung

Im Vertrag wurde eine Preisgleitklausel vereinbart. Während der bisherigen Laufzeit vom 01.10.2017 bis zum 31.12.2022 wurden die Einheitspreise um rund 10% angehoben. Für die Jahre 2023 und 2024 wird zurzeit aufgrund der stark gestiegenen Energiekosten in 2023, die Preissteigerung von der Firma enercity Contracting GmbH (Hannover) noch ermittelt.

C Alternativen
Keine

D Auswirkungen des Beschlussvorschlages
Die finanzielle Auswirkung der allgemeinen Preissteigerung im Energiesektor lassen sich gegenwärtig noch nicht beziffern. Eine Deckung der zu erwartenden Mehrausgaben ist jedoch nicht aus vorhandenen Haushaltsmitteln realisierbar. Spätestens zu den Haushaltsberatungen 2026 werden daher zur Finanzierung der Preisgleitklausel und der allgemeinen Preissteigerung die auskömmlichen Haushaltsmittel seitens des Amtes 66 eingeworben.
Personalwirtschaftliche Auswirkungen sowie Hinweise auf eine Gleichstellungsrelevanz sind nicht gegeben. Die klimaschutzrelevanten Auswirkungen wurden unter Lösung ausführlich dargestellt. Ausländische Mitbürger sind von diesem Beschlussvorschlag nicht in besonderer Weise betroffen. Auf die besonderen Belange der Menschen mit Behinderungen wirkt sich dieser Beschlussvorschlag nicht aus. Das gilt auch für die besonderen Belange des Sports.

E Beteiligung / Abstimmung
Keine

F Öffentlichkeitsarbeit/ Veröffentlichung nach dem BremIFG
Eine Veröffentlichungspflicht nach dem BremIFG besteht nicht.

G Beschlussvorschlag
Der Magistrat nimmt den Bericht zur Kenntnis. Das Dezernat VI wird den nächsten Bericht über das Jahr 2024 im 2.Quartal 2025 dem Magistrat zur Befassung vorlegen.

gez.
Schomaker
Stadtrat

Anlage:
Bericht über Betrieb der Stadtbeleuchtung der Seestadt Bremerhaven für das Jahr 2023

LV-Betrieb Pos. 44, Berichtspflichten gegenüber der Stadt:

Anlage: 1

Unfälle mit bekanntem Verusacher: **12 Stück**

1.	Pesalozzistr.	04.11.2023
2.	Cherbourger Str.	16.10.2023
3.	An der Mühle	03.08.2023
4.	Vieländer Weg	05.07.2023
5.	Grimsbystr.	02.07.2023
6.	Grauwallring	31.05.2023
7.	Bürgermeister-Smidt-Str. (Poller)	25.04.2023
8.	Lange Str.	14.04.2023
9.	Bürgermeister-Smidt-Str. (Poller)	31.03.2023
10.	Bürgermeister-Smidt-Str. (Poller)	22.03.2023
11.	Bürgermeister-Smidt-Str. (Poller)	27.02.2023
12.	Karlsweg	15.02.2023

Unfälle ohne bekanntem Verursacher: **16 Stück**

1.	Bürgermeister-Smidt-Str. (Poller)	21.07.2023
2.	Bürgermeister-Smidt-Str. (Poller)	17.05.2023
3.	Bürgermeister-Smidt-Str. (Poller)	17.05.2023
4.	Grauwallring	28.03.2023
5.	Lange Str.	10.03.2023
6.	Industriestr.	17.02.2023
7.	Altonaer Str.	15.02.2023
8.	Herderstr.	08.02.2023
9.	Am Leher Tor	07.02.2023
10.	Bürgermeister-Smidt-Str.	24.01.2023
11.	Oderberger Str.	23.01.2023
12.	Boshämme	16.01.2023
13.	Bürgermeister-Smidt-Str. (Poller)	05.01.2023
14.	Bürgermeister-Smidt-Str. (Poller)	02.01.2023
15.	Bürgermeister-Smidt-Str. (Poller)	02.01.2023
16.	Wilhelm-Leuschner-Str.	02.01.2023

Anzahl Störungen und Schäden - Stück pro Monat

2023:	
Januar:	204
Februar:	74
März:	84
April:	58
Mai:	34
Juni:	46
Juli:	70
August:	94
September:	94
Oktober:	107
November:	118
Dezember:	113

Anzahl Leuchtmittelausfälle:

Jan-Dez. 2020: 117 Stück

SEESTADT BREMERHAVEN
Der Magistrat

Dezernat VI
Amt für Straßen- und Brückenbau
Herr Christians, Tel.: 3346
Bremerhaven, 16.01.2025

Vorlage Nr. VI 10/2025		
für die Sitzung des Bau- und Umweltausschusses.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	**ja**	Anzahl Anlagen: 4

Technische Erneuerung von „Senkelektranten“ im Bereich der Innenstadt zur Sicherstellung der Stromversorgung in der Bürgermeister-Smidt-Straße, Bereich Große Kirche.

A Problem
Im Zuge der Neubaumaßnahme „Neue Stadtmitte Bremerhaven“ in dem Jahr 2002 wurden acht sogenannte Senkelektranten in der Bürgermeister-Smidt-Straße im Umfeld der Großen Kirche installiert. Diese dienten bisher zur Energieversorgung der Aussteller bei diversen Veranstaltungen wie z.B. Weihnachtsmarkt, Wochenmarkt, Bürgerbummel usw. Nach einer Nutzungsdauer von über 20 Jahren sind die Senkelektranten stark in Mitleidenschaft gezogen worden und haben durch Umwelteinflüsse erheblichen Schaden genommen, der ohne großen Aufwand nicht zu beheben ist.
Die Senkelektranten wurden daher teilweise bereits außer Betrieb genommen und durch oberirdische „Baustellenverteiler“ ersetzt. Aus Sicherheitsgründen und zur Vermeidung von Einschränkungen des z. B. Wochenmarktbetriebes im Bereich der Großen Kirche durch Ausfall der Stromversorgung, sind in Hinblick auf die Sail 2025 mindestens zwei Senkelektranten dringend auszutauschen.
Eine Instandsetzung bzw. die Wiederinbetriebnahme der Senkelektranten ist insbesondere aufgrund des unverhältnismäßig hohen finanziellen Aufwandes und der technischen Weiterentwicklung nicht zu empfehlen.

B Lösung
Um zukünftig die technischen Probleme durch Verschmutzung und Wassereintritt sowie den bisher hohen Wartungsaufwand zu vermeiden, sollen die Senkelektranten daher durch oberirdische Stromverteiler an geeigneter Stelle ersetzt werden.
Eine Einhausung der Stromverteiler ist vorgesehen und sollte den im Bereich der Havenwelten bereits vorhandenen gleichen. Die Einhausung muss aus rostfreiem V4A-Edelstahl gefertigt sein und sollte farblich den vorhandenen Einhausungen in den Havenwelten entsprechen.
Die Ausschreibung der erforderlichen Baumaßnahme erfolgt zu gegebener Zeit im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung.

C Alternativen
Keine, die empfohlen werden könnten.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags
Die Kosten für den Austausch der wichtigsten zwei Senkelektranten (Nr. 1 u. 2) werden mit ca. 50.000 € angenommen.
Da die Ausführung der oben genannten Maßnahme im Sinne der Verwaltungsvorschriften zur vorläufigen Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt Bremerhaven für das Haushaltsjahr 2025 zur Vermeidung von Einschränkungen in der Verkehrssicherheit und wirtschaftlicher Verluste geeignet und zwingend und unaufschiebbar erforderlich ist, fällt die Maßnahme nicht unter die Ausgabebeschränkungen des Artikels 132a BremLV. Darüber hinaus handelt es sich im Sinne der Nr. 3.5 der o. g. VV um eine Ersatzbaumaßnahme, die einen gebrauchsfähigen Zustand der öffentlichen Verkehrsfläche gewährleistet. Ein gesonderter Beschluss des Magistrats sowie des Finanz-und Wirtschaftsausschusses ist somit nicht erforderlich.
Die Finanzierung der Maßnahme erfolgt zunächst unter dem Vorbehalt eines rechtskräftigen Haushaltes 2025 aus den konsumtiven Haushaltsmitteln des Amtes für Straßen- und Brückenbau bei der Haushaltsstelle 6651/517 07 „Bewirtschaftung und Unterhaltung Innenstadt“.
Personalwirtschaftliche und klimaschutzzielrelevante Auswirkungen sind nicht erkennbar. Für eine Gleichstellungsrelevanz gibt es keine Anhaltspunkte. Ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger sind von diesem Beschlussvorschlag nicht in besonderer Weise betroffen. Auf die besonderen Belange des Sports wirkt sich dieser Beschlussvorschlag nicht aus. Die betroffene Stadtteilkonferenz wird über die Beschlusslage informiert.

E Beteiligung / Abstimmung
Die Stadtkämmerei wurde beteiligt und bewertet den vorliegenden Sachverhalt wie folgt: Hinsichtlich der Ausgabe während der vorläufigen Haushalts- und Wirtschaftsführung kann der Subsumtion des Fachamtes gefolgt werden, entsprechend der die Ausgabebeschränkung des Art. 132a BremLV hier nicht zutrifft.

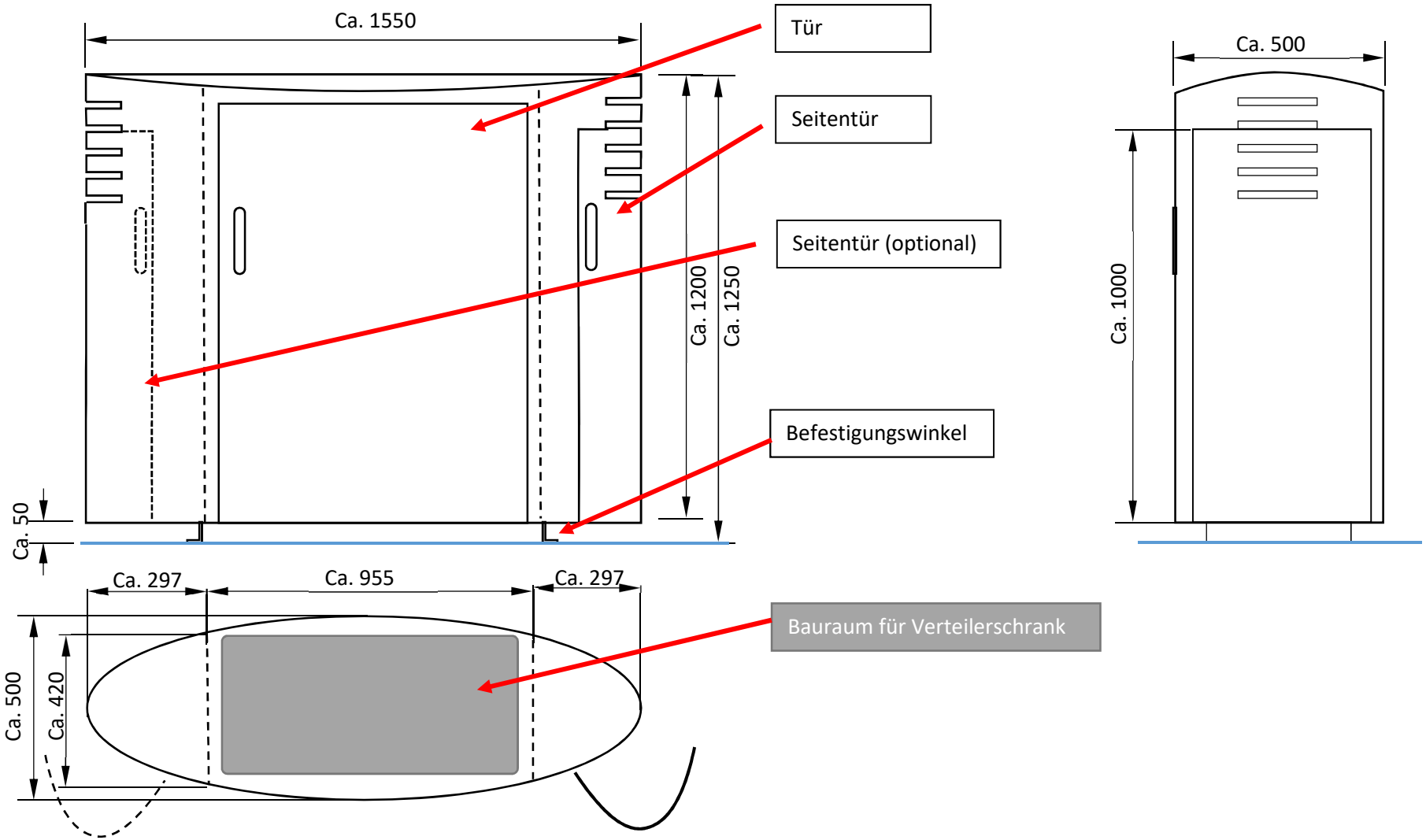
F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG
Eine Veröffentlichungspflicht nach dem BremIFG besteht.

G Beschlussvorschlag
Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, dass das Amt für Straßen- und Brückenbau zur Vermeidung weiterer technischen Probleme durch Verschmutzung und Wassereintritt sowie zur Reduzierung des hohen Wartungsaufwandes, den Ersatz der im Bereich der Großen Kirche vorhandenen Senkelektranten durch oberirdische Stromverteiler an geeigneter Stelle veranlasst. Vorrangig werden hierbei zunächst die u. a. für den Wochenmarktbetrieb wichtigsten zwei Senkelektranten (Nr. 1 u. 2), wie unter Lösung beschrieben, ausgetauscht.
Die Finanzierung der Maßnahme erfolgt unter dem Vorbehalt eines rechtskräftigen Haushaltes 2025 aus den konsumtiven Haushaltsmitteln des Amtes für Straßen- und Brückenbau bei der Haushaltsstelle 6651/517 07 „Bewirtschaftung und Unterhaltung Innenstadt“.

gez.
Schomaker
Stadtrat

Anlagen:
1. Skizze der Einhausung
2. Muster Hafenwelten
3. Standorte Senkelektranten
4. Senkelektranten mit Baustromverteiler

Skizze der Einhausung



Muster „Havenwelten“, Einhausung Stromverteiler

Anlage: 2







Standorte Senkelektranten (rot markiert)



Magistrat der Stadt Bremerhaven
Vermessungs- und Katasteramt

Fährstraße 20, 27568 Bremerhaven
Tel.: 0471 590-3307 Fax: 590-2078
E-mail: geoportal@magistrat.bremerhaven.de

Datenauszug
Ausdruck durch: Amt für Straßen- und Brückenbau

Ersteller: Jan Niedermayer (jniedermayer)
Datum: 24.05.2024
Maßstab: 1:500

Nur für den Dienstgebrauch!
Dieser Auszug ist gesetzlich geschützt. Vervielfältigung, Umarbeitung oder die Weitergabe an Dritte nur mit Zustimmung des Herausgebers, ausgenommen Vervielfältigungen und Umarbeitungen zur innerdienstlichen Verwendung bei Behörden. © Geobasis - DE / Magistrat der Stadt Bremerhaven - Vermessungs- und Katasteramt
Internet: www.vermessungsamt.bremerhaven.de E-Mail: geoportal@magistrat.bremerhaven.de

Senkelektrant mit Baustromverteiler

Anlage: 4



Senkelektrant vor H&M, mit Baustromverteiler



Senkelektrant vor Karstadt, mit Baustromverteiler

SEESTADT BREMERHAVEN
Der Magistrat

Dezernat VI
Bauordnungsamt
Herr von der Reith, Tel. 3313
Bremerhaven, 28.01.2025

Vorlage Nr. VI 11/2025		
für die Sitzung des Bau- und Umweltausschusses.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	**ja**	Anzahl Anlagen: 1

63 - Sachstandsbericht des Bauordnungsamtes zum Thema Problemimmobilien

G Beschlussvorschlag

Der Bau- und Umweltausschuss nimmt den als Anlage beigefügten Sachstandsbericht (Stand 27.01.2025) des Bauordnungsamtes zum Thema Problemimmobilien zur Kenntnis.

gez.

Schomaker
Baustadtrat

Anlage 1: Sachstandsbericht Problemimmobilien

Magistrat
63/12

Bremerhaven, 28.01.2025
☎ 3313

Sachstandsbericht Problemimmobilien für den Bau- und Umweltausschuss am 06.02.2025

Übersicht über die Entwicklung der Problemimmobilien (Stand 27.01.2025, kumulativ, ab 2024)

BUA	Anzahl	Bewohnt	Leer	Anhörungen	Zwangsgeld-		Nutzungsuntersagung	Räumung	Mängel komplett behoben
					Androhung	Festsetzung			
01.02.2024	276	168	108	1012	252	120	57 (11 wieder aufgehoben)	5	311
11.04.2024	269	162	107	1072	282	140	61 (12 wieder aufgehoben)	5	321
04.06.2024	266	160	106	1126	299	151	61 (12 wieder aufgehoben)	5	325
05.09.2024	259	155	104	1238	314	158	61 (12 wieder aufgehoben)	5	341
07.11.2024	248	144	104	1304	323	162	64 (12 wieder aufgehoben)	5	357
06.02.2025	239	136	101	1426	340	169	64 (12 wieder aufgehoben)	5	371

In der Friedhofstraße wurde in einem Wohn- und Geschäftshaus der Keller zu einer nicht genehmigten Wohnung genutzt. Nach einer gemeinsamen Kontrolle mit Bürger- und Ordnungsamt wurde die Wohnnutzung aufgegeben.

In der Schiffdorfer Chaussee wurde die gemeinsame Sicherung des Schulhofes einer Grundschule durch den Eigentümer bis zum Abbruch seiner verwahrlosten Immobilie unter Beteiligung der Schulleitung und Seestadt Immobilien durchgeführt. Die Schulleitung war an die Wohnungsaufsicht herangetreten, da regelmäßig Schülerinnen und Schüler erzählten, dass sie in das „Gruselhaus“ neben der Schule gehen wollen.

In der Hafenstraße wurde ein denkmalgeschütztes Gebäude mittels Drohne durch eine örtliche Dachdeckerei beflogen, um Schäden am Dachstuhl ergründen zu können, die nur aus der Luft erkennbar sind. Aktuell werden mögliche Sicherungsmaßnahmen zum Erhalt des Gebäudes geprüft, um diese mittels Ersatzvornahme durchzuführen.

Weiter sollte in der Hafenstraße ein leerstehendes Gebäude zwangsversteigert werden, für das auch eine Abrissverfügung besteht. Der Termin wurde aber kurzfristig seitens des Amtsgerichtes abgesagt, da Rückstände kurz vor dem Termin ausgelöst wurden.

Ein Gebäude in der Moltkestraße wurde nach über 8 Jahren Leerstand erfolgreich saniert und ist wieder in die Nutzungsaufnahme gegangen.

Im Dezember 2024 waren die Kolleginnen und Kollegen der neuen Bremer Task Force Problemimmobilien zu Besuch bei der Wohnungsaufsicht in Bremerhaven, um sich auszutauschen und Praxismethoden sowie gute Erfahrungen mit nach Bremen zu nehmen.

Im Auftrag

gez.
von der Reith

SEESTADT BREMERHAVEN
Der Magistrat

Dezernat VI
Baureferat
Frau Imrie, Tel. 3229
Bremerhaven, 16.01.2025

Vorlage Nr. VI 9/2025		
für die Sitzung des Bau- und Umweltausschusses.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	**ja**	Anzahl Anlagen: 1

Sachstandsmitteilung des Umweltschutzamtes zum Antrag der SPD-, CDU-, FDP-Fraktion zum Thema: Nachhaltige Energie für Bremerhaven (Vorlage Nr. VI 32/2024)

Gemäß des oben genannten Beschlusses wurde das Umweltschutzamt beauftragt, gemeinsam mit dem Betreiber der MBA und anderen Akteur:innen der Energieversorgung in Bremerhaven ein Konzept für die Errichtung eines schwarzstartfähigen Kraftwerkes zu erarbeiten und hierbei auch die Finanzierung zu klären.

Diesbezüglich wurde der Magistrat mit Vorlage Nr. I/281/2024 über den Sachstand Konzeptplanung unterrichtet.

G Beschlussvorschlag

Der Bau- und Umweltausschuss nimmt den als Anlage beigefügten Beschluss des Magistrats zur Kenntnis.

gez.
Schomaker
Stadtrat

Anlage: Vorlage Nr. I/281/2024

SEESTADT BREMERHAVEN
Der Magistrat

Dezernat I
Feuerwehr
Herr Cordes, Tel. 1300
Bremerhaven, 21.11.2024

Vorlage Nr. I/ 281/2024
für den Magistrat

Anzahl Anlagen: 0

Sachstand Konzept/Planung schwarzstartfähiges Kraftwerk

A Problem
Gemäß Beschluss des Bau- und Umweltausschusses vom 04.06.2024 wurde der Magistrat beauftragt, gemeinsam mit dem Betreiber der MBA und anderen Akteur:innen der Energieversorgung in Bremerhaven ein Konzept für die Einrichtung eines schwarzstartfähigen Kraftwerks zu erarbeiten und hierbei auch die Finanzierung zu klären.

B Lösung
Bereits seit Anfang 2023 finden Gespräche unter Beteiligung der Dezernate I und II, der BEG und dem Wirtschaftsbetrieb Seestadt Immobilien (WSI) zur Schwarzstartfähigkeit des Müllheizkraftwerkes statt.

Grundidee hierbei ist die Wiederherstellung des Betriebes des Müllheizkraftwerkes bei einem großflächigen Stromausfall (Schwarzstartfähigkeit), damit das Müllheizkraftwerk in der Folge auch bei einem andauernden „Blackout“ weiterhin Fernwärme abgeben und Strom für angeschlossene kritische Infrastruktur liefern kann. Mehrere technische und rechtliche Fragestellungen waren und sind in diesem Zuge zu klären, u. a.:

1 benötigt das Müllheizkraftwerk für die Schwarzstartfähigkeit nach einem „Blackout“ eine externe Einspeisung. Technisch ließe sich dies durch sehr leistungsfähige, synchronisierte externe Stromerzeuger realisieren,
2 sind notwendige umfangreiche technische Anpassungen im Müllheizkraftwerk zu realisieren,
3 ist die im „Blackout“-Fall mit Strom zu versorgende kritische Infrastruktur zu identifizieren und technisch zu modifizieren,
4 ist ein entsprechendes Leitungsnetz zur Versorgung der im „Blackout“-Fall angeschlossenen kritischen Infrastruktur aufzubauen,
5 sind rechtliche Fragestellungen in Zusammenhang mit dem bestehenden Konzessionsvertrag zu prüfen.

Zur Frage 1 der externen Einspeisung wurde die Stromeinspeisung des Müllheizkraftwerks über den Standort der Feuerwehr „Zur Hexenbrücke 12“ und zusätzlicher Stromtrasse mit Aggregaten der Feuerwehr, des Katastrophenschutzes und zusätzlichen Aggregaten als technisch realisierbare und voraussichtlich wirtschaftlichste Variante bewertet. Aktuell wird aufgrund der Erneuerung der Netzersatztechnik bei der Feuerwehr u. a. die Niederspannungshauptverteilung auf der Zentralen Feuerwache erneuert. Im Zuge der Erneuerung könnten bereits technische Anpassungen als (Teil-)Voraussetzung für eine spätere Herstellung der Schwarzstartfähigkeit beauftragt werden, hierfür stehen allerdings aktuell die erforderlichen Haushaltsmittel von ca. 100.000 € allein für diese Maßnahme nicht zur Verfügung.

Zur Frage 2 ermittelt die BEG derzeit den erforderlichen Umfang.

Zu den Fragen 3 und 4 wurde als prioritär zu versorgende Infrastruktur entlang einer neuen Stromtrasse die Feuerwehr, die Stadthalle (ggfs. Unterbringung von Personen), Teile der

Stadthäuser, das Rechenzentrum und die OPB mit der Option des Anschlusses des Klinikums Bremerhaven Reinkenheide (zweite neue zusätzliche Stromtrasse) bewertet.

Zur Frage 5 wurde empfohlen, die rechtlichen Fragestellungen durch eine externe Machbarkeitsstudie zu beantworten.

Zur Durchführung der rechtlichen Machbarkeitsstudie und weiteren Planungen zur technischen Realisierung wurde die Stadtverordnetenversammlung gebeten, 100.000 € im Haushaltsaufstellungsverfahren 2024/2025 zu berücksichtigen. Im Haushalt 2024 wurden insgesamt 40.000 € Planungsmittel für ein schwarzstartfähiges Kraftwerk im Haushalt des Umweltschutzamtes eingestellt und stehen für das Projekt zur Verfügung.

Aktuell stehen dementsprechend keine ausreichenden Planungsmittel für die Fortführung des Projektes zur Verfügung, auch ist eine Finanzierung der zusätzlichen Kosten für die notwendigen technischen Anpassungen der Niederspannungshauptverteilung bei der Feuerwehr nicht sichergestellt.

Aufgrund o. g. Rahmenbedingungen ist aktuell die Fortführung des Projektes nicht sichergestellt.

C Alternativen
Finanzierung der rechtlichen Machbarkeitsstudie, weiterer technischen Planungen sowie Finanzierung technischer Anpassungen bei bereits laufenden technischen Modernisierungen.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags
Einzelfallbezogene Konzepte zur Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der kritischen Infrastruktur sind durch die jeweiligen Betreiber der KRITIS und dem Katastrophenschutz zu entwickeln bzw. fortzuführen. Personalwirtschaftliche und finanzielle Auswirkungen sind noch nicht bezifferbar. Klimaschutzzielrelevante Auswirkungen können derzeit noch nicht bewertet werden. Eine Genderrelevanz besteht nicht. Besondere Belange von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, Menschen mit Behinderung oder des Sports sind nicht betroffen.

E Beteiligung/Abstimmung
Magistratskanzlei, WSI, Amt 20, Amt 58.

F Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem BremIFG
Geeignet. Eine Veröffentlichung nach dem BremIFG wird sichergestellt.

G Beschlussvorschlag
Der Magistrat nimmt den Planungsstand zur Schwarzstartfähigkeit des Müllheizkraftwerkes zur Kenntnis. Die weiteren konzeptionellen Arbeiten werden bis zur Sicherstellung der Finanzierung zurückgestellt.

Das Dezernat V wird gebeten, den Bau- und Umweltausschuss entsprechend zu informieren.

Grantz
Oberbürgermeister